

MAX BEER

DIE REISE NACH GENÈVE

1932

S. FISCHER VERLAG / BERLIN

Mit 23 Bildbeigaben

Erste bis vierte Auflage

Einband und Schutzumschlag von Georg Salter

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung

Copyright 1932 by S. Fischer Verlag AG., Berlin

Printed in Germany

DIE REISE NACH GENÈVE

„Wir sehen die Menschen durchaus nicht so, wie sie sein sollten: gut, edelmütig, uneigennützig, aus Menschlichkeit von Liebe für das öffentliche Wohl erfüllt, sondern so, wie sie sind: ungerecht, gierig, ihr Interesse über alles stellend. Alles, was wir bei den Menschen voraussetzen, ist, daß sie genug Vernunft haben, um ihren Nutzen zu erkennen, und genug Mut, um ihr eigenes Glück aufzubauen. Sollte dieser Plan nicht zur Ausführung gelangen, so würde das nicht heißen, daß er eine Chimäre ist, sondern daß die Menschen unsinnig sind und daß es gleichsam Wahnsinn ist, weise zu sein inmitten von Verrückten.“

JEAN-JACQUES ROUSSEAU

Bürger von Genf

Über den Plan eines Ewigen Friedens

EINFÜHRUNG

Wir möchten wissen, wo wir stehen und wohin der Weg führt.

Wir alle, die wir in dieser Zeit leben, müssen uns klar darüber sein, daß vielleicht einige von uns die Verantwortung für das Vergangene ablehnen dürfen, keinem aber die Verantwortung für das Künftige abgenommen werden kann. Seit mehr als dreizehn Jahren ist der Weltkrieg beendet. Seit zwölf Jahren währt der Genfer Versuch, den nächsten Weltkrieg zu verhindern. Wo stehen wir, und wohin gehen wir?

Ist Genf der Wallfahrtsort für begeisterte Gottsucher oder nur die Börse der schlaunen Kriegsgewinnler? Schenkt es uns den „Ewigen Frieden“ oder nur den Waffenstillstand zwischen den Schlachten? Ohne Hoffnung betritt niemand den Genfer Boden, aber auch niemand scheidet ohne Unruhe von ihm. Unerschüttert, auch wenn sie in voller Ehrlichkeit ihre Berufssorgen in den Aktentaschen mit sich tragen, kommen und gehen nur die Diplomaten. Was haben sie nicht schon früher alles sehen und vergessen, benutzen und verachten, anbeten und verbrennen müssen! Sie radebrechen alle Sprachen. Warum sollen sie nicht eine Zeitlang den Jargon des Friedens stottern?

Die Völker? Sie sind hungrig und schlaftrunken, quälen sich über und unter der Erde, zahlen seufzend ihre Steuern und Schulden, lesen hastig ihre Zeitung, sorgen sich ratlos um ihre Kinder und versinken wirklichkeitsmüde in den Rausch ihrer kargen Zerstreuungen. Sie leben im Frieden und denken nicht an den Frieden. Spricht man von Genf, so gähnen sie.

Wer weiß von Genf, wer will davon wissen? Es sollte mitten in unserer Wirklichkeit stehen und das Problem des Zusammenlebens der Nationen aus den verschlossenen Ämtern in das öffentliche Leben der bewußten Bürger tragen. Und doch ist es die Geheimwissenschaft von ein paar hundert Diplomaten und ein paar Dutzend Gelehrten und Sachverständigen geblieben. Genf sollte das neue Rom sein, in das alle Wege führen, und doch liegt es abseits von den großen Straßen, auf denen die Völker ihre Lasten vorwärts und rückwärts schleppen. Ist es so gut bestellt um den nächsten Tag unserer Kinder, daß wir gleichgültig an dem Versuch vorbeigehen dürfen, den Nationen bessere Manieren beizubringen?

Nichts ist spannender als die kunstvoll entfesselte Leidenschaft des Krieges. Der Friede ist langweilig. Ein kleiner Grenzzwischenfall mit zwei toten Rekruten ist unterhaltsamer als eine große Konferenz mit zweihundert lebendigen Juristen. Aber ist es nicht unsere Sache — die Sache von uns allen! —, den Frieden mit Interesse zu erleben, mit dem Pathos, das ihm gebührt, und der Leidenschaft, die er braucht?

Seit über zwölf Jahren ist der spannende Weltkrieg beendet. Seit zwölf Jahren will das Genfer Experiment uns neue Sensationen ersparen. Ist es ehrlich, so muß es begeistern. Ist es verlogen, so muß es empören. Ist es töricht, so muß es unseren Spott reizen. Aber auf keinen Fall darf es uns einschläfern. Gähnen wir, so sind wir verloren.

Darum glauben wir nicht, wenn wir uns Genf nähern, an die Tugend diplomatischer Chiffriertabellen und an den Zauber gelehrter Logarithmentafeln. Und darum wollen wir — auf die Gefahr hin, einige Geheimräte zu verstimmen und einige Professoren zu enttäuschen — den nicht ganz einfachen Versuch wagen, einen ganz einfachen Reiseführer zu bieten: — ohne Geheimnistuerei und ohne Pedanterie.

Genf, im Februar 1932

M. B.

ERSTES BUCH

DIE FAHRT

I

DIE FRAU AM BAHNÜBERGANG

In wenigen Minuten wird der Zug abfahren.

Bahnhof Friedrichstraße in Berlin; Victoria Station in London; Gare de Lyon in Paris; Zentralbahnhof in Warschau; Stazione Termini in Rom; Wilsonbahnhof in Prag; Westbahnhof in Wien; Nordbahnhof in Madrid; Südbahnhof in Brüssel; und andere mächtige Hallen, und alle gefüllt mit weißem Rauch in Wolken und Streifen, mit dumpfem Donnern und schrillum Pfiff. Kleine Wägelchen fahren mit Schokolade und Zeitungen hin und her. Hastige Menschen laufen durcheinander und ihren Dienstmännern nach. Und von irgendwoher fällt ein matter Sonnenstrahl, vielleicht nur das dampfgemilderte Licht der Bogenlampe, in das Riesenschiff der Eisen- und Glaskathedrale.

In wenigen Minuten wird der Zug abfahren.

An einer ehrfürchtig freigelassenen Stelle des Bahnsteiges, eine fromme Seitenkapelle, stehen ineinander geschoben zwei Gruppen, aber deutlich unterschieden: steife Hüte und dunkle Röcke, — weiche Kopfbedeckungen und helle Reiseanzüge. Sie werfen einander das angeregt lebenswürdige Wort und das übertrieben vergnügte Gelächter zu, mit dem man ewigkeitslange Verlegenheitsminuten auszufüllen sucht. Sie verneigen sich, sie schütteln einander die Hände, sie lüften den Hut. Die Lokomotive pfeift: die Weichen und Hellen lösen sich aus dem Knäuel und verschwinden

in den Wagentüren, die Steifen und Dunklen spähen einen Augenblick lang am Wagen hin und finden die Verlorenen beglückt an den heruntergeschobenen Fenstern wieder. Die Schaffner rennen aufgeregt vorbei. Die Türen werden zugeschlagen. Scheu will ein letztes Gespräch am Fenster beginnen. Aber ein Ruck geht durch die Wagen. Nun lüften die draußen noch einmal die feierliche Kopfbedeckung, und die drinnen, weil sie ihre Hüte in das Netz gelegt und damit von dem fahrenden Hause Besitz ergriffen haben, erheben, schon aus einer anderen Welt heraus, lächelnd die Hand zum Gruß. Langsam gleitet der Zug und rollt. Die am Bahnsteig ziehen ein paar zögernde Schritte mit, machen ein feierliches und unklares Gesicht, winken, bleiben stehen, sehen, wie an den leuchtenden Fenstern die Gesichter, wie an dem in endlosem Band verschwimmenden Zug die Fenster verschwinden, harren einige Minuten lang, eingewickelt in Rauch und Ehrerbietung, mit vom Leibe abgestrecktem, halberhobenem Hut. Dann wenden sie sich, gehen in neuen Gruppen, in neuen Gesprächen durch die eilige Menge die Treppe hinauf, die Treppe hinab, finden draußen in der abendlichen Luft ihr Auto und ihren Chauffeur, sausen, jetzt ernsthaft zurückgelehnt, durch die funkelnde und lebendige Stadt. Und während sie sich befriedigt anschicken, eine Weile lang allein das Land zu regieren, melden Havas und Wolff, Reuter und Stefani, Pat und das tschechoslowakische Pressebüro, Fabra und Belga, daß die Abordnung mit dem fahrplanmäßigen Zug nach Genf abgereist ist. „Ihr gehören an...“, rühmen sie. „Am Bahnhof hatten sich eingefunden...“, schmeicheln sie.

Die Reise der Nationen hat begonnen: jene merkwürdige kaum mehr beachtete Reise, zu der sich Tausende von Menschen in den Hauptstädten der Erde mit der Regelmäßigkeit und Selbstverständlichkeit rüsten, mit der man sonst zu den ordentlichen Handelsgeschäften und in die gewohnten Ferien geht. Aus allen Himmelsrichtungen treten sie die Fahrt an, als wäre es immer so ge-

wesen und würde immer so bleiben: Ministerpräsidenten und Außenminister, Diplomaten und Geheimräte, Sachverständige für Wirtschafts-, Finanz- und Militärfragen, Journalisten und Beobachter, manche mit Frau und Kind, viele mit großem Troß, mit Sekretärinnen und Schreibmaschinen, Pressechefs und Hughesapparaten, Aktentaschen und Chiffriertabellen, Schrankkoffern und Zylinderhüten, Zivil- und Militärauszeichnungen. Aus Schweden, Norwegen und Dänemark, aus Finnland, Litauen, Lettland und Estland, aus Polen eilen sie nach Berlin, von hier, wo die Deutschen sich ihnen zugesellen, durch weites und nächtliches, von der Sorge des einen zu der Not des anderen Tages hinüberkeuchendes Land, der Basler Grenze entgegen, um neue Gefährten aus Holland, Belgien und Luxemburg aufzunehmen. Aus Rumänien, der Tschechoslowakei und Südslawien, aus Bulgarien und Griechenland, aus Ungarn und Österreich rasen inzwischen die Züge nach Feldkirch hin, während durch den Simplontunnel die Bahnen aus Italien, mit Albanern und Abessyniern, mit Wallfahrern aus Siam, Persien, Japan und China in das erhabene Rhonetal sausen. Aus Paris, wo sich mittlerweile die westliche Welt über die verschiedensten Wege hin zusammengefunden hat, rüttelt die Internationale Schlafwagengesellschaft Hunderte und Tausende von Pilgern an den verträumten Kirchen Frankreichs vorbei dem Grenzbahnhof von Bellegarde entgegen: Franzosen, Spanier und Portugiesen, Engländer und Irländer, die Vertreter der britischen Dominions — Indien, Kanada, Neuseeland, Australien und Südafrika —, die in London wohnen oder sich dort vorgestellt haben, die Abgesandten der ibero-amerikanischen Länder — Bolivien, Chile, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Kuba, Nikaragua, Panama, Paraguay, Peru, Santo Domingo, San Salvador, Uruguay und Venezuela —, der farbigen Republiken Haiti und Liberia, aber auch zahlreiche Diplomaten aus den nördlichen, östlichen und südöstlichen Himmelsstrichen, die als Gesandte in Paris leben oder den

Umweg über diese Stadt für den kürzesten Weg nach Genf halten. Immer häufiger schnarchen auf den Kissen der Pariser Schlafwagengesellschaft bedächtige Touristen aus den Vereinigten Staaten von Amerika und wälzen unter den Decken der Mitropa, nach kurzem mißmutigen Berliner Aufenthalt, sich besorgte Beobachter der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken. Welch seltsame, einzigartige Reisegesellschaft! Tagelang, wochenlang haben die einen die Ozeane überquert, sind die anderen Hunderte und Tausende von Kilometern auf den europäischen Schienensträngen hingeglitten. Die Häfen der Weltmeere und des Mittelländischen Meeres, die Hauptstädte West- und Mitteleuropas waren ihnen erste Sammelstellen. Nun rollen sie auf vielfachen Wegen aus Norden und Süden, aus Osten und Westen der Schweiz entgegen, die zahlreichen Linien vereinigen sich, und schließlich wird die ganze Welt nur noch aus zwei Richtungen, von Lausanne und von Bellegarde her, wie zu einem großen Kampf oder zu einer großen Umarmung aufeinanderstoßen.

Wer ahnt, wenn die eisernen Schlangen mit verhängten Fenstern durch die verödeten Provinzbahnhöfe donnern, was sie bedeuten und was sie mit sich tragen? Sie poltern nicht mit dem gewaltigen Liederschwall der Mobilmachungszüge durch die aus dem Schlafe geschreckte Welt. Auf den Wagen steht nicht mit leuchtenden Kreidezügen geschrieben: Zum Frieden nach Genf! Fahrplanmäßig, aber auch verstohlen reisen die heiligen Könige ihrem Sterne nach. In den Ministerien, die sie verlassen haben, weiß jeder Amtsdieners dem Besucher wichtig zu sagen, daß die Herren in Genf sind. In den Genfer Hotels häufen sich im Brieffach die Dokumente und die Einladungen für die Frühstücke, Abendessen und Empfänge. Aber zwischen der verlassenen Heimat und dem noch fernen Ziel ist kaum jemand, der an die Reise denkt, den sie bewegt und der von ihr träumt. Die Frau am Bahnübergang schwenkt ihre Fahne ohne Erregung wie sonst, und

wenn sich am Morgen die Sonne über der dunstigen Erde erhebt, schaut der Arbeiter auf dem Felde gleichmütig wie bei jedem anderen Zug auf die vorüberfahrende Pracht. Sie sausen durch die Ebenen und Täler, an den Strömen und an den Bergen vorbei wie Urlauber, Ausflügler, Handlungsreisende und Kongreßbummler. Und erst an dem Tage, an dem sie, wie die pazifistischen Vereine es herbeisehnen, in ihren Knopflöchern das eigene gemeinsame Abzeichen tragen, wird man in den Grenzbahnhöfen ihr immer dichter werdendes Gewimmel erkennen, und dann mag es sich herausstellen, ob die Menge sie mit Hurra begrüßt, sie mit gleichgültigen, kaum neugierigen Blicken mustert oder mit feindseligem Gemurmel verscheucht.

Was geht in ihnen selbst vor, wenn die Telegraphenstangen an ihnen vorbeitanzen? Sind sie erregt, träumen sie? Oder lesen sie, in eine Ecke hineingeschmiegt, gleichgültig die „Woche“ und die „Illustration“? Legen sie, bevor sie das Licht abdrehen, seufzend Edgar Wallace beiseite? Macht es ihnen Spaß, nach Genf zu fahren? Langweilt es sie? An was denken sie? Denken sie überhaupt an irgend etwas, oder werden ihre Gedanken erst wieder lebendig, wenn sie sich kurz vor der Ankunft aus ihrer Ecke erheben, die Hosenfalten glatt schütteln und zum Hute greifen? Einige, das ist sicher, sind sorglos und vergnügt, andere aber, das sehen wir, sitzen finster da und sinnend vor sich hin, und nicht alle Züge gleichen einander. In diesem Wagen hier, den wir forschend durchschreiten, liegen ernsthafte Dokumente auf den Polstern der ersten Klasse. Auf den Knien junger Herren schaukelt die Tagesordnung der Genfer Beratungen. Der Minister, der sich aus der lauten Unterhaltung neben der zitternden Tischlampe des Speisewagens zurückgezogen hat, greift in einsamer Kabine zu dem Manuskript für die große Rede in der Völkerbundversammlung. Der Kronjurist vertieft sich auf dem schmalen gerüttelten Bett in den listigen Gegenantrag für das Genfer Schiedsgerichtskomitee. Der Völker-

bundreferent öffnet noch einmal, bevor er den Pyjama entfaltet, seine Mappe, um die Aufzeichnung über die ruthenische Minderheitenbeschwerde zu durchfliegen. Der Journalist hat seine Reisemaschine aufgeklappt, und die Bogen fliegen tapfer vor ihm her. Der Zug rast durch die Nacht, der gewölbte Gang des Waggons ist stumm und leer, und nur der Kontrolleur auf seinem Klappstuhl prüft den Fahrschein und den Diplomatenpaß.

Was erwarten die Reisenden von ihrer Fahrt? Es ist klar: diese Reise ist für viele ein arbeitsreicher Weg zu arbeitsreichen Tagen. Aber wenn sie sich sorgenvoll herumdrehen, bevor sie einschlafen, oder noch lange grübeln, während die Räder unter ihnen stampfen, was beschwert dann ihr Herz? Quält sie das Schicksal ihrer Nation? Gelangen sie bis in jenen Traum, in dem man das Wohl der Menschheit überdenkt und überdenken darf? Oder überlegen sie, wie sie, falls sie Minister sind, ihre Kammermehrheit befriedigen, falls sie Abgeordnete sind, ihrer Partei gefallen, falls sie Diplomaten und Beamte sind, ihre Instruktionen ausführen, falls sie Journalisten sind, ihre Redaktionen erfreuen können? Hat der Mann auf dem Felde, hat die Frau am Bahnübergang recht, und sind die Sorgenvollen nur Geschäftsreisende und Kongreßbesucher, die Vergnügten nur Ferienbummler und Urlauber? Aber trotzdem! Müssen sie nicht, ob sie mit der weiternagenden Besorgnis des Tagesberufes oder mit der Sorglosigkeit des Beurlaubten dahinfahren, ihre besondere und neue Aufgabe verspüren? Die fahrplanmäßige Ordnung hat nicht das Wunder dieser Reise verlöscht. In ihrer Brust wenigstens tragen sie das gemeinsame und geheimnisvolle Zeichen, das sie unterscheiden muß von allen anderen Reisenden der Welt.

Denn was treibt diese Männer, die Minister heißen, Diplomaten sind und Geheimräte oder Attachés, durch die fahrende Nacht? Woher kommen sie? Der Minister, wenn er seine Rede überlegt, darf auf die große Straße zurückblicken, die hinter ihm

verschwindet und deren glänzende Geleise zurückführen in das Weltreich der Römer, die christliche Monarchie der Päpste und Kaiser, in die länderumspannenden riesigen Versuche übernationaler Häufung der Völker und ihrer Macht. Der Kronjurist, der seine Schiedsformel berechnet, mag auf die ruhmreiche Station der Amphiktyonie Griechenlands zurückschauen, die aus dem fernen Ursprung seiner Fahrt durch alle inzwischen vorgedrungenen Nebelschwaden herüberleuchtet. Der Völkerbundreferent, wenn er über seine Akten hinweg aus den Fenstern hinausblickt, kann beide Seiten des eisernen Wegs gesäumt sehen mit den unzähligen Programmen — vorüberfliegende Signalapparate — einer paradiesischen internationalen Ordnung. Es hilft ihnen nichts: sie alle, die aus den großen und kleinen Hauptstädten der Welt programmäßig und pünktlich nach der fernen Schweizer Stadt sausen, diese Franzosen und Estländer, Belgier und Deutschen, sie kommen nicht aus Paris und Riga, nicht aus Brüssel und Berlin. Ihre Reise ist in fernen und dunklen Hintergründen vorbereitet, verkündet, gewollt worden. Aus einer Gegend kommen sie, die über ihrer Heimat und ihrer Zeit liegt, und die Bahnhöfe, die diese Züge in die Welt hinausschleudern, sind in Wahrheit und in Wirklichkeit feierliche Tempel und Kathedralen. Hinter ihnen allen steht mehr als eine Tagesordnung, steht der Befehl und das Mandat eines Gedankens. Ob sie lässig plaudern oder fleißig Akten studieren, ob sie es wissen oder längst vergessen haben, sie fahren ihre Bahn als die Vollstrecker des großen und gemeinsamen, mühsam durch die Jahrhunderte hindurch gestalteten Erbes. Ihnen fiel ein unerhörtes Glück zu und eine ungeheure Verantwortung: sie dürfen ausführen, was die einsamen Führer erdacht, dürfen erfüllen, was die namenlosen Massen herbeigesehnt hatten. Deshalb ist es nicht still ringsumher in der Nacht, sondern die Straße ist von den verkündenden Zeichen belebt und der Gang des Wagens erfüllt von geheimen Gesprächen. Neben ihnen, mit ihnen ziehen

die Schatten der Propheten dahin, die erleuchtet und hoffend, in unkörperlicher Begeisterung, allein auf den Schwingen des Verstandes und des Gemütes vor ihnen die wunderbare Fahrt unternommen haben. In ihren Händen erheben sie die großartigen Pläne, Utopien genannt, die heute in die Wirklichkeit dieser Eisenbahnfahrt münden. Sie sind bei uns, sie weisen uns beschwörend und ermunternd den in heißem Ringen entdeckten Weg. Sie be-seelen die Landschaft. Sie beflügeln den Zug. Und aus jedem Aufstampfen der donnernden Räder, aus jedem Anschwellen der vorwärtsstürmenden Melodie tönt uns ihr weisheitsschwerer Gruß entgegen.

Ministerpräsidenten und Außenminister, Diplomaten und Geheimräte, Sachverständige und Journalisten, Pressechefs und Schreibmaschinen, Schrankkoffer und Zylinderhüte rattern durch die Nacht, und zwischen der verlassenen Heimat und dem noch fernen Ziel ist niemand, den diese Reise bewegt. Aber der Mann auf dem Felde hat unrecht, und die Frau am Bahnübergang müßte stramm und glänzenden Auges ihre Fahne präsentieren. Denn niemals fuhr größere Majestät an ihr vorbei. Spüren es die Kinder? Die wandern jetzt im Morgengrauen, den Ranzen auf dem Rücken, den Schlaf noch in den Augen, in die entlegene Schule am Bahndamm entlang. Plötzlich bleiben sie stehen und winken heiter und eifrig den Fenstern zu, die dunkel und blind an ihnen vorbeigeistern. Niemand in dem schlafenden Zug erwidert den Gruß, aber dennoch winken sie geduldig, grüßen sie fröhlich und gehen erst wieder weiter in den werdenden Tag, wenn der letzte Wagen verschwunden ist.

II

DIE REISEGEFÄHRTEN

Sie sind bei uns, und wir werden sie nicht mehr abschütteln, die geistlichen und weltlichen Denker, die Staatsmänner, Rechtsgelehrten und Dichter, die feierlichen Berühmtheiten, die jeder von uns beim Namen kennt, und die verblaßten und manchmal namenlosen Schatten, denen im Hades der Bibliotheken pietätvolle Forscher — wie in unserer Zeit Ter Meulen mit seinem unentbehrlichen, treuen Quellenwerk über den „Gedanken der Internationalen Organisation“ — die belebenden Schalen hinstellten, damit sie für uns Seele und Sprache trinken können.

Aus den leichten Umrissen des heiligen Augustinus, des Thomas von Aquino und vielleicht Dantes hervorwachsend, lebendig, blutvoll schon, naht der erste praktische Führer der Fahrt, der Franzose Pierre Dubois, zeigt uns das erste Programm eines Staatenbundes und ruft uns aus dem Beginn des 14. Jahrhunderts das erweckende Wort entgegen: „Der allgemeine Friede ist das Ziel, nach dem wir streben!“ Es grüßt uns aus dem 15. Jahrhundert das erste Staatsoberhaupt, das eine völkerbundliche Vision vor die Augen der kaiserlichen und königlichen Kollegen stellt, der Böhmenkönig Georg Podiebrad, mit seinem Plan „eines Verbandes des Friedens, der Brüderschaft und der Eintracht“, der „ewig dauern soll für unsere Erben und Nachfolger“. Es ermuntert uns Erasmus, der Schiedsrichter fordert, die besser sind als der Kampf mit den

Waffen, François de la Noue, der am Ende des 16. Jahrhunderts die Friedenskonferenz der Fürsten und des Papstes anregt, und der edle Mönch, Emeric de Crucé, der den Großen der Erde am Beginn des 17. Jahrhunderts seine „Staatsrede“ mit den „Gelegenheiten und Mitteln“ anbietet, „um einen allgemeinen Frieden und die Freiheit des Handels für die ganze Welt aufzurichten“ und dabei die großen Worte spricht, die niemand unter den Reisenden eindringlicher formulieren könnte: „Die menschliche Gesellschaft ist ein Körper, dessen Mitglieder eine Sympathie haben, so daß die Krankheiten des einen sich den anderen mitteilen müssen!“ und „Die Erde ist eine allen gemeinsame Stadt“. Wir sehen Grotius, den großen Holländer, der, von Unbeteiligten die Streitigkeiten der anderen beseitigen“ lassen möchte, und den Herzog von Bethune, Sully, der seinem königlichen Herrn Heinrich IV. von Frankreich den großen Plan einer Neuordnung Europas leiht. Es nahen die Quäker William Penn und John Bellers, und es lächelt milde der prächtige Abbé de Saint-Pierre, nach Crucé der menschlichste aller Propheten, der vom Beginn des 18. Jahrhunderts an seine Gedanken über den „Ewigen Frieden“ unaufhörlich über Europa streut, dabei von Rousseau, der sinnend neben ihm steht, gefördert, erläutert, aber auch kritisiert. Unermüdlich erfindet der gütige und kluge Priester praktische Einzelheiten der Organisation, der Geschäftsordnung und der Schlichtungsmethode. Immer tiefer dringt seine Lehre, so sehr man sie auch belächelt, in das Bewußtsein der Zeitgenossen und Nachkommen ein, weil man in ihr immer wieder jene philosophische Güte verspürt, die fast allen Männern des 18. Jahrhunderts anhaftet, aber in dieser wirklich frommen Seele frei ist von Zweifel und Ironie. Deshalb ziehen jetzt neben ihm auch seine Gegner daher, der große Friedrich, der ihn geistvoll verspottet, aber in den französischen Tiraden seiner Gedichte aus Sanssouci zuweilen erschütternde Worte des Abscheus vor dem Unheil des Krieges grollen läßt, und Leib-

niz, der den Abbé mit kritischen Augen betrachtet, aber selbst das ewige Konzil mit richterlicher Instanz ersehnt. In seinem Gefolge erscheinen François de la Harpe und Gaillard mit ihren schönen, pathetischen Friedensreden, die den Preis der französischen Akademie davontragen, und Goudar, der das schlichte und tiefsinnige Wort spricht: „Der Friede ist wie der Krieg eine Sache der Gewohnheit.“

Zahlreich drängen sich unter ihnen die Deutschen heran. Hell ertönt aus dem 17. Jahrhundert die Stimme des Schleswig-Holsteiners Samuel Rachel, der den Gedanken einer internationalen Körperschaft predigt, die alle Streitigkeiten entscheiden und den Krieg nur gegen den Staat zulassen soll, der sich ihrem Urteil nicht unterwirft. Der preußische Geheimrat von Loens ruft nach dem Friedensrat mit dem rechtsgültigen Spruch. Franz von Palthen verkündet, daß „zur Erhaltung eines allgemeinen und immerwährenden Friedens in Europa zuvörderst nötig sein würde, ein allgemeines Parlament oder Tribunal zu errichten, dessen Aussprüchen sich zu unterwerfen alle europäischen Staaten sich verpflichteten“. Von Lilienfeld baut vor uns sein „Neues Staatsgebäude“ auf, das den „ewigen, unwandelbaren Frieden zwischen allen christlichen Staaten und die Niederlegung der Waffen“, — „den jetzigen Besitz aller Länder und Städte, die Aufhebung nicht allein aller Angriffs- und Verteidigungsbündnisse, sondern auch aller Anforderungen der vergangenen Zeit mit Beibehaltung aller eröffneten Rechte und rechtmäßigen Ansprüche der künftigen Zeit“ und „die Ablehnung aller Kriege“ umschließt und über dem der herrliche und klare Satz steht: „Alles, was Anlaß zu Kriegen gegeben hat und ferner geben könnte, gehört vor das Tribunal.“ Karl Gottlob Günther ruft die griechischen Amphiktyonen zurück. Johann Gottlieb Schindler will ein „unauflösliches Friedensband“ um die Mächte schlingen, Johann August Schlettwein das „System eines festen Friedens unter den europäischen Staaten“ schaffen, das die

„wichtigste Angelegenheit“ für Europa ist. Neben ihnen erhebt sich, den Zeitgenossen noch unbekannt, Jeremy Bentham, des Engländers, philosophische Gestalt und preist uns seinen Friedensplan mit Abrüstungszwang und Mitwirkung der öffentlichen Meinung. Ungenannte deutsche und französische Autoren tauchen auf, werfen ihr helles Wort in den Klang der eindringlichen und mahnenden Stimmen. Die Menge wächst und schwillt, und endlich steht über ihr, ragend und gewaltig, nicht suchend und zusammentragend, nicht bauend und bildend wie sie, sondern aus der Tiefe des Menschengestes fertige Wahrheit schöpfend, eine längst vollendete Bildsäule auf unserem Wege enthüllend: Immanuel Kant. Jetzt ist Licht auf unserer Bahn und der große Plan so selbstverständlich und so natürlich wie eine unentrinnbare Notwendigkeit.

Kant spricht: „Was hilft's, an einer gesetzmäßigen bürgerlichen Verfassung unter einzelnen Menschen, d. i. an der Anordnung eines gemeinen Wesens zu arbeiten? Dieselbe Ungeselligkeit, welche die Menschen hierzu nötigte, ist wieder die Ursache, daß ein jedes Gemeinwesen in äußerem Verhältnisse, d. i. als ein Staat in Beziehung auf Staaten in ungebundener Freiheit steht und folglich einer von dem andern eben die Übel erwarten muß, die die einzelnen Menschen drückten und sie zwangen, in einen gesetzmäßigen bürgerlichen Zustand zu treten. Die Natur hat also die Unvertragsamkeit der Menschen, selbst der großen Gesellschaften und Staatskörper dieser Art Geschöpfe, wieder zu einem Mittel gebraucht, um in dem unvermeidlichen Antagonismus derselben einen Zustand der Ruhe und Sicherheit auszufinden; d. i. sie treibt durch die Kriege, durch die überspannte und niemals nachlassende Zurüstung zu denselben, durch die Not, die dadurch endlich ein jeder Staat, selbst mitten im Frieden, innerlich fühlen muß, zu anfänglich unvollkommenen Versuchen, endlich aber nach vielen Verwüstungen, Umkippungen und selbst durchgängiger innerer Erschöpfung ihrer Kräfte zu dem, was ihnen die Vernunft

auch ohne so viel traurige Erfahrung hätte sagen können, nämlich: *aus dem gesetzlosen Zustande der Wilden hinauszugehen und in einen Völkerbund zu treten, wo jeder, auch der kleinste Staat seine Sicherheit und Rechte nicht von eigener Macht oder eigener rechtlichen Beurteilung, sondern allein von diesem großen Völkerbunde — Foedus Amphictyonum —, von einer vereinigten Macht und von der Entscheidung nach Gesetzen des vereinigten Willens erwarten könnte.* So schwärmerisch diese Idee auch zu sein scheint, und als eine solche an einem Abbé von St. Pierre oder Rousseau verlacht worden — vielleicht weil sie solche in der Ausführung zu nahe glaubten —; so ist es doch der unvermeidliche Ausgang der Not, worein sich Menschen einander versetzen, die die Staaten zu eben der Entschließung — so schwer es ihnen auch eingeht — zwingen muß, wozu der wilde Mensch ebenso ungern gezwungen ward, nämlich: seine brutale Freiheit aufzugeben und in einer gesetzmäßigen Verfassung Ruhe und Sicherheit zu suchen.“

Der Philosoph erläutert: „Endlich: wird selbst der Krieg allmählich nicht allein so künstliches, im Ausgang von beiden Seiten so unsicheres, sondern auch durch die Nachwehen, die der Staat in einer immer anwachsenden Schuldenlast — einer neuen Erfindung — fühlt, deren Tilgung unabsehlich wird, ein so bedenkliches Unternehmen, dabei der Einfluß, den jede Staatserschütterung in unserem durch seine Gewerbe so sehr verketteten Weltteil auf alle anderen Staaten tut, so merklich, daß sich diese durch ihre eigene Gefahr gedungen, obgleich ohne gesetzliches Ansehen, zu Schiedsrichtern anbieten und so alles von weitem *zu einem künftigen großen Staatskörper anschicken*, wovon die Vorwelt kein Beispiel aufzuweisen hat. Obgleich dieser Staatskörper für jetzt nur noch sehr im rohen Entwurfe dasteht, so fängt sich dennoch gleichsam schon ein Gefühl in allen Gliedern, deren jedem an der Erhaltung des Ganzen gelegen ist, an zu regen; und dieses gibt Hoffnung, daß nach manchen Revolutionen der Umbildung endlich das, was die

Natur zur höchsten Absicht hat, ein allgemeiner weltbürgerlicher Zustand, als der Schoß, worin alle ursprüngliche Anlagen der Menschengattung entwickelt werden, dereinst einmal zustande kommen werde.“

Kant fordert: „Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören.“

Er verlangt: „Das Völkerrecht soll auf einem Föderalismus freier Staaten gegründet werden.“

Er entwickelt: „So muß es einen Bund von besonderer Art geben, den man den Friedensbund — *foedus pacificum* — nennen kann, der vom Friedensvertrag — *pactum pacis* — darin unterschieden sein würde, daß dieser bloß einen Krieg, jener aber alle Kriege auf immer zu endigen suchte. Dieser Bund geht auf keinen Erwerb irgendeiner Macht des Staates, sondern lediglich auf Erhaltung und Sicherung der Freiheit eines Staates, ohne daß diese doch sich deshalb — wie Menschen im Naturzustande — öffentlichen Gesetzen und einem Zwange unter denselben unterwerfen dürfen. Die Ausführbarkeit — objektive Realität — dieser Idee der Föderalität, die sich allmählich über alle Staaten erstrecken soll und so zum ewigen Frieden hinführt, läßt sich darstellen. Denn wenn es das Glück so fügt: daß ein mächtiges und aufgeklärtes Volk sich zu einer Republik — die ihrer Natur nach zum ewigen Frieden geneigt sein muß — bilden kann, so gibt diese einen Mittelpunkt der föderativen Vereinigung für andere Staaten ab, um sich an sie anzuschließen und so den Freiheitszustand der Staaten gemäß der Idee des Völkerrechts zu sichern und sich durch mehrere Verbindungen dieser Art nach und nach immer weiter auszubreiten.“

Immer wieder formuliert er den Gedanken: „Für Staaten im Verhältnisse untereinander kann es nach der Vernunft keine andere Art geben, aus dem gesetzlosen Zustande, der lauter Krieg enthält, herauszukommen, als daß sie ebenso wie einzelne Men-

schen ihre wilde — gesetzlose — Freiheit aufgeben, sich zu öffentlichen Zwangsgesetzen bequemen und so einen — freilich immer wachsenden — Völkerstaat — *civitas gentium* — bilden, der zuletzt alle Völker der Erde befassen sollte!“

Aber der Philosoph, dem es ernst um seine Sache ist, sieht in die Wirklichkeit hinüber und macht das Zugeständnis: „Da sie dieses aber nach ihrer Idee vom Völkerrecht durchaus nicht wollen, mithin, was in thesi richtig ist, in hypothesi verwerfen, so kann an die Stelle der positiven Idee einer Weltrepublik — wenn nicht alles verloren werden soll — nur das negative Surrogat eines den Krieg abwehrenden, bestehenden und sich immer ausbreitenden Bundes den Strom der rechtscheuenden, feindseligen Neigung aufhalten, doch mit beständiger Gefahr ihres Ausbruchs.“

Jedoch das Ziel ist unverrückbar: „Wenn es Pflicht, wenn zugleich gegründete Hoffnung da ist, den Zustand eines öffentlichen Rechts, obgleich nur in einer ins Unendliche fortschreitenden Annäherung wirklich zu machen, so ist der „Ewige Friede“, der auf die bisher fälschlich so genannten Friedensschlüsse — eigentlich Waffenstillstände — folgt, keine leere Idee, sondern eine Aufgabe, die, nach und nach aufgelöst, ihrem Ziele — weil die Zeiten, in denen gleiche Fortschritte geschehen, hoffentlich immer kürzer werden — beständig näher kommt.“

So schreiten die Propheten, von Pierre Dubois bis Kant, in langer Reihe neben unserer Fahrt daher, belehrend, ermunternd, mahnend und beschwörend, manchmal vereinzelte Pilger, dann wieder wirkliche Führer. Dieser oder jener sieht die erträumte Organisation zunächst nur als Friedensbund gegen den gemeinsamen Feind, der fast immer die Türkei ist, der Gegner des Christentums. Unmittelbar neben ihnen aber laden andere die Ungläubigen an hervorragendem Platze zur Mitarbeit ein. Hie und da sucht einer nur ein Instrument für eine bestimmte Politik, andere aber wollen ehrlich

den heilsamen Ersatz für die als verderblich erkannte Gleichgewichtspolitik. Enthüllen einige nur Strecken des Weges, so führen doch die meisten schon nahe an das Ziel: entweder weil sie den Gedanken der menschlichen Solidarität offen und ursprünglich erfassen, oder weil sie in die Tiefe der großen menschlichen Erkenntnisse hinabsteigen, oder weil sie erstaunlich praktische Einzelheiten für den Bau der Bundesstadt bringen, die nun als Material an Ort und Stelle zur Benutzung bereit liegen, oder auch, weil ihre Theorien dank äußerer Umstände einen über ihre Bedeutung hinausgehenden starken Einfluß ausüben und nun immer wiederkehren in den Erwägungen der Menschen. Aber ob sie aus praktischen Zweckmäßigkeitsgründen, aus realpolitischer Klugheit, aus Mitleid mit dem Elend der Menschen, aus sentimentaler Abscheu vor dem Kriege, aus religiösen oder wirtschaftlichen Gedankengängen oder aus moralphilosophischen Konstruktionen schöpfen, vor ihnen erhebt sich stets dasselbe Ideal, das sie oft mit denselben Beweisgründen gegen dieselben Vorurteile verteidigen. Aus ihrem Chor ertönt klangvoller und immer stärker das heiße Verlangen nach der Staatengemeinschaft, die sie mit den verschiedensten Namen preisen: christliche Republik, Staatenbund, Kongreß, Nationenverein, universelle Föderation oder — zum erstenmal bei Kant — Völkerbund. Fast alle rufen sie nach der Bundesversammlung der Nationen, die gleichzeitig das Schiedsgericht sein soll, oder nach einem besonderen Gerichtshof. Einige fordern bindende Beschlüsse mit Exekutivgewalt und Sanktionen, Abrüstung, freien Güteraustausch, andere wieder Freizügigkeit, Freiheit der Meere, Gewährleistung des territorialen Besitzes, aber auch die notwendige Fortentwicklung der bestehenden Verhältnisse. Ihr lautester Ruf gilt dem gemeinsamen Bundessitz, an dem die Abordnungen der Staaten nach oft genau erwogener Ordnung zusammentreffen oder beieinander leben sollen, der dem Traum erst seine Wirklichkeit gibt und den sie immer in einer neutralisierten Stadt

Mitteleuropas sehen, in Basel, Augsburg, Metz, Köln, Regensburg, Utrecht, aber auch in Venedig und in Toulouse und am Ende des 18. Jahrhunderts zum erstenmal in Genf.

Was mangelt noch diesen Visionen? Alles ist erdacht, gesagt, erforscht und nachgewiesen worden. Der Völkerbund ist fertig in einigen Köpfen und Herzen, der Glaube an ihn geboren, seine Wissenschaft begründet. Was könnten künftige Denker Neues heranziehen? Die Baupläne liegen bereit, nichts fehlt als der Baumeister. Eine dünne Wand ist zu durchbrechen. Die Menschheit sucht ihre Bahn und stockt vor den wilden Gebirgen, die das Gestein vom Morgen trennen. Mutig bohren die Propheten den Tunnel, haben ihr Werk fast bis zum Letzten verrichtet und harren nun, daß der erlösende Schlag auf der Seite der Machthaber erfolgt, daß dem vereinten Wirken die Mauer weicht und nun Erkennen und Wollen einander umarmen. Wirres Kriegsgetümmel und zeremoniöse Friedenskongresse und wieder Krieg und wieder Kongresse scheuchen die Verkünder zurück, aber immer wieder erscheinen sie vor den Schlachtfeldern und Palästen, und am Ende des 18. Jahrhunderts betritt endlich das entfesselte Volk unseren Weg. Jetzt erdröhnen die Geleise unter seinem Schritt. Wenn es nach den Menschenrechten schreit, beginnt es dumpf die Rechte der Nationen zu begreifen. Wenn der soziale Kontrakt die Köpfe erfüllt, kann der internationale Pakt entstehen. Aus den Revolutionsversammlungen gellt der Schrei nach dem Vaterland aller Menschen. Die französische Verfassung verzichtet auf den Eroberungskrieg. Robespierre verkündet: „Die Menschen aller Länder sind Brüder! Wer eine Nation unterdrückt, ist der Feind aller!“ Cloots fordert die „Weltrepublik“. Der Abbé Gregoire erinnert an den Abbé Saint-Pierre und ruft: „Die Politik ist ein Zweig der allgemeinen Moral.“ Der Weltbürger Syrach, der die „große Weltrepublik“ auf die Sicherheit gründet und die Geheimverträge verbietet, Montesquieu und Condorcet werfen große Worte,

große Pläne in das große Getümmel. Wieder nahen die Deutschen und die Besten unter ihnen, Fichte und Karl Salomon Zachariae, auch Jean Paul, Herder, Wieland, Schelling, Fries, Goerres, Moser, neben ihnen die Schweizer Nägeli und Stapfer, mit tiefen Gedanken oder weitausholenden Programmen. Eine große, kluge und klare Schar zieht mit uns des Weges. Wälzen sich inzwischen wieder die Massenbilder des Krieges über die Ebenen, Täler und Gebirgskämme, so kann nach so viel neuer Erleuchtung jetzt die Hoffnung erwachen, daß wir dem Ziele nahe sind und am Beginn des Jahrhunderts in die Stadt der Zuflucht einrollen werden.

Wer wird der Erfüller sein? Zwei rätselvolle Figuren stehen an unserm Weg und weisen in verschiedene Richtungen. Napoleon von Frankreich: zurück in die Universalmonarchie — Alexander von Rußland: vorwärts in den Staatenbund. Neue Verkünder, darunter Höflinge, aber auch wahre Propheten, wie die Franzosen Gordon, Paoli-Chagny und Saint-Simon, die Deutschen Humboldt, Krause und Lips, umgeben sie, suchen sie für ihren Plan oder Traum zu gewinnen, schneiden Traum und Plan auf die Personen des Herrschers zu. Aber mit Napoleon bricht der Gedanke des Weltstaates zusammen. Die Geister scharen sich um Alexander, den mehr noch als die Mahnung der Zeitgenossen und die Schwärmerei der Frau von Kruedener die Philosophie des versunkenen Jahrhunderts erfüllt, die Begeisterung des guten Abbé, die sein Westschweizer Lehrer und Berater Frédéric César de la Harpe ihm zuträgt. Die Stunde ist erhaben. Zwar tanzt und tänzelt der Wiener Kongreß höfisch und diplomatisch an uns vorbei wie alle Kongresse. Jedoch niemals während der langen Wallfahrt war der Traum der Wirklichkeit so nahe, lag das Völkerbundprogramm der Denker so dicht bei den Akten der Staatsmänner. Will man das ungeheure Chaos, das sich vor uns breitet — Trümmer des Krieges, aber auch Trümmer der Revolution —, will man die wilde

Mondlandschaft zu einem geordneten irdischen Garten formen, so sind die Ideologen nicht mehr zu entbehren. Die Stunde ist verheißungsvoll. Niemals, seit wir die Anarchie des Dreißigjährigen Krieges erblickten, war unser europäischer Boden so ordnungsbedürftig wie jetzt. Niemals aber auch schien ein mächtiger Monarch geneigter, seine Gewalt in den Dienst des großen Gedankens zu stellen. Alexander schwärmt, ringt mit sich und seinen Verbündeten. Schon sehen wir neben dem Friedensfürsten die zweideutigen und selbstsüchtigen Engländer, schon windet ihm der Realpolitiker der Zeit, der noch Metternich heißt, die Feder aus der Hand. Zähl rettet der wohlmeinende Monarch das Wenige, das von dem Wenigen, das ihm durch den Sinn ging, zu retten ist, und neben der Friedensakte, die den Kaiserreichen, Königreichen und Fürstentümern ihre Grenzsteine setzt, schwingt er, immer noch beglückt, den Pariser Pakt des Heiligen Bundes über den Völkern:

„Im Namen der sehr heiligen und unteilbaren Dreieinigkeit“, so beginnt er und proklamiert:

„Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich, der König von Preußen und der Kaiser von Rußland — als Folge der großen Ereignisse, die in Europa den Verlauf der letzten Jahre kennzeichneten, und hauptsächlich der Wohltaten, die es der göttlichen Vorsehung gefiel, über die Staaten zu verbreiten, deren Regierungen in sie allein ihr Vertrauen gesetzt hatten, und in der tiefen Überzeugung, daß es notwendig ist, die Beziehungen der Mächte auf die erhabenen Wahrheiten zu gründen, die uns von der ewigen Religion des erlösenden Gottes gelehrt werden — erklären feierlich, daß die gegenwärtige Akte nur den Zweck verfolgt, im Angesichte des Weltalls ihren unerschütterlichen Beschluß zu bekunden, sowohl in der Verwaltung ihrer Staaten, als auch in ihren politischen Beziehungen mit jeder anderen Regierung als Verhaltensregel allein die Vorschriften dieser heiligen Religion hinzunehmen: Vorschriften

der Gerechtigkeit, der Nächstenliebe und des Friedens, die, weit davon entfernt, nur auf das Privatleben anwendbar zu sein, im Gegenteil unmittelbar die Entschlüsse der Fürsten beeinflussen und ihre Schritte leiten sollen als das einzige Mittel zur Befestigung der menschlichen Einrichtungen und zur Mitwirkung an ihrer Vervollkommenung.

Infolgedessen sind Ihre Majestäten über die folgenden Artikel übereingekommen:

Erstens:

Entsprechend den Worten der Heiligen Schrift, die allen Menschen anbefiehlt, sich als Brüder zu betrachten, werden die drei vertragschließenden Monarchen durch die Bande einer wahren und unlöslichen Brüderlichkeit verknüpft bleiben; sie sehen sich als Landsleute an, werden einander bei jeder Gelegenheit und an allen Orten Unterstützung, Beistand und Hilfe leisten; betrachten sich ihren Untertanen und Armen gegenüber als Familienväter und werden sie daher in demselben brüderlichen Geiste lenken, von dem sie selbst beseelt sind, um die Religion, den Frieden und die Gerechtigkeit zu schützen.

Zweitens:

Infolgedessen wird der einzige in Kraft befindliche Grundsatz sowohl unter den genannten Regierungen als auch unter ihren Untertanen darin bestehen: einander Dienste zu leisten, durch unwandelbares Wohlwollen einander die Zuneigung zu beweisen, von der sie beseelt sein sollen, und sich nur als Glieder derselben christlichen Nation zu betrachten, wobei die drei verbündeten Fürsten sich selbst nur als Bevollmächtigte der Vorsehung ansehen, um drei Glieder einer selben Familie zu regieren, nämlich Österreich, Preußen und Rußland, womit sie bekennen, daß die christliche Nation, der sie und ihre Völker angehören, in Wirklichkeit keinen anderen Herrscher hat als den, dem allein die Macht zugehörig ist, weil in ihm allein alle Schätze der Liebe, der

Erkenntnis und der unendlichen Weisheit ruhen, d. h. unseren göttlichen Erlöser Jesus Christus, das Wort des Höchsten, das Wort des Lebens. Ihre Majestäten empfehlen daher mit der zärtlichsten Sorgfalt ihren Völkern — als das einzige Mittel, sich solchen Friedens zu erfreuen, der aus dem guten Gewissen erwächst und allein ein dauernder Friede ist —, sich jeden Tag mehr und mehr in den Grundsätzen und der Ausübung der Pflichten zu bestärken, die der göttliche Erlöser die Menschen gelehrt hat.

Drittens:

Alle Mächte, die sich feierlich zu den geheiligten Grundsätzen bekennen wollen, welche die gegenwärtige Akte diktiert haben, und erkennen, wie wichtig es für das Glück der allzulange beunruhigten Nationen ist, daß diese Wahrheiten von nun an den vollen ihnen gebührenden Einfluß auf die menschlichen Geschicke ausüben, werden mit Eifer und Zuneigung in diesen Heiligen Bund aufgenommen werden.“

Ein „tönendes Nichts“, ruft Metternich uns über Alexanders Schulter entgegen. Der „soziale Kontrakt der Könige“, schwärmt Lamartine, „das neue europäische öffentliche Recht“, das zwar die Mächte nur aus „Gefälligkeit und Schmeichelei für den Führer der europäischen Liga unterzeichneten“, das allerdings „die vorgefaßten Meinungen und Vermutungen der liberalen Partei lange für das gegenseitige Pfand der Verknechtung der Völker durch die Könige hielten“, das jedoch in seinem Wesen „nur ein Akt des Glaubens in die Vorsehung war, den ein dankbarer Fürst nach der Befreiung des Kontinents erließ, ein Akt, der in den Geschäften zwischen den Staaten die Moral und die Billigkeit an die Stelle der Willkür und der Gewalt setzen sollte“. Der Gedanke des Völkerbundes ist nur leise zu spüren. Seine Verwirklichung ist nichts anderes als ein vorläufiges dünnes Bündnis einiger Sieger, das auch der wenige Jahre später erfolgte Beitritt Ludwigs XVIII. von Frankreich und fast allmählich aller Fürsten — außer dem Papst und

dem englischen König — nicht in einen wirksamen Friedensbund verwandeln kann. Alexanders Aachener Pläne einer Vertiefung des Planes scheitern, und der Pakt bleibt eine pathetische Präambel ohne Satzung, ein Bekenntnis ohne Organe, von den einen als fixe Idee eines Schwärmers verspottet, von den anderen als Werkzeug finsterner Reaktion bekämpft, ab und zu als Vorwand für die Interventionspolitik der Mächte benutzt, um bald völlig aus dem Bewußtsein der Zeitgenossen zu verschwinden. Das andere Papier der Wiener Kongreßzeit, die deutsche Bundesakte, obgleich sie nur der Organisationsversuch für ein einziges, noch nicht national zur Einheit verschmolzenes Vaterland sein soll, wird zwar bald gemeinsam mit der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika den vom Heiligen Bunde enttäuschten Vorkämpfern als Vorbild gelten. Aber dieser „völkerrechtliche Verein“ muß auf den Schlachtfeldern von Königgrätz auseinanderfallen. Trotzdem er den Gedanken der Gleichberechtigung verkündet, wird er von zwei überstarken Mächten beherrscht, die naturnotwendig andere um sich gruppieren. Trotz der Verheißung seiner Bundesakte ist sein Ziel weniger die Aufrechterhaltung des Friedens unter den Bundesmitgliedern als die Erhaltung einiger aus bestimmter historischer Entwicklung übernommener Machtstellungen, ein Ziel, das von dem Augenblick an den Bund sprengt, in dem — und das wird immer so sein — es besser durch den Krieg erreicht werden kann als durch den Frieden.

Die Hoffnungen brechen wieder zusammen, die Völker verschwinden wieder von unserer Bahn. Aber plötzlich, spöttisch in all seinem Gram, seherisch nach so viel Verblendung, zeigt noch einmal Napoleon sein Gesicht. Schon nach der Rückkehr aus Elba hat er listig zurückschauend seine imperialistische Politik mit dem Gedanken „eines großen europäischen Bundessystems“ verklärt. Jetzt aus Sankt Helena her klagt er die Männer des Heiligen Bun-

des an, daß sie ihm seine Gedanken verfälscht haben, entwirft er kühn das Programm, das der Deklamation Alexanders mangelte, ein Programm mit internationalem Gericht, internationalem Münz- und Maßwesen, Handelsfreiheit und Abrüstung. Der Eroberer spricht von dem „einen Volk“ und dem „gemeinsamen Vaterland“. Noch zeigt er dabei zurück in die Universalmonarchie. Dann aber, weit über den Heiligen Bund des siegreichen Gegners hinweggreifend, reißt er den Nebel von der Zukunft. Besser als der russische Kaiser, der den „Grundsatz“ des Friedensbundes ausschließlich in der heiligen Religion suchte, fühlt der aus dem Volk emporgekommene Unterdrücker der Völker, wo die Kräfte liegen, die, sind sie einmal erwacht und befriedigt, zu dem großen Zusammenschluß führen können. Er weiß, daß nur national erlöste Staaten den Bund der internationalen Erlösung eingehen können. Und mit dieser Erkenntnis stellt sich der rücksichtsloseste aller Kriegshelden plötzlich an die Spitze aller Propheten und in die wahre Richtung unserer Fahrt. Was tut's, wenn er im Grunde nur seinen mißlungenen Eroberungsplan aus dem trüben Zwielficht des gescheiterten großen Einzelschicksals in die helle Sonne des größeren Menschheitsstrebens rücken will? Selbst als Verteidigungslüge mißbraucht bleibt sein Grundsatz die Wahrheit. Und so schwingt er über Alexanders Pakt hinweg, an den bald niemand mehr glaubt, sein Testament in das neue Jahrhundert hinein.

„Einer meiner großen Gedanken“, diktiert der jetzt bis zum Tode von jeder Tat Ausgeschlossene dem treuen Las Cases, „war die Anhäufung, die Zusammenziehung der geographischen Völker, die von der Revolution und der Republik zersplittert worden sind... Aus jedem dieser Völker hätte ich einen einzigen nationalen Körper gestalten mögen. Mit einem solchen Gefolge wäre es herrlich gewesen, der Nachwelt und den Segenssprüchen der Jahrhunderte entgegenzuschreiten! Dieses Ruhmes fühlte ich

mich würdig. Nach solcher summarischen Vereinfachung konnte es möglich sein, sich der Chimäre des schönen Kulturideals hinzugeben. In diesem Zustande hätten sich mehr Aussichten geboten, um überall die Einheit der Gesetze, der Grundsätze, der Meinungen, der Gefühle, der Ansichten und der Interessen herbeizuführen. Dann vielleicht, dank der allgemein verbreiteten Erkenntnis, dürfte man für die große europäische Familie die Anwendung des amerikanischen Kongresses oder der griechischen Amphiktyonen erträumen. Welche Perspektiven der Macht, Größe, der Freude und des Wohlergehens! Welch großes und herrliches Schauspiel!“

Er glaubt, daß der Gedanke des Nationalstaates für alle Völker zu verwirklichen ist. Er ist überzeugt davon, daß Italien und auch Deutschland, dessen Zersplitterung er selbst mit rauher Hand Einhalt gebot, diesen natürlichen und notwendigen Zustand eines Tages erreichen werden: „Dieser Zusammenschluß wird früher oder später durch die Macht der Ereignisse erfolgen. Der Antrieb ist gegeben, und ich glaube nicht, daß nach meinem Sturz und dem Verschwinden meines Systems in Europa ein anderes großes Gleichgewicht möglich ist als der Zusammenschluß und der Bund der großen Völker.“ Und die letzten Schleier zerreißend, über ein ganzes Jahrhundert hinwegblickend, enthüllt er den Weg der Erfüllung, deutet er mit dem Finger auf den Erben und Vollstrecker: „*Der erste Herrscher*“, so ruft er, „*der sich inmitten des ersten großen Krieges in gutem Glauben die Sache der Völker zu eigen macht, wird an der Spitze Europas stehen, und er wird alles unternehmen können, was er will!*“

Er schweigt. Das Bild des seltsamen Propheten verblaßt. Die Fahrt geht weiter, an ihm vorbei. Aber die Figur, die er heraufbeschwor, wächst am fernen Horizont.

III

DER 665. TAG

Vermag ein einziger, auch wenn er der mächtigste Herrscher und voll guten Willens ist, das Werk zu vollenden? Das Jahrhundert, durch das wir fahren, muß die „allgemeine Erkenntnis“ bringen, die Völker selbst dem Verständnis ihrer Sache entgegenführen. Sind sie nicht bereit — das lehrte der Zusammenbruch der in die Nähe der Verwirklichung emporgereiften Hoffnung —, kann auch der „Herrscher“ nicht bereit sein.

Jenseits der Meere, in der neuen Welt, unter anderem Himmel und anderen Lebensbedingungen, erleichtert die Befreiung von den europäischen Mutterländern auch die Loslösung von den geschichtlichen Formen der europäischen Staatenpolitik. Hier scheinen die Nationen unserem Wege näher zu rücken, der in die Bundesstadt führen soll. Die bewunderte nordamerikanische Verfassung, die mit ihren Wurzeln in die Reformationswelt hineingreift wie die alten europäischen Staatenbundpläne in die römisch-katholische Welt, will uns mit ihrem Senat und Abgeordnetenhaus und ihrem Obersten Gerichtshof die letzte Etappe zur allgemeinen Völkervereinigung werden. Glaubt nicht Benjamin Franklin, daß nun auch in Europa „der Plan des guten Heinrich IV.“ ausgeführt werden könne? Erträumt nicht Simon Bolivar, der Befreier der ibero-amerikanischen Völker, im Jahre des europäischen Heiligen Bundes den Zusammenschluß des ganzen amerikanischen Erd-

teiles? Kann er, der ferne Völkerbundideale kündet, nicht wenigstens in Panama, dem neuen Korinth, den ersten panamerikanischen Kongreß leiten? Aber noch lange irren die Völker abseits unserer Bahn, den Blick nach innen gerichtet, stumpf bemüht, das eigene Feld zu bebauen, unfähig, die gemeinsame Pilgerstraße zu betreten. Zahlreich erscheinen zwar die Verkünder wieder an unserem Weg, katholisch-päpstlich oder religiös-sozialistisch, juristisch, ökonomisch das Weltgebäude durchsuchend, und Joseph de Maistre läßt zum ersten Male das Wort „Société des Nations“ erklingen, und Pierre Leroux, den Heine bewundernd verspottet, spricht den Namen begeistert nach. Aber wollen sie die Massen zu ihrer Unterstützung herbeirufen, so müssen die Propheten lauter sprechen. Es genügt nicht mehr, daß ein Bekenner dem andern die Fackel weiterreicht. Der Schein, der bisher in gerader Linie auf unsere enge, ins Künftige schwindende Straße fiel, muß ringsum in die Breite leuchten und die ganze Landschaft in immer weiter strahlendem Umkreis erhellen.

Ist die Welt selbst inzwischen nicht heller geworden? Das Zeitalter der Schule, der neuen Verkehrsmittel, der beratenden Körperschaften und Parlamente bricht an, die Regierungsgewalten erweitern sich, eine öffentliche Meinung kann sich bilden, der einsame Philosoph braucht nicht mehr dem einsamen Monarchen gegenüber zu stehen, den er allein gewinnen oder bekämpfen muß. In den Tunnel, der den hemmenden Berg durchbohren will, drängen neben den einzelnen Propheten dichte Gruppen von Sehenden und Erleuchteten heran, beratschlagen, fassen Beschlüsse und treiben Propaganda. Im Jahre 1815 tritt in den Vereinigten Staaten von Amerika die erste Friedensgesellschaft zusammen, andere folgen ihr, und alle schließen sich zum starken Bunde zusammen. Ein Jahr später sehen wir den ersten europäischen Friedensverein in England, und im Jahre 1830 meldet von dem fernen Ziel unserer Fahrt der Genfer Graf de Sella die Gründung des ersten fest-

ländischen Pazifistenvereins. Welch Gewimmel und Getümmel belebt nun unsere Reise! Die Gruppen mehren sich, tragen die Fackel weiter, vereinigen sie zu hellen leuchtenden Bündeln, erwecken neue Verkünder, bilden für andere, die einsam des Weges zogen, den freundlichen Familienkreis, in dem sich ihre Stimme übt, um dringender die Völker und die Machthaber zu erfassen. In ihrer Mitte sehen wir die Amerikaner William Ladds und William Jay und den volkstümlichen Apostel Elihu Burrit, der predigend Europa durchwandert, den Engländer Macnamara, den Schweizer Sartorius, den Sellons Friedenspreis erweckt, Constantin Pequeur und andere Preisträger des französischen Vereins. Aber sie wollen wachsen, wollen Welt werden. Der Trieb, die Völker zusammenzuschließen, drängt sie zum internationalen Zusammenschluß aller Gleichgesinnten. Jetzt erleben wir das Schauspiel des ersten privaten internationalen Friedenskongresses, der im Revolutionsjahr 1848 in Brüssel zusammentritt und, von dem zündenden Wort Burrits beherrscht, die „Abschaffung des Krieges“, „Schiedsrichter oder einen höchsten internationalen Gerichtshof“, „in naher Zeit einen Völkerkongreß mit Vertretern eines jeden Volkes“ und „ein Entwaffnungssystem“ verlangt, „das gleichzeitig die Staatslasten verringern und eine dauernde Ursache zur Aufreizung oder Unruhe ausschalten“ soll. Wir stehen unter dem Bann des pathetischen zweiten Friedenskongresses, der sich ein Jahr darauf in Paris entrollt und den auch die Deutschen besuchen. Victor Hugo leitet ihn, und mächtiger noch als die Proklamation des Heiligen Bundes klingt das hinreißende Prosagedicht in die Welt hinaus, das er den Nationen vorträgt und in dem zum ersten Male das Wort von den „Vereinigten Staaten von Europa“ erschallt.

„Der Tag wird kommen“, so singt der Dichter, „an dem ihr euch alle, Frankreich, Rußland, England und Deutschland, Nationen des Kontinents, ohne euere einzelnen Tugenden, ohne

euere ruhmreiche Persönlichkeit zu verlieren, in einer höheren Einheit eng zusammenschließen werdet, um die europäische Brüderlichkeit zu begründen...

Der Tag wird kommen, an dem es keine anderen Schlachtfelder mehr geben wird als die dem Handel offenen Märkte, als die den Gedanken offenen Geister.

Der Tag wird kommen, an dem man die Kanonenkugeln und die Bomben durch die Stimmzettel ersetzt, durch das allgemeine Wahlrecht der Völker, durch das ehrwürdige Schiedsgericht eines großen souveränen Senates, der für Europa bedeutet, was das Parlament für England, der Reichstag für Deutschland, die gesetzgebende Versammlung für Frankreich ist.

Der Tag wird kommen, an dem man in den Museen eine Kanone zeigt, wie heute ein Folterinstrument, und man sich wundert, daß dergleichen möglich war!

Der Tag wird kommen, an dem zwei ungeheure Gruppen, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Vereinigten Staaten von Europa, einander gegenüberstehen, einander über die Meere hinweg die Hand reichen, ihre Erzeugnisse, ihren Handel, ihre Industrie, ihre Künste, ihren Genius miteinander austauschen, den Erdball ausjäten, die Wüsten kolonisieren, unter dem Auge des Schöpfers die Schöpfung verbessern und zur Erhöhung des allgemeinen Wohlergehens die beiden unendlichen Gewalten, die Brüderlichkeit der Menschen und die Macht Gottes, miteinander verbinden.

Und um diesen Tag herbeizuführen, brauchen wir nicht vier Jahrhunderte zu warten. Wir leben in einer raschen Zeit, leben im Strome der stürmischsten Ereignisse und Gedanken, die jemals die Menschheit mitgerissen haben. In unserem Zeitalter vollbringt zuweilen ein Jahr das Werk eines Jahrhunderts.

Was aber, Franzosen und Engländer, Deutsche, Belgier, Russen, Slawen, Europäer und Amerikaner, was müssen wir

tun, um so schnell wie möglich diesen großen Tag zu erleben?“

Der Dichter schweigt, atmet tief und breitet die Arme aus:
„Wir müssen einander lieben!“

Der Kongreß rast Beifall, berät, beschließt. Seine Forderungen bestätigen die Thesen des ersten Kongresses, erweitern sie durch die Verurteilung der Kriegsanleihen und einen Appell an Geistlichkeit und Presse und werden feierlich dem Präsidenten der Französischen Republik, dem späteren Kaiser Napoleon III., überreicht, der mit dem Testament von St. Helena spielt, an der Spitze der ersten offiziellen europäischen Friedenskonferenz stehen möchte und den die Propheten mit ihren Plänen umringen wie einst den großen Oheim und den Kaiser Alexander. Dann trägt uns schnell der dritte Kongreß der Friedensfreunde, im Jahre 1850, in die Frankfurter Paulskirche, wo zwei Jahre vorher der Traum der deutschen Einheit vergeblich geträumt worden war. Kongreß folgt auf Kongreß, die Bewegung klärt sich im Laufe der Jahre, sucht neue Methoden und verbessert und vereinheitlicht ihre Organisation. Aber wird sie das Ziel erreichen? Wird ihr Ziel nicht allmählich bescheidener? Der Traum des Staatenbundes, wenn auch immer wieder geträumt, verschwimmt zuweilen unklar in der Ferne, und deutlicher und nüchterner heben sich die Rezepte der angelsächsischen Schule — unmittelbare Kriegsverhütung durch Schiedsgerichtswesen, Abrüstung und die Propaganda gegen den Krieg überhaupt — vor uns ab. Die Pazifisten rücken in die Nähe der exakten Wissenschaft, die ihnen den Weg für die Erforschung der Rechtsmittel zur Beilegung der internationalen Streitigkeiten ebnen soll. Aber man sieht sie eines Tages auch, so lebhaft sie sich dagegen wehren, in der Nähe der politischen Tagesopposition. Neben ihnen, aus den Theorien der Saint-Simonisten erwachsen, schwillt die sozialistische Bewegung an. Auch sie grüßt uns aus Genf, der Stätte des ersten internationalen Arbeiter-

kongresses. Sie will die Proletarier aller Länder vereinigen, die Abschaffung der stehenden Heere erkämpfen. Ihr Weg zur allgemeinen Abrüstung aber führt über den Antimilitarismus im eigenen Lande. Ihr ewiger Friede verlangt die vorherige Umwälzung der Staatsform und des Wirtschaftssystems. Wer internationale Annäherung, wer Abrüstung verlangt, und bewegt er sich auch in den bürgerlichen und aristokratischen Sphären des Pazifismus, gerät allmählich in den Verdacht, daß er nicht nur die bestehende Macht für seine Pläne gewinnen, sondern Nation und Staat aushöhlen will. Für die Machthaber aber bleibt die Erhaltung des Staates wichtiger als die des Friedens, für die bürgerliche Menge der Drang nach Erfüllung der nationalen Ideale stärker als der Abscheu vor dem Kriege. So sehen wir zwar, daß, seit der Friedensgedanke von den vereinzelt Verkündern in immer größer und zahlreicher werdende Organisationen und Parteien übergegangen ist, sein Licht in die Breite dringt, aber fast fürchten wir, daß es der Fackelträger zu viele gibt, und es scheint uns, als ob die hellen Funken hin und her irren und die Straßen sich verzweigen und verwirren.

Jede organisierte Bewegung überschätzt ihren Einfluß, und jede angefeindete Bewegung überschätzt die Ergebnisse, die sie beeinflußt hat. Haben die Friedensfreunde recht, wenn sie nach langen Kämpfen laut triumphieren? Eine der wesentlichen Forderungen ihrer Kongresse, die Anwendung vermittelnder „guter Dienste“, wird von der Pariser Regierungskonferenz im Jahre 1856 übernommen. Auf die große Welttagung, die alle Friedensvereine 1889 unter dem Vorsitz des Franzosen Passy in Paris abhalten, folgt die erste Tagung der Interparlamentarischen Union, die nicht nur den Friedensgedanken in die Parlamente hineinträgt, sondern auch den Keim eines internationalen Parlamentes schafft. Ein ständiges Friedensbüro, als Organ der international zusammengeschlossenen Friedensvereine, und ein interparlamentarisches Büro werden

in Bern eingerichtet. Die Staatsmänner beginnen in ihren Reden dem Friedensgedanken zu huldigen, Gladstone in England, Caprivi in Deutschland, und die Pazifisten können sich auf schöne Worte des Papstes Leo XIII. berufen. Das sensationelle Testament Alfred Nobels und amerikanische Friedenspreise lassen die öffentliche Meinung aufhorchen. Erweckende Bücher, wie Berta von Suttners „Die Waffen nieder“ und der „Krieg“ des russischen Staatsrates von Bloch, rütteln an den Zeitgenossen, wie später Norman Angells „Große Illusion“. In den lateinamerikanischen Staaten, zwischen den Vereinigten Staaten und England, dringt der Schiedsgedanke in die Vertragspolitik. Und im Jahre 1898 scheint es plötzlich, als würde nach so viel neuem Suchen und Verkünden der 1815 gescheiterte Versuch, die Macht mit dem Friedensgedanken zu vermählen, verwirklicht werden.

Dem dritten Napoleon war es nicht gelungen, das Vermächtnis des ersten Napoleon zu übernehmen. Jetzt will Nikolaus II. das Erbe Alexanders antreten. An alle Regierungen ergeht sein überraschendes Friedensmanifest: es mahnt an die dringende Pflicht, „den unaufhörlichen Rüstungen ein Ende zu machen und die Mittel zu suchen, um einem Unheil vorzubeugen, das die ganze Welt bedroht“. Es regt eine Konferenz an, „um die Bestrebungen aller Staaten zusammenzufassen, die aufrichtig bemüht sind, den großen Gedanken des Weltfriedens über alle Elemente des Unfriedens zum Triumphe zu führen“. Reich an diplomatischen und militärischen Uniformen ziehen an unseren Augen die beiden Haager Friedenskonferenzen der Jahre 1899 und 1907 vorbei, beide von Nikolaus II. einberufen, die zweite vom Präsidenten der Vereinigten Staaten Roosevelt angeregt, die erste von sechsundzwanzig, die zweite von vierundzwanzig Staaten der ganzen Welt beschickt. Aber weder die eine noch die andere führen zur Rüstungsbeschränkung, dem einen Ideal der modernen Friedensfreunde: in beiden Jahren wird sich die Welt mit unverbindlichen Kund-

gebungen begnügen müssen, wobei die zweite mit der Feststellung beginnt, daß seit der ersten die Rüstungen angewachsen sind. Das andere Ideal der Pazifisten, die friedliche Regelung der Streitfälle, scheint trotz aller Einschränkungen, für die man später die unkluge und trotzige Haltung der Deutschen verantwortlich machen wird, der Verwirklichung näher zu kommen: Der Grundsatz der Vermittlung durch dritte Staaten vor Eröffnung von Feindseligkeiten wird, „soweit die Umstände dies gestatten“, anerkannt, die Einsetzung internationaler Untersuchungsausschüsse für internationale Streitfälle beschlossen, die weder die Ehre noch die Lebensinteressen der Mächte berühren, die internationale Schiedsgerichtsbarkeit durch die Schaffung eines „ständig“ genannten Schiedshofes mit wahlfreiem Verfahren und durch eine internationale Prozeßordnung ausgebaut. Aber der Krieg wird nicht verboten und nicht erschwert, sondern nur die Kriegführung in zahlreichen Abkommen, im Anschluß an frühere Vereinbarungen, reglementiert und in Anlehnung an das edle Rote Kreuz des Genfer Bürgers Henry Dunant und der Genfer Konvention vom Jahre 1864 humanisiert.

Ist das viel? Ist das wenig? Am Tage der Eröffnung des ersten Kongresses ruft sich der anwesende deutsche Pazifist Alfred Fried ergriffen Goethes berühmtes Wort nach der Schlacht von Valmy in Erinnerung und stellt mit Rührung fest, daß Berta von Suttner, die neben ihm auf der Journalistentribüne sitzt, „von Schauern der Freude durchrieselt wird, als sie da unten das Ideal der Verwirklichung nahe sah, das ihr vorgeschwebt!“ Aber auch nach der Konferenz jubelt er uns noch in seinem „Handbuch des Friedens“ zu: „Vom Wiener Kongreß am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts bis zur Haager Konferenz, an dessen Ende, von den Kriegen des korsischen Eroberers bis zu dem auf den Ruf des Kaisers von Rußland beschlossenen ständigen Schiedshof führte ein weiter und beschwerlicher Weg. Was zu Anfang des Jahrhun-

derts die frommen Männer gefordert hatten, die in Amerika und in Europa die ersten Friedensgesellschaften begründeten, was im Laufe der Jahrzehnte von den Pazifisten aller Länder unter dem Hohn und Gelächter der Zeitgenossen propagiert und immer neu und unermüdlich vorgebracht wurde, hier war es begründet worden. Ein Anfang zwar nur, aber ein aussichtsvoll in die Zukunft weisender. Ein Anfang, der einen Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte bedeutete.“

In welche Zukunft? Der pazifistische Völkerrechtslehrer Walther Schücking, noch bewegter als Fried, will am Abschluß der zweiten Konferenz nicht nur den alten Schiedsgedanken, will bereits den ganzen Plan des Staatenbundes verwirklicht sehen. „Der weitere periodische Zusammentritt einer Konferenz“, so prophezeit er in seiner Schrift von der „Organisation der Welt“, „erscheint heute, wenn auch noch nicht rechtlich gesichert, so doch tatsächlich im höchsten Maße wahrscheinlich.“ Er versichert: „Damit aber wäre der Weltstaatenbund fertig.“ Und er malt die Entwicklung: „Dieser Weltstaatenbund wird dann allmählich die einzelnen Staatenvereine aufsaugen, zu denen sich heute schon die verschiedenen Kulturstaaen zusammengefunden haben.“ Und schon dämmert für ihn hinter dem Weltstaatenbund der „Weltbundesstaat“ herauf!

Weltstaatenbund! Weltbundesstaat! Wo sind wir?

Wir halten auf unserer verworrenen Fahrt an und schöpfen Atem. Wie? Sind wir, ohne es zu bemerken, schon ans Ziel gelangt? Wir blicken um uns herum und entdecken, daß, während in Büchern, Vereinen und Parlamenten um den Friedensgedanken gekämpft wurde, in aller Stille überall „Zweckverbände“ entstanden, Organe einer „Internationalen Verwaltung“: eine Union der Telegraphenverwaltungen im Jahre 1865, eine Weltpost-Union im Jahre 1874, beide mit ständigen Büros in Bern. Zahlreiche Abkommen über Verkehrswesen werden abgeschlossen, wie

über Schifffahrt auf der Donau und am Rhein, über Seesignale, Unterhalt von Leuchttürmen, über Eisenbahnfrachtverkehr und unterseeische Telegraphenkabel, Veröffentlichung der Zolltarife, Abkommen über Handelswesen, wie die lateinische Münzkonvention und die Meterkonvention mit dem Maß- und Gewichtsbüro in Sèvres, Abkommen über Rechtsfragen, wie für den Schutz des industriellen Eigentums und den Schutz des geistigen Eigentums, beide mit ihren Büros in Bern, Abkommen über Fragen der Landwirtschaft, Polizei und Wissenschaft. Ein Netz von zwischenstaatlichen Bindungen, die wie von selbst plötzlich aus der gesteigerten technischen Kultur des Jahrhunderts erwachsen, bedeckt die Welt, und über allen steht nun der „Weltstaatenverein der Haager Konferenzen“. Das Völkerrecht triumphiert. Geduld! Acht Jahre noch Geduld bis zur dritten Konferenz! Noch eine „Haagiade“, und das Werk muß sich vollenden.

Warum haben wir von all dieser Organisation nichts bemerkt? Warum schweigen die Massen mißtrauisch und spöttisch vor dem gelehrten und diplomatischen Werk? Anfang? Wendepunkt? Weltstaatenverband? Haben wir das nicht alles auch zur Zeit des Heiligen Bundes gehört? Eines ist gewiß, ob die Fahrt vorwärts geht oder im Kreise herum oder gar, wie es uns so oft erscheint, rückwärts, zuversichtliche und freundliche Bilder zeigt sie uns nie. Beugen wir uns aus den Fenstern heraus in die wirkliche Wirklichkeit hinein, so sehen wir, ob Alexander von ihr träumt oder Nikolaus, über den Kronleuchtern der alten und der neuen Kongresse im blutigsten Feuerschein den trostlosesten Himmel, und immer zerreißen nach den großen Friedensreden und Friedensentschlüssen die verzweifelten Schreie gemordeter Völker unser Ohr. Die Straße vom Heiligen Bunde zur ersten Haager Friedenskonferenz ist nicht nur von internationalen Worten und internationalen Papieren, sie ist von nationalen Kriegen erfüllt: Krieg im lateinischen Amerika, Krieg der Griechen, Engländer, Russen und Franzosen

gegen die Türken, Krieg Englands in Afghanistan und in China, Krieg zwischen Österreich und Sardinien, Krieg zwischen Preußen und Dänemark, Krieg in der Krim, der englisch-französische Krieg gegen China, der französisch-sardinische Krieg gegen Österreich, der französisch-englisch-spanische Krieg in Mexiko, Krieg trotz ihrer vorbildlichen Verfassung unter den Staaten der nord-amerikanischen Union, Krieg der Österreicher und Preußen gegen Dänemark, Krieg trotz ihrer Bundesakte zwischen Deutschen und Deutschen und gleichzeitig Krieg zwischen Österreich und Italien, Krieg trotz aller Träume des dritten Napoleon und trotz aller vorhergehenden Verbrüderungen zwischen Deutschen und Franzosen, Krieg zwischen Russen und Türken, Krieg zwischen England und Afghanistan, Krieg zwischen Frankreich und China, Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien, Krieg zwischen Japan und China. Zwischen der ersten und zweiten Haager Konferenz wütet, obgleich die englischen Staatsmänner und das englische Volk die Friedenspropaganda besonders herzlich aufnehmen und weitergeben, der scheußliche Eroberungskrieg Englands gegen die Burenrepubliken, führt trotz des Friedensmanifestes des Zaren Nikolaus II. Rußland seinen blutigen Krieg mit Japan und kämpft das vereinigte Europa in China. Während der zweiten „Haagiade“ erschüttern ein italienisch-türkischer Krieg und zwei entsetzliche Balkankriege, die den Völkern das ganze Grauen der modernen Kriegstechnik und Kriegsführung abschreckend vor Augen führen könnten, den empfindlichsten Teil der alten Welt. Durch das ganze Jahrhundert laufen gleichzeitig die fast anonymen Kolonialkriege der Kulturnationen gegen die eingeborenen Völker, die niedergemetzelt oder annektiert und wirtschaftlich ausgesogen werden.

Der Friedensgedanke zieht durch die Welt? Aber ihm voran, hinter ihm her, mitten durch ihn hindurch marschieren die Heere. Weltverkehr, Weltbildung, Weltwirtschaft bringen die Völker

einander näher? Aber sie sind so dicht beieinander, so eng miteinander verquickt, daß sie schneller und gieriger denn je übereinander herfallen. Der Gedanke der internationalen Organisation feiert Triumphe? Aber während die Staatsmänner ihm ihre pathetischen Huldigungen darbringen oder einen Verein für Eisenbahnfrachtverkehr bilden, ballen sich die Nationen zu riesenhaften bewaffneten Bündnissen zusammen, die in so unerhörter Weise das alte System der Gleichgewichtspolitik vervollkommen, daß die Welt nun wirklich dem von Kant erwähnten Hause Swifts gleicht, das „von einem Baumeister so vollkommen nach allen Gesetzen des Gleichgewichts erbaut war, daß, als sich ein Sperling darauf setzte, es sofort einfiel“. Während die zweite Haagiade ihrem Ende entgegengeht, bricht die europäische Welt zusammen, und der größte aller Kriege und von allen der blutigste, der scheußlichste, der überflüssigste und der sinnloseste ergreift die Welt: Er packt Österreich-Ungarn und den Balkan, er umklammert Rußland, Deutschland und Frankreich, Belgien und England, Japan, die Türkei und Italien und allmählich die meisten Staaten der Erde. Zuerst vermag niemand an ihn zu glauben, meint jeder, er würde in wenigen Wochen und Monaten sein Ende erreichen. Aber das Jahr 1914 zieht vorbei, ohne daß die internationale Staatengemeinschaft den Kämpfenden bewußt wird und an ihre Vermittlungsmethoden erinnert. Das Jahr 1915 streicht vorbei, ohne daß die versprochene Haager Konferenz aus den Wolken herabsteigt und dem Entsetzen ein Ende macht. Das Jahr 1916 beginnt. Wieder wird es Frühling, die Maisonne strahlt, und immer noch tobt der Krieg über unserer Straße. Längst sind alle Geleise vor uns aufgerissen, die Flammen schlagen zu uns herein, und wir ahnen, daß sie sich dehnen werden im Raum und in der Zeit.

Ein Tag bricht herein wie alle die anderen Tage seit dem August 1914. Wie an jedem Tage haben Berlin, London, Paris, Wien, Rom, Petersburg und Sofia die Heeresberichte ihrer Hauptquar-

tiere, die wesentliche Literatur dieser Zeit, in die Welt hinausgeschickt. Das englische Bulletin meldet Minenkämpfe um Loos, Artilleriekämpfe bei Gommecourt, Arras und auf den Hügeln von Vimy und teilt mit, daß bei Fricourt das englische Feuer besonders wirksam war. Das französische Communiqué erzählt von Kämpfen am linken Maasufer in den Wäldern von Avourt und des Mort-Homme und von einem zurückeroberten Schützengraben zwischen dem Walde von Haudrement und dem Gehöft von Thiaumont. Der Heeresbericht der Deutschen verkündet, daß sie am rechten Maasufer die Schlucht von Thiaumont überschritten und den Gegner südlich vom Fort Douaumont zurückgeworfen haben und verzeichnet einen französischen Gasangriff. Aber ein paar Stunden später erklärt das Communiqué der Franzosen, daß sie mit Maschinengewehren und Infanterie den deutschen Angriff abgeschlagen haben. Das belgische Communiqué weiß „nichts Neues“ zu melden. Auch von der russischen Front berichten Deutsche, Österreicher und Russen, daß die Lage unverändert sei. Jedoch vom italienischen Kriegsschauplatz, wo die Österreicher ihre große Offensive begonnen haben, bringen uns die Generalstäbe lebhaftere Schilderungen. Wien zeigt Erfolge im Sektor von Sugana, im Norden von Asiago, im Westen von Barcarola an, teilt mit, daß ein italienisches Luftschiff Triest mit Bomben belegt hat, während ein österreichisches Unterseeboot Fabrikanlagen auf der Insel Elba beschoß und den italienischen Dampfer Washington versenkte. Rom weiß trotzdem von blutigen Mißerfolgen der Österreicher, von einer glänzenden überraschenden italienischen Angriffsaktion der Alpini zu erzählen und kann weiter mitteilen, daß die Gegner an einigen Ortschaften Flugbomben abgeworfen haben. Konstantinopel meldet unveränderte Lage an der Irakfront, Scharmützel im Kaukasus, feindliche Bombenabwürfe auf Smyrna. London berichtet, daß die Türken weiter ihre Stellungen am rechten Tigrisufer besetzen, aber die britische Artillerie

rie ihre Verbindung mit dem linken Ufer stört, und erinnert an die Kämpfe in den afrikanischen Kolonien. Communiqué folgt auf Communiqué, an diesem Tage wie an allen Tagen. Und am Abend und am andern Morgen beugen sich an allen Orten der Welt und auch in den neutralen Ländern die Bürger und ihre Kinder auf ihre großen Kriegskarten, stecken die Fronten mit bunten Fähnchen ab und sehen, daß die Deutschen in Belgien stehen und in Nordfrankreich und vor Verdun, die Österreicher jenseits ihrer Grenze Italien bedrohen, Deutsche und Österreicher ganz Polen und einen Teil der russischen Küste besetzen, Deutsche, Österreicher und Bulgaren Montenegro und Serbien beherrschen.

Auch jenseits des Meeres, in der Hauptstadt des größten neutralen Staates der Welt, liest man an diesem Tage die Heeresberichte, steckt man Fähnchen auf die Karte des Sieges der Zentralmächte. Es ist der 665. Tag des Krieges. Es ist der 27. Mai 1916. Es ist ein Tag wie ein anderer. Es ist auch der Tag der ersten Jahresversammlung, die eine im Jahre 1915 in Philadelphia gegründete amerikanische „Liga zur Erzwingung des Friedens“ feierlich im Belasco-Theater zu Washington abhalten will. Wir reiben uns die Augen. Wir haben in den 664 verflossenen Tagen vergessen, daß es seit einem Jahrhundert solche Vereine gibt, und seit mehreren Jahrhunderten Propheten der Völkergemeinschaft. Diese jüngste Liga will einen Völkerbund herbeiführen? Sie hat bereits ein Programm aufgestellt, in dem es als wünschenswert bezeichnet wird, daß die „Vereinigten Staaten einem Völkerbund beitreten“, hat sogar eine Anzahl von grundlegenden Verpflichtungen ausgearbeitet, wonach alle Mitgliedstaaten ihre Streitfälle entweder einem Gerichtshof oder einem Schlichtungsrat unterbreiten, ihre wirtschaftlichen und militärischen Kräfte gegen jeden friedensstörenden Staat zusammenschließen und in periodischen Konferenzen die Regeln des internationalen Rechts formulieren und kodifizieren sollen? Wir zucken die Achseln. Was soll uns das neutrale Spiel!

Was geht es uns an, wenn der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Herr Taft, persönlich den Vorsitz führt, der demokratische Kandidat bei einer früheren Präsidentenwahl das Amt des zweiten Vorsitzenden innehat, die Präsidenten der Handelskammer, der amerikanischen Arbeitsföderation und der Havard-Universität und zahllose andere bedeutende und gutgesinnte Persönlichkeiten des großen neutralen Staates ausgezeichnete Reden über die Notwendigkeit halten, in Zukunft durch einen Völkerbund den Frieden „zu erzwingen“. Auch diese Worte werden verhallen wie tausend andere, die wir vor dem Kriege und während des Krieges gehört haben. Schon lassen sich die amerikanischen Friedensfreunde, von den trefflichen Reden erschöpft, zu dem riesenhaften Schlußbankett nieder, das ihren platonischen Bemühungen ein vergnügtes Ende bereiten soll, und bald wird auch dieser Versuch, die Menschheit zu retten, wie so mancher andere vergessen sein. Stumpf blicken wir dem 666. Tage entgegen und all den anderen, die ihm folgen werden.

Aber halt! Eine Bewegung der Ehrfurcht und der Erwartung geht durch den ungeheuren Saal. Der Herrscher dieses Staates, Präsident Woodrow Wilson, erhebt sich von seinem Sitz, um die Tischrede zu halten.

IV
DER MESSIAS

Wer ist der Festredner auf dem neutralen Völkerbundbankett? Wir müssen ihn uns genau ansehen. Denn lange Zeit hindurch wird nichts auf der Welt so wichtig sein wie dieser Mann mit dem Gelehrtenprofil.

Er ist ein Professor, ein Historiker, ein reformierter Christ. Er ist ein Demokrat und ein Amerikaner. Einen Heuchler werden ihn die einen, einen kindischen Idealisten die anderen nennen. Man wird die Stärke seines Charakters, die verbissene Hartnäckigkeit rühmen, die ihn dazu trieb, seinen Plan unerschüttert durch alle Wandlungen seiner kurzen Herrschaft hindurch zu verfolgen. Man wird die Schwäche seines Charakters, die verblendete Eitelkeit tadeln, die ihn dazu führte, Stück für Stück seines Planes zu opfern. Man wird den Weltbürger bejubeln, der über die Grenzen der eigenen Nation hinweg die allen Völkern gemeinsamen Interessen erkennt, und den Amerikaner kritisieren, der die selbstsüchtigen, politischen und wirtschaftlichen Interessen seines Landes in einen Menschheitsgedanken einwickelt. Aber wenn man sein Bild hin und her schwanken sieht, wird man niemals genau wissen, ob nicht die Zeit hin und her schwankt, in der es steht. Jedoch, wer er auch ist: er ist der erwählte Führer einer großen und seit langem bewunderten Nation, in der Europa, das den eigenen jahrhundertalten Friedenstraum längst vergessen hat, das Vaterland des Völker-

bundgedankens sieht. Seine aus Gelehrsamkeit und selbstbewußtem Prophetentum zusammengesetzte Persönlichkeit, seine tiefe Bildung, die nicht aus den Höfen, diplomatischen Salons und Kanzleien, sondern aus der ernsten und stillen Studierstube stammt, der sittliche und religiöse Ernst, mit dem er seine politischen Gedanken vorzutragen weiß, stellen ihn in den Augen der Völker über alle Staatsoberhäupter der Zeit. Vor allem aber ist er der unbestrittene Schiedsrichter. Er ist das große neutrale Land, das nicht nur moralisch ein Tribunal ist, das ein jeder für sich gewinnen und das niemand gegen sich haben möchte, sondern das auch über die größte, noch unverbraucht außerhalb des Kriegsspiels aufgestapelte Macht verfügt. Er kann nicht nur Recht sprechen: Er kann Recht schaffen. Er kann, wenn er will, Recht in Unrecht, Unrecht in Recht wandeln. Er verfügt über unbegrenzte Möglichkeiten. Die Massen sind bereit, ihm zu glauben und ihm zu helfen. Die erschütternden Erfahrungen, die der gleichzeitig heldenhafte und unmenschliche Krieg ihnen einhämmt, die trotz obrigkeitlicher Zensur und Selbstdisziplin immer stärker ans Licht drängende Friedenssehnsucht der Völker können seinem Eingreifen eine Stoßkraft verleihen, wie sie kein Alexander von Rußland besaß und die, wenn er will, kein Metternich abzuschwächen braucht. Diesmal sind die Völker bereit, wenn er bereit ist. Und ist er wirklich der auf Sankt Helena angekündigte „erste Herrscher“, der sich „inmitten des ersten großen Krieges in gutem Glauben die Sache der Völker zu eigen macht“, so „wird er alles unternehmen können, was er nur will“.

Eines allerdings erkennen wir bald: Er ist kein sentimentaler Pazifist, der sich weinend über die Leiden der einzelnen Menschen neigt, der das Sterben der schuldlosen Jugend, die Tränen der gemarterten Mütter beklagt. Der Präsident ist ein Gelehrter und ein Staatsmann. Der Krieg mit seinem Gefolge von Not und Elend ist ein entsetzliches, aber er ist ein allgemeines, ein politi-

sches Unglück. Darf nicht derjenige, der über ihm steht, mit dem Drang des Ordners im Herzen, in seinem Unheil das notwendige und heilsame Mittel für eine bessere Politik erblicken? Der Präsident ist ein Staatsmann und ein Gelehrter. Ist die Zeit, in der wir leben, nicht das erträumte Laboratorium, aus dem neue Entdeckungen hervorgehen werden, das Institut für Pathologie, in dem aus den Leichen der Völker das Gesetz ihres Lebens herausgeschnitten werden kann? Der Präsident ist ein großer General. Ist das Schlachtfeld, das sich drüben über den Meeren blutrot dehnt, nicht das kühle Hauptquartier des Friedens? Auf solcher Höhe steht Wilson, als er jetzt auf dem Bankett der Liga zur Erzwingung des Friedens, in deren Schoß die Völkerbundträume heranreifen, das Wort ergreift. Deshalb geht er diplomatisch über alle Hindernisse hinweg, die seinen Plan stören könnten. Deshalb sucht er sich optimistisch die günstigsten Voraussetzungen für sein System aus. Deshalb behauptet er kaltblütig, daß der Krieg die wohlthätige Wirkung hatte, die Gedankenwelt der Staatsmänner aller Länder schneller, als eine Generation es vermocht hätte, zu wandeln. „Aus den wiederholten Erklärungen der angesehensten Männer der meisten kriegführenden Staaten“, so sagt er mit Ruhe und Würde, „geht offensichtlich hervor, daß sie zu folgender Überzeugung gelangt sind: Die Grundsätze des öffentlichen Rechts müssen künftig über den einzelnen Interessen jeder Nation stehen, und die Nationen der Welt müssen sich gewissermaßen zusammenschließen, damit das Recht gegen jeden selbststüchtigen Angriff vorherrscht. In Zukunft darf sich nicht ein Bündnis gegen ein anderes aufrichten, ein Einvernehmen gegen ein anderes Einvernehmen, sondern eine allgemeine Übereinstimmung mit einem gemeinsamen Ziel muß entstehen, und im Herzen des gemeinsamen Zieles müssen die unveränderlichen Rechte der Völker und der Menschheit ruhen. Alle Nationen der Welt sind zu Nachbarn geworden, ihr eigenes Interesse erfordert es, daß sie sich miteinander

verständigen. Damit sie sich aber untereinander verständigen, ist es unbedingt erforderlich, daß sie sich zur Zusammenarbeit an einem gemeinsamen Werke entschließen und daß der Leitstern dieses gemeinsamen Werkes die unparteiische Gerechtigkeit ist.“ Das sind einfache Worte, die keine neuen Gedanken künden, und die Art, wie sie vorgetragen und entwickelt werden, ist mehr diplomatisch als seherisch. Aber welcher neuartigen Glanz, welche merkwürdige Macht erhalten sie, sobald der Präsident hinzufügt: „Dies ist zweifellos der Gedanke Amerikas, und diesen Gedanken werden wir aussprechen, wenn die geeignete Gelegenheit dazu gekommen ist.“ Welch großes Versprechen wird damit vor der Welt abgegeben, und welches Gewicht erhält dadurch das Programm der ersten drei „Punkte“, die der Präsident vor uns aneinanderreihet! Er sagt zum ersten: „Jedes Volk hat das Recht, die Souveränität zu erwählen, unter der es leben will.“ Er erklärt zum zweiten: „Die kleinen Staaten haben im gleichen Maße ein Anrecht auf die Achtung ihrer Unabhängigkeit und ihrer territorialen Unversehrtheit wie die großen Nationen.“ Er verkündet zum dritten: „Die Welt hat das Recht, vor jeder Friedensstörung gesichert zu werden, die aus einem Angriff oder einer Nichtachtung der Rechte der Völker und Nationen erwächst.“ Sind das schon Friedensbedingungen? Vielleicht, aber es sind auf jeden Fall die Grundlagen des Völkerbundes. Denn, so beteuert der Präsident: „Ich bin sicher, im Sinne und nach dem Wunsch des amerikanischen Volkes zu sprechen, wenn ich erkläre, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, Teilnehmer an jedem geeigneten *Verband der Nationen zu werden, der diese Ziele verfolgt und sie gegen Vergewaltigung sichern will.*“

Und weil Friedensbedingungen und Völkerbundsgrundsätze als unlösbar voneinander erkannt sind, darf der Präsident, der gleichzeitig der Führer der Völkerbundbewegung und der Vermittler unter den Kriegführenden sein will, zwei weitere Punkte, die der

Methode zur Herbeiführung und Sicherung des Friedens gelten, verkünden: „Sollte uns eines Tages die Ehre zufallen, unter den gegenwärtig kriegführenden Nationen eine friedliche Bewegung anzuregen oder einzuleiten, so wird das Volk der Vereinigten Staaten zweifellos wünschen, daß seine Regierung auf Grund folgender Leitgedanken vorgeht: Erstens müßte für die Probleme, die unmittelbare Interessen der Kriegführenden berühren, eine Regelung gefunden werden, *mit der die Kriegführenden selbst übereinstimmen können*. Wir selbst haben keinerlei materielle Vorteile für uns zu fordern und sind uns völlig klar darüber, daß wir in keinem Sinne und in keinem Grade in dem gegenwärtigen Streit Partei sind. Uns interessiert ausschließlich der Friede und seine künftige Sicherung. Zweitens müßte ein *Weltverband der Nationen* gegründet werden, um die unverletzliche Sicherheit auf den großen Seewegen für den gemeinsamen und ungehemmten Nutzen aller Nationen aufrechtzuerhalten und um jeden Krieg zu verhindern, der entweder in Verletzung der Verträge begonnen wurde oder ohne Ankündigung und ohne daß seine Ursachen vollauf der öffentlichen Weltmeinung unterbreitet worden wären: eine wirksame Bürgschaft der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit.“ Und nachdem in diesen Thesen wieder einmal, wie in so vielen anderen, die wir seit fünfhundert Jahren gehört haben, der Völkerbund in seinen wesentlichen Grundlinien vollständig aufgebaut worden ist, schließt der Präsident mit der feierlichen Versicherung: „Ich kam nicht hierher, um ein Programm zu besprechen. Ich kam nur, um ein Glaubensbekenntnis abzulegen und meine Überzeugung zu bekunden, daß *die Welt sich am Vorabend der großen Vollendung befindet*; eine gemeinsame Gewalt wird geschaffen werden, die als das erste und grundlegende Interesse aller Völker und aller Regierungen das Recht zu wahren hat, und die Zwangsmittel werden nicht mehr im Dienste politischen Ehrgeizes und selbstsüchtiger Feindschaft

stehen, sondern im Dienste der gemeinsamen Ordnung, der gemeinsamen Gesetzlichkeit, des gemeinsamen Friedens.“ Und wie Alexander in der Akte des Heiligen Bundes und wie Nikolaus II. in seinem Manifest, so setzt auch Wilson Gott zum Schützer des neuen Zeitalters ein, Gott, den alle Kriegführenden im gleichen Augenblick um den Sieg bitten. „Möge Gott es gewähren“, so ruft der Präsident mit frommer Stimme, „daß bald der Tag der Gerechtigkeit und des dauernden Friedens, der Tag der Eintracht und der Zusammenarbeit hereinbricht!“

Aus dieser diplomatischen Tischrede, die mit einem Gebet endet, wird der Völkerbund, irgendein Völkerbund, hervorgehen. Wenn auch vorher dieser und jener Staatsmann der Kriegszeit neben der Verkündung seiner Kriegsziele und der Polemik gegen den Gegner mit dem Gedanken der neuen internationalen Rechtsordnung gespielt hat und die Pazifisten und Völkerrechtler heimlich begonnen haben, Material für den Tag des Friedensschlusses und die nächste Haager Konferenz zu sammeln, so bleibt der Geburtstag der neuen Zeit dieser 27. Mai 1916, dieser 665. Kriegstag, an dem Deutschlands Fahnen siegreich sind und ein Völkerbund vielleicht geeignet wäre, die Weltherrschaft einer Gruppe, und heute ist es die deutsche Gruppe, zu hindern, ohne daß Amerika ein anderes Gewicht in die Wagschale zu werfen brauchte als seinen Völkerbundplan. Und so ist auch an diesem Tage das Gespräch über den Völkerbund, das Wilson mit den Regierungen beginnt, schon ein Gespräch mit Deutschland. Wir wissen es: Niemals im Laufe der Geschichte des Völkerbundgedankens gab es einen Völkerbundplan, der nicht an erster Stelle Deutschland einbegriff. Aber diesmal gilt es nicht nur, im Frieden unorganisch nebeneinander herlebende Staaten zusammenzuschließen und ihnen eine Satzung zu schenken, die vielleicht der alten deutschen Bundesakte oder dem älteren deutschen Reich nachgebildet ist. Diesmal gilt es, die in zwei Teile zerrissene Welt

durch Friedensschlüsse im Völkerbund zu vereinen, in der durch Jahrhunderte hindurch erträumten neuen Ordnung der Menschheit, gleichzeitig auch die 1914 zerrissene Vorkriegsordnung der Staaten wieder herzustellen.

Wird das möglich sein? Die alliierten Staatsmänner, und vor allem die Engländer und einige bereits vor der grundlegenden Rede Wilsons, benutzen den Gedanken einer internationalen Rechtsordnung, genau wie die Frage der Schuld am Kriege, um Deutschland vor der Welt zu isolieren. Und so wird auch die erste wichtige deutsche Kundgebung zu dem größten Problem des Krieges eine polemische Rede sein, mit der Reichskanzler Bethmann Hollweg am 9. November 1916 eine Tischrede des englischen Staatssekretärs des Äußeren, Lord Grey, beantwortet. Er weist zunächst die Ausführungen des Engländers über den Kriegsausbruch zurück und fährt dann fort: „Lord Grey hat sich endlich ausführlich mit der Zeit nach dem Frieden, mit der Gründung eines internationalen Bundes zur Bewahrung des Friedens beschäftigt. Auch dazu will ich einige Worte sagen. Wir haben niemals ein Hehl aus unseren Zweifeln gemacht, ob der Friede durch internationale Organisationen wie Schiedsgericht dauerhaft gesichert werden könnte. Die theoretische Seite des Programms will ich hier nicht erörtern, aber praktisch werden wir jetzt und im Frieden zu der Frage Stellung nehmen müssen. Wenn bei und nach Beendigung des Krieges seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schreien nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen, die, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe verhüten. Dieser Schrei wird so stark und so berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß. Deutschland wird jeden Versuch, eine praktische Lösung zu finden, ehrlich mitprüfen und bei seiner möglichen

Verwirklichung mitarbeiten. Das um so mehr, wenn der Krieg, wie wir zuversichtlich erwarten, politische Zustände hervorbringt, die der freien Entwicklung aller Nationen, kleiner wie großer, gerecht werden.“ Aber die Kriegsziele der Gegner machen die „internationale Friedensbürgschaft“, die dem englischen Staatsmann vorschwebt, verdächtig: „Nach dem Kriege, wenn England, wie es meint, uns aufs Haupt geschlagen und über die Welt nach seinem Willen neu disponiert haben wird, dann sollen sich die Neutralen zu Garanten der neuen englischen Weltordnung zusammenschließen“, zu der, wie der Kanzler nach zuverlässiger Quelle enthüllen kann, Rußlands Herrschaft über Konstantinopel, den Bosphorus und das Westufer der Dardanellen, die Aufteilung Kleinasiens unter die Ententemächte, auf Grund englisch-französisch-russischer Vereinbarungen aus dem Jahre 1915, und die Annexionsabsichten Frankreichs auf Elsaß-Lothringen gehören. „Eine solche Gewaltpolitik kann nicht die Grundlage zu einem wirksamen internationalen Friedensbunde abgeben.“ Sie steht „in krassem Widerspruch mit dem von Lord Grey und Herrn Asquith angestrebten Idealzustande, in dem das Recht über die Macht herrscht und alle Staaten, die die Familie der zivilisierten Menschheit bilden, ob groß oder klein, sich unter gleichen Bedingungen und in Übereinstimmung mit ihren natürlichen Anlagen frei entwickeln können.“ Bleibt die Entente bei ihrem Programm, dann bleiben auch „die erhabensten Worte über Friedensbund und einträchtiges Zusammenleben der Völkerfamilie Schall und Rauch“. Der Kanzler schließt: „Die erste Vorbedingung für eine Entwicklung der internationalen Beziehungen auf dem Wege des Schiedsgerichts und des friedlichen Ausgleichs entstehender Gegensätze wäre, daß sich keine aggressiven Koalitionen mehr bilden. Deutschland ist jederzeit bereit, einem Völkerbunde beizutreten, ja, sich an die Spitze eines Völkerbundes zu stellen, der Friedensstörer im Zaume hält.“

Wir hören diese zweifellos zum Teil prophetischen Worte mit Interesse, aber auch mit Ärger. „Mitprüfen und mitarbeiten“: ist das nicht zu wenig? Sich „an die Spitze des Völkerbundes stellen“: ist das nicht zu viel? Für den Kanzler ist der Völkerbund zunächst nur der Gegenstand einer deutsch-englischen Polemik, und das ist verständlich im November 1916. Aber schon sehen wir das Unglück herandämmern, das unvermeidlich ist, wenn kein deutscher Führer sich, ringsum Begeisterung weckend, in dem Ringen um den kommenden Völkerbund rechtzeitig und ernsthaft neben den amerikanischen Präsidenten stellt. Und doch ist gerade Bethmann Hollweg für die Ideen der Zukunft nicht unempfänglich, ist er vielleicht der letzte deutsche Staatsmann der siegreichen Kriegszeit, der, obgleich er sein hohes Amt in Uniform verrichtet, einer rein militärischen Kriegspolitik gegenüber staatsmännische Mäßigung zu bewahren vermag. Das Kantische Gesetz ist ihm vertraut, und nur weil er ein Gewissen hat, quält es ihn und will er es mit tollkühnen Bekenntnissen reinigen, die man ihm als Zynismus auslegen wird. Aber er ist ungeschickt und schwach. Sicher hat er tausendmal recht, den Annexionswillen und die Herrschsucht der Gegner als das größte Hindernis auf dem Wege zum Völkerbunde zu brandmarken. Aber warum mäkelte gerade er an der Theorie herum? Warum übernimmt er nicht im Namen seines Volkes den Völkerbundgedanken, den die Kriegszielpolitik der Gegner ersticken will? Warum umgibt er sich nicht in diesem Augenblick mit den großen deutschen Verkündern, Immanuel Kant an der „Spitze“, der alles, was Wilson über den Völkerbund sagen kann, viel klarer und tiefer gesagt hat? Oder ist es ihm moralisch unmöglich, in einem von allen Seiten umzingelten, nur auf die Kriegsnotwendigkeiten eingestellten Land ein Rechtsideal, das auch ein Ideal des Verzichtes ist, zu predigen? Sind die Verkünder, die er so gut brauchen könnte, soweit sie noch in dem machtvollen Vorkriegsdeutschland Leben hatten, längst verblaßt? Ihre moder-

nen Nachfolger haben jedenfalls augenblicklich nicht viel Einfluß. Dem Professor Walther Schücking, der von der dritten Haager Konferenz des Jahres 1915 den Weltstaatenbund erwartete, wird in diesem selben Jahre 1915 vom stellvertretenden Generalkommando in Kassel bei sofortiger Gefängnisstrafe untersagt, seine völkerrechtlichen Ideen mündlich und schriftlich zu äußern und mit den Gelehrten des neutralen Auslandes über solche Gedanken zu korrespondieren...

Nein! Nur der Neutrale, aber kein Politiker eines kriegführenden Staates, wird in dem gewaltigen Ringen zuerst den utopischen Völkerbund und dann den konkreten Friedensschluß ins Auge fassen. Auch Deutschland denkt nur an die Wiederherstellung des Friedens, an seine unmittelbaren Interessen und sieht höchstens für später irgendwelche Rechtsvereinbarungen in Fortführung des Haager Werkes vor. So enthält auch das deutsche Friedensangebot, das am 12. Dezember 1916 in die Welt hinausgeht und majestätisch den eigenen Sieg und die eigene großherzige Friedensbereitschaft verherrlicht, nicht die geringste Anspielung auf einen Völkerbund. Aber Wilson bleibt dem Gedanken treu. Wenige Tage später richtet er, durch die deutsche Initiative gestört und verstimmt, von fast allen Neutralen unterstützt, eine amtliche Friedensbotschaft, die ein Vermittlungsangebot ist, an die kriegführenden Staaten. Er geht dabei von der optimistischen Voraussetzung aus, daß über die Notwendigkeit der Gründung einer allgemeinen dauernden Friedensorganisation Übereinstimmung unter den Kriegführenden besteht, und möchte nur klarstellen, ob auch eine Verständigung in den andern Fragen zu erzielen sei. Eine große Bewegung, ein tiefes Hoffen geht durch die öffentliche Meinung der Welt. Aber die Regierungen der Entente lehnen beide Friedenskundgebungen leidenschaftlich ab. Das deutsche Angebot ruft nur Hohn und Wut hervor. Briand bezeichnet es im Senat als „Kriegsakt“ und läßt sich von der Kammer

eine Vertrauenskundgebung bereiten, in der er die energische Fortführung des Krieges verlangt. Die russische Duma hört mit Begeisterung eine stramme Kriegsrede des Außenministers Pokrowsky, der es „mit Entrüstung ablehnt, gegenwärtig den Kampf abubrechen und Deutschland zu erlauben, aus der letzten Aussicht, Europa seiner Herrschaft zu unterwerfen, Nutzen zu ziehen“. In England gelangt Lloyd George an die Macht, bezeichnet Deutschlands Angebot als eine Halsschlinge und beteuert in heftigster Sprache — die er später, wenn er Clemenceau gegenüber sitzt, bitter bereuen wird —, daß ein Friede nur möglich sei, wenn Deutschland die Bedingungen der Alliierten annehme. Am 2. Januar des Jahres 1917 teilen die Alliierten offiziell mit, daß sie dem deutschen Vorschlag keine Folge geben und den Krieg bis zum Siege fortsetzen wollen. Zehn Tage später erhalten Wilson und die neutralen Staaten die Antwort auf ihr eigenes Vermittlungsangebot. Während Deutschland sich zur Abhaltung einer Friedenskonferenz bereit erklärt, ohne aber seine Bedingungen zu enthüllen, lehnt Ministerpräsident Briand im Namen der zehn verbündeten Regierungen, darunter auch Montenegro, das die anderen neun später von der Karte auslöschen werden, jede Friedensverhandlung ab und kündigt den festen Durchhaltewillen bis zum Siege an. Obwohl er die Bekanntgabe der Kriegsziele bis zur „Stunde der Verhandlungen“ verweigert, skizziert er bereits ein Programm, das neben „allen gerechten Kompensationen und Entschädigungen für den erlittenen Schaden“ nicht nur „die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros und die Entschädigungen, die man ihnen schuldet, die Räumung der überfallenen Gebiete Frankreichs, Rußlands und Rumäniens“ verlangt, sondern auch folgende Forderungen aufstellt: „eine Reorganisierung Europas, die durch ein stabiles Regime gewährleistet und sowohl auf die Achtung der Nationalitäten und der Rechte aller kleinen und großen Völker, als auch auf territoriale

Vereinbarungen, internationale Regelungen, die die Landes- und Seegrenzen gegen unberechtigte Angriffe garantieren, gegründet sein muß, die Rückgabe der *früher* den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen ihrer Bevölkerungen entrissenen Provinzen und Gebiete, die Befreiung der Italiener, der Slawen, der Rumänen, der Tschechen und der Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerungen, die der blutigen türkischen Tyrannei unterworfen sind, die Verweisung des Ottomanischen Kaiserreiches aus Europa, da es der westländischen Kultur entschieden fremd ist.“ Polens Befreiung allerdings muß sich in diesem Manifest noch in den bescheidenen Grenzen der Proklamation des russischen Zaren an seine polnischen Untertanen halten, dafür taucht aber die in der ententistischen Kriegsliteratur und dem französisch-russischen Geheimvertrag längst vorbereitete Forderung nach Zerstückelung Deutschlands auf, wenn gesagt wird, daß die Alliierten nicht die Absicht haben, die „Ausrottung der deutschen *Völker* und ihr politisches Verschwinden herbeizuführen“.

Was kann der Prophet von Washington, wenn er ehrlich ist, mit dieser Antwort anfangen? Wie soll sich aus ihr die notwendige Identität zwischen Friedensschluß und dauerndem Frieden, Friedensvertrag und Völkerbundpakt ergeben? Was hilft es ihm, daß England gleichzeitig geschickt seinem Völkerbundplan schmeichelt?

Zehn Tage nach der Überreichung der Note der Alliierten, am 22. Januar 1917, diesmal nicht mehr vor einem privaten Friedensverein, sondern vor dem amerikanischen Senat, spricht Wilson von neuem von seinem „Friedensbund“. Und siehe! Er spricht überraschend zuversichtlich. Der Friede muß, so stellt er fest, auf neue Grundlagen gestellt werden, und das amerikanische Volk wird sich an ihrer Ausarbeitung beteiligen. „Längst ist es durch den Geist der Grundsätze und Ziele seines eigenen Staatswesens auf diese Mission vorbereitet, und der Tag ihrer Erfüllung

ist nicht mehr lange aufzuschieben.“ Die Frage, die sich heute erhebt, lautet einfach: Welches sind die Bedingungen, unter denen Amerika sich an einer Friedensliga beteiligen kann? Und deshalb entwickelt der Messias noch einmal, aber in breiteren Akkorden als bisher und als bestünden keinerlei Schwierigkeiten, als sei das hohe Ziel in greifbare Nähe gerückt, die Grundlage seines Völkerbundfriedens: „Die Verträge und Abmachungen, die dem Kriege ein Ende machen, müssen Bestimmungen enthalten, die einen Frieden schaffen, *der es wert ist, gewährleistet und bewahrt zu werden*; einen Frieden, der die Zustimmung der Menschheit findet, nicht nur einen Frieden, der den Einzelinteressen und den unmittelbaren Zielen der am Kriege beteiligten Nationen dient.“ Noch kann Präsident Wilson sagen: „Wir werden keine Stimme bei der Festlegung dieser Friedensbedingungen haben.“ Trotzdem er jedoch noch nicht diese Macht hat, die er wahrscheinlich bereits sucht, fährt er entschlossen fort: „Aber wir werden, dessen bin ich gewiß, eine Stimme bei der Entscheidung darüber haben, ob den Friedensbedingungen *durch die Gewährung eines Weltpaktes Dauer verliehen werden kann*.“ Denn: „Wie wir die grundlegenden und wesentlichen Voraussetzungen eines dauerhaften Friedens beurteilen, das muß jetzt, nicht später, wenn es vielleicht zu spät ist, gesagt werden.“ Und damit wird von neuem die unlösliche Einheit zwischen den Einzelheiten des kommenden Friedensschlusses und der Organisation des kommenden Völkerbundes proklamiert und gleichzeitig die freiwillig übernommene Verantwortung Amerikas bekräftigt: „Kein Friedenspakt der Zusammenarbeit, der nicht die Völker der Neuen Welt einbezieht, kann die Zukunft gegen Kriege schützen. *Und es gibt nur eine Art von Frieden, dem sich die Völker Amerikas anschließen und den sie gewährleisten können*... Es muß unbedingt eine Macht geschaffen werden, welche die Dauerhaftigkeit der Vereinbarungen gewährleistet, eine Macht, die um so viel größer ist, als jede der jetzt am

Kriege beteiligten Nationen oder jedes bisher abgeschlossene oder geplante Bündnis, so daß keine Nation und keine Vereinigung von Nationen ihr entgegentreten oder ihr Trotz gebieten kann. Soll der Friede, der gegenwärtig abgeschlossen werden soll, ein dauernder sein, so muß er ein Friede sein, der durch die organisierte Übermacht der ganzen Menschheit sichergestellt wird.“ Kann dieser Friede aus diesem Kriege hervorgehen? Das ist die Frage, an der die Zukunft hängt. „Ist der gegenwärtige Krieg ein Kampf für einen gerechten und dauerhaften Frieden oder nur ein Kampf für ein neues Gleichgewicht der Mächte? Wäre er nur ein Kampf für ein neues Gleichgewicht, wer wollte, wer könnte dann die Stabilität der neuen Vereinbarungen gewährleisten? Warnend und seherisch ruft der Präsident: „Nur ein ruhiges Europa kann ein gefestigtes Europa sein. Nicht das Gleichgewicht der Macht brauchen wir, *sondern die gemeinsame Ausübung der Macht*, nicht die organisierte Rivalität, sondern den organisierten, gemeinsamen Frieden.“ Und darum ist die erste Voraussetzung eines Völkerbundes „ein Friede ohne Sieg“. In der Tat: „Der Sieg würde ein dem Unterlegenen aufgezwungener Friede sein, die Friedensbedingungen wären die Bedingungen eines Siegers, der sie dem Besiegten aufzwingt. Dieser Friede würde als Demütigung, als Nötigung und unter unerträglichen Opfern angenommen werden. Er würde eine schmerzende Wunde, ein Gefühl des Großes und bittere Erinnerungen zurücklassen, so daß die Friedensbedingungen nicht von Dauer, sondern auf Trieb sand gebaut wären. *Nur ein Friede zwischen Gleichen kann Bestand haben, nur ein Friede, dessen leitender Grundsatz die Gleichberechtigung und die gemeinsame Teilnahme an dem gemeinsamen Nutzen ist.* Die rechte Gesinnung und der rechte Gefühlszustand unter den Nationen ist ebenso notwendig für einen dauerhaften Frieden wie die gerechte Regelung schwieriger Streitfragen über Gebiets-, Rassen- oder Volkszugehörigkeit.“

Alle die schönen Grundsätze, die des Präsidenten Namen berühmt machen und unter hundertfachen Auslegungen durch die Akten der Diplomaten und die Phantasie der Völker wandern werden, ziehen an uns vorbei, allgemein formulierte Grundsätze, hier und da aber bereits mit praktischen Anwendungen belegt. Kein Rechtsunterschied zwischen den großen und kleinen Nationen soll mehr bestehen! Nicht dem Gleichgewicht der Macht, nein, der Freiheit des Lebens gilt das Sehnen der Menschheit! Niemand hat das Recht, Völker von einer Oberherrschaft an eine andere zu verschieben, „als handle es sich um bloßes Besitztum!“ Deshalb ist sich alle Welt darüber einig, daß ein „geeinigtes und unabhängiges Polen“ geschaffen werden müsse und alle Bevölkerungen „Garantien für die unverletzliche Sicherheit ihres Lebens, ihres Glaubens und ihrer industriellen und sozialen Entwicklung erhalten“ sollen! „Ein Friede, der nicht diesen Grundsatz anerkennt und annimmt, wird unvermeidlich wieder umgestoßen, kann nicht von dem Gefühl und der Überzeugung der Menschheit getragen werden. Die geistige Gärung ganzer Bevölkerungen wird unablässig und heimlich gegen ihn ankämpfen und das Mitgefühl der ganzen Welt auf ihrer Seite haben. Die Welt aber kann sich nur des Friedens erfreuen, wenn ihr Leben gefestigt ist. Kein gefestigtes Leben aber kann es geben, wenn der Wille sich in Empörung befindet, die Seele keine Ruhe kennt und kein Sinn für Gerechtigkeit, Freiheit und Recht herrscht.“ Aber auch der freie Zugang zum Meere wird gefordert, allerdings dort, „wo sich das nicht durch Gebietsabtretungen erreichen läßt, durch die Neutralisierung direkter Wegrechte unter allgemeiner Garantie“. Das amerikanische Verlangen nach der Freiheit der Meere, das auch ein deutsches Verlangen ist, wird formuliert und endlich der wichtigste Grundsatz eines jeden Völkerbundfriedens, die Forderung nach Einschränkung der Rüstungen, aufgestellt: „Niemals können die Nationen zu einem Gefühle der Sicherheit

und Gleichheit gelangen, wenn auch fernerhin hier und dort große und überragende Rüstungen vorgenommen und beibehalten werden!“ — Ja, „die Frage der Rüstungen zu Wasser und zu Lande ist von allen anderen Fragen am unmittelbarsten und praktisch am tiefsten mit dem künftigen Schicksal der Nationen und der Menschheit verknüpft“.

Verwirrt uns hier und da eine zu klug umschriebene Einzelheit? Noch wollen wir nicht mißtrauisch sein! Denn jetzt fällt das größte und schönste Wort: das Bekenntnis, auf das wir seit den Tagen von St. Helena warten. Es mag uns beweisen, daß der Präsident der angekündigte Erfüller, jener mächtige Herrscher sein will, der gleichzeitig ein Sachwalter der Völker ist. Er spricht: „Gerne möchte ich mich dem Glauben hingeben, daß ich auch für die *schweigenden Menschenmassen* rede, für die es bisher keine Gelegenheit und keinen Ort gab, um ihr Herz auszuschütten und um auszusprechen, was sie angesichts des Todes und des Unterganges all der Menschen und Heimstätten empfinden, die ihnen teuer sind.“ Und nachdem er seine Thesen noch einmal in drei „Punkten“ zusammengefaßt hat, ruft er aus: „Das sind amerikanische Grundsätze... Wir können für keine anderen eintreten... Sie sind die Grundsätze der Menschheit, und sie müssen triumphieren!“

Die Rede rauscht vorüber. Niemals wird Präsident Wilson eine schönere halten. Niemals wird er wirkungsvoller, eindringlicher, einleuchtender das neue Gesetz verkünden. Niemals auch wird er, so sehr man ihn später auch vergöttern mag, so hoch über den Völkern und den Regierungen stehen. Und dennoch! Seht hin: Sind die Züge des Mannes noch so klar und eindeutig wie in der Stunde des großen Banketts? Liegt nicht ein Schleier über ihnen, wenn auch der Strahl des Auges ihn zu zerreißen scheint? Allerdings: Wir sind nicht mehr am 665. Tage des Krieges. Anderthalb Jahre sind seit jenem Tag vergangen. Auf den Kriegs-

karten haben die Fronten sich zwar nur wenig verändert, und die Heeresbulletins klingen kaum anders als anderthalb Jahre vorher. „Im Westen nichts Neues, im Osten nichts Neues“, so sagt am Vorabend der Rede der deutsche Heeresbericht. Aber immerhin, anderthalb Jahre sind vergangen. Für wen haben sie gearbeitet? Für die Alliierten? Für die Zentralmächte? Für den Propheten? Großartig, aber auch rätselhaft steht die Verheißung des Völkerbundfriedens zwischen den Wirklichkeiten der Zeit. Ihr geht die Antwortnote der Alliierten voran, die keine Friedensverhandlungen, auch nicht die Friedensbedingungen wollen, die Wilson zu seinem Völkerbund braucht. Ihr folgt die Erklärung des unbeschränkten Unterseekrieges, mit dem Deutschland der Gegner fanatischen Beschluß, den Krieg bis zum Siege fortzusetzen, das Scheitern des eigenen Friedensangebotes, aber auch das Scheitern der Wilsonschen Vermittlung beantwortet. Wie wird der Prophet seinen Traum durch die Wirklichkeiten hindurchführen?

Auf die herrische, brutale Geste der Alliierten, die er wohlwollender aufnahm als die ausweichende diplomatische deutsche Note, entgegnete er mit der prunkvollen Völkerbundrede. Wie wird er die verzweifelte, brutale Geste der Deutschen beantworten? Der Prophet des Ewigen Friedens erklärt ihnen den Krieg.

Wer ist der mächtige Herrscher, der sich jetzt plötzlich von dem Führerplatz an der Spitze der Menschheit zurückzieht, sich zornig an die Spitze des größeren Kriegsbündnisses stellt, um die andere Gruppe erbarmungslos niederzuringen? Wir müssen ihn uns genau ansehen, denn von diesem Mann mit den fanatischen Zügen kann das Schicksal des Weltkrieges abhängen.

Zwei riesenhafte Hindernisse erhoben sich vor Wilsons Friedensprogramm: der Siegeswille der Alliierten und der Siegeswille der Zentralmächte. Gab es auch *zwei* Wege für den wahren Propheten des Völkerbundes? Der eine war der natürliche: Der Präsident konnte über den Parteien stehen, um die Völkerbewegung klar in der Hand zu behalten und ihren Sinn und ihr Ziel hoch und rein über der durch den Krieg verwirrten Welt zu bewahren. Der zweite Weg war verwegen, phantastisch fast: Der Präsident konnte, wenn der Siegeswille der anderen ihn und seinen Traum auszuschalten drohte, den Versuch unternehmen, sich selbst an die Spitze des Sieges zu stellen. Warfen die Kriegführenden ihm in der Tat nicht unaufhörlich vor — sagte es ihm der Engländer Balfour in seiner Antwort auf die letzte Rede des Propheten nicht kalt ins Gesicht —, daß sein Programm der Traum eines Neutralen blieb, während die Alliierten der Verwirklichung entgegenbluten mußten? Gibt es nicht selbst kleine

Neutrale, die den Größten unter ihnen mit strengem Tadel kränken? Es ist fast eine Schande, nicht zu kämpfen. Will der Neutrale den Krieg beherrschen, so muß er aufhören, die bequemen Vorrechte des Neutralen zu genießen und die furchtbaren Vorrechte des Kriegführenden erwerben.

Ist das Wilsons Weg? Ein gefährlicher Entschluß ist zu fassen. Aber ist der Entschluß einmal gefaßt, kann der Entscheid darüber, in welchem Kriegslager der Friedensfürst sein Banner aufpflanzen will, nicht mehr zweifelhaft sein. Selbst wenn er heute noch unparteiisch ist und nur, um sein Friedensideal zu verwirklichen, irgendwo im Wagen des Sieges sitzen will, gibt es für ihn keine Wahl mehr unter den Kämpfenden. Die öffentliche Meinung seines Landes, der große propagandistische und moralische Einfluß, den die Engländer und Franzosen auf die amerikanische Gesellschaft ausüben, das Unglück Belgiens, die geographische Lage der Vereinigten Staaten führen ihn auf die Seite der Alliierten. Aber wer vermag zu glauben, daß sein Weg so heroisch und so ehrlich aus dem Drang zum Völkerbund heraus in den Krieg lief, um dann so überirdisch und so gefühllos auf die naturgegebene Seite zu führen? Wer will leugnen, daß längst eine durchaus amerikanische Politik aus wirtschaftlichen, politischen und gefühlsmäßigen Gründen den Weg zum Kriege, und zwar zum Krieg aus Seiten der Entente, einschlug? Aber eines ist klar: Auch wenn der Präsident sich aus nationalamerikanischen Gründen an dem Krieg zu beteiligen wünschte, mußte er vorher der Nation ein der Geschichte und der Mentalität Nordamerikas würdiges Kriegsideal vor die Augen stellen, das große Volk, durch das die verschiedensten, auch deutschfreundliche Strömungen hinflossen, das mit den territorialen Kriegszielen und Kriegsursachen Europas nichts gemein hatte, das nicht nur von Munitionslieferungen für die Alliierten lebte und das überseeische Weltereignis durch die Brille einfacher Ideale betrachtete, moralisch auf sein Ein-

greifen vorbereiten. War dann seine letzte neutrale Völkerbundesrede bereits ein Kriegszielprogramm, in dem er den Alliierten die Bedingungen seines Krieges, nicht nur seines Friedens mitteilte? War dann gar seine erste Völkerbundesrede vor der Liga zur Erzwingung des Friedens nur der Beginn des Versuches, seine Landsleute auf eine tätige, eines Tages vielleicht kriegsrische Mission im Weltkriege vorzubereiten, um erst nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten klar in das längst gewählte Kriegslager einzuschwenken? Eine berechnende, kaltblütige Politik des nationalen Interesses der letzte Grund dafür, daß eines Tages, als wieder einmal ein Friedensverein einen Völkerbundesplan erörterte, dieser Plan diesmal zufällig nicht unter den Tisch fiel, sondern plötzlich von der Bankettafel aufgegriffen und zum politischen Programm eines großen Staatsoberhauptes und einer großen Nation erhoben wurde! Aus welchem Winkel seines Kopfes oder seines Herzens er schließlich aber erwachsen war, als List oder als Ideal: der Völkerbundesplan Amerikas steht jetzt mitten in der Welt und mit ihm die Verpflichtung, ihn bis zum Ende festzuhalten und das Versprechen einzulösen. Und aus welchem Winkel seines Herzens oder seines Kopfes auch der Gedanke der Kriegsbeteiligung stammte, ob er ein Mittel nationaler Politik war oder der verzweifelte Ausweg für die Erfüllung einer internationalen Aufgabe: auch Amerikas Krieg steht jetzt mitten unter den Völkern. Und Völkerbundesplan und Krieg werden die beiden Gesichter derselben Gottheit.

Jetzt tritt der Prophet, der am 22. Januar alle Erfordernisse eines völkerbündlichen Friedens sorgsam aneinander gereiht hatte, vor den Kongreß, um alle Erfordernisse für die Niederringung Deutschlands aufzuzählen. Der Mann, der im Namen der Gefühle der „schweigenden Massen“ der ganzen Welt gesprochen, stachelt jetzt wie ein alliierter Propagandist den Kriegswillen seiner Nation durch geschickte Übertreibung der ihr von Deutschland

zugefügten Unbill auf und bemüht sich, auch die anderen Neutralen in den Krieg zu hetzen. Der Verkünder des Rechtsfriedens rühmt den Krieg für das Recht, weil „das Recht kostbarer ist als der Friede“, und an die Stelle des Wortes vom Frieden ohne Sieg setzt er die Forderung nach dem vollen Sieg. Aber kann Wilson als der mächtige „Assoziierte“ der Alliierten, die dem bisherigen Neutralen mißtrauisch und widerspenstig gegenüberstanden, ihnen jetzt seinen Völkerbund, ihnen vor allem die Friedensbedingungen aufzwingen, die er zur Gründung des Völkerbundes braucht? Kann er inmitten des Kriegsrates eines vom Vernichtungswillen beseelten Heerlagers weiter der Sachwalter aller Völker bleiben? Oder wird sein Völkerbund nichts mehr anderes sein als das mit Bewaffneten gefüllte hölzerne Pferd, das er in die feindliche Feste hineinschmuggelt? Keine Station unserer Reise ist tragischer als diese. Längst wußten wir — aber noch einmal sehen wir es mit erschütternder Klarheit —, wie eng Deutschlands Schicksal mit dem Schicksal des Völkerbundes verknüpft ist. Niemals in den Hunderten von Programmen, die an uns vorbeiflatterten, hatten die Propheten sich einen Völkerbund ohne Deutschland erdacht, und stärker noch als alle anderen Gesichte schloß Wilsons ursprüngliche Vision Deutschland in die Welt des Bundes ein. Jetzt, da der Verkünder unter den Kriegern steht, ahnen wir es: Deutschland wird den Sieg nicht mehr gewinnen. Aber schon fragen wir auch: Wird die Welt noch den Völkerbund gewinnen? Während der Präsident sein hölzernes Pferd an der Spitze der alliierten Tanks gegen die deutschen Linien anrollen läßt, stößt er das große Deutschland aus dem kleiner werdenden Völkerbund hinaus.

Er selbst überdies denkt zunächst mehr an Tanks als an Friedensprogramme. Die Rolle des neutralen Vermittlers, die er fallen gelassen hat, muß vorübergehend der Papst übernehmen. Als letzter Fürsprecher der schweigenden Völker sucht er am 1. August

1917 den einst von Wilson verkündeten Frieden ohne Sieg herbeizuführen. Aber kann der Kirchenfürst mehr Erfolg erringen als einst der mächtigste neutrale Herrscher der Zeit? Die deutsche Regierung begrüßt zwar in ihrer Antwort „mit besonderer Sympathie den führenden Gedanken der Friedensbotschaft, in der sich Seine Heiligkeit in klarer Weise zu der Überzeugung bekennt, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten muß“, erklärt sich auch einverstanden mit „bestimmten Regeln und gewissen Sicherheiten für eine gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft“ und mit dem Gedanken, „auftauchende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Aufgebot der Streitkräfte, sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auch auf dem Wege des Schiedsverfahrens entscheiden zu lassen“. Aber der Papst kann keine heftigere Ablehnung seines Vermittlungsversuches finden als durch den bisherigen Vermittler. Abmachungen mit den gegenwärtigen Regierungen der Zentralmächte, so ruft Wilson zornig und fast mit denselben Worten aus, die ihm früher die Alliierten entgegenschleuderten, sind überflüssig und können zu keinem dauernden Frieden führen: „Das Kriegsziel ist die Befreiung der freien Völker von der Bedrohung durch eine ungeheure militärische Organisation, die von einer unverantwortlichen Regierung geleitet wird, die heimlich eine Weltherrschaft plante und sie ohne Rücksicht auf die heiligen Verpflichtungen der Verträge erreichen wollte.“ Alle Gedankengänge der Entente über den Ursprung des Krieges und die Kriegführung macht der Präsident sich zu eigen, er, der wenige Monate vorher allen Regierungen guten Glauben und guten Willen zuerkannt und es als sein schönes Vorrecht bezeichnet hatte, die Stimme der unparteiischen Wahrheit erklingen zu lassen. Aber auch in dem Kriegstaukel, der ihn erfaßt, will er nicht die allgemeinen Grundlagen des Friedens vergessen, ohne die ein

Völkerbund nicht zustande kommen kann. Wenn er einen Trennungsstrich zwischen dem deutschen Volke und seinen Herren zieht, mit denen man nicht verhandeln könne, und keinerlei Repressalien gegen das deutsche Volk wünscht, so ist das zwar eine seiner immer häufiger werdenden Kriegeslisten. Aber seinem Programm bleibt er grundsätzlich wenigstens treu, wenn er noch einmal wiederholt: „Wir sind der Ansicht, daß Strafmaßnahmen, daß die Zerstückelung der Kaiserreiche, die Aufrichtung selbstsüchtiger und exklusiver Wirtschaftsligen letzten Endes nichts helfen können, daß sie schlimmer als zwecklos sind. Sie können nicht die geeigneten Grundlagen eines Friedens und am allerwenigsten eines dauernden Friedens werden. Dieser Friede muß auf die Gerechtigkeit, den guten Glauben und die der ganzen Menschheit gemeinsamen Rechte gegründet werden.“ Jedoch, wie er sich auch bemüht, um seine alten Grundsätze in seine Kriegspolitik hinüberzuretten, den wesentlichen Grundsatz vom „Frieden ohne Sieg“ tritt er mit jeder neuen Ansprache immer brutaler mit Füßen. Heftig macht sich sein Zorn über die „Träumer Rußlands“, die aus der alliierten Kampfgemeinschaft ausbrechen wollen, in einer Rede Luft, die er in Buffalo vor der amerikanischen Arbeitsföderation am 12. November 1917 hält. Der Abgott der Pazifisten sagt verächtlich: „Ich bin nicht gegen die Gefühle der Pazifisten, aber gegen ihre Dummheit. Mein Herz ist mit ihnen, aber mein Geist verachtet sie. Ich will Frieden, aber ich weiß, wie man ihn erlangt, und sie wissen es nicht!“ Aber die russischen Träumer erobern die Macht. Aus Zarskoje Selo schleudern Trotzki und Lenin ihren gefährlichen und aufreizenden Friedensruf allen kriegführenden Völkern zu: „Nieder mit dem Winterfeldzug! Es lebe Frieden und Völkerverbrüderung!“ Eine gefährliche Konkurrenz für die demagogischen Bemühungen des Präsidenten, die ihn zwingt, seinen propagandistischen Kampf gegen den vorzeitigen Frieden und gegen die deutschen Machthaber mit ge-

steigerter Heftigkeit fortzusetzen. In der Jahresbotschaft vom 4. Dezember an den amerikanischen Kongreß wendet der beunruhigte Präsident sich lebhaft gegen die Minderheit in Amerika, „die den Frieden durch irgendwelche Kompromisse herbeiwünscht“, sowie gegen die Irreführung der Völker durch die Formel „Keine Annexionen, keine Entschädigungen!“, mit deren Hilfe, wie er sagt, deutsche Intrigen das russische Volk täuschen und einen voreiligen Frieden herbeiführen wollen. Er proklamiert: „Unsere erste und unmittelbare Aufgabe ist es, *den Krieg zu gewinnen*, und solange sie nicht erfüllt ist, soll nichts uns von dieser Aufgabe ablenken.“ Er stellt konkrete Friedensbedingungen auf, wie die Räumung Belgiens und Nordfrankreichs, aber auch die Befreiung der Völker Österreich-Ungarns, des Balkans und der Türkei, „von der frechen militärischen und wirtschaftlichen Fremdherrschaft Preußens“. Und vom Völkerbund spricht er nur, um Deutschland mit dem Ausschluß zu bedrohen: denn soll auch dem von seiner Regierung betrogenen Volk nichts Böses zugefügt, soll es auch weder in seiner Existenz noch in seiner Unabhängigkeit oder seiner friedlichen Unternehmungslust bedroht werden, „so wäre es doch, wenn es weiter unter der friedensfeindlichen, ehrgeizigen Herrschaft leben würde, unmöglich, es als Teilhaber an der Gemeinschaft mit den Nationen zuzulassen, die in Zukunft den Weltfrieden gewährleisten sollen“, da diese Gemeinschaft eine „Völker-, nicht nur eine Regierungsgemeinschaft sein muß“.

In Brest Litowsk beginnen die Verhandlungen zwischen Deutschen und Russen und werden wieder abgebrochen, weil Deutschland im Osten die Bedingungen eines rücksichtslosen Machtfriedens stellt. Jetzt ist wieder eine entscheidende Gelegenheit für den geistigen Führer der alliierten Kriegspartei gekommen, um die Kraft seines pathetischen Wortes und seiner blendenden Punkte nutzbar zu machen. Er stellt sich auf die Seite der russischen Träumer, verteidigt sie gegen die Siegespolitik der Zentralmächte, sucht das

russische und mit ihm das deutsche Volk, das im Herzen keinen Gewaltfrieden und ihn vor allem nicht gegen Rußland will, zu gewinnen. Und so entsteht die berühmteste seiner großen Reden, die er am 8. Januar vor dem amerikanischen Kongreß hält und die in ihren klassisch gewordenen vierzehn Punkten den Geist der Friedensvermittlung vom Dezember 1916 und der großen Rede vom Januar 1917 mit den Kriegszielen der Alliierten verschmelzen will. Ihr Ton ist plötzlich wieder sanfter. Sie verlangt 1. offene Diplomatie, 2. die Freiheit der Meere, 3. die Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und wirtschaftlichen Ungleichheit, 4. „geeignete Garantien dafür, daß die nationalen Rüstungen auf den niedrigsten Punkt, den die *innere* Sicherheit erfordert, herabgesetzt werden“, spricht sich 5. für freien und unparteiischen Ausgleich aller kolonialen Ansprüche unter paritätischer Berücksichtigung der Interessen der eingeborenen Bevölkerung aus. Sie verlangt 6. die Räumung aller russischen Gebiete und, in etwas dunklen Sätzen, eine Regelung aller russischen Fragen, die Rußland eine „aufrichtige Aufnahme im Bunde der freien Nationen sichert“, 7. die Wiederherstellung Belgiens in seiner vollen Unabhängigkeit und 8. die Räumung des besetzten französischen Gebiets und die Wiedergutmachung des Unrechtes, das in bezug auf Elsaß-Lothringen 1871 an Frankreich begangen wurde, — wobei es unausgesprochen bleibt, ob solche Wiedergutmachung in einer glatten Rückgabe des Reichslandes oder in einer Volksabstimmung bestehen soll. Wenn im Punkt 9 Grenzberichtigungen für Italien verlangt werden — zu denen Österreich im Jahre 1915 bereit war —, wird diese Forderung dadurch gemildert, daß die Grenzveränderung nach „genau erkennbaren Linien der Nationalitäten“ erfolgen soll, und auch die im Punkt 10 vorgesehene freie Entwicklung der österreichisch-ungarischen Völker läßt sich theoretisch ohne Zerstückelung der Monarchie vollziehen und hindert in der Tat die österreichisch-ungarische Regierung nicht an

einer freundlichen Antwort auf Wilsons Kundgebung. Punkt 11, der die Räumung Rumäniens, Serbiens und Montenegros und einen freien und sicheren Meereszugang für Serbien und gewisse balkanische Vereinbarungen vorsieht, ist in vorsichtiger Weise formuliert, wie auch die 12. Forderung nach selbständigen Entwicklungsmöglichkeiten für die nichttürkischen Völker des türkischen Reiches in ihrer allgemeinen Formulierung annehmbar erscheint. Ebenso könnte die in Punkt 13 angekündigte Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates, der, wie ausdrücklich gesagt wird, alle Gebiete einzubegreifen hätte, „die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind“, einer idealen Friedenspolitik entsprechen, solange die gleichzeitig aufgestellte Forderung nach einem polnischen Zugang ans Meer nicht zu annexionistischen Erörterungen führt. Und die ganze Welt wird schließlich dem Punkt 14 zustimmen, der den Völkerbund errichten will, nämlich „eine allgemeine Vereinigung der Nationen auf Grund bestimmter Abmachungen zum Zwecke gegenseitiger Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit der großen und kleinen Nationen“.

Aber vermag Wilson auch nur einen Augenblick lang zu glauben, daß dieses Programm in dem Zeitpunkt, in dem er die Verkündung für praktisch und notwendig hält, bei äußerlich politisch und militärisch günstiger Lage der Zentralmächte, von einer deutschen Regierung unverändert angenommen werden kann? Es enthält zwar die Grundsätze eines Verständigungsfriedens, aber die formulierten praktischen Anwendungen setzen den Sieg der Alliierten voraus und ziehen nur ihre Interessen in Betracht. Für Deutschland ist es ein Programm des Verzichtes, das erst im Augenblick der Niederlage angenommen werden könnte und jetzt nur die Niederlage beschleunigen kann. Es ist das hölzerne Pferd, das nun immer dichter an die Mauer der feindlichen Feste rückt.

Allerdings, in kluger Erkenntnis der Zwecklosigkeit und der Gefährlichkeit ihrer augenblicklichen günstigen militärischen Lage könnten die Deutschen das Programm der vierzehn Punkte durch eine großangelegte Debatte vertiefen und erweitern, seine Grundsätze durchleuchten und alle Anwendungen, auch die für Deutschland ersprißlichen, aus ihnen ableiten. Aber welcher mächtige Staat in der militärischen Geistesverfassung der Zeit vermag freiwillig Opfer zu bringen? Denkt Wilson daran, die Durchführung seiner Grundsätze auf Opfern seiner Verbündeten aufzubauen? Zweifellos sind in Deutschland die Kreise, die einen Rechtsfrieden wollen, im Zusammenhang mit der innerpolitischen Entwicklung reger geworden. Eine Friedensresolution, die von den Mehrheitsparteien des Reichstages unter Führung des Abgeordneten Matthias Erzberger am 20. Juli 1917 angenommen wurde, tritt „für einen Frieden der dauernden Versöhnung der Völker“ ein, spricht sich gegen „erzwungene Gebietsabtretungen, politische, wirtschaftliche und finanzielle Rückwirkungen“ aus und begrüßt, wenn auch nur schüchtern und aus der Ferne, den Völkerbundgedanken, indem sie erklärt, daß „der Reichstag die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern“ würde. Aber niemand von den Befürwortern dieser Entschliebung, die sich gegen Annexionen durch Deutschland ausspricht und auf die sich Wilson in seiner Rede wichtig beruft, darf nur eine Sekunde lang ernsthaft daran denken, auf Grund schöner Prinzipien deutsches Gebiet durch den Gegner annektieren zu lassen. Und was kann man von dem Grafen Hertling, dem dritten Reichskanzler der Kriegszeit, wie Wilson Professor, aber nur pedantisch und nicht phantasiebegabt, anderes erwarten, als daß er verhängnisvoll diplomatisch um die vierzehn Punkte herumreden, eine allgemeine Friedensbereitschaft zeigen, aber die Früchte des Sieges nicht aus der Hand geben wird? Natürlich stimmt er dem Völkerbundgedanken zu, der „für die Völker die Möglichkeit und Wahrschein-

lichkeit von Kriegen ausschließt und das friedliche, harmonische Zusammenleben der Völker fördern soll“, aber schlau, blödsinnig schlau fügt er hinzu: „Wenn der vom Präsidenten Wilson angeregte Gedanke des Verbandes der Völker bei näherer Ausführung und Prüfung ergibt, daß er wirklich im Geiste voller Gerechtigkeit gegen alle und vollkommener Vorurteilslosigkeit gefaßt ist, so ist die Kaiserliche Regierung gern bereit, wenn alle anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden, einer Prüfung der Grundlagen eines solchen Völkerbundes näher zu treten.“

Sicher kann Wilson mit diesen nichtssagenden Redensarten nicht viel anfangen. Aber er, der jetzt erbitterter Kriegsführer ist, durfte kaum mehr erwarten, und es wäre jetzt seine Aufgabe, den Gegner zu sich hinüberzuziehen, das Gespräch, auf das Hertling eingeht, fortzusetzen. Er aber will offenbar keine günstige Entwicklung des Gesprächs, zeigt sich in seiner Antwort vom 11. Februar vor dem Kongreß unnötig verstimmt und hochmütig, lehnt schroff Hertlings Argumente ab, stellt dafür listig dem österreichisch-ungarischen Minister ein gutes Zeugnis aus und beweist damit, daß er nicht die Gegensätze zwischen der eigenen und der feindlichen Gruppe ausgleichen, sondern die Gegensätze zwischen Deutschland und seinen Verbündeten vertiefen will, die längst die große Hoffnung der Alliierten sind. Gleichzeitig aber wirft er wieder seine Punkte, diesmal vier, über den Ozean: Der erste betont die Notwendigkeit, daß die künftigen Vereinbarungen einen dauernden Frieden ermöglichen müssen. Der zweite fordert, „daß die Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit an eine andere herumgeschoben werden, als ob sie lediglich Gegenstände oder Pfänder in einem Spiel wären“. Der dritte stellt den Grundsatz auf, „daß jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betreffenden Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs zwischen den Ansprüchen rivalisierender Staaten

getroffen werden müsse“. Der vierte verlangt, „daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne daß neue oder ewig weiterwirkende alte Elemente des Zwistes und der Gegnerschaft den Frieden Europas und somit der ganzen Welt voraussichtlich bald wieder zerstören würden“. Diplomatisch, aber gleichzeitig polemisch, mit steifen Redensarten, wirft ihm Hertling zustimmende Formulierungen zurück, die Wilson diesmal vollständig überhört. Er will nicht die Verständigung mit Hertling, sondern den Eindruck auf die deutschen Massen. Deshalb bekämpft er von neuem in einer feierlichen Ansprache am Grabe Washingtons in Mount Vernon am 4. Juli 1918 die altmodischen Regierungen der Zentralmächte, und schmeichelt er ihren Völkern, um dann mit vier neuen Punkten zu jonglieren, die erstens die Vernichtung oder zum mindesten die vollständige Ausschaltung jeder willkürlichen Macht, zweitens besonders scharf formuliert das Selbstbestimmungsrecht der Völker, drittens gesetzliche Grundlagen für das Zusammenleben der Nationen und die Achtung der Verträge und viertens die Errichtung des Völkerbundes fordern: „die Errichtung einer Friedensorganisation, die es zur Gewißheit machen soll, daß die vereinte Macht freier Nationen jeden Angriff auf das Recht abwehren und dazu beitragen wird, den Frieden und die Gerechtigkeit durch Schaffung eines endgültigen Tribunals der Öffentlichkeit zu sichern, dem sich alle unterwerfen und durch das alle internationalen Vereinbarungen, die von den unmittelbar betroffenen Völkern nicht auf freundschaftlichem Wege erledigt werden können, sanktioniert werden“.

Inzwischen nähert sich der Krieg seinem Ende, inzwischen kriecht der Völkerbundgedanke, so utopisch er auch noch aussieht, allmählich in Zickzackwegen durch die Welt, dringt ein in die Gespräche der Soldaten und in ihre Tagebücher, wird Gegen-

stand zahlreicher; zum Teil ausgezeichneten Schriften und Entwürfe und ein Thema für die Deklamationen der Regierungen, von denen einige, wie die englische und die französische, es für klug halten, ihn bereits zum Gegenstand offizieller Untersuchungen zu machen. In Wahrheit aber ist er für die Alliierten und auch für ihren amerikanischen Propheten nur ein Teil der Kriegsführung, ein Teil der Kriegspropaganda für den inneren und äußeren Gebrauch, für die Deutschen ein Gegenstand des Mißtrauens, eine teuflische Erfindung des Feindes, mit deren Hilfe er zunächst die Zentralmächte isolieren und schwächen und später, falls es zu einem Völkerbund kommt, politisch und wirtschaftlich fesseln will. In Wahrheit erwartet niemand das Heil vom Völkerbund, sondern jeder nur von dem eigenen Sieg, will an ihn glauben und den andern diesen Glauben aufzwingen. Erlahmt auf der einen Seite der Widerstand, so schafft diese Schwäche keine Friedensbereitschaft auf der anderen Seite, sondern facht hier von neuem den Siegeseifer an. Längst hat auch jeder herrliche Pläne geschmiedet, die durch den Friedensschluß verwirklicht werden sollen. Die militärische und bürgerliche Leitung Deutschlands läßt viel zu lange Zweifel an der Zukunft Belgiens bestehen und betreibt seit dem Zusammenbruch Rußlands eine phantastische Ostpolitik, die in keinen Völkerbund hineinpassen würde. Die Entente hat Deutschlands weltwirtschaftliche Verbindungen und seinen Kolonialbesitz an sich gerissen und hegt nicht den Wunsch, diese Eroberungen wieder herauszugeben. Nur wenn es völlig vernichtet wäre, könnte Frankreich einen Frieden schließen, der ihm nicht Elsaß-Lothringen wiederbringt, das seine gesamte öffentliche Meinung bis zum Tage der Rückkehr in poetischer Verklärung für ein unbestreitbar französisches, nur zwangsweise germanisiertes Land halten will. Durch eine Kette von Geheimverträgen und Verpflichtungen haben sich die Alliierten längst auf zahlreiche andere Annexionen deutschen Gebietes, auf die Zerstückelung

Österreichs, Ungarns und der Türkei und sogar auf Eingriffe in das Leben verbündeter und neutraler Staaten, wie Persiens, festgelegt, deren anarchischer Wahnsinn dunkel neben den hellen Organisationsplänen Wilsons lauert. Wenige Jahre nach dem Kriegsende wird — in Ergänzung zu den Enthüllungen der russischen Revolution — der intime Mitarbeiter des Präsidenten, Baker, in seinen Memoiren und Dokumenten aus der Versailler Zeit ausführlich die heimtückische Wirkung der alliierten Kriegszielpolitik auf Wilsons Schicksal offenlegen, mit entrüstetem Finger auf all die listigen Geheimverträge hinweisen, die zum Teil neben Wilsons öffentlichen Reden herliefen: die französisch-englisch-russischen Abmachungen aus dem Jahre 1915, die Rußland den Besitz von Konstantinopel und England Vorteile in Persien und Gebiete in der Türkei sichern sollen; den Londoner Vertrag aus demselben Jahre, der Italiens Teilnahme am Krieg durch Gebietserwerbungen in Dalmatien und Tirol und sogar Versprechungen auf koloniale Gebiete erkaufte; den Vertrag, der Rumänien im Jahre 1916 österreichisch-ungarisches Gebiet zuspricht, das von Serben bewohnt ist und auf das Serbien, der Verbündete, längst Anspruch erhebt; die im Jahre 1917 zwischen Frankreich und Rußland getroffenen Vereinbarungen, die den Franzosen nicht nur die Rückkehr Elsaß-Lothringens an Frankreich, sondern auch die Grenze des alten „Fürstentums Lothringen“ und das Saarbecken sichern, das linke Rheinufer von Deutschland lösen, zum selbständigen Staatswesen umformen und bis zur Erfüllung aller Vertragsverpflichtungen durch Deutschland unter französische Besetzung stellen und den Russen vollständige Handlungsfreiheit an ihren Grenzen mit Deutschland und Österreich einräumen sollen; die in demselben Jahre zwischen England und Japan zum Schaden Chinas getroffenen Abkommen über die Teilung der deutschen Besitzungen im fernen Osten, nachdem die übrigen deutschen Kolonien längst unter den Alliierten verteilt

waren. „Die wertvollste und reichste Kriegsbeute“, ruft Baker aus, „war jedoch das türkische Reich.“ Hier entdeckt er „geradezu eine erstaunliche Menge geheimer Verträge, Arrangements und Versprechungen, verworren wie keine anderen, gleichzeitig aber auch belehrend wie keine in ihren Aufschlüssen über die wahren Ziele und Methoden der alten Ordnung.“ Und empört wird er feststellen, daß „über die Türkei die geheimen Verhandlungen selbst mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg kein Ende nehmen, auch nicht aufhören nach der Annahme der vierzehn Punkte mit ihren vorbeugenden Maßregeln gegen die Geheimdiplomatie als Grundlage für den Frieden und nach der Übereinkunft des Punktes 12 über die Türkei und sich sogar heimlich zwischen Großbritannien und Frankreich nach Beginn der Friedenskonferenz noch fortsetzen“.

Sind diese Kriegsziele anders als durch den rücksichtslosen Sieg zu verwirklichen? Sie machen die Gründung eines Völkerbundes unter den bestehenden europäischen Mächten unmöglich. Klug aber zu spät kennzeichnet wenige Wochen vor dem Kriegsende Matthias Erzberger die tragische Lage in einem eilig hingeworfenen propagandistischen Buch „Der Völkerbund“, das einen trefflichen deutschen Völkerbundplan zur Debatte stellt. „Die Entente“, so schreibt er, „will einen Völkerbund, der ihre Vorherrschaft im Politischen und Wirtschaftlichen stabilisiert. Sie will dadurch den Frieden sichern, daß sie mit Hilfe eines solchen Völkerbundes die anderen Mächte ihren Bedingungen unterwirft. Sie will den Frieden durch den Völkerbund unter Führung einer Mächtegruppe. Auch in Deutschland gibt es Kreise, die den Standpunkt vertreten, der Friede werde am besten durch eine Vorherrschaft Deutschlands gesichert... Es sind dieselben Kreise, die den Gedanken des Völkerbundes an sich durch den Hinweis auf den Mißbrauch, den die Entente damit treibt, diskreditieren, wobei sie aber dasselbe Ziel vor Augen haben, wie die ententisti-

schen Chauvinisten. Der Völkerbundgedanke beruht auf dem Prinzip der völligen Gleichberechtigung der Nationen und der Bindung sämtlicher Nationen an dieselben Bedingungen. Er ist aufgebaut auf dem Grundsatz der Reziprozität, sein Begriff und seine Existenzmöglichkeit werden gegenstandslos in dem Augenblick, wo er die Vorherrschaft einer Macht oder einer Mächtegruppe darstellt... Die Geschichte zeigt, daß alle Versuche, den Frieden durch Universalreiche und Weltimperien zu sichern, fehlgeschlagen sind und nur neue Blutmeere geschaffen haben. Lernen wir aus der Geschichte!“

Aber sind die Völker noch in der Lage, aus der Geschichte zu lernen? Wenn es Deutschlands Vorteil und allmählich auch sein Wunsch ist, selbst auf dem Höhepunkt seiner militärischen Macht den Weg zu einem Ausgleichsfrieden zu beschreiten, so wird dieser Weg für die Entente, trotz zeitweiligen Erschlaffens oder Zusammenbruches in diesem oder jenem verbündeten Lande, immer ungangbarer: Die amerikanische Hilfe hat sie elektrisiert, zu viele Interessen und Kriegsziele sind in ihr zusammengeschlossen, und in einem Ausgleichsfrieden vermag sie nur eine „partie remise“ zu sehen mit dem verhaßten Ergebnis, daß Deutschland trotz einiger Verzichtes eine ungeheure Vormachtstellung einnehmen würde und damit schließlich praktisch den Krieg gewonnen hätte. Ein Völkerbund, der diesen Namen verdient, hängt damit nur noch an einer einzigen Möglichkeit: Bei der geistigen Verfassung der Kriegführenden, auch der Amerikaner, kann er nur noch aus einem Erschöpfungskrieg hervorgehen, der beide Teile gleich schwächt und damit gleich friedens- und opferbereit macht. Wenn jedoch jeder Teil die Waffen erst niederlegen will oder niederlegen kann, nachdem der Gegner sich für besiegt erklärt hat, so bleibt für den Völkerbund nur noch eine schwache Hoffnung: die Sieger müssen sich, wer sie auch sein mögen, nicht als Menschen erweisen, die, wie Rousseau sagt, „ungerecht und

gierig sind und ihre Interessen über alles stellen“, sondern „genug Vernunft haben, um ihren Nutzen zu erkennen, und genug Mut, um ihr eigenes Glück aufzubauen“.

Wird Wilson sie hierzu ermuntern oder zwingen wollen? Zum letzten Male im Verlaufe des Krieges malt er am 27. September 1918 die Umrissse seines Friedens an den trostlosen Himmel:

„Die Schaffung eines Völkerbundes und die klare Umschreibung seiner Ziele“, so versichert der Präsident nochmals nach heftigen Ausfällen gegen die Regierungen der Zentralmächte, „muß ein Teil, ja, in gewissem Sinne der wesentliche Teil der Friedensbestimmungen selbst sein.“ Sehr vernünftig bemerkt er: „Er kann nicht jetzt geschaffen werden, denn dann würde er nur ein neues Bündnis bedeuten, das sich auf die Nationen beschränkt, die sich gegen einen gemeinsamen Feind zusammengeschlossen hatten.“ Sehr weise fügt er hinzu: „Auch nach der Friedensfestsetzung könnte er wahrscheinlich nicht gegründet werden. Der Friede muß verbürgt werden, aber nicht als ein nachhinkender Gedanke.“ Das ist kluge, gute Friedenssprache. Aber bissig und krieglerisch legt er Wert darauf, „es in klaren Worten auszusprechen“, daß der Friede deshalb verbürgt werden müsse, „weil es Friedenspartner geben wird, deren Versprechungen sich als vertrauensunwürdig erwiesen haben, und weil im Zusammenhang mit der Friedensfestsetzung Mittel gefunden werden müssen, um diese Quelle der Unsicherheit zu beseitigen!“ Die Verquickung von Völkerbund und Friedensschluß ist nicht mehr eine grundsätzliche Notwendigkeit für den Völkerbund: sie ist eine Maßnahme gegen Deutschland. Denn „es wäre Torheit, die Garantie den späteren eigenen Handlungen der Regierungen zu überlassen, die, wie wir gesehen haben, Rußland und Rumänien zerstört und enttäuscht haben.“ Die Wendung gegen den Gegner ist scharf, der Völkerbund erscheint als eine Strafe und Drohung für den Feind. Aber schnell folgen wieder grundsätzliche

Punkte — fünf sind es jetzt — und erinnern an die beste Zeit des Propheten: Erstens, so sagt er, soll die neue unparteiische Gerechtigkeit keinen Unterschied machen zwischen jenen, „gegen die wir gerecht zu sein wünschen, und jenen, gegen die wir es nicht zu sein wünschen“, sondern eine Gerechtigkeit muß herrschen, die „keine andere Richtschnur kennt als die gleichen Rechte der verschiedenen in Betracht kommenden Völker“. Zweitens dürfen „keine besonderen oder getrennten Interessen einer einzigen Nation oder einer Nationengruppe die Grundlage irgendeines Teiles der Friedensbestimmungen sein, der nicht mit den gemeinsamen Interessen aller in Übereinstimmung ist“. Drittens verurteilt der Präsident „Bündnisse oder Sonderabkommen als unzulässig innerhalb der allgemeinen und gemeinschaftlichen Familie des Völkerbundes“, wie viertens keine „selbstsüchtigen wirtschaftlichen Sonderbündnisse innerhalb des Völkerbundes zugelassen werden können, ebensowenig wie die Anwendung irgendeiner Form wirtschaftlichen Boykotts oder Ausschlusses, abgesehen von der Anwendung wirtschaftlicher Strafmaßnahmen durch Ausschluß von den Weltmärkten durch den Völkerbund als Mittel der Disziplin und Kontrolle“. Fünftens müssen „alle internationalen Übereinkommen und Verträge jeder Art der gesamten übrigen Welt vollständig bekannt gegeben werden“, wobei bemerkt wird, daß „Sonderbündnisse, wirtschaftliche Rivalitäten und Feindseligkeiten die übersprudelnde Quelle kriegerischer Pläne und Leidenschaften gewesen sind und ein Friede, der sie nicht durch bestimmte und bindende Verpflichtungen ausschlosse, unaufrichtig und unsicher wäre“. Klar sind, ohne daß Neues gesagt wird, die Grundlagen eines wahren Völkerbundfriedens herausgearbeitet.

Darf man wieder hoffen? Was bedeutet solche Verheißung, am 27. September des Jahres 1918? An diesem Tage wankt und schwankt die Welt der Heere, Flotten, Schützengräben, Minen,

Kanonen und Maschinengewehre, in der Millionen von Menschen seit vier Jahren leben, in all ihren Fugen. In der zweiten Marne-schlacht ist Deutschlands große Offensive gescheitert. Jede Stunde kann neue, unverbrauchte amerikanische Truppen an die französische Front bringen. Österreich-Ungarns Friedenssehn-sucht ist weltbekannt, und die innere Verwüstung, die unter den Be-völkerungen der Zentralmächte die Blockade anrichtet, nicht mehr zu verheimlichen. Der 27. September, an dem Wilson von neuem feierlich die Stimme erhebt, ist der Anfang vom Ende. An diesem Tage zieht Bulgarien sich aus der Kampfgemeinschaft mit den Ver-bündeten zurück, am Tage darauf faßt die deutsche Heeresleitung den schweren Entschluß, auf den Wilson seit langem, seine Punkte in der Hand, wartet, mit Österreich und der Türkei gemeinsam ein Waffenstillstandsangebot an den Präsidenten zu richten und sich dabei auf seine vierzehn Punkte zu berufen. Der neue parlamen-tarische Reichskanzler, Max von Baden, der sich zuerst weigert, unter ungünstigen Umständen den Frieden nachzusuchen, richtet am 3. Oktober eine Note an Wilson, in der er feierlich erklärt, daß Deutschland „das von dem Präsidenten der Vereinigten Staa-ten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich in der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen annehme“, und den Präsidenten ersucht, die Herstellung des Friedens und den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes herbeizuführen. Die Zeit des Krie-ges ist beendet. Die Zeit des Völkerbundes muß beginnen... Wilson ist am Ziel.

Drei Jahre lang hatte der Präsident seine Formulierungen über das Weltmeer geschickt. Drei Punkte, vier Punkte, vierzehn Punkte, vier Punkte, fünf Punkte, den verschiedenen Umständen, unter denen er sprach, seinen verschiedenen Augenblickszielen angepaßt, so zuckten sie, Leuchtraketen, manchmal nur Seifen-

blasen, hoch auf über der kämpfenden Welt, verpufften, zerplatzen. Jetzt sind sie die große und sichtbare Feuersäule auf dem Wege vom Krieg in den Frieden geworden. Die vierzehn Punkte vom 8. Januar, aber auch die fünf Punkte vom 27. September stehen glänzend inmitten der dunklen Verwirrung, in der die maßgebenden deutschen Stellen seit dem Zusammenbruch der Balkanfront miteinander ringen. In ihrem Licht klärt sich der Widerstreit der Meinungen, von denen die einen für den Waffenstillstand, die anderen für die Fortsetzung des Krieges eintreten. Stände das deutsche Volk nur Männern wie Clemenceau gegenüber, würde es sich jetzt dazu entschließen, den Krieg bis zum bitteren Ende durchzukämpfen, noch einmal alle seine Kräfte zusammenzufassen. Sein Entschluß zum Friedensbekenntnis ist untrennbar von Wilsons Erscheinung. Bitter ist der Verzicht auf die eigenen Träume, tröstlich jedoch die Hoffnung auf des Amerikaners Wort. Ihm, dem man bisher nicht traute, will man jetzt rückhaltlos glauben. Er ist die „Vernunft“! Er ist der „Mut“! Und deshalb hat Deutschland noch nicht das Gefühl, sich bedingungslos auszuliefern. Nicht an die Franzosen, nicht an die Engländer richtet es sein Ersuchen um Frieden, nein, dem Verkünder der völkerbündlichen Friedensbedingungen, die dazu beigetragen hatten, im Herzen der Nation die Friedensbereitschaft zu fördern, und die er soeben von neuem bestätigt hat, dem Sachwalter der Völker wendet Deutschland sein von Krieg und Hungersnot zerfurchtes Antlitz zu.

Steht Wilson wieder über den Parteien? In diesem Augenblick steht er zwischen ihnen, den Rücken an die Alliierten gelehnt, den Blick auf die Deutschen gerichtet. Seine Aufgabe ist schwierig: er darf nicht sein Friedensprogramm, aber er will auch seinen Sieg nicht aus der Hand gleiten lassen. Als Führer des Krieges denkt der Spender des Friedens zunächst vor allem daran, den bisher noch theoretischen Sieg praktisch sicherzustellen. Und deshalb

entspinnt sich das in der Geschichte beispiellose wochenlange Kabelgespräch zwischen dem Staatssekretär des Präsidenten und der Wilhelmstraße. Wilson verspricht den verwirrten Deutschen, daß seine öffentlich verkündeten Grundsätze die Grundlage des Friedensschlusses sein werden, aber nimmt ihnen, als Entgelt dafür, ein Stück nach dem andern von ihrer bisherigen Macht aus den Händen, entreißt ihnen ihre Eroberungen, ihre Waffen und ihre angestammten Führer, versenkt die bisher Unbesiegten langsam, zielbewußt und erbarmungslos in den Zustand und in das Gefühl der Niederlage, während er gleichzeitig mit seinen Idealen in das Land einbricht und den letzten Widerstandswillen der Bevölkerung zermürbt. Kalt und hart verfolgt er dieses Ziel. Als er am 8. Oktober den Reichskanzler fragen läßt, ob „die Kaiserlich Deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt sind, annimmt und ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen“, legt er sofort mitten in diese grundsätzliche Frage des Friedens die ersten harten Bedingungen für den Waffenstillstand hinein. Als der Kanzler zustimmt, aber voraussetzt, daß „auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbündeten Mächte sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen“, überhört Wilson noch diese notwendige Vorfrage, um in hochfahrendem Ton die Zustimmung Deutschlands zu seinen Grundsätzen dazu zu benutzen, daß er jene Forderung der Rede vom 4. Juli herausholt, in der „die Vernichtung jeder willkürlichen Macht verlangt wurde, die es in Händen hat, allgemein, geheim und auf eigene Willensbestimmung hin den Weltfrieden zu stören“, oder ihre „Herabsetzung zur tatsächlichen Ohnmacht“. Will er mit seinen Kriegsdrohungen Ernst machen? Klar gibt er zu verstehen, daß er innere Umwälzungen in

Deutschland erwartet und die „ganze Durchführung des Friedens“ von ihnen abhängt. Die Deutschen müssen in ihrer Erwiderung dem fremden Staatsoberhaupt ihr funkelnagelneues parlamentarisch-demokratisches System anpreisen. Als Wilson deutlich den Rücktritt des Kaisers verlangt, andernfalls „Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln kann, sondern sich ergeben muß“, rühmt die Reichsregierung demütig von neuem die „tiefgreifenden Wandlungen, die sich im deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen“, um nach dieser Erniedrigung dringend daran zu erinnern, daß sie „nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegensieht, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat“. Jetzt ist Deutschland zermürbt. Am 5. November spricht Wilson das letzte und entscheidende Wort. Die Alliierten, so läßt er kabeln, haben „den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen“ und sprechen mit zwei Einschränkungen, von denen die eine der Freiheit der Meere, die andere der deutschen Entschädigungspflicht gilt, „ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen aus, die in der Ansprache des Präsidenten vor dem Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind“. Gleichzeitig richtet er an die deutsche Regierung die Aufforderung, beglaubigte Vertreter für die Entgegennahme der Waffenstillstandsbedingungen zu Marschall Foch zu entsenden.

Das seltsame geschichtliche Geschäft ist abgeschlossen: Deutschland unterwirft sich, aber Wilson beschwört im Namen aller Verbündeten seine Punkte. Gewaltig steht seine Verpflichtung da vor Deutschland und der Welt. Als Max von Baden noch während des Kabelgesprächs vor dem Reichstag Rechenschaft ablegt und seinen Landsleuten die bevorstehenden Opfer verständ-

lich machen will, erklärt er feierlich: „Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerbund. Er kann gar nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völker zur nationalen Selbstüberwindung sich aufraffen. Die Realisierung der Rechtsgemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teiles der unbedingten Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von den anderen.“ Eindringlich sucht der Kanzler dem eben noch siegreichen Volk klarzumachen, daß nur der Verzicht auf den nationalen Egoismus, „der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war“, eine Wiederaufrichtung und Erneuerung ermöglicht, fügt aber vorsichtig hinzu: „Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Volke den Völkerbundgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so will ich keinen Augenblick darüber hinwegtäuschen, welche gewaltigen Widerstände noch zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann!“ Der Krieg um den Völkerbund ist beendet. Aber der Völkerbund muß jetzt geschaffen und so geschaffen werden, wie er versprochen wurde. *Von allen Völkern der Erde hat jedenfalls das deutsche Volk jetzt den ersten Anspruch auf den wahren Völkerbund.*

Während im Reiche die Monarchie zusammenbricht, steht im Walde von Compiègne dem französischen Marschall eifrig und betrübt der deutsche Völkerbundverkünder der letzten Stunde, Matthias Erzberger, gegenüber. Wie der neue Reichsaußenminister Brockdorff-Rantzau einige Monate später sagen wird, schien der deutschen Waffenstillstandskommission in diesem Augenblicke „vor allem in der Idee des Völkerbundes die Grundlage für die Neugestaltung der Welt zu bestehen“. Denkt Foch an den Völkerbund? Er denkt an die Zerschmetterung des wehrlosen Gegners, der seine Bedingungen unterschreiben muß. Denkt Wilson an den Völkerbund? An diesem 11. November, an dem an allen Fronten das Feuer eingestellt wird, die Menschen

„Frieden“ jubeln und der Beifall der Welt zu dem Propheten empordringt, hält er wieder eine Rede vor seinem Kongreß. Aber er verliert nicht seine Punkte, weder die alten noch irgendwelche neuen. Er begnügt sich mit einigen allgemein gehaltenen Versicherungen, daß der Friede, den die siegreichen Nationen wollen, „das Sehnen der ganzen Welt nach uneigennütziger Gerechtigkeit befriedigen wird“. Die Punkte aber, die er diesmal stolz deklamiert, sind die Punkte des französischen Oberbefehlshabers, in denen nichts vom Völkerbund steht. Befriedigt blickt er nach beendigter Lektüre von dem Blatt Papier auf, sieht sich ernst im Kreise um und fügt feierlich hinzu: „Somit kommt der Krieg zu seinem Ende. Denn indem das deutsche Heereskommando diese Bedingungen angenommen hat, wird es ihm unmöglich sein, den Krieg wieder zu eröffnen.“

Er hat recht. Das hölzerne Pferd hat seine Schuldigkeit getan. Breit und schwer steht es mitten im deutschen Volk, und seinem Leib entsteigt die gepanzerte Gewalt.

VI

DER KRIEGBESCHÄDIGTE

Wer ist der siegreiche Herrscher, vor dem die Welt sich bewundernd neigt? Wir müssen ihn uns genau ansehen, denn von diesem Manne mit dem eigensinnigen und nervösen Profil wird das Schicksal des Weltfriedens abhängen.

Feierlich hat der Präsident, wenn auch die Formeln seines Staatsdepartements eisig und hart in das Berliner Außenamt hinüberklickten, den Pakt, den er einst mit einer unbestimmten, namenlosen Welt abgeschlossen, mit dem deutschen Volke bekräftigt. Mag nun auch Foch, hinter den vierzehn und vier Punkten herziehend, seine militärischen Erfolge, die Amerikas Macht und Ideologie vorbereitet hatte, durch den mühelosen Spaziergang an den Rhein vollenden: An der Spitze marschieren weiter die vierzehn und vier Punkte, die Deutschland für die Kapitulation reif gemacht haben. *Den Sieg hat der Völkerbund erfochten.* Das großartige Kriegsgetümmel, mit dem Elsaß-Lothringen und das Rheinland besetzt werden, sind Heldentaten in der Etappe hinter der Völkerbundfront. Zwar werden bald einige der nachträglichen Eroberer Deutschlands böseartig und herrisch die Klage erheben, daß die Feder verdirbt, was das Schwert gewann. Die Vergeßlichen! Im November 1918 wußte es ein jeder und überall: Half das Schwert der Feder, so half die Feder dem Schwert, und gewonnen hat in letzter Stunde die Feder, deren Sieg jetzt das Schwert verderben wird.

Wie kann es anders sein?

Von dem Augenblick an, da der amerikanische Präsident, der den Frieden machen wollte, durch den französischen Marschall den Waffenstillstand machen läßt, wird er arm wie die Deutschen. Sie haben nichts als sein Wort. Nun hat er nichts als das Wort seiner Assoziierten. Was aber brauchte er, um mit „Vernunft und Mut“ noch über den Sieg zu siegen? Als Neutraler hatte er des guten Willens beider Teile bedurft; den hatte er nicht gefunden. Als Kriegführender brauchte er die innere Neutralität; die hatte er sich nicht erhalten können, weil er sie vielleicht nie besessen hatte. Als Sieger brauchte er Gegner, die noch stark genug blieben, um den Weg des Verhandelns und der gegenseitigen Verständigung offen zu halten, — Verbündete, die zum mindesten so sehr erschüttert waren, daß sie einen Abbruch der Feindseligkeiten späteren zweifelhaften Erfolgen vorziehen würden; beides fehlte ihm jetzt; beides hatte er selbst vernichtet. Jedes amerikanische Regiment, das in Frankreich landete und für die Entente die Gefahr des deutschen Sieges verminderte, mußte in demselben Maße auch für die Welt die Aussicht auf das verringern, was man später immer wieder den „wahren“ Völkerbund nennen wird. Jetzt, nachdem er den furchtbaren Waffenstillstand zugelassen hat, ist er der Gefangene seines Erfolges und seiner französischen Verbündeten, in deren Hände er den Sieg gleiten lassen muß, wie er das deutsche Volk, das sich an ihn gewandt hatte, ihren Händen übergibt. Für die Verbündeten wiegen nun die eigenen, ungeheuren, jahrelangen Opfer an Menschenleben allmählich schwerer als die bald nur wirtschaftlich und moralisch empfundene amerikanische Hilfe der letzten Stunde. Sie brauchen jetzt weder amerikanische Soldaten noch amerikanische Doktrinen, und wie die Franzosen den Oberbefehl über die verbündeten Heere an sich gerissen hatten, so geht jetzt auch das Kommando über die Diplomaten der Friedenskonferenz an sie über. Bleibt aber Wilson nicht der Herr

des Friedensvertrages, wie kann er der Herr des Völkerbundes bleiben, da, wie er selbst immer gepredigt hatte, einer unlöslich von dem anderen abhängt? An dem Tage, an dem Wilsons Punkte Deutschlands Wehrmacht endgültig zertrümmerten und damit nur noch die Ententeheere hinter dem künftigen Völkerbund stehen, verliert sein Begründer, verliert seine Schöpfung das Bundesheer, das ihr heute noch fehlt.

Aber ist der Präsident nicht immer noch reich und stark? Wenn er nicht mehr auf die eigene Kriegsmacht bauen darf, seine Stimme nicht mehr die verbündeten Regierungen zu bezwingen vermag, bleibt ihm dann nicht der gewaltige Einfluß auf die Völker, ihr treues und vertrauensvolles Ohr? Ja, werden nicht die schweigenden Massen jetzt die eigene Sprache zurückgewinnen und ihrem einstigen Wortführer mit gewaltigem Ruf nach dem wahren und dauerhaften Frieden zu Hilfe kommen? Wenn der Präsident triumphierend das Meer überquert, um das Hauptquartier des Friedens in das Hauptquartier des Waffenstillstandes zu verlegen, so rechnet er wohl mit dieser gewaltigen Anhängerschaft. Vielleicht glaubt er in den Huldigungen und Schmeicheleien, die das jubelnde Paris ihm entgegenbringt, die Stimme der Völker zu hören. Vielleicht hält er all jene nationalen Einzelwünsche, die sich nun in tausend Bittschriften vor seinen Wegen aufstapeln, für die urwüchsige Kundgebung volkstümlichen Vertrauens. In Wahrheit aber hören die Völker ihn kaum, wie er kaum ihre Stimmen vernimmt. Zwischen ihm und den Massen stehen mauerdicht die Regierungen und verbergen ihm bald selbst die kleinen fortschrittlichen und ehrlichen Gruppen, die den in offiziellen Feiern gefangenen Präsidenten vor seinen diplomatischen Partnern zu warnen, ihn an sein Prophetentum zu erinnern suchen. Hinter den Vorposten aber bleiben die schweisgsamen Massen der alliierten Länder schweisgsam wie vorher, weiter beherrscht von den Methoden der Zensur und der Tyrannei, der Propaganda und

der Disziplin, mit denen man ihre Friedenssehnsucht während des Krieges erstickt hatte. Ihre Gedanken bleiben die Gedanken der Regierungen, und noch kennen sie nicht die unsauberen Geheimnisse der Kriegszielpolitik. Gleichzeitig aber erleben sie die be rauschende Stunde des Sieges, und dieser Sieg, den Wilson, als er neutral war, stets als das Hindernis für seinen Plan erkannt hatte und der sein heftigster Gegner ist, wenn er mit den alliierten Regierungen verhandelt, wird nun auch sein furchtbarster Feind, wenn er zu den Völkern spricht. Die ungeheuerlich lange Dauer dieses Krieges, die Beteiligung des größten Teiles der Welt und jeder einzelnen Nation mit all ihren Gliedern an der Front, in der Fabrik, in jedem Heim und mit allen körperlichen und geistigen Kräften haben den Nervenzustand der Menschheit am Ende des Kampfes in eine gefährliche Spannung versetzt. Sie kann dem dauernden Frieden dienen, wenn es gelingt, all das Sehnen nach dem Frieden, das durch die Völker ging, unverfälscht in die Zeit des Friedensschlusses hineinzutragen. Aber nur der klare Übergang vom Zustand des Krieges in den Zustand des Friedens wird die erkrankten Nerven der Nationen beruhigen und heilen. Statt dessen endet der Krieg nicht nur, was bereits ein Verhängnis sein muß, mit dem Sieg der einen Partei, sondern, was eine Katastrophe ist, mit der ungeheuren Sensation des plötzlichen Umschwunges von Niederlage zu Sieg. So gipfelt die Krankheit, anstatt abzufließen, in dem denkbar gewaltigsten Fieberrauch. Die Völker der Entente, vor allem Frankreichs und Belgiens, Serbiens und Rumäniens, steigen mit einem Schlage aus völliger Finsternis zu einem unerwartet blendenden Licht empor, das ihnen, obgleich noch wenige Tage vorher ihre Heimat von fremden Truppen besetzt war, die eigenen überraschten Heere im Vormarsch über die feindlichen Grenzen und auf den offenen Wegen zeigt, die nach Wien und Budapest, nach Straßburg, vielleicht nach München und Berlin führen! Solch nachträglicher Sieg mit seinem Gepränge, seinen Befreiungskund-

gebungen, seiner Musik und seinen Parademärschen läßt schnell die Kriegspolitik der eigenen Regierungen in hellerem Glanze erstrahlen und das pazifistische Ideal verblassen, an das man sich in den trüben Stunden angeklammert hatte. Jetzt erscheinen die erlittenen Leiden der Kriegszeit nicht mehr als der unvermeidliche Jammer eines jeden Krieges, sondern als die besonderen Qualen dieses Krieges, und jetzt will man in der wahnsinnigen internationalen Anarchie nichts anderes mehr sehen als die wahnwitzige Willkür des Feindes. Der Tag des Friedens ist nicht mehr der Tag des Kriegsendes, der Sieg nicht einfach die Rettung vor Bedrohung und Gefahr; er ist die Versuchung und die furchtbare Möglichkeit, die Glücksstunde voll auszunutzen und Vergeltung zu üben. Der Gegner soll die Folgen seiner Niederlage tragen, nein, nicht seiner Niederlage: seines Sieges, der nie wiederkehren darf. Frankreich, Belgien und alle die anderen wollen sich nicht ihre Siege, nein, ihre Niederlagen bezahlen lassen, die nie wiederkehren dürfen. Wehe dem schließlich besiegten Sieger: so rufen die Sieger der letzten Viertelstunde, indem sie an die vielen vorausgegangenen Jahre denken. Welche Hilfe kann der Prophet des Völkerbundes von diesen Völkern erwarten?

Die Deutschen? Ja, sie sind inzwischen reif, überreif für Wilsons alte Pläne. Sie haben, wie die anderen Besiegten, die umgekehrte Wandlung durchgemacht, den niederschmetternden Umschwung von Sieg zu Niederlage, sind von einer gewaltigen Höhe herabgestürzt, von der sie auf der trügerischen Landkarte ihre Fahnen in Frankreich, in Belgien, in Polen, in Rußland, auf dem Balkan und im Orient erblicken durften. Ihnen droht jetzt der andere Fieberrauch, die furchtbare Krankheit des Unterlegenen, die Revolution. Während noch Monate vergehen, bevor nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes die Alliierten sich miteinander an den Beratungstisch setzen, um ihren Frieden zu bauen, schweben sie betäubt zwischen der Vergangenheit und der unbe-

kannten Zukunft. Wenig ist zu hoffen, das wissen sie, und doch, so erregt und verwirrt sie auch warten, sind sie nicht ohne Zuversicht. Soll, muß nicht ein neues Zeitalter hereinbrechen? Ist es nicht die einzige erträgliche Entschädigung für so viel Unglück und Qual? Jetzt entledigen sie sich des Krieges, der endgültig verloren ist, werfen ihn von sich wie ein im Sturm zeretztes Kleidungsstück, nehmen ein Bad der Erneuerung in Staatsumwälzung, Sozialismus und pazifistischer Gesinnung, arbeiten inmitten von Revolten und Hungersnot und vereinzelt heroischen Auflehnungen gegen den demütigenden Kriegsausgang an dem neuen Staat und der inneren Wiedergeburt und zählen auf die Gerechtigkeit der äußeren Welt. Ihre Grenzen sind offen, sie selbst sind waffenlos. Ihr Schutzwall, den sie als fast unüberwindbar betrachten, ist der Telegrammwechsel zwischen der deutschen und amerikanischen Regierung über die vierzehn und vier Punkte. Wilson wird ihnen zu einer Idealgestalt, zu der sie ebenso vertrauensvoll aufblicken wie bisher zu Hindenburg und zu Ludendorff. Sie glauben an die Sachlichkeit der Gegner und nehmen an, daß sie sich mit den Deutschen gegen den drohenden Bolschewismus solidarisch fühlen werden, wie sie im Juli 1914 auf die Solidarität der europäischen Dynastien mit den Habsburgern gegen die serbischen Fürstenmörder vertrauten. Sie sind sich klar über alles, was sie endgültig verloren haben, und streichen allmählich aus ihrer Wirklichkeit den Kaiser und seine Herrlichkeit, Elsaß-Lothringen und die alte Fahne. Sie versenken sich in die notwendigen Tröstungen, die ihnen Halt und Selbstbewußtsein geben müssen: die republikanische Ideologie, den Traum einer Vereinigung mit Deutsch-Österreich, den Völkerbund! Vor allem aber empfinden sie am reinsten, weil nicht durch Siegesgeschrei verfälscht, sondern durch Bitterkeit geläutert, das größte Erlebnis der Zeit, den Frieden: den Frieden ohne alle Politik, den Frieden ohne alle Berechnung, den Frieden ohne Gewinn, den nackten Frieden, der sein mag was er

will, der aber besser sein wird als die Hölle des Krieges. Wie ungewiß die Zukunft auch ist, man kann wieder arbeiten und wieder denken, wieder als Mensch leben und fühlen, offene Grenzen und freie Luft spüren, die Vergangenheit vergessen, und auch die anderen, denen der Erfolg es so leicht macht, werden vergessen, und so darf man einander die Hände reichen und zusammen in die Zukunft wandern. Wer in Deutschland ist noch den Russen wegen der barbarischen Grausamkeiten in Ostpreußen böse? Wer verlangt noch, daß Gott England strafen soll, weil es Deutschland vor dem Kriege heimtückisch eingekreist und während des Krieges grausam ausgehungert hat? Wer will noch den Italienern den Treubruch vorwerfen, wer den Franzosen die Hartherzigkeit gegen die Gefangenen, die Scheußlichkeiten ihrer Farbigen? Alles ist vergessen, alles auch, was an Verleumdungen dem deutschen Volk während des Krieges angetan worden war. Aber nun erkennen sie plötzlich verwundert und ungläubig, dann entsetzt und hoffnungslos, daß die drüben nichts vergessen haben und nichts vergessen wollen. Trotz des wunderbaren Triumphes, den sie jetzt feiern, sprechen sie böseartig und unaufhörlich von dem Einmarsch in Belgien, den Deportationen, dem Tod der Miß Cavell, den abgesägten Fruchtbäumen in Nordfrankreich, den Bomben der Zeppeline, der Gothas und der Dicken Bertha. Nichts vergessen sie, weder ihre eigenen Übertreibungen noch die Propaganda ihrer Regierungen und vor allem nicht die fürchterliche Angst, die sie vier lange Jahre ausgestanden haben und die manche von ihnen schon bereit waren, einzugestehen, als die deutschen Siege am glänzendsten waren. Der Engländer vergißt nicht die Angst vor den deutschen U-Booten und den Minen, der Belgier nicht die Angst vor der Fortdauer der Fremdherrschaft, der Franzose nicht die Angst vor dem deutschen Vormarsch auf Paris und der endgültigen Degradierung seines Landes zur Macht zweiten Ranges. Entsetzt denkt er an den Abgrund, an dem er verloren stand, vor

dem nur ein Wunder ihn gerettet hat. Und diese Angst, die in den tapfersten Völkern der Welt lebt, die kein Vertrauen aufkommen läßt, kein Verstehen der Sünden des Gegners, kein Erkennen der eigenen Schuld, erhebt sich riesengroß über der Welt. Sie verlangt, daß ganz Deutschland nach Sankt Helena verbannt wird.

Ihre Verkörperung findet sie in Georges Clemenceau, einem Fabelwesen, neben Lenin und Wilson der größte Mann der Zeit, erfüllt von leidenschaftlicher, aber eben leidenschaftlicher Liebe zu seinem Volk und seinem Ziel, ein Kämpfer, der immer nur an die Macht, nie an die Menschen geglaubt hatte, der in seinem ganzen Leben immer nur frei atmen konnte, wenn der Gegner zerschmettert am Boden lag. Als Journalist bekrittelt, stört, lähmt er während des Krieges die eigene Regierung, als Ministerpräsident läßt er die Defätisten an die Wand stellen, fährt rastlos von der Hauptstadt in die Schützengräben, um selbst die Soldaten am Werke zu sehen und zu ermuntern, und handelt das einmal nicht aus Nörgelei, das anderemal nicht aus Unmenschlichkeit und dann nicht aus Sucht nach Volkstümlichkeit, sondern immer aus verantwortungsvoller Angst. Wenn er jetzt die deutsche Friedensdelegation, die endlich nach Versailles berufen wird, wie Gefangene hinter Stacheldrähte sperrt und ihr mit unerträglicher Roheit, ohne jede Großmut des Siegers entgegentritt, so beseelt ihn nicht Sadismus oder Imperatorenwahn, sondern wieder die Angst. Nie wieder Krieg! rufen die erwachenden Zeitgenossen in Deutschland. Nie wieder die Niederlage! schreit alles in ihm. Und mit diesem Kriegsruf, der sein ganzes Friedensprogramm ist, tritt er, der rücksichtslose Gott der Rache, nicht nur den Deutschen, sondern auch dem schwachen Friedensfürsten aus Amerika entgegen, nimmt ihm die schweigenden Völker aus der Hand und macht sich zu ihrem Wortführer, zu der bösen Stimme ihrer verwirrten und schlechten Gefühle. Nun ist Wilson nicht mehr der mächtige Fürst der Welt, der uns verheißen wurde. Ein zweiter Herrscher steht neben ihm,

sucht sich über ihn zu erheben, und ein phantastischer Kampf hebt an zwischen dem alten und dem neuen Führer, zwischen der immer mutloser werdenden Vernunft und der immer ungerechter werdenden Gier.

Kann der Ausgang des Kampfes zweifelhaft sein? Die alliierten Völker, aufgepeitscht durch das eigene Erleben, geschickt und energisch geleitet durch ihre Regierungen, ratifizieren gleichsam nachträglich die schändlichen Geheimverträge. Natürlich fühlt es mancher, daß der gewaltige geschichtliche Augenblick da ist, um den ewigen Frieden zu begründen. Aber größer ist die Zahl derjenigen, die fühlen, daß der vielleicht nie wiederkehrende geschichtliche Augenblick gekommen ist, in dem die starke nationale Macht des eigenen Landes auf den Trümmern des Erbfeindes errichtet werden kann. Zweifellos hat das Argument Gewicht: Wenn nicht heute der Völkerbund geschaffen wird, wann soll er dann jemals geschaffen werden? Aber mächtiger überzeugt das Argument: Wenn nicht heute strategische Grenzen, Wirtschaftsvorteile, koloniale Gebiete, die Übermacht zu Lande und zur See, sensationelle Größe und tönender Ruhm errungen werden, wann soll das je geschehen? Und schnell stürzen sich alle auf den unmittelbaren Gewinn, der lockender, im Augenblick verständlicher ist, ja, wie es scheint, den großen Opfern gerechter wird, und mancher glaubt ehrlich, daß nach so viel Leiden die Ungerechtigkeit an dem Gegner die Gerechtigkeit an sich selbst, nach so viel Opfern die Gier nur wiedergutmachende Vernunft ist, ja, daß auch der ewige Friede nicht durch Versöhnung, sondern nur durch Härte gesichert werden kann. Und so wird ein Friedensvertrag zusammengestellt, in dem kein Platz mehr für den Völkerbund ist.

Kein Platz mehr für den Völkerbund! Ein Friedensschluß ohne Völkerbund! Soll dies das Ergebnis sein der Wilsonschen Propaganda, des Wilsonschen Krieges? Er hat seinen Völkerbundgedanken tief in die feindlichen Länder hineingetragen und soll nun

erleben, daß kein Raum mehr für ihn ist in dem eigenen Lager! Er hat unaufhörlich als Neutraler und als Kriegführender gepredigt, daß ein Völkerbund nur möglich ist auf Grund von ganz bestimmten Friedensbedingungen, und sie verwirft man nun Tag für Tag und eine nach der anderen und wendet sich gleichzeitig wie von einer überflüssigen, auf jeden Fall nebensächlichen Angelegenheit von dem Plan einer völkerbundlichen Organisation ab. Den Inhalt des Völkerbundes, das muß der Messias bald erkennen, kann er nicht mehr schaffen. Aber den Organisationsplan eines Völkerbundes muß er zeichnen und neben den Friedensvertrag stellen. Je kritischer die Kämpfe unter den Verbündeten um die neue Wirklichkeit werden, um so dringender wird für ihn die Notwendigkeit, seinen Traum, koste es was es wolle, irgendwie lebendig zu erhalten. Je stürmischer ihm die ersten dreizehn Punkte weggeschwemmt werden, um so verzweifelter muß er sich auf das Eiland seines vierzehnten Punktes retten. Seiner Ehre schuldet er es, seinem Volk, das er in den Krieg geführt, aber auch dem Gegner, den er in den Frieden gelockt hat. Um diesen letzten Rest der Völkerbundwelt kämpft er mit Clemenceau, der die Schwärmerie des eigensinnigen Amerikaners verachtet und den überseeischen Propheten sein Steckenpferd nur bereiten läßt, weil er seine Zustimmung zu den territorialen, militärischen und finanziellen Friedensbedingungen braucht: Wilson bekommt seinen Völkerbundpakt, wenn er zuläßt, daß sein Völkerbund zerstört wird. So muß schließlich der Prophet, der unaufhörlich die Identität von Friedensvertrag und Völkerbundpakt gefordert hatte, dafür dankbar sein, daß wenigstens gleichzeitig mit den Friedensverträgen ein Pakt geschaffen und an ihre Spitze gestellt wird und er die Verträge selbst, von den Engländern unterstützt, von einigen der wahnsinnigsten Grausamkeiten befreien kann. So wird es das Glück des Propheten, was gleichzeitig sein Unglück werden muß, daß die zusammengeschrumpfte Verwirklichung des Völkerbund-

gedankens den Mitsiegern in vieler Hinsicht die eigenen Pläne erleichtert, ihnen zuweilen gewisse Kombinationen ermöglicht als Ersatz für einige unter den Tisch gefallene Wünsche, als Garantie für ihre Erwerbungen, und den Besiegten, so schwer er sie enttäuscht und hemmt, in einigen Fällen eine Linderung der furchtbarsten Wunden, einen Ausblick aus sonst völliger Finsternis zu bieten scheint.

Unter diesen Voraussetzungen wird verhältnismäßig schnell in einer völlig völkerbundfremden Welt ein Völkerbundpakt fertiggestellt. Den Oberbefehl über die gesamte Friedenskonferenz führt Clemenceau; dem Präsidenten Wilson wird das Präsidium über einen Unterausschuß für den Völkerbund überlassen, in den Clemenceau den alten republikanischen Solidaritätsapostel Léon Bourgeois entsendet, der ungefährliche, unverbindliche Völkerbundgesinnungen Frankreichs zum Ausdruck bringen darf, während nebenan in den großen politischen Beratungen der Konferenz der Bund zielbewußt zerstört wird. Die Richtlinien für die Arbeiten des Ausschusses stellt die Konferenz selbst am 25. Januar auf, indem sie den künftigen Völkerbund als ein „Organ internationaler Zusammenarbeit“ kennzeichnet, ihm die Aufgabe stellt, die „Erfüllung der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen zu sichern und Schutzmittel gegen den Krieg zu schaffen“, und als seine Organe „eine periodisch stattfindende internationale Konferenz“ und „eine ständige Organisation, ein Sekretariat, das die Angelegenheiten des Bundes in der Zeit zwischen den Konferenzen“ zu verfolgen hat, bezeichnet. Als Wilson in dieser eigentlichen Gründungssitzung — an der kein Vertreter der besiegten Staaten, aber auch keiner der Neutralen, die inzwischen ausgezeichnete Vorschläge ausgearbeitet hatten, teilnehmen durfte — das Wort ergreift, könnte die Welt noch einmal an den Völkerbund glauben. Noch einmal erinnert der Präsident an die edlen Grundsätze, die dem amerikanischen neutralen Staatsoberhaupt vorge-

schwebt hatten. In erschütternden Wendungen ruft er gleichsam sein eigenes Gewissen gegen die Widersacher am Konferenztisch zu Hilfe. Er beteuert, daß es eine Ehrenpflicht für ihn sei, die Erklärungen, mit denen er die Amerikaner in den Krieg geführt hatte, in die Wirklichkeit umzusetzen. „Sie sind ausgezogen“, so mahnt er, „wie Kreuzfahrer, nicht um einen Krieg zu gewinnen, sondern um einer Sache zum Triumphe zu verhelfen.“ Und sich selbst beschwörend ruft er: „Wie sie unternehme ich einen Kreuzzug...“

Der Kreuzzug beginnt damit, daß, nachdem bereits die Unterlegenen und die Neutralen ausgeschlossen waren, der Völkerbundausschuß trotz der Proteste der kleineren Verbündeten derart zusammengesetzt wird, daß den fünf Großmächten der entscheidende Einfluß bei der Gründung des Bundes gesichert bleibt. Zwei Delegierte sprechen für jede Großmacht: Wilson und Oberst House für die Vereinigten Staaten, Lord Robert Cecil und General Smuts für England, Léon Bourgeois und Larnaude für Frankreich, Orlando und Scialoja für Italien, Baron Makino und Vicomte Chinda für Japan. Von den übrigen Verbündeten erhalten zunächst nur Belgien, Brasilien, China, Portugal und Serbien je einen Sitz. Später gesellt man ihnen noch Vertreter für Griechenland, Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei bei. Der Kreuzzug für den Völkerbund wird fast ausnahmslos von den Regierungen geführt, die gleichzeitig nebenan in der eigentlichen Konferenz den Raubzug für die Erweiterung ihrer Gebiete und für die Unterdrückung fremder Völker eröffnen.

In wenigen Tagen stellt der Völkerbundausschuß einen ersten Entwurf fertig. Auf seinem Schiff George Washington hatte Präsident Wilson zahlreiche Dokumente und Aufzeichnungen für den Völkerbund mit nach Europa gebracht, aber nur wenige seiner Pläne gingen auf eigene Ideen zurück. Seine erste Anregung, das wissen wir, hatte er den Richtlinien der Liga zur Erzwingung

des Friedens entnommen, vor der er seine erste Völkerbundrede hielt. Aber die eigentliche Grundlage für seine weiteren Überlegungen wurde ein Völkerbundentwurf, den ein englischer amtlicher Ausschuß unter dem Vorsitz von Lord Phillimore am 20. März 1918 zum Teil unter dem Einfluß der amerikanischen und englischen Pazifisten ausgearbeitet hatte, so daß vielleicht in einem gewissen Sinne das Wort Herders, das Ter Meulen zitiert und das sich auf die Träume des Abbé Saint-Pierre bezieht, zutreffen mag, wonach „fromme Wünsche der Art nicht in den Mond fliegen, sondern auf der Erde bleiben und zu ihrer Zeit in Taten sichtbar werden“. Der sogenannte Phillimore-Plan bildet den Ausgang für einen Entwurf, den Wilson am 16. Juli 1918 durch seinen Freund, den Oberst House, fertigstellen läßt, sowie für vier weitere Entwürfe Wilsons und seiner Mitarbeiter, von denen der erste noch vor seiner Europareise, die anderen drei in Paris ausgearbeitet werden, wo ein Völkerbundplan des südafrikanischen Generals Smuts, ein Plan des Engländers Lord Robert Cecil und dann ein neuer amtlicher englischer Regierungsplan das Material für den Ausschuß ergänzen. Aus dem sogenannten dritten Wilsonschen Plan und dem letzten englischen Entwurf entsteht in vorbereitender Zusammenarbeit des amerikanischen Juristen David Hunter Miller und des englischen Juristen Cecil Hurst ein neuer Text, der die Grundlage der sehr verwirrten und unmethodischen Ausschußberatungen wird, über die Miller selbst in seinem berühmten Werk von der „Redigierung des Paktes“ wertvolle Mitteilungen macht. In der dritten Vollsitzung der Pariser Konferenz vom 14. Februar 1919 kann bereits Präsident Wilson einen fertigen Plan vorlegen. Aber in dieser entscheidenden Stunde ist seine Sprache weniger schwungvoll als in der Gründungssitzung. Seine Rede erläutert die Einzelheiten des Planes, rühmt die Einmütigkeit unter den Delegierten, gibt Anweisungen für die künftige Anwendung, aber gelangt

nur an wenigen Stellen in die Nähe der Gipfel, die er einige Wochen vorher noch einmal erklommen hatte. Schon lauert die Gegnerschaft des eigenen Landes hinter dem Redner. In aller Eile muß er den Ozean überqueren, mit vielen Worten um die Seele seiner Landsleute werben und nach seiner Rückkehr, unter dem Druck der feindseligen Heimat, den geheimnisvollen und unaufrichtigen Satz über die Monroe-Doktrin und sogar die Möglichkeit des Austritts aus dem Bund in den Pakt schmuggeln und so sein eigenes Werk an zwei entscheidenden Stellen auf das gefährlichste lockern. Erst in letzter Stunde dürfen die bisher ausgeschalteten kleinen Mitsieger und die Neutralen einige sachlich wenig erhebliche, psychologisch und stilistisch aber nützliche Abänderungen anbringen. Dann wird die Völkerbundsatzung endgültig von dem größeren Teil der Welt in der 5. Sitzung der Vollkonferenz vom 28. April 1919 angenommen. Als unlöslicher Bestandteil des Friedensvertrages, wie Wilson selbst es immer wieder gewollt hat, als sein erstes Kapitel, weil tatsächlich nur diese Verquickung die Annahme des Völkerbundgedankens durch die anderen Verbündeten gewährleisten konnte, wird das Grundgesetz der Nationen im Trianonhotel zu Versailles dem anderen Teil der Welt auf den Tisch gelegt.

Hinter ihren Stacheldrähten, zwischen dem Haß des feindlich gesinnten fremden Volkes und der wachsenden Verzweiflung der fernen Heimat, die immer noch nicht von der Blockade befreit ist, immer noch der Freilassung der gefangenen Söhne harrt und nun plötzlich durch die drakonischen Friedensbedingungen völlig niedergeschmettert wird, eröffnet die einsame deutsche Delegation, die nur zur Unterzeichnung, nicht zum Verhandeln nach Versailles gerufen worden war, ihren unermüdlichen Notenkrieg. Inmitten all der nagenden Sorgen um den territorialen, wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Bestand des Reiches, seine Würde und Ehre, vergessen die Deutschen den Völkerbund

nicht. Deutschlands Sachverständiger für den Völkerbund und Mitglied der Friedensdelegation ist jener Professor Schücking, der von dem Haager Friedenswerk so viel erwartet und am Beginn des Krieges an der Verfolgung seiner völkerrechtlichen Pläne von den heimischen Behörden so lieblos gehindert worden war. Kurze Zeit vor der Abreise nach Versailles beauftragt ihn die Reichsregierung mit der Ausarbeitung eines amtlichen Entwurfs für eine Völkerbundsatzung, an der außerdem maßgebend der Leiter der Rechtsabteilung und spätere Außenminister Dr. Simons, der Geheimrat Gauß und verschiedene Beamte der Wirtschaftsabteilung des Außenamtes mitwirken. In einer Sitzung des Reichskabinetts erstattet Schücking Bericht über einen schnell fertiggestellten Plan, der allerdings in seinen langjährigen früheren Erwägungen wurzelt. Die Satzung des deutschen Völkerrechtslehrers und seiner Kollegen erschöpft ziemlich lückenlos das große Thema, ist weitherziger gefaßt als irgendeine der Vorarbeiten, die dem Pariser Völkerbundausschuß zugrunde lagen, aber in ihrer Anlage mehr eine Inhaltsangabe für ein gelehrtes Buch über den Völkerbund als ein brauchbares internationales Vertragsinstrument. Sie geht von dem Gedanken aus, daß der Völkerbund die internationale Demokratie verwirklichen müsse, stellt den Grundsatz der vollen Gleichheit unter allen Staaten auf, billigt den Großmächten keinerlei Vorrechte zu, will nicht nur die Konferenz der Regierungsvertreter, die Staatenversammlung, sondern neben ihr ein wirkliches Völkerparlament errichten, in das die einzelnen nationalen Parlamente Delegierte entsenden würden, ein Gedanke, der hinter den Kulissen der Pariser Völkerbundberatungen ebenfalls erörtert worden war, aber als aussichtslos in keinen der Entwürfe überging und dem Wilson nur dadurch in blassester Weise Rechnung trug, daß er in seiner Erläuterungsrede zum Völkerbundpakt eine gewisse liberale Zusammensetzung innerhalb der Regierungsdelegationen für das Regierungspar-

lament anregte. Diesen fruchtbaren Gedanken vertritt Schücking mit besonderer Eindringlichkeit in seinem Vortrag vor dem republikanischen Kabinett. Die Regierung aber schwimmt, trotz aller schönen Reden, die jetzt, zu spät, in Deutschland über den Völkerbund gehalten werden, in einem Meer verwirrender und quälendster Probleme, die ihr wichtiger erscheinen müssen. Philipp Scheidemann, nach Bethmann Hollweg, Michaelis, Hertling und Max von Baden der fünfte deutsche Staatsmann, der sich dem Problem des Völkerbundfriedens gegenüberstellt, der erste, der sich mit ihm in einer Zeit praktischer und tragischer Verwirklichung herumschlagen muß, unterbricht, wie man sich erzählt, des Professors beredte Darlegungen und schickt, genau wie die Konferenz der Pariser Gegner, die Angelegenheit in einen Unterausschuß. Hier wird der Entwurf in kürzester Frist genehmigt, um dann, ohne Gegenstand einer Prüfung des Gesamtkabinetts zu werden, in aller Eile den Weg nach Versailles anzutreten, begleitet von den Segenswünschen all derjenigen, die hinter dem furchtbaren Kriegsende noch den Weg in eine bessere Zukunft sehen wollen. Der deutsche Pazifist Dr. Hans Wehberg schreibt zu dem deutschen Entwurf in einer volkstümlichen Ausgabe eine begeisterte Einleitung: „Das vollkommene Vertrauen in eine Politik des Rechts ist aus fast allen Bestimmungen des Entwurfes zu erkennen. Bei dem Pariser Entwurf stehen die einleitenden Worte zu den einzelnen Artikeln in einem scharfen Gegensatz. Zwar will auch der Pariser Entwurf nicht nur einen Völkerbund zur Verhütung der Kriege, sondern auch zur Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft der Völker. Aber die Mittel, die er hierfür empfiehlt, sind durchaus unzureichend. Nach dem Pariser Entwurf besteht die große Gefahr, daß die alten Grundsätze der Staaten in dem Völkerbund weiter bestehen bleiben, ja noch verstärkt werden. Nur der Weg, den der deutsche Entwurf vorschlägt, kann den Völkern Segen bringen. Wir wollen trotz mancher trüben Erfah-

rungen der letzten Monate die Hoffnung keineswegs aufgeben, daß die deutschen Richtlinien in ihren wesentlichsten Punkten mit den hier vorgeschlagenen Verbesserungen doch zur Annahme gelangen, damit aus dem großen Plane Wilsons die seit Jahrhunderten ersehnte Allianz der Völker hervorgeht.“

Die Hoffnungen der Deutschen können sich nicht mehr erfüllen. Ihr Entwurf und ihr beachtenswerter Kommentar zum Pariser Plan werden nicht berücksichtigt, und ihr Verlangen nach sofortiger Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund stößt auf hochmütige und beleidigende Ablehnung. „Die alliierten und assoziierten Mächte“, so antwortet Clemenceau mit Zustimmung Wilsons, der sein schlechtes Gewissen durch kühle und bösertige Haltung den Deutschen gegenüber zu verbergen sucht, „sind nicht in der Lage, diesem Antrag stattzugeben... Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Stimmung unter den Völkern der Welt ist es nicht möglich, zu erwarten, daß die freien Völker der Erde sich sofort in gleichberechtigter Gemeinschaft mit jenen zusammen niederlassen, von denen sie so schweres Unrecht erlitten haben. Wollte man diesen Schritt in einem zu frühen Zeitpunkt versuchen, so würde das den Prozeß der Versöhnung, den alle wünschen, aufhalten, anstatt ihn zu fördern. Aber die alliierten und assoziierten Mächte glauben, daß, wenn das deutsche Volk durch seine Handlungen seine Absicht beweist, die Friedensbedingungen zu erfüllen, wenn es die aggressive und trennende Politik, die den Krieg herbeigeführt hat, aufgibt und wenn es ein Volk geworden ist, mit dem man in nachbarlicher Kameradschaft leben kann, die Erinnerung der vergangenen Jahre bald entschwinden und es möglich sein wird, den Völkerbund bald durch die Aufnahme Deutschlands zu vervollständigen.“

Aller Protest bleibt wirkungslos. Der Völkerbund, der die ganze Welt zusammenschließen und einen Traum der Menschheit verwirklichen will, soll das Werk der Sieger bleiben. Kein deut-

scher Einfluß, kein Einfluß der Österreicher, der Ungarn oder der Bulgaren, kein noch so guter und wertvoller Gedanke großer Völkerrechtslehrer wie Schücking und Lammasch darf in die neue Lehre übergehen. Die für die Zukunft entscheidende Arbeit der Überleitung des toten Buchstabens in das wirkliche Leben, der praktische Aufbau des Völkerbundes und seiner Organe, die Schaffung und Besetzung der wichtigsten Ämter soll allein durch die Sieger vorgenommen werden. So können die Unterlegenen, als ein Ultimatum sie endgültig niederzwingt, auch nicht mehr unterscheiden zwischen der Satzung und dem Vertrag. Die Nationalversammlung in Weimar nimmt unter Protest alles in allem an. Die deutschen Bevollmächtigten Hermann Müller und Bell unterzeichnen am 28. Juni 1919 mit Not und Zorn im Herzen den Völkerbundpakt mit den anderen aufgezwungenen Bedingungen im Spiegelsaal von Versailles, den Clemenceau mit den tragischen Grimassen unglücklicher Kriegsverstümmelter, die vor den Besiegten zur Schau gestellt werden, ausschmückt. Wilson sitzt feierlich dabei. Er fühlt in diesem Augenblick nicht, daß unter den Gästen Clemenceaus der verstümmeltste aller Kriegsbeschädigten sein Völkerbund ist, ein bleiches Skelett, das aus leeren Augen in die Friedenszeremonie hineinstarrt.

Vertraglicher Friede ist wieder in der Welt. Der Krieg ist amtlich abgeschlossen. Aber er wird abgeschlossen wie alle anderen Kriege. Nicht der Völkerbund, sondern der Friedensvertrag soll den Frieden, der Völkerbund nur den Friedensvertrag sichern. Weder die Ententestaaten noch das Deutsche Reich und seine Verbündeten hatten den Krieg geführt, um einen Völkerbund zu verwirklichen, auch Wilson nur noch mit verwirrtem Herzen, nachdem er an die Seite der Alliierten getreten war. Ein Völkerbund aber konnte nur entstehen, wenn man ihn zielbewußt und in jedem Augenblick und wenn man nur ihn wollte. Daß er nicht kaltblütig mitten im Frieden am Schreibtisch geschaffen werden

würde, das wußte man seit Jahrhunderten. Immer war es klar gewesen, daß er nicht ohne die erschütternde Lehre des Krieges zu verwirklichen war. Aber man hatte ihn sich stets als seine Lehre, in die alle Erlebnisse einmünden würden, nicht als sein Nebenprodukt gedacht. Ein Völkerbund durfte nie etwas anderes sein als das Werk der Vernunft. Das konnte er am Ausgang des Weltkrieges nicht werden. Jetzt blieb nur die Hoffnung, daß so schnell wie möglich die Nachkriegszeit die Sünden des Friedensschlusses wieder gutmachen würde.

Am 10. Januar 1920 tritt die Völkerbundsatzung gleichzeitig mit dem übrigen Vertragswerk nach Ausführung der vorgeschriebenen Ratifizierungen in Kraft, als Denkmal des Sieges der Einen, der Demütigung der Andern. Am 16. Januar 1920 tagt das höchste Organ des neuen Nationenbundes, das einem letzten Kriege ein Ende machen wollte, zum ersten Male in Paris unter dem Vorsitz des Franzosen Bourgeois, unter Ausschluß der einen Partei des Krieges, und beraubt sich selbst damit des großen Schauspiels der Versöhnung, das ihm das Vertrauen der Welt, das seinem schwachen Körper den ersten Hauch einer Seele schenken konnte. Die Alliierten, die ihre enge Interessengemeinschaft mühselig dank der Mitwirkung eines pariserischen Spaniers in ein Weltinstitut ummaskieren, sind unter sich. Sie sind unter sich im Frieden wie einst im Krieg und beginnen jetzt, sich geschwätzig und listig des neuen Instrumentes zu bedienen, um ihre Eroberungen zu festigen und ihre Machtstellung auszubauen.

Aber nicht nur Deutschland fehlt an diesem großen und kleinen Tage. Auch Amerika fehlt. Der Vater des Friedens sitzt nicht am Ratstisch. Wo ist Wilson? Wir müssen uns sein gequältes und zerfallenes Profil genau einprägen. Denn jetzt trennt ihn das Schicksal von seinem Werk, und wir werden ihn nicht wiedersehen. Sein Volk, das er in den Krieg geführt hat, will sich nicht in seinen Frieden führen lassen. Im Völkerbund fehlen die beiden

Nationen, zu denen er, die funkelnden Punkte in der Hand, gewaltig und feierlich, berechnend und zielbewußt gesprochen hatte. Welche Niederlage! Welche Vergeltung! Mühselig und zwecklos durchstreift er Amerika, um seine Scharen zurückzugewinnen. In den Pakt hatte er triumphierend die Bestimmung aufnehmen lassen, daß „die erste Tagung der Bundesversammlung und die erste Tagung des Rates durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten einberufen werden“. Er beruft den Rat ein, aber Rat auf Rat tagt ohne ihn. Als die Stunde der ersten Völkerbundversammlung herannaht, muß er sie ebenfalls einberufen, aber er darf nicht an ihr teilnehmen. Er ist der Besiegteste unter den Besiegten. Er ist der große Beschädigte dieses Krieges. Er verliert sein Herrscheramt, bricht zusammen, stirbt wenige Jahre nach seinem großen Triumph, und nur ab und zu wird in den Nationenversammlungen sein Name ertönen und sein Schatten umgehen. In der ersten Reihe der Diplomatenloge, schwarz gekleidet und regungslos, sitzt seine Witwe und blickt in das fremde Getümmel hinunter.

Wo ist Clemenceau, sein Bezwinger, der Bezwinger des Bundes? Das französische Volk, das an der Spitze der Welt marschiert, ließ den Mann, der seine Gefühle und Nöte am Kriegsende verkörperte, schalten und walten wie er es wollte. Aus tiefster Mutlosigkeit hatte er es zum Siegestaumel emporgeführt. In dem Augenblick aber, in dem sein Werk vollendet ist und die Nation wieder in ihren Grenzen frei atmen möchte, will sie es nicht zulassen, daß der Führer der Kriegszeit seine Hände zu der höchsten Macht im Friedensstaate erhebt. Sie verläßt ihn, wie Amerika Wilson verläßt, mit einer gleichmütigen Ruhe, die selbst seine deutschen Gegner als Undankbarkeit empfinden. Aber was hilft es der Welt, daß Frankreich im eigenen Hause nicht mehr die Tyrannei will, die es vor dem Feinde brauchte und mürrisch ertrug? Draußen läßt es das barbarische Gesetz weiter bestehen, draußen soll in Vertrag und Pakt die Tyrannei weiterherrschen, lange Jahre hin-

durch, unerbittlich und eisern, und Clemenceaus französischer Gegenspieler, Aristide Briand, wird erst spät und vorsichtig dargehen, die Machtsicherungen, ohne sie zu lockern, durch moralische Sicherungen zu ergänzen. Aber niemals wird die Angst weichen. Wohin wir blicken, werden wir ihr nervöses Gesicht entdecken. Mitten im Frieden wird sie hinter dem Sitz eines jeden französischen Völkerbunddelegierten kauern und finster darüber wachen, daß der tote Clemenceau Herr bleibt über den toten Wilson.

Wo sind die deutschen Vorkämpfer des Bundes? Matthias Erzberger, der in letzter Stunde Deutschlands Stimme in die Aussprache über den Völkerbund mengte, dann aber die Waffenstillstandsbedingungen unterschreibt, um schließlich die Nationalversammlung in Weimar zur Annahme des Friedensvertrages zu überreden? Er fällt von der Mörderhand nationalistisch erregter Landsleute. Professor Schücking, der mit seinem ausgezeichneten Völkerbundplan abgewiesen wurde? Im Reiche der Wissenschaft sucht er Trost und schreibt sofort gemeinsam mit dem pazifistischen Lobredner des trefflichen Planes, dem Dr. Wehberg, den ersten großen juristischen Kommentar zum Völkerbundpakt der anderen. Das wird ein gutes, gründliches, deutsches Werk, das durch kein Ultimatum verhindert werden kann.

VII DAS PAPIER

Der Völkerbund ist ins Leben getreten.

Es gibt einen Völkerbund. So wenigstens nennen die Deutschen und andere Germanen die Gründung, indem sie ihr gutmütig die Bezeichnung schenken, die der tiefsinnige Kant für den erträumten Staatenbund wählte. Nationengesellschaft sagen die Franzosen, und Nationenliga die Angelsachsen.

Es gibt einen Völkerbund! Vorläufig steht er auf dem Papier. Es gibt ein Völkerbundpapier, und es schwankt in unsern Händen, da wir durch die europäische Landschaft sausen, irgendwo in der Nähe von Paris, irgendwo am Rhein, irgendwo im Norden Italiens, irgendwo in den Gegenden, deren Namen zu der Geschichte des Papiers gehören. Wir blicken hinaus und wieder auf das Papier. Es ist englisch und französisch geschrieben, und es gibt von ihm ebensoviel Übersetzungen, wie es von Diplomaten gesprochene Sprachen gibt, aber bei weitem nicht so viel wie von der Bibel und von Andersens Märchen. Und auch das Papier führt prächtige Namen. Auf englisch heißt es, fromm wie Wilson es wünschte, „Covenant“, auf französisch nennt man es pathetisch den „Pacte“ und auf deutsch sachlich und feierlich die „Satzung“. In allen Sprachen jedoch hat es noch einen anderen Namen, der sein wahrer Name ist: „Erstes Kapitel des Vertrages von Versailles“, „Erstes Kapitel des Vertrages von Trianon“, „Erstes Kapitel

des Vertrages von St. Germain“ und eine Zeitlang auch, solange die Türken es sich gefallen ließen, „Erstes Kapitel des Vertrages von Sèvres“.

Liegt es an dieser zweiten ärgerlichen Benennung, daß der fromme Covenant, der pathetische Pacte, die feierliche Satzung uns so wenig fromm, pathetisch und feierlich anmutet? Nicht an dem Titel, aber sicher an der Gesinnung, die dieser Titel verrät. Erinnert ihr euch, wie schwungvoll der schöne Gedanke angekündigt wurde, den das Papier verwirklichen will? Alle unsere ehrwürdigen Propheten schwelgten in klingenden Sätzen und prachtvollen Worten, und auch Professor Wilson wurde zum Dichter und erfand Bilder, die unsere Phantasie entzündeten, formulierte Argumente, die unsern Verstand trunken machten. Und dennoch: Wie langweilig, talentlos langweilig ist dieses Papier, das am Ende steht all der jahrhundertelangen Stilübungen und Verzückungen. Alles, was einige Vorentwürfe an Poesie enthalten mochten, saugt die kurze Präambel in sich auf. Aber auch sie ist schwunglos und kommt trotz einiger eindrucksvoll formulierter Sätze nicht über professorale Würde hinaus. Hinter ihr sieht man noch den erhobenen Finger des Magisters der Menschheit, der den Völkern Lehren erteilt, aber man hört keine Stimme, die aus dem Herzen kommt. Kein großer Akkord geht durch das Gesetz des neuen Bundes. Die sechszwanzig Artikel, die der literarischen Bemühung der Präambel folgen — doppelt so viel, als der abergläubige Präsident ursprünglich gewünscht hatte —, atmen bürokratische Nüchternheit, sind nicht anschaulicher stilisiert als die Verordnungen, die wir in den Eisenbahnzügen oder Untergrundbahnen lesen, teilen im Tone einer Verwaltungsbehörde mit, welche Organe geschaffen worden sind, welche Befugnisse sie haben sollen, welche Verfahrenswege ihnen offenstehen, ohne ihre Neuartigkeit, ihre Bedeutung, ihren tieferen Sinn herauszuarbeiten, ohne ihnen Leben zu verleihen, und all dies untermischt mit den

leidenschaftslosen Einzelheiten, wie sie jede Vereinssatzungen enthält, über Aufnahme und Austritt, Ausschluß und Mitgliedsbeiträge. Nicht ein einziges Mal denken die Väter des neuen Gesetzes daran, daß, wenn es leben soll, es nicht nur von den Rechtsanwältinnen und Richtern, sondern auch von den Völkern gelesen werden muß.

War es unmöglich, eine Sprache zu finden, die in die Herzen greift und die Phantasie erfüllt? War es den klugen Männern, die das Papier hergestellt und genehmigt haben, verboten, Begeisterung zu empfinden und Begeisterung zu wecken, zumindest über ihre Paragraphen etwas von jenem Pathos zu schütten, das sie so freigebig in den erläuternden Reden, die dem Papier vorangingen und die dem Papier folgten, über die Welt ergossen hatten? Ach! Das Papier konnte, selbst wenn sie sich etwas mehr Mühe gegeben hätten, nicht viel schöner werden, als es ist. Es war nicht das Werk der Völker, es war das Werk von Diplomaten und Politikern, die es sich bewußt versagten, versagen mußten, Gedanken zu verkünden, Gefühle zu erwecken, die in die Form schöner Worte fließen konnten. Wer auf die erhabenen Grundsätze verzichtete, konnte keine blendenden Formulierungen finden. Hätte man die Gleichheit der Nationen, der großen wie der kleinen, anerkannt und proklamiert, so wäre von selbst ein großartiger Schwung in die Satzung gekommen. Hätte man der Welt mitgeteilt, daß die Gründung des Völkerbundes gleichbedeutend ist mit der Versöhnung unter den Gegnern, die soeben einander noch blutig bekämpft hatten, und den Leitsatz aufgestellt, daß es künftig keine Sieger und Besiegte mehr geben solle, so wäre ohne Mühe ein herrliches Prosastück zustande gekommen, das sich in den Schulbüchern sehen lassen konnte. Hätte die Pariser Friedenskonferenz sich für die sofortige Abrüstung aller Staaten entschieden, welches Leben und welche Größe wäre allein durch einen solchen Programmpunkt in den ganzen Text übergegangen! Hätte man eine neue Gesinnung in die Herzen der Menschen gegossen, so wäre ohne künstliche

Schönrednerei ein Dokument entstanden, das, wie die Erklärung der Menschenrechte der großen Revolution, in das Bewußtsein der Nationen eindringen konnte, und es hätte mehr für die Propaganda des Völkerbundes getan als die zahllosen Communiqués und Broschüren, die Wilsons blasse Erben nun Tag für Tag in eine gleichgültige und gelangweilte Welt hinausschleudern werden, um zu ersetzen oder vorzutäuschen, was in der Gründungstunde versäumt worden war.

Weil die Gedanken, die für ihre Schönheit unentbehrlich sind, ungesagt bleiben, kann die Satzung des Bundes nicht begeisternd wirken. Stößt sie trotzdem den unvorbereiteten Leser nicht von vornherein ab, langweilt sie ihn nur, so dankt sie auch diese günstige Wirkung ihrer Verschwiegenheit. Denn wie sie die schönen Versprechungen verschweigt, weil sie von ihnen nichts wissen will, so schweigt sie auch über manche bösen Tatsachen, die sich nebenan in den Artikeln des Friedensvertrages breitmachen, aber ebenso wie die Satzungsartikel in den Bereich des Völkerbundes gehören und einigen seiner Bestimmungen erst ihren vollen Sinn geben. Wollte man die öffentliche Meinung ehrlich unterrichten, so dürfte kein Exemplar der Völkerbundsatzung verbreitet werden, in dem nicht neben den zweimal dreizehn Artikeln auch die vielen zu ihnen gehörigen Klauseln der Verträge abgedruckt sind. Die herkömmliche Völkerbundpropaganda lebt davon, daß sie uns in den Eingangsstraßen der neuen Welt vorsichtig spazierenführt und die hemmenden Mauern hinter Lorbeerbäumen und Fahnenbündeln versteckt. Vielleicht beruht alle Lebensmöglichkeit in diesem Völkerbunde darauf, daß es solche trügerischen Vorplätze angeblich freier Bewegung gibt, in denen man sich eine Zeitlang tummeln kann. Die Zukunft aber hängt davon ab, ob man darauf verzichten will, sich im Kreise zu drehen, und ob es mit Vernunft und Mut gelingen wird, die trügerischen Dekorationen wegzuräumen, die Wand zu erkennen und den

Durchbruch zu beginnen, ohne den kein Weiterbauen denkbar ist.

Durchblättern wir den Pakt, nicht listig, um einen Vorteil für uns oder einen Nachteil für die anderen zu erlangen, nicht gelehrt, um eine juristische Auslegung oder Erkenntnis zu gewinnen, sondern harmlos und sehnstüchtig, um den Frieden zu suchen, so wollen wir dreierlei in ihm finden: eine Gesinnung, die das Friedensgefühl unter den Nationen schafft, eine Organisation, die den Friedenszustand unter ihnen sichert, eine Methode, die den Bruch des Friedens verhindert: Grundsätze des Bundes, einen Apparat, ein Programm. In der endgültigen Fassung der Pariser Völkerbundsatzung sehen wir diese drei Gebiete zuweilen durcheinanderlaufen, weder durch Überschriften, noch durch sinngemäße Gruppierung voneinander geschieden. Der grundsätzliche Teil ist im wesentlichen in der Präambel zusammengedrängt. In einem atemraubenden Satz teilt sie mit, daß die „Hohen vertragsschließenden Teile“ — also die Regierungen, die miteinander die Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon und von Neuilly abgeschlossen haben, die Sieger des Weltkrieges und mit ihnen die Besiegten — „diese Satzung des Völkerbundes annehmen“, — was für die Besiegten heißt: annehmen *mußten*. Sie nehmen den Pakt an, „um die internationale Zusammenarbeit zu entwickeln und den internationalen Frieden und die Sicherheit zu vollenden“, — oder „zu garantieren“, wie die französische Fassung lautet, — die ohne endgültige Nachprüfung auf Grund des englischen Verhandlungstextes hergestellt wurde, aber ebenso authentisch ist wie das englische Original. Zu „vollenden“, zu „garantieren“. Wodurch? Die Präambel zählt auf: „durch die Annahme von Verpflichtungen, nicht zum Kriege zu schreiten — „gewisser“ Verpflichtungen, sagt die französische Fassung —, „durch die Herstellung offener, gerechter und ehrenhafter Beziehungen zwischen den Nationen, — durch die feste Errichtung einer Vor-

schrift des internationalen Rechts als die nunmehrige Regel für das Verhalten der Regierungen und durch die Herrschaft der Gerechtigkeit und die gewissenhafte Achtung aller vertraglichen Verpflichtungen in den Beziehungen unter den organisierten Völkern“. Zwei klare Gedanken glänzen in diesem dumpfen Satze: die Annahme von Verpflichtungen, *nicht zum Kriege zu schreiten*, — die Forderung *nach offenen Beziehungen unter den Völkern*. Aber sie verblassen schnell in den Anspielungen auf die Friedensverträge.

Kaum aber sind wir aus der zielsetzenden Einleitung heraus, so werden wir in das Vereinsstatut und gleichzeitig fühlbarer in die Erinnerung an Krieg und Sieg gestürzt. Wer ist Mitglied des Völkerbundes? Die Sieger! oder wie Artikel 1 es schamhaft faßt: „Ursprüngliche Mitglieder sind diejenigen Signatarstaaten, deren Namen in der Anlage zu diesem Pakte stehen“, d. h. die Signatarstaaten der Friedensverträge mit Ausnahme der Besiegten, die also einmal zwangsweise Mitbegründer sein müssen, dann aber wieder zwangsweise ausgeschlossen bleiben. Und zu diesen ursprünglichen Mitgliedstaaten gehören nicht nur das „Britische Reich“, sondern auch einzeln die „Dominions“, die bereits diesem Reiche angehören. Wer ist noch Mitglied? Eine Reihe von Neutralen, oder wie der Artikel 1 sich mit erneuter Schüchternheit ausdrückt, die „ebenfalls in der Anlage angeführten Staaten, die vorbehaltlos dem gegenwärtigen Pakte innerhalb von zwei Monaten zustimmen“. Unter diesen Staaten fehlt jedoch der frühere Verbündete der Entente, Rußland, es fehlen die an der russischen Grenze entstandenen Randstaaten mit Ausnahme Polens, das bereits in der Siegerliste angeführt ist; es fehlen auch Staaten, die aus selbstsüchtigen Gründen — wie Mexiko — nicht allen Großmächten erwünscht sind. Mit zwei Gruppen von Mitgliedern also geht der Bund der Zukunft entgegen: den „ursprünglichen“, d. h. den Siegern, und den „eingeladenen“, d. h. den meisten Neutralen.

Abseits am Wege steht die Gruppe der ausgeschlossenen Staaten: der besiegten und der noch verdächtigen und zweifelhaften, die aufgenommen werden können, wenn sie „Staaten, Dominions oder Kolonien sind, die sich frei regieren“, und wenn ihre Zulassung von zwei Dritteln der Mitglieder beschlossen wird, also zunächst von den Siegern, ohne die keine Zweidrittelmehrheit zustande kommen kann. Auch müssen die Ausgeschlossenen eine Reihe von Bedingungen erfüllen, die von den ursprünglichen und eingeladenen Mitgliedern nicht verlangt wurden, nämlich „wirksame Garantien für ihre aufrichtige Absicht bieten, ihre internationalen Verpflichtungen und die Regeln innezuhalten, die der Völkerbund in bezug auf ihre Streitkräfte und Rüstungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft aufstellen wird“.

Das sind die grundlegenden Bestimmungen, die den Völkerbund praktisch errichten. Sie tragen den Krieg in den Frieden hinein, sie teilen die neue Welt in Sieger und Besiegte. Zwar werden jahrelang die Väter des Bundes, wenn die aus Versailles enttäuscht heimgekehrten Deutschen ihn mit feindseligem Mißtrauen verfolgen, entrüstet ableugnen, daß ihr Werk nur ein Denkmal des Sieges sei, und oft werden die Neutralen verlegen diese Entrüstung unterstützen und die Anklage der Unterlegenen und Betrogenen mit dem Hinweis auf die neutrale Erweiterung des Siegerbundes entkräften. Aber der Artikel 1 bleibt eingemeißelt am Sockel des Friedensdenkmals. Und selbst wenn eines Tages die Besiegten dem Bunde beigetreten sind und die amtlichen Propagandisten die wachsende Universalität des Bundes rühmen, wird der Pakt weiter daran mahnen, wer in ihm zu Hause war und wer erst an die Türe klopfen und ein Examen ablegen mußte. Mit jedem Exemplar der Satzung wird man diese Erinnerung inmitten der völkerbundlichen Aufklärungsliteratur in die Hände der deutschen, österreichischen und ungarischen Studenten und Schulkinder legen

und sich trotzdem darüber wundern, daß ihnen der Bund nicht ans Herz wachsen will.

Nachdem Artikel 1 ausdrücklich festgestellt hat, daß der Völkerbund sich nicht von vornherein auf dem Grundsatz der Universalität aufbaut, kündigt er am Schluß in einem bescheidenen Satz an, daß er sich auch nicht zu dem Grundsatz einer ewigen Dauer bekennt. „Jedes Mitglied“, so sagt er, „kann sich nach zweijähriger Kündigung aus dem Bunde zurückziehen, vorausgesetzt, daß es bis dahin seine internationalen und die aus dem Pakt erwachsenen Verpflichtungen erfüllt hat“. Damit wird das Recht zur Rückkehr in den gesetzlosen Zustand vor dem Weltkrieg offengelassen. Wenn drei, vier, fünf Mitglieder, wenn die Mehrheit der Mitgliedstaaten, wenn sie alle kündigen und austreten, was dann? Wir erhalten keine Antwort auf diese Frage. Artikel 1 schafft ein Vereinsstatut, aber nicht die ewige Nationengemeinschaft. Auflösung und Zerstörung stehen in der Satzung. Die Völkergesellschaft ist weder als unbedingt universal, noch als dauernd gedacht. Wem dient diese Beschränkung? Liegt sie im Interesse der Entwicklung des Bundes und seiner Wirksamkeit? Die Mächte, die den Bund gegründet haben, behielten sich selbst die Kontrolle darüber vor, wie er aussehen und wie lange er leben soll. An dem Tage, an dem Frankreich und England eine Note von zwei Zeilen schreiben, die den Anforderungen des letzten Absatzes des Artikels 1 entspricht, wird, wie stark auch in allen andern Ländern der Welt der Wille nach einem den Frieden erhaltenden Nationenbund sein mag, die dünne erste Form des alten Ideals wieder in tausend Stücke zerbrechen.

Aber ob ewig, ob vorübergehend, ein Wille zu gemeinsamem Handeln ist zunächst gegeben. Wie soll er sich gestalten und Ausdruck finden?

Die Artikel 2 bis 7 geben diesem Willen seine Organe.

Artikel 2 sagt: „Die Aktion des Völkerbundes wird im Rah-

men dieses Paktes durch den Apparat einer Versammlung und eines Rates mit Hilfe eines ständigen Sekretariates ausgeübt.“ Einer „Versammlung“ oder „Körperschaft der Nationen“, wie es noch in der ersten, weniger poetischen Fassung des Pariser Völkerbundausschusses nur hieß! In dem Augenblick, in dem wir das Wort „Versammlung“ lesen, spüren wir, daß wir nach der peinlichen Irrfahrt durch die Kriegserinnerungen des Artikels 1 auf einen ersten großen und schönen Gedanken stoßen und fühlen ihn beseelt von den Verheißungen, die von Beginn des Völkerbundtraumes an im Mittelpunkt aller Organisationspläne standen. Es ist *das* Wort des Völkerbundpaktes, das Wort, das wirklich am Anfang steht und dem schlecht geformten Körper eine Seele einflößen könnte. Es bringt uns das berühmte „Konzil“, den „Kongreß“, die „Staatenversammlung“, den universellen „Reichstag“, den viele Jahrhunderte hindurch die Schwärmer verlangt hatten. Die Versammlung, die, wie Artikel 3 bestimmt, „in regelmäßigen Zeitabschnitten“ und außerdem bei besonderen Gelegenheiten zusammentritt, in die jeder Mitgliedstaat drei Delegierte mit einer gemeinsamen Stimme entsenden darf, die alle Fragen behandeln kann, „die in das Tätigkeitsgebiet des Völkerbundes fallen oder den Weltfrieden berühren“, die aber natürlich erst die Versammlung sein wird, wenn der Bund universell und sie selbst nicht mehr eine durch Neutrale ergänzte Fortsetzung der Pariser Friedenskonferenz ist. Sie ist das moralische Kernstück des Völkerbundes, und sie kann der Völkerbund werden. Aber schon steht neben ihr, über ihr, der „Rat“, von dem die ersten Pläne Wilsons nichts wußten, der sich erst in Paris in den Pakt einfügte, ihn und den ganzen Bund von Grund auf verwandelt, das eigentliche ausführende Organ des Bundes, der „Exekutivrat“, wie es in den ersten Fassungen hieß, der praktisch bis zum heutigen Tage der Völkerbund überhaupt sein wird.

Was heißt das: „Rat des Völkerbundes“? Ist er ein Ausschuß

der Versammlung, von ihr gewählt, ihr verantwortlich, damit ihr Organ und das Organ der gesamten Staatengemeinschaft? Er entspringt nicht dem Gedanken der Völkersolidarität, sondern dem ihr feindlichen und fremden, ihr entgegengesetzten, sie zerstörenden Gedanken des Konzertes der Großmächte. Er hat nichts zu tun mit der Welt des Völkerbundes, sondern ist der unmittelbare Ausdruck der alten Machtpolitik. Seine Wurzeln ruhen nicht in der Tiefe des Bundes, sondern er ist ihm von außen her aufgefropft worden, und da in ihm alle Macht liegt, wird er der Bund. Er ist weniger ein Organ des Völkerbundes als ein Organ zur Kontrolle und Bekämpfung des Völkerbundes, dessen tiefer Sinn es ja immer war, die Vorherrschaft einiger Mächte durch die harmonische Zusammenarbeit aller Staaten zu ersetzen. Er führt, als wichtigstes verfassungsmäßiges Organ der neuen Staatengemeinschaft, den Gedanken der größeren Rechte, die der größeren Macht entspringen, in das Völkerrecht ein. Er macht einen historisch gewordenen Zustand, den das Recht und die Moral nicht ohne weiteres anerkennen, zum Grundsatz der neuen Ordnung. Ja, ursprünglich war es sogar die Absicht der verbündeten siegreichen Großmächte, den Rat ausschließlich in ihrer Hand zu behalten, als Organ der Vereinigten Staaten von Amerika, von Frankreich, England, Italien und Japan. Lord Robert Cecil, der bereits in der ersten Völkerbundversammlung die Rolle des demokratischen Völkerbundapostels spielen und die kleinen Staaten um sich scharen möchte, war einer der Väter dieser den Völkerbundgedanken zerstörenden Machtidee. In seinem Plane vom 14. Januar 1919 sah er eine „Konferenz“ mit zwei Körperschaften vor, von denen die eine, die der Völkerbundversammlung entsprach, nur alle vier Jahre zusammentreten, die andere alljährlich tagen, aber nur aus den verbündeten Großmächten und aus anderen Staaten, die von diesen als Großmächte anerkannt würden, bestehen sollte. Mehr der unermüdlichen Hartnäckigkeit der kleinen Mitglied-

staaten als der vergessenen Formel des amerikanischen Präsidenten von der Gleichberechtigung der Großen und Kleinen ist es zu danken, daß neben den ständig dem Rate angehörenden großen Siegermächten einige „nichtständige“ Ratsmitglieder aufgenommen wurden. Artikel 4 des Paktes erklärt: „Der Rat besteht aus den Vertretern der *alliierten und assoziierten Hauptmächte* — wobei in das Grundgesetz der neuen Nationengemeinschaft zwei Begriffe des Krieges, „alliierte und assoziierte“ Mächte und „Hauptmächte“, ohne weiteres eingeführt werden — und aus „vier anderen Mitgliedern des Bundes, die von der Versammlung an von ihr festzusetzenden Zeiten gewählt werden.“ Zwar wird das zuerst als konstitutionell gedachte Übergewicht der ständigen über die nichtständigen Ratsmächte durch die Abkehr der Vereinigten Staaten, dann im Laufe der Jahre durch die Vermehrung der nichtständigen Mitglieder gebrochen. Vorläufig aber herrschen noch die verbündeten Großmächte, die der kleinen, überwiegend der Siegergruppe angehörenden nichtständigen Ratsmächtesicher sind, und dürfen auch später sorgenlos weiterregieren, da sie nie abgesetzt werden können, da sie dauernd die Kontrolle in der Hand haben, die den anderen nur vorübergehend zugestanden wird, da nach Artikel 4 jeder Ausbau des Rates von ihrem guten Willen abhängt, weil nur durch einstimmigen Beschluß der Ratsmitglieder, gemeinsam mit dem Mehrheitsbeschluß der Versammlung, neue ständige oder nichtständige Sitze im Rate geschaffen werden können.

Allerdings wäre es denkbar, daß der von den Gründern zunächst nicht vorgesehene Zustrom gewählter Ratsmitglieder das Wesen des Rates und damit des ganzen Bundes wandelt. Und tatsächlich wird die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder eine Zeitlang äußerlich der wichtigste souveräne Akt der Versammlung werden, die damit vorsichtig in das Gefüge des Rates eindringt und eine leichte Wechselbeziehung zwischen beiden Organen und

Möglichkeiten der Einwirkung der Versammlung auf die Beschlüsse des Rates schafft. Ebenso könnte dadurch, daß Artikel 4 jedem Bundesmitglied bei der Behandlung von Fragen, die seine besonderen Interessen berühren, den Zutritt zum Ratstisch mit den Rechten eines Ratsmitgliedes gewährt, das gewaltige Übergewicht der Großmächte etwas gemildert werden. Aber es wird sich bald zeigen, daß, wer in einer Organisation die Macht besitzt, und zwar nicht nur auf Grund einer Satzung, sondern eben auf Grund seiner Macht, kaum die Erschütterung seiner Herrschaft zu befürchten braucht. Vor allem aber erhält die dauernde Vorherrschaft, die in böser Verletzung eines der wichtigsten Grundsätze Wilsons den Großmächten gesichert wurde, ihre Bedeutung durch die Vorherrschaft der Befugnisse des Rates über die Befugnisse der Versammlung. Wäre der Rat nur gedacht gewesen als ein bremsendes Organ, das zur Vorsicht mahnt und an die Wirklichkeit der geschichtlichen Machtverhältnisse in der Welt erinnert, hätte er nur die Befugnisse, die in einigen Landesverfassungen ein Senat dem Parlament gegenüber besitzt, so wäre diese Art von Zweikammersystem als Übergangseinrichtung in dem Sinne verständlich geworden, daß die mit der tatsächlichen Gewalt ausgestatteten Staaten ihre Überlegenheit der Allgemeinheit eine Zeitlang zur Verfügung stellen. Aber die wichtigsten Artikel des Paktes und viele Artikel der Friedensverträge weisen die ausübende Macht im Völkerbunde ausschließlich dem Rate zu. Er beherrscht die Organisation. In seiner Hand liegen die wesentlichen Mittel zur Beilegung der internationalen Konflikte. Er vollbringt unter dem Namen des Völkerbundes fast alle Aktionen, um deretwillen der Staatenverein gegründet oder mit denen er von außen her betraut wurde. So wird zwar das Wort Völkerbund trotz aller Enttäuschungen allmählich in die Masse dringen, aber hinter ihm versteckt sich einfach eine Gruppe von Großmächten, die abwechselnd kleinere Staaten zu ihren Beratungen hinzuziehen und deren

Tätigkeit von einem Kongreß zahlreicher Mächte, in dem sie selbst sitzen und den sie mit ihrem Prestige blenden, weniger kontrolliert als sanktioniert wird. So behalten die Großmächte nicht nur die Macht, die sie vor dem Kriege innehatten, sondern steigern sie, da sie sich nunmehr regelmäßig in eine Fülle von internationalen Fragen einmischen können, die sie früher nie so offen und so zielbewußt bearbeiten durften, und da sie unter dem Namen des Völkerbundes, mit seinem Apparat und seiner Verantwortung, Schritte unternehmen können, die sie mit ihrem eigenen Namen, ihrem eigenen Apparat und ihrer eigenen Verantwortung nicht so gern oder nicht so bequem ausführen würden. Anstatt sie zu schwächen, stärkt die Gründung des Völkerbundes die Macht der herrschenden Staaten und verleiht ihr mit einem Rechtstitel gleichzeitig eine erwünschte und nützliche Maske. Hält man sich nur an die Artikel 3 und 4 der Satzung, so kann es allerdings den Anschein haben, als wären Rat und Versammlung einander gleichgeordnete Organe, und vertieft man sich in die Beratungen des Pariser Völkerbundausschusses, so stellt man fest, daß die Möglichkeit einer späteren Entwicklung der einzelnen Zuständigkeitsbereiche und ihrer Beziehungen untereinander der Zukunft vorbehalten bleiben sollte. Aber was hilft es, daß nach Artikel 3 die Versammlung sich mit allen Fragen beschäftigen kann, die in das Tätigkeitsgebiet des Völkerbundes fallen oder den Weltfrieden berühren, und Artikel 4 keine andere Wendung gebraucht, um die Befugnisse des Rates zu kennzeichnen, wenn gleichzeitig die anderen Artikel des Paktes und die Bestimmungen der Friedensverträge gemeinsam mit den wirklichen Machtverhältnissen das Schwergewicht der Völkerbundtätigkeit auf den Rat verlegen und von vornherein die späteren Entwicklungsmöglichkeiten im Sinne einer Erhaltung dieses Schwergewichtes kanalisieren? Rein äußerlich wird sich dieses Verhältnis in der Tatsache ausdrücken, daß die Versammlung nur einmal jährlich zu-

sammentritt, obgleich sie das Recht hat, viel häufiger zu tagen, daß sie im Verlaufe von zwölf Jahren nur eine einzige außerordentliche Tagung abhält, der Rat aber viermal jährlich zu ordentlichen Sitzungen und sehr häufig zu außerordentlichen Beratungen zusammentrifft. Am Ende des Jahres 1931 werden wir dreizehn Versammlungstagungen und fünfundsechzig Ratstagungen zählen...

Aber kann es überhaupt genügen, Organe der Nationengesellschaft zu schaffen und ihnen bestimmte Befugnisse zu überweisen, um eine gemeinsame organisierte Tätigkeit der Regierungen sicherzustellen? Über Sinn und Tragweite der Zusammenarbeit muß die Fähigkeit der neuen Organe entscheiden, Beschlüsse zu fassen, und der Grad dieser Fähigkeit muß davon abhängen, ob der Gedanke der internationalen Beschlußfassung tatsächlich in das Bewußtsein der Regierungen übergehen und dadurch jener immer stärker werdende Willensausdruck der organisierten Staatengemeinschaft angebahnt wird, der das Wesen eines Völkerbundes ist. Darum gibt es kaum schicksalschwerere Worte im Pakt als den Satz des Artikels 5, der Triebkraft, Tempo und Rhythmus der Bundestätigkeit regelt: „Falls dieser Pakt oder die Bestimmungen dieses Vertrages“ — gemeint ist der Friedensvertrag — „nicht ausdrücklich anderes verfügen, erfordern die Beschlüsse der Versammlung oder des Rates die Zustimmung aller bei der Sitzung anwesenden Völkerbundmitglieder.“ Damit wird — abgesehen von Geschäftsordnungs- und Prozedurfragen, die Artikel 5 ausnimmt, weil sonst die Organe überhaupt nicht arbeitsfähig wären — der Grundsatz der Einstimmigkeit, über dessen Wesen und Anwendung die Völkerrechtsgelehrten und Diplomaten sich unaufhörlich den Kopf zerbrechen werden, an die Spitze der neuen internationalen Arbeitsgemeinschaft gestellt. Damit wird laut und vernehmlich ausgesprochen, daß der Nationenverein kein „Überstaat“ ist und daß er die Souveränität der einzelnen Staaten

nicht antastet, aber gleichzeitig jedem Mitglied jenes gefährliche Vetorecht gegeben, das den Bund zu einer ungemein schwerfälligen und langsam arbeitenden Maschine machen, zu langweiliger und enttäuschender Kompromißarbeit verurteilen kann. Zwar mag dieser Grundsatz auf den ersten Blick den Eindruck erwecken, als ob er gerade die Selbständigkeit der kleinen Staaten retten will. Aber schnell wird sich herausstellen, daß er praktisch ihren ohnehin durch das Bestehen des Rates verkümmerten Einfluß weiter verhängnisvoll bedroht. Denn mit dem Vetorecht wird der mächtige Staat leichter operieren als der kleine, auf dem der Druck der Mehrheit unendlich schwerer lastet. Außerdem aber macht es gerade oft die vielköpfige Völkerbundversammlung arbeitsunfähig und in ihr die Kleinstaaten einflußlos, die hier über die Mehrheit verfügen könnten, durch Mehrheitsbeschlüsse sich und der Völkerbundversammlung zu wachsender Macht im Gefüge des Gesamtbundes dem Rat gegenüber verhelfen möchten. Die Ausnahmen von der Einstimmigkeitsklausel verändern das Verhältnis zwischen Versammlung und Rat, Großmächten und kleineren Staaten kaum. Wird die Versammlung dadurch begünstigt, daß sie für die Aufnahme neuer Völkerbundmitglieder und die Wahl der nichtständigen Ratsmächte der Einstimmigkeit nicht bedarf, so hilft ihr solche größere Beweglichkeit nichts in anderen wichtigen Fällen, in denen die Mehrheit der Bundesmitglieder durch das Veto einer Ratsmacht umgeworfen werden kann. Manche von den Ausnahmen wieder, die in den Friedensverträgen bei Ratsbeschlüssen vorgesehen sind, begünstigen einfach die Siegermächte, deren Interessen gegen das Veto eines Ratsmitgliedes gesichert werden. Umgekehrt aber wird in denselben Friedensverträgen ausdrücklich die Einstimmigkeit dort aufrechterhalten, wo die Sieger das Vetorecht brauchen: eine etwaige Entscheidung über den Anschluß Österreichs an Deutschland muß einstimmig getroffen werden, wodurch für alle Ewigkeit ein ein-

ziger Siegerstaat die Entscheidung über diesen Akt des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in der Hand behält und praktisch die betreffenden Artikel der Verträge von Versailles und St. Germain wertlos gemacht werden, wenn sie natürlich auch ihre grundsätzliche Bedeutung behalten und den Deutschen und Deutschösterreichern vertraglich das Recht zur propagandistischen und diplomatischen Werbearbeit für den Anschlußgedanken belassen.

Gäbe es nur diesen Rat und nur diese Versammlung, was gäbe es dann anderes als zeitweilige Konferenzen mit großen Zwischenräumen, lose Reigentänze am Rande der Politik, die über die Bühne ziehen und dann wieder verschwinden? Eine Einheit mußte ihnen gegeben werden, und so errichtet, getreu nach dem Vorbild vieler älterer Völkerbundpläne, Artikel 2 neben Rat und Versammlung ein „ständiges Sekretariat“, das, wie Artikel 6 erläutert, einem Generalsekretär untersteht, der vom Rat ernannt wird und mit Zustimmung des Rates die anderen Beamten ernennt. Das Wort „ständiges Sekretariat“ ist das zweite große Wort, dem wir auf der Wanderung durch das Pariser Dokument begegnen. Es schenkt der neuen Politik ein ununterbrochen wirkendes Arbeitsorgan, ein Haus für den Völkerbund, eine Verkörperung des Völkerbundgedankens, eine internationale Zentrale, deren bloßes Bestehen dem Bewußtsein der Nationen den Völkerbundgedanken allmählich einprägen kann. Das Sekretariat wird zum Bindeglied zwischen den in der ersten Zeit noch an den verschiedensten Orten der Welt und in großen Zwischenräumen umherwandernden Tagungen des Bundes. Es verhindert, daß sie nur den Eindruck voneinander losgelöster Diplomatenkongresse machen: Es faßt sie zu einer Idee zusammen und wird, obgleich der Rat mit seinen ständigen Großmächten die Verantwortung trägt, nach außen hin der „Völkerbund“ überhaupt. Mehr als die nur einmal jährlich tagende Versammlung und der

häufig in der Welt herumirrende Rat schafft das Bestehen eines Sekretariats die Notwendigkeit des dauernden Bundessitzes, die fast alle Verkünder des Völkerbundgedankens als eine unentbehrliche Voraussetzung seiner Verwirklichung erkannt hatten. Gegen den Willen der Franzosen, die mit den Belgiern nach Brüssel wollten, wählt Wilson das ihm innerlich nahestehende kalvinistische Genf zum Sitze seines Bundes, wobei dem Rate allerdings jederzeit die Verlegung an einen andern Ort freisteht. Wird der Grundsatz eines ständigen Bundessitzes schon ein unschätzbarer Gewinn, so kann die Wahl der Stadt einen weiteren Erfolg bedeuten. Und in der Tat ist das Wort Genf, das der Artikel 7 in die Gründungsakte des Völkerbundpaktes einträgt — „der Bundessitz wird in Genf errichtet“ —, das dritte große Wort des Paktes. Denn war auch Genf im Augenblicke der Gründung fast ebenso belgisch wie Brüssel und fast französischer als Paris, so blieb es doch eine Schweizer Stadt, konnte sich seiner hohen Aufgabe anpassen, in der Pflege des Völkerbundgedankens über seine eigenen Kriegerschütterungen hinweg seine Tradition wiederfinden, die internationaler ist als der Ursprung des Bundes und die es trotz aller Kriegssympathien vier Jahre lang durch das „Rote Kreuz“ und die „Internationale Gefangenenfürsorge“ zu bestätigen suchte. Ermöglicht die erwählte Stadt es dem Bund, zunächst mit seiner Pariser Gesinnung in ihrer frankophilen Atmosphäre heimisch zu werden, so kann sie ihn auch dazu verführen, schneller, als es in Paris oder Brüssel gelungen wäre, Distanz zu den Erinnerungen der kriegerischen Gründungszeit zu gewinnen. Das Wort Genf ist somit das erste internationale Wort des Paktes. Aber es ist gleichzeitig auch das erste Wort, das eine Wirklichkeit enthält. Aus dem Papier tritt plötzlich eine Stadt hervor! Eine Stadt, die wir alle kennen, eine Stadt mit einem See, der sich bewegt, und mit Menschen, die leben! Wir nähern uns dem Ziel.

VIII

„DU SOLLST NICHT . . .“

Wir nähern uns dem Ziel.

Wir haben einen Rat, eine Versammlung, ein Sekretariat. Es ist klar: Jetzt muß die Arbeit beginnen.

Die schlecht gebauten Organe der neuen Gesellschaft können den Aufgaben, die einem Nationenverein gestellt sind, nur in geringem Maße gerecht werden? Aber trotzdem: Die Arbeit muß beginnen. Schließlich hängt alles von der Aufgabe ab. Ist sie richtig erkannt und mutig formuliert, werden sich ihr die Organe früher oder später anpassen.

Längst kennen wir die grundlegende Aufgabe, aus der alle anderen herausfließen sollen. Tausendmal ist sie uns in allen Sprachen gepredigt worden. Sie heißt: Die Aufrichtung des „Ewigen Friedens“. Sie heißt: Die Beseitigung des Mordes im Verkehr unter den Nationen. „Du sollst nicht töten“, heißt sie, und deshalb ist der Ruf „Die Waffen nieder!“ nicht die dunkle Marotte einiger Schwärmer, sondern der helle und natürliche Kriegsruf aller Friedenskämpfer. Deshalb erklang er immer wieder auf unserer Fahrt, deshalb verlangten fast alle Verkünder des Neuen Bundes, die uns auf dem mühsamen Wegebegleiteten, die Verminderung der Heere, deshalb wollte der Abbé de Saint-Pierre jedem Land nur 6000 Mann Streitkräfte bewilligen und dozierte Kant: „Stehende Heere sollen mit der Zeit aufhören, denn sie bedrohen andere Staaten unauf-

hörlich mit Krieg durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen.“ Deshalb stellten die Friedensorganisationen und Staatsmänner des neunzehnten und beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts, wenn sie den Friedensgedanken predigten, neben den Traum vom Gerichtshof, der die Macht durch das Recht ersetzt, das Ideal der Abrüstung, die den Mißbrauch der Macht beseitigt. Über die gescheiterten Haager Konferenzen hinweg ging der oft erwürgte, aber immer wieder auflebende Abrüstungsgedanke in alle Friedenserörterungen des Krieges über. Feierlich wurde er von Wilson in den vierten seiner vierzehn Punkte aufgenommen. Kein dauernder Friedenszustand ohne die Abschaffung der stehenden Heere! Die Beschränkung der Wehrmacht eines jeden Landes auf das für seine innere Sicherheit notwendige Maß! So formulierte man fast überall und immer wieder die Forderung nach der Abrüstung. Und glaubten einige Juristen oder Staatsmänner, die Abrüstung ohne eine zwischenstaatliche Organisation herbeiführen zu können, so hielt doch im Zeitalter der großen Armeen niemand eine zwischenstaatliche Organisation für möglich, die nicht von Anfang an die ständige Kriegsbereitschaft beseitigen würde. Rüstung oder Völkerbund: das war die Frage. Wer für das eine war, mußte gegen das andere sein. Der Völkerbund ist der höhere Ersatz für die Rüstung, wie die Rüstung der niedere Ersatz für den Völkerbund ist. Es kann keinen Völkerbund geben, wenn der Besitz der Macht einige Nationen über die anderen stellt. Und in diesem Sinne ist Abrüstung nicht nur Verringerung der Machtmittel eines jeden Staates, sondern Harmonie unter den Machtmitteln aller Staaten. Der Völkerbund ist die Gemeinschaft der Macht.

Wir haben einen Rat, eine Versammlung, ein Sekretariat. Es ist klar: alle diese Instanzen warten darauf, daß auf ihren Tischen die Waffen niedergelegt werden. Zwar sprach die Präambel nur vorsichtig das Mordverbot aus, formulierte überhaupt nicht den Gedanken der Abrüstung. Zielbewußt aber springt der Pakt, nach-

dem er in seinen Artikeln 1 bis 7 die Organe des Bundes errichtet hat, sofort mit den nächsten Artikeln in das Abrüstungsproblem hinein. Ist das nicht eine Hoffnung? Zwar mag es uns stutzig machen, daß er nur wenig Platz für so viel in den Jahrhunderten aufgestapelte Erwartung und Erfahrung übrig hat, daß in zwei Artikeln mit etwa dreißig Zeilen die zahllosen Schriften und Pläne der Denker, die Entschließungen und Sitzungsprotokolle der Vereine und Kongresse zusammenströmen sollen. Aber wird nicht jede Zeile einen um so klareren Sinn, nicht jedes Wort ein um so volleres Gewicht erhalten? Zwei Artikel und dreißig Zeilen: Das kann kein leeres tönernes Gefäß, das wird ein Behälter sein aus reinem Gold, angefüllt mit reinem Wein. Erwartungsvoll halten wir das Papier in der Hand.

Wie aber, wenn wir eine Minute lang, ehe wir es lesen, die Augen schließen und den Versuch machen würden, selbst die schicksalsschweren Artikel auszufüllen? Kann das so schwer sein? Überlegen wir: Ein Völkerbund wird gegründet. Zwei Artikel behandeln die Abrüstung. Was können sie anders verkünden als Wilsons vierten Punkt, um dann festzustellen: „Mit dem Tage des Inkrafttretens des Völkerbundes tritt die Herabsetzung der Rüstungen aller seiner Mitglieder in Kraft.“ Was kann dann anderes folgen als die Festsetzung der Einzelheiten: Richtlinien, nach denen die Herabsetzung der Rüstungen für die einzelnen Länder bestimmt, Methoden, mit deren Hilfe sie schleunigst herbeigeführt, Garantien, mit deren Hilfe ihre Dauer gewährleistet und eine Übertretung des neuen Gesetzes verhindert wird? Sollten die zwei Artikel mit ihren rund dreißig Zeilen nicht für das große Werk ausreichen, so wird man irgendwo eine Anlage finden, in der die allgemeinen Grundsätze praktisch durchgeführt sind. Auf jeden Fall: Sobald wir die letzte Zeile der beiden Abrüstungsartikel gelesen haben, werden wir wissen, daß die Waffen nicht mehr den Ausschlag geben, daß eine neue Zeit hereingebrochen, die Tür

hinter der Vergangenheit zugeschlagen ist und wir von nun an in einem Völkerbund leben.

Wir öffnen die Augen, blicken auf das Papier. Artikel 8 beginnt: „Die Mitglieder des Völkerbundes *erkennen an*, daß die Aufrechterhaltung des Friedens die Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf ein Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und der Durchführung der internationalen Verpflichtungen durch ein gemeinsames Vorgehen vereinbar ist.“ Gut! Aber nur: „Sie erkennen an“? Wir hoffen, in den nächsten Absätzen ein stärkeres Wort zu finden! „Sie erkennen an!“ Das kann nur eine allgemeine Einleitung für genauere Feststellungen sein. Aber das Wort „Mindestmaß“ steht in dem Text, und das klingt besser. Allerdings, welches „Mindestmaß“? „Das mit der nationalen Sicherheit und der Ausführung der internationalen Verpflichtungen durch ein gemeinsames Vorgehen vereinbar ist.“ Was ist nationale Sicherheit? Wir werden stutzig. Wir forschen nach in unseren Erinnerungen. „Nationale“ Sicherheit! Warum „nationale“? Im vierten Punkt Wilsons hieß es „innere Sicherheit“ oder „häusliche Sicherheit“, und damit sollte ausgesprochen werden, daß Rüstungen nur in dem zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung notwendigen Umfange beibehalten werden sollten. Und „innere Sicherheit“ hieß es auch noch in dem letzten Pariser Völkerbundentwurf Wilsons. Erst in letzter Stunde, in den Beratungen des Völkerbundausschusses der Pariser Konferenz, wurde das Wörtchen „innere“ durch das Wörtchen „nationale“ Sicherheit ersetzt. Nur ein Wort wurde geändert, aber welch eine gewaltige Umwälzung des Abrüstungsgedankens vollzogen. Nur eine kleine Verschiebung in einer durch Tradition und internationale Versprechungen längst geheiligten Formel, aber sie erweckt eine Welt, die man schon dem Untergang geweiht glaubte, zu neuem kräftigsten Leben. Von vornherein kann sie den Weg zur Abrüstung verbarrikadieren, das unumstößliche Argument liefern gegen jeden Versuch, die „An-

erkennung“ des Abrüstungsgedankens, die der Artikel 8 proklamiert, schnell und ernsthaft in die Tat umzusetzen. Bittere Kämpfe künden sie an: den Kampf um die Auslegung des tückisch in den Pakt hineingeschmuggelten Begriffes der „nationalen Sicherheit“ und den Kampf um den Grundsatz der Abrüstung selbst! Wir mögen das Papier betrachten und wenden wie wir wollen. Vor der schwerwiegenden Tatsache müssen wir uns beugen. Die zarte „Anerkennung“ ist nicht die Einleitung robuster Abrüstungsbestimmungen, nein, Artikel 8 und 9 selbst sind nur Einleitung einer entfernten Abrüstung.

Jeder weitere Satz wird das bestätigen. Über die künftige Durchführung des Grundsatzes einer Rüstungsbeschränkung verspricht der nächste Absatz des Artikels 8 nur, „daß der Rat, indem er bei jedem Staat der geographischen Lage und den besonderen Umständen Rechnung trägt, die Pläne für eine Herabsetzung zum Zwecke der Prüfung und Entscheidung durch die verschiedenen Regierungen vorbereitet“, daß „diese Pläne mindestens alle zehn Jahre einer neuen Prüfung und“ — hier fügt der französische Text das Wort „gegebenenfalls“ hinzu — „einer Revision zu unterziehen sind“ und daß die Rüstungsgrenze, „nachdem sie von den verschiedenen Regierungen angenommen worden ist, nicht ohne Zustimmung des Rates überschritten werden kann“. Das ist alles! Nach der „nationalen Sicherheit“ noch die „geographische Lage“? Die „besonderen Umstände“? Die „Prüfung durch die verschiedenen Regierungen“? Kleinliche und böartige Worte, die man jedem ernsthaften Versuch, den Abrüstungsgedanken zu verwirklichen, entgegenhalten kann und die so gewählt wurden, daß sie besser gegen als für die Abrüstung zu verwerfen sind. Und geht in den nächsten Zeilen der Artikel 8 des Paktes der ungeheuren Gefahr, die jede Rüstungsindustrie, jedes privatkapitalistische Interesse an der Vorbereitung und am Ausbruch des Krieges für den Frieden

bedeutet, nicht ebenfalls nur mit doppelsinnigen Wendungen zu Leibe? Zwar versichert er, daß solche Industrie „ernsthafte Bedenken hervorruft“, aber er bestimmt nur, daß die „Mitglieder des Völkerbundes den Rat beauftragen, sich mit der Frage zu befassen, wie ihre schlimmen Wirkungen zu vermeiden sind, wobei den Bedürfnissen der Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen ist, welche die für ihre Sicherheit notwendige Munition und Kriegsgeräte nicht herstellen können“. Welch sanfte Sprache! Kein Verbot, keine bindende Maßnahme, um ein Verbot herbeizuführen. Welch zärtliche Sorge um die Munitions- und Waffenfabrikanten der großen Siegerstaaten! Ihre Ausfuhr in die kleinen und neugegründeten Länder der Verbündeten soll unbehindert bleiben.

Es ist klar: Radikal wird die Abrüstungstätigkeit dieses Völkerbundes nicht werden. Aber wird man nicht wenigstens so schnell wie möglich an die beschränkte Beschränkung der Rüstungen herantreten? Wird man nicht, nachdem leider der Völkerbund nicht von vornherein auf der vollendeten Tatsache eines Abrüstungsprogrammes aufgebaut wurde, unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Satzung das notwendige Werk in Angriff nehmen? „Der Rat bereitet die Pläne für eine Herabsetzung der Rüstungen vor.“ Wann tut er das? Innerhalb welcher Frist müssen die Pläne vorliegen? Kein Wort wird darüber gesagt. Was geschieht, wenn der Rat zu lange mit der Abfassung der Pläne zögert? Man verrät es uns nicht. Was erfolgt, wenn er eines Tages mit seinen Plänen fertig ist? Wird er, der so viel Rechte hat, wird die Versammlung, die immerhin für alle Fragen, die den Frieden berühren, zuständig ist, diese Pläne zum Beschluß erheben? Keineswegs. Der Rat bereitet einfach die Pläne vor „zum Zwecke der Prüfung und Entscheidung durch die verschiedenen Regierungen“. Der Regierungen? Ja! Einer jeden einzelnen! Und welche bindende Verpflichtung wird diesen souveränen Regierungen auferlegt? Sie „er-

kennen an“, aber sie verpflichten sich zu nichts: Der Satz: „die Mitglieder des Bundes verpflichten sich“, den der Pakt an anderen Stellen freigebig gebraucht und der an der Spitze des ganzen Artikels 8 stehen müßte, wird plötzlich sorgsam vermieden. Eine Verpflichtung übernimmt eigentlich nur der Völkerbundrat, nämlich die Verpflichtung, so lange die Regierungen nicht mit einer Regelung der Abrüstungsfrage zu belästigen, als sie selbst nicht seine Pläne „geprüft“ und darüber „beschlossen“ haben. Wann aber werden sie prüfen, wann beschließen? Keine Zeile belehrt uns hierüber. Und auch keine Zeile schreibt vor, welche wirksamen Maßnahmen gegen die ausdrücklich anerkannte Gefahr, die Rüstungen für den Frieden bedeuten, in der Zwischenzeit zum Schutze des Friedens ergriffen werden sollen: in der Zeit zwischen dem Inkrafttreten des Abrüstungsartikels und dem Abschluß der Vorbereitungen der Ratspläne, in der Zeit zwischen diesem Abschluß und der Prüfung, in der Zeit zwischen der Prüfung und der Entscheidung durch die Regierungen. Kein Zweifel, man hat es nicht eilig. Aber was kann alles in dieser unbegrenzten Zeit geschehen! Oder hofft man, daß der Völkerbund — durch dessen bloße Existenz die Herabsetzung der Rüstungen allmählich zu einem moralischen Zwang werden könnte — in diesen undefinierten Zwischenzeiten verschwindet? Nur ein Satz streift den Gedanken, daß bis zu dem unbestimmten Zeitpunkt der Abrüstung etwas geschehen muß, und er ist auch der einzige Satz, der eine „Verpflichtung“ schafft. „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, in der offensten und vollständigsten Weise Nachrichten über ihren Rüstungsstand, über ihre Heeresprogramme und über den Stand ihrer für Kriegszwecke benutzbaren Industrien auszutauschen.“ Damit wird der Grundsatz der offenen Diplomatie mit Recht auf jene gefährlichste aller internationalen Beziehungen, die Beziehungen zwischen den Soldaten, Kanonen und Kriegsschiffen der einzelnen Länder, übertragen. Aber bald werden wir sehen, daß

aus dieser Bestimmung nichts anderes entsteht als ein „Militärisches Jahrbuch“, ein dickes, schönes, trefflich gedrucktes und gebundenes Nachschlagebuch, das man im Völkerbundsekretariat auf Grund der amtlichen Angaben der einzelnen Regierungen herstellt und zum Preise von fünfundzwanzig Schweizer Franken kaufen kann. Ihm wird man jahraus, jahrein entnehmen dürfen, daß die übrigen Bestimmungen des Artikels 8 totor Buchstabe geblieben sind und die Rüstungen munter und unbeschränkt fortgesetzt werden, und man wird sich vor allem bei seiner Lektüre bitter darüber belustigen können, daß die einzelnen Regierungen diese „offene und vollständige“ militärische Austauschliteratur gleichzeitig fleißig durch ihre weniger offenen, aber dafür um so vollständigeren Spionageeinrichtungen zu ergänzen trachten.

Das ist Artikel 8, der Artikel der unbeantworteten Fragen. Werden die vier Zeilen des Artikels 9, die jetzt folgen, Klarheit bringen, einen Willen künden, einen Weg zeigen? Verheißungsvoll beginnen sie: „Ein ständiger Ausschuß wird gebildet...“, und lassen uns einen Augenblick hoffen, daß die entscheidende Frage nach dem Organ, das die Abrüstung vorbereitet, nach dem Organ, das sie kontrollieren muß, angeschnitten wird. Aber Artikel 9 ist anspruchsloser. Sein ständiger Ausschuß wird gebildet, um „dem Völkerbundrat sein Gutachten über die Ausführung der Bestimmungen der Artikel 1 und 8 und im allgemeinen über die Heeres-, Flotten- und Luftschiffahrtsfragen zu geben“. Dieses einzige Organ, das der Pakt für die Aufgaben auf dem Gebiet der Abrüstung vorsieht, soll nur der technische Hilfsarbeiter des Rates bei seiner Beschäftigung mit dem unbestimmten Programm des vorhergehenden Artikels sein und die Völkerbundversammlung bei der Handhabung der Ausnahmestimmungen des Artikels 1 für neu aufzunehmende Staaten beraten. Aber er könnte eine segensreiche Rolle spielen, wenn man ihm die geeigneten Mitglieder gibt, Vorkämpfer für den Abrüstungsgedanken, Vertreter der

Volksmassen. Jedoch bald werden wir ihn wiederfinden als einen rein militärischen Verein, in den die abrüstungsfeindlichen Generalstäbe der Ratsmächte ihre vertrauenswürdigsten Generäle und Admiräle entsenden. Und ihre „Ratschläge“ kann man sich denken.

Warum, so fragen wir uns, sind die Artikel 8 und 9 so schüchtern? Aus Mangel an Erfahrung auf dem Abrüstungsgebiet? Will man erst Material sammeln und Methoden erforschen, ehe man zuversichtlicher ans Werk geht? Sind die Väter des Völkerbundes zu bescheiden, um sich an die neue Aufgabe heranzuwagen, die sie nun selbstlos dem neuen Nationenverein überlassen wollen? Muß es einem künftigen Geschlecht vorbehalten bleiben, alle die Weisheit aufzuspeichern, die zur praktischen Erfüllung des Punktes 4 der Wilsonschen vierzehn Punkte notwendig ist? Wenden wir noch einmal das Papier um. Aber wir wollen diesmal die Augen nicht schließen, sondern scharf die Blätter durchspüren, die in dem Gesamtwerk, in dem der Pakt der Erste Teil ist, den Fünften Teil bilden. Ihre Erforschung ist nützlich und unentbehrlich. Denn hier hinten sind plötzlich all die Weisheiten und all die Erfahrungen und all die Methoden mit sicherer Hand und mit klarem Geiste verzeichnet, die wir vorn vermissen. Hier stottert keine Schüchternheit und errötet keine Bescheidenheit, um dringende Aufgaben auf eine fernere Zukunft zu verschieben. Hier ist, und nicht etwa in zwei Artikeln und dreißig Zeilen, nein, in vierundfünfzig Artikeln und zwanzig Seiten, dargelegt, was Abrüstung heißt und wie man Abrüstung macht. Einem großen europäischen Staat, der noch vor kurzem die stärkste Militärmacht der Welt war und dessen Bevölkerung die Frankreichs um zwanzig Millionen übersteigt, wird vorgeschrieben, daß er nur noch ein Berufsheer von 100000 Mann ohne Reserven, keine schweren Geschütze, keine Tanks, keine modernen Festungen, keine Luftflotte und keine Flugabwehrgeschütze, nur sechs Panzerschiffe, sechs kleine Kreuzer,

zwölf Zerstörer und zwölf kleine Torpedoboote besitzen darf und daß er auf seinem Gebiet, an seiner wichtigsten Grenze eine entmilitarisierte Zone zulassen muß, in der keine Truppen, Festungen und Kasernen stehen dürfen. Seine bisherige Rüstung wird unbarmherzig in kürzester Frist zerstört. Ein sofort in Kraft tretendes außerordentlich scharfes Kontrollsystem, das seine Nachbarn ausüben und das später an den Völkerbund übergeht, soll dafür sorgen, daß die energische Abrüstung energisch aufrechterhalten bleibt. Und um diese Abrüstung herbeizuführen, sind keine Pläne des Rates, keine Prüfung und Entscheidung durch die betreffende Regierung erforderlich. Die „nationale Sicherheit“ des Landes, seine Rolle bei einem gemeinsamen Vorgehen zur Durchführung der internationalen Verpflichtungen wird ebensowenig berücksichtigt wie seine „geographische Lage“ oder irgendwelche „besonderen Umstände“. Auch ist keine Revision der Abrüstungsbestimmungen nach zehn Jahren vorgesehen. Die Bedürfnisse seiner Rüstungsindustrie oder seiner Kriegsmaterialeinkäufe werden nicht in Betracht gezogen. Der Völkerbund hat sich über die Kriterien und Methoden der Abrüstung dieses Landes vorläufig nicht den Kopf zu zerbrechen. Alles ist fix und fertig mit dem Tage, an dem der Völkerbundpakt selbst fix und fertig ist. Wer kann diese umfangreichen und gründlichen Bestimmungen übersehen? Sie bieten eine rücksichtslose und genau durchdachte Verwirklichung des Abrüstungsgedankens für das deutsche 60-Millionen-Volk, das keine natürlichen Grenzen besitzt, im Herzen Europas liegt, umgeben ist von Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei und das nur ein schmales Meer von England trennt. Ihm wird ein Abrüstungssystem aufgezwungen, das vorbildlich werden muß für jede andere Großmacht, wie die in der Methode und Durchführung ähnlichen Vorschriften für Österreich, Ungarn und Bulgarien das nützliche Beispiel abgeben dürften für alle kleineren Staaten. 100000 Mann für

Deutschland, wird das nicht etwa 80000 Mann für Frankreich bedeuten, an Stelle der 650000 Mann Friedensarmee, die es heute besitzt, und der 4500000 Mann Kriegsarmee, deren Aufstellung ihm das System der allgemeinen Wehrpflicht erlaubt? Die Erfahrung ist da, niedergeschrieben, gedruckt und eingebunden, die Weisheit liegt bequem auf dem Tisch, die Methode ist sorgfältig aufgestellt und schneidig angewandt worden. Und sie ist aufgestellt und angewandt worden von denselben Mächten, die im Völkerbundrat sitzen und in dieser Eigenschaft durch den Artikel 8 mit der Vorbereitung von allgemeinen Abrüstungsplänen beauftragt sind. In der Tat, wir dürfen uns fragen: Warum sind die Artikel 8 und 9 so schüchtern?

Sicher will man, so hoffen wir, diese Vorbilder sehr bald nutzbar machen. Denn seht hin: All die bis in die letzten Einzelheiten in vierundfünfzig Artikeln ausgeklügelten Abrüstungsbestimmungen des Teiles V des Versailler Friedensvertrages werden eingeleitet durch ein wichtiges und feierliches Wort: „Um die Vorbereitung einer allgemeinen Rüstungsbegrenzung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt vollkommen innezuhalten.“ Das ist ein klarer Satz, den niemand mißverstehen kann, der, wie der französische Professor Jean Rey in seinem vortrefflichen Kommentar zum Völkerbundpakt erklärt, „ausdrücklich festsetzt, daß die gewissen Mächten auferlegte Entwaffnung nur die Bedingung für die allgemeine Abrüstung ist, die folgen sollte“, und aus dem sich ergibt, daß, „weil nach Artikel 8 die Völkerbundmitglieder sich in einer ungleichen Lage befinden, über den temporären Charakter dieser Ungleichheit im Geiste der Verfasser des Vertrages kein Zweifel bestand“. Die Deutschen jedenfalls haben bereits auf Grund ihrer feierlichen Verständigung mit dem Präsidenten Wilson über seine vierzehn Punkte ein unbestreitbares Recht darauf, daß die

Abrüstung gleichmäßig in allen Staaten durchgeführt wird. Die deutsche Delegation in Versailles stimmt außerdem den drakonischen Abrüstungsbestimmungen des Vertrages am 29. Mai 1919 nur mit der Erklärung zu, daß Deutschland als gleichberechtigte Macht sofort in den Völkerbund aufgenommen werde, daß sie „der Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen bedeuteten und daß spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß auch die anderen Staaten, entsprechend Artikel 8 der gegnerischen Völkerbundsakte, Beschränkungen ihrer Rüstungen vornehmen und die allgemeine Wehrpflicht abschaffen“. Die Alliierten selbst legen in ihrem Ultimatum vom 16. Juni Wert darauf, an die Bestimmungen des Artikels 8 zu erinnern, baldige Verhandlungen über einen allgemeinen Abrüstungsplan anzukündigen und besonders hervorzuheben, „daß ihre Bedingungen über die Rüstungen Deutschlands nicht nur zum Zweck hätten, Deutschland die Wiederaufnahme seiner kriegerischen Angriffspolitik unmöglich zu machen“, sondern daß „diese Bedingungen gleichzeitig den ersten Schritt zu der allgemeinen Beschränkung und Begrenzung der Rüstungen darstellen, welche die bezeichneten Mächte als eines der besten Mittel zur Verhinderung von Kriegen zu verwirklichen suchen und die herbeizuführen zu den ersten Pflichten des Völkerbundes gehören wird“. Was heißt das alles? Wenn die Sieger Deutschland und seine Verbündeten zunächst gewaltsam entwaffnen, so sind sie gleichzeitig selbst entschlossen, zu einer allgemeinen Beschränkung und Begrenzung der Rüstungen zu schreiten. Das hört man gerne. Aber warum tun sie es nicht sofort? Worauf warten sie? Hören wir ihre Entschuldigung. Sie müssen nämlich „feststellen, daß das ungeheure Anwachsen der Rüstungen in den letzten Jahrzehnten den Staaten Europas durch Deutschland aufgezwungen worden ist. Weil Deutschland seine Macht vermehrte, mußten seine Nachbarn das gleiche tun, wollten sie nicht dem Zwange des deutschen Schwertes wider-

standslos ausgeliefert sein.“ Und nach dieser unbewiesenen Behauptung, die sie wie so viele andere in ihrer Ultimatum-Note einem Gegner ins Gesicht schleudern dürfen, dem der Widerspruch verboten ist, kommen sie zu folgendem Schluß: „Es ist daher ebenso gerecht wie notwendig, mit der zwangsweisen Begrenzung der Rüstungen bei dem Staate zu beginnen, den die Verantwortung für ihr Anwachsen trifft. Erst wenn der Angreifer den Weg gezeigt hat, können auch die Angegriffenen in aller Sicherheit ihm folgen.“ Und deshalb hat „Deutschland bedingungslos einer Abrüstung vor den alliierten und assoziierten Mächten zuzustimmen“.

Das ist eine Sprache, deren Hochmut und Zynismus vielleicht aus der Brutalität und Tragik zu verstehen ist, die beim Kriegsende die Beziehungen der Sieger zu den Besiegten beherrschten. Wer kann sie aber begreifen, wenn er den Blick vom Ende des Krieges fort zum Beginn des Völkerbundes lenkt? Wir erleben die Zerspaltung der Abrüstungsfrage: Wir sehen die Tatsache einer Abrüstung, die eine Zwangsentwaffnung einiger weniger Länder ist und durch eine Koalition anderer Länder vorgenommen wird, und hören die Ankündigung einer weiteren Abrüstung der anderen Staaten, die aber diesmal auf Grund gemeinsamer und langwieriger Beratungen innerhalb des Völkerbundes erfolgen soll. Ist das nicht zum mindesten eine recht unpraktische Methode, wenn man wirklich die „allgemeine“ Abrüstung will? Und wäre es nicht auf jeden Fall erwünscht, daß die zeitliche Zerreißung des Abrüstungswerkes — denn nur darum handelt es sich nach den Erklärungen der Sieger — so schnell wie möglich wieder gutgemacht, mit größter Eile die eine Abrüstung durch die andere ergänzt wird? Die willkürliche Voraussetzung hierfür, nämlich daß „der Angreifer den Weg zeigt“, damit „die Angegriffenen in aller Sicherheit ihm folgen können“, wird bald unleugbare Tatsache sein, ja, ist es längst, da bereits die Fochschen Waffenstillstandsbe-

dingungen die Wehrhaftigkeit Deutschlands so gründlich zerstört haben, daß, wie Wilson triumphierend am 11. November ausruft, dieses Land den Krieg nicht mehr eröffnen kann. Warum also bleiben die Artikel 8 und 9 so schüchtern und zurückhaltend? Es gibt wohl nur eine Erklärung. Die allgemeine Abrüstung soll anders aussehen als die deutsche, und die besondere deutsche Entwaffnung ist nur als vorübergehend gedacht: am Tage der Gesamtabrüstung will man Teil V des Versailler Vertrages aufheben und auch Deutschlands Rüstungsstand nach den inzwischen fertig gewordenen Plänen des Rates auf Grund des Artikels 8 des Paktes neu regeln . . . Oder soll man annehmen, daß die Präambel zu Teil V des Versailler Vertrages und die Versicherungen der Alliierten vom 16. Juni nicht ernster zu nehmen sind als Wilsons 14 Punkte und daß die Sieger das Gesamtabrüstungswerk nicht nur zeitlich, sondern *auch inhaltlich zerreißen* wollen, — wenn sie überhaupt ernsthaft an eine Abrüstung denken? Eine Friedenslist nach so viel Kriegslist? Aber kann man, wenn man nicht nur Verfasser eines Friedensvertrages, sondern auch eines unlöslich mit ihm verbundenen Völkerbundpaktes ist, im Teil V Methoden aufstellen, die nicht automatisch zu den Methoden des Teiles I werden müssen, oder auf Grund des Teiles I Methoden erfinden, die nicht automatisch die Methoden des Teiles V ersetzen? Haben aber die Alliierten Betrugereien im Sinne, wie darf der Völkerbund sich an ihnen beteiligen? Seine Aufgabe ist es, so schnell wie möglich die zeitliche Zerreißung des Abrüstungswerkes wieder gutzumachen, niemals aber wird er es zulassen können, daß man die ihm anvertraute Aufgabe auch inhaltlich zerreißt und ihn damit selbst vernichtet . . .

Eine paradoxe Lage? Paradoxal wie die Art der Gründung des Völkerbundes und des Versailler Friedenssystems: Eine große Gruppe von Mächten, die Frankreich, England, Italien, Polen, Tschechoslowakei usw. heißt, will ihre Macht, die

sie geflissentlich mit Sicherheit verwechselt, auf die Entwaffnung ihrer Nachbarstaaten gründen: das ist der Sinn des Teiles V ohne die Präambel, und das ist die Verleugnung des Völkerbundgedankens, der die Sicherheit auf die allen gemeinsame Macht gründen soll. Dieselbe Gruppe von Staaten aber, die sich jetzt den Namen Völkerbund beilegt, ist, weil dieser Name nun einmal verpflichtet, widerwillig zur Anerkennung des Grundsatzes der allgemeinen Abrüstung und zur Ankündigung unbestimmter Zukunftsmaßnahmen gezwungen. Ein Widerspruch, den die Präambel zu Teil V und die Erklärungen der Alliierten vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages verdecken wollen. Aber die paradoxe Lage wird eine Zwangslage, der sich niemand mehr entziehen darf. Die Geister des Teiles V klopfen stürmisch an die verschlossene Pforte des Teiles I. Soll ein Völkerbund werden, muß die Pforte sich öffnen, muß die Identität zwischen den Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages und den Abrüstungsverheißungen des Paktes hergestellt werden. Und der große Kampf, der allmählich anbricht und in dem die einen diese Identität verlangen, die anderen ihre Herbeiführung hinausschieben oder ihre Notwendigkeit leugnen, wird mehr als der Kampf um die Regelung der Beziehungen zwischen den Siegern und den Besiegten und um die Innehaltung oder Auslegung bestimmter Versprechungen und Verpflichtungen, wird der Kampf um die Herbeiführung des Völkerbundes sein. Solange dieser Kampf nicht mit dem ausschließlichen Siege des Völkerbundgedankens über den Machtgedanken endet, bleibt der Pariser Verein, auch wenn die Besiegten ihm angehören, der Gendarm der Sieger. Er steht vor den Starken und droht zu den Entwaffneten hinüber. Das göttliche Gebot „Du sollst nicht töten!“ wird zu dem plumpen Befehl der listigen Kreatur: „*Du* sollst nicht töten!“ und „Du sollst *mich* nicht töten.“

„Du sollst nicht töten!“ heißt das große Gebot der Nationengemeinschaft. Und deshalb rufen alle Feinde der Mordlust: „Die Waffen nieder!“ Wer Waffen bei sich trägt, so sagen sie, läßt sich leichter zu Mordtaten hinreißen als der Waffenlose, bleibt friedlos und gehorcht unruhig dem dunklen Trieb der Macht. Aber töten Menschen und Nationen nur, weil sie Waffen haben? Warum töten Menschen und Nationen? Wer sie in einer friedlichen Gesellschaft vereinigen will, wird sich nicht damit begnügen, ihnen das Messer zu nehmen: er muß ihnen auch die Begierde entreißen, die sich zur Mordlust steigert und dann zur ersten besten Waffe greift. „Du sollst nicht töten“ genügt nicht. „Die Waffen nieder“ genügt nicht. Wer den Frieden will, muß die Begehrlichkeit, die von einer Nation zur anderen hinüberschießt, ersticken: „Du sollst nicht begehren!“ So muß das nächste Gebot der Völkerbundsatzung lauten: — „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib. Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus, Acker, Knecht, Magd, Ochs, Esel, noch alles was sein ist.“ Und deshalb galt auch in fast allen früheren Völkerbundplänen neben, oft vor der Beseitigung der Rüstungsgefahr die Achtung des territorialen Besitzes und der Unabhängigkeit des Nachbarn als die natürliche Voraussetzung des ewigen Friedens. Deshalb forderte auch der Plan, den die deutsche Friedensabordnung in Versailles den Gegnern überreichte, daß die Mitglieder einander ihren territorialen Besitz gewährleisten. Deshalb hatte Präsident Wilson das Verbot der Begehrlichkeit an die Spitze seiner Pläne gestellt, obgleich es sein Staatssekretär Lansing in weiser Voraussicht der Widerstände, die damit in Amerika selbst entstehen konnten, bekämpfte. Aber alle Verkünder, die den Nationen zuriefen: „Du sollst nicht begehren“, gingen natürlich von der Auffassung aus, daß, wer nicht stehlen soll, selbst nicht bestohlen werden darf, daß Begehrlichkeit nicht zu verwechseln ist mit dem berechtigten Wunsch, geraubtes Gut zurückzugewinnen, und niemand be-

tonte nachdrücklicher als Wilson, daß die Voraussetzung eines Völkerbundes ein gerechter Friede ist, der keine Bitterkeit hinterläßt, und daß daher ein territorialer Zustand geschaffen werden müsse, der es verdient, durch die Allgemeinheit gewährleistet zu werden. Ja, über diese Voraussetzung hinaus galt häufig als selbstverständliche Ergänzung einer Garantie des territorialen Besitzstandes die Möglichkeit einer Neuregelung der Besitzverhältnisse. Als Palier de Saint-Germain im Jahre 1788 in seinem „Neuen Versuch über einen Plan des Ewigen Friedens“ forderte, daß die Mächte „einen aufrichtigen, unwiderruflichen und unaufhörlichen Bund schließen sollen, durch den sie sich gegenseitig ihre Besitzungen, Gebiete, Staaten und irgendwelche Rechte gewährleisten“, fügte er hinzu: „jedoch ohne Präjudiz aller berechtigten Forderungen, die sie später haben oder erheben könnten“. Als Oberst House auf Wilsons Wunsch den Völkerbundplan vom 16. Juli 1918 ausarbeitete, nahm er von der Garantie „solche territorialen Veränderungen aus, die in Zukunft durch Veränderungen der gegenwärtigen ethnischen Bedingungen und Bestrebungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes notwendig und auch von drei Vierteln der Mitgliedstaaten als für das Wohlergehen der betreffenden Völker erforderlich erachtet würden, wobei alle territorialen Veränderungen gerechte Entschädigung einbeschließen müssen und anerkannt wird, daß der Weltfriede an Bedeutung und Interesse über allen Grenzfragen steht“. Die ersten beiden der sogenannten Wilsonschen Entwürfe vertieften diese Ausführungen dahin, daß territoriale Veränderungen nicht nur durch Veränderungen der ethnischen Bedingungen und Bestrebungen, sondern auch durch den Wandel der sozialen und politischen Beziehungen bedingt sein können, und führten als Hebel für die Revisionsmaßnahmen außer der Wohlfahrt auch das sichtbare Interesse der betreffenden Völker an, denen die Veränderungen angenehm sein müßten. In dem dritten Entwurf vom 20. Januar 1919 bezog Wilson die

Garantiepflicht nur auf „äußere Angriffe“, womit innere Umwälzungen ausgenommen werden sollten. Unter dem Einfluß der Pariser Verhandlungen entglitt ihm aber der wichtige Grundsatz der Revisionsmöglichkeit. Der amerikanisch-englische Entwurf von Cecil und Miller vom 27. Januar 1919, der die maßgebende Verhandlungsgrundlage wurde und nicht nur die Unabhängigkeit und Unversehrtheit garantierte, sondern auch „schützte“, schwächte bereits das bindende Verlangen nach Revision in unverbindliche Empfehlungen ab, wahrte zwar noch deutlich den Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes, aber ließ die wichtige Bestimmung über die Dreiviertelmehrheit fallen. Wilson selbst in seinem vierten Entwurf vom 2. Februar 1919 zerstört die wichtigen Vorbehalte. Der Satz, der die Garantie aufstellt, verlangt jetzt nur noch, daß die Mächte „die politische Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit aller Mitgliedstaaten achten und gegen jeden äußeren Angriff „schützen“ müssen, bricht damit ab und ist fertig. Mit einem Federstrich wird die bisher als notwendig erachtete Ergänzung aus dem Artikel entfernt. Keine Veränderungsmöglichkeit, kein Selbstbestimmungsrecht schwächt die Verpflichtung ab, die alle bestehenden Grenzen sanktioniert und alle Bundesmitglieder zu ihrem Schutze aufruft. In dieser Form wird sie als Artikel 10 eine der Grundlagen des endgültigen Völkerbundpaktes, und nur ein blasser Abglanz des verschlechterten Zusatzes des Cecil-Miller-Entwurfes taucht an anderer Stelle des Völkerbundpaktes als Artikel 19 wieder auf, ausdrücklich losgelöst von Artikel 10 und folgendermaßen formuliert: „Die Völkerbundversammlung *kann* von Zeit zu Zeit die Völkerbundmitglieder *auffordern*, eine Neuprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge sowie der internationalen Lage vorzunehmen, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden kann“. Ganz allgemein „*kann*“ die Völkerbundversammlung „*auffordern*“. Es werden keine Anlässe für eine solche Auffor-

derung mehr genannt, wie Selbstbestimmungsrecht, ethnische, soziale und politische Veränderungen oder die Wohlfahrt der Völker, es wird keine Dreiviertelmehrheit mehr verlangt, und es besteht kein Zwang zur Durchführung der Aufforderung.

Es ist ein weiter und gefährlicher Weg von der bloßen Achtung vor dem Besitzstand mit dem sorgfältig erdachten Sicherheitsventil der Revision bis zu der aller Milderungen und Friedenssicherungen entkleideten Formulierung des Artikels 10, die den aktiven Schutz aller bestehenden Grenzen durch alle Mitgliedstaaten verlangt, ohne eine andere Möglichkeit friedlicher organischer Fortentwicklung der territorialen Verhältnisse der Welt als die Empfehlungen des Artikels 19. Die Welt ist erstarrt. In einer erstarrten Welt aber besteht die Friedenstätigkeit des Völkerbundes nicht in der Sicherung einer friedlichen Entwicklung, sondern in der Sicherung der Erstarrung. In ihr wird als Friedensbrecher nicht derjenige bekämpft, der sich einer friedlichen Auflösung der Erstarrung widersetzt, sondern derjenige, der die Erstarrung nicht erdulden kann, weil sie ungerecht oder unerträglich ist. Muß der schroffe Gedanke, den Artikel 10 aufstellt und der seinen eisigen Hauch über die folgenden Bestimmungen des Paktes legt, nicht bereits unheimlich sein in einer zunächst befriedigten Welt? Wie aber soll er erst in der Welt der Friedensverträge von Versailles, St. Germain, Trianon und Neuilly wirken? Hier sind sie eine neue Begünstigung des Siegers, ein neuer Zwang für den Besiegten, eine neue Gefahr für den Frieden. Die Siegermächte mißbrauchen einen an und für sich notwendigen Grundsatz der internationalen Friedensorganisation, um sich nicht nur von den Verbündeten, mit denen sie zunächst den Völkerbund bildeten, sondern auch von den Neutralen, die zum Beitritt eingeladen wurden, und endlich auch von den Besiegten, die eines Tages eintreten müssen, ihren durch Krieg und Ultimatum erworbenen Besitzstand sichern zu lassen. Die ganze

Welt rufen sie zum Schutze ihrer Grenzen auf. Was Holland auch über die Grenze von Eupen-Malmedy denken mag, es soll sie den Belgiern erhalten. Das Deutsche Reich soll Italiens Herrschaft im deutschen Südtirol gegen Österreich verteidigen, Ungarn, selbst grausam durch den Friedensvertrag verstümmelt, im Interesse Polens den Korridor gegen den alten Kriegsverbündeten Deutschland verteidigen. Nur ein Marsbewohner, der von allen Dokumenten des Weltkriegs nichts als den Völkerbundpakt kennen würde, möchte den Artikel 10 als die brauchbare Grundlage einer internationalen Friedensorganisation ansehen. Wir, die wir auf dieser Erde wohnen, die der Krieg zerstört und der Friedensschluß nicht wieder hergestellt hat, die wir nicht vergessen haben, warum der letzte Krieg unvermeidlich wurde, nie vergessen werden, daß im Widerspruch zu den Grundsätzen Wilsons von neuem Millionen von Menschen innerhalb von Grenzen und unter Bedingungen leben, die sie innerlich nicht anerkennen, wir können nicht an die Tugend des Artikels 10, nicht an einen Nationenverein glauben, dessen Grundlage er ist.

Deutlicher, quälender als alle anderen Befehle der Siegermächte enthüllt er den ungeheuerlichen Widerspruch zwischen den Erfordernissen einer Völkerbundwelt und dem System, über dem sich die Völkerbundorganisation des Jahres 1919 aufbaut. Im Versailler Vertrag und in den anderen Verträgen sagten die Gründer des Völkerbundes hart: „Wir begehren.“ Als sie ihre Taschen gefüllt hatten, erklärten sie salbungsvoll im Pakt nebenan: „Du sollst nicht begehren!“ Wieder betonten sie das Wörtchen *Du*. Und wieder senkten sie mit dem falschen Akzent in dem richtigen Satz, mit dem sinnstörenden Druckfehler in der wichtigsten Drucksache der Welt, den tödlichen Keim in das neue Werk.

IX
DAS SIEB

Wo sind wir?

Verlockend sieht die Landschaft nicht aus, die an unseren Fenstern vorbeirollt. Mit Hilfe der Organe einer Nationengemeinschaft bestätigen und erhöhen die Mächtigen ihre Macht. Gestützt auf Fochs Waffenstillstandsbedingungen — nicht Wilsons Thesen — bewachen die Gerüsteten ihren Besitz und lassen sich ihn außerdem — anstatt die Welt zu ordnen — durch die Gesamtheit der Völker garantieren. Sie allein sind das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit.

Und dennoch: Aus ihrer Hand müssen wir die Erfüllung des heiligen Versprechens entgegennehmen. Sie, die den Sieg eines Tages organisiert haben, sollen jetzt den Frieden einer Ewigkeit begründen. Aus den nebeligen Ebenen, in denen sie unsere Enttäuschung spazierenführten, wollen sie unseren Blick plötzlich auf die glänzenden Gipfel lenken, denen unser ältestes Sehnen galt. Hoch oben in den Wolken bauen sie die ideale Stadt.

In sieben Artikeln — 11 bis 17 — wölbt sich das neue Friedensgesetz. Artikel 11 proklamiert zunächst mit einer gewissen Feierlichkeit — „ausdrücklich“ — den großen Grundgedanken, „daß jeder Krieg oder jede Kriegsdrohung, ob sie unmittelbar oder nicht eines der Völkerbundmitglieder angehe, den gesamten Völkerbund interessiert“. Kann man klarer und bindender den

neuen Geist formulieren? Der Artikel verlangt, daß „der Völkerbund alle Maßnahmen ergreifen soll, die für die Erhaltung des Friedens unter den Nationen angebracht und wirksam sind“. Läßt sich entschiedener und schlichter die neue Verpflichtung ausdrücken? Wie aber, so fragen wir, soll der Völkerbund sein „Interesse“ an jedem Krieg und jeder Kriegsdrohung äußern? Wird ein besonderes Organ des Rates und der Versammlung, die nach dem Pakt für alle den Weltfrieden berührenden Fragen zuständig sind, mit dieser besonderen Aufgabe betraut? Beauftragt man, wie es nur selbstverständlich wäre, das Sekretariat des Völkerbundes, die Vorgänge draußen in der Welt zu verfolgen, von hohem Beobachtungsposten aus mit den geschärften Blicken des internationalen Gewissens die Wolken am Horizont zu erspähen, Warnungssignale zu geben, Sturmglocken zu läuten? Artikel 11 klärt uns auf: „Tritt ein solcher Fall ein, beruft der Generalsekretär sofort den Rat zu einer Tagung ein...“ Also der Generalsekretär! Er wird den Rat einberufen, und offenbar in Erfüllung seiner Pflichten als höchster ständiger Beamter des Bundes, dank des Mandates, das ihm der Völkerbund verleiht, auf Grund der sorgfältigen Beobachtungen, die er und seine für diesen Fall geschulten und gewissenhaften Untergebenen angestellt haben? Nein: Er ruft sofort den Rat ein „auf Verlangen irgendeines Mitgliedstaates des Völkerbundes!“ Und in einem zweiten Absatz des Artikels „wird weiter festgestellt, daß es das freundschaftliche Recht eines jeden Bundesmitgliedes ist, die Aufmerksamkeit der Versammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der die internationalen Beziehungen beeinflußt und daher den internationalen Frieden oder das gute Einvernehmen unter den Nationen, von denen der Friede abhängt, zu stören droht“, wobei diesmal nicht gesagt wird, daß die sofortige Einberufung des Rates durch den Generalsekretär erforderlich ist.

Wir sind enttäuscht. Ein so herrlicher Vorsatz und eine so mä-

ßige Fortsetzung? Stehen wir nicht gleich bei dem ersten Schritt in die neue Ordnung vor einem breiten und tiefen Abgrund? *Der Völkerbundpakt kennt keinen selbsttätigen Alarmapparat*, der sofort, wenn die internationalen Beziehungen sich trüben oder der Krieg droht oder gar ausbricht, in Bewegung gerät? Der Generalsekretär ist nichts als ein Briefträger, dem keine eigene Initiative zusteht? Die Initiative zur Einberufung des Rates überläßt er irgendeinem Mitgliedstaate, der, wenn er es für richtig hält, den Generalsekretär auffordern kann, den Rat einzuberufen, damit dieser über die drohende Gefahr berät? Der Völkerbund schafft für den Rat und die Versammlung nicht die formelle Pflicht — die durch ein besonderes Organ automatisch ausgeübt werden könnte —, sich mit der Störung der internationalen Beziehungen zu befassen, sondern er kennt nur das „Verlangen“ oder ein „freundschaftliches Recht“ des einzelnen Mitgliedstaates? Über den Weltfrieden wacht keine von den einzelnen Kabinetten unabhängige, allen politischen und diplomatischen Manövern entrückte, überparteilich und sachlich arbeitende Autorität als der wahre Mittelpunkt der Nationengemeinschaft. Über den Völkern ist kein genau und unbestechlich arbeitender Erdbebenmesser aufgerichtet, der selbsttätig, ob es den Diplomaten paßt oder nicht, in Schwingungen gerät. Droht Kriegsgefahr, so muß ein Außenministerium, nachdem es sein eigenes Interesse sorgsam erwogen hat, sich in Bewegung setzen, damit der Völkerbund sich in Bewegung setzt. So können Stürme über die Welt hereinbrechen, ohne daß in Genf das Glockenzeichen ertönt. Würde uns ein solches Verfahren innerhalb der Gesellschaft eines Staates, einer Stadt, eines Dorfes befriedigen können? Durch die Straßen der Nationen geht kein Polizist des Friedens, um den gefährlichen Auflauf zu zerstreuen, dem an der Ecke lauenden Angreifer die Handschellen anzulegen, den friedlich daherkommenden Bürger rechtzeitig zu schützen und zu warnen. Der Bedrohte selbst oder ein gutmütiger und nicht allzu eiliger,

nicht allzu selbstüchtiger, nicht allzu bequemer Passant muß zur weitabgelegenen Wache laufen und den Kommissar aus dem Schlafe herausklingeln, der dann erst die notwendigen Schritte zur Herbeiführung der erforderlichen Maßnahmen ergreift. Das ist der Artikel 11, der erste, der wichtigste und auch der klarste im Friedenssystem des Völkerbundes.

Denn jetzt mit den Artikeln 12 bis 17 des Paktes geraten wir in ein auf den ersten Blick unübersichtliches Paragraphenlabyrinth, durch das kein einheitlicher Grundsatz führt, der unzweideutig die Aufgabe des Bundes auf dem Gebiete der Friedenserhaltung und der Wiederherstellung des Friedens definiert, und das keine klare Richtlinie für das Verhalten der Völkerbundorgane und der einzelnen Völkerbundmitglieder entwirrt. Aus mühsam ineinandergreifenden Vorschriften, mit Wiederholungen und Einschachtelungen, die niemand ohne heroische Anstrengung bis ans Ende liest, die auf jeden Fall die meisten Leser des Paktes seufzend überspringen, läßt sich auf den ersten Blick nicht erkennen, wohin die Reise geht.

Artikel 12 bestimmt, daß, wenn eine Streitfrage zwischen den Völkerbundmitgliedern entsteht, die zu einem Bruche führen kann, sie entweder der Schiedsgerichtsbarkeit, der Prüfung durch den Völkerbundrat oder, wie nach der Errichtung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes hinzugefügt wurde, einem gerichtlichen Verfahren unterbreitet werden soll. Der Spruch der Schiedsrichter oder eine gerichtliche Entscheidung soll in „angemessener Frist“, der Bericht, den der Rat abzufassen hat, spätestens sechs Monate nach dem Tage erstattet werden, an dem er mit der Streitfrage befaßt wurde. Was geschieht dann? Die Völkerbundmitglieder begnügen sich zunächst damit, „in keinem Fall vor Ablauf von drei Monaten nach dem Spruch der Schiedsrichter oder der gerichtlichen Entscheidung oder dem Bericht des Rates zum Kriege zu schreiten“. Das ist nicht viel, aber wichtig und neu,

denn es wird Zeit gewonnen und die übertriebenen Mobilmachungen können vielleicht, vielleicht verhindert werden.

Artikel 13 verpflichtet die Völkerbundmitglieder dazu, eine Streitfrage, „die auf diplomatischem Wege nicht zufriedenstellend geregelt werden kann, in ihrer Gesamtheit der Schiedsgerichtsbarkeit oder dem gerichtlichen Verfahren zu unterbreiten“, wenn sie einer solchen Lösung oder einem solchen Verfahren „*nach ihrer Ansicht*“ zugänglich ist. Die Freiheit, die hier den streitenden Mächten gelassen wird, selbst darüber zu befinden, ob sie vor die Friedensinstanz gehen, wird allerdings dadurch eingeschränkt, daß der Artikel einige Streitfragen aufzählt, die einer schiedsrichterlichen Lösung oder einem gerichtlichen Verfahren im allgemeinen zugänglich sind: Streitfragen über die Auslegung eines Vertrages, alle Fragen des internationalen Rechts, jede Tatsache, welche die Verletzung einer internationalen Verpflichtung bedeuten würde, oder Umfang und Art der Wiedergutmachung bei solchen Verletzungen. Was erfolgt aber nach gefällttem Schiedsspruch oder nach der Entscheidung? Die Bundesmitglieder verpflichten sich, „sie guten Glaubens auszuführen und gegen kein Völkerbundmitglied, das sich dem Schiedsspruch oder der Entscheidung fügt, zum Kriege zu schreiten“. Im Falle der Nichtausführung des Spruches oder der Entscheidung schlägt der Rat die Schritte vor, die „seine Durchführung sichern sollen“. Es ist sehr zu begrüßen, daß die Mitgliedstaaten nicht zum Kriege gegen den gutwilligen Staat schreiten werden. Was aber fängt man mit dem böswilligen Staat an? Der Rat schlägt „Schritte“ vor.

Was soll geschehen, so fragt jetzt mit Recht Artikel 15, der neben dem Artikel 11 am tiefsten in die friedenserhaltende Aufgabe des Völkerbundes einzudringen sucht, wenn eine Streitfrage, die zu einem Bruche führen könnte, nicht auf Grund des Artikels 13 der Schiedsgerichtsbarkeit oder dem gerichtlichen Verfahren unterbreitet wird? In diesem Fall, so antwortet er, soll sie unmit-

telbar vor den Völkerbundrat selbst gebracht werden. Durch wen? Wieder nur durch eine der Parteien, die den Generalsekretär verständigt, der dann allerdings eine Vorprüfung veranlaßt und Material von den Streitenden einfordert, das veröffentlicht werden kann. Auf welchem Wege aber kann der Konflikt selbst beigelegt werden? „Der Rat bemüht sich, die Regelung des Streitfalles herbeizuführen.“ Wenn es ihm gelingt — wodurch? wahrscheinlich durch Überredung, durch einen Kompromiß, durch Einschüchterung —, so ist äußerlich alles in Ordnung. Wie aber, wenn sein Bemühen mißlingt? Dann beschreibt er zunächst vielerlei Papier, veröffentlicht einen Bericht über die Streitfrage und seine eigenen Vorschläge für ihre Beilegung. Er kann dabei zu einem einstimmigen Beschluß oder nur zu einem Mehrheitsbeschluß kommen, und außerdem darf jedes Ratmitglied einen Sonderbericht über seine eigene Stellungnahme veröffentlichen. Gelangt der Rat zu einem einstimmigen Beschluß, wobei die streitenden Parteien nicht mitgerechnet werden, so besteht, wie mit großer Klarheit angeordnet wird, für alle Völkerbundmitglieder die Verpflichtung, gegen keine Partei, die sich dem Beschluß fügt, „zum Kriege zu schreiten“. Kommt es jedoch zu keinem einstimmigen Beschluß, „so behalten sich“, wie es sehr viel dunkler heißt, „die Völkerbundmitglieder das Recht vor, so zu handeln, wie sie es für die Aufrechterhaltung des Rechts und der Gerechtigkeit für nötig erachten“. Wird gar auf Antrag einer Partei vom Rat anerkannt, daß die Streitfrage zur ausschließlichen Zuständigkeit dieser Partei gehört, so verzichtet der Rat überhaupt auf eine Lösung der Frage. Dürfen wir uns viel davon versprechen, daß, wie es weiter heißt, der Rat oder eine der Parteien, die im Artikel 15 vorgesehenen Streitfälle auch vor die Bundesversammlung bringen kann? Dem Rat bleibt das Schwergewicht im Verfahren dadurch gesichert, daß neben der einfachen Mehrheit der Versammlung, die Zustimmung *aller* am Konflikt unbeteiligten *Rat-*

mitglieder zum Zustandekommen eines Versammlungsbeschlusses notwendig bleibt.

Endlich erfahren wir im Artikel 16, wie der Völkerbund eine Mißachtung seiner Vorschriften über die Regelung der Konflikte sühnen will. Der Artikel beginnt mit einem wirkungsvollen Satz: „Schreitet ein Völkerbundmitglied unter Verletzung der durch die Artikel 12, 13 und 15 übernommenen Verpflichtungen zum Krieg, so gilt von ihm ipso facto, daß es einen Kriegsakt gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen hat.“ So wäre endlich die vereinigte Macht der Nationen geschaffen, die den Frieden erzwingen kann? Vielleicht, aber noch besteht keine Klarheit darüber, wer über die Tatsache des Kriegsaktes entscheidet, außerdem sind die Kriegsfälle, in denen sich die Völkerbundmaschine gegen den Friedensstörer in Bewegung setzt, sehr vorsichtig ausgewählt worden, und schließlich zeigt sich außerdem, daß die Sanktionsmaschine des Bundes sehr kompliziert zusammengestellt ist. Nur in einigen einfachen Fällen wird ein Teil der organisierten Welt sich rühren müssen: Die Völkerbundmitglieder werden „unverzüglich alle Handels- und Finanzbeziehungen“ zu dem betreffenden Bundesmitglied abbrechen, „ihren Staatsangehörigen jeden Verkehr mit den Staatsangehörigen des vertragbrüchigen Staates untersagen und alle Finanz- und Handelsverbindungen, wie auch die persönlichen Verbindungen zwischen den Angehörigen dieses Staates und des anderen Staates, gleichviel ob er Völkerbundmitglied ist oder nicht, einstellen“. Aber wer sind die Völkerbundmitglieder, die solche Maßnahmen mit Erfolg ausführen können und deren Druck einen Einfluß auf die anderen auszuüben vermag? Zweifellos nur die mächtigen Staaten mit ihrem gewaltigen Wirtschafts- und Finanzapparat und ihren meerbeherrschenden Flotten. Allerdings soll es bei Wirtschafts- und Finanzmaßnahmen, so wirksam sie auch von den Gründern des Völkerbundes im letzten Krieg erprobt

worden waren, nicht bleiben, denn der Rat ist ferner verpflichtet, „den verschiedenen beteiligten Regierungen zu empfehlen, mit welchen Land-, See- und Luftstreitkräften jedes Bundesmitglied für seinen Teil zu der bewaffneten Macht beizutragen hat, die den Völkerbundverpflichtungen Achtung verschaffen soll“. Wer wird „empfehlen“? Der Rat, in dem die großen und mächtigen Länder den Ausschlag geben! Wessen Heere werden als wesentliche Bestandteile der Bundesmacht aufmarschieren? Die Heere der großen und mächtigen Ratsmächte, die genau wie die alte auch die neue Welt beherrschen. Und die wirklichen Machtverhältnisse, die den Starken zum Hüter des Friedens machen, geben auch den weiteren Bestimmungen des Artikels 16 ihren Sinn: Die Völkerbundmitglieder versprechen einander Unterstützung und Sicherung gegen Verluste bei der Ausführung der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionsmaßnahmen, sowie gegen Sondermaßnahmen, die der vertragbrüchige Staat gegen einen von ihnen richten könnte, und „gewähren Durchzugsrecht durch ihr Gebiet für die Streitkräfte eines jeden Mitgliedstaates, die an einem gemeinsamen Vorgehen zur Wahrung der Verpflichtungen des Völkerbundes beteiligt sind“. Alle diese zum Teil vorsichtig und verklausuliert, zum Teil brutal gehaltenen Bestimmungen schließen mit der Bekanntmachung, daß jedes Mitglied, das sich der Verletzung einer in der Satzung enthaltenen Verpflichtung schuldig macht, durch Beschluß des *Völkerbundesrates* — wieder der Rat — aus dem Bunde ausgeschlossen wird.

Als sie diese Bestimmungen zur Aufrechterhaltung des Friedens unter den Nationen erfanden, schlossen ihre Urheber gleichzeitig wichtige Staaten aus der Gemeinschaft aus. Nichtsdestoweniger erhebt Artikel 17 den Anspruch darauf, den neuen Friedensapparat auch bei Streitfällen zwischen einem Völkerbundmitglied und einem dem Bunde nichtangehörigen Staat anzuwenden. Der Nichtmitgliedstaat wird „aufgefordert“, für sich die

Verpflichtungen der Völkerbundmitglieder unter gewissen vom Rat zu bestimmenden Abänderungen anzuerkennen. Wenn er das ablehnt und zum Kriege gegen ein *Bundesmitglied* schreitet, so müssen „die Bestimmungen des Artikels 16 auf ihn Anwendung finden“, d. h. die wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Sanktionen gegen ihn in Kraft gesetzt werden. Dieselbe Aufforderung kann der Rat ergehen lassen, wenn keiner der beiden Streitenden dem Bunde angehört. Nur hat dann, nach dem Wortlaut des Paktes, die Nationengemeinschaft nicht die Verpflichtung, in einen Krieg unter diesen Staaten einzugreifen. In diesem Fall ist es offenbar nicht seine Sache, den Weltfrieden zu erhalten: Weigern sich die beiden Nichtmitglieder, die Verpflichtungen des Paktes für die Regelung des Zwischenfalles anzunehmen, „so kann der Rat alle Maßnahmen ergreifen und alle Vorschläge machen, die geeignet sind, Feindseligkeiten zu verhindern und die Lösung des Konfliktes herbeizuführen“. Aber wir erfahren nicht, worin diese Maßnahmen bestehen sollen und was der Rat mit seinen Vorschlägen anfangen wird.

Das ist die Verkehrsordnung, die der Völkerbund an den Plätzen und Straßen des internationalen Lebens aufhängt. Kann sie die Völker beruhigen? Ein wenig, denn sie sagen: Besser als nichts. Kann sie die Völker begeistern? Kaum. Bereits die Präambel hatte sich auf die Erklärung beschränkt, daß die Bundesmitglieder „Verpflichtungen“ — nicht *die* Verpflichtung — übernehmen, „nicht zum Kriege zu schreiten“. Jetzt sehen wir, daß keiner der Artikel, die den Apparat der Friedenssicherungen aufrichten, ein vollkommenes Kriegsverbot enthält, keiner, wie es später erst gewisse, aber nicht in den Pakt eindringende Kundgebungen der Völkerbundorgane versuchen werden, den Krieg als Verbrechen brandmarkt. Keiner „ächtet“ ihn, was erst viele Jahre später der außerhalb des Völkerbundes abgeschlossene Kelloggpackt versuchen wird, mit dem man dann mühselig die

Pariser Satzung in Einklang bringen möchte. Keiner macht es dem Völkerbund in unzweideutiger Weise zur Pflicht, jede Störung des Friedens zu verhindern und, wenn das nicht gelingen sollte, sofort den Frieden wieder herzustellen. Nur der Krieg ohne vorherige Vermittlungsversuche ist untersagt, und das ist viel, ist wichtig, ist fortbildungsfähig. Aber wenn die Vermittlungsversuche gescheitert sind, darf unter bestimmten Voraussetzungen und nach einer bestimmten Frist wieder Krieg geführt werden.

Wer die Vorschriften der Artikel 12 bis 17 durchsucht, findet nicht den Ewigen Frieden. Er erkennt nur, wie schwierig in diesem Völkerbund die notdürftigste augenblickliche Friedenserhaltung ist. Auf engen Pfaden führen zweideutige Wegweiser zu verschiedensten Vermittlungsinstanzen, von ihnen zu verschiedensten Entscheidungen, von ihnen wieder zu verschiedenen Möglichkeiten des Friedens, aber auch des Krieges. Monatelang kann, wenn man diese verwickelte Prozedur einschlägt, die Frage, ob Krieg oder Friede sein soll, in der vergifteten Luft schweben. Den kleinen und schwachen Staat, der sich in einem günstigen Augenblick gegen Bedrückung und Unrecht erheben will, wird sie mit tausend Stacheldrähten umzingeln, seine Schritte lähmen und ihn schließlich, an Händen und Füßen gebunden, vor die mannigfaltigen Instanzen schleppen, die ihm den schlechten Frieden, den er nicht mehr will, erhalten sollen. Der große und mächtige Staat kann mit einem wuchtigen Hieb die Hindernisse zerhauen oder, wenn er es vorzieht, dank der Prozedur des Rates, in dem sein Einfluß, auch wenn er als Partei sich der Stimme enthält, weiter herrscht und in dem die an sein Schicksal geketteten Freunde und Verbündeten sitzen, den friedlichen Sieg erfechten. Niemals aber wird mit Hilfe dieser vielfältig ausgeklügelten Mittel, wenn sie auch den Krieg verzögern und die Besinnung ermöglichen, die das Schlimmste verhütet, ein wirklicher Friedens-

zustand geschaffen werden. Gelingt es mit den Methoden des Paktes, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, so wird man nur das rohe Zerstörungswerk des Krieges unterbinden, aber noch nicht den Zustand wahrer Befriedung schaffen, weil kein Verfahren besteht, das mit Stumpf und Stiel die Ursachen, die zu Kriegen führen können, zu beseitigen vermag. Nichts kann erreicht werden als vorläufige Ruhe, der neue Unruhe mit neuen Beilegungsversuchen folgen wird. Kommt es aber zum erlaubten Einzelkrieg, nachdem der eine Kriegführende alles äußerliche Recht auf dem Wege der Prozedur auf seine Seite gebracht hat, so ist zwar dem Verfahren, niemals aber dem Friedenszweck eines Völkerbundes Genüge getan, und wer kann in diesem Falle die Lokalisierung des Einzelkrieges verbürgen, sobald die einzelnen Mächte die ihnen zugesicherte Handlungsfreiheit zurückgewinnen? Was mag nicht alles zusammenstürzen in einem solchen Abenteuer! Nach den ersten Kanonenschüssen, nach den ersten Grenzgefechten kann das ganze Gebäude des Völkerbundes ins Wanken geraten. Unabsehbar werden die Folgen sein, und obgleich die einschlägigen Paktartikel klar zur Anwendung gekommen sind, — durch Blutvergießen und Mord und Totschlag — werden bald alle seine anderen Artikel verschlungen sein. Erleben wir aber gar den Bundeskrieg, die Sanktionen der scheußlichen Hungerblockade, die der Völkerbundpakt als seine harmloseste Waffe proklamiert, und schließlich die kollektiven militärischen Aktionen, was dann? Glaubt man, daß sich das Gefüge des Völkerbundes, das Wilson nur mit größter Mühe und nur mit schmerzlichen Zugeständnissen an das Ende des letzten Krieges stellen konnte, nach dem letzten Kanonenschuß wieder so ordentlich und sauber zusammenfinden wird wie vorher? „Theoretisch betrachtet“, so meinten bald nach der Erfindung des Paktes die deutschen Völkerrechtler Schücking und Wehberg, „bringt das Statut des Völkerbundes nur einen Unterschied zwischen einem

erlaubten und einem unerlaubten Krieg.“ Man darf hinzufügen: Praktisch betrachtet, bringt es nur einen Unterschied zwischen einem den Gründern des Völkerbundes angenehmen und einem ihnen unangenehmen Krieg. Sie teilen die Kriege in zwei Gruppen ein: Kriege, die sie führen wollen, und Kriege, die sie nicht zu führen wünschen, Kriege, die ihnen dienlich sind und die sie dann als Sanktionskriege des Völkerbundes gegen die Friedensbrecher maskieren, und Kriege, die den anderen dienlich sein könnten und die infolgedessen durch den Völkerbund unmöglich gemacht werden müssen. In den Fällen aber, in denen das System wirklich als Mittel der Kriegsverhütung und der Wiederherstellung des Friedens unparteiisch angewendet werden kann, wird es kaum etwas anderes sein als das Rote Kreuz der Politik, ein juristisch-militärisch-wirtschaftlicher Apparat zur Linderung der Kriegsgefahren und ihrer Folgen. Deshalb werden die Völker bald einsehen, daß ein solches System kein Gesetz schaffen kann, dem sie sich sorglos anvertrauen dürfen, und ihre Regierungen werden diese Einsicht verwerten, um ihre gegeneinander gerichteten nationalen Interessen noch wirksamer in den Friedensapparat einzubauen. Und so wird eines Tages die große Wüstenwanderung der Geheimräte in das gelobte Land der Friedenssicherungen beginnen, und es werden die einen hinter der Feuersäule der Sanktionen des Artikels 16 und die anderen hinter der Bundeslade der Kriegsverhütung des Artikels 11 einhermarschieren und durch das Riesensieb der sechs Paktartikel, dessen Löcher sie unaufhörlich auszufüllen trachten, immer wieder den feinen Staub der endlosen Wüste rieseln lassen, auf der sie sich dahin bewegen. In einiger Entfernung aber, hinter ihnen, hoch zu Roß, mit wachsamem Blick, traben die robusten Generalstäbe daher, stets bereit, den eifrigen Forschern mit ihren eigenen uralten Methoden der Friedenssicherung auszuhelfen.

Da die Artikel 11 bis 17 nicht restlos den Krieg verdammen,

dürfen sie auch — und das ist die schlimmste aller Lücken — an keiner Stelle mitteilen, warum der Krieg verdammenstwert ist. Der Pakt verzichtet damit auf seine wichtigste Aufgabe: erweitert nur das Völkerrecht, aber nicht die Völkermoral. Er schafft keine Friedensgesinnung, erweckt kein Grauen und keinen Abscheu vor dem Krieg, reißt den Gedanken an den Krieg nicht aus unseren Gehirnen und Herzen, nicht aus unseren ererbten Gewohnheiten. Niemals rüttelt er uns auf, niemals erschüttert er uns. Nirgends mahnt er uns an den Sinn des Wortes Krieg, erinnert nirgends daran, daß dieses Wort Barbarei bedeutet, daß es namenloses Unglück für die Völker und die Einzelwesen heißt, daß es mit Menschenblut geschrieben wird, das durch Menschen vergossen wird, daß es Kollektivmord ist und Einzelmord. Die Artikel 11 bis 17 des Paktes führen das Wort Krieg mit derselben Ruhe und Selbstverständlichkeit an, wie die Handbücher der Militärs, und nur in einem einzigen Artikel, im Artikel 11, steht dünn und bescheiden das Wort Friede.

Aber noch tragischer fast wird es sein, daß der Pakt keine Freude am Frieden aufkommen läßt. Was kann auch der beste Apparat nützen, solange nicht in ihm eine Vorrichtung eingebaut ist, die im Frieden die Gerechtigkeit sicherstellt? Was könnten auch die ergreifendsten Deklamationen gegen den Krieg helfen, solange der Abscheu vor dem Krieg immer noch durch den Abscheu vor dem Unrecht neutralisiert und überwunden werden kann? Wenn die Völker das Wort „Friede“ aussprechen, möchten sie es mit voller Stimme deklamieren, möchten sie es groß und gewaltig anschwellen lassen. Aber wenn sie sich über den Pakt neigen, werden sie verwirrt und unsicher, und dann meinen sie niemals denselben Frieden. Jedesmal, wenn sie gemeinsam den neuen Apparat zur Erhaltung des Friedens handhaben wollen, werden sie einander mit Mißtrauen ansehen. Immer werden die Sieger davor bangen, daß ihnen der Friede, der ihr

Sieg ist, irgendwie erschüttert oder gefährdet wird, in den Sicherungen für den Frieden nur ihre Sicherungen sehen und, sobald sie doch irgendwo eine unvermeidliche, allgemeingültige Regel entdecken, nach neuen, für ihre eigenen Bedürfnisse günstigeren Garantien suchen. Immer werden die Besiegten sich innerlich gegen den Gedanken sträuben, daß der Friede, den auch sie ersehnen, den sie mehr noch als alle anderen brauchen und den sie mit ihren armseligen Machtmitteln nicht brechen können, gleichzeitig den bestehenden, von ihnen aus ganzem Herzen verabscheuten Zustand der Niederlage verewigen soll, und werden daher heimlich daran interessiert sein, die Festigung des Friedenswerkzeuges zu hintertreiben. Mit unaufrichtigem und unreinem Herzen halten die Völker Wache vor dem Frieden ihres Paktes: Die einen von unruhigem Starrsinn und blinder Rechthaberei erfüllt, die anderen voll von innerer Auflehnung und dumpfer gefährlicher Hoffnung. Sie stehen zu beiden Seiten einer dünnen, durchlöcherten und zwiefach bemalten Wand, durch die hindurch sie einander belauschen und belauern. Von der ersten Stunde an vergiftet die Lüge den neuen Bund. Sie ist die Erbsünde, die er mit sich schleppen muß.

Aber mitten hineingestreut in das wichtigtueriesche Geklapper der enttäuschenden Friedensartikel des Paktes, als seine vielleicht schönste Verheißung, steht der kurze Artikel 14, der das letzte große Wort des Pariser Paktes enthält, das Wort vom Ständigen Internationalen Gerichtshof oder dem Weltgericht, wie die Deutschen bald pathetisch sagen werden, das fast alle früheren Völkerbundentwürfe, alle vor dem letzten Kriege wirkenden pazifistischen Organisationen verlangt hatten, das die Haager Konferenz nicht zu schaffen vermochte, das die deutschen, österreichischen und ungarischen Völkerbundvorschläge im Verlaufe der Friedenskonferenz mit Recht als das wichtigste Problem der

gesamten Völkerbundgründung erkannten, das aber Wilson ohne seinen großen Landsmann Elihu Root völlig vergessen hätte. Artikel 14 schafft allerdings noch nicht den Gerichtshof, aber er bestimmt, daß der Rat seine Satzung ausarbeiten und den Völkerbundmitgliedern vorlegen möge, weist der künftigen Schöpfung alle jene internationalen Streitfälle zu, die ihm die Parteien unterbreiten wollen, und erteilt ihm die Befugnis, Gutachten über alle Fragen abzugeben, die der Rat oder die Versammlung zu stellen wünschen. Allerdings entspricht es der übrigen Unvollkommenheit des im Pakt errichteten Friedenssystems, daß kein unmittelbarer Zwang zur Anerkennung der neuen Gerichtsbarkeit geschaffen wird. Freiwillig nur werden die Staaten die Verpflichtung zu einer solchen Anerkennung in von ihnen selbst bemessenen Fristen und unter von ihnen selbst zu bestimmenden Vorbehalten übernehmen. Auch beim Bau des stattlichen Haager Gebäudes wird man zunächst eine Fassade herstellen, hinter der die Anarchie des internationalen Lebens sich weiter tummeln kann. Aber trotzdem kann sie eine der wenigen Wirklichkeiten in der Illusion des Völkerbundes werden. Von ihr muß der moralische Antrieb ausgehen, der schließlich zum Weiterbauen zwingt. Sie ist die große Hoffnung des Paktes, die seine Sünden überwinden soll.

Nachdem der Pakt in den Artikeln 1 bis 7 den Völkerbund unzulänglich organisiert, in den Artikeln 8 und 9 die für die Schaffung eines Friedenszustandes wesentliche Frage der Abrüstung unzulänglich behandelt, die grundlegende Frage der politischen Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit der Mitgliedstaaten im Artikel 10 in einer für den dauernden Frieden verhängnisvollen Weise geregelt, in den Artikeln 11 bis 17 nur bescheidene Möglichkeiten eines Verfahrens für die Erhaltung des Friedens aufgestellt hat, kehrt er zu seinen Anfängen zurück, um in den Artikeln 18, 19 und 20 einige wesentliche Grund-

probleme des völkerbundlichen Zusammenlebens zu erörtern. In Artikel 18 macht er den Versuch, den schon in der Präambel ausgesprochenen, von Wilson in seinen Kundgebungen immer wieder verfochtenen Grundsatz der Öffentlichkeit aller Beziehungen unter den Staaten praktisch zu verwirklichen: „Jeder Vertrag oder jede internationale Verpflichtung, die in Zukunft von irgendeinem Völkerbundmitglied abgeschlossen wird, soll sogleich beim Völkerbundsekretariat eingetragen und von diesem so bald wie möglich veröffentlicht werden. Keiner dieser Verträge oder keine dieser internationalen Verpflichtungen ist bindend, solange er nicht eingetragen ist.“ Eine wichtige Bestimmung, die, gewissenhaft ausgeführt, größte Bedeutung erlangen kann. Aber kann es genügen, daß der Pakt nichteingetragene Verträge als nicht bindend erklärt, um zu verhindern, daß solche Verträge abgeschlossen und von den Beteiligten als bindend betrachtet werden? Und ist außerdem Geheimdiplomatie unbedingt mit Geheimvertragspolitik gleichzusetzen? Zerstreut die Präambel das alte Dunkel, das zu der hergebrachten Technik des diplomatischen Verkehrs unter den Regierungen gehört? Jede Regierung kann der Völkergemeinschaft, ja ihrem eigenen Volke den Stand ihrer auswärtigen Beziehungen, die ja durchaus nicht nur in fertigen Verträgen ihren Ausdruck finden, verheimlichen. Vor allem aber: Genügt es, daß die Verträge eingetragen und veröffentlicht werden, wenn nicht eine Regel, der sich alle beugen müssen, Inhalt und Tendenz der Verträge bestimmt? Glücklicherweise sucht der wichtige Artikel 20 unsere Sorge zu beschwichtigen! „Alle Mitglieder des Bundes“, so sagt er, „erkennen an, daß der Pakt alle Verpflichtungen und Einzelvereinbarungen ungültig macht, die mit seinen Bestimmungen unvereinbar sind, und sie verpflichten sich feierlich, von nun an keinerlei Verpflichtungen einzugehen, die mit diesen Bestimmungen unvereinbar sind. Wenn vor seinem Eintritt in den Völkerbund ein

Mitglied Verpflichtungen eingegangen ist, die mit den Bestimmungen des Paktes nicht im Einklang stehen, ist es seine Pflicht, sofort die notwendigen Schritte zu ergreifen, um sich von solchen Verpflichtungen loszusagen.“ Wieder dürfen wir hoffen, denn hier gibt man uns eine überaus bedeutsame Ergänzung zu Artikel 18. Mehr als das: Hier ertönt eine ernste Mahnung zur Beobachtung der Verpflichtungen und des Geistes des Völkerbundpaktes bei der Führung der Außenpolitik durch die einzelnen Regierungen. Aber auch hier und fühlbarer noch als beim Artikel 18 vermissen wir die Erläuterung, die eine Umgehung der Bestimmungen unmöglich machen oder erschweren kann, fehlen Angaben über die Überwachung des neuen Gebotes und die Sanktionen im Falle seiner Überschreitung. Wir müssen uns auf das Pflichtgefühl der Mitgliedstaaten und vor allem der Organe des Bundes, des Rats, der Versammlung und des Sekretariats verlassen, in deren Hand die Artikel 18 und 20 gelegt sind. Wie eine Staatsverfassung der Einzelgesetzgebung bedarf, so fordern auch die Bestimmungen des Paktes praktische Ergänzungen durch die neu ins Leben gerufenen internationalen Organe. Sollten nach den ersten Jahren der Tätigkeit des Bundes die Artikel 18 und 20 nicht ergänzt, nicht verbessert, nicht praktisch durchgeführt worden sein, so wird das vor allem bedeuten, daß die Methoden, die sie überwinden wollen, weiter herrschen, vielleicht weiter herrschen müssen, weil andere Bestimmungen des Paktes sie stärken und fördern.

In der Tat: schon steht der nächste Artikel bereit, um die Erwartungen etwas herabzudrücken, zu denen Artikel 20 berechtigen konnte. Verbieteret der eine den Abschluß von Verträgen, die nicht den Bestimmungen des Paktes entsprechen, so fügt der andere schnell hinzu, „daß internationale Verpflichtungen wie Schiedsgerichtsverträge und regionale Vereinbarungen, wie die Monroe-Doktrin, die die Aufrechterhaltung des Friedens sichern sollen“,

durch den Pakt nicht ihre Gültigkeit verlieren. Was besagt diese seltsame Bestimmung? Wir wissen, daß Wilson unter dem Druck der öffentlichen Meinung seines Landes und aus Furcht vor dem Senat, ohne ihn später mit seinem verhängnisvollen Zugeständnis besänftigen zu können, durch eine formelle Ausnahmebestimmung zugunsten der rätselhaften und niemals klar definierten Monroe-Doktrin Amerika innerhalb des Völkerbundsystems eine Sonderstellung sichern wollte. Frankreich widersetzte sich lange einer derartigen Durchlöcherung des Paktes, in der es eine Durchlöcherung der Garantiepfllichten Amerikas den europäischen territorialen Verhältnissen gegenüber, also eine Abschwächung des Artikels 10 sah, an den der amerikanische Einwand ursprünglich angereicht werden sollte. Aber für Wilson war die Einfügung eine Lebensfrage. Beharrlich setzte er diesmal seinen Willen durch. Jedoch der Monroe-Vorbehalt erhielt eine so merkwürdig unklare Fassung, daß er nicht mehr als eine Durchlöcherung des Artikels 10, sondern als eine Durchlöcherung des Artikels 20, als eine Einschränkung des Verbotes der mit dem Pakt unvereinbaren Sonderverträge wirkte und gerade von seinen früheren Gegnern in diesem Sinne nutzbar gemacht werden wird...

Eingezwängt in diese zum Teil verheißungsvolle, zum Teil enttäuschende Gruppe der Artikel, die eine Regel für die Vertragspolitik der Bundesmitglieder aufstellen wollen, aber gleichzeitig aus Grundfragen des Völkerbundes nur lose Randbemerkungen des Völkerbundpaktes machen, findet nun schmal und blaß als Artikel 19 der kümmerliche Rest des alten, zusammengeschrumpften Artikels 10 seinen einsamen Platz, um über der erstarrten Welt die Hoffnung auf eine irgendwie und irgendwann einsetzende Bewegung schimmern zu lassen. Man hat ihn von Artikel 10 getrennt, zu dem er gehört. Man hat ihn aber auch nicht in die Mitte der Artikel 11 bis 17 gesetzt, zu denen er gehören könnte. Er steht abseits von den Grundgedanken des Paktes, und da, wo er steht,

und so, wie er gefaßt ist, kann er nicht zu den großen Worten des Paktes zählen. Immerhin er ist da, und auch kleine Worte können eines Tages mit großer Stimme gesprochen werden. Noch rüttelt er nicht an der häßlichen Welt des Bundes, denn seine Nutznießer verpflichtet er zu nichts. Aber schon rüttelt er an der häßlichen Gesinnung, die diese Welt schuf und regiert, denn er berechtigt ihre Opfer, Klage zu erheben und die Frage der Friedenserhaltung nicht nur unter juristischen, auch unter politischen und moralischen Gesichtspunkten zu erörtern. Er reicht nicht aus, um den Völkerbund zu festigen, wenn die siegreichen Mächte es nicht wollen. Aber schon, wenn sie nicht vernünftiger und mutiger werden, mag er ausreichen, um ihn zu sprengen.

„EINE HEILIGE KULTURAUFGABE“

Die letzte Strecke des Weges liegt vor uns. Noch fünf Artikel, und das Papier hat uns sein Geheimnis offenbart. Aber wieviel ist noch zu ordnen, wieviel noch zu schaffen! Nur fünf Artikel, und der Weltbau soll vollendet sein.

Lehnen wir uns einen Augenblick zurück, während der Pakt in unseren Händen knistert. Nehmen wir an: Die Artikel 1 bis 21 hätten uns befriedigt. Träumen wir: Der Geist des Friedens beherrscht die Nationen der Kulturwelt. Nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung haben sie ihr Leben organisiert, ihren Besitz gerecht gegeneinander abgegrenzt und sich ohne Vorbehalt der Entscheidung gerichtlicher Instanzen unterworfen. Wäre damit der Weltfrieden gesichert, die Abkehr von dem uralten Gedanken der Herrschaft der einen über die anderen vollzogen? Würde nicht immer noch der Völkerbund in seinen Anfängen wurzeln, immer noch christliche Republik, europäisches Konzert oder abendländische Kulturgemeinschaft sein? Aus dem Kreis der internationalen Solidarität bleibt weiterhin der ungeheure Teil der Menschheit ausgeschlossen, den man früher heidnisch nannte, jetzt als unzivilisiert bezeichnet. Denn die Welt der Artikel 1 bis 21 umfaßt nur die freien und sich selbst regierenden Länder. Die unterjochten und ausgebeuteten, noch nicht entwickelten oder noch nicht entwicklungsfähigen Völker, die im Laufe der

Geschichte von den Mächtigen „kolonisiert“ oder „beschützt“ wurden, stehen außerhalb des völkerbundlichen Zusammenlebens. Sie gehören weder zu den Signatarmächten noch zu den eingeladenen Staaten, noch zu jenen Ländern, die eines Tages mit Zweidrittelmehrheit in den Bund aufgenommen werden können, nicht einmal zu den Nationen, die Artikel 17 in das Friedensgesetz eingreifen will. Unbekannt und unbenannt, die Sklaven neben den Bürgern der Welt, werden sie mitgeschleppt im Troß der anerkannten Mächte des eingeführten Konzerns.

Aber muß nicht auch das Verhältnis der hochentwickelten zu den weniger entwickelten Völkern, das in Wahrheit oft nur das Verhältnis von erobernden zu unterworfenen Völkern ist, in einem als universell gedachten Völkerbund geklärt werden? Ja, kann man die Beziehungen unter den Nationen der abendländischen Kultur dauernd regeln — auch wenn man in ihren Kreis jene exotischen Nationen aufgenommen hat, die sich die Machtmittel des Abendlandes beizulegen wußten —, solange nicht auch ihre Beziehungen zu den anderen Rassen geregelt sind? Bereiten sich nicht gerade im Schoße jener Rassen die Gefahren vor, denen eine internationale Ordnung vorbeugen soll, und bietet die Unklarheit ihrer Rechte nicht den verhängnisvollen Vorwand für das Weiterleben des Machtgedankens überhaupt, für das Beibehalten der Feuerwaffen, die dann auch wieder unter den Herrenvölkern losgehen können? Man kann nicht den Schiedsgedanken zwischen Franzosen und Spaniern pflegen, wenn es gleichzeitig zwischen ihnen und den Marokkanern keine anderen Mittel zur Regelung der Streitigkeiten gibt als Maschinengewehre und Flugbomben.

Zugegeben: Der letzte Weltkrieg konnte das riesenhafte Problem des Zusammenlebens der Herrenrassen mit den unterworfenen Völkerschaften nicht lösen. Zugegeben: Auch der bessere Völkerbund, den Wilson erträumte, hätte keine volle Lösung gebracht. Aber konnte der Völkerbund der Nationen noch nicht der

Völkerbund der Rassen werden, blieb weiter das Verhältnis der einen Welt zu der anderen durch den machtpolitischen Begriff der Kolonialpolitik bestimmt, so konnte wenigstens der Völkerbund selbst eine Kolonialpolitik entfalten. Die einzige moralische Rechtfertigung, auf die sich neben dem nackten Nationalinteresse die kolonialpolitische Betätigung der einzelnen Regierungen beruft, nämlich das Bestreben, in den unzivilisierten Gebieten der Welt den Frieden zu sichern und die kulturelle Vormundschaft über unmündige Völker auszuüben, mußte international vertieft und damit über dem zweifelhaften nationalen Verantwortungsgefühl der einzelnen Regierungen eine tatsächliche internationale Verantwortung errichtet werden.

War die Aufgabe beschränkt, so war sie vielleicht um so leichter durchzuführen. Längst lagen gerade für diejenigen, die das Problem nicht in seiner ganzen Tiefe anfassen wollten, die zeitgemäßen international zu behandelnden Einzelfragen für eine Regelung bereit. Jeder Zeitungsleser wußte im Jahre 1919, daß die herkömmliche Kolonialpolitik, genau wie das Wetttrüsten, eine der größten Gefahren für den Frieden war. Ein großer Teil der Kriege der Vergangenheit war aus dem kolonialen Wettbewerb hervorgegangen, und auch der Ursprung des Weltkrieges ließe sich auf die Eroberung Lybiens durch Italien zurückführen. Jeder Zeitungsleser wußte vor dem Kriege und während des Krieges, daß Kolonialfragen immer Wirtschaftsfragen ersten Ranges sind und die Probleme der Rohstoffbeschaffung, der Unterbringung der Bevölkerungsüberschüsse, der offenen Tür in den Kolonien und Schutzgebieten an erster Stelle unter den internationalen Sorgen stehen. Längst auch war der Schutz der Kolonialbevölkerungen gegen die Ausbeutung durch die Behörden und den Privatkapitalismus, ihre sittliche, materielle und geistige Hebung, die Erhöhung ihrer politischen Rechte als ein internationales Problem erkannt worden.

Wird der Wilsonsche Pakt ein Mindestprogramm völkerbundlicher Kolonialfürsorge aufbringen? Als der amerikanische Präsident seine vierzehn Punkte proklamierte, begnügte er sich damit, im fünften Punkt einen „freien, offenherzigen und völlig unparteiischen Ausgleich aller kolonialen Ansprüche“ zu fordern, der „auf der genauen Beobachtung des Grundsatzes beruhen müsse, daß bei der Bestimmung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betreffenden Bevölkerungen ebenso sehr ins Gewicht fallen müssen wie die gerechten Ansprüche der Regierungen, deren Rechtstitel zu klären sind“. Das war eine blasse und gezwungene Formel, die mehr der Verlegenheit, die das Kolonialproblem dem Verkünder des Völkerbundes und des alliierten Sieges einflößte, als der zielbewußten Erkenntnis von der Notwendigkeit einer auf internationale Solidarität gestützten Kolonialpolitik entwuchs. Tiefer — wenn auch nicht in das Problem des künftigen Miteinanderlebens der Rassen, sondern nur in die kolonialpolitische Aufgabe der Zeit — drang der verspätete deutsche Entwurf eines Völkerbundpaktes ein, der ziemlich restlos die Fragen anführte, die ohne grundsätzliche Umwälzung der bisherigen kolonialpolitischen Gesinnung einer internationalen Behandlung zugänglich sind. Er forderte „eine internationale Ordnung“ auf folgenden Gebieten: „Schutz der Eingeborenen gegen Sklaverei, Alkohol, Waffen- und Munitionshandel, Volksseuchen, Zwangsarbeit und Zwangsenteignung, Fürsorge für Gesundheit, Erziehung und Wohlstand der Eingeborenen, Sicherung der Gewissensfreiheit, Sicherung des Friedens durch Neutralisierung der Kolonialgebiete und durch Verbot der Militarisierung.“ Er verlangte „die freie Religionsausübung der in den Völkerbundstaaten anerkannten Religionsgemeinschaften“. Er wollte den „Angehörigen aller Völkerbundstaaten die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung“ gewährleisten und vor allem zur Ausführung und Überwachung all dieser Bestimmungen ein

„Weltkolonialamt“ einsetzen, mit der besonderen Aufgabe, durch Beauftragte des Völkerbundes „*in jeder Kolonie*“ die Innehaltung der Vorschriften des Bundes zu überwachen. Mit dem letzten Satz erfaßte der deutsche Entwurf beinahe die große kolonialpolitische Übergangsaufgabe des besseren Völkerbundes: die Überführung aller Kolonialherrschaft aus dem Machtbereich der einzelnen Länder an die Gesamtheit der im Völkerbund vereinten Nationen.

Einen Augenblick lang sieht es so aus, als ob Artikel 22, der längste aller Artikel des Pariser Paktes, mit seinen neun Paragraphen uns in ähnliche Gedankengänge einführen wollte. Bestimmte „Grundsätze“ sind, so sagt er, auf bestimmte Kolonien und Gebiete anzuwenden, die „von Völkern bewohnt werden, welche noch nicht befähigt sind, sich selbst innerhalb der besonders schwierigen Bedingungen der modernen Welt zu lenken“. Er fügt hinzu, daß „das Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker eine heilige Kulturaufgabe bildet und daß in den gegenwärtigen Pakt Bürgschaften für die Erfüllung dieser Mission aufzunehmen sind“. Solche vernünftige Beteuerung einer internationalen Verantwortung für die weniger entwickelten Völker und der nicht übel formulierte Gedanke der völkerbundlichen Vormundschaft könnten unseren Beifall finden. Aber ach, an der Spitze steht die trockene Bemerkung: „Die folgenden Grundsätze sind auf die Kolonien und Gebiete anzuwenden, die als Folge des Krieges aufgehört haben, unter der Souveränität der Staaten zu stehen, die sie vorher regierten.“ Also nicht alle Kolonialgebiete, nicht alle Völker, die sich noch nicht selbst lenken können, nur einige, die ihren bisherigen Herrschern entzogen worden sind, sollen Gegenstand der heiligen Kulturaufgabe werden? Was kann das unter dem Gesichtspunkt eines Völkerbundes bedeuten? Dürfen wir, während wir von neuem die Zerklüftung eines Grundgedankens der internationalen Organisation beklagen müssen, immerhin hoffen, daß wenigstens für den willkürlich ausgewählten Teil des

Kolonialgebietes der Welt völkerbündliche Grundsätze aufgestellt werden, wenigstens teilweise eine Kolonialpolitik des Völkerbundes entsteht, die dann eines Tages verallgemeinert werden könnte? „Die beste Methode“, so beantwortet Artikel 22 in seinem zweiten Absatz unsere Frage, „um diesen Grundsatz“ — den Grundsatz des Wohlergehens und der Entwicklung dieser Völker, der eine heilige Kulturaufgabe bildet — „praktisch zu verwirklichen“, besteht darin, daß die Vormundschaft über diese Völker *den entwickelten Nationen anvertraut wird*, die infolge ihrer Hilfsquellen, ihrer Erfahrung, ihrer geographischen Lage am besten imstande sind, diese Verantwortung zu tragen, und die bereit sind, sie zu übernehmen; sie würden diese Vormundschaft in der Eigenschaft von Beauftragten — Mandatare sagt der Pakt — „und im Namen des Völkerbundes ausführen“.

Halten wir einen Augenblick inne: Im Absatz 1 des Artikels 22 schenkt man uns einen allgemeinen Grundsatz: Eine heilige Kulturaufgabe soll allerdings nur auf bestimmte Kolonialgebiete angewandt werden. In Absatz 2 erfahren wir, daß die Gebiete nicht vom Völkerbund, sondern nur in seinem Namen von gewissen Mächten, die hierfür besonders geeignet sind, verwaltet werden sollen. Eine merkwürdige, sicher recht unklare Lösung. Sie sieht gezwungen aus, ist von keinem allgemein gültigen Gedanken getragen, und ihre Zweckmäßigkeit ist ohne besondere Erklärungen nicht zu verstehen.

Welches sind, so fragen wir in der Tat zunächst, die Gebiete, denen der Völkerbundpakt ein besonderes Verwaltungssystem beschert? Welche sind die Regierungen, deren Souveränität über diese Gebiete plötzlich aufgehört hat? Welches sind die zu ihrer Verwaltung berufenen anderen Regierungen? Sind jene Kolonien besonders unglückliche und reformbedürftige Landstriche, für die man dringend aus humanitären Gründen ein neues Verwaltungssystem schaffen mußte? Waren die entthronten Regierungen

besonders unbefähigt für Aufgaben der Kolonialverwaltung? Sind die neubeauftragten Regierungen besonders befähigt, und zwar so befähigt, daß man ihnen und nicht unmittelbar dem Völkerbund das Mandat übertrug? Vergebens suchen wir in den folgenden Absätzen des Artikels 22 die notwendige Antwort auf diese notwendigen Fragen. Nur einige unbestimmte Worte und Sätze: „gewisse Gemeinwesen, die früher dem Ottomanischen Reich angehörten“, dann „Zentralafrika“, — hierauf „Südwestafrika“, später „gewisse Inseln im australischen Stillen Ozean“, lassen unbestimmte Vermutungen über einige der in Frage kommenden Gebiete, einige der früheren Besitzer, aber keinerlei Kenntnis über die neuen Verwalter, vor allem kein Erfassen des Problems, seiner Bedeutung und seines Umfanges zu. Es hilft uns nichts, im Pakt zurück oder vorwärts zu blättern. Aus dem Gesetz der Nationen wird uns keine Erleuchtung zuteil. In Ermangelung eines völkerbundlichen Grundsatzes wird nur die Kenntnis gewisser politischer Tatsachen es uns ermöglichen, das neue System zu begreifen. Wieder sind wir gezwungen, den Versailler Vertrag, dessen erster Teil Völkerbundpakt heißt, zu Hilfe zu rufen und seinen Zusammenhang mit dem Pakt aus den Ereignissen während des Krieges und der sogenannten Friedenskonferenz zu ergründen.

Und nun erfahren wir in Ergänzung zu den unklaren Redensarten des Artikels 22, in denen nur hier und da einige geographische Begriffe herumschwimmen, die merkwürdigsten Dinge. In einer Reihe von Geheimabmachungen haben die Alliierten während des Weltkrieges das türkische Reich und die deutschen Kolonien unter sich verteilt. Wilson aber griff den Gedanken einer Mandatsherrschaft des Völkerbundes auf — den der südafrikanische General Smuts in die Völkerbundprojekte hineintrug, aber auf russische, österreichische und türkische Gebiete angewandt wissen wollte —, um die Annexion früherer türkischer und deut-

scher außereuropäischer Gebiete zu verhindern und sie trotzdem den bisherigen Besitzern abzunehmen. Auch er dachte nicht daran, ein Völkerbundmandatsystem für alle Kolonialgebiete oder alle Länder mit rückständiger Bevölkerung aufzurichten, sondern ihm kam es nur darauf an, eine Gemeinschaftsherrschaft der im Völkerbund zusammengeschlossenen Staaten über die außereuropäischen Überbleibsel der besiegten Länder zu organisieren. War diese Lösung gerechter und moralischer als die glatte Annexionspolitik, die sie verhindern wollte? Man darf vielleicht sagen, daß, so heldenmütig der Präsident gerade in diesem Falle seine Stellung verteidigte, weil er sie irrtümlicherweise für völkerbündlich hielt, die Lösung der Alliierten ehrlicher war als die seine. Schließlich triumphierte Wilson, wie so oft, in der Form, während die Alliierten in der Sache den Sieg davontrugen. Die offene Annexion wurde verhindert, eine Art Mandatsystem über die früheren türkischen und deutschen außereuropäischen Gebiete aufgerichtet, aber das Mandat den Mächten übertragen, die sich durch Eroberung oder durch Geheimverträge bereits die Herrschaft über den geraubten Besitz Deutschlands und der Türkei gesichert hatten. Das Ergebnis dieses annexionistischen Schachers ist der Artikel 22, der hinterher so tut, als wäre er das Ergebnis von Beratungen über die Aufgaben eines Völkerbundes. In Wahrheit wurde interalliiert geteilt und völkerbündlich geredet. Den Deutschen wirft man den Versailler Vertrag auf den Tisch. Im Teil IV, Artikel 119, lesen sie den brutalen Satz: „Deutschland verzichtet zugunsten *der alliierten und assoziierten Mächte* auf alle seine Rechte und Ansprüche auf seine überseeischen Besitzungen.“ Über das Schicksal ihrer abgetretenen Kolonialgebiete aber entdecken sie kein Wort. Was wird im einzelnen aus diesem mit Liebe und Fleiß gepflegten und mit Heldenmut verteidigten überseeischen Reich? Im Teil I des Versailler Vertrages, Artikel 22, unter der Rubrik Völkerbund, können sie die Antwort lesen, nämlich, daß diese

Besitzungen im Interesse einer „heiligen Kulturaufgabe“ im „Namen des Völkerbundes“ von gewissen „entwickelten Nationen“, deren Namen nicht angegeben sind, „verwaltet werden“. Wer sind diese Nationen? Es sind dieselben Mächte, an die im Artikel 119 der Besitz abgetreten werden mußte! Unter dem Namen Völkerbund finden die Beraubten vorn im Pakt als Völkerbundmandat der „entwickelten Nationen“ das Eigentum wieder, das ihnen hinten im Vertrag von den Alliierten weggenommen worden ist. Und ähnlich ergeht es der Türkei. Die Absätze 1 und 2 des Artikels 22 sind nichts anderes als ein freches und gleichzeitig törichtes Zauberkunststück, das die Taschen der einen leert, die der anderen füllt und dazu etwas Musik macht. Der Völkerbund steht dabei wie der Theaterdiener neben dem Jongleur. Obgleich in seinem „Namen“ die eroberten Gebiete verwaltet werden, läßt er es zu, daß die Alliierten selbst bestimmen, welcher Staat welches Gebiet bekommt, und zuckt hochmütig die Achseln, wenn die Geprellten feierlich bei ihm protestieren.

Hat er einmal seinen guten Namen zu dem Schwindel hergegeben, braucht er sich in Kleinigkeiten nicht mehr zu zieren. Ohne jede Scheu, mit dem Tone vollendeter Sachlichkeit, rechtfertigt Artikel 22 in den folgenden Absätzen mit angeblich allgemeinen Grundsätzen die verschiedenen Formen, die die Alliierten für die Annexion der den Deutschen und Türken abgenommenen Gebiete unter dem Gesichtspunkt ihrer Interessen und der bestehenden Möglichkeiten gewählt haben. „Der Charakter des Mandats muß“, so heißt es wohlwollend „nach dem Entwicklungsgrad des Volkes, der geographischen Lage des Gebiets, seiner wirtschaftlichen Bedingungen und anderer ähnlicher Umstände ein verschiedener sein.“ Und nun erfindet man verschiedene Gruppen, die später in der phantasielosen pedantischen Sprache der Völkerbundbürokratie die Mandate A, B und C heißen werden. Die A-Mandate sind, wie sich später im einzelnen heraus-

stellt, die türkischen Provinzen, denen eine gewisse „nationale“ Existenz zuerkannt wird und die mit den „Ratschlägen“ und der „Hilfe“ eines Mandatstaates verwaltet werden sollen, bis sie zur „Selbständigkeit“ reif sind: Palästina, das unter englischem „Mandat“ steht und infolge einer von England während des Krieges eingegangenen Verpflichtung den Juden eine nationale Heimstätte sichern soll; Mesopotamien oder Irak, das die Engländer einfach durch einen Vertrag mit dem König dieses Landes an sich ketten und dessen Zugehörigkeit zum Mandatsystem eine bloße Fiktion ist; Syrien und der Libanon, die als französisches Mandatgebiet gelten. Zu B-Mandaten wird man die meisten deutschen Kolonien in Afrika erklären: Kamerun und Togo werden unter Frankreich und England geteilt, Deutschostafrika kommt unter dem Namen Tanganyika an England, aber ein Teil dieser Kolonie wird auf Grund späterer Verhandlungen unter dem Namen Ruanda-Urundi an Belgien weitergegeben. Zu C-Mandaten wird der Rest des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika degradiert: Deutsch-südwestafrika, das die Südafrikanische Union erhält, Deutsch-Samoa, das an Neuseeland, die Insel Nauru, die an das gesamte Britische Reich, die anderen deutschen Besitzungen im Stillen Ozean südlich vom Äquator mit Deutsch-Neuguinea, die an Australien, die nördlichen Inseln, die an Japan kommen. Der Unterschied zwischen den B- und C-Mandaten, die beide gewisse Wohlfahrts- und Schutzbestimmungen für die Eingeborenen enthalten, besteht darin, daß die Kategorie B noch gewisse Einschränkungen der Hoheitsrechte der Mandatmacht vorsieht, wie das Verbot der Befestigung, Errichtung von militärischen Stützpunkten und der militärischen Ausbildung der Eingeborenen — außer für die Verteidigung des Gebietes —, und die wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle Mitgliedstaaten des Bundes anerkennt, während es von den C-Mandaten einfach heißt, „daß sie nicht besser verwaltet werden können als unter den Gesetzen der

Mandatmacht, als integrierender Bestandteil ihres Gebietes...“ Da jedoch der Völkerbund äußerlich seine falsche Vormundschaftsrolle über die Kolonialvölker irgendwie bekunden muß, weist ihm Artikel 22 eine Reihe von Aufgaben zu. Der Rat hat, wie es zynisch heißt, „falls der Grad der Autorität, der Kontrolle und der Verwaltung durch die Mandatmacht nicht vorher von den Mitgliedstaaten geregelt ist, in jedem besonderen Falle hierüber ausdrücklich zu befinden“, was jedoch nicht notwendig wurde, da die alliierten und assoziierten Hauptmächte die Vorschriften der Mandatverwaltung, allerdings nicht ohne Schwierigkeiten, vorher unter sich ausmachten und der Rat sie nach leichten Abänderungen genehmigte. Ferner hat der Rat jährlich die Berichte, die von den Mandatmächten über ihre Tätigkeit vorzulegen sind, zu prüfen und zu diesem Zweck einen ständigen Ausschuß einzusetzen, der ihm bei allen Fragen, die in die Mandatausübung fallen, berät. Damit erschöpft sich das Kolonialprogramm des Völkerbundes. Abgesehen von der Aussicht auf spätere „Selbständigkeit“ der Mandatgebiete A und von einigen Schutzbestimmungen für die Eingeborenen der früheren deutschen Kolonien, die sich gegen den Sklavenhandel, Waffenhandel, Alkoholhandel richten und Gewissens- und Religionsfreiheit sichern sollen, sowie von einem Satz im Artikel 23, der unter verschiedenen allgemeinen Aufgaben des Völkerbundes die Verpflichtung zu gerechter Behandlung der Eingeborenen aufführt, sind die Kolonialvorschriften des Paktes im ausschließlichen Interesse der Eroberungs- oder Einflußpolitik einiger Mächte abgefaßt. Der Völkerbund übernimmt es in seinem Pakt, anstatt ein allgemein gültiges Gesetz über Kolonialpolitik aufzurichten, die kolonialen Vereinbarungen einiger siegreicher Mächte zu decken. Wenn er später einige Beschränkungen ihrer Souveränität, die sie selbst eingegangen sind und die er nur registriert, überwacht, so will er damit nicht einer

allgemeinen neuen Kolonialpolitik den Weg bahnen, sondern nur den Mächten das Geschäft erleichtern, das sie angesichts des Widerstandes Wilsons mit einer unverfälschten Eroberungspolitik nicht machen konnten. Die deutsche Entwaffnung war im Versailler Vertrag wenigstens als Vorbereitung zu einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen motiviert worden, und wenn der Völkerbundpakt seine eigenen Abrüstungsbestimmungen auch nur zaghaft formulierte und zunächst von einem Zustand völliger Ungleichheit im Rüstungsstand ausging, enthielt er doch immerhin das Versprechen der allgemeinen Abrüstung und überließ es den Mitgliedstaaten, auf seine Einhaltung zu dringen. In der Kolonialfrage aber entwürdigt er den Völkerbund rücksichtslos zum Komplizen einiger Regierungen und verzichtet er sogar auf den Versuch, aus dem Vorteil, den er den einen auf Kosten der anderen zubilligt, eine allgemeine Zukunftsaufgabe abzuleiten. So ist im Artikel 22 weder das Kolonialproblem, noch überhaupt ein Völkerbundproblem behandelt worden. Artikel 22 bürdet dem Bund eine Sonderaufgabe auf, die außerhalb des allgemeinen Interesses liegt, die Gestaltung und Erhaltung des Friedenszustandes nicht fördert, keinen Fortschritt der internationalen Zusammenarbeit bringt und überhaupt nichts mit dem Grundgedanken einer internationalen Organisation zu schaffen hat. Der ganze Artikel, der im „Zehnerrat“ der Friedenskonferenz ausgearbeitet und dann in den Pakt hineingestopft wurde, hat nichts in einer Völkerbundsatzung zu suchen.

Aber dort steht er jetzt, fest eingefügt in das Gesetz der organisierten Menschheit. Aus ihm entwickelt sich ein Völkerbundsorgan, die ständige Mandatskommission, und er zwingt den Rat und erlaubt der Versammlung, sich regelmäßig mit einem Problem zu befassen, das den Völkerbund nichts angeht, ja, seinem Grundgedanken widerspricht. Er steht mitten im Pakt. Man kann

ihn nicht übersehen. Er nimmt mehr Platz ein als die für die Entwicklung des Völkerbundes entscheidenden Artikel, als der Artikel über die Revision unanwendbarer Verträge, als die Bestimmungen über die öffentliche Vertragspolitik, als die Vorschriften über die allgemeine Abrüstung. Will man ihn entfernen, muß nicht nur die Satzung, sondern auch der Friedensvertrag geändert werden. Viele Artikel des Paktes sind ohne tiefgehende Umwälzungen verbesserungsfähig. Manchem unter ihnen kann eines Tages eine fortschreitende Entwicklung der Zusammenarbeit unter den Völkern einen edleren Sinn verleihen. Artikel 22, der auch nach dem Eintritt der Deutschen in den Völkerbund als ständige Beleidigung der Nation unverändert bestehen bleibt, kann nicht verbessert und nicht veredelt werden. Er ist nicht nur ein Denkmal der Niederlage der einen und des Sieges der anderen. Er ist gleichzeitig das scheußliche Erinnerungszeichen an die häßliche Heuchelei, mit der alle Beteiligten, auch der große Präsident, das grundlegende Gesetz der Nationen mißbrauchten. Daß er die Kolonialfrage nicht lösen will, wird man eine Zeitlang übersehen können. Daß er die Kluft zwischen Siegern und Besiegten vertieft, muß ebenfalls, solange alles andere Geschehen in der Welt an diese Kluft erinnert, ertragen werden. Aber unerträglich wird der Zynismus bleiben, mit dem er den Völkerbundgedanken verwirrt. Geschickt suchen zwar die offiziellen und offiziösen Propagandisten der Genfer Einrichtung die aufreizenden Zusammenhänge, die diesen Artikel erklären, zu verwischen. Der Zeitungsleser, der Student, der Diplomat und der Völkerbundbeamte lesen eilig über die verwaschenen Sätze hinweg. Ihrem Bewußtsein entschwindet die Ungeheuerlichkeit dieses Textes. Aber auch wer keine Kolonialpolitik des Bundes, auch wer nicht die Rückkehr der deutschen Kolonien an das Mutterland anstrebt, wer nur Anstand, Ehrlichkeit und Vertrauen unter den Völkern will, muß die Bosheit dieses Artikels im Sinne behalten und immer wieder unter

Anklage stellen. Denn es geht nicht um den Artikel und seine Bestimmungen. Es geht um seine Sprache und seinen Geist. Und der Kampf gegen solche Sprache und solchen Geist im Verkehr unter den Nationen ist der eigentliche Kampf um den Völkerbund: er ist die „heilige Kulturaufgabe“ dieser Zeit.

XI

DAS GEFÄNGNIS

Die Fahrt geht weiter. Aber wohin geht die Fahrt?

Seitdem wir in der trüben Welt des Kolonialimperialismus das tückische Zusammenspiel von Pakt und Vertrag erlebten, irren wir nebenan im Vertrag umher. Immer wieder stoßen wir nun, an den verschiedensten Stellen, auf den Namen des Völkerbundes, entdecken wir neue Aufgaben für ihn, mit neuen Rechten und Pflichten. Der Pakt kennt sie nicht: er ist nichts, und der Vertrag ist alles. Er allein wählt jetzt die Aufgaben und bezeichnet die Organe, Regeln und Methoden, ohne daß auch nur eine Zeile des Paktes sie ankündigt oder sie mit seinen Grundsätzen belebt. Der Vertrag nebenan wird die wahre Heimat des Bundes. Immer weiter lockt er uns aus dem Garten Wilsons heraus, immer tiefer führt er uns in die Schlupfwinkel Clemenceaus hinein.

Mit neuem Amt und neuem Gesicht steht der Bund vor uns. Schon im Pakt gefiel er uns kaum. Aber wenn er auch seine Organe so zusammensetzte, daß er den Verfassern der Vertragsartikel nebenan seine Befugnisse auslieferte, wenn er auch seine allgemeinen Aufgaben so formulierte, daß sie den Herren der Welt außerhalb und oberhalb des Bundes eine auf die eigene Macht gegründete Existenz beließen, so wollte er doch die Fiktion wahren, daß alle, auch seine schiefsten Bestimmungen, dem Wohl aller Nationen dienen oder es vorbereiten, und erst in dem

wahnwitzigen Artikel über das Mandatsystem zeigte er das rücksichtslose Gesicht des Dieners der Starken gegen die Schwachen. Jetzt aber, da wir ihm in die Verträge nebenan folgen, sehen wir nur noch dieses Gesicht, sehen es ohne jeden edlen Zug und strahlend vor Dienstbeflissenheit. Nun kommt es ihm überhaupt nicht mehr in den Sinn, sich auf sich selbst zu berufen. Nur auf seine Herren beruft er sich, hat den schöpferischen Gedanken vergessen, bewahrt nur den leeren Namen und hält ihn ohne Hemmungen für alle Kompromisse bereit: Kompromisse zwischen den einzelnen, um die Früchte des Sieges untereinander zankenden Siegern, Kompromisse zwischen den Versprechungen aus der Zeit vor dem Waffenstillstand und den Wortbrüchen nach der Kapitulation.

Wir folgen ihm nebenan in die Verträge. Plötzlich stehen wir vor dem Artikel 34 des Versailler Vertrages, der Deutschland alle Rechte und Ansprüche auf die Gebiete der Kreise Eupen und Malmedy zugunsten Belgiens nimmt, das von dem Land Besitz ergreift und im Verlaufe von sechs Monaten die Parodie einer Volksbefragung vornehmen soll. „Es ist Sache der belgischen Regierung,“ so heißt es in dem Artikel, „das Ergebnis dieser Volksbefragung zur Kenntnis des Völkerbundes zu bringen, und Belgien verpflichtet sich, seine Entscheidung anzunehmen.“ Was ist geschehen? so fragen wir. Wollten die Bewohner von Eupen und Malmedy von Deutschland fort? Haben sie auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes, das Präsident Wilson predigte, die Hilfe des werdenden Völkerbundes angerufen? Nein: Mit allen Kräften ihres Herzens wollen sie bei der Heimat bleiben. Die Alliierten aber entreißen die Grenzbezirke dem Reich, geben sie den Belgiern, ohne die Bevölkerung zu fragen, und um die Welt zu täuschen, winken sie dem neuen Bunde zu, daß er sich als ihr Alibi bereithalten möge. Er eilt herbei und hält sich bereit.

Wir suchen ihn weiter und finden ihn im Artikel 80 des Ver-

sailler Vertrages, der bestimmt, daß Deutschland strengstens die Unabhängigkeit Österreichs innerhalb der Grenzen anerkennt, die zwischen diesem Staat und den alliierten und assoziierten Hauptmächten vertraglich festgesetzt werden, und daß „diese Unabhängigkeit nicht geändert werden kann, es sei denn mit der Zustimmung des Völkerbundes.“ Was hat sich zugetragen? so fragen wir wieder. Hat Österreich Furcht vor einer Aufsaugung durch Deutschland? Hat es sich hilfesuchend an den neuen Bund gewandt? Nein: Österreich beschließt feierlich seinen Anschluß an Deutschland. Aber die Alliierten haben in Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes, das Präsident Wilson immer wieder verkündete, den Anschluß verboten. Um das Gesicht zu wahren, winken sie dem Völkerbund: Nur der Rat kann eines Tages seine Einwilligung geben. Was heißt das? Und wer ist der Völkerbundsrat? Er ist unter anderem Frankreich, Italien und Belgien und muß einstimmig beschließen, das heißt Frankreich, Italien oder Belgien beschließen, das heißt der Völkerbund wird angerufen, um das Verbot des Anschlusses, das dem Selbstbestimmungsrecht widerspricht, zu decken. Man winkt ihm, und hilfsbereit eilt er herbei.

Und nun wiederholt sich das Abenteuer. Die Artikel 45 bis 50 des Versailler Vertrages und eine ausführliche „Anlage“ mit vierzig Paragraphen verwandeln wichtige Teile preußischen und bayerischen Industriegebiets mit ihren kerndeutschen Bewohnern in das sogenannte „Saargebiet“, entziehen es der Verwaltung des Reiches, übergeben Frankreich die reichen Kohlenbergwerke, gliedern das Gebiet selbst nach einer kurzen Frist dem französischen Zollsystem an, ernennen den Völkerbund zum Treuhänder, damit er das Land ohne wirkliche Volksvertretung durch eine Kommission aus fünf Mitgliedern regiert — von denen eines ein Franzose, das andere ein Saarländer sein soll, während die drei übrigen anderen Länder angehören müssen —, und bestimmen, daß

nach Ablauf von fünfzehn Jahren unter Überwachung des Völkerbundes eine Volksabstimmung darüber zu entscheiden hat, ob es zu Frankreich oder zu Deutschland gehören oder weiter unter Völkerbundherrschaft leben will. Viel Arbeit, viel Sorge, viel Verantwortung wird hier dem Völkerbund überwiesen. Was ist geschehen? Drängt die Bevölkerung von Saarbrücken, Saarlouis, Neunkirchen, St. Ingbert und Dillingen aus dem Reiche fort? Wendet sie sich an den neuen, noch nicht geborenen Bund, damit er ihr hilft und sie regiert? Nein: Obgleich der Artikel 46 sich u. a. auf „die Rechte und das Wohlergehen der Bevölkerung“ beruft, wird wieder ein Volksteil gegen seinen Willen und unter Verletzung des vom Präsidenten Wilson gepredigten Selbstbestimmungsrechtes unter eine neue Hoheit gestellt und mit Fremdherrschaft bedroht. Warum diese Willkür unter Mitwirkung des Völkerbundes? Der Versailler Vertrag will sie mit der Notwendigkeit rechtfertigen, Frankreich für die Zerstörung der nordfranzösischen Kohlenbergwerke durch den saarländischen Kohlenbesitz zu entschädigen und seine Ausbeutung sicherzustellen. Die Geschichte der Friedenskonferenz dagegen lehrt uns, daß diese Reparationsfrage in Wahrheit eine rein territoriale Frage ist, daß Frankreich die Annexion des Gebietes wünschte, um neben Elsaß-Lothringen ein bequemes Ausfallstor in das Rheinland zu erhalten, das seine Militärs bereits während der Verhandlungen unter den Augen des allmählich zornig werdenden Präsidenten Wilson zu einem selbständigen Staatsgebilde unter französischem Protektorat umformen wollten. Das vorläufige Saarstatut mit der Volksabstimmung in fünfzehn Jahren war ein Zugeständnis an den Präsidenten und bot außerdem den Franzosen, die sich zur Zeit des Friedensschlusses bei einer Abstimmung einer furchtbaren Niederlage ausgesetzt hätten, Aussicht auf den späteren Erwerb des Landes. Fünfzehn Jahre! Inzwischen würde, so hoffte man in Paris, die ungeheure wirtschaftliche und

verwaltungstechnische Macht Frankreichs im Saargebiet, die Umzingelung durch die französischen Truppen in Lothringen und im Rheinland und die vertragswidrige französische Besetzung in dem Gebiet selbst die Bevölkerung mürbe machen, französisieren und zu einer für Frankreich günstigen Abstimmung treiben. Sollte trotzdem die Hoffnung auf Annexion zuschanden werden, so bestand die Aussicht, dauernd den Pufferstaat unter der Herrschaft des Völkerbundes, in dem Frankreich immer die Oberhand haben würde, zu stellen. Das ist der Plan. Zu seiner Durchführung braucht man den Völkerbund; man winkt ihm, schreibt ihm seine seltsamen Aufgaben vor. Und dienstbeflissen eilt er herbei, ohne zu fragen wieso und warum, und macht sich bereits in seiner allerersten Sitzung daran, seine Rolle im Dienste der Versailler Politik zu spielen: für Frankreich ein Präfekt, für das Saargebiet ein Autokrat.

Er wird immer nützlicher, immer unentbehrlicher. Im Artikel 100 des Versailler Vertrages muß Deutschland „zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche“ in einem genau umgrenzten Gebiet, das die Stadt Danzig und einen Teil ihrer Umgebung umfaßt, verzichten. In Artikel 102 beschließen die „alliierten und assoziierten Hauptmächte, die Stadt Danzig gemeinsam mit dem im Artikel 100 bezeichneten Gebiet als Freie Stadt zu konstituieren, die unter den Schutz des Völkerbundes gestellt wird“. Im Artikel 103 stellen sie das System dieses Völkerbundschesutzes auf: Die Verfassung der Freien Stadt „wird gemeinsam mit einem Hohen Kommissar des Völkerbundes von regelmäßig ernannten Vertretern der Freien Stadt ausgearbeitet“ und „der Bürgerschaft des Völkerbundes unterstellt“, außerdem der Hohe Kommissar, der seinen Sitz in Danzig hat, „damit beauftragt, in erster Instanz über alle Streitfragen, die zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig in bezug auf den gegenwärtigen Vertrag oder die ergänzenden Verein-

barungen und Abkommen entstehen können, zu entscheiden“. Artikel 104 verlangt, daß die alliierten und assoziierten Hauptmächte Verhandlungen über einen Vertrag zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig vermitteln sollen, der die Freie Stadt in die polnische Zollgrenze hineinstellt, Polen den Gebrauch des Danziger Hafens und eine Reihe von Verkehrsrechten, sowie die Führung der auswärtigen Angelegenheiten und andere Vorrechte sichert, ein Vertrag, der im November 1920 abgeschlossen wird. Was bedeuten diese Bestimmungen? Wollten die Danziger, diese guten und alten Preußen und Deutschen, sich plötzlich von ihrer Heimat trennen, um ein polnischer Hafen zu werden, ein souveräner Zwergstaat ohne selbständige auswärtige Politik, aber unter dem Schutz des noch kaum geborenen ententistischen Völkerbundes? Nein: Trotz ihres heftigsten und verzweifelten Protestes werden sie unter Vergewaltigung des Wilsonschen Selbstbestimmungsrechtes von Deutschland getrennt. Warum? Gibt es keinen anderen Weg, den auch von Wilson geforderten wirtschaftlichen Zugang Polens zum Meere zu schaffen, diesen Zugang, den man rücksichtslos Österreich und Ungarn nimmt und den auch die Tschechoslowakei nicht besitzt? Die deutschen Gegenvorschläge von Versailles, die nach so viel voreiliger Unvernunft deutscher Kriegsziele so viel verspätete und vernünftige Kompromißformeln erfanden, boten auch für diese Frage eine weitgehende Lösung, die den Polen alle wirtschaftlichen und hafentechnischen Vorteile ohne eine Vergewaltigung des Reiches, Danzigs und der Wilsonschen Grundsätze gesichert hätte. Aber Polen wollte genau so die Annexion Danzigs wie Frankreich die Annexion des Saarbeckens. Das neue Statut, das in den Augen der Alliierten ein Zugeständnis an Wilson ist, soll gleichzeitig den Polen die Handhabe für die spätere Verwirklichung ihrer vorläufig nicht vollständig gelungenen Pläne bieten. Die politischen, zum mindesten außenpoli-

tischen und wirtschaftlichen Vorrechte und Druckmittel, die ihnen der Vertrag gibt und der Völkerbund garantiert, werden, so hoffen sie, in Zukunft ihre Früchte tragen. Und wieder winkt die Friedenskonferenz dem Völkerbund, und wieder eilt er dienernd herbei, entsendet seinen Oberkommissar in den neuen Staat und spielt nun — er, dem es in jahrelanger Tätigkeit nicht gelingen wird, seinen Einfluß auf seine Mitgliedstaaten zu festigen — in Danzig, wie in Saarbrücken, Regierung und Schutzherr. Wieder ist er der Lakai, nichts als der Lakai, wenn man ihn auch hinterher, genau wie bei seiner kolonialen Hilfstätigkeit, als Wohltäter hinstellen will. Ja, man wird uns einreden wollen, daß er im Westen Europas zwischen Deutschland und Frankreich, im Osten zwischen Deutschland und Polen dem Frieden unvergängliche Dienste leistet, daß seine kontrollierende und verwaltungstechnische Beschäftigung mit den Überbleibseln der territorialen Regelungen des Versailler Vertrages in Wahrheit das bahnbrechende Musterbeispiel neuer politischer Gemeinschaftstätigkeit ist, die über die alten nationalen Vorurteile hinweg neue Formen des zwischenstaatlichen Lebens schafft, wie sie im Laufe der Geschichte diese oder jene Propheten gesucht haben! Aber vergeblich forschen wir nach einem Gegenstück zu solch neuen Formen auf dem Gebiet der alliierten Mächte. Überall wo sie herrschen, sind die alten nationalen Vorurteile ungeschmälert geblieben! Benutzen die Franzosen nicht sogar die Pariser Friedenskonferenz, um selbst in dem Grenzgebiet vor den Toren der künftigen Völkerbundstadt zollpolitische Einschränkungen, die in der Vorkriegszeit niemals das französische Nationalgefühl verletzt hatten, als unerträglich für ihre Souveränität zu beseitigen? Nur für die Besiegten werden neue Formen erfunden, aber nicht neue Formen wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit, sondern neue Formen der Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes unter Mithilfe des Völkerbundes! Kein nachträglicher Versuch,

sie in den Geist des Völkerbundes einzuschmuggeln, wird diese politischen Konstruktionen moralisch retten. Sie sind das Werk des Vertrages nebenan und gehören ausschließlich in seine Welt und in seinen Geist.

Der Vertrag nebenan! Wie oft noch finden wir den Völkerbund in seinen Artikeln und Paragraphen als demütiges Hilfsorgan für die Regelung letzter, offengebliebener Schwierigkeiten der Friedenskonferenz. Aber wollen wir eines seiner wichtigsten neuen Ämter erfassen, das der Pakt nicht kennt, obgleich es sein Leben später immer wieder erfüllen wird, so müssen wir noch weiter wandern in der düsteren Welt der Friedensschlüsse. Wir gelangen in jene Verträge, die von den alliierten und assoziierten Hauptmächten am 28. Juni 1919 mit Polen, am 9. Dezember 1919 mit Rumänien, am 10. September 1919 mit Südslawien und der Tschechoslowakei und am 10. August 1920 mit Griechenland abgeschlossen wurden, sowie in die Friedensverträge der Siegermächte mit den kleinen Besiegten des Weltkrieges. Lesen wir den Artikel 12 des Vertrages zwischen den Hauptmächten und Polen, dessen Bestimmungen in den anderen Verträgen wiederkehren, so stoßen wir plötzlich von neuem auf den Namen des Völkerbundes. „In dem Maße“, so heißt es, „in dem die Bestimmungen der vorhergehenden Artikel Personen berühren, die ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten angehören, stellen sie Verpflichtungen von internationalem Interesse dar. Sie unterstehen der Garantie des Völkerbundes und können nicht ohne die Zustimmung der Mehrheit des Völkerbundrates abgeändert werden. Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan verpflichten sich, einer Änderung dieser Artikel, die rechtmäßig von einer Mehrheit des Völkerbundrates gebilligt wird, ihre Zustimmung nicht zu verweigern. Polen ist damit einverstanden, daß jedes Ratmitglied das Recht hat, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Verletzung oder jede

Gefahr einer Verletzung irgendeiner dieser Bestimmungen zu lenken, und daß der Rat in der Weise vorgehen und die Instruktionen erteilen kann, die unter den betreffenden Umständen als geeignet und wirksam erscheinen.“ Alle Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und einem Ratmitglied über diese Bestimmungen sind als „internationale Meinungsverschiedenheiten auf Grund des Artikels 14 des Paktes aufzufassen“ und können dem internationalen Gerichtshof überwiesen werden, „dessen Entscheidung unwiderruflich ist“. Seltsam und erfreulich! In diesen Abmachungen und in den ähnlichen Bestimmungen der anderen Verträge tritt uns der Völkerbund, ohne daß der Pakt auch nur ein leises Wörtchen darüber verlauten ließ, plötzlich in der edlen Rolle des Bürgen und Beschützers der Minderheitenrechte entgegen. Will er sich rehabilitieren?

Lesen wir die Bestimmungen der „vorhergehenden Artikel“, denen er seine Bürgschaft verleiht: Sie gewährleisten den Minderheiten die Gleichberechtigung mit allen anderen Staatsbürgern — was eine Selbstverständlichkeit ist —, sichern ihnen den freien Gebrauch ihrer Sprache bei allen privaten und öffentlichen Anlässen zu, was nicht die Befugnis der Regierung beeinträchtigt, die Mehrheitssprache als Amtssprache zu proklamieren —, geben den Minderheiten das Recht, auf ihre Kosten wohltätige, religiöse und soziale Anstalten sowie eigene Schulen zu bauen —, verpflichten die Staatsregierung, dort wo Minderheiten in großer Ansammlung leben, Erleichterungen für den Unterricht in der Muttersprache in den Volksschulen zu gewähren, was sie aber nicht hindert, die Staatssprache überall als obligatorisch zu betrachten und, wie sich bald zeigen wird, auch in reinen Minderheitsgebieten Mehrheitsschulen zu errichten, von denen natürlich ein starker moralischer und materieller Druck auf die Bevölkerung ausgehen kann —, sehen einen gerechten Anteil bei der Verteilung öffentlicher Gelder im Interesse erzieherischer, religiöser und wohl-

tätiger Einrichtungen zugunsten der Minderheiten vor, kurz, sollen grundsätzlich die Möglichkeit zur Erhaltung der heimischen Kultur neben der staatlichen Kultur schaffen. All diese mageren Verpflichtungen, deren Garantie dem Völkerbundrat übertragen wird, sind aber, wie er in seiner Sitzung vom 22. Oktober 1920 feierlich betont, „unantastbar“ und machen es ihm zur Pflicht, sich über ihre „ständige Durchführung Gewißheit zu verschaffen“. Vortrefflich! Stehen wir endlich wieder vor einer allgemeinen Aufgabe des Völkerbundes, so bescheiden sie auch gefaßt ist? Will er aus seiner Irrfahrt in die Verträge nebenan gute Beute heimbringen in das Reich des Paktes?

Was ist geschehen? so fragen wir von neuem. Um was für Minderheiten handelt es sich, um was für einen Minderheitenschutz? Überlegen wir uns einen Augenblick lang, unter welchen Voraussetzungen ein Völkerbund entstehen und wirken kann. Nur wenn die einzelnen Staaten — so lassen sich die Thesen Wilsons zusammenfassen — derartig beschaffen sind, daß ihre Bevölkerungen ihnen angehören wollen, kann man ihren Zusammenschluß zu einem Bunde wagen und ihm die Garantie für den Bestand der Mitgliedstaaten übertragen. Nicht wahr, das ist klar und erwiesen? Gut! Was ist dann aber, so müssen wir uns fragen, in solchen Staaten unter Minderheiten, in einem solchen Bund unter Minderheitenschutz zu verstehen? Ist der neue Nationenverein nicht, war er nicht schon im Traume Napoleons die Erfüllung aller nationalen Wünsche? So darf es Minderheiten und einen Minderheitenschutz im Reiche des Völkerbundes zweifellos nur dort geben, wo selbst bei gewissenhaftester Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes die Staatsgrenzen nicht mit den Volksgrenzen in Einklang zu bringen waren, oder dort, wo religiöse und kulturelle Gemeinschaften in der Masse von völkisch verwandten, aber religiös und kulturell fremden Bevölkerungen isoliert bleiben mußten. Für solche Gruppen, deren Schicksal es

ist, Minderheiten zu sein, für diese *natürlichen* Minderheiten, wie man sie nennen möchte, die vielleicht schon seit Jahrhunderten gewohnt sind, inmitten einer andersgearteten Mehrheit zu leben, und für die es bisher nur durch nationale Regelung oder lückenhafte Verträge festgelegte Schutzbestimmungen gab, konnte der Völkerbund *nach dem vollen Sieg der Wilsonschen Grundsätze* besondere Garantien schaffen. Ihnen durfte unter seiner Aufsicht im weitesten Umfange erlaubt werden, ihren Pflichten gegen sich selbst ebenso treu zu bleiben wie ihren Pflichten dem Staate gegenüber, dem sie angehören und dem sie angehören müssen. Bleibt trotzdem noch ein letzter Rest seelischer Schwierigkeiten zurück, so wird er durch das bloße Bestehen des Völkerbundes behoben. Baut sich der Bund über Staaten auf, unter denen die Durchführung und die Anerkennung des Grundsatzes vom Selbstbestimmungsrecht ein für allemal die gefährlichsten Gegensätze ausgemerzt hat, und beseitigt er damit die ernstesten Kriegsursachen unter den Völkern, so befreit er gleichzeitig die Minderheiten von der furchtbaren Möglichkeit eines blutigen Zusammenstoßes mit verwandten Völkern und erleichtert ihnen infolgedessen in gleichem Maße die Zuneigung zu dem verwandten Volk und die Treue zum Mehrheitsstaat. In einem derartig aufgebauten und beseelten Völkerbund, wie Wilson ihn uns versprochen hatte, ist der Minderheitenschutz nur noch die letzte praktische Verfeinerung einer auf das Selbstbestimmungsrecht gegründeten Ordnung.

Gibt man uns diesen Minderheitenschutz in den Dokumenten, in denen wir plötzlich den Namen des Völkerbundes entdecken? Wir sehen uns die unterzeichnenden Regierungen an, zählen die Verträge, werfen einen Blick auf die Karte und in die Akten der Friedenskonferenz und stellen fest: Nicht um den unlösbaren Rest einer auf Selbstbestimmungsrecht fußenden Ordnung, nicht um „natürliche“ Minderheiten handelt es sich hier, sondern um große Bevölkerungsteile, um Millionen von Menschen, die fast

immer an den Grenzen leben, die niemals eines Minderheitenschutzes bedurften, die gestern noch dem eigenen Volke und Staate angehörten, dem sie plötzlich und mit Gewalt — in der Stunde, da man das Selbstbestimmungsrecht bei den siegreichen Völkern unbeschränkt verwirklichte — unter Verletzung ihres eigenen Selbstbestimmungsrechtes entrissen worden sind. Man machte sie *künstlich* zu Minderheiten, genau wie gewisse entmenschte Weiber *Engel machen*. Die Minderheitenrechte, die man ihnen gewährt, sind der zynische Ersatz für das Selbstbestimmungsrecht, das man ihnen raubt, — die Garantie, die der Völkerbund übernimmt, ist der zynische Ersatz für das Grundgesetz seiner Existenz, das man ihm bei seiner Gründung entzog.

Aber zählen wir noch einmal die Verträge, sehen wir noch einmal die Unterschriften an, werfen wir nochmals einen Blick auf die Friedenskonferenz und ihre Karte, so entdecken wir ein zweites erstaunliches Merkmal des neuen Minderheitenschutzes. Hat man beispielsweise nur Deutsche und Ukrainer an Polen, Deutsche und Magyaren an die Tschechoslowakei, Magyaren an Rumänien, Deutsche an die Jugoslawen verschenkt? Sind nicht auch Deutsche von Belgien, von Frankreich, von Italien in Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes, zum Teil zugeständenerweise aus rein strategischen Gründen annektiert worden? Wo sind die Verträge, die diese Minderheiten schützen, Verträge zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten mit Frankreich, Belgien oder Italien? Wir suchen sie vergeblich. Diese Verträge finden wir nicht. Es gibt „künstliche“ Minderheiten, die in der Zeit der Völkerbundgründung gewaltsam von ihren Mutterländern getrennt wurden und trotzdem der Mindestrechte des Minderheitenschutzes und der Völkerbundgarantie entbehren, wie es in einer Reihe von Staaten, die nicht zu den Besiegten gehören, noch ungeschützte Minderheiten aus der Vorkriegszeit gibt, über die man kein Wort verliert. Was bedeutet das? Wie kann ein

Minderheitensystem des Völkerbundes sich auf willkürlich ausgewählte Minderheiten beschränken? Wie kann der Artikel 12 in den Verträgen der „Hauptmächte“ mit den Polen und den Rumänen die Achtung der Minderheitenrechte gewährleisten, wenn die Mächte, die diese Verträge abschließen und sie durch den Völkerbundrat garantieren lassen, selbst nicht nur das Selbstbestimmungsrecht verletzen, sondern auch seinen schwächlichen Ersatz, den Minderheitenschutz, auf ihrem Gebiet ablehnen? Wie kann das italienische Ratsmitglied als wichtiger Mitinhaber der völkerbundlichen Garantiegewalt die Deutschen in Polen, die Ungarn in Rumänien gegen ihre Regierungen schützen, wenn es selbst seinen Deutschen und Slawen keine Minderheitenrechte einräumt, wenn es majestätisch ablehnen darf, irgendwie, irgendwann und von irgendwem jemals zur Rechenschaft gezogen zu werden? Kein Selbstbestimmungsrecht im Völkerbund: das wußten wir. Aber auch kein Minderheitenschutz *des Völkerbundes*? Nur ein Minderheitenschutz in einigen Ländern, auf Grund von vertraglichen Bestimmungen zwischen einzelnen Staaten, wie man sie teilweise schon seit Jahrhunderten kannte und die an Stelle der Mächte den Völkerbund für bestimmte Aufgaben in bestimmten Fällen heranziehen, ohne daß es ihm erlaubt wird, als Völkerbund, das heißt für eine allgemeine und allgemeingültige Aufgabe zu wirken! So ist er wieder nur der Diener? Wessen Diener? Immerhin der dienende Freund der Minderheiten? Nein: denn dann würde er allen Minderheiten helfen wollen. Wieder nur der Diener der Sieger? Aber Polen, Rumänien, Südslawien und die Tschechoslowakei sind höchst unzufrieden mit dem Schutz und den Garantiebestimmungen, die ihre Souveränität einschränken und über die sie sich unaufhörlich hinwegzusetzen suchen! Er ist trotzdem ihr Diener, Diener ihres Interesses, das sie in dem jungen Rausch ihrer staatlichen Selbständigkeit oder Machtbereicherung nicht verstehen, das aber ihre mächtigen Gönner

begriffen haben. In dem berühmten Brief an den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski erklärt der Präsident der Friedenskonferenz, Clemenceau, den Fall. Nachdem er ausdrücklich darauf verwiesen hat, daß es seit langem bei Neugründungen oder Vergrößerungen von Staaten üblich ist, „gewisse Regierungsgrundsätze“ festzulegen, macht er seine Schützlinge auf den großen Zuwachs an Gebiet- und an Fremdvölkern aufmerksam: „Diese Bevölkerungen“, so redet er den reichbeschenkten und widerpenstigen Freunden zu, „werden sich, wenn sie die Gewißheit eines Schutzes haben, leichter mit ihrer neuen Lage versöhnen.“ In diesem Argument — mehr als in dem Drängen Wilsons und des Generals Smuts, die vergeblich im Pakt selbst Schutzbestimmungen unterbringen wollten, und mehr als in den Schritten und Bittschriften gewisser Minderheitengruppen und den Forderungen der unterlegenen Regierungen — liegen Ursprung und Sinn des beschränkten Minderheitenschutzes. Nicht als Freund entwurzelter und unterdrückter Volksgruppen — unterdrückt und entwurzelt von den Hauptmächten selbst —, nicht als Gegner der zur Herrschaft gelangten Staatsvölker — geschaffen und bereichert durch die Hauptmächte selbst —, nein, als Freund der Mehrheitsregierungen, als Hüter der in einigen Ländern besonders gefährdeten neuen Ordnung tritt der Völkerbund sein Amt als Schützer der Minderheiten an. Im Osten und Südosten ist die Staatsmacht noch nicht so gefestigt wie etwa in den anderen Erobererländern Frankreich und Italien. Hier will der Schützer und Garant der Minderheitenrechte die Friedensverträge schützen und garantieren, die das Selbstbestimmungsrecht eines Teiles der Menschheit zerstören und infolgedessen auf schwankendem Boden stehen. Und dieselbe Angst vor der Anarchie in jener neuen Welt veranlaßt ihn dazu, diese Schutzbestimmungen nicht nur auf die kleinen besiegten Staaten — denen man selbstverständlich nur kümmerliche Reste natürlicher Minderheiten gelassen hat —, sondern auch in

späteren Vertragsinstrumenten oder diplomatischen Kundgebungen auf andere Minderheiten im Balkangebiet, den neuen baltischen Staaten, Memel und Oberschlesien anzuwenden, während er gleichzeitig weiter die Großmächte vor jeder Ausdehnung der Schutzbestimmungen auf ihre Gebiete verschont.

Was für eine Moral, was für eine Welt, was für ein Völkerbund kann aus solchem Falschspiel und Doppelspiel hervorgehen! Soll es uns beruhigen, daß wenigstens, wie man uns tröstend versichern möchte, die Welt zum Teil besser, die Moral bruchstückweise befriedigt und der Völkerbund in einigen Stunden und an einigen Orten seines Tagwerkes ein Wohltäter geworden ist? Wie kann man solche Tröstung gelten lassen, ohne an den ungeheuren Preis zu denken, den der Bund für den teilweisen und begrenzten Schutz verlangt. Die „künstlichen“ Minderheiten, die in Wahrheit keine Minderheiten, sondern verratene und verschacherte Völker sind, müssen die matte Fürsorge des Bundes damit bezahlen, daß sie sich wie „natürliche“ Minderheiten benehmen, „natürliche“ Minderheiten *werden!* Sie sollen ihr Erstgeborenenrecht der Selbstbestimmung gegen das Linsengericht des Minderheitenschutzes verkaufen. Sie dürfen unter keinen Umständen „Irredentisten“ sein. Was den Polen, die sich trotz der schändlichen Aufteilung ihres Landes durch Jahrhunderte hindurch ihren Willen zur Nation nicht erschüttern ließen, was den Tschechoslowaken, die sich, vom Drang zum nationalen Leben erfüllt, gegen die Habsburger Autorität empörten, gestattet war, was bei ihnen allen als vorbildlicher Heldenmut und als bewundernswerte Seelengröße gepriesen und ihnen herrlich gelohnt wurde: das bleibt den Minderheiten, die den Völkerbundschutz genießen, untersagt. Sie dürfen sich nicht auflehnen, sie dürfen nicht hoffen. Sie müssen in Polen, in Rumänien, in Südslawien und in der Tschechoslowakei genau wie in Italien loyal ihren Militärdienst leisten und die Pflichten treuer Staatsbürger erfüllen. Unter geistigen und materiellen

Opfern, in ständigem, hartem Kampf, mit dem ihr ganzes Leben hingeht und zu dem ihre Kinder tagtäglich erzogen werden, müssen sie sich gleichzeitig unaufhörlich gegen den Willen der neuen Machthaber, die sie assimilieren wollen, verteidigen, um wenigstens ihre kulturelle „Eigenart“ zu bewahren. Wie kann solch ständiger Kampf sich paaren mit der staatsstreuen Gesinnung, die man von ihnen verlangt? Ein furchtbarer Zwiespalt in der Wirklichkeit des täglichen Lebens und in jedem einzelnen Menschen bereitet sich mit dem Tage des Inkrafttretens des völkerbundlichen Minderheitenschutzes vor, und es wird sich bald zeigen, daß Kompromisse, die durch die nationale Seele gehen, noch scheußlichere Lügen sind als alle anderen Kompromisse. Selbst wenn die häßlichen Trauerspiele, die sich noch heute in den Ländern mit Minderheiten tagtäglich abspielen, wirklich einmal einem äußerlich ruhigen Nebeneinanderleben weichen sollten, selbst wenn die aus der Not geborenen Theorien der Minderheitenfreunde — von der Verschiedenheit zwischen Nation und Staat, von der Kultur als Attribut des Staatsbürgers, von dem großen unpolitischen Völkerverein, der sich nicht mit den Staatsgrenzen zu decken braucht — das Ergebnis der Willkür allmählich philosophisch mildern könnten: immer wird das Schicksal der „Minderheiten“ eine durch Gewalt erzielte Ohnmacht, eine auf Ohnmacht gegründete Resignation bleiben, immer wird selbst die „glückliche“ Minderheit, die man als das Ideal eines musterhaft angewandten Minderheitenschutzes bezeichnet, nichts anderes sein als ein Haufen wehrloser und hoffnungsloser Menschen, und ihre Existenz nichts anderes als eine ewige bittere Anklage gegen den seiner wesentlichen Grundsätze beraubten Völkerbund. Er schützt, er garantiert! Aber nur einige Sonderverträge, und da er das Selbstbestimmungsrecht nicht kennt, wird er die losgelösten Völker nicht befriedigen. Er schützt und garantiert! Aber nur die neue Ordnung, und da er kein uni-

verselles Sittengesetz anwendet, wird er kein Band der Solidarität um die Nationen schlingen. Er ist weder eine Brücke zwischen den „Minderheiten“ und ihren Herren, noch eine Brücke zwischen den alten und neuen Besitzern der abgetretenen Volksteile. Er schützt und garantiert diese Interessen und jene Interessen. Aber niemals schützt und garantiert er den Frieden.

Nein, edle Beute bringt der Bund nicht in den Pakt zurück aus seinem Ausflug in die Verträge nebenan. Wieder einmal hat man ihm gewinkt, und wieder einmal sprang er eifrig herbei. Was kann aus ihm werden in solchem Abenteuer? Als wohlbestallter Wächter steht der Bund der Regierungen vor dem Kerker der entrechteten Völker: der Saarländer, Danziger, Österreicher und vor allem der „Minderheiten“. Er sorgt für die Sicherheit der Staatengesellschaft und natürlich auch, weil diese Sicherheit es erfordert, für ein Mindestmaß von Pflege für die Gefangenen, damit sie nicht die Verzweiflung packt und sie nicht durch die Mauern brechen. An den vergitterten Fenstern zeigen sich oft während der Genfer Spaziergänge die verhärmten Gesichter. Sehen die Vorübergehenden den Gram und die Not, so denken sie, daß diese Unglücklichen Verschwörer und Verbrecher sind, die man im allgemeinen Interesse leider in Gewahrsam nehmen mußte; sie meinen, daß die Eingekerkerten sich wohl an ihr Schicksal gewöhnen, bei gutem Betragen noch besser als jetzt behandelt werden können und jedenfalls glücklicher sind als alle die Namenlosen, die seit der großen Katastrophe einfach in den unterirdischen Fallgruben der Geschichte verschwanden. Aber müssen wir sie nicht, wenn sie halb getröstet weitergehen, darauf aufmerksam machen, daß sie das beklagenswerteste Opfer, den Kerkermeister, vergessen? Denn war ihm solch mittelmäßiges Los an seiner amerikanischen Wiege gesungen worden? Er, dem im Pakt und in den Verheißungen, die dem Pakt vorausgingen, die höchsten Aufgaben der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zugedacht waren, muß sich damit

abfinden, im Dienste der Mächtigen der Wächter im Gefängnis der Verträge zu sein. Wenn er mit seinen Schlüsseln rasselnd an den Zellen vorbeigeht, in denen die abgesprengten Völker gefesselt liegen, ihnen den Wasserkrug hinstellt und das unentbehrliche Mahl, ist er zuweilen stolz auf sein Amt, macht er ein wichtiges Gesicht. Er vergißt, der Arme, daß auch er im Gefängnis lebt, daß er Gefangener desselben harten Gesetzes ist, das seine Schutzbefohlenen umstrickt, daß es auch für ihn keine Sonne gibt und keine Luft und er selbst erst an dem Tage frei werden kann, an dem er jene befreit.

XII

ZWISCHEN RHEIN UND KAISER-WILHELM-KANAL

Immer noch irren wir im Vertrag nebenan hin und her. Der Pakt! Wie weit hinter uns liegt der Pakt! Und fast drängt es uns, wieder die dünne Luft seiner seelenlosen Artikel zu atmen. Niemals, wenn man ihm nicht wieder edlere Züge verleiht, werden wir an die messianische Bestimmung des Bundes glauben. Er gebärdet sich wie der Golem der Alliierten. Er sieht uns an mit dem Antlitz des Feindes. Wohin wir blicken, bedroht und ängstigt er uns. Mit der Übernahme des Mandatsystems erteilt er der Zertrümmerung des deutschen Überseereiches seinen Segen. An der Westgrenze des verratenen Landes hält er die Wacht an der Saar, und in dem einseitig entmilitarisierten Gebiet am Rhein will er die Erbschaft der interalliierten Militärkontrolle antreten. An der Ostgrenze steht er auf den Ufern der Weichsel Posten gegen alle Bestrebungen, die auf die Vereinigung des zerrissenen Reiches hinzielen könnten. Von der baltischen Küste, an den Grenzen der neuen Randstaaten und Polens entlang, an allen Grenzen Mitteleuropas bis zum Balkan hin schützt er die gewaltsamen Regelungen des Jahres 1919. Im Süden hält er an den Alpen Wacht, hat sich schwer auf Österreich geworfen. Wo irgendwo in der Welt noch eine Lücke in der Mauer um die Unterlegenen klappt, überall springt er ein, tritt uns in allen Verträgen der Zeit entgegen, mit wechselndem Gesicht, aber immer als Hü-

ter der Macht. Niemals ist sein Blick in die Zukunft gerichtet. Mit kurzsichtigen Augen, von Scheuklappen eingeengt, muß er herumspüren in einem Chaos, das er säubern, aber nicht ordnen darf. Es drängt uns wieder zurück in die dünne, aber reinere Luft des Paktes und seiner seelenlosen Artikel.

Aber seht! Inmitten der Verträge finden wir ihn noch einmal wieder. Im Versailler Vertrag, zwischen den Bestimmungen des Teiles XII, die den Kaiser-Wilhelm-Kanal den Kriegsschiffen der ganzen Welt öffnen, und dem Teil XIV, der das linke Rheinufer der feindlichen Besetzung ausliefert, tritt der Völkerbund uns plötzlich im Teil XIII — wieder die Glücks- und Unglückszahl Wilsons — mit fast verklärtem Gesichte entgegen. Er legt die eiserne Starrheit des Bedrückers ab, er zeigt uns klarer als im Pakt selbst die Züge des Menschheitsbeglückers, will keine einseitigen Dienste leisten für ein Land gegen ein anderes, nicht künstlich einige Mängel der willkürlichen territorialen Ordnung bessern, sondern stellt sich eine Aufgabe, die seiner würdig ist, die der Allgemeinheit und dem dauernden Frieden zugute kommen soll: Zwischen den Bestimmungen über den Kaiser-Wilhelm-Kanal und die Rheinlandbesetzung dehnt sich ein Riesenskapitel, das den großen Namen „Arbeit“ führt und, eingerahmt von den rohesten und blödsinnigsten Befehlen der Siegermächte, das Grundgesetz des sozialen Friedens aufrichtet.

Ein zweiter Völkerbundpakt! Er beginnt mit einer sauberen und eindrucksvollen Präambel, die viel anmutiger geschrieben und empfunden ist als die Einleitung des Paktes nebenan und viel klarer und energischer verkündet, daß „der Völkerbund sich das Ziel setzt, den Weltfrieden aufzurichten“, um daraus zu folgern, daß „ein solcher Friede nur auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut werden kann“. Denn, so klagt sie, es gibt „Arbeitsbedingungen, die für eine große Zahl von Menschen Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrungen bedeuten“, und daraus

entsteht „eine solche Unzufriedenheit, daß der Weltfriede und die Weltharmonie gefährdet sind“. Es ist daher „notwendig, diese Arbeitsbedingungen zu bessern“, und da der Rückschritt in einem Lande den Fortschritt in einem anderen Lande lähmt, diese Besserung durch internationale Maßnahmen zu vollziehen. „Von dem Gefühl der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit, wie von dem Wunsche beseelt, einen dauernden Weltfrieden zu sichern“, errichten infolgedessen „die Hohen vertragschließenden Teile“ einen Bund, den sie „Internationale Arbeitsorganisation“ nennen, der äußerlich selbständig neben dem Völkerbund steht, dem aber alle Mitgliedstaaten des Bundes angehören sollen. Er erhält seine eigene Völkerbundversammlung in Form einer „allgemeinen Konferenz“, sein eigenes Sekretariat in Form eines „Internationalen Arbeitsamtes“, seinen eigenen Völkerbundrat in Form eines „Verwaltungsrates“ dieses Arbeitsamtes. Äußerlich wird die Einrichtung dadurch mit dem Völkerbund verbunden, daß das Arbeitsamt seinen Sitz am Sitze des Bundes haben soll, „der Gesamtheit der Einrichtungen des Völkerbundes angehört“, ihr Haushalt ein Bestandteil des Haushaltes des Völkerbundes ist, dem Rat und dem Generalsekretär des Völkerbundes gewisse Verbindungsbefugnisse zustehen und jeder Anruf des Internationalen Gerichtshofes in Arbeitsfragen über den Völkerbund geleitet werden muß.

Welch überraschende Begegnung auf unserer Irrfahrt im Vertrag nebenan, aber auch welch willkommener, alter Bekannter! Mancher unter den Vorkämpfern für den Völkerbund hatte eine internationale Regelung der Arbeitsbedingungen gefordert, und bereits der Heiligen Allianz in Aachen lag der Antrag auf Einsetzung eines Arbeitsausschusses vor. Manche Verwirklichung war versucht worden: im Jahre 1890 in der von Deutschland einberufenen Internationalen Berliner Konferenz, nachdem bereits ein Jahr vorher die schweizerische Regierung eine internationale

Arbeitskonferenz geplant hatte, dann im Jahre 1900 auf dem in Paris gegründeten privaten internationalen Arbeiterschutzverband, der sich in Basel sein Arbeitsamt errichtete, hierauf in den verschiedenen Berner Konferenzen und den von ihnen angenommenen Arbeitsabkommen. Aber erst der Krieg, der die Welt zerriß und gleichzeitig jeden Gedanken internationalen Zusammenschlusses förderte, belebte entscheidend das Verlangen nach dem sozialen Völkerbund. Die alliierten Gewerkschaftskongresse, dann die Arbeiterorganisationen der neutralen Länder und der Zentralmächte forderten immer lebhafter, daß der Friedensvertrag die Arbeiterklasse aller Länder gegen die Wirkungen des internationalen kapitalistischen Wettbewerbes schützen und ihr ein Mindestmaß moralischer und materieller Garantien auf sozialpolitischem Gebiete verbürgen möge. Wie für die Völkerbundfragen wurde für die internationale Arbeitsgesetzgebung während der Pariser Friedenskonferenz, und zwar bereits am 25. Januar 1919, ein besonderer Ausschuß eingesetzt, den Samuel Gompers, der Führer der amerikanischen Federation of Labour, leitete und dem Gewerkschaftsführer und Sozialisten wie der Belgier Vandervelde, der Engländer Barnes, der Franzose Jouhaux und der Italiener Cabrini angehörten und der in nicht ganz zwei Monaten eine internationale Arbeitssatzung fertigstellte. Zwar blieb sie hinter den Träumen und Wünschen der Gewerkschaften zurück, weil sie für keinen Staat bindende Verpflichtungen schuf und es auf dem ihr zugewiesenen Gebiet noch schwieriger erschien als auf dem Gebiet der politischen Friedenserhaltung einen Überstaat zu erbauen. Aber aus ihr ging allmählich ein gewaltiger Apparat hervor, der zu einer über die ganze Welt ausgedehnten bürokratisch-technischen Tätigkeit führte, die sich zeitweilig lebendiger und wirksamer ausnimmt als die Arbeit im Völkerbund nebenan.

Warum hatte die Internationale Arbeitsorganisation sich auf der Pariser Konferenz selbständig gemacht? Warum wurde sie

nicht ebenbürtig mit den anderen Arbeitsorganen, die später aus dem Pakt erwachsen werden, unter das allgemeine Dach des Völkerbundpalastes gestellt? Nicht nur dem Ehrgeiz der führenden Männer der Zweiten Internationale ist es zuzuschreiben, daß ein Arbeitsgebiet, das immerhin nichts anderes ist als ein Teilgebiet der internationalen Zusammenarbeit, von der ersten Stunde an sein eigenes prächtiges Haus erhielt. Der tiefere Grund für den gewaltigen Selbständigkeits- und Ausdehnungsdrang lag in der Eigenart der Aufgaben, Sorgen und Befürchtungen, die am Kriegsende vor den Machthabern der Welt standen. Sie hatten nicht die Vision einer harmonischen Schöpfung, eines himmlischen Kuppelbaues, der einheitlich die geordnete Erdscheibe überdecken sollte, vor Augen. Zwei gefährlich drohende Probleme quälten sie über alles, und ihrer Lösung, nicht einer reinen Verwirklichung eines Ideals, sollten die Organisationsträume in der Zeit des Kriegsausganges praktisch nutzbar gemacht werden. Durch den Völkerbundpakt, den man an die Spitze der Friedensverträge stellte, wollte man die politischen Sorgen am Kriegsende bannen, die neue territoriale Ordnung und die weltpolitischen Machtverhältnisse gewährleisten. Der Arbeitssatzung dagegen, wie verwegen auch die Ideale der gewerkschaftlichen Organisationen gewesen sein mochten, wurde von den Regierungen die Aufgabe zugewiesen, die bestehende soziale Ordnung zu sichern. Zwei Feinde fürchtete die siegreiche Welt: die besiegten Völker, in erster Linie das geschlagene, aber immer noch lebendige Deutsche Reich, das sich wieder erheben und die neuen Regelungen zertrümmern konnte, und daneben — und diese Furcht wurde gerade bei Wilson immer lebendiger — den Bolschewismus, der die soziale Weltrevolution ankündigte. Den Kräften der Gegner paßte man die Methoden des Kampfes an. Waren die Väter des Völkerbundes davon überzeugt, daß ein über die besiegten Staaten verhängtes eisernes Gesetz mit einem Tribunal und mit einer Polizeitruppe in den Hän-

den der Sieger gegen den ersten Feind wirksamer sein würde als der versöhnende Ausgleich, als die sofortige friedliche Zusammenarbeit, als die Bewilligung eines Mindestmaßes von Gerechtigkeit und Wohlwollen, so erschien ihnen der zweite Feind, dessen Stellungen über die ganze Welt verstreut waren, der in jedem einzelnen Lande gierig lauerte und über gefährliche Ausfallfestungen im roten Rußland, in den sozial und politisch aufgewühlten besiegten und neugebildeten Staaten verfügte, viel zu fürchterlich, als daß man ihn so einfach und so herrisch hätte meistern dürfen wie den ersten. So führte die höhere Einschätzung des sozialen Gegners einmal dazu, daß man für die Auseinandersetzung mit ihm so schnell wie möglich einen zweiten Völkerbund baute, den man nicht von dem zweifelhaften Schicksal des anderen abhängig machen wollte. Eine zweite Folge war es, daß man in dem einen Papier bis zu einem gewissen Grade den Kräften der modernen Welt huldigte, die man in dem anderen verkannte. Haben in dem politischen Völkerbund des Paktes nur die Regierungen Zutritt, nicht die Völker, so tagen im sozialen Völkerbund neben den Regierungsvertretern auch die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Jedes Land entsendet neben zwei Regierungsvertretern einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer in die „Konferenz“, und auch in der Zusammensetzung des Verwaltungsrates des Arbeitsamtes und der verschiedenen Ausschüsse, in denen die praktische Einzelarbeit geleistet wird, ist die Vertretung der drei Gruppen gesichert. Erkennt man auch im Verwaltungsrat, wie im Völkerbundrat die überragende Stellung der Großmächte an, so sind hier die Großmächte nicht immer dieselben wie nebenan. Man schafft den Begriff der industriellen Großmacht, der sich zuweilen nicht mit dem Begriff der militärischen Großmacht decken wird. Den entscheidenden Schritt aber vollzieht man von Anfang an dadurch, daß man auch den besiegten Staaten den Beitritt in die Arbeitsorganisation ermöglicht und bereits die erste internatio-

nale Arbeitskonferenz in Washington — noch vor der Ratifizierung des Friedensvertrages, noch vor dem Inkrafttreten der Völkerbundsatzung, noch vor der amtlichen Existenz eines Völkerbundes — Deutschland und Österreich mit Wohlwollen und Behagen aufnimmt, obgleich sie dem Völkerbund selbst nicht angehören dürfen. Während man durch den Ausschluß aus dem politischen Bund den Gegner Deutschland in der schwierigen Übergangszeit unschädlich machen und das neue Werk ohne seine Mitwirkung ausbauen und konsolidieren will, ist man sich gleichzeitig darüber klar, daß man in dem sozialen Bunde, in dem nicht mehr Deutschland, sondern der soziale Umsturz als der Gegner gilt, jeder Hilfe und jeder Mitarbeit bedarf.

Ist es ein willkürlicher Gedanke, die Vertreter der produktiven Kräfte mit den Vertretern der Staatsgewalt in demselben Abstimmungssaal äußerlich als gleichgestellt wirken zu lassen? Vielleicht, und sicher wird dieser Gedanke, da in Wahrheit niemand das Maß der Kräfte kennt und festlegen kann, auch dadurch nicht logischer, daß man den Regierungsstimmen das Übergewicht gibt. Aber man geht immerhin genau so weit, wie man gehen muß, und erfindet eine Formel, die nicht schlecht aussieht. Man schafft vor allem Organe, in denen die wichtigsten sozialen Probleme, Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, Unfall, Not des Alters, Krankheit, Schutz der Frauen und der Kinder, Arbeitshygiene, Arbeitsrecht, Wanderungswesen usw., von allen Beteiligten besprochen und auch wissenschaftlich erforscht werden können, und so erreicht man, was man erreichen wollte: die vorläufige internationale Sicherung der bestehenden national bedrohten kapitalistischen Wirtschaftsordnung, gewissermaßen gemildert durch einen nicht mehr schüchternen, verdorbenen und verstümmelten, sondern einen stattlichen und in einzelnen Fällen wirksamen „Artikel 19“. Ebenso wie in dem anderen Völkerbund denkt man hier nicht daran, die Welt zu verbessern; man will nicht etwa die „soziale Frage“

lösen, die Besitz- und Arbeitsverhältnisse umwälzen; aber man öffnet diesmal ein Sicherheitsventil und stattet es so prächtig und praktisch aus, daß es über die allernächste Gefahr hinweg zu helfen vermag. Man schenkt der Welt das Schauspiel eines großen, einmal im Jahre, dann häufiger tagenden Parlamentes, in dem nicht die Nationen miteinander sprechen, sondern die Klassen, wobei die Regierungsgewalt zuweilen stärker und unabhängiger als zu Hause die Entscheidung in der Hand halten kann. Während nebenan im politischen Völkerbund die Länder miteinander kämpfen, sieht man im sozialen Völkerbund die Arbeiter aller Mitgliedsstaaten in einer Front gegen die Arbeitgeber, manchmal gegen die Regierungen, manchmal aber in merkwürdigen Kombinationen verquickt. Unter der glänzenden Regie des fuchsschlauen, aber gleichzeitig begeisterten Direktors des Arbeitsamtes, des französischen Sozialisten und ehemaligen Munitionsministers Albert Thomas werden heftige Schlachten geschlagen, gute und böse Worte gesprochen und — das höchste Ziel dieser Kämpfe — internationale Abkommen über die sozialpolitischen Probleme der Zeit sauber zu Papier gebracht, die dann ratifiziert oder nicht ratifiziert werden, aber auf jeden Fall aus dem internationalen Ringen zwischen Regierungsvertretern, Arbeitgebern und Arbeitnehmern zurückkehren in die Souveränität der nationalen Gesetzgebung, deren Anpassung an die international aufgestellten Grundsätze die Krönung des Werkes bilden soll. Ein großartiges, fein arbeitendes und kluges Verfahren, in dem alle Beteiligten zunächst ihren Vorteil finden: die Regierungen einen überragenden Wachtposten, die Arbeitgeber ein Ventil für ihre Arbeiter und gleichzeitig eine eigene machtvolle internationale Organisation, die Arbeitnehmer, so sehr sie sich des ordnungserhaltenden Charakters der Einrichtung bewußt sind, ein neues und starkes Kampfmittel zu Hause und draußen, die Anerkennung ihrer internationalen Solidarität und die Annehmlichkeit,

so lange nicht Revolution machen zu müssen, als sie keine Revolution machen wollen oder können.

So wie sie ist, mit ihren Vorzügen und mit ihren Schwächen, mit ihrer Ehrlichkeit und mit ihrer Schläue, führt uns die Internationale Arbeitsorganisation aus der Wanderung durch die Welt der Friedensverträge, in der sie seltsamerweise ihren Platz hat, zurück in die Welt des Völkerbündpaktes, in die sie in Wahrheit gehört und aus der uns der bössartige Artikel über die Mandate, der eigentliche und gefährliche Fremdling im Pakt, plötzlich gewaltsam hinausgestoßen hatte. Und glatt und selbstverständlich und ohne jeden Übergang, als klappe nicht ein tiefer Abgrund zwischen beiden, reiht sich jetzt an den Mandatartikel 22 der Artikel 23, in dem sich endlich — endlich! — einige wirklich allgemeine Aufgaben des Völkerbundes auf dem Gebiete internationaler Zusammenarbeit in letzter Minute hastig zusammendrängen. Der Anschluß zwischen dem Völkerbund und der Internationalen Arbeitsorganisation wird am Anfang des Artikels durch die Forderung nach „Sicherung und Aufrechterhaltung gerechter und menschlicher Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder im eigenen Land und in den anderen Ländern, auf die sich ihr Handel und die Industriebeziehungen erstrecken“, hergestellt. Zu diesem Zweck soll — und das ist die einzige Anspielung auf die Arbeitsorganisation — „die notwendige internationale Organisation errichtet und unterhalten werden“. Innerhalb des Gefüges des Völkerbundes aber harren der Mitgliedstaaten nur wenige allgemeine Aufgaben: die Verpflichtung zu gerechter Behandlung der Eingeborenen in den Kolonialgebieten, die allgemeine Überwachung der Abkommen über Mädchen- und Kinderhandel und den Handel mit Opium und anderen schädlichen Drogen, die allgemeine Überwachung des Handels mit Waffen und Munition im Verkehr mit den Ländern, in denen eine solche Überwachung für das Allgemeininteresse unentbehrlich ist, die Sicherung und

Aufrechterhaltung der Freiheit des Verkehrs und des Transits sowie eine gerechte Behandlung des Handels aller Mitgliedstaaten, wobei, wie ausdrücklich hinzugefügt wird, die Interessen der im Weltkrieg verwüsteten Gebiete in Betracht gezogen werden sollen, und schließlich die Herbeiführung internationaler Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten. All diese Forderungen sind weder genau noch überzeugend formuliert. Die „Verpflichtung“ für die Mitglieder oder der „Auftrag“ an den Völkerbund werden ziemlich unbestimmt ausgesprochen und in einen allgemeinen Vorbehalt zugunsten der bestehenden oder noch abzuschließenden Verträge eingewickelt. Artikel 23 ist nichts anderes als eine kurze und bescheidene Probeliste aus dem ungeheuren Gebiet der internationalen Arbeitsgemeinschaft. Sie erschöpft nicht im entferntesten die menschlichen Beschäftigungen und Sorgen, die der Völkerbund im Interesse der Förderung der Solidarität und damit des Friedens unter den Völkern in internationaler Bearbeitung zusammenfassen kann. Wichtige Aufgaben solcher Zusammenarbeit erkennen die Väter des Bundes überhaupt noch nicht. Dagegen stehen einige willkürlich ausgewählte Probleme, die während der Pariser Verhandlungen durch besonders rührige Interessenverbände in die Satzung hineingetragen wurden, wie die Bekämpfung des Opium- und Mädchenhandels, nur in losem oder gar keinem Zusammenhang mit dem Ziele einer friedenerhaltenden Nationengemeinschaft. Andere Fragen bedurften überhaupt nicht der Gründung eines Völkerbundes, um Gegenstand internationaler Fürsorge zu werden, waren längst auf internationalen Konferenzen behandelt worden und hatten sogar auf Grund von internationalen Abkommen in ständigen Büros und Ausschüssen geordnete Heimstätten gefunden. Nach ihnen streckt der Bund jetzt unsicher und unbeholfen, durch bestehende Rechte gehemmt, aber im Drang, seine eigene schmale Grundlage künstlich und

bequem zu erweitern, die Hände aus: Im Artikel 24 kündigt er an, daß, falls die beteiligten Staaten damit einverstanden sind, er derartige internationale Büros und Ausschüsse unter seine Oberhoheit stellen wird und ähnliche, künftig zu gründende Einrichtungen ohne weiteres dieser Oberhoheit unterstehen sollen, und sagt auch in anderen Fällen — Regelung internationaler Fragen in allgemeinen Abkommen ohne das Bestehen internationaler Büros oder Ausschüsse — seine Unterstützung zu, um schließlich im Artikel 25 seine Mitglieder zur Förderung und Begünstigung der nationalen freiwilligen Organisationen des Roten Kreuzes zu verpflichten. Aber damit wird das Weltprogramm der solidarischen Zusammenarbeit nicht hoffnungsvoller. Es weist keinen Mittelpunkt auf, von dem die einzelnen Tätigkeiten ausstrahlen. Es verkündet keinen großen Gedanken, der alle die verschiedenen Bemühungen, etwa in der Art, wie es die Präambel der Arbeitssatzung für ein bestimmtes Gebiet versucht, dem Friedensziel systematisch unterordnet. Man fühlt die Verlegenheit und Gleichgültigkeit, mit der die Väter des Völkerbundes, nachdem sie ihre wichtigeren politischen Geschäfte besorgt haben, schnell und hastig, lustlos und unmethodisch an die Organisation der Zusammenarbeit unter den Nationen herantreten. Aber gerade weil sie die Grundaufgaben des Völkerbundes selbstsüchtig verkümmern ließen und damit die mächtige Entfaltung des internationalen Gespräches über die Lebensfragen der Nationen von vornherein einschränkten, werden ihre ursprünglich nur mangelhaft skizzierten Nebengespräche sich bald um so lebhafter entwickeln. Aber können sie, so fragen wir uns, den Völkerbund vorwärtstreiben, ihn endgültig aus der Welt der Verträge heraus in seine eigenen Aufgaben führen? Oder werden wir, wenn uns der mächtige Wortschwall in den Ohren braust, zu dem das Wörtchen vom Mädchenhandel und vom Opium anwächst, nur noch beunruhigender das töd-

liche Schweigen empfinden, das über den anderen Teilen des Paktes ruht?

Artikel 23, Artikel 24, Artikel 25: Sie gleiten vorbei... Die letzte Seite des Paktes liegt vor uns. Auf das vorletzte Blatt war nur in verlegener und blasser Anregung, in drei kurzen Artikeln der Gedanke einer internationalen friedlichen Gemeinschaftsarbeit hingeworfen worden. Ist damit die Organisation der Welt beendet? Hat man uns nach langem Exil nur deshalb wieder in den Pakt zurückgeleitet, damit wir ihn so schnell wieder und endgültig verlassen? Wieviel ist noch ungesagt geblieben! Wie viel möchten wir noch hören! Aber nur noch ein Artikel, und wir sind am Ziel!

XIII

DAS LETZTE WORT

Der letzte Artikel! Wir halten den Atem an, furchtsam und gläubig. Ja, nun erwarten wir noch einmal ein großes Wort. Eine letzte, eine erste Verheißung. Einen Ausblick auf Fortschritt und Verbesserung. Ist hier nicht die herrliche Gelegenheit, in ein paar Zeilen viel gutzumachen, mit ein paar Sätzen Reichtümer zu spenden? Von seinem Ausklang hängt das Schicksal des Gesetzes ab. Ja: den auf der Friedenskonferenz versammelten, den in der Ferne lauschenden, den ausgestoßenen Völkern wird der Pakt in der letzten Minute sein aufrichtiges Bekenntnis entgegenrufen. Er wird gestehen und trösten: Hier ist im Drang und in der Verwirrung des Kriegsendes aus notwendiger Selbstsucht, verzeihlicher Furcht, menschlichem Kleinmut und diplomatischem Unglauben in einem für großzügige und hochgesinnte Schöpfung ungünstigen Augenblick ein Torso entstanden. Unser Werk, wir wissen es, kann nicht die Erfüllung eurer Wünsche und Träume sein. Nur einen Anfang konnten wir geben. Nehmt, was wir bieten, als Versprechen, als Gelöbnis hin. Die Stunde wird kommen, in der wir die bösen Artikel, über denen noch das Giftgas des Krieges schwebt, streichen, die verstümmelten Artikel in ihrer früheren, schöner gedachten Gestalt wieder herstellen, die unborenen Artikel, die der Welt ihr neues Gesicht geben können. in gemeinsamer Arbeit feierlich in die Satzung eintragen werden.

Seid unbesorgt! Nicht ewig und zu eigenem Nutzen wollen wir das Gesetz in der Hand behalten. Euch allen soll die Zukunft gehören. Wir schufen das Werk, aber schufen es für euch, warten auf euch. Wir machten den Anfang. Kommt und vollendet!

Spricht solcher Geist aus dem Schlußartikel? Öffnet er die Pforten in die freiere Welt? Hart und herrisch sagt er: „Abänderungen am gegenwärtigen Pakt treten in Kraft mit der Ratifizierung der Mitgliedstaaten des Bundes, unter denen sich die Vertreter der Ratsmächte und der Mehrheit der Versammlungsglieder befinden müssen. Jedem Bundesmitglied steht es frei, solche Abänderungen abzulehnen; in diesem Falle scheidet es aus dem Bunde aus.“ Ist das alles? Das ist alles. Die Pforte wird geschlossen, mit eisernem Vorhang verrammelt.

Keine Änderung ohne die Zustimmung *aller* Ratsmächte! Unter ihnen aber sitzen als ständige Mitglieder die alliierten Gründermächte: England, Frankreich, Italien, Japan. Ohne ihre Einwilligung kann nicht ein Strich am Pakte geändert werden. Sie sagen: Wir haben den Pakt verfaßt, so wie wir ihn brauchten. Unsere Sache soll er bleiben. Was wird es helfen, daß auch Deutschland als ständige Ratsmacht eines Tages zu den Mächten gehört, die über das ständige Vetorecht verfügen? Die Staaten, die geschickt und selbstsüchtig die Friedensverträge in den Völkerbundpakt, den Völkerbundpakt in die Friedensverträge hineingearbeitet haben, wahren sich für alle Zeit ihr Autorrecht. Sie können jede Verbesserung, die andere erdachten, ablehnen und weiter ohne Rücksicht auf die anderen Mitgliedstaaten herrschen. Kommt aber mit ihrer Bewilligung eine Abänderung zustande, die einem anderen Staat nicht paßt, der nicht im Rat sitzt und daher nicht ein zeitweiliges oder ewiges Vetorecht geltend machen kann, „so scheidet er aus“. Er scheidet aus. Wie am Schlusse des ersten Artikels wird damit noch einmal am Schluß des letzten Artikels verkündet, daß dieser Bund nicht universell

und nicht ewig zu sein braucht. Der unzufriedene Staat kann, muß gehen. Das ist die einzige Pforte, die am Ende des Paktes offensteht: Empor? Nein: Hinaus! Das ist sein letztes Wort.

Das letzte Wort? Nein! Nicht der eigenwillige und selbstgefällige Artikel 26 kann das letzte Wort sprechen. Das letzte Wort des Paktes mußte sein wie alle anderen Worte und wie das erste: Das letzte Wort eines diplomatischen Dokumentes, dessen erste Worte die befehlenden Sieger und die gehorchenden und ausgestoßenen besiegten Mächte von einander trennten. Aber ist es das letzte Wort des Völkerbundes? Es ist das letzte Wort des letzten Papiers aus dem Kriege. Was ist uns dieses Papier? Es ist nicht das lebendige Wort des Evangeliums, es ist nicht die steinerne Gesetzestafel, heruntergeholt vom Berge der göttlichen Eingebung. Es ist das dünne Vorsatzblatt im Hauptbuch der alliierten Kriegsabrechnung. Nur deshalb strahlt es mit starkem Glanze auf uns ein, weil noch die gepanzerte Macht der Siegeszeit hinter ihm steht. Aber es ist Papier. Zwar lächeln die Väter des Paktes, ihre Bundesgenossen und ihre Freunde: „Was Selbstsucht schuf, kann durch Selbstsucht erhalten, durch Vorsicht gefestigt, durch Gleichgültigkeit oder Feigheit gesichert werden. So dichtet Papier sich zu Erz.“ Vielleicht! Aber ob Erz, ob Papier, der Pakt ist nur so stark und nur so schwach, wie die Völker ihn wollen. Das letzte Wort haben niemals Papier und Erz; die lebendigen Völker haben das letzte Wort.

Halt! so rufen uns bedächtige Reisegefährten auf dem Wege nach Genf zu. Halt! Kein blinder Idealismus! Keine mystische Demagogie! Hütet euch, den Pakt zu hitzig zu durchblättern, ihn zu bitter zu lesen! Warum ist das letzte Wort so schlecht? Warum das erste so verwerflich? Wer sollte am Ausgang des Krieges den Völkerbund bauen, wenn nicht die Mächtigen, und worauf konnten sie ihn, wollten sie ihn mächtig, anders begründen als auf ihre eigene Macht? War es denkbar, daß die Mächte, die

sorgsam die neue Ordnung auf ihrem notwendigen Übergewicht aufbauten, es dem allzu rasch vorwärtshastenden Ungestüm der anderen weniger verantwortlichen Mitgliedstaaten überlassen würden, ihr Werk zu zerstören? Ohne ständige Ratsmächte wäre der Bund nicht der Wirklichkeit gerecht geworden, hätte er keine Gewähr für seinen Fortbestand geboten. Wie konnten dann die Mächte, die sich als ständige Mitglieder der Exekutivgewalt proklamierten, zulassen, daß es eines Tages einer einfachen Versammlungsmehrheit einfiel, ihr großes und notwendiges Vorrecht umzuwerfen? Wie sollten die Väter des Paktes, nachdem sie auf Grund sorgfältiger Überlegung für andere Fälle das Gesetz der Einstimmigkeit der Beschlüsse von Rat und Versammlung, die Oberherrschaft des Rates über die Versammlung aufgestellt hatten, den wichtigsten Beschluß, der über Umbau und Neubau des Bundes entscheiden kann, ihrer eigenen Zustimmung entziehen? War es nicht ein Fortschritt und Segen, daß sie sich im Verlauf der Verhandlungen von Paris überhaupt zu dem Gedanken einer Paktveränderung bekannten? Wird nicht Deutschland eines Tages, so schwach es auch ist, unter den Mächtigen sitzen, ihrer Vorrechte, ihrer Vetorechte genießen und oft mehr Vorteil aus den Ungerechtigkeiten des Paktes ziehen, als es aus manchen Gerechtigkeiten ziehen könnte? Habt Geduld, und ihr werdet sehen, wie auch die Besiegten Honig aus der ärmsten Blüte schlürfen können. Macht den Artikel 19, der den Anspruch auf Revision der Verträge festlegt, nicht schlecht: es ist Deutschlands und Ungarns Interesse, die ihn eines Tages anrufen wollen, ihn möglichst gut, möglichst groß, möglichst wirksam zu sehen. Tadelt nicht zu laut, daß Artikel 8 nur unaufrichtig die Abrüstung empfiehlt. Es ist euer Interesse, ihn großartig und felsenfest vor der Öffentlichkeit aufzubauen. Vor allem aber seid gerecht: Wenn ihr zugebt, daß dieses Papier in der Zeit, die es schuf, nicht schöner werden konnte, als es ist, vergeßt dann auch

nicht, daß es schöner ist als alle Papiere, die je vorher beschrieben wurden. Die Verquickung von Pakt und Vertrag bestürzt euch? Wäre der nackte Vertrag ohne das Kleid des Paktes euch lieber? Nicht alle Minderheiten sind mit besonderen Rechten ausgestattet und geschützt? Aber eine große Zahl der abgesprengten Völker wird jetzt behütet, und heute gibt es eine Behörde, bei der sie Klage führen dürfen, gibt es einen Ort, an dem regelmäßig jede Regierung, die Regierung der Stammesbrüder in erster Linie, zu ihren Gunsten die Stimme erheben kann. Ist das nicht unendlich mehr als der tote Buchstabe der alten Berliner Verträge? Ist Dantzig mit einem Völkerbundkommissar nicht deutscher als mit einem polnischen Woiwoden? Ihr seid erbittert, weil nicht der Krieg mit StielundStumpfausgerottet wurde, aber ist man ihm je so drohend nahe an den Leib gerückt wie in den Artikeln 11 bis 17? Und hätte das Vermittlungsverfahren und der Vermittlungszwang, den sie bringen, so schwierig und langwierig sie sind, den großen Weltkrieg nicht unmöglich gemacht? Die Sprache des Paktes gefällt euch nicht! Aber was steckte hinter dem lyrischen Schwulst der Heiligen Allianz? Nicht einmal der Schatten einer Organisation! Nicht einmal der Schimmer einer Kriegsverhütung! Sprecht nicht von den Propheten, laßt uns in Ruhe mit eurem Crucé, eurem Kant und eurem Victor Hugo! Stand auch nur die Unterschrift einer einzigen Regierung unter ihren schwärmerischen oder philosophischen Blättern? Hier ist ein Dokument, das die meisten Regierungen der Welt unterschrieben haben und das sie bindet. Indem die Mächtigen ihre Interessen mit dem allgemeinen Interesse verbinden, mußte das allgemeine Interesse dürftiger berücksichtigt werden als in der reinen Konstruktion der Denker. Aber ein auch noch so bescheidenes Versprechen, hinter dem das große Frankreich und das gewaltige britische Imperium stehen, ist wertvoller und bei aller Nüchternheit auch pathetischer als die überschwenglichste Vision eines französischen Dichters und eines

deutschen Professors. Was war denn früher? Nichts. Was heute ist, war noch nie. Niemals waren die großen und kleinen Völker der Welt in einem staatenbundähnlichen Gebilde vereinigt. Niemals hatten sie ihre ständigen Organe, ihre gemeinsamen Verfahrenswege, ihre gemeinsamen Gesetze und gemeinsamen Aufgaben mit der Möglichkeit der Besserung und des Ausbaus. Dieses Papier ist eine der größten und wirksamsten Schöpfungen der Geschichte. Die Unvollkommenheiten, die es enthält, wird die Zeit verwischen. Ihr müßt geduldig sein und den normalen Gang der Ereignisse nicht überstürzen. Das Heil wartet am Ende der Fahrt.

Wir hören die Stimmen. Wir kennen sie. Wie oft haben wir ihr Klingen in uns verspürt! Sie sind verführerisch, wenn sie auf unsere List und auf unsere Bequemlichkeit abzielen, und es wäre so gut und so ruhevoll, ihnen zu lauschen und ihnen zu glauben. Sie sagen nicht immer die Unwahrheit, aber sie sagen nur selten die volle Wahrheit. Und die Teilwahrheit, die sie bergen und die auf den volkstümlichen Satz hinausläuft „Besser als nichts“ und „Mehr als vorher“, mag vielleicht wirkungsvoll vor uns anwachsen, wenn plötzlich eine ernste Gefahr für das Papier besteht, wenn die Mächte, die es beschrieben haben, es etwa wieder eigenwillig zerreißen und durch nichts ersetzen wollten. Aber was sollen wir mit den Verlockungen anfangen, die mit der Kleinmütigkeit der Unterlegenen rechnen, um aus dem natürlichen Kritiker einen verschlagenen Nutznießer des unzulänglichen Werkes zu machen? Würde solch schlauer Kleinmut nicht bald auch gegen den eigenen Nutzen der kleinmütig Schlaunen aus schlagen? Die Besiegten werden ihre vollen Rechte nur erhalten durch den gerechten Pakt. Sie wären töricht, würden sie alles, was er an Sünden gegen sie enthält, frömmelnd hinnehmen um der wenigen Kniffe und Auswege willen, die er ihnen, wenn sie geschickt und zähe sind, bieten mag. Immerhin — und daran

glauben wir wohl, und oft wird solche Furcht in der Zukunft Bestätigung finden —, die Gefahr ist groß, daß die Sieger sich die Mitschuld der Besiegten sichern und damit die letzteren genau wie die ersteren unter dem Drang der unmittelbaren Aufgaben den Völkerbund vergessen.

Ist es in der Tat nicht das letzte Ziel aller Verlockungen, uns die Hoffnung und damit das Streben nach dem besseren Völkerbund zu nehmen? Wenn sie sagen: Besser als nichts, so wollen sie uns gleichzeitig mit dem französischen Sprichwort einreden, daß das Bessere des Guten Feind ist. Aber ist nicht auch das Gute, soweit es Gutes gibt, des Besseren Feind? Wem dienen die Lobgesänge auf den vollzogenen Fortschritt? Vom Holzfloß zum modernen Ozeandampfer ist ein weiter Weg, und man wird inzwischen herrliche Seefahrten mit dem vielmastigen Segelschiff unternehmen können. Was aber suchen wir im Völkerbundpakt und in seinen nebenan in den Friedensverträgen untergestellten Kapiteln? Haben wir an die Menschen des einundzwanzigsten Jahrhunderts zu denken oder an die Kinder, die neben unserer Fahrt in die Schule wandern? Es geht um den Frieden, aber nicht um den Frieden in einer künftigen Welt oder in einem künftigen Himmel; es geht um den Frieden von heute und von morgen. Und da kann nicht gewartet und experimentiert werden. Da hilft kein Vertrauen auf den normalen Fortschritt der menschlichen Dinge. Wenn wir den Abstand zwischen dem heutigen Tag und dem Tag des Kriegsendes zu groß werden, wenn wir selbst uns einschläfern und vertrösten lassen, ist der Augenblick der Rettung unwiederbringlich oder für lange Zeit wieder verpaßt und der gerechte und unzerreißbare Friede verloren. Und warum warten? Worauf warten? Ist unser Gehirn zu dumpf, um den Gedanken von der sofortigen Notwendigkeit des dauernden Friedens schnell genug und völlig auszudenken? Müssen wir die Verfeinerung unserer Denkmachine, die Vertiefung unserer Erkenntnisse abwarten? Die Erkenntnis

ist längst in leuchtender Klarheit vorhanden, der Völkerbundgedanke seit Jahrhunderten in seinen Einzelheiten fertig. Fehlt es an der Technik des Friedens, die erst mit Geduld und in langer Frist ergrübelt werden kann? Jeder Staatsmann, jeder Diplomat, jeder Jurist und jeder Parlamentarier spürt sie fertig in seinen Fingerspitzen, wie der Generalstab und der Kriegsminister die Technik seines Krieges stündlich bereit hält. Woran fehlt es? Es fehlt an dem Willen zum Völkerbund. Der Pakt wäre ein großer Fortschritt vor allen früheren von den Staatsmännern unterschriebenen Dokumenten, wenn er nicht in der Versailler Welt stünde. Aber auch ohne diese anarchische Welt wäre er nur ein Fortschritt. Seine verhängnisvollen Unvollkommenheiten rühren nicht daher, daß seine Väter und ihre Zeitgenossen zu dumm oder zu ungeschickt waren, um einen besseren Pakt zu machen. Ja, wäre es so, dann müßten wir warten, bis sie klüger und geschickter geworden sind. Aber wir wissen, daß sie ihn nicht anders, nicht besser wollten als er ist, daß sie ihre große Klugheit und ihre unbestreitbare Geschicklichkeit unaufhörlich dazu anwandten, um ihn so schlecht wie möglich zu machen. Freiwillig und bewußt blieben sie hinter dem zurück, was für den Frieden notwendig ist und ausführbar war, gehemmt durch den Willen zur Macht, der stärker war als ihr Wille zum Frieden. Wir alle verstehen, warum sie nicht wollten, warum sie am Beginn des Weges stehenblieben, und wir können, geschichtlich gedacht, ihre zögernden Schritte verzeihen. Aber unter keinen Umständen dürfen wir ihr Zögern billigen, dürfen wir ihre Schwäche oder Feigheit als eine Wohltat und als die notwendige Methode zur Herbeiführung des besseren Völkerbundes anerkennen. Die freiwillige, wie auch die unfreiwillige, durch die unglücklichen Zeitverhältnisse erklärliche Willenslähmung müssen wir brechen, wenn der Marsch fortgesetzt werden soll. Mögen die Diplomaten interessiert den Fortschritt loben, vor dem ihnen zuerst schwindelte, weil er nicht

ohne weiteres in ihre Tradition hineinpaßte, und der ihnen nun behagt, weil er sich schnell ihrer Tradition unterwarf; mögen die Juristen der abgeklärten Wissenschaft ihn aufrichtig rühmen, weil sie wissen, wie wenig vorher bestand, die Juristen der politisch angewandten Künste ihn eifrig preisen, weil sie ihn in ihren Prozessen brauchen: wie können die Völker ihn bewundern? Nicht den Fortschritt auf dem Wege der Erforschung des Problems, die Lösung brauchen sie, dringend und sofort. Immer brauchten sie die Lösung dringend und sofort. Und immer wieder sind sie inzwischen zugrunde gegangen. Rühmen die Völker den Fortschritt der Diplomaten und Juristen, so sind sie verloren. Dann ist, was gestern Fortschritt war, heute Stillstand und morgen Rückschritt. Wer den Deutschen Bund schön fand — und er war ein Fortschritt gegenüber dem deutschen Zustand im Dreißigjährigen, im Siebenjährigen und im Napoleonischen Krieg —, der war verloren für den Kampf um das geeinigte Reich, das allein den Deutschen die innere Sicherheit und den inneren Frieden zu schenken vermochte. Die Fürsten und Minister des Bundes fanden ihn schön. Aber die deutschen Patrioten liebten ihn nicht, befehdeten seine Bundesakte, obgleich auch von ihr gesagt werden konnte, daß sie besser war als nichts und das Beste, was aus der Wiener Kongreßzeit hervorgehen konnte. Und weil sie kritisch, unbefriedigt und wahrheitsliebend blieben, hielten sie den Willen lebendig, aus dem das Reich hervorgehen sollte. So kann auch die Pariser Akte mit ihren Unter- und Oberabteilungen in den Friedensverträgen, ihren Ungerechtigkeiten und Unaufrichtigkeiten, ihren Lücken, falschen Voraussetzungen und unerfüllbaren Versprechungen die Patrioten des Völkerbundes in keiner Weise beruhigen. Gelänge es den beschwichtigenden Schönrednern, sie zur Bewunderung zu zwingen, so würde die Akte allmählich völlig wirkungslos, wahrscheinlich aber durch einen nächsten Krieg zerrissen werden. Nur die unzufriedenen,

unruhigen und schlaflosen Völkerbundpatrioten werden die Staatsmänner, die Geschichte machen, und die Juristen, die ihnen dazu die Papiere schreiben und auslegen, aus der tödlichen Befriedigung über ihr Werk, aus der mörderischen Freude am geschichtlich Gewordenen zum Weitermarsch treiben, zu der großen und eiligen Reise, die uns zurückführen muß zu dem besseren Wilson und all den Vorgängern, aus denen er bewußt und unbewußt die Kräfte zog, die ihn dann verlassen haben: zu der letzten Reise in das Gelobte Land, das er klar von seinem Berge aus gesehen und gekündet hatte, bevor er sich in der Wüste verirrt und uns die untergeschobenen Gesetzestafeln überreichte. Ja, wenn es nur um den Vorteil und Nachteil dieser oder jener Länder, um bessere diplomatische Methoden der Regierenden, um neue wissenschaftliche Lehren der Professoren ginge, alle hätten wir dann Zeit, Geduld und lächelnde Ruhe. Aber es geht, wie Napoleon sagte, um die Sache der Völker, und sie ist die eiligste Sache der Welt. Es hilft uns wenig, ob das Papier besser ist als frühere Papiere. Wir wollen das beste Papier. Wir wollen die wahren Gesetzestafeln wieder haben, die einen Augenblick lang über unsern Köpfen schwebten und dann verloren gingen. Sie heimzuholen und am Bundessitz aufzustellen: Das ist der Sinn einer jeden Reise nach Genf.

Inzwischen aber liegt das Papier, so wie es ist, vor uns, mit seinen 26 mittelmäßig abgefaßten Artikeln und den dazugehörigen zahlreichen Artikeln der Verträge. Und dieses Papier mit allen seinen Fehlern soll nun Leben werden. Ans Werk! Ein paar Bürozimmer in London, ein fürsorglich im Anhang des Paktes benannter Generalsekretär, Engländer und Diplomat, ein paar Beamte, die sich ihre Freunde und Bekannte herbeiholen, Engländer und Franzosen und zunächst noch, da man auf die Rückkehr ihres Landes hofft, einige Amerikaner, andere alliierte und

erprobte neutrale Freunde aus der Kriegszeit, eine Zelle interalliierten Zivildienstes, Etappenbürokraten, die sich als Priester der neuen Religion etablieren wollen. Dann in Paris im Senatspalast der französischen Republik und hierauf eine Zeitlang, wie ein Zirkus herumziehend, in allen möglichen Städten der Welt ein paar Minister und Diplomaten, die zweite Garnitur des Obersten Rates aus der Friedensschlußzeit, die nun der Völkerbundrat, das große Exekutivorgan des neuen Bundes, sein will. Eine lange Reihe von Möbelwagen, die in einem Genfer Hotel am Quai du Montblanc die Londoner Schreibmaschinen und Aktenschränke abladen. Ein paar amtliche Mitteilungen für die Welpresse, die gegen das Wolffbüro polemisieren. Ein paar französische und englische Stenotypistinnen, die mit hübschen gepflegten Gesichtern und blendenden Seidenstrümpfen, mit gutem Willen und großem Eifer eine neue hellere Atmosphäre in die Stadt Calvins und der Fremdenindustrie tragen wollen. Das ist der Anfang. Ans Werk! Wird das Papier lebendig werden? Unter den Händen der Diplomaten, des Obersten Rates, der Zivildienstbeamten, der hübschen englischen und französischen Mädels, dieser noch zur Hälfte im Krieg steckenden, aber wieder vergnügt in die Welt hineinblickenden Ententewelt, die sich vermehrt und in Abteilungen gruppiert, ihre Hierarchie ausarbeitet, beginnt das Papier Papier zu erzeugen. Große dicke Ballen, endlose Bänder, ungeheure Lawinen und Flocken von Papier hüpfen, rollen, wälzen sich aus den Genfer Schreibmaschinen und Vielfältigungsapparaten und Druckereien in unübersehbaren Massen über das Land. Gleichzeitig lösen sich aus den papiernen Artikeln des Paktes die platten Figuren der Bundesstruktur und werden dreidimensional: Es entstehen „Organe“, „Ausschüsse“ und „Büros“, nicht mehr Buchstaben und Striche, sondern Menschen, die zunächst auf Listen, bald aber breit oder dünn, so wie sie nun sind, auf ihren eigenen Beinen stehen, mit einer Pfeife oder

Zigarette im Mund, was sie nun vorziehen, sich um Tische setzen, auf denen kleine Schilder den Namen eines Landes künden, das ihr Land ist, das sie sind. Die Organe schaffen neue Organe, neue Listen, neue Tische, und endlich wird der größte Saal mit den meisten Tischen Genfs gemietet und eingerichtet. Und nun sitzen Hunderte von Menschen vor den Schildern, die fünfundvierzig, später fünfundfünfzig Länder bezeichnen. So entsteht eine Zelle und aus der Zelle eine Welt am Rande der Welt.

Draußen aber seufzt und heult die Wirklichkeit. Wiederaufgezogene Automaten der Vorkriegszeit, marschieren die Soldaten über die Grenzen in neuen Krieg oder im Kreise um ihre Kasernen herum. Gewerkschaften und Industriekonzerne verschanzen sich in Festungen und unternehmen gewaltige Ausfälle gegeneinander. Freischärler aus allen Klassen und Schichten durchziehen die beunruhigte Erde. Könige purzeln die Throne herunter und herauf, und das Geld schwillt zu einem gewaltigen leeren Nebel an, aus dem es plötzlich wieder als neue klingende Münze in andere Taschen herabfällt. Ungeheure Wirtschaftsunternehmungen ballen sich auf neben ungeheuren Hungersnöten. Schwarz-, Braun- und Rothemden prügeln einander in den Straßen und schießen von den Lastwagen herunter. Eine schrille, die Seelen in höchsten Tönen zersägende Jazzmusik geht durch alle Stadtviertel aller Kontinente, durch die Villen wie durch die Arbeiterhäuser. Grammophonplatten, die wir Zeitungen nennen, registrieren den Lärm. Ihr Konzert beginnt mit Poincaré und Briand und Stresemann und Mussolini, wenn es nicht mit Carpentier und Schmeling beginnt, und sie bieten uns Josephine Baker, Eckener, Thomas Mann, Lindbergh und Charlie Chaplin, das phantastische Rundfunkprogramm aller Kulturen und die Anzeigen der Wahrsagerinnen aller Vorstädte. Irgendwo im Bewußtsein der Menschen fliegt hier und da der Name Genf vorüber, taucht irgendwo der Schatten

eines Völkerbundsekretärs auf, schnell wieder verschlungen von dem tollen Wirbeltanz der wirklichen Wirklichkeiten und der berühmteren Berühmtheiten. Aber am Rande der Welt bastelt sich inzwischen aus Papier und Holz der Versuch einer neuen Welt zusammen.

Wer kann sich, sobald etwas zu sein beginnt, gegen den Zauber wehren, der von allem Sein ausgeht? Nun werden die Stimmen dringender, die zureden, betören und bekehren. Was ihr dort wirken und walten, was ihr dort in hundert Richtungen sich entfalten seht, das wäre nicht der Völkerbund? Aber ist es ihm nicht außerordentlich ähnlich? War ihm je etwas so ähnlich? Der Völkerbund noch nicht vorhanden? Vielleicht! Aber ist dort nicht ein „Rat“? Eine jährlich tagende „Versammlung“? Ein „Internationaler Gerichtshof“? Ein „Arbeitsamt“? Ein „ständiges internationales Sekretariat“? Und daneben ein wachsendes Durcheinander von Körperschaften, ständigen Ausschüssen, zeitweiligen Ausschüssen, die sich breiten und dehnen, die es teilweise früher nicht gab, die teilweise früher mit anderen Namen bestanden, aber jetzt alle zusammengehören. Alle diese Einrichtungen bestehen, beschränkt auf ihre Befugnisse, das ist sicher, nicht ehrlich zusammengesetzt, das kann man nicht bezweifeln, nicht völlig der Allgemeinheit dienstbar, das muß ohne weiteres zugestanden werden, mehr dem einen zu Gebote als dem andern, das wissen wir. Aber sie sind doch in manchen Fällen, wenn es auch nicht immer die wichtigsten sind, die einzigen Einrichtungen, die immer allen zur Verfügung stehen werden. Was ihnen auch vorzuwerfen ist, eines, vergeßt es nicht, ist groß an ihnen: sie bestehen. Es sind Häuser und Hütten, Zellen und Baracken, verstreut, ungleich, oft kaum aneinandergelehnt, durch weite, leere Strecken voneinander getrennt, nur mühsam gemeinsam umfriedet, aber sie bestehen. Und über ihnen, über allen flattert — mit Recht oder Unrecht — die Fahne mit dem großen Namen Völkerbund. Es

gibt nichts anderes auf der Erde, das diesen Namen trägt. Nur diese Einrichtungen führen den großen Namen, und wenn er ihnen Glanz gibt, so geben sie ihm seine erste Wirklichkeit.

Ja, dieser Name ist es, der uns verwirrt und lähmt, aber auch lockt und reizt. Er ist schöner als alles, was er deckt, aber er verschönt gleichzeitig alles, was sich unter ihm birgt. Alle Wortverbindungen, in denen er vorkommt, adelt er. Völkerbundrat: schnell ist vergessen, oft nie bewußt gewesen, woher dieser Rat stammt und wer in ihm sitzt. Das Wort Völkerbund schiebt eine vertraueneinflößende Welt in unser Bewußtsein. Völkerbundversammlung! Völkerbundsekretariat! Völkerbundesdelegierter! Völkerbundbeamter! Völkerbundsachverständiger! Sie alle, Schatten oder Gerippe, er halten Schönheit durch diesen Namen. Sie verdienen ihn nicht? Aber sie geben ihm ein Gesicht. Sie schaden ihm? Aber sie lassen ihn erklingen bis in die fernsten Gegenden der Welt. Ja, dieser Name ist es, der uns verwirrt und erobert. Denn niemand kann ihn ohne Zärtlichkeit aussprechen, niemand ihm ohne Hoffnung lauschen. Allmählich sammelt er alle um sich, auch die Widerspenstigsten. Die Deutschen und Ungarn, die alle Ursache haben, dem Pariser Stückwerk böse zu sein, hören den Namen ertönen. Sie wissen, daß feindliche Tücke ihn mißbraucht, daß man sie mit seiner Hilfe erniedrigen, mit seiner Hilfe ihr Unglück verewigen will. Trotzdem verführt er sie und sprechen sie ihn begierig mit. Und noch bevor die Realpolitiker, obgleich sie der Einrichtung weiter zürnen und alle ihre versteckten und offenen Schäden anklagen, sich in ihr niederlassen, weil sie nirgends fehlen können und alles benutzen wollen, was irgendwie zu benutzen ist, taumeln auch schon die Idealisten herbei, weil sie die Fahne lieben, die über dem Häuserblock flattert. Verwirrt und im Innersten beschämt irren sie zuerst in den fremden Räumen umher, drücken sich an

den Wänden entlang, schütteln den Kopf, heben dann aber schließlich den Blick auf das tröstende Banner. Um das hohe Wahrzeichen herum kreist ein rätselhaftes Gewimmel, in dem sich hier kalte Schiebungen, dort heiße Gewissenskonflikte vorbereiten.

Denn nun wird neben allen andern Kämpfen der größte und zäheste Kampf ausbrechen, der in Wahrheit die Fortsetzung des alten, jahrhundertelangen Kampfes um den Völkerbund ist. Ein Kampf, in dem es sich nicht mehr allein um die Sieger und Besiegten des letzten Krieges, nicht mehr um die Erhaltung oder Revision der Verträge, sondern um den Völkerbund handelt. Hinter allen Gesprächen, allen Schriften, allen Gedanken, die sich um Genf drehen, lauert dieser Kampf, und oft genug wird er in ein und derselben Brust ausgefochten werden: der Kampf zwischen denen, die den Namen des Völkerbundes untrennbar einbrennen möchten in den heutigen Besitzstand internationaler Einrichtungen, ihn allmählich jeden anderen Sinnes und Zieles entkleiden wollen, so daß alle sich ihrer Waren bedienen müssen und das Wort Völkerbund nichts mehr ist als ihre Schutzmarke, — und jenen anderen, die nur widerstrebend damit einverstanden sind, daß der in Paris erdachte Plan den großen Namen führt, und sich nur damit abfinden und nur deshalb mithelfen, weil sie hoffen, daß nicht der Name herabsinkt zu den Einrichtungen, die er deckt, sondern daß er sie zauberisch beseelt und hinaufzieht, daß er selbst ein Programm sein wird, das leidenschaftlicher anspornt als das Pariser Programm, eine Fahne, die man nicht nachschleppt, sondern die voranflattert und führt, die man den augenblicklichen Nutznießern nur leiht, aber nicht schenkt, und die, wenn die Einrichtungen zusammenbrechen, nicht in ihren Trümmern begraben werden darf, sondern unbedingt rein erhalten werden muß bis zu dem Tag, an dem man sie aufpflanzen kann über dem wahren Bund.

Diesen Kampf werden wir inmitten aller anderen Kämpfe wiederfinden, wenn wir in der Stadt der Nationen weilen. Schon erfüllt er unsere letzte Wegstrecke, drängt er alles andere Sorgen und Trachten zurück, derweil wir, erregt und ungeduldig, am Fenster stehen und die Namen der letzten Stationen entziffern.

Die Fahrt ist beendet.

Eine Fahrt durch die Träume vom Frieden und die Wirklichkeit der Kriege, die Klugheit der Pläne und die Torheit der Verträge. Eine lange Fahrt von großer Verheißung zu kleiner Erfüllung. Durch heitere Täler und über grollende Schluchten sausen unsere eisernen Karawanen ans Ziel. Und nochmals, in der letzten Stunde der Fahrt, wie verschieden fühlen wir alle diese Reise! Seht, wie die Deutschen, seht, wie die Franzosen sich der messianischen Stadt nähern.

Stundenlang haben wir bereits die Grenzen hinter uns gelassen und die Blicke in neue Horizonte gesenkt, haben hinausgelugt, von unsern trüben Dokumenten und wirren Sorgen aufblickend, in das deutschsprechende Basel, das uns so vertraut und so nah ist, mit neugierigen Augen und Gefühlen die Rassenmischung in Delsberg und Biel gemustert, sind am welschen Jura, seinen kleinen und großen, stillen und schwermütigen Seen dahingeglitten und nun um das große, hüglichs stolze, französisch und südlich heitere Lausanne herumgefahren. Stundenlang haben wir im Land des Schweizer Friedens und der Schweizer Völkervereinigung gewelt. Unsere Seele hat sich angefüllt mit Bildern, die einer klareren und froheren Welt angehören und jenseits liegen von unseren heimischen Vorurteilen und Sorgen. Längst sind wir vor-

bereitet auf ein besonderes Erleben, gleichsam geläutert von allem allzu Heimischen, allzu Persönlichen. Unsere Seelen sind offen und bereit, alles Fremde und Neue mit Frömmigkeit aufzunehmen.

Und plötzlich umfängt uns der berühmte Tunnel von Chexbres. Aus dem Dunkel heraus treten wir in blendendes Licht. Und viel schöner, als Hodler ihn malen konnte, dehnt sich der endlose Genfer See, auf den ersten Blick strahlend und süß und romantisch, dann in seiner Ferne und Glätte abgeklärt, dann mit seinem Gebirgsrahmen erhaben, schließlich in allen seinen Tönungen ineinanderschwimmend, zärtlich und sanft, beruhigend und versöhnend, alle Zwistigkeiten des Herzens einwiegend und alle reinen Empfindungen steigernd. Das ist kein See: das ist ein großer, liebevoller, philosophischer Traum. An den Rädern unseres Zuges flieht das Grün der gepflegten Weinberge vorüber, gesammelt um saubere Kirchtürme und gegliedert durch weiße glänzende Wege und Mauern. Es gleitet hinunter in das blasse, glatte, halb wachende, halb schlafende, lächelnde Blau der breiten, weichen Seefläche, die sich am andern Ufer über die bläulich-grünlich schwellenden Hügel, die bläulich-weiß aufsteigenden, dann blendend weiß ragenden Alpen Savoyens hinweg mit dem hellen Blau eines großartigen faltenlos gespannten Himmels vermählt. Überall klare, ruhige Linien, aber von einem flimmernden, dünnen edlen Dunstschleier gemildert; überall glänzende Luft, die glänzendes Licht ist, aber gleichmäßig und sanft verstreut durch einen unsichtbaren Lampenschirm. Unsere Fahrt wird eine Zauberschaft durch glaubhaften, überzeugenden, völlig fertigen Frieden.

Und dieser Friede umfängt uns, erleben wir ihn am Abend, in gleicher Seligkeit. Die Bläue unten und oben ist tiefer, aber dennoch sanft und einschmeichelnd, dennoch voller Licht. Die grüne und die weiße Säumung verschwand, aber das Blau ist

betupft mit blinkendem Gold. Die tausend Lichter, die zu unsern Füßen das Land besprengen, den See rahmen, in ihm aufzucken und wandern, drüben die Berge hinaufklettern, zuerst in kleinen Gruppen, allmählich höher, vereinzelt, dann große blaue Flächen überspringen, um endlich den ganzen Himmel zu übersäen; die Bläue, die diesmal nicht durch Licht und Luft beseelt ist, sondern selbst Luft und Licht ausleuchtet: alles ist dieselbe friedliche Seligkeit, derselbe selige Friede, im Glanz des Dunkels nicht anders als im Glanz der Helligkeit. Denn nirgends gleichen Tag und Nacht einander so sehr wie hier, wo die Natur nicht mit den Augen genossen, wo sie mit den besonderen Sinnen des Herzens und des Verstandes getrunken wird. In Harmonie gebadet nähern wir uns dem Ziel, das da drüben wartet, noch verborgen hinter der Windung des Sees, verloren hinter einer mächtig gerundeten Kuppe, in einer Ferne, die versonnen und milde, still und freundlich herabsteigt aus den Höhen der Alpenpracht. Ein Paradies, ein Paradies! in das wir nun einfahren, umflattert von den blauen Bändern und Schleiern der friedlichsten Natur. Blau ist alles um uns, vor uns, und blau schwingt es in unseren vertrauensvollen Seelen.

Wie anders färbt sich die letzte Wegstrecke der andern! Unter den Rädern donnert ihnen der stürmische, grüngurgelige Rhonestrom entgegen mit wilden, gewaltigen und romantischen Bildern. Dicht treten die Felsen an die Bahn heran, ragen bis in den Himmel hinein. Alles was jene sehen, atmen, was sie entzückt, ist bis zu der letzten Minute die Heimat und ihre Größe. Nur ein kurzer Tag, eine Nacht nur trennt sie von Paris in dem Augenblick, an dem sie die Grenze überschreiten, ein ruhiges Tal vor ihren Augen erblicken und schnell, immer ihrem eigenen Strom entgegen, in die Stadt einfahren. Französisch wie drüben sind die Reklameschilder, französisch wie drüben erscheinen die Menschen, die unter den Bahnbrücken durch die tiefen Straßen wandeln.

Kein neues Erlebnis, keine neue Vision zwischen Abfahrt und Ankunft. Wenn sie es wollen, legen sie sich nachts im Bahnhof ihrer Hauptstadt in das rollende Bett, das sie morgens im Bahnhof der französisch anmutenden Provinz- und Ferienstadt verlassen. Vor der unsichtbaren Grenze, die sich ihnen lautlos öffnet, ohne Schweiz und ohne See, den sie erst später erblicken werden, ohne Überraschung und ohne Übergang, vor der Tür der Heimat, die natürliche Fortsetzung ihrer Heimat, ein Vorort von Paris, so erwartet sie ihr Völkerbund. Aber von wo, aber wie wir auch gekommen sind, alle sind wir nun da. Und aus den verschiedensten Erlebnissen, den verschiedensten Bildern, den verschiedensten Vergangenheiten soll das große Gespräch der Nationen erstehen.

Die Fahrt ist beendet. Aus den Prophezeiungen und Konstruktionen, aus den Anläufen und Rückfällen, aus dem Haschen nach dem Ideal und dem Feilschen um den Nutzen, aus dem Zorn, der Enttäuschung oder der Befriedigung, aus den Punkten und Artikeln, aus dem quälenden Grübeln, aus dem raschelnden, zerlesenen Papier sind wir nun endlich heraus. Eine wirkliche Stadt ist um uns. Aus Stein und aus Asphalt, mit Häusern, in denen Tische stehen mit Stühlen ringsherum. Arbeit wartet. Probleme wollen angepackt und gelöst sein. Der Völkerbund! Wer fragt noch einmal, ob es einen Völkerbund gibt oder nicht, woher er kommt, wohin er strebt, ob er der rechte oder der falsche, ob er ein Experiment, ein Schwindel, eine Erfüllung, eine Verheißung ist? Hier ist eine Stadt, in der beraten werden soll. Der Völkerbund — existiert er? existiert er nicht? — hat seine Stadt. Seine Stadt: Mit Häusern und Tischen und Stühlen.

Die Züge stehen still. Die dichte wartende Menge schiebt sich langsam, dann eiliger, in Verwirrung und Hast geratend vor den Abteilen den Bahnsteig entlang, zersplittert sich, schließt sich wieder zusammen, stürzt nach den Wagentüren. Überall sind Landsleute, die Landsleute suchen, hilfsbereit, ehrerbietig, freund-

lich und etwas festtätiglich. Hüte heben sich, Hände strecken sich. Wir winken ihnen entgegen, steigen aus. Haben festen Boden unter den Füßen. Hier ist eine Wirklichkeit. Ist sie schlecht? Ist sie gut? Fester Boden: Genf! Die Generalkonsuln und Konsuln, die Vizekonsuln und die Kanzleivorsteher, die ständig beim Völkerbund beglaubigten Delegierten, die Völkerbundbeamten, sie eilen herbei mit lächelnder Ergebenheit. Die Vereine stehen am Bahnhof. Ein paar Studenten und ein junges Mädchen und ein Blumenstrauß. Ein Photograph und ein Geheimpolizist, seit langem so bekannt wie der Konsul und der Blumenstrauß. Würdevoll steigen die Herrschaften aus. Jetzt stehen auf dem engen und dunklen Bahnsteig die Außenminister und Staatsmänner des größeren Teiles der Welt; zwischen Gerüsten und Dienstmännern, Autos und Koffern bewegen sich die geschichtlichen Figuren dahin. Alle Regierungsgewalt der Welt liegt jetzt auf diesem Bahnhof.

Und wir blicken auf diese gewaltausübenden Menschen aus den gewaltigen Ländern. Wie rührend und komisch sehen sie plötzlich aus! Alle sind etwas bewegt, wie man nach einer langen Reise, die nicht etwas ganz Gewöhnliches und Bedeutungsloses war, bewegt ist. Alle sind ein wenig erfreut und ein wenig erregt wie Menschen, die ihre Familie und ihre Freunde am Bahnhof wiederfinden. Während sie dahineilen, sprechen sie laut, suchen sie nach schlagenden Einfällen und witzigen Worten, erwecken Gelächter und lachen geräuschvoll mit. Das Blitzlicht zuckt. Alles drängt und plappert durcheinander. Ein merkwürdiges Bahnhofsgetümmel, wie man es an keinem andern Ort und bei keiner andern Gelegenheit kennt. Ferienfreude und das Vergnügen am Wiederbeginn der Schule mischen sich ineinander. Der Kreis, der die Minister und Delegierten, die den Bahnsteig hinabgehen, ihre Begleiter und Freunde umschließt, wird immer dichter und lebhafter, und schlichte und wichtiguerische, herzliche und ergebene

Gebärden fahren durcheinander. Junge Frauen am Rande der Gruppen recken sich nervös nach den großen Männern. Um das störende Gewimmel herum eilt der gewöhnliche Reisende vorbei, und während er sich um sein Gepäck, seine Autodroschke, seine Frau oder seine Kusine sorgt, wirft er ärgerlich den Kopf zurück und staunt achselzuckend herüber zu diesen Reisenden besonderer Art, die sich breit und behaglich vorwärtsschieben, behaglich und breit im Getümmel stehenbleiben, den unfreundlichen Bahnhof genießen und sich wahrhaftig in ihm zu Hause fühlen.

Und so ist es. Sie fühlen sich irgendwie hier zu Hause. Weil sie umringt und behütet sind von der dichten Schar ihrer Landsleute? Nein, aber in ihnen löst sich langsam, seitdem sie auf dem Bahnsteige dahingehen, das lange Schweigen der voneinander getrennten Nationen. Schon empfindet jeder die neue Welt, die nicht nur seine Welt, aber auch nicht nur die Welt der andern ist, die allen ein wenig gehören will, in die nicht jeder für sich, sondern jeder auch zu dem andern kam. Seht hin: Fest und warm eingehüllt in den Knäuel der Landsleute, in eindringlich gutmütigem Geplauder, in vielfachem Händedruck mit ihnen verschlungen steht der Minister da. Seine Aufmerksamkeit aber zuckt plötzlich blitzartig hoch, trennt sich ab aus dem heimischen Kreis, fliegt dem Kollegen der anderen Länder zu, der in sein Blickfeld geriet. Grüße gehen nun hin und her, konventionelle Worte. Man winkt mit der Hand. Man reicht sie durch die Mauer der Landsleute hindurch dem andern entgegen und gerät fast schon in ein Gespräch. Dann wird jeder wieder von den Seinen mitgezogen, für heute noch von ihnen gefangen. Aber bereits hat er deutlich gespürt, daß dieser Gruß das Wichtige und das Wesentliche und das Erwartete bei dieser Ankunft war. Gehört er nicht zu dem andern? Mit ihm wird er morgen sprechen, arbeiten, sich ärgern, ringen und kämpfen. Jetzt noch treibt jeder mit der landsmännischen Gruppe ab, dem Ausgang zu. Aber jeder denkt noch

an den andern, empfindet ihn weiter. Solidarität? Noch nicht, noch lange nicht. Aber bereits Kollegialität. So grüßen Kammerabgeordnete verschiedener Parteien einander, wenn sie aus der Provinz kommen und am Bahnhof der Hauptstadt aufeinanderstoßen. Nationengemeinschaft? Noch nicht, bei weitem noch nicht. Aber schon Berufsgemeinschaft von Menschen, die dazu da sind, um für die Nationen zu sprechen. Schon gehören sie zusammen auf diesem Bahnhof, bevor noch die Völker zusammengehören. Schon sprechen aus ihren dichten nationalen Gruppen heraus die Menschen miteinander, bevor die Nationen miteinander sprechen können. Die Genfer Unterhaltung hat leise begonnen.

Die Herrschaften sind bei den Autos angelangt. Die Generalkonsuln und Vizekonsuln, die ständigen Delegierten und Sekretäre, die Journalisten, das Mädchen, das seinen Blumenstrauß abgeladen hat, der Kanzleivorsteher und der Geheimpolizist — sie alle grüßen. Die Wagen rollen hochmütig die breite Montblancstraße hinunter. Mit den hohen französischen Wohnhäusern, den massiven Versicherungsgebäuden und Reisebüros, der feierlich starren Post öffnet sie sich wie die Einzugsstraße einer mächtigen und betriebsamen Hauptstadt. An ihrem Ende warten Anlegestegs, warten Dampfer und See in leuchtendem Durcheinander. Großartig zieht nun die Montblancbrücke vor uns hin mit ihren ragenden Kandelabern: links der sich weitende Seezipfel, mit seinen Quais und seinen Parks, mit seinen dunkelnden stillen Wassern, auf denen die Wildenten schlafen, die Möwen schreien oder die Schwäne stolzieren; rechts in der Verengung des Sees, der in den nach Frankreich hin eilenden Rhonefluß übergeht, die dreieckige, steinern fast an die Brücke vorgeschobene, baumverdunkelte kleine Insel mit dem Denkmal Rousseaus, der die Vorüberfahrenden nachdenklich mustert. Welch ein klarer und ruhiger Glanz! Welch tiefe und harmonische Stille, auch wenn die rasenden

Autos um uns herum Weltstadt spielen! Fahnen und Wimpel grüßen von allen Seiten. Geschmeichelt lächelt der Gast aus der Fremde. Noch weiß er nicht, daß nur die Fahnenbündel über dem Hotel, in dem er wohnen wird, für ihn gehißt sind und diese bunte Tücherpracht der Straße einem Schützenfest, einem Bundesturnen, einer Automobilausstellung gilt, daß sie nicht die große Welt begrüßt und bedeutet, sondern nur die zweiundzwanzig Schweizer Kantone und daher den Ochsenkopf Uri, den Krummstab Basels und den waadtländischen Aufschrei „Vaterland und Freiheit“ in ihren Falten trägt. Denn auch hier ist ein Vaterland: so kann nun der Fremdling fühlen. Und vielleicht engt diese Lokalfreude des Ankömmlings Brust, die sich schon für die ganze Welt geweitet hatte.

Hoch oben über der dunklen Stadt seht ihr ein Licht, das aufzuckend herunterstrahlt. Ist es der Stern, dem diese Weisen nachgezogen? Es ist wahrscheinlich nicht dieser Stern, sondern das Licht des hageren Hotels oben am Gipfel des Salève, des Genfer Vergnügungsberges, auf dessen breitem und kahlem Rücken am kommenden Sonntag die Sekretäre und Sekretärinnen herumklettern werden, derweil die großen Herren mit ihren Damen in prachtvollen Autos nach Annecy, Evian und manchmal auch noch nach Thoiry rasen, wo sie umständlich und begeistert frühstücken und, wenn sie noch Vergnügen daran haben, die Stresemann- und Briand-Reliquien besichtigen, die hier aufbewahrt bleiben und von den feuilletonistischen Wundern dieses gelobten Landes zwischen Alpen und Jura zeugen.

Das Auto stoppt. Vor den Hotels staut sich eine neugierige Menge. Sie grüßt höflich, und einige Rufe der Sympathie werden laut. In der Empfangshalle verbeugen sich die alten Bekannten, der Geschäftsführer und der Portier. Aus der Bar erklingt das vertraute und seit dem letzten Besuch verbesserte Grammophon. Und über allem flattert die Nationalfahne, die man vor Stunden

oder Tagen verließ und nun hier wiederfindet. Jede Delegation hat ihr Hotel oder ihr Stockwerk, mit Büros und Wartezimmern, Amtszimmern und Chiffreuren. Quai d'Orsay, Foreign Office, Wilhelmstraße und Consulta sind in wenigen Minuten eingerichtet. Jetzt — denn schon sitzen die Fremdlinge im Smoking beim Abendessen — kann der Frieden beginnen.

Einige Nachzügler zotteln inzwischen noch vereinsamt die Montblancstraße herunter: internationale Pazifisten, nationale Bittsteller aus bedrückten Gebieten, Leute, die ihren Glauben oder ihre Not mit ihrem schmalen Gepäck in den billigeren Wagenklassen durch die Welt hierhergetragen haben. Sie warten, bis die gefährlichen Autos vorbei sind, blinzeln auf die farbigen Fahnen, die jetzt über der leeren Straße nur für sie zu flattern scheinen, und verkrümeln sich dann in die bescheidenen Hotels um den Bahnhof herum, wo sie sofort ihre erste Ansichtskarte nach Hause und ihre hundertste Denkschrift an den Völkerbund schreiben.

ZWEITES BUCH

DAS HOTEL

XV

DIE STADT DER ZUFLUCHT

Der Seezipfel, an dem wir nun leben sollen, ist in dünnen Morgennebel gehüllt. Gleich aber wird, wenn die Götter es wollen, die Sonne sich hinter dem Schleier zeigen. Sie zerreißt ihn vorsichtig an einzelnen Stellen, zerknllt ihn sanft und läßt ihn gleichgültig in eine Ecke hinter den Jura fallen.

Blaues, grünes, goldenes Licht ist über Genf.

Wir haben unseren währschaften schweizerischen Morgenkaffee genossen; ließen uns durch die vortrefflichen Leitartikel der Genfer Blätter über die gefährdete, aber Gott sei Dank nicht ganz hoffnungslose Weltlage unterrichten, erfuhren von dem Stapellauf des neuen Motorbootes für den Personenverkehr zwischen den beiden Seeufern an den Paquis und an den Eaux-vives, nahmen den Wortlaut der Rede zur Kenntnis, die unter großem Beifall der Präsident des Sngervereins des Vorortes Plainpalais auf dem Musikfest in Grenoble gehalten hat, und lasen die herrliche Geschichte von dem abenteuerlichen Schwan, der eines Tages stolz beim Hôtel de l'cu den See verließ, sich in die Rue du Rhône verirrte und mit flatternden Flügeln vor den Schaufenstern der Konfektionsgeschfte spazierenging. Jetzt schiebt uns unter die Trritze hindurch der Amtsdienner der Delegation den ersten der täglich erscheinenden schngefrbten Presseberichte, und gleichzeitig schallt von nebenan

durch die hohle Wand das erste geheime Telephongespräch in unser Ohr.

Wir blicken zum Fenster hinaus. Blaues, grünes, goldenes Licht ist über Genf. Auf den Dächern der Häuser schimmern gespenstisch die gewundenen, blechnen Schornsteine, und es scheint uns, als ringe, als winde die Stadt verzweifelt und sehnstüchtig Hunderte von Armen zu uns herüber, als rufe sie uns, zöge sie uns mit all ihren Kräften an. Denn wartet sie nicht schon seit Jahrhunderten auf den Besuch? Während unserer Reise hierher hat auch Genf gelebt, gekämpft, gesucht. Geheimnisvoll ist es uns entgegengefahren. Auf dem hohen Hügel, der die neue Stadt beherrscht, ist das Zusammentreffen gebieterisch vorbereitet worden. Darum ist es kein Umweg, wenn wir ihn jetzt erklimmen: Von der heroischen und herrischen Burg wird uns der gerade Weg in die Nationenstadt führen.

Wir schlendern durch die Altstadt mit den stillen Häusern und Kirchen, den ruhigen Plätzen, schattenspendenden Bäumen, den gewunden hinauf, hinunter, ineinander kriechenden Gassen, in denen die Antiquare ihre alten Folianten, wurmstichigen Sessel und vergilbten Stiche, immer aber mit besonderer Liebe ihre verblichenen Erdkugeln ausstellen. Wir gehen durch die stattlichen Patrizierstraßen mit den würdevoll schlichten Palästen, kunstvollen Pforten und feierlichen Vorhöfen. Wir verirren uns in steilen, unheimlichen Treppen, die eng zwischen den Häusern hinaufklettern, in finsternen und geheimnisvollen Haustüren. Welch merkwürdige, friedliche und doch auch strenge Welt. Wer hier weilt, mag lange sinnern, aber nur selten träumen. Brunnen plätschern, und sonnige Lichtflecken liegen in geruhsamen Fenstern auf anmutigen Blumentöpfen. Doch der Hügel atmet angestrengten Willen und verbissene Tat. Die silberblaue Landschaft, die sich unter uns zwischen den Jura-Silhouetten und den Alpen dehnt, ist umkämpftes, erobertes, eroberndes Land.

Gedanken rollen in ihm hin und her; Gedanken grollen hinter den Wänden der Cité; enge Gedanken, die ein winziges Vaterland bauten, weite Gedanken, die in die Menschheit hinauszüngeln. Die spießbürgerliche Beschaulichkeit belasten die Schatten der großen Kämpfer, und die Stille ist nicht der Friede der Herzen, ist das Schweigen grübelnder Hirne. Vereinsamt erschreckt an der Straßenecke ein Luxusladen mit gläsernem Spiel von Farben und Düften. Beruhigt eint sich erst wieder unser Sinn mit dem Geiste des Ortes, wenn nicht weit von der Buchhandlung, die treulich die Genfer Geschichte sammelt, neben den dumpfglänzenden Kupferkesseln des Althändlers, hinter dem grauen Schaufenster in Brailles Blindenschrift die Bibel sich öffnet oder auf einer alten Tür das Schild eines frommen Heims, eines Wohlfahrtsbüros, einer verborgenen Kapelle glänzt, ein Reklameplakat zum Besuch des Missionsvortrages auffordert oder einfach in einer großen starren Zeile ein Vers aus dem Evangelium zu uns spricht.

Wir atmen den provinzhafte Frieden der Place du Bourg de Four und wallfahren zu der Sankt-Peterskirche hinüber. Zwischen zwei massiven Türmen schickt sie ihren leichteren Pfeil in den lichten Himmel empor. So sehr das Bauwerk im Laufe der Jahrhunderte sich auch wandelte, unverändert verkörpert es die Gottesrepublik. Hier, wo Farel die neue Lehre kündete und den wandernden Calvin für Genf gewann, beginnt die wahre Geschichte der einzigartigen Stadt. Eine Heimstätte der gewaltigsten geistigen Revolution und der strengsten moralischen Disziplin, beide ineinander verschlungen, wie nationaler und religiöser Unabhängigkeitsdrang sich miteinander vermählten, wie der Kampf gegen die Savoyer mit dem Kampf gegen das Papsttum verschmolz; die Zwingburg der härtesten Staatstyrannie, aber im Dienste der Selbstbehauptung gegen die äußere Welt; das Rom der protestantischen Menschheit, aber auch das Sparta der französischen Kultur:

so schuf Calvin Genf, die Stadt des despotischen Freiheitsdranges. Aus dieser Kirche, die eine Cité war, aus dieser Cité, die eine Kirche war und deren alte, geschichtliche, immer wieder umgegossene Glocke über den großen Tagen des Gemeinlebens schallt, ist ein Staat hervorgegangen, der seinen Bürgern heute noch größer erscheint als das große Frankreich, das große Deutschland, das große Italien seinen Untertanen. In der Rue Calvin suchen wir die Erinnerung an den Garten, in dem der Reformator sich mit Farel und Bèze erging. Aber schon stoßen wir in der Grande Rue auf die Tafel, die das Geburtshaus Rousseaus kennzeichnet. Den harten Franzosen, der Genf, den weichen Genfer, der Frankreich eroberte: immer werden wir beide hier wiederfinden, der zweite unverständlich ohne den ersten, seine Schwärmerei die Reaktion der Genfer Landschaft gegen die Genfer Cité, deren höriges Land sie aber immer bleibt, geschult selbst in ihren empfindsamsten Wallungen durch die beherrschende Burg. Genf ist Calvin und Rousseau. Aber sehnte es sich nicht oft heimlich danach, auch ein wenig Voltaire zu sein, an den in der Rue Étienne Dumont die Gedenktafel für den Drucker der Enzyklopädie erinnert, bei dem der Philosoph seine Korrekturbogen las? Tafel auf Tafel entziffern unsere Blicke, und sie durchwandern die Welt. Unten an der Mauer wird der nationale Befreiungskampf gegen die savoyischen Eindringlinge lebendig, der Englands Königin, der hochmütigen Elisabeth, einen entzückten Schrei der Bewunderung für die gewöhnlichen Bürger entlockte, die großmächtige Ritter niederschlugen, die kleine und doch so große „Escalade“, die noch nach Jahrhunderten jedes Jahr in den grauweißen Genfer Winter die Würde und Farbenpracht behördlicher Aufzüge und volkstümlicher Fastnachtsbelustigung trägt. Hier oben wieder, in dem alten Rathaus, in dem die strengen Räte der Republik herrschen und auf dessen steinerner stufenloser Treppe man hinaufreiten kann, rühmt eine Tafel die

Unterzeichnung des internationalen Rotkreuzabkommens, des großen Werkes des Genfers Henry Dunant, eine andere das bahnbrechende Schiedsabkommen zwischen England und Amerika im Alabama-Streit. „Von allen Seiten bedroht, hartnäckig auf ihre Unabhängigkeit versessen: ein Wachtposten auf der Mauer“, so schildert der feinsinnige Genfer Schriftsteller Robert de Traz seine Vaterstadt. Doch sie ist auch, wie er hinzufügt, die weltberühmte „Stadt der Zuflucht“, vor deren Toren die gequälten Herzen der Heimatlosen aufjauchzen. Hart gliedert sie die neuen Söhne, um ihres Glaubens willen verfolgten Fremden, ihrer strengen Disziplin ein, aber übernimmt auch von ihnen den Blick für die Ferne. Sie ist leidenschaftlich dem Heimatboden ergeben und reiselustig zugleich. Verliebt in alle Hauptstädte und aus Angst davor, Provinzstadt zu sein, ist sie begierig, sich selbst auf den Rang einer geistigen Hauptstadt zu erhöhen, geht nicht nur örtlich begrenzten, sondern stets universell wirkenden Gedanken nach. Zufluchtsstadt, ja, aber auch Ausfallstor: „Dreimal reißt sie die Massen mit: in der Reformation, durch Rousseau, dann durch das Rote Kreuz!“

Fehlt nicht eine Gedenktafel an den Häusern der alten Gassen? Könnten wir nicht zwischen Calvin und Rousseau, nahe beim Rathaus — aber nicht allzunahe bei den Erinnerungen an Voltaire — den Namen Woodrow Wilsons finden? Stammt nicht aus der kalvinistischen Reformation sein Covenant? War nicht der amerikanische Prophet irgendwie die Wiedergeburt des Genfer Propheten, genau so von der einmal als richtig erkannten Lehre besessen wie jener, genau so unermüdlich im Erklären seiner Wahrheiten, so fanatisch im Disput, so tyrannisch in dem Bestreben, eine Welt nach seinem Geiste zu formen? War nicht auch er gewissermaßen in die Gefängniszelle des bezwungenen Gegners gegangen, um ihn zu überzeugen und zum Widerruf zu bewegen, ehe er ihn verbrannte? War der Amerikaner nicht

auch wieder den Gründern des Roten Kreuzes, den Freunden der unterdrückten Griechen, den bei aller Nächstenliebe strengen, bei aller Begeisterung lehrhaften Genfer Menschenfreunden eng verwandt? Haben die Genfer Intellektuellen so unrecht, wenn sie trotz aller Wirklichkeit des Krieges und des Friedens, trotz des Abbé de Saint-Pierre und des Immanuel Kant den neuen Bund aus der Tradition ihrer Stadt herauskonstruieren? Wilson wußte, warum er sein schwaches Werk zum Schluß an die Genfer Reformationsmauer lehnen wollte, die das Bild der Mayflower zeigt, die Genfs Bibel der Neuen Welt überbringt. Wie natürlich und klar der Weg vom Hügel Calvins zum Kapitol Washingtons! Über die Ozeane hinweg grüßen einander die inspirierten Gipfel. Ja, auch Wilson könnte seinen Garten haben irgendwo zwischen der Place du Bourg de Four und der Treille, und nirgends wären seine Punkte voller und schallender erklungen als in der Peterskirche. Wenn wir jetzt vom Hügel in die Stadt der Ebene hinabsteigen, werden wir es empfinden. Dort drängt sich der Messias niemals auf, niemals werden wir ihn in dem geräuschvollen Leben der Neustadt, die seine Erben lärmend durchziehen, wiederfinden. Aber zuweilen, wenn wir hier oben zwischen den Mauer- und Turmresten der Cité von Gedenktafel zu Gedenktafel pilgern, können wir dem scharfen Schnitt seines Profils begegnen. Auf der stillen Place de la Taconnerie, wo Knox predigte, stelzt der hohe Schatten des verunglückten Propheten einher und durchbohrt mit eiferndem Pastorenfinger die klare Luft, die über der Vergangenheit schwimmt.

Festungsturm, Aussichtsturm, Leuchtturm der Genfer Weltjahrhunderte! Von seiner Höhe schleicht, gleitet, stürzt die Stadt nach allen Seiten, nun belebter und lauter, über altes Pflaster und ausgetretene Stufen in die moderne Ebene hinunter. Anmutig fällt sie im Süden durch die vornehmen Gärten der Patrizierhäu-

ser über die ländliche Promenade de la Treilles in den Jardin des Bastions hernieder, zu dem hellen und doch finsternen Reformationsdenkmal, das an die alte Festungsmauer gestützt, von seinem blanken Wassergraben bespült, um die übermenschlichen Gestalten der Farel, Calvin, Bèze und Knox die große Internationale der Reformation gruppiert: den französischen Admiral Coligny, den holländischen Schweiger Wilhelm, den Brandenburger Kurfürsten, den Amerikaner Williams, den Engländer Cromwell, den Ungarn Stefan Bocskay und auf zweidenkmallosen Riesensockeln die feierlichen Namen Zwinglis und Luthers kalt und antlitzlos in den Universitätsgarten stellt. Im Westen senkt sich die Burg, begrenzt durch hochmütig einfache Privathäuser, zu der Place Neuve hinunter und der großen Wiesenfläche von Plainpalais mit ihrem Jahrmarkt und ihrem bescheidenen Montmartre, zum Zusammenfluß der kalkig schäumenden Arve und der grünschimmernden Rhone mit dem romantischen Weidenpfad und der verspießerten Selbstmordatmosphäre, in der robuste Liebespaare ihre Hochzeitspläne besprechen. Im Osten führen an der goldenen russischen Kirche vorbei weiße, breite Brücken über tiefliegende Gärten und Boulevards hier nach Florissant und zum steinernen Salève, an dessen Fuß Rousseau sich zum ersten Male und für immer in die Natur verliebte, — dort nach Champel, wo das Sühnedenkmal für den verbrannten Michel Servet an den großen Irrtum des großen Calvin mahnt. Im Norden stolpert die Festung hinab in die geräuschvolle Stadt der Tuchhändler und Hutmacher, der Advokaten und Juweliere, der Versicherungsgesellschaften und der Banken, die im Schatten der alten Burg eine andere Zufluchtsstadt für das steuermüde Kapital Europas errichteten. Und hier wandelt sich die Gottesrepublik zur Fremdenstadt. Hinter dem breiten Palast des Hotel Metropole, über dem die schwarzrotgoldene Fahne weht, zieht uns der Englische Garten mit Grotte, Springbrunnen und Musikpavillon am See

entlang zu dem feierlichen Platz, an dem zwei stattliche Frauen erzern und bedächtig die Vereinigung Genfs mit der Eidgenossenschaft vollziehen. Leuchtende Kaffeehäuser mit heiteren Terrassen versprechen dem Touristen aus Westeuropa den gemütlichen Schweizer Kurort, dem Gast aus Osteuropa ein lärmendes Klein-Paris. Und nun läuft wieder die Montblancbrücke vor uns her, die uns gestern im nächtlichen Kandelaberglanz dem Stern des Salève entgegenrollte, um uns heute, eine blendende Sonnenstraße, in die bunte Hotelstadt zu tragen.

Unter den gekrümmten Schornsteinen winkt die festliche Front mit grellgelben Marquisen und vielfarbigem Fahnen. Links von der Brücke hebt sich steif der mächtige Kasten des Hôtel des Bergues und läßt vom Balkon das Bündel der Farben Frankreichs, Italiens, Rumäniens und Polens, die Flaggen von Ungarn, Dänemark, Schweden, Griechenland, von Chile, Kolumbien und San Salvador, von Kuba, Haiti und Portugal flattern und hißt über ihnen allen auf rotem Feld das weiße Kreuz der gastgebenden Schweiz. Hinter dem hellfarbigen Völkerhaus dunkeln noch einmal bescheidene Gassen mit den sagenhaften Namen Winkelrieds und Wilhelm Tells und locken über die lärmende Rousseau-Straße hinweg in das Herz der alten Plebejerstadt Saint-Gervais, in der Rousseau aufwuchs und seine Amme Käse verkaufte und die noch die alte Kirche ziert, in der Calvin und Farel predigten. Aber rechts neben dem Hôtel des Bergues trennt die Rue du Montblanc alle Vergangenheit ab und verweist uns in die schimmernde Häuserstraße des Quais.

Sind wir noch in Genf? Über dem Hôtel de Russie flattern die Fahnen von Belgien, Abessinien, Uruguay. Ihr Farbenspiel geht an den Fenstern des Hôtel de la Paix über in den Regenbogen von Australien, Kanada, Bulgarien, Österreich, China, Honduras und Lettland. Etwas zurückgelehnt entfaltet das Hôtel Richmond sein

farbiges Tuch. Hier kämpften im Jahre 1922 achtzig Abgesandte Deutschlands um das oberschlesische Abkommen, und hier würden, wenn sie eine eigene Farbe zeigen wollten — und nichts liegt ihnen ferner! —, die saarländischen Volksvertreter ihre Fahne hissen. In zwei leuchtenden Flügeln schiebt sich das Hôtel Beau-rivage vor, das England sich zum Palast erwählte und mit den Tschechoslowaken, Südslawen, den Finnen und Indiern teilt. Im Hôtel d'Angleterre haben sich Luxemburg, Norwegen und San Domingo niedergelassen, und im Hôtel Bellevue spielten zuweilen als sorgsam behütete Gäste die Sowjetrussen Westeuropa und diktierten in fiebernden Nächten die riesenlangen Denkschriften herunter, die sie am nächsten Tage schlechtgelaunten Franzosen und Engländern ins Gesicht hineinredeten. Die Sonne und die bunten Tücher spiegeln sich an den Fenstern der großen und kleinen Paläste, die, in gewöhnlichen Zeiten nach Graden der Vornehmheit voneinander unterschieden, jetzt mit gleichmäßiger diplomatischer Feierlichkeit den Seeweg säumen, unmerklich unterbrochen durch die prächtigen Mietshäuser mit den schweren Balkons und den kunstvollen Wappenschildern der ständigen Völkerbunddelegationen und Konsulate Irlands, Ägyptens und Deutschlands. Zwei prunkvolle Heimstätten der Eitelkeit und des Lärms beleidigen die vornehme Häuserreihe: hier das Reiterdenkmal Karls II. von Braunschweig, das die Stadt dem reichen und eitlen Fürstenerrichtete, um seine Erbschaft einzustreichen, — dort das unförmige Kasino, das, einst eine bescheidene Spielhöhle, heute Music-Hall und Dancing, schon am unschuldigen Nachmittag seine hüpfende Jazzmusik herunterklappert. Auf der freien, hohen Terrasse zappeln, in sich gekehrt, die gelenkigen Paare, derweil unten die Delegationssekretäre mit ihren Aktentaschen zur Arbeit hasten und die Diplomatenautos rasen und hupen.

Wen aber mag lange die prächtige Häuserreihe fesseln, auch wenn ihre phantastischen Wimpel den Nationentraum künden? Neben uns glänzt der sanftere Traum des Sees, auf den die Hotels ihre strahlenden Fenster richten. Unter schattigen Platanen ziehen wir auf der herrlichsten Straße Europas dahin, in milder Bläue und goldenem Licht. Die Wellen plätschern liebenswürdig an die Steinbalustrade des Ufers. Blumenbeete, Palmen, Eisbuden und auch ein altes Fernrohr, das bereits den Mond suchen will, schwimmen verückt in der Sonne umher. Verschlafen schiebt sich der steinerne Damm in die Flut hinein. Wie aus dem Wasser hervorgewachsen heben sich die breitausgreifenden Baumdächer in friedvoller Schwermut vom Glanz des Himmels ab. Zierlich grüßt ein Leuchtturm hinüber zu einem noch zierlicheren Turm. Und zwischen beiden Spielzeugen, die ernsthaft Genfs winzigen Hafen bewachen, fahren schöne Dampfschiffe mit helvetisch heldischen Namen in blaue Ferne hinaus. Ihre eleganten weißen Linien gleiten an grünlichblauen Hügeln vorbei, hinter denen die Voirons ihren runden Rücken und der Môle seinen eckigen Gipfel in die Höhe strecken.

Zuweilen, wenn die Landschaft aus ihrem dunstigen Schlummer erwacht und in stahlstichgenauer Klarheit vor uns steht, sinken die stattlichen Hügel und stolzen Berge tiefer in das weiche Ufer zusammen. Dann werden sie das demütige Ruhebett für das machtvolle und ergreifende Haupt des Montblanc, der jetzt die ganze bläuliche Seewelt beherrscht und in sich aufnimmt: eine gleichzeitig starre und weiche Masse aus weißem Schweigen, aus weißem Schlaf und aus weißem Licht von einer seltsamen gottähnlichen Ferne und Nähe, eine übernatürliche Erscheinung, gewaltig und erhaben auch dann noch, wenn der Tourist sie mit dem Kopf Napoleons auf dem Sterbekissen vergleicht. Über die Wasser hinweg kühlt sie mit großem Atemzug unsere Stirn, erschreckt und besänftigt unser Herz, um an schönen

Abenden in den berauschendsten und zärtlichsten Farben melodisch und lebendig zu werden und dann nach vollem Sonnenuntergang grau und tot in die tiefblaue Nacht hineinzufrosteln. Dieser tote und lebendige Schneeberg ist das großartige Prunkstück der einzigartigen Stadtlandschaft und hat nur einen Nebenbuhler: den phantastischen Springbrunnen, das lebendige Wasser, das steifer und eisiger als ein Gebirge, neben dem jenseitigen Steindamm, neunzig Meter hoch, eine flüssige, weiße Stahlsäule, in die Luft getrieben wird, immer wieder silbern, ein riesiger Federbusch, rastlos in den See herniedersaust, gleichzeitig von neuem in die Höhe schießt, in unablässiger Doppelbewegung von Aufstieg und Sturz, zwecklos und zielbewußt, vernünftig und verrückt, ebensosehr Feuerwerk wie Wasserkunst, der kaltblütige Versuch dieses friedfertigen, aber an einer einzigen Stelle wahnsinnig gewordenen Binnensees, in einem begrenzten senkrechten Schaustück das Fluten und Ebben aller Meere zu erleben. Jedoch auch er kennt die süßlichen Abendstunden, wenn er nicht mehr riesenhafte Naturgewalt nachahmt, wenn er erfinderischer Fremdenindustrie dient: Versteckte Scheinwerfer von vorn, von hinten und von unten färben ihn wie das Tüllkleid einer Balletteuse blau, grün, gelb und rot, und streicht der gefällige Wind über den See, so wird, eingerahmt von den funkeln den Lichtreklamen der Hausdächer und den schimmernden Lampengirlanden der Montblancbrücke, seine stählerne Wucht zu freundlich breitgewehstem, rieselnd leuchtendem bunten Band, in dem wir hochof freut unsere Landesfarben wiedererkennen.

Jetzt aber am hellen Vormittag umspielen uns noch die echten und eigenen Farben des märchenhaften Sees. Drüben, hinter dem Springbrunnen, zieht im reinen Sonnenlicht die einfache Baumstraße des Quai des Eaux-Vives vorbei, mit stillen und vernünftigen Häusern, die nur kurz vor dem tiefsinnigen Parc de la Grange

in übermütige Neubauten übergehen. Dort — wie in den Gartenstraßen, die unseren Quai verlängern — lächelt ruhevoll die alte kultivierte Genfer Landschaft des achtzehnten Jahrhunderts mit ihren vornehmen Patriziervillen und setzt über die unrechtmäßige dazwischengeschobene Stadt der Hotels, Banken und Vergnügungslokale die Cité Calvins fort, aber als ihr menschlicher Widerschein und ihre philosophische Verklärung. Drüben wie hier möchten wir, wenn uns Zeit bleibt, mit Guillaume Fatio und seinen pietätvollen Schriften spazierengehen, dem feinsinnigen Genfer Patrizier, der kenntnisreich und gutmütig die ersten Völkerbundgäste durch die neue Welt geleitete, aber nur geringe Eroberungen in ihren fremden Seelen machte, da die einen als blasierte Weltstädter in Genf nur die mißlungene französische Provinz mit dem erlösenden Nachtzug nach Paris, die anderen als frische Barbaren in dieser Stadt nur einen Golfplatz und den Bahnhof für Skiausflüge sahen. Und dennoch, wie viele belebende Visionen könnten sie in ihre Tagesarbeit mitnehmen! Dort drüben in den Eaux-Vives verträumte der Genfer Bürger Rousseau, schon berühmt und von den Mitbürgern gefeiert, die glücklichen Tage der ersten ehrenvollen Heimkehr in das Vaterland. Von dort trat er seine wundersame siebentägige Bootsfahrt um den See an, dessen stille und wilde Gesichte die „Nouvelle Heloise“ vor uns ausbreitet. Dort am sanft schwellenden Hügel von Cologny, in der Villa Diodati, führte Lord Byron seine romantische Schwermut spazieren; von dort zog er aus, um Rousseaus Seefahrt gemeinsam mit Shelley nachzuerleben. Sein bleiches und phantastisches Gesicht erschien im abendlichen Nebel dem anderen Anbeter des Sees, Lamartine, der sein Leben lang von Genf schwärmte und die Völker ermahnte, an diesen Gestaden ihre Gedanken auszutauschen und einander die Hand zu reichen. Auf unserem Ufer wieder, oberhalb des schönen Parkes von Mon Repos, in dem Ort Secheron, lebt die Erinnerung an das alte Hôtel d'Angleterre, das Hauptquartier der

internationalen Welt des achtzehnten und des beginnenden neunzehnten Jahrhunderts, der Kaiser und der Könige und der zahlreichen Engländer, denen Genf eine Zeitlang sein kühles Herz öffnete, um ihre Literatur und Philosophie fast inniger zu pflegen als die der Franzosen. Höher, auf dem Hügel von Prégny, von dem der Blick verückt über den See schweift, in der Villa „La Fenêtre“, führte der Graf de Sellon seinen tapferen Kampf gegen die Todesstrafe und die schlimmste aller Todesstrafen, den Krieg, gründete er seine Friedensgesellschaft, erließ er seine Preisausschreiben, belebte er immer wieder Heinrichs IV. alten Plan und prophezeite, daß keine Nation ihn wirksamer verwirklichen werde als die amerikanische. Hinter dem Park, am Seeufer von Genthod, neben den Landhäusern des Alpenforschers Horace-Bénédict de Saussure und des Philosophen Charles Bonnet, die beide Goethe und den Weimarer Herzog während ihrer berühmten Genfer Reise empfangen, lebte der tapfere und edle Waadtländer Frédéric César de la Harpe, der Freund des Zaren Alexander, der, von Metternich gefürchtet, in das Hauptquartier der Bezwinger Napoleons die französischen Friedensideen des achtzehnten Jahrhunderts trug und die Heilige Allianz vorbereitete. In Coppet, der letzten Station der Genfer Landschaft, hängt noch im Hause der Madame de Staël der über Revolution und Kaiserreich hinweg gerettete Glanz der aufgeklärten heiteren französischen Gesellschaft. In Ferney, oberhalb von Prégny, erzählt Voltaires Schloß von der anmutigen und klugen Hofhaltung des großen Gegners Rousseaus, und die Straße, die von Ferney nach Versoix führt, dem kleinen Hafen am See, ist belebt von der reizenden und wehmütigen Erinnerung an den faustischen und dilettantischen Versuch des Patriarchen, den Menschen Arbeit und Heimstätten zu schaffen. Er will ein Gegen-Genf hervorzaubern, die große Stadt der Industrie, aber auch die neue Stadt der Zuflucht, eine Stadt der Freiheit und der Toleranz, und nimmt von der schönen Vision mit der

bekümmerten und spöttischen Erkenntnis Abschied, „daß sie nur so existiere wie das europäische Parlament, dessen Plan der Abbé Saint-Pierre aufgestellt hatte“. Ist es ein Zufall? Als die erste Kunde von Wilsons Entscheid über den Völkerbundssitz in die Welt hinausgeht, wollen internationale Schwärmer gerade in diesem Versoix, völlig versunken im Frieden des Sees, abgetrennt von allem selbstgefälligen und städtischen Eigenleben, das endlich verwirklichte Nationenparlament ansiedeln, und mancher Friedensfreund sichert sich hier schnell eine ländliche Wohnung. Eines ist kein Zufall: Immer wieder führen die Wegweiser des Friedens nach Genf.

Blick und Geist in die Genfer Landschaft versenkt, sind wir still im Lichte des Sees den Quai du Montblanc und den Wilson-Quai entlanggegangen. Indessen lief, uns verborgen, parallel mit unserer herrlichen Straße, hinter der großen Hotelhäuserfront die banale Rue des Pâquis vom Alpenplatz hinter dem verwunderlichen Braunschweig-Denkmal gradlinig durch ein langweiliges, graues Kleinbürgerviertel daher. Die Trambahn durchklingelt die unfreundlichen Gassen. An ihren Ecken mahnen noch einige Schilder an berühmte Genfer Namen. Aber ihr eigenes Leben spielt sich kümmerlich ab in kleinen Kneipen, Frucht- und Käseläden, in Autogaragen und finsternen Wohnungen, mehr verdüstert als erheitert durch eine armselige Halbwelt, und nur der große Tanzsaal der Jünglinge und Dienstmädchen, der den göttlichen Namen Gambrinus führt, geht dank der Beredsamkeit, die Dr. Stresemann hier eines Tages entfaltet, in die Genfer Weltatmosphäre über. Die eine der beiden Straßen, mit grauen Seitengassen den Schienensträngen der Lausanner Bahnstrecke zugekehrt, — die andere mit ihrer blumengeschmückten Front der herrlichsten Seelandschaft der Erde zugewandt: so irren Rue des Pâquis und Wilson-Quai, zwei Welten, geschaffen, um nie zusammenzukommen, fremd nebeneinander her, bis sie an ihrem Ende plötzlich und in aufgereg-

tem Automobillärm gemeinsam ein stattliches Gebäude umarmen, das mit dem Eingang der öden Vorstadt, mit seinen Balkons und Säulenterrassen dem See zublickt.

Es ist das letzte Hotel in der Genfer Hotelreihe und erhebt sich an der Grenze der Fremdenstadt und der alten Genfer Landschaft, nicht allzu entfernt von der Stelle, wo einst die Herberge der Kaiser, Könige und Engländer stand, an dem einzig schönen Platz, an dem der See sich endlos weitet, nicht mehr Ufer und Berge den Blick bändigen, sondern eine milde Horizontlinie Himmel und Wasser mehr verbindet als trennt, der Horizont eines Meeres, dem die klassischen gekreuzten Segel der großen Barken entgegenschweben, unseren Blicken entschwinden, als glitten sie zu anderen Kontinenten, um aber in Wahrheit, unsichtbar für uns, den funkelnden Blumenkranz der savoyischen und waadtländischen Städtchen und Dörfer und die gewaltig gestufte Riesenarena der Schweizer und französischen Alpen zu entdecken. Hier, wo der See noch blauer ist als bisher, die Stadt versinkt, wieder der süße, weiche Traum uns umhüllt, der uns auf der Reise hinter dem Tunnel von Chexbres gefangennahm: — hier liegt das Hotel National, getrennt vom Uferdamm durch einen liebevoll mit Magnolienbäumen geschmückten Garten, bewacht von der unerwarteten und schokoladenbraunen Statue eines Negermädchens, das inmitten des grünen Rasens anmutig, aber unintelligent eine niemals brennende Lampe in den Himmel hebt.

Eine weiße Steinbalustrade zieht vor der jungen Negerin hin, beschließt den Hotelgarten, trägt, dem See zugewandt, eine sparsame Marmortafel — „Zum Andenken an Woodrow Wilson“, so lesen wir, „Präsident der Vereinigten Staaten, Gründer des Völkerbundes.“

Hat einst, so fragen wir, der geschichtliche Mann, den wir in den Gassen Calvins suchten, in diesem Palacehotel gelebt? Nein, aber jetzt — so sagt man — wohnt er hier . . .

XVI
HOTTOPS PALACE

Wir betrachten das Hotel mit der Gedenktafel für den amerikanischen Präsidenten.

Baedeker in seiner letzten Vorkriegsausgabe berichtete von diesem angenehmen und erstklassigen Haus, daß es 230 Betten enthält, die Zimmer 4 bis 12 Franken kosten, für das kleine Frühstück 2 Franken, das Mittagessen 4 Franken 50 und das Abendessen 6 Franken zu zahlen sind und die volle Pension mit 14 Franken beginnt. Anderen Dokumenten der Zeit und mündlichen Überlieferungen verdanken wir die Kenntnis, daß dieses Hotel in den Jahren 1873 und 1874 erbaut und am 4. Juli 1875, dem amerikanischen Nationalfest, eröffnet wurde und von der ersten Stunde seines Entstehens an, genau wie das alte Hotel d'Angleterre, außerordentlich vornehme und berühmte Leute mit ihrem Gefolge beherbergte: die Gräfin Mathilde von Trani, geborene Herzogin in Bayern und Schwester der Kaiserin Elisabeth von Österreich, den Prinzen Georg von Griechenland, die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, die Herzogin von Devonshire, die Erzherzogin Gisela von Österreich, den Maharadscha von Karputhala, den Khediven Abbas Hilmi von Ägypten, den Herzog der Abbruzzern, den deutschen Staatssekretär Kiderlen-Wächter, den serbischen Minister Paschitsch, den amerikanischen Botschafter Herrik, den Zeitungskönig Hearst und drei sehr bekannte Da-

men: die Prinzessin Chimay, die Sängerin Mary Garden und die Tragödin Eleonore Duse. In den Salons dieses Hotels wurde die berühmte Mesalliance zwischen dem Herzog von Croy und Fräulein Leishman vollzogen. Hier veranstaltete der amerikanische Konsul am Nationalfest seine Empfänge, und in der Bar nahmen alle Amerikaner, bevor sie nach Evian fuhren, zunächst ihren Cocktail ein. Kurz nach dem Ende des Weltkrieges, als überall die Wiederaufbauarbeit begann, sollte auch dieses Hotel verschönert werden. Man schloß es am 3. November 1919, um 82 neue Badezimmer, in allen Räumen fließendes Wasser, im vierten Stock große Loggien und im Erdgeschoß eine schöne Halle einzurichten, kurz, um das ganze Haus zu modernisieren, und der tüchtige Direktor, Herr Hottop — wie der liebenswerte Schriftsteller Rodolphe Töpffer ein Genfer deutscher Abstammung —, hoffte, alle diese Bemühungen im Juni 1920 erfolgreich abzuschließen. Ach, verschiedene Streiks verzögerten wie so manch andere europäische Wiederaufbauarbeit auch die Ausführung dieses Planes. Erst auf den 15. August 1920 konnte die glanzvolle Wiedereröffnung angesetzt werden. Nun aber mischte sich die Weltgeschichte in die Geschäfte des Hotels. Kurz vor dem von so vielen hohen Sommergästen ungeduldig erwarteten Eröffnungstag fand Artikel 6 des Wilsonschen Paktes seine Erfüllung: Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, kaufte, als die Niederlassung des Bundes in Genf nicht mehr zu verhindern war, der Hotelgesellschaft ihr Gebäude für fünfeinhalb Millionen Schweizer Franken ab, ließ die vielen neuen Badewannen wieder hinaus-schaffen und richtete auf Grund des besagten Artikels in der großen Halle, in den breiten Korridoren, im Speisesaal, im Rauchzimmer, in den Damensalons und in der Bar, in all den schönen Schlafzimmern vom Keller bis zum Dach hinauf das im Pakt vorgesehene ständige Sekretariat des Bundes ein. Ihm selbst wurden die bequemen und nüchternen Büromöbel in den ersten

Stock, in das große, sonnige Staats- und Eckzimmer gestellt, von dessen Fenstern aus die Schwägerin des Kaisers Franz Joseph von Österreich den See bewundert hatte. Konnte er nicht vollen Anspruch auf solche Auszeichnung erheben? Denn auch wenn er nicht in einem besonderen Anhang des Völkerbundpaktes zum obersten Beamten der neuen Organisation bestimmt worden, auch wenn er ohne völkerbundliche Ermächtigung, schlicht und allein, nur mit seiner Handtasche ausgestattet, vor dem Hotel am Ende des Quais vorgefahren wäre, hätte Herr Hottop ihn, der uralten königlich-schottischen Blutes ist, in das ehrenwerte Fürstenzimmer geführt. Herr Hottop selbst, der Hoteldirektor? Auch er wurde, nachdem er Sir Eric Drummond die Leitung seines Hauses übergeben hatte, internationaler Völkerbundbeamter, Intendant für die häusliche Wirtschaft, und durfte jetzt, lange durch auserlesene Lunchs für Königinnen, Prinzessinnen und amerikanischen Erbinen auf das neue Amt vorbereitet, tief unten im Kellergeschoß, das die wenig appetitlichen Heizrohre durchziehen, einen billigen Mittagstisch für die Stenotypistinnen einrichten. Seine Hotelportiers, längst mit der großen und internationalen Welt, ihren glänzenden Höhen und dunklen Winkeln vertraut, wurden Völkerbundportiers. Und auch der große, schöne, alternde Hund, den einst ein vornehmer, aber zahlungsunfähiger Gast als Pfand hinterlassen mußte, trat in den Dienst der neuorganisierten Welt. Viele Jahre lang, ehe er eines friedlichen Todes starb, lag er, immer noch der treue Wächter der häuslichen Sicherheit, nächtlich knurrend und grollend, etwas verstört, weil die Gäste jetzt am Morgen kamen und am Abend gingen, vor den Stufen der Eingangshalle auf dem alten Fußteppich des Hotels. Denn wie Direktor, Portier und Hund war auch der Fußteppich dem Völkerbund erhalten geblieben. Mit unverwischbaren Buchstaben auf dauerhaftem Stoff strahlte er an der Schwelle des Nationalpalastes — den keinerlei feierliche, die hohe Bestimmung kün-

dende Aufschrift, keinerlei symbolisches Wappen oder Banner ziert — den herbeiströmenden Nationen als einzigen Gruß den Namen der Hotelfirma entgegen, die der Wirbel des Weltgeschehens verschlungen hatte.

Jetzt scharren wir mit den Füßen die treue Fußmatte. Jetzt stehen wir in der Hotelhalle. Hinter uns, an der Eingangspforte, drängen sich schwerfällig in dem engen Vorhof die Autodroschen und die großen Wagen der Delegationen ineinander, mit den kleinen bunten Landesfähnen am Führersitz, und der Obergaragist des Völkerbundes, Herr Schwalbe, müht sich, sorgsam unterstützt von den Portiers, die erste Ordnung in das Weltgetümmel zu bringen. Schwarze, schlanke oder behaglich runde Cuts auf klassisch gestreiften Beinkleidern, gutgeschnittene helle Sommeranzüge und dazwischen einige leuchtende Damenkleider eilen die Stufen hinauf, schieben uns tiefer in die große, weiße, einfach dekorierte Halle hinein, die noch düster, ohne das Licht der bescheidenen Kerzenkronleuchter, kahl und leer vor uns liegt, sich allmählich aber stärker belebt und nun leise summt und brummt unter den Begrüßungen der Nationen.

Einen Augenblick stehen wir verwirrt in dem Vorzimmer der neuen Welt. Vor uns, durch eine Glas- und Holzwand von der Halle abgetrennt, die früher bis zum Garten vorstieß, angelehnt an die Hotelterrasse, von der vornehme Stufen lässig zwischen schlanken Säulen zu dem kleinen Garten am See herabsteigen, liegt der alte Verhandlungssaal des Völkerbundrates: mit seinem blauen Teppich, seiner weißen Holztäfelung und den roten schweren Vorhängen entfaltet er vor uns die Farben Frankreichs, auf dessen Berge seine Fenster blicken. Vor seinen Eingangstüren laufen zwei breite Korridore in die Arbeitsräume des Völkerbundes. Links in die Ausschußsäle — die alten Salons und die Bibliotheken — den früheren Speisesaal, vor dem sich, über den tiefer gelegenen Garten bis nahe an den See, ein mächtiger,

nur aus Glasfenstern bestehender kahler Bau vorschiebt, der neue größere Ratssaal, die frühere Speisesaalveranda, die dank einer energischen Rede Dr. Stresemanns, einer der wenigen internationalen Erfolge Deutschlands in Genf, mit teurem Geld und billigem Geschmack um das Doppelte erweitert wurde. Von allen Seiten grüßen See und Gebirge, Hügel, Himmel und grünschwankende Baumzweige, Frieden und Anmut und einschläfernder und fernlockender Zauber in den gläsernen Sarg des Friedens hinein, neben dem, ein Geschenk der Stadt Genf, ein riesiger moderner schmuckloser Kasten mit heller gläserner Front angebaut wurde, um die Abrüstungskonferenz zu beherbergen. Rechts führt aus der Eingangshalle ein Korridor an großen, schweren Telephonkabinen und abgenutzten Hotelsofas vorbei zum Telegraphenbüro und in das Pressezimmer, die frühere Bar mit den amerikanischen Cocktails. Vorn am Eingang, zu Füßen der prunkvoll aufsteigenden Doppeltreppe — wir werden sie, wie die pathetischen Stufen gewisser Theaterinszenierungen in großen dramatischen Augenblicken immer wieder finden —, liegt des Herrn Hottop altes Empfangsbüro, in dem er diskret und unsichtbar weiter regiert, und daneben ein neues Empfangszimmer für die neuen Herren, die Präsidenten der verschiedenen Völkerbundkonferenzen und Ausschüsse, das ein seltsames Gemälde mit komischen Friedensallegorien, einem umgestürzten Helm und darin zwitschernden süßen kleinen Vögelein, schmückt. Auf der anderen Seite finden wir ohne jede Allegorie das Filialbüro der englischen Bank, die mit den Gehaltszahlungen und den übrigen Finanzgeschäften des Bundes betraut ist, und ein paar Schritte weiter den altmodischen, langsam und bedenklich in die Höhen schwebenden Fahrstuhl. Er kann immer nur sieben Personen aufnehmen, und so staut sich jetzt vor ihm die plappernde Menge der Delegierten, der Sekretäre, der Eintrittskarten heischenden Völkerbundbummler, der Völkerbundbeamten, der Schreibmädchen,

der Pazifisten, der Bittsteller und der Journalisten. Mit seinem weißgetünchten Schacht beginnt die fünfstöckige Welt des Sekretariats.

Während der Fahrstuhl uns zögernd und vorsichtig in die Höhe hebt, plötzlich stockt, weil in der ersten Etage ein Mädchen mit weißer Schürze und beladenem Teebrett, in der zweiten ein Amtsdienner mit einem Haufen von Dokumenten und Briefen zu uns steigen — flüchtige Reisegefährten unserer wichtigen Forschungsfahrt —, können wir an seinen Wänden die ersten internationalen Belehrungen entgegennehmen, die das ständige Sekretariat uns schenken will. „Es wird den Beamten in Erinnerung gebracht“, so mahnt eine dieser Kundgebungen, unter der die beachtliche Unterschrift des italienischen Untergeneralsekretärs des Völkerbundes, des Personalchefs Marchese Paulucci di Calboli Barone, des früheren Kabinettschefs Mussolinis, steht, „daß brennende Zigarren- oder Zigarettenstummel nicht aus den Fenstern geworfen werden dürfen, weil dadurch die Vorhänge der unteren Etagen in Brand gesetzt werden könnten.“ — „Es ist untersagt“, so warnt eine andere Verfügung derselben hohen Persönlichkeit, „ohne besondere Erlaubnis Hunde in das Büro zu bringen.“ — „Das Familienbad in der Villa See-Perle“, so fügte lange ein privater Anschlag hinzu, „steht allen Beamten gegen eine Gebühr von fünf Franken offen.“ Und daneben versenkt uns die Liste der neuen, für die Personalbibliothek angeschafften empfindsamen englischen Romane in sanfte Rührung, verwundert uns die Einladung der „British Legion“ zu ihrem Waffenstillstandsfest, stimmt uns wochenlang während einer Krankheit des Königs Georg V. von England ein tagtäglich angeschlagenes Gesundheitsbulletin nachdenklich, das erhaben und schlicht, als wären wir in einem englischen Hotel oder im Foreign Office selbst, die selbstverständliche Überschrift trug: „The King.“ Ärgern wir uns? Erwarten wir als erste Einführung auf dem weihevollen Weg Zitate aus dem Völkerbund-

pakt? Geduld! Nur allmählich wie unser Fahrstuhl soll unsere Seele aus den Tiefen der Hotelhalle in die höheren Bezirke der internationalen Zusammenarbeit emporschweben.

Aber sobald wir den Fahrstuhl verlassen, klappert sie uns entgegen, die internationale Zusammenarbeit, lärmt auf alle die breiten Korridore aller Etagen hinaus. Die Schreibmaschine herrscht und gebietet, und sie sollten die privaten Völkerbundvereine, die ein symbolisches Wappen suchen, in den Mittelpunkt einer strahlenden Sonne auf die erträumte Weltfahne malen. Auf den weichen Korridorteppichen, auf denen früher die Stubenmädchen und Kellner hinwegglitten, eilen die Stenotypistinnen mit gespitztem Bleistift oder eng bekrizteltem Notizblock in der Hand in die Räume hinein, aus den Räumen heraus, in denen schicksalschwere und unverständliche Worte auf ihr liebliches und vielsprachiges Gehirn herniederprasseln. Und es kommen und gehen behende und würdevoll die Amtsdienner, gebeugt unter der schweren Fracht ihrer Akten. An den Wänden, die früher mit der eindrucksvollen und beruhigenden Leere aller Korridorwände aller Palasthotels klar vor uns aufstiegen und an denen nur zierliche und glänzende Schuhe, energische und kräftige Stiefel das Leben hinter den Türen verrieten, bauen sich gewaltige Aktenschränke auf: einige schlicht wie Kleiderspinde aus Gesindestuben, daneben aber grünschimmernde moderne Stahlmöbel und Bücherregale, und alle voll von Papier, Stapeln von Papier, voll von all den Massen von Papier, das hinter all den Wänden fabriziert wird, bis in die Badestuben hinein an die Decken reicht, die Luft mit Modergeruch erfüllt und nun herausquillt aus den Büros, die Korridore erobert, über den Fahrstuhl und die Treppen in die Säle und in die Hallen herniederstürzt und in gewaltigen Lawinen die ganze bewohnte Erde überschüttet.

Denn hinter all den Türen gehen ernste Männer auf und ab oder sitzen an Bürotischen, deren Umfang ihrem Rang angemessen ist,

vor kleinen häßlichen Lampen, die früher auf den Nachttischen der Schlafzimmer standen, schlecht beleuchten und vorzeitig die Augen verderben. Sie brüten starr vor sich hin, und sie diktieren. Sie diktieren dienstliche Noten, die von einem Büro in das andere wandern, sie diktieren Randbemerkungen zu den Akten, die der Amtsdieners jeden Augenblick auf ihren Schreibtisch wirft, sie diktieren persönliche und amtliche Berichte, internationale und nationale Briefe, Übersetzungen, Einladungen an die Regierungen zu Konferenzen und Ausschußtagungen, Erhebungen und Untersuchungen, diktieren und diktieren. Sie zeichnen das Gespräch der Nationen vor und schreiben es nieder, sie versuchen, mit toten Buchstaben Geist zu erwecken, Geist in tote Buchstaben gefrieren zu lassen. Am Anfang war das Papier, und dann war wieder Papier. Aber auch diese menschlichen Registrier- und Beeinflussungsmaschinen wirken nicht nur dunkel in die Ferne der Nationen, lassen nicht nur die Ferne der Nationen dunkel auf sich wirken. Sie selbst sind bereits körperlich in das Weltgespräch verstrickt. Nach zehn diktierten Zeilen gestikulieren sie in die Telephonapparate hinein, und auf den alten verblichenen Sammet- und Seidenfauteuils ihrer muffigen Hotelzimmer sitzen die Besucher der ganzen Erde, die kleinen ständigen Delegierten in Genf, die großen Delegierten von auswärts oder ihre Mitarbeiter und Sekretäre, die Sachverständigen, die neugierigen Völkerbundtouristen, die Journalisten und die anderen Beamten des Hauses. Überall sitzen und stehen zeitweilig in allen Zimmern Menschen aller Nationalitäten einander gegenüber, reden aufeinander ein, sprechen über die kleinen und großen Dinge der Zeit, halten sich und ihr Gegenüber für Symbole eines ganzen Landes und einer vollen Idee, und die Worte „Deutschland“ und „Frankreich“ und „Siam“ und „Abessinien“ und „Kuba“ und „Neuseeland“ rollen wie Billardkugeln über die Bürotische hin. „Japan kann nicht...“, „England muß doch wohl...“, „Uruguay ist der Ansicht...“ Es

ist die große Arche Noahs. Sie plaudern und sprechen voller Wichtigkeit, und die Welt versinkt um sie, und sie wähnen, sie seien die Welt. Und wie ihre Akten dringen auch sie aufgequollen auf die Korridore hinaus. Ab und zu stehen in den Ecken neben den Wandschränken, ihre Papiere in den Händen, die Beamten herum, mit anderen Beamten oder mit den internationalen Gästen und spielen Nationengespräch. Auf dem eiligen Weg von Büro zu Büro bleiben sie an den Treppengeländern hängen und flüstern und rufen aufeinander ein. Und auch sie kollern schließlich redend und verhandelnd die Treppen hinunter, in die Hallen, in die Korridore und in die Säle hinein, und ihr Zwiegespräch läuft ein in das Riesengeschwätz, das über die ganze Stadt dahinmurmelt. Es wird diktiert, es wird geschrieben, es wird übersetzt und vielfältigt, und es wird gesprochen, gesprochen, ohne Unterlaß und ohne Ende. Die Nationen sind beieinander.

Sie sind beieinander, und sie sind auch unter sich. Wo ein Franzose ist, da ist noch ein zweiter Franzose und nicht weit von ihm der vierte und der zehnte und der zwölfte. Wo ein Engländer ist, da ist England. Sie bilden Gruppen und Cliques, sie hängen, selbst wenn sie einander nicht lieben — und wann lieben Volksgenossen im Auslande einander? —, wie die Kletten zusammen. Wo wir hinblicken, sitzen Franzosen und Engländer beisammen, bewohnen die schönsten Zimmer, fabrizieren und lesen die wichtigsten Akten, beherrschen mit ihrer Zahl, ihrem Rang und ihren Sprachen, die sie dem ganzen Haus als Verkehrs- und Amtssprachen aufdrängten, jede Arbeit und jede Unterhaltung. Immer allein unter den anderen sind nur die Kleinen, falls sie nicht, wie die Holländer, von Anfang an in stattlicher Zahl in den Babelsturm einmarschiert sind und sich hartnäckig und fest ihren Platz erobert haben. Einsam sitzt in der internationalen Menge ein melancholischer Ungar, und weil er so einsam ist, wirkt er so international. Was soll er auch machen? Aber selbst die Vereinzelten haben ihre

nationale Gesellschaft. Gibt es kein Telephon, keinen Briefwechsel, keine Delegation in Genf, keine Gesandtschaft in Bern? „Die Mitglieder des Sekretariats“, so heißt es in dem Bericht, den Lord Balfour über die Gründung der neuen Bürokratie dem Rat erstattete, und ähnlich heißt es in den späteren Berichten und in der endgültigen Beamtensatzung, „stehen, sobald sie einmal ernannt sind, nicht mehr im Dienste ihres Ursprungslandes, sondern werden zeitweilig und ausschließlich Beamte des Völkerbundes. Ihre Befugnisse sind nicht national, sondern international.“ Sie werden vom Generalsekretär ernannt und unterstehen, so wird uns immer wieder in den amtlichen Dokumenten versichert, nur ihm und dürfen der eigenen Regierung keinerlei Dienste leisten, die sie nicht auch allen anderen Regierungen zur Verfügung stellen. Die frühere russische Fürstin, die durch die Ungunst des Schicksals Litauerin, durch des Schicksals Gunst Völkerbundbeamte wurde, darf dem litauischen Außenminister und internationalen Störenfried Woldemaras, dem plebejischen Stehaufmännchen mit dem borstig frisierten Schädel, der jahrelang Genf mit Entsetzen erfüllte, nicht gefälliger sein als seinem bleichen, im Grunde friedlich schüchternen, aber stets mit künstlicher Heftigkeit aufgeputschten polnischen Kollegen Zaleski. Wird sie das hindern, so peinlich ihr das ist, dem wilden Mann, solange er da ist, in seinen wilden Plänen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen? Der Gesandtschaftsrat des Berliner Auswärtigen Amtes, der seine Karriere bisher im deutschen Staatsdienst gemacht hat und sie auch eines Tages um jeden Preis dort weitermachen will, darf dem deutschen Völkerbundreferenten desselben Auswärtigen Amtes nicht ergebener sein als dem Kollegen am Quai d’Orsay! Aber wird er mit dem ersten oder dem zweiten über wichtige Dinge plaudern, die jeden von ihnen in der Saar- oder Abrüstungsfrage interessieren? Der französische Abteilungsdirektor soll dem französischen Auswärtigen Amt nicht mehr Dienste leisten als dem

deutschen! Aber viermal im Monat wird er den Zug nach Paris nehmen und alle Geheimnisse des Sekretariats dem französischen Außenamte zuflüstern. Nähme er ebenso oft den Zug nach Berlin, würde man dort wie in Genf sehr erstaunt sein, und die französische Botschaft in der deutschen Reichshauptstadt sich höchlichst verwundern, sollte ihr nicht jedesmal sein erster und letzter Besuch gelten. Ist es ein Schwindel um das internationale Beamten-tum des Herrn Balfour und um die Beamstensatzung? Man hat das Wort „Liaison“, zu deutsch „Verbindung“, erfunden, das alles erklärt. Soll es die notwendige Verbindung unter Deutschen und Franzosen, Rumänen und Ungarn, Italienern und Südslawen bedeuten? Nein, im Interesse des Sekretariats, so heißt es, macht die Litauerin Liaison mit den Litauern, der Deutsche mit den Deutschen, der Franzose mit den Franzosen. Es ist Liaison, wenn der Generalsekretär, der als solcher kein Engländer sein soll, vor jeder großen Tagung nach London und gleichzeitig der Italiener, der kein Italiener ist, auch wenn er das faszistische Abzeichen im Knopfloch trägt, nach Rom fährt. Wo fängt die Liaison an, wo hört sie auf? Wem nützt sie?

Dumpfe Kritik erhebt sich eines Tages, eine Krise bricht aus, genährt von früheren Beamten, kleinstaatlichen Delegierten und der Presse, und man will den internationalen Geist klären und schärfen: Eine Reform des Sekretariats, so ruft alle Welt, ist notwendig, der internationale Geist muß geschaffen und gesichert werden. Was geschieht? Man beschließt, daß junge Leute, eben erst ihren Studien entwachsen, zu lebenslanglichem Völkerbunddienst verurteilt werden sollen, ohne andere Erfahrungen als die Erfahrungen, die sie nun in langer Beamtenlaufbahn sammeln können, ohne andere Gesinnungen als die Gesinnung, die man nun von ihnen verlangen wird. Ihr ganzes Leben lang müssen sie in Genf zubringen mit steigenden Gehaltserhöhungen und Entschädigungen und mit gesicherter Altersversorgung, mit Kin-

dern, die ihnen hier geboren werden von Frauen, die sie hier kennenlernen. So werden sie nur dem Einfluß des Sekretariats und keinen anderen Abhängigkeiten unterworfen sein. Manche Anhänger des Völkerbundes freuen sich, andere schütteln bedenklich den Kopf. Denn wenn der internationale Mensch herangezüchtet ist, der endlich der schon längst in Kraft befindlichen Personalsatzung entspricht, wird dann auch die Welt um ihn herum so sein, daß er ihr Spiegelbild ist, wie der heutige Beamte zweifellos das Spiegelbild der heutigen Welt? Wird vor allem die Welt über ihm so sein, daß er ihr gehorchen kann, ohne, statt Diener seines Landes oder Diener der harmonischen Gesamtheit, nunmehr einfach Diener einiger herrschenden fremden Mächte zu werden? Die Welt über ihm ist das hohe Personal, dessen Handlanger er ist, dessen Handlanger er nun ausschließlich sein wird und das nunmehr ungehindert durch eine nationale Politik der Untergebenen, ja, auf ihre internationalen Dienste gestützt, seine eigene nationale Politik noch wirkungsvoller betreiben kann. Kein Zweifel: Reißt man die einen von den Bändern los — leichte Telephondrähte, die schwere Ketten sind —, die ihre internationale Fiktion mit der nationalen Wirklichkeit verknüpfen, so muß man auch die höchsten Herren von den Bindungen losschneiden, die bis heute der wichtigste Grund ihrer Auswahl und ihrer Amtstätigkeit sind. Gehen wir durch die Korridore des Hotels, so sehen wir zwar ab und zu, eifrig und ordnungswütig, die Reformer mit dem Staubsauger in der Hand durch die kleineren Büros schlüpfen, in denen die fleißigen Leute mit dem Rang von Legationsräten und Legationssekretären sitzen und mit maßvoller List private Aufzeichnungen für ihre Regierungen verfassen. Ihnen suchen sie den heimischen Unrat aus den Aktendeckeln und den Köpfen fortzublasen und ihre Seelen mit reiner Ergebenheit für das internationale Gesetz zu erfüllen. Aber sie machen einen scheuen Bogen um die feierlichen Amtszimmer der höchsten Beamten. An ihren Türen

schleichen sie vorbei, legen den Finger auf die Lippen und flüstern: „Pst!“ Sie wollen nicht stören. Denn die heimlichen Botschafter der Mächte, die da drinnen als höchste Vertrauensmänner der internationalen Gemeinschaft thronen, sind gerade mit wichtiger Arbeit beschäftigt: Hinter ihren schalldichten Pforten entziffern sie aus dem eben eingetroffenen heimischen Kurier die letzten vertraulichen Instruktionen ihrer Regierungen, diktieren sie den erprobten, gleichsam ihnen vereidigten landsmännischen Sekretären und Sekretärinnen den großen diplomatischen Geheimbericht, den man zu Hause genau so sicher erwartet, wie die diplomatischen Berichte der richtigen Auslandsmissionen, und den sie den internationalen Kollegen, die in den ebenfalls schalldichten Büros nebenan sitzen, zweifellos nicht vorlegen könnten, ohne qualifizierten Landesverrat zu begehen! Aber es besteht keine Gefahr, daß sie auf einen so fürchterlichen Gedanken kommen werden. Sie kennen ihre Pflicht. Und ehrfurchtsvoll gehen die Reformer mit dem Staubsauger weiter.

Vortrefflich, so sagen wir mit Geduld und Nachsicht, indem wir hinter ihnen herschlendern. Die Beamten sind noch nicht „international“. Aber ist denn der Völkerbund international? Gut! Die Hausordnung des Hotels ist verkehrt. Aber ist denn die Satzung des Bundes richtig? Die Diener am neuen Werk sind vor allem Engländer und Franzosen? In der Tat! Aber ist das neue Werk nicht englisch und französisch? Lassen wir sie Franzosen sein und Engländer, auch Japaner und Italiener, und schauen wir ihnen ins Herz. Etwas mehr oder etwas anderes, als die Nationalität aus ihnen macht, muß immerhin ihre Arbeit aus ihnen machen. Seit zwölf Jahren sitzen sie in ihren Genfer Büros. Wenn sechshundert Menschen der verschiedensten Nationalität jahrelang in einem Hause zusammen sitzen und zusammen arbeiten und dieses Haus das herrliche Wort „Völkerbund“ in seinem Namen führt, können sie nicht nur Belgier, Chilenen und Holländer sein. Seht, diese ernsten und

strebsamen Männer dort, die uns in ihre Büros einladen und geschäftig auf uns einreden: sind sie nur Anhängsel der Heimatbehörde, die sie hierher entsandte? Oh, nein, auf den ersten Blick erkennen wir, daß sie vor allem Anhängsel zu den Akten sind, vor denen sie hocken, Sachverständige für ein besonderes Arbeitsgebiet dieses Hauses. Ist das nicht beruhigend, und beginnt hier nicht die Entwicklung vom Nationalen zum Internationalen? Aber die Frage ist, ob ihre Sachverständigkeit dem neuen Werke mehr gibt als ihre Nationalität. Betrachten wir sie, so scheint es uns bald, als könnten sie irgendwo in einem anderen Amtsgebäude der Welt ebenso fleißig sitzen und sich dort genau wie hier in Handelsstatistiken oder in Fragen der Serumforschung vertiefen. Sie spüren, darüber klagen sie oft genug, nicht viel vom Völkerbund, und wenn wir mit ihnen sprechen, werden wir daher nicht viel über den Völkerbund erfahren. Aber sie sind sicher nicht die wertlosesten, sind vielleicht oft die tüchtigsten Beamten. Wenn ihre Leistung auch nur wenig mit dem Völkerbundgedanken zu tun hat, so gehört sie immerhin irgendwie in den Artikel 23 des Paktes hinein, der Sachbearbeiter braucht. Sie liefern anständige und saubere Arbeit, von der gleichmäßig der schöne Völkerbundgedanke wie die schlechte Völkerbundwirklichkeit abprallt. Wenn sie nicht mit einem lebenslänglichen Kontrakt beschenkt wurden, verlassen sie das Haus, so wie sie es betreten haben, als ausgezeichnete Sachkenner und Sachbearbeiter auf einem bestimmten Gebiet, von dem sie etwas verstehen, auf dem sie sich weitergebildet haben und vor allem — deshalb gehen sie meistens — weiterbilden möchten. Solange sie noch da sind, wollen wir sie, wenn wir ihnen begegnen, mit Anerkennung und Freundlichkeit begrüßen.

Werden wir dem Völkerbund mit jenen prächtigen Männern dort näher kommen, die den Sachverständigen wie Brüder gleichen, aber mit größerer Beschaulichkeit mit uns plaudern? Sie sind ungemein sympathisch, und wir möchten sie die Mönche des

Völkerbundes nennen. Denn sie sind nicht hierhergekommen, um stürmisch ihre Fachkenntnis zu verwerten, sondern um sich gemächlich und möglichst lange zurückzuziehen aus dem Lärm der Welt, den sie vielleicht niemals gekannt haben, den sie aber fürchten, und versenken sich in den Zellen des Hottopschen Klosters, dessen Fenster hinausgehen auf den blausonnigen Dunst des verzauberten Sees, in stille und fromme Privatandacht. Sie schreiben Denkschriften, wie man Nachfolgen des Lebens Christi schrieb, und lesen in ihren Akten Brevier. Sie sind darum nicht blinde Schwärmer oder Träumer, was ja auch die richtigen Mönche nicht zu sein pflegen. Sie verrichten ehrenhaft und verantwortungsvoll die vorgeschriebenen Gebräuche und vertrauen in die vorgesetzte Behörde. Auch sie sind oft tüchtig, aber auch sie tragen nur wenig dazu bei, der neuen Einrichtung die innere Erregung und Schwungkraft zu geben, ohne die man nicht die stumpfe und feindselige Welt vorwärtstreiben kann. Immerhin könnten sie — in geringer Zahl und an einigen notwendigen Stellen der Beschaulichkeit untergebracht, die gerade dieser hastige Betrieb braucht — von Nutzen und Wert sein, und wir wollen uns auch vor ihnen, da wir in ihre Kammer hineinlügen, freundlich und anerkennend neigen.

Aber ach, viele Pensionäre des internationalen Hotels, denen wir jetzt auf unserem Rundgang begegnen, sind nicht einmal Sachverständige oder Philosophen, sondern einfach Bürokraten, „Ronds-de-cuir“, wie der herrliche französische Fachausdruck lautet, der den Ministerialarbeiter anschaulich nach dem runden Lederring benennt, auf dem sich das wichtige Sitzfleisch breitet. Sie hängen vielleicht nicht an ihrem Lande, aber auch kaum an ihren Akten oder an ihrer eigenen Seele, sondern nur und ausschließlich an ihrem Gehalt. Sie kommen pünktlich, sitzen pünktlich, gehen pünktlich wieder fort, stehen pünktlich an der Kasse und fahren pünktlich in die Ferien. Auch sie könnten in jedem anderen Amt der Welt genau so kommen, sitzen und gehen, aber

wären auch in jedem anderen Amt so fremd wie hier. Doch auch sie sind notwendig, und kein Betrieb kann sie entbehren, und obwohl die Wichtigkeit, mit der sie sich selbst dann umgeben, wenn sie nur Rechnungen zu prüfen oder die Stühle in den Sitzungssälen zu zählen haben, gerade in dem Zentralamt der neuen Welt ärgerlich ist, möchte man sie mit liebenswürdigem Gruße anerkennen. Aber ihr Geist dringt leider allzu vorwitzig in die wichtigeren Arbeitsstätten ein; die äußere Welt sieht meistens immer nur sie; und so wird der Glaube an ein neues, mit tausend Schmerzen und Hoffnungen verbundenes Werk mehr bloßgestellt als gefördert. Immerhin, so wie sie sind, müssen sie sein. Grüßen wir sie, aber ohne Überschwenglichkeit, und gehen wir weiter, und verwechseln wir sie vor allem nicht mit der nächsten Gruppe, mit der sie sich selbst so gern verwechseln: mit den Diplomaten.

Denn die Diplomaten sind der eigentliche Typ des Völkerbundsbeamten, wie er sich in den letzten Jahren herausgebildet hat, und dieser Typ ist im Begriffe, das Verhängnis des Hotels zu werden. Nicht alle kommen aus den Gesandtschaften und Außenministerien, aber alle wollen sie entweder hinein oder so aussehen, als wären sie drin. Für sie ist der Völkerbund, der, wie es in den Festreden heißt, aus den letzten Schmerzensschreien der fallenden Soldaten und den Tränen der Waisen hervorgegangen war, eine Angelegenheit der Vornehmheit und der Eleganz. Für sie ist das Wichtigste an dem Traum der Menschheit der Diplomatenpaß, den ihnen die Regierungen ausstellen, das Billett erster Klasse, das ihnen der Schatzmeister des Sekretariats für ihre Dienstreise mitgibt, der Empfang und die Einladung bei den Delegationen und einigen Damen der großen Welt, die in Genf harmlose Salons eröffneten. Sie haben gepflegte Hände und gepflegte Gehirne, spielen Bridge und veranstalten Frühstücke oder Dinners. Stehen sie in den Salons, sitzen sie an den Bankettafeln neben den Gesandt-

schaftsräten und Legationssekretären der Delegationen, so weiß man nicht, wer von ihnen der Delegation, wer dem Völkerbundsekretariat angehört. Sie sind auswechselbar und werden in der Tat ständig ausgewechselt. Sie sind mit der bestehenden Welt, wenn auch nicht immer mit ihrer eigenen Stellung in dieser Welt, durchaus zufrieden, und Fortschritt bedeutet für sie Beförderung. Immerhin arbeiten sie sauber und geschickt und werden es sicher und normal eines Tages zu irgend etwas Ansehnlichem bringen. Wir dürfen sie zweifellos nach dem nächsten Kriege in den Reihen ihrer Landsleute auf der Friedenskonferenz oder, wenn Gott es will, in gehobener Stellung im nächsten Völkerbund wiedersehen. Auch sie sind durchweg sympathisch, gut erzogen, häufig fleißig und fast immer intelligent. Sie sind sogar international, — international wie alle Diplomaten, international wie die Hotels, die Jazzbands und wie der Krieg. Grüßen wir sie, aber hüten wir uns dabei vor allzu großer Rührung, denn wir werden sie nie verlieren: immer werden wir sie irgendwie und irgendwo unverändert, aber befördert, wiedersehen.

Sie haben uns höflich an die Tür geleitet und sich mit der korrekten Eleganz verneigt, die zur „Karriere“ gehört. Welch lebhaftes, ganz undiplomatisches Geschrei aber ertönt jetzt aus den Nebenzimmern? Hier herrscht keine fachliche, mönchische, bürokratische oder mondäne Sachlichkeit, Beschaulichkeit oder Eleganz. Hier ist Feuer und Bewegung. Hier blitzen die Augen und fliegen die Gesten. Hier grüßen wir nun die interessanteste Gruppe, die Geschäftlhuber. Sie sind die eigentlichen Triebkräfte am Werk. Sie sind der lebendige Strom, der alle Räder dieser Fabrik in Bewegung setzt, Leute, für die der Krieg noch nicht beendet ist, in denen noch das Feuer der Zivildienst- und Etappenarbeit, die heilige Flamme des Zivilisten lodert, der neben dem Soldaten auch seine Pflicht tun will, und die vor allen anderen Gruppen immerhin den Vorzug haben, daß sie niemals

ruhen und rasten, daß sie unaufhörlich bei der Sache sind — gleichviel bei welcher Sache —, daß sie eine Mission haben und an sie glauben, selbst wenn sie nicht ganz einwandfrei ist. Da sie erst durch die Arbeit während des Krieges oder der Friedenskonferenzen mit der zünftigen Diplomatie in Berührung gelangten, haben diese Halbdiplomaten immer noch nicht die kühle Skepsis und die vornehme Ruhe errungen, mit der die Berufsdiplomaten unberührt durch Krieg und Frieden zu schreiten vermögen. Ohne Unterlaß empfinden sie das Bedürfnis, ihre Pflicht zu tun, gleichviel welche, sich ihr hohes Gehalt zu verdienen, dessen sie sich fast schämen —, greifbare Erfolge zu verzeichnen und Dienste zu leisten. Sie sehen die Friedensarbeit an als logische Fortsetzung der Kriegsarbeit und sind daher nur glücklich, wenn irgend etwas passiert, irgend etwas ausgeheckt, irgend etwas durchgeführt, abgewickelt oder verwickelt wird. Wenn sie ihr Büro verlassen, langweilen sie sich. Am liebsten möchten sie nachts mehrmals durch schrille Klingelzeichen aufgeweckt und in ein internationales Problem abkommandiert werden. Wenn irgendwo ein kleiner Konflikt ausbricht, in den der Völkerbund eingreifen könnte, funkeln ihre Augen. Dann sind sie an der Arbeit, um den Eingriff herbeizuführen oder, wenn das höhere Lösungswort anders lautet, das Eingreifen zu hintertreiben. Aber es muß etwas geschehen! Nur keine Ruhe und kein Hinschleppen an den Fronten! Dabei sind sie durchaus keine schlechten Völkerbundbeamten, im Gegenteil, sind gegenwärtig wahrscheinlich seine besten Kräfte, überzeugte Diener ihrer Länder oder Regierungen, aber gleichzeitig verliebt in ihre internationale Tätigkeit und ihr internationales Tätigkeitsfeld, weil sie davon durchdrungen sind, daß die wichtigsten Interessen ihres Heimatlandes im Völkerbund liegen und dort alle Anstrengungen angesetzt werden müssen. Indem sie das nationale Interesse nach Genf hinüberreißen, reißen sie auch Genf mit, schaffen sie Bewegung und Betrieb. Sie lieben meistens

aufrichtig den Völkerbund, so wie sie ihn sehen, durchtränkt mit den Farben ihrer Nation und vibrierend unter ihrem eigenen Eifer. Sie wollen, daß er etwas wird, weil sie nicht wünschen können, daß der Rahmen ihres Wirkens sich verengt und zusammenschrumpft. Sie sind bereit, sich ihm zu einem gewissen Prozentsatz hinzugeben, aus sich herauszugehen und sich ein paar Schritte von ihrer nationalen Anfangsstellung zu entfernen. Aber sie sind trotzdem eine große Gefahr für das Werk; denn der Rhythmus ihres fiebernden Schaffens ist verkehrt, der Grundton ihrer komplizierten Akkorde falsch. Wenn sie auch bis zur heutigen Stunde die tätigsten und leidenschaftlichsten Arbeiter an dem Genfer Bau sind, so werden sie ihm niemals die ehrliche und naive Grundlage geben können, von der aus allein er in den Himmel wachsen kann.

Alle, ob sie sich wie Mönche, Fachmänner, Bürokraten, Diplomaten oder Geschäftlhuber benehmen, meinen es im Grunde gut mit ihrem Werk, so wie sie es verstehen. Und wenn sie auch noch lange nicht die Brüderlichkeit unter den Völkern pflegen, so gelangen sie doch oft zu einer Art anständiger beruflicher Kameradschaftlichkeit untereinander. Zwar tummeln sich natürlich gerade in dem Halbdunkel des neuen Berufs manche begabte Intriganten, die mit höchster Virtuosität sich bemühen, ihre internationale und ihre nationale Stellung gegeneinander auszuspielen, sich in Genf durch ihren angeblichen Einfluß in der Heimat, in der Heimat durch ihren angeblichen Einfluß in Genf vorwärtszuschieben und in einer unkontrollierbaren Atmosphäre von angeblicher Informiertheit, angeblicher Leistung und angeblichen Beziehungen eine durchaus nicht angebliche Karriere zu machen. Die meisten aber sind ehrlich, tüchtig und klug, genau so ehrlich, tüchtig und klug wie die Beamten der nationalen Ministerien. Aber der Name Völkerbundbeamter ist größer als sie und ihr Amt, hinter dem keine vorwärtstreibende oder ver-

zehrende Kraft steht. Was sehen sie auch vom Völkerbund? Für die einen ist er ein Aktenschrank, für die anderen die Stadt Genf, für diese die heimische Delegation und das nationale Ministerium, für jene wieder der unmittelbare Vorgesetzte. Aber sind Flußschiffahrt und Eisenbahntransportwesen der Völkerbund? Ist der Jahresbericht der Mandatmächte der Völkerbund? Ist eine gute Beziehung zum Kabinettschef des französischen Außenministeriums oder zu einer Partei in England der Völkerbund? Jeder sitzt in seiner Ecke, bearbeitet seine Sache oder irrt in den Korridoren herum und flüstert in die Telephonapparate hinein. Nur ganz wenige, die oben stehen, vermögen die Gesamtheit der Arbeit zu überblicken, aber ebenfalls immer nur eine Gesamtheit, die längst eingeschränkt ist durch viele Verbote der Grenzüberschreitung und durch die Politik der Mächte. Und auch diejenigen unter ihnen, die alles übersehen möchten, können den Blick nicht allzu weit schweifen lassen. Ein Direktor der Abrüstungsabteilung darf sich nur die bürotechnische Ausführung der Programme zum Ziel setzen, die vom Rat und den Abrüstungsausschüssen aufgestellt werden. Ein Beamter der Minderheitenabteilung darf nicht auf den Gedanken kommen, daß nicht nur die Ungarn in Rumänien und die Ukrainer in Polen Minderheitenrechte besitzen, sondern auch die Tiroler in Italien. Und welcher Beamte könnte es wagen, sich gegen seine Regierung zu empören, selbst wenn sie eine völkerbundesfeindliche Politik treibt? Vor allem aber: sie dürfen nicht träumen. In allen Orten der Erde gibt es Menschen, die nach einem besseren, weitherzigeren, wirksameren Völkerbund streben. Nur innerhalb der Mauern des Völkerbundsekretariats soll es solche Idealisten nicht geben. Ihr Schicksal ist die Unterwerfung unter das strenge Gesetz der furchtsamen Beschränkung auf einige international erlaubte Arbeiten. Sie sind die einzigen Menschen in der Welt, die man zwingen kann, alles, was ist, gut zu finden und das Unvoll-

kommene gegen den Fortschritt zu verteidigen. Sie, die an der Quelle der völkerbundlichen Erkenntnis sitzen, dürfen nicht den Schatz ihres Wissens für die Vervollkommnung der bestehenden Einrichtungen auswerten. Sie sind Gefangene eines unvollendeten Werkes, das sie erhalten müssen. Darum gibt es gegenwärtig kaum einen Ort der Welt, an dem man von den letzten Zielen des Völkerbundes seltener spricht als im Sekretariat. Und deshalb geht eine freudige, fast hysterische Erregung durch das Gebäude am Wilsonquai, wenn irgendwo langsam und leise Blut zu fließen beginnt. Denn jetzt kann Artikel 11 angerufen, jetzt kann das Wort Friede gedacht, geschrieben, gesprochen werden. Draußen in der Welt lächeln oder lachen die Leute über das Fieber, das oft aus Anlaß irgendeines geringfügigen internationalen Streitfalles die Menschen in Genf erfaßt. Sie wissen nicht, die da draußen, sie verstehen nicht, was in den kleinen und großen Zimmern des Hottopschen Palastes vorgeht. Lacht, lächelt, spottet nicht, ihr freien Bürger freier Nationen. Ihr könnt von morgens bis abends, beim Kaffee, beim Mittagessen, beim Tee und wann ihr es wollt, sprechen, schreien und singen: Friede! Diese hier dürfen es nur, wenn das berauschende Wort auf Grund eines tatsächlichen Geschehens und nach vernünftigen, instanzenmäßigem Vorgang in ihre Akten geschlüpft, reif geworden ist für die satzungsmäßige Behandlung und für ein Telegramm des Ratspräsidenten, das der Generalsekretär dann durch seinen tüchtigsten Diplomaten vorsichtig verfassen läßt. Darum ergreift sie plötzlich ein seliger Schauer, die Bedauernswerten. Deshalb lächeln sie verklärt und flüstern: „Friede!“ Ein Strahl der fernen Sonne, die alle, nur sie nicht erwärmt, ist endlich auch zu ihnen gedrungen.

Gibt es keine Völkerbundbeamten in Hottops Hotel?

Noch nicht, noch nicht! Aber manche unter den Staatsangehörigen dieses oder jenes Landes, manche unter den Sachverständi-

gen, Mönchen und Geschäftshubern, ja sogar den Bürokraten und Diplomaten, sehnen sich heimlich danach, richtige Völkerbundsbeamte zu werden! Einige betraten den Nationenpalast beseelt von diesem Drang, manche schon in der interalliierten Gründungszeit, als es noch ein Abenteuer war, an dem Experiment mitzuwirken, manche in der Zeit nach Locarno, als es schien, als sei der letzte Krieg beendet und der Ursprung des Bundes bald überwunden. Ach! Viele haben seitdem wieder das Haus verlassen, endgültig enttäuscht oder fest entschlossen, den Kampf um den Völkerbund auf geeigneterem Boden auszukämpfen. Diejenigen, die zurückgeblieben oder inzwischen zum Geiste des wahren Berufes erwacht sind, wehren sich verzweifelt dagegen, unterzugehen in der greulichen Mischung von nationalem Agententum und internationaler Bürokratie, die in diesem Hotel herangezüchtet wird. Grüßen wir sie mit Liebe und Dank! Aber beschreiben wir sie nicht näher, nennen wir nicht ihre Namen! Es könnte ihnen schaden, und wir wollen ihren stillen Kampf nicht lähmen: denn sie sind unsere Hoffnung, und sie sind die Zukunft.

XVII

EIN SELTSAMER GAST

Wir gehen durch die Büros und die Korridore, mitten durch die diktierende, schwatzende, telephonierende, herumstehende und herumirrende Beamtschaft hindurch, grüßen den einen, plaudern mit dem anderen, bestaunen diesen und bewundern jenen. Plötzlich erregt hier ein junger, dort ein reifer Mann unser Interesse. Er sitzt an seinem Schreibtisch wie die anderen, debattiert und lächelt wie sie, ist fleißig oder gleichgültig, streberhaft oder beschaulich wie alle. Und doch, er ist anders. Ist er mehr oder weniger? Irgendwie ist er anders. Gehen wir weiter durch das Haus, so fällt uns in jedem Stockwerk, in fast jeder Abteilung einer dieser unauffälligen Beamten auf, ein Dutzend solcher Männer, verstreut in der Beamtschaft, und wenn sie diktieren und schwatzen, telephonieren und herumstehen, flackert irgend etwas in ihren Blicken, schwingt irgend etwas in ihrer Stimme, das sie von der großen Gemeinschaft trennt und untereinander verbindet. Sie sind die Deutschen im Völkerbund.

Deutsche im Völkerbund: Das will heißen, die Angehörigen des unglücklichsten aller großen Völker der Erde. Deutsche im Völkerbund: Das bedeutet, Mitglieder der einzigen Nation, der es verboten ist, sich immer und überall wie eine große Nation zu betragen. Deutsche im Völkerbund: Das will besagen, Söhne des Volkes, das den großen Krieg verloren und die feierliche Völker-

bundgründung verpaßt hat. Sie gehören nicht zu der triumphierenden Elite, die den Neuen Bund als Krönung ihres Sieges und als Hüter ihrer Interessen schuf. An dem großen Tage standen sie abseits mit den anderen Ausgestoßenen und Verbannten. Und jedesmal, wenn man die Stunde des Inkrafttretens der Völkerbundsatzung feiert, werden sie mit bitterem Herzen spüren, daß gleichzeitig die Stunde verherrlicht wird, die ihnen Elsaß-Lothringen, Danzig, Posen, die Souveränität ihres Landes, ihre Wehrhaftigkeit und einen Teil ihrer Würde nahm.

Waren alle unter den neuen Völkerbundsbeamten sich dieses Schicksals bewußt, als sie im Januar 1927 am Bahnhof Cornavin eintrafen, ihre Möbel auspackten und die bequemen Wohnungen oben in Florissant, in Champel oder die Villen am Seeufer bezogen, stolz auf ihre Visitenkarten den neuen Titel drucken ließen, feierlich im Cut ihre Antrittsbesuche machten und mit unendlichem Behagen englisch und französisch sprachen? Man hatte sie, nachdem ihr Schicksal durch Sir Eric Drummond und das Auswärtige Amt in eiligen und oberflächlichen Verhandlungen geregelt worden war, in geringer Zahl und in wenig maßgebenden Stellungen in das fertige Haus der anderen gesetzt. Damals rückten die alten Insassen ein wenig auseinander, machten einige Zimmer für die Neulinge frei, stellten ihnen Tische und Aktenschränke, Tintenfässer und Papierkörbe hinein, schauten sie neugierig, zum Teil hoffnungsvoll, zum Teil mißtrauisch an, waren höflich gewillt, ihnen das gesellige und bürokratische Einleben zu erleichtern, fest entschlossen, sich ihrer zu bedienen, wo immer es nützlich sein mochte, und unerschütterlich von der Notwendigkeit überzeugt, nicht an dem Zustand rütteln zu lassen, der ohne die Nachzügler geschaffen worden war. Die Franzosen dachten sich: „Wir müssen die Hand auf sie legen und geschickt mit ihnen Locarno spielen.“ Die Engländer sagten sich: „Wir müssen sie etwas protegieren, aber unsere Entente mit den Franzosen nicht stören lassen.“ Die Italiener

und Polen, die sich bisher verhältnismäßig ruhig benommen hatten, murmelten: „Sie dürfen uns nicht über den Kopf wachsen“ und wurden nun ehrgeiziger und rühriger als bisher. Die Neutralen schwankten. Sie waren bisher von den Franzosen und Engländern etwas getreten worden und meinten nun, daß die Deutschen neuen Schwung in die Zusammenarbeit bringen würden, waren aber gleichzeitig um ihre Stellung besorgt, weil sie lange eine beachtliche Rolle als Kenner und Vertreter der ausgeschlossenen germanischen Welt gespielt hatten.

So teilten sich, als die Deutschen erschienen, einen Augenblick lang die Wogen, flossen dann wieder majestätisch zusammen, und die neuen Gäste, von denen die meisten noch nicht schwimmen konnten, saßen am Grunde des Meeres und machten heftige Bewegungen, um nach oben zu gelangen. Wo sie es vermochten, suchten sie ehrlich und eifrig die Kameraden der anderen zu werden, und es gelang ihnen in der technischen Arbeit und im gesellschaftlichen Verkehr, sich an den Klub anzuschließen. Manche von ihnen, die unpolitisch geartet waren, wähten sich in ihrem heimischen Fachministerium oder in einer deutschen Gesandtschaft und freuten sich der interessanten Aufgabe, die auf ihren Bürotischen lag, oder des angenehmen Verkehrs auf den Tennisplätzen oder in den Salons. Andere waren skeptischer, bissen die Zähne zusammen und fragten sich: „Wir sind draußen, aber wie kommen wir hinein?“ oder pfften vor sich hin: „Wir sind draußen. Wie sollen wir auch drinnen sein?“ Wie sie aber auch gesinnt und gerichtet waren, was auch jeder von ihnen erlebte, wie ihr Schicksal sich im einzelnen gestaltete, eines galt sofort und unaufhörlich für jeden von ihnen: Der neu erfundene Beruf des Völkerbundbeamten stellte sie vor ein ernsteres, unendlich schwereres Problem als alle anderen Beamten. Bestand auch für die Gesamtheit aller Sekretariatsmitglieder die schicksalhafte Fragestellung: Wie bin ich national und gleichzeitig international?, so

konnten doch die anderen die Schicksalsfrage meistens für ihre eigene Person übersehen, solange ihr nicht kritische Situationen besondere Aktualität gaben. Für jeden Deutschen aber wurde allmählich aus dem grundsätzlichen Problem das Problem des täglichen praktischen Lebens. Mit ihm mußte er sich in jeder Minute seines Daseins, selbst wenn er bequem oder müde die Augen schließen oder vergnügt Bridge spielen wollte, herumschlagen.

Wir sehen ihm heute sein seltsames Schicksal an. Aber haben seine Kollegen und Vorgesetzten es jemals gespürt? Und doch war es zweifellos ihre Pflicht, dem politischen und moralischen Experiment, das in der Mitarbeit von Deutschen an dem Völkerbund der anderen lag, ernsthaft auf den Grund zu gehen, und sie wären damit endlich auch dem Völkerbundproblem selbst sehr nahegekommen. Aber sie begnügten sich damit, die neuen Kollegen zu beobachten und dann festzustellen, ob jene sich dem Geist des Hauses anzupassen wußten oder nicht, wobei sie von der bequemen Heuchelei ausgingen, daß der Geist dieses Hauses der internationale Geist sei. Mußte nicht aber vielmehr mit dem Eintritt der Deutschen eine neue Gesamtgesinnung entstehen, der die einen nicht mehr opfern durften als die anderen? Niemand in Genf dachte an einen solchen Wandel. Als man den Unterschied zwischen den bisherigen Insassen des Hauses und den deutschen Beamten bemerkte, gelangten einige zu dem leichten Schluß, daß die Deutschen zu sehr Diener ihrer Heimatbehörde seien, und vergaßen dabei die eigene innere Abhängigkeit von ihren Behörden. Andere, die weniger vergeßlich waren, strebten bewußt danach, die Forderung nach internationalem Beamtentum, um die sie sich selbst wenig scherten, einseitig für die Deutschen aufzustellen. War es für ihre Regierungen nicht ein diplomatischer Gewinn, der deutschen Regierung durch die Internationalisierung ihrer Völkerbundbeamten die Einflußmöglichkeiten zu nehmen, die alle anderen Regierungen längst besaßen? Sorgsam wachte man nun

darüber, ob die neuen Kollegen einwandfrei ihre „internationale“ Pflicht erfüllten. Sah man dieses Ideal bei ihnen nicht erfüllt, zögerte man nicht, sie als Völkerbundbeamte geringerer Qualität zu denunzieren und das geringe Maß an Einflußmöglichkeiten, das man ihnen zubilligte, nachträglich als natürliche Folge dieser internationalen Minderwertigkeit hinzustellen.

Leider waren den älteren Pensionären des Hotels solche interessierten und oberflächlichen Urteile durch das Berliner Auswärtige Amt erleichtert worden, das, von wenigen unvermeidlichen Ausnahmen abgesehen, dem Generalsekretär nur Beamte aus den deutschen Ministerien vorgeschlagen hatte, sicher tüchtige und oft begabte, pflichteifrige und zuweilen erfahrene Männer, aber eben Ministerialbeamte: Leute, die gewohnt waren, alle politischen und technischen Erscheinungen im bürokratisch-heimischen Rahmen zu sehen und ihren Vorgesetzten zu gehorchen. Ihr Geschäft im Hause des Völkerbundes aber war Kampf, und ihre Methode mußte die eigene verantwortungsbewußte Initiative sein. War das die Sache selbst erprobtester Ministerialbeamter? Mußten sie nicht Gefahr laufen, auch in Genf unselbstständig auf ihre Vorgesetzten zu schauen, sich unaufhörlich ängstlich die Frage zu stellen, wie sie sich unter den alten nationalen und den neuen angeblich internationalen, aber in Wahrheit oft einfach andersnationalen Vorgesetzten zurechtfinden sollten? Nur selten kam ihnen der Gedanke, daß sie ihr eigener heimlicher Chef sein müßten. Allerdings, wenn das Berliner Auswärtige Amt einen beklagenswerten Irrtum beging, unter dem seine eigene Politik später oftmals schwer leiden sollte, wer in Genf durfte ihm daraus einen Vorwurf machen? Zweifellos war es eine arge Verkennung der Möglichkeiten des Völkerbundes, wenn hohe und weniger hohe Leiter der deutschen Außenpolitik, als sie von Locarno nach Genf gingen, sich selbstbewußt sagten: „Der Völkerbund bin ich!“ und da-

her die selbständige Sekretariatsarbeit unterschätzten. Aber war es nicht auch verständlich, daß die deutsche Regierung, als sie den gefährlichen Sprung in den verdächtigen Völkerbund unternahm, bei den ersten tastenden Gängen in der bisher feindlichen Welt sichere Freunde und ergebene Helfer um sich sehen wollte? Jahrelang hatte die interalliierte Bewohnerschaft des Hotels mit manchen deutschen Kreisen, die der amtlichen Politik in der Frage des deutschen Beitritts entgegenarbeiteten, ein fein eingefädeltcs propagandistisches Spiel getrieben, oft fast brutal versucht, die deutsche Völkerbundpolitik von außen her zu beeinflussen und vor Zwangslagen zu stellen. Die Erinnerung an dieses gefährliche Treiben erhöhte den Wunsch der Berliner Amtsstellen, sich in dem zweideutigen Milieu am Wilsonquai zunächst eine möglichst feste nationale Stellung auszubauen, wobei sie in wichtigen Fällen übersahen, daß dieses Ziel innerhalb eines internationalen Kreises niemals durch gehorsame Untergebene zu erzielen ist, die man mit Instruktionen versieht, sondern nur durch unabhängige Persönlichkeiten, die befähigt sind, aus sich selbst heraus das nationale Interesse zu erkennen. Aber wenn man den damals noch unerfahrenen Berliner Stellen Vorwürfe machen will, darf man nicht davor zurückschrecken, den unendlich mehr erfahrenen Generalsekretär noch ernsthafter zu tadeln. Warum warnte er seine neuen Berliner Freunde nicht? Auch ihm können sicher einige mildernde Umstände zugebilligt werden: Die technische Eignung der neuen Beamten, deren Ernennung er vollzog, konnte ihn befriedigen, und er durfte Vertrauen in ihren Charakter haben. Außerdem kam es ihm selbst zunächst weniger auf eine wirkliche deutsche Mitarbeit als auf die sogenannte „Liaison“ mit den deutschen Amtsstellen an. Möglicherweise trieb ihn auch ein gewisser Gerechtigkeitssinn dazu, in einem Hause, in dem fast alle seine Untergebenen, auch wenn sie nicht aus dem nationalen Regierungsapparat hervorgegangen

waren, auf das engste mit ihrer Regierung verknüpft blieben, den so spät eingetretenen Deutschen eine Chance zu geben. Das mochte ihm als fair-play erscheinen, dem er vielleicht um so lieber huldigte, als er die berechtigten deutschen Wünsche auf höhere und wichtigere Posten, zum Schaden des Hineinwachsens Deutschlands in den Völkerbund, zum Schaden vieler kleiner und großer Interessen, die ihm als höchstem Beamten anvertraut waren, unbarmherzig abschlug.

Aber selbst wenn man von der ersten Stunde an in den schwierigen neuen Arbeitskreis nur Personen gestellt hätte, die mit bestem Willen zu internationaler Zusammenarbeit und starker Verbundenheit mit den nationalen Belangen die notwendige innere Freiheit verbanden, sie wären weder im Sinne ihrer Kollegen, noch im wahren Sinne des Wortes international geworden. Das Sekretariat war trotz des neutralen Zuschusses — und neutral heißt nur in wenigen Fällen der Völkerbundpraxis international — interalliiert geblieben. In dem Hause, so wie es war, konnten die Deutschen nicht aufgehen, ohne, was eine Ungeheuerlichkeit gewesen wäre, selbst interalliiert zu werden. Sie konnten aber auch nicht die Gesinnung des Sekretariats durch die bloße Tatsache ihrer Mitwirkung zu einer neuen internationalen Gesinnung umschmelzen, weil sie, selbst bei bester persönlicher Eignung, nicht das Fehlen des deutschen politischen Ansehens zu ersetzen vermochten, das zu solcher Umschmelzung notwendig war, weil sie nicht an den großen und wichtigen Stellen des Werkes standen und schließlich, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht nur dem Generalsekretär, sondern auch anderen fremden Vorgesetzten, darunter Franzosen und Polen, untergeordnet waren. International sein konnte aber in diesem Sekretariat nur heißen: den Wunsch, die Fähigkeit und die Möglichkeit haben, an einem internationalen Ergebnis als wichtiger, nationaler Faktor mitentscheidend zu sein.

Was blieb den deutschen Beamten, die unter den denkbar ungünstigsten Umständen an ihre Aufgabe herantraten und von denen jeder in seiner Persönlichkeit nicht stärker sein konnte als sein schwaches Land, anderes übrig, als treu und eifrig die unmittelbaren Tagespflichten zu erfüllen? Jedoch auch dieses loyale und optimistische Streben war nicht möglich, wenn sie sich nicht zunächst freiwillig der Fiktion hingaben, daß der Völkerbund bereits ein vollendeter Versuch ehrlicher internationaler Zusammenarbeit sei. Wollten sie nicht beschämt erröten, mußten sie jedesmal, wenn sie den Vorgesetzten oder Kollegen anderer Nationalität gegenübertraten, vorher künstlich den Teppich der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit über dem rauen Boden der politischen Wirklichkeit ausbreiten. Aber was half ihnen diese Lebenslüge in den Stunden, in denen sie mit sich oder mit den Landsleuten allein waren! Wie oft geschah es, daß die heimliche Verabredung auch im Beisammensein mit den Fremden zerriß und die Wahrheit plötzlich aufregend zwischen den Menschen der verschiedenen Nationen stand! Was soll in der Tat ein Deutscher empfinden, der in der Abrüstungsabteilung des Sekretariats beschäftigt ist und gleichzeitig ein ehrlicher Mensch bleibt? Kann er, dessen Land gewaltsam entwaffnet ist und vom Völkerbund kontrolliert wird, diesem Völkerbund mit derselben Gesinnung dienen wie der Franzose und Engländer, die stolze Söhne militärisch souveräner Weltmächte sind? Wie darf ein Deutscher in der Informationsabteilung, die nach außen hin die Tätigkeit und Doktrine des Völkerbundes uneingeschränkt rühmen will, den fröhlichen Eifer seiner französischen Kollegen — Nutznießer und Mitbegründer dieser Tätigkeit und Doktrine — teilen? Was muß ein jeder unter den deutschen Beamten empfinden, wenn er an den Büros vorbeigeht, in denen von liebenswürdigen Ausländern Deutschlands altes Kolonialgut bürokratisch und im Interesse der neuen Besitzer und, was viel beleidigender ist, angeblich im Inter-

esse der Menschheit verwaltet wird? Und erfüllt es ihn nicht mit Zorn und Scham, wenn im Zimmer nebenan die Proteste seiner von fremden Staaten annektierten und mißhandelten Landsleute als „unannehmbar“ zurückgewiesen werden und die kaltherzige Zurückweisung auf Grund von Regeln berechtigt erscheint, die er als Beamter anerkennen muß, oder wenn er mit irgendeinem Kollegen, der das Schicksal Danzigs in seinen Aktendeckeln als seine Domäne mit sich herumträgt, über diese Völkerbundaufgabe zu „plaudern“ hat? Wohin er blickt, sieht er die Niederlage und die Trümmer seines Vaterlandes, die natürliche Macht und den naiven Hochmut der Sieger. Auf Schritt und Tritt, in allen Korridoren, erscheinen ihm die verschleierte Statuen der einstmaligen deutschen Städte. Und immer wird er das, was er als Ungerechtigkeit in der neuen Ordnung, als Demütigung seiner Heimat empfindet, gleichzeitig als den festen Bestandteil des Organismus hinnehmen müssen, in dem er lebt, dem er angehört. Alle Menschen in der Welt, sagten wir, dürfen von der Verbesserung der Friedensorganisation träumen, nur der internationale Beamte nicht. Jeder Deutsche, so müssen wir hinzufügen, darf mit offenem Visier für die Befreiung seines Landes kämpfen, nur der deutsche Beamte im Völkerbund darf es nicht. Er ist der Angestellte dieser Einrichtung, nicht aber, auch wenn er oft dafür gehalten werden kann und sich selbst oft dafür hält, der Delegierte seines Landes. Die deutschen Delegierten! Mit Neid blickt er zu ihnen hin. Nachdem sie einmal den gefährlichen Schritt des Eintritts in den Bund vollzogen, das Unbehagen ihres Stolzes und die Empörung ihres Gewissens überwunden haben, dürfen sie in Genf als Deutsche mitarbeiten und die Unnatürlichkeit ihrer Mitarbeit durch ihre Vorbehalte und Proteste mildern. Es ist ihr Recht, die Unvollkommenheit des Bundes zu geißeln, ihre eigenen Ideale als fernes Ziel am Ende der schwierigen und unangenehmen Wege aufzustellen, die sie vorläufig beschreiten müssen. So eingeschränkt ihre

Wirkungsmöglichkeiten auch sind, sie haben ihr eigenes Betätigungsfeld, sind nicht Diener der anderen Staaten, sind, so paradoxal es ihnen selbst vorkommen mag, der Völkerbund selbst. Wie aber sollen die deutschen Beamten sich vor ihrer moralischen Not retten? Niemals können sie sich außerhalb des Kreises flüchten, in den sie eingeschlossen sind. Alle Beschlüsse des Völkerbundes sind für sie Gesetz. Sie unterstehen ihnen, auch wenn sie für ihr Land schmerzlich sind, und da sie nicht einem Staate angehören, der nur selten durch die Verfügungen des Bundes geschädigt wird, sondern einem Lande, das dank des Ursprungs und der Struktur der Einrichtung sehr häufig in der Minderheit steht, müssen sie fast unaufhörlich schweigend ausführen, was ihre Landsleute laut verurteilen können. Wenn sie nicht einer rein technischen Abteilung angehören — aber auch hier kann ihre Arbeit für fremde Zwecke ausgenutzt werden —, wenn sie es nicht fertigbringen, nur ihre Akten und nichts von der Gesamtorganisation zu sehen, werden sie es täglich fühlen, daß sie in Hottops Hotel nicht zu Hause sind, daß nur ständiges Bemühen nach Anpassung und Selbstkontrolle ihnen die Mitarbeit ermöglicht, daß aber auch dieses Bemühen seine Grenzen finden kann in dem Gefühl der nationalen und der persönlichen Würde.

Weshalb machen sie dann mit? Es gibt Streber und Karriere-macher unter allen Völkern. Gelangen solche Leute in das Haus am Wilsonquai, so sind sie für den besseren Völkerbund und für ihr Land verloren, sind Schädlinge wie ihresgleichen überall. Es gibt Stellungs- und Gedankenlose, die jedesmal, wenn in Genf ein Posten ausgeschrieben wird, oft aus den höchsten sozialen Positionen ihrer Heimat heraus, mit klingenden Namen und glänzenden Titeln, ohne zu erröten, unter den befriedigten und ironischen Blicken der Franzosen und Engländer an den Genfer Schaltern Schlange stehen. Weder an die einen, noch an die anderen, nur an jene wollen wir denken, die aus Liebe zum besseren

Völkerbund oder aus nationalem Pflichtgefühl das Haus der Nationen betreten und so oder so in ihm heimisch werden wollen. Wie finden sie ihren Weg durch das Labyrinth der eigenen Gefühle? Die Idealisten suchen sich so lange wie möglich an die Hoffnung zu klammern, daß sie einer Idee und der Gesamtheit, nicht einer Politik und einigen fremden Regierungen dienen und nur so lange mitarbeiten, als in ihnen das Vertrauen lebt, daß die Organisation von heute der Völkerbund von morgen werden kann. Die Realisten nehmen die Unvollkommenheit und Ungerechtigkeit des gegenwärtigen Bundes, über den sie sich keinen Illusionen hingeben, gleichmütig hin. Es ist notwendig, so sagen sie sich, daß, nachdem Deutschland der Einrichtung angehört, Deutsche dabei sind, um im richtigen Augenblick die deutsche Meinung und den deutschen Einfluß spielen zu lassen, in täglicher Kleinarbeit die Stellung des Landes zu bessern und dafür Sorge zu tragen, daß die Organisation nicht völlig in den fremden Händen liegt. Sie werden dem ausländischen Apparat, in den sie gewissermaßen abkommandiert wurden, nur so lange ihre Kraft schenken, als ihr Arbeitsanteil dem eigenen Lande immerhin noch etwas mehr zugute kommt als den anderen Ländern. Alle aber müssen sie sich quälen, unaufhörlich sich und die Umwelt beobachten, immer wieder aus ihren Überzeugungen neue Kräfte schöpfen. Mehr als der Beamte irgendeiner anderen Nationalität ist der Deutsche von der Entwicklung der Einrichtung abhängig. Er ist gleichsam das feine empfindliche Meßinstrument, in dem jede Vorwärts- und Rückwärtsbewegung des Bundes mitzittert.

Wer weiß draußen in der Welt, welch verzweifelter Gewissenskampf, welche seelenzerrüttende Selbstprüfung sich in den Herzen des ehrlichen internationalen Beamten deutscher Nationalität abspielt? Schwimmen die anderen freundlich in ihrem Element, muß er sich fragen: Wo bin ich? Im Völkerbund, der das Glück aller Nationen, Gerechtigkeit und Gleichheit für alle will?

Sicher nicht! Das weiß er. In einer deutschen Einrichtung, in der er ohne Hemmungen und bitteren Zweifel seine Pflicht tun kann? Nein! Er darf sich nicht einmal als Glied einer deutschen Gruppe fühlen, wenn er nicht wieder seine Pflichten als internationaler Beamter verletzen will. Wo bin ich? so fragt er sich. Gehalt, Pension und hundert andere Vergünstigungen bezieht er von der internationalen Gesellschaft. Es beruhigt sein Gewissen vielleicht ein wenig, daß sein Heimatland etwa zweieinhalb Millionen Franken jährlich beisteuert, aber seine zwiespältige Stellung kann sich dadurch nicht ändern. Wo ist er? Selbst wenn er es aus ganzem Herzen wollte, ist er nie ganz in Genf, sondern immer zum Teil auch in Berlin, denn Genf kann ihm keine volle Heimat sein, solange der Berliner Einschlag dort noch zu gering ist, und auch in Berlin ist er nur zum Teil zu Hause, denn er kann selbst in bescheidenstem Maße in Genf national nur wirken, wenn er sich dort einzufühlen vermag. An was kann er sich klammern? Nur an den Bund? Unmöglich! Er braucht den engen Zusammenhang mit dem Heimatlande, weil er sonst befürchten müßte, sich in einer schrecklichen Illusion zu verlieren und zum naiven Verräter zu werden. Er braucht den Glauben an die Einrichtung, der er dient, weil er sich sonst schämen müßte, ihr zu dienen. Durch die Seele eines jeden deutschen Völkerbundbeamten geht unendlich stärker der Riß, der durch alle Beamten und den ganzen Völkerbund geht. Er ist ein kleines, oft gut bezahltes, recht anschauliches und unglückliches Opfer der Erbsünde, an der die Einrichtung krankt.

Wo ist er? Oft steht er im Frack lachend und wichtig unter den großen Kronleuchtern der Empfänge, die Herr Briand veranstaltet, und die vorbeieilenden Franzosen drücken dem Kameraden freundlich die Hand. Wo ist er? Oft sitzt er als Sekretär in einer internationalen Kommission, die harmlose Fragen behandelt, und er mag ernsthaft und befriedigt wähnen, er wirke mit am Bau der Welt. Wo ist er? Zuweilen fährt er über den Erdball als Begleiter

des Generalsekretärs, fördert mit ihm eine kleine allgemeine Angelegenheit, steht mit ihm in einer Front und beginnt in ihm einen Landsmann zu sehen im Reiche der neuen Weltbürgerschaft. Schon schwebt er in einer höheren Region, von deren Verheißungen aus gesehen die Grenzen sich zu verwischen scheinen. Dann aber, wenn er sich besinnt, wenn in ihm der dunkle Unterstrom der Geschichte, an dessen glatter Oberfläche die freundlichen Bilder schwimmen, nach oben drängt, weitet sich sein Blick. Er zuckt zusammen. Wo ist er? Er ist im Versailler Vertrag. Er steht mit beiden Füßen in dem ersten Kapitel des Vertrags, und während die ganze Welt sich vorwärtsdrängt, während die Landsleute drüben sich aus der Erstarrung lösen, ans Licht streben, nach Freiheit ringen, wenigstens die Hände in die freiere Luft strecken, die sie noch nicht atmen dürfen, irrt er hinter den Schranken des Vertrages hin und her. Wo ist er? Die Stacheldrähte von Versailles umgeben ihn und trennen ihn von den freundlichen Franzosen in dem lichterglänzenden Saal, von den internationalen Delegierten in der Kommission, von seinem höchsten Chef, dem er in treuer Mitarbeiterschaft zur Seite stand, von dem neuen Reich, in das die verwegenen Träume ihn führten. Er steht mitten in der glitzernen Spiegelgalerie, neben Herrn Müller und neben Herrn Bell.

XVIII
IM ZIMMER DER GRÄFIN VON TRANI

Inmitten der sechshundert Beamten, die Tag für Tag schreiben, diktieren, schwatzen, Gruppen bilden, Arche Noah und Liaison spielen, ihr Land, ihren Beruf oder einen Traum vor Augen haben, müssen wir den neuen Bund und seine Zukunft suchen. Ist sein Wirken auch über die Welt verstreut, aufgeteilt unter Rat und Versammlung, Konferenzen und Ausschüsse, etikettiert mit den großen und kleinen Namen der Diplomaten und Staatsmänner: in dieser Werkstatt, von der alle Arbeit ausgeht und in die alle Arbeit zurückkehrt, müssen seine Spuren zu entdecken sein. Wir durchschreiten die breiten Gänge und die großen und kleinen Büros, öffnen die bäuchigen Aktenschränke und neigen uns über die vornehmen und bescheidenen Schreibtische, um die neue Welt zu erforschen.

Die neuen Besitzer des Hotels National haben die hierarchische Einteilung, die Herr Hottop ihm gab, streng innegehalten. Genau so vornehm und still wie früher empfängt uns das erste Stockwerk mit dem schönen und glänzenden Parkett seines großen Vorraumes, auf dem die Amtsdienner mit diskreten Gesichtern dahinschweben. Hier, wo die oberste Leitung des Generalsekretariats untergebracht ist, in den großen Fürstenzimmern mit den breiten Fenstern, die auf den leuchtenden See hinausblicken, müssen wir unsere Nachforschungen beginnen.

In einem der engen, merkwürdig unbequemen und unordentlichen Vorzimmer, die zu den vornehmen Büros führen, empfängt uns mit ihrem feinen diplomatischen und gleichzeitig schüchternmädchenhaften Lächeln die Sekretärin und Base des Generalsekretärs. Eine schlanke, elegante Figur mit bleichen und jungen Zügen unter kokettweißem Haar. Trotz ihres bescheidenen Ranges ist sie in diesem Hause mächtiger als die höchsten Beamten; kameradschaftlich und etwas scheu nennt man sie den „Tiger“, und die Ministerien und Höfe, in die sie den Chef auf seinen Reisen begleitet, empfangen und behandeln sie wie einen Botschafter. Lautlos öffnet sie die Tür zu dem Salon der Gräfin von Trani, und lautlos ist sie verschwunden.

Der große Raum, dessen hohe Fenster durch dünne weiße Vorhänge gedämpft sind, schwimmt in mattem, milchigem Licht. Vor uns streckt sich ein langer Konferenztisch. Um ihn herum spreizen sich stumm ein Dutzend leerer Stühle. Ganz hinten, in der fernsten Ecke, an einem kleinen, schlichten, wohlgeordneten Schreibtisch, zwischen den Rohren einer langweiligen Dampfheizung und dem Schirm einer trostlosen Stehlampe, erhebt sich dämmerig, mit zunächst kaum faßbaren Zügen, der Herr des Hauses. Er weist uns den Platz in dem tiefen Ledersessel neben seinem Tisch, und während sich nun langsam und zögernd das Gespräch entspinnt, beobachten wir den wichtigen Mann: den einzigen hohen Würdenträger der Welt, dessen Sache es ist, von morgens bis abends, acht Stunden am Tag, an nichts anderes zu denken als an den Völkerbund.

Ein merkwürdiger, zuerst wenig auffallender, dann etwas unheimlicher Mensch! Groß, selbst wenn er klein, blond, selbst wenn er grau sein sollte, physisch sympathisch, aber mit einem störend unregelmäßigen Gesicht; geistig anziehend, aber ohne Wärme auszustrahlen, befremdend in der seltsamen Mischung aus äußerer Bescheidenheit, die fast Schüchternheit ist, und innerem

Selbstbewußtsein, das fast Hochmut ist. Dieser Engländer ist ein Schotte, und er ist zweifellos feinfühlig, nervöser, komplizierter und europäischer, als wir uns den Briten vorzustellen pflegen. Wir wissen: Er spielt Golf wie alle seine Landsleute, an jedem Samstagnachmittag, den er der Arbeit mit gutem Gewissen abringen kann, und angelt Forellen in seinen Ferien. Er ist auf nichts stolzer als auf sein Golfspiel, betreibt nichts gewissenhafter als sein Angeln. Er ist methodisch und haushälterisch mit seinen Ideen wie mit seinen Einkünften, obgleich es ihm weder an den einen noch an den anderen fehlt. Jetzt lenkt er das Gespräch, spricht langsam, senkt dabei den Blick auf den Tisch und kritzelt ab und zu, fast unmerkbar, als wolle er sie verheimlichen, kurze Notizen auf ein Blatt Papier. Nur selten lehnt er sich zurück, um uns aufmerksam anzusehen, beugt sich dann wieder vor, neigt den Kopf und bleibt eine Zeitlang regungslos. Er spricht vorsichtig und behutsam, aber nicht ganz ohne Temperament. Er umgrenzt genau sein Thema, aber fürchtet trotzdem nicht kleine Abschweifungen ins Grundsätzliche. Er reißt uns nicht hin, aber er langweilt nie, ja fesselt uns zuweilen. Überzeugt er? Vielleicht nur selten, aber er beschäftigt uns, stört uns auf, verwirrt uns, und niemand wird sein Zimmer mit derselben sicheren Meinung verlassen, mit der er es betrat.

Je länger wir ihn hören und beobachten, um so reizvoller und interessanter wird er uns. Er besitzt, das spüren wir schnell, eine rege und gut geölte Denkmaschine, die mit vollendeter Genauigkeit und schweigsamer Sicherheit arbeitet, wenn auch nicht immer reibungslos und nicht ohne heimliche Schmerzen für ihn selbst, denn dieser fromme und freiwillige Katholik ist noch mit der früheren protestantischen Gewissensnot belastet. Er kontrolliert und bremst seinen Denkapparat mit dem natürlichen Willen zur Selbstbeschränkung des alten Beamten. Seine geistige Arbeit, das fühlen wir, ist dort, wo sie ihr Bestes gibt, einsam wie die eines

Philosophen oder Dichters. Zwiegespräche hält er sicher am liebsten mit sich selbst, aber tritt er unter die Menschen, so ist er verbindlich und stets bereit, ihr Urteil zu hören und auch dann, wenn er es ablehnt, es irgendwie zu verwerten. Seine Randbemerkungen zu den Arbeiten seiner Mitarbeiter sind so überlegt und ziseiliert, daß man sie sogleich ohne Schaden veröffentlichen könnte. Seine Antworten auf anzügliche und unliebsame diplomatische Noten sind Meisterwerke der Vorsicht, der Geschmeidigkeit und zuweilen auch der Festigkeit. Man kennt wenig Leute, die sich rühmen können, ihn je überlistet zu haben, und gibt es solche Schlauköpfe, so ist ihnen ihre Schlauheit sicherlich schlecht bekommen. Er ist unheimlich schmiegsam und biegsam, fast weiblich und lateinisch. Aber er kann auch wieder so starrköpfig sein wie nur ein nördlicher Mensch. Er verschmäht nicht die diplomatische List, sobald er sie moralisch unterbaut weiß. Er stürzt sich niemals mit offener Brust auf den Gegner, selbst wenn er ihn schnell zur Strecke bringen könnte, denn er legt keinen Wert darauf, einen Erfolg zu zeigen, wenn er ihn nur davontragen kann. Lächelnd und höflich weicht er aus, so daß der Widersacher sich der Illusion hingibt, der diplomatische Mann sei mit ihm einverstanden, sich ereifert, Torheiten begeht und sich schließlich in die Netze verfängt, die immer irgendwo in diesem Hause herumhängen. Zappelt er dann in den Fäden oder hat er sich den Kopf an der Mauer eingerannt, so lächelt Sir Eric schüchtern und verlegen, vergräbt die Hände in die Hosentaschen, sieht geradezu unglücklich aus, ist es vielleicht sogar, entschuldigt sich beinahe, aber weiß, ohne es zu zeigen, daß er gesiegt hat. Fast immer lächelt er übrigens mit einem etwas schülerhaften und unbeholfenen Lächeln, das seine vorgeschobene Unterlippe seltsam unterstreicht, lächelt am Rats-tisch, lächelt, wenn er scheu durch sein Amtsgebäude geht, ohne links und rechts zu blicken. Aber gerade deshalb wirkt er so über-zeugend, so bedrohlich fast, wenn er einmal aufhört zu lächeln.

Fällt im Rat oder in einer Ausschußsitzung ein Wort, das ihm im Innersten zuwider ist oder eine Gefahr für die geordnete Arbeit, deren treuer Wächter er ist, ankündigt, einen Konflikt heraufbeschwört, den er unbedingt vermeiden möchte, dann wird sein Gesicht ernst, verschlossen, ärgerlich, manchmal nervös und zuckend, zuweilen außerordentlich böse. Jedesmal, wenn Sir Erics Gesicht böse wird, spürt ein jeder es bis in den hintersten Winkel des Verhandlungssaales hinein, daß in der großen Maschine etwas nicht klappt. Der tiefverstimmte Gesichtsausdruck des Generalsekretärs ist dann wie ein Warnungssignal, wirkt, wie wenn plötzlich auf einem Dampfer die Maschinen aussetzen. Und erst, wenn der Mann wieder glatte Züge bekommt, wenn die Hände, die heftig in den vor ihm liegenden Papieren herumspielten, wieder still auf dem Tische ruhen, weiß man: Die Fahrt geht weiter.

Wir betrachten den hohen Würdenträger, den einzigen in der Welt, dessen Beruf es ist, acht Stunden lang täglich an den Völkerbund zu denken. Wo steht dieser Mann — der bereits ein Stück Vergangenheitsgeschichte ist und ein Stück Zukunftsgeschichte werden soll — im Spiel und in der Meinung der Zeit? Alle Welt achtet ihn. Jeder zollt ihm hohe Anerkennung. Die Mitglieder des Völkerbundes, der Völkerbundversammlung, die Außenämter schätzen ihn mit Recht als einen der befähigsten, vielleicht den besten Diplomaten dieser Zeit. Sie bewundern an ihm die fleißige Hingabe an seine Arbeit und die überlegene Intelligenz, mit der er das Genfer diplomatische Arbeitsinstrument geschaffen hat und instandzuhalten wußte. Sie rühmen an ihm das hohe Verantwortungsgefühl, den feinen Takt und die unübertreffliche Geschicklichkeit, mit der er die schwierigsten Lagen zu entwirren, die gefährlichen Hindernisse zu umgehen weiß. Neidlos erkennen sie in ihm ihren Meister. Seine Untergebenen? Sie empfinden eine Art kühler und scheuer Ehrfurcht vor ihm. Lieben sie ihn? Sie wissen wahrscheinlich nicht, ob er sie liebt. Die große

Masse zögert, wenn sie sich, was nur selten geschieht, mit ihm beschäftigt. Kennt sie ihn? Sie weiß offenbar nicht, ob er sie kennt. Sie liest seinen Namen in der Zeitung oder sieht ihn auf den Photographien etwas linkisch lächelnd neben den Großen der Erde dahingehen. Aber sie versteht ihn nicht und unterschätzt im allgemeinen ganz erheblich seine tatsächlichen Leistungen, die hervorragend sind. Sie ist ungerecht. Aber hinter ihrem ungerechten Urteil steht ein richtiges Empfinden: Sie fühlt, daß dieser Mann keine Sensation ist und daß er doch eine Sensation sein müßte!

Wir betrachten ihn nochmals. Nein, eine Sensation ist er nicht! Er ist der vollkommene Generalsekretär: Generalsekretär des Völkerbundes, d. h. einer Körperschaft von Realpolitikern, Generalsekretär der Völkerbundversammlung, d. h. einer Körperschaft von Rednern, Generalsekretär von Organen, die von ihm technische Hilfe und diplomatische Vermittlung erwarten. Aber müßte er nicht mehr sein als Sekretär, immer nur Sekretär? Ist er nicht der einzige Würdenträger der Welt, der acht Stunden lang täglich, ja auch während einiger Stunden der Nacht, ausschließlich an den Völkerbund denken darf? Die einzige ständige und weithin sichtbare Führerpersönlichkeit des Bundes? Der Hüter und Förderer des alten, nur vorläufig verwirklichten Gedankens? Ist er nicht vor der Welt mit der gewaltigen Möglichkeit eines großartigen Apostolats ausgestattet? Es ist unwahrscheinlich, daß der kluge und empfindliche Mann, der seine Gegenwartspflichten so außerordentlich ernst nimmt, diesen Teil seiner Aufgabe, der die Zukunft angeht, nicht begriffen oder übersehen hat. Aber er hielt es offenbar mit seiner strengen satzungsmäßigen Auffassung von dem neuen Amt — die auch seiner Scheu entspricht, die eigene Person in den Vordergrund zu rücken — nicht für vereinbar, mehr als Organisator, Ratgeber und Vermittler, auch ein Beseeler zu sein. So blieb er, wo es nur ging, im Hintergrund stehen; so ging er, wo es nur möglich war, den Doktri-

nen aus dem Weg; so verzichtete er darauf, persönlich das tägliche Geschehen zu gestalten und aus dem täglichen Geschehen den künftigen Plan herauszuarbeiten; so kam er nicht auf den Gedanken, Jünger heranzuziehen für die spätere Vollendung des kaum begonnenen Werkes.

Hier, im Zimmer der Gräfin Trani, steht ein großer Konferenz-tisch. Unten im Erdgeschoß dehnen sich weite Hallen und Säle mit zahllosen Stühlen. Aber wann hat je der Generalsekretär die Gesamtheit der ihm unterstellten Beamten um sich versammelt, um irgendeine Feierlichkeit mit ihnen abzuhalten, sei es zu einem Neujahrsempfang, sei es zum zehnjährigen Bestehen des Bundes, sei es bei irgendeinem anderen Anlaß, um sie zu ermuntern, um ihnen das stärkende Gefühl einzuflößen, daß sie Diener einer großen Sache sind, um sie zu sich heraufzuheben und für ihre allgemeine Mission zu erziehen? Er sitzt in seinem abgeschlossenen Turm allein mit seinen Sekretären, beruft den beigeordneten Generalsekretär, zuweilen die Untergeneralsekretäre, diesen oder jenen Abteilungsdirektor. Er hält wöchentlich eine gemeinsame Direktorenbesprechung ab, die den laufenden Fragen gewidmet ist. Er empfängt die fremden ständigen Vertreter, die aus ihren Delegationsbüros in der Stadt stolz und wichtig wie akkreditierte Botschafter heranmarschieren, ihre Proteste und Begierden vortragen, darum schachern, daß ihre Untergebenen und Vertrauensmänner als internationale Beamte aufgenommen werden, und um einen kleinen Vorteil ihres Landes innerhalb dieses großen Weltbetriebes zanken. Mit all diesen Leuten diskutiert er überlegen, fleißig und geschickt. Nie aber tritt er unter sein Volk. Ja, die meisten seiner Mitarbeiter kennen ihn nicht, haben niemals mit ihm gesprochen. Ist es da zu verwundern, wenn selbst der gutgesinnte Beamte schwer das Gefühl einer besonderen Mission erwirbt und in ihm der Zusammenhang mit der eigenen nationalen Behörde viel stärker wirkt als mit dem internationalen Amt, dem er angehört

und dem allein er satzungsgemäß dienen soll? Was wird nicht alles an Einrichtungen und Methoden für die Zusammenarbeit unter den Völkern unter der Leitung dieses tüchtigen Generalsekretärs geschaffen werden! Aber keine Einrichtung, keine Methode wurde erfunden, die der Beamtenschaft neben ihrer technischen Tagesarbeit das große internationale Problem ständig vor Augen hält, ihr den höheren Sinn ihrer Tätigkeit klarmachen würde. Fast in jeder Woche einmal erscheinen Scharen von Studenten und Lehrern, Angehörige aller möglichen Verbände und Vereine im Völkerbundsekretariat, denen man treffliche Vorträge über die Gesamtaufgabe und die Gesamttätigkeit des Völkerbundes hält. Nur den Beamten dieses Bundes hält niemand solche Vorträge. Nur sie erhebt niemand über den kleinen Tag. Was aber kann es dem Völkerbund helfen, daß unter Sir Eric das Sekretariat zu einem technisch bewundernswerten Instrument ausgestaltet wurde, wenn nicht gleichzeitig jener Idealismus entstand, der unabhängig von dem beschränkten Programm der Satzung, unabhängig von der diplomatischen Einstellung der Regierungen dieses Ministerium unter allen anderen Ministerien der Welt auszeichnen und zu einem moralischen Mittelpunkt der Welt machen konnte? Zweifellos hat Sir Eric Drummond eine vortreffliche Entschuldigung, die ihn als Beamten völlig entlastet: Der Völkerbund, so heißt es immer wieder, ist nur eine intergouvernementale Einrichtung, nur eine Methode der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen auf bestimmten Gebieten, die nichts mit irgendwelcher allgemeinen Völkerbundidee und Völkerbundbegeisterung zu tun hat. Dem Sekretariat erwächst daher nur die Aufgabe, die tatsächliche Hilfsarbeit auszuführen, die Rat und Versammlung, Ausschüsse und Konferenzen für ihre Tagesordnungen brauchen, und im übrigen zu schweigen und nicht zu träumen. Würde der Generalsekretär sein Personal um sich versammeln, um ihm mit großer Geste das Ideal des Völkerbundes zu zeigen, würde er gar

die Delegierten vorwärtstreiben, um ihnen gegenüber, die immer nur einzelne Nationen vertreten, stolz und unerschütterlich die Gesamtheit zu vertreten, so könnte diese oder jene Regierung ihm empört zurufen: „Halt da! Was fällt dir ein. Bist du Generalsekretär des künftigen Völkerbundes? Bist du von uns ernannt worden, um einen Gedanken, den wir mit vollem Bewußtsein nicht verwirklichen wollten, aus eigenem zu fördern? Gemach! Du hast nichts anderes zu tun, als dieser Völkerbund benannten Einrichtung, so klein und unvollkommen sie auch sein mag, und die wir so klein und so unvollkommen wollten, zu dienen! Du bist der letzte, der auf den Namen hineinfallen darf, den wir unserem Werke gaben!“ So könnten die Auftraggeber des Generalsekretärs sprechen, und sie hätten recht. Gut! Aber wäre es nicht herrlich gewesen, wenn Sir Eric Drummond es einmal auf einen solchen historischen Zwischenruf hätte ankommen lassen, wenn er es gewagt hätte, unrecht zu haben? Dann hätte die Welt aufgehorcht und der Bund selbst vielleicht seinen ersten gewaltigen Sprung vorwärtsgemacht.

Wo sind wir? Im Völkerbund? Nein, im Sekretariat; im Vorzimmer des Rates, der Versammlung, der Konferenzen und der Ausschüsse; im Archiv der Geheimwissenschaft der Pariser Gründung; im Chiffrierbüro einer unveränderten, wenn auch verfeinerten diplomatischen Sprache; inmitten der Hebeleinrichtungen und Druckknöpfe eines gewaltigen Verwaltungsmechanismus. Wir sind in der Instrumentenkabine eines großen Schiffskapitäns, der die vorgeschriebene Strecke befährt, in den angegebenen Häfen landet, dafür sorgt, daß die Leute und die Waren, die richtig angemeldet wurden, richtig befördert und ausgeladen werden. Er regiert das Schiff mit allem, was seine eisernen Flanken bergen. Und wenn es auf dem weiten Ozean, nur von Wasser und Himmel umgeben, seine Straße zieht, so mag es als die Welt und der Kapitän als ihr Herr gelten. Aber wir wissen es: die wirk-

liche Welt liegt drüben hinter den Nebeln der Horizonte. Aber wir wissen es: Nicht er bestimmt den Kurs, sondern die Richtung wird gegeben von den großen Transportgesellschaften. Sicher gibt es Schiffskapitäne, die trotz aller Abhängigkeit von den großen Herren, die sie ausrüsteten, ihre eigene Straße auf den Meeren suchen. Aber der Generalsekretär des Völkerbundes wurde nicht ernannt, und sein Lebensweg hat ihn nicht darauf vorbereitet, um kühn über die Wogen zu wandern. Er soll nicht den Seeweg nach Indien, nicht den Nordpol entdecken. Nicht der Drang des hochgemuten Abenteurers, der das schmale Erbteil des Menschengeschlechtes bereichert und neue Visionen vor die Blicke der Heimgebliebenen hinstellt, kann die Seele dieses klugen Diplomaten und Beamten erfüllen. Er ist nicht ein Pionier, sondern nur ein außerordentlich erfahrener, gewissenhafter Offizier, der mit Anstand und Geschick das Kommando über den internationalen Riesendampfer führt und es mit Geschick und Anstand eines Tages abgeben wird, um mit einem wohlverdienten Posten in der heimischen Flotte belohnt zu werden. Es sei denn — und warum nicht? Ohne ein Wunder kann der Völkerbund nicht werden! —, daß unser Kapitän kurz vor dem oft angekündigten Tage seines Übertritts aus der internationalen in die nationale Schifffahrt sich über sein bisheriges Amt erhebt, bewußt, geläutert und erleuchtet auf dem Posten bleibt, das Steuer herumwirft und mit der erworbenen Erfahrung und Autorität die neue und kühnere Fahrt beginnt...

Wir betrachten den Mann, den einzigen hohen Würdenträger der Welt, der den ganzen Tag und die ganze Nacht an den Völkerbund denken darf. Ist er sich des Glückes seiner Berufung, ist er sich der Tragik seines Schicksals bewußt? Weiß er, daß er die große geschichtliche Figur unserer Zeit sein muß, und daß es nicht nur von den Umständen, daß es auch von ihm selbst abhängt, wie sein Bild und das Bild des neuen Werkes in den Schulbüchern un-

serer Enkel gezeichnet wird? — Er steht plötzlich auf, etwas verlegen und etwas unbeholfen, zwingt auch uns damit, uns zu erheben, und kommt langsam um den schlichten, wohlgeordneten Schreibtisch herum, geht vorwärts, an uns vorbei, wandert, ohne es sich merken zu lassen, der Tür zu, macht aber an zwei wichtigen Stationen halt, an denen er nun die eigentlichen Fragen, auf die es ihm ankommt und die er bisher kaum gestreift hat, erledigen wird: an dem großen Konferenztisch, wo er mit einem Male lebendig wird, — dann ein paar Schritte weiter an dem Kamin, an den er sich fast heiter, halb träumerisch lehnt, um hier die Unterhaltung genau so zu beschließen, wie er es von Anfang an im Sinne hatte. Langsam hat er uns jetzt an den Ausgang manövriert und verabschiedet sich nun fast verlegen und beinahe herzlich von uns. Die Audienz ist beendet. Wir grüßen die blasse, schlanke, kluge Gehilfin des Mannes und stehen wieder draußen auf dem stillen, glänzenden Parkett. Er aber? Sicher kehrt er jetzt langsam an seinen Schreibtisch zurück. Dort steht er, die Hände in den Hosentaschen, sinnt wenige Minuten lang vor sich hin, setzt sich dann nieder, und eine klare, kluge und elegante Zusammenfassung des Gesprächs, reif für ein Weißbuch oder für die Fußnoten der Geschichte, entsteht unter den plötzlich leidenschaftlichen Händen.

Finden wir den Völkerbund nebenan in dem klaren und eleganten Arbeitsraum, zwischen der geschmackvollen altertümlichen Schreibtischlampe und den gepflegten und vornehm gerahmten Stichen des französischen beigeordneten Generalsekretärs? Er ist der französische Beigeordnete, nicht mehr und nicht weniger. Nirgends im Völkerbundpakt, der ein ständiges Sekretariat errichtet und in seinem Anhang den ersten Generalsekretär mit Namen bezeichnet, wurde das Amt eines beigeordneten Generalsekretärs oder gar ein Franzose als sein Inhaber erwähnt. Aber England und Frankreich teilten sich die Welt. An die

Spitze des internationalen Arbeitsamtes stellten sie einen Franzosen und an seine Seite einen Engländer, an die Spitze des Völkerbundsekretariats einen Engländer und bald auch neben ihn einen Franzosen. Wozu ist der Franzose dem Engländer „beigeordnet“ worden? Wenn der englische Generalsekretär vorsichtig und geschickt das diplomatische Instrument, das den Namen Völkerbund führt, verwaltet und handhabt, soll dann der beigeordnete Franzose den großen Menschheitsgedanken, der ebenfalls Völkerbund heißt, pflegen und in Bewegung setzen? Oh, einen solchen Beigeordneten hätten wir alle verstanden, und wenig würde es uns kümmern, ob er ein Franzose ist! Neben dem ersten Kapitän, den tausend Bindungen ketten, den keine Phantasie beseelen darf, der seinem Fahrplangehorchen muß, wäre uns ein Vizekapitän — nicht wegen seiner anderen Nationalität, sondern wegen seiner anderen Art — hochwillkommen, ein Vizekapitän, der durch sein eigenes Fernrohr schaut, den anderen ab und zu am Ärmel zupft, mit dem Finger in die Ferne weist und flüstert: „Kamerad, laß uns ein wenig von dem üblichen Wege abweichen, um dort das unbekannte Eiland zu schauen, hier den schnelleren Weg zu erproben. Laß uns neue Fahrpläne ausdenken, die sicher ans Ziel führen.“ Welch ein erwünschter Vizekapitän wäre das gewesen! Aber diesen Auftrag hat der Beigeordnete nicht erhalten. Nicht ein Mensch ist dem Beamten, nicht ein Seher dem Diplomaten, ein Franzose ist einem Engländer beigeordnet worden. Sein Fernrohr ist ein französisches Glas, das neben dem englischen dieselbe Erdscheibe absucht. Und wenn er den Kameraden am Ärmel nimmt, so will er ihm nicht neue Horizonte weisen, sondern ihn nur darauf aufmerksam machen, daß nicht nur englische, sondern auch französische Häfen angelaufen werden müssen. Allerdings darf er nicht offen erklären, daß er nur als Franzose da ist, darf er nicht durch Betonung seiner ausschließlich französischen Rolle die englische Rolle des anderen noch stär-

ker enthüllen. Deshalb wird ihm — nicht in der Welt der Gedanken, sondern in der Welt der verwaltungsmäßigen Arbeitsgegenstände — ein besonderes Gebiet zugewiesen. Das Sekretariat ist in Abteilungen aufgelöst. Der Generalsekretär, der das ganze Haus beherrscht, behält sich außerdem die oberste Leitung verschiedener besonderer Abteilungen vor, der sogenannten Verwaltungs- und Minderheitenabteilung, der Mandatsabteilung, der Abteilung für soziale Fragen, der Abrüstungsabteilung, der Rechtsabteilung und der Informationsabteilung, und beauftragt den beigeordneten Generalsekretär mit der oberen Leitung der sogenannten technischen Organisationen, der Wirtschafts- und Finanzabteilung und der Abteilungen für Verkehrs- und Gesundheitswesen: eine überflüssige und willkürliche Einteilung, die keinen anderen Zweck verfolgt, als das englisch-französische Gesicht der obersten Leitung nach außen hin mit sachlichen Vorwänden zu erklären. Immerhin nimmt der gegenwärtige Beigeordnete Herr Arenol seinen Auftrag ernst und macht seine Sache so gut er kann. Mit der Würde eines großen Botschafters und der klugen, phlegmatischen Eindringlichkeit des erfahrenen Beamten und Fachmannes wahrt er Frankreichs Machtstellung neben dem englischen Chef, erfüllt er seine sachverständigen Sonderaufgaben. Ja, er glaubt sogar an die internationale Mission des Verwaltungsgebäudes, wenn auch für ihn wie für jeden Franzosen international sein heißt: Frankreich eine gute internationale Position sichern. Persönlich sehr sympathisch, persönlich sehr ehrenwert, ist er aber auch persönlich ebenso weit von jedem Prophetentum entfernt wie der englische Kollege. Ohne Schwierigkeiten wird er eines Tages sein hohes internationales Amt mit einer bedeutenden Bankdirektorenstelle in Paris vertauschen, und es wird nur zu seinen Gunsten sprechen, wenn er, der in Genf ein Franzose war, plötzlich in Paris mit einem leichten internationalen Heiligenschein dastehen sollte.

Unterhalb der Kommandobrücke, auf der Franzose und Engländer ihre Karte studieren, stehen drei mißmutige Unterkapitäne. Wenn England und Frankreich sich in die Kontrolle der Welt teilen, müssen die Angehörigen der anderen Großmächte wenigstens einen tröstenden Titel bekommen. Ein italienischer, ein japanischer und seit Deutschlands Eintritt in den Bund ein deutscher Untergeneralsekretär erinnern daran, daß der Völkerbund nicht auf dem Grundsatz der Gleichheit der Mitgliedstaaten aufgebaut wurde, sondern den sogenannten Großmächten ständige Sitze im Völkerbundrat vorbehalten worden sind. Während eines Tages die mittleren und kleineren Länder gegen den Grundsatz der großmächtlichen Untergeneralsekretäre anstürmen und eine demokratische Nivellierung des Sekretariats herbeiführen wollen, beschwerten die drei Großmächte sich gleichzeitig darüber, daß ihre „Vertreter“ nur äußerlich an der obersten Leitung teilnehmen, in Wahrheit nicht Generalsekretäre, sondern nur einfache Abteilungsdirektoren sind und niemals in die Befugnisse des englischen Generalsekretärs und seines französischen Beigeordneten eingreifen können. Außerdem zanken einige dieser Untergeneralsekretäre sich grimmig untereinander, um festzustellen, wer nun eigentlich von ihnen auf dem niedrigeren Platz noch etwas niedriger sitzt als der andere. Für den höchsten Untergeneralsekretär hält sich der Italiener, der Marquese Paulucci di Calboli Barone, ein kleiner, hochintelligenter Mann, der es mit Geschick und Hartnäckigkeit verstand, auch in Genf seinem alten Beruf als Kabinettschef Mussolinis möglichst treu zu bleiben. Etwas niedriger steht der Deutsche, Herr Albert Dufour-Feronce, ein wackerer, in London aufgewachsener Leipziger Kaufmann, den der Ausgang des Krieges in die Diplomatie hineinbrachte und der nun unaufhörlich mit liebenswürdigem Lächeln auf dem französischen Hugenottengesicht seine deutsche Verärgerung in vollendetes Englisch übersetzen muß. Niedriger

steht auch der japanische Untergeneralsekretär, Herr Sugimura, ein riesenhafter und schwerer Mensch, der sich aus seiner früheren Tätigkeit als nationaler Delegierter in allen möglichen Völkerbundkonferenzen den hohen pathetischen Schwung der französischen Sprache bewahrt hat, den im Sekretariat kein Franzose mehr besitzt, und den rhetorischen Idealismus, an den kein Europäer sich mehr heranwagt, und vielleicht deshalb lange als die aufgehende Sonne der Genfer Welthbürokratie galt. Oh, es ist nur eine Nuance, um die der Marquese Paulucci di Calboli Barone sich über die beiden Kollegen erhebt. Aber wir können die Nuance nicht vergessen, denn diese Herren vergessen sie nie. Der Deutsche ist Untergeneralsekretär und „Direktor“ der Abteilung für die sogenannte „geistige Zusammenarbeit“ und die „internationalen Büros“, der Japaner ist Untergeneralsekretär und „Direktor“ der „politischen Abteilung“. Der Italiener dagegen ist ausschließlich Untergeneralsekretär und nicht gleichzeitig Direktor, und das ist nicht etwa weniger, wie man glauben könnte, sondern mehr! Er ist ein Untergeneralsekretär, der „beauftragt“ ist mit der „inneren Verwaltung“, die verschiedene Chefs und Unterchefs zählt, „beauftragt“, wie der große französische Beigeordnete mit der Kontrolle der technischen Organe „beauftragt“ ist. Das ist sicher nicht viel, für den Italiener zweifellos noch zu wenig, aber doch etwas mehr, als der Deutsche und der Japaner aufzuweisen haben! ..

All die törichten Rangstreitigkeiten im Hause des Friedens, die aus dem letzten Kriege stammen und die offenbar erst der nächste Krieg beseitigen wird, die inzwischen aber zu bösen Palastrevolutionen geführt haben, lassen uns zunächst wenig Hoffnung, daß wir in den Arbeitszimmern der italienischen, deutschen und japanischen Untergeneralsekretäre den Völkerbund schneller und reiner finden werden als in den Kabinetten der französisch-englischen Oberleitung. Aber immerhin beruhigt es uns, daß die

etwas kleineren Würdenträger nur einen Titel und daneben ein ganz bestimmtes Arbeitsgebiet haben, das nicht an ihrer Nationalität hängt. „Innerer Dienst“, „geistige Zusammenarbeit“, „Politik“! Das ist eine gute Steigerung und eine Wirklichkeit. Und sobald nicht mehr vorwiegend national repräsentiert, sondern international gearbeitet wird, müssen wir den Völkerbund finden. Die Reise, das papierne Programm, die ersten Hoteleindrücke liegen hinter uns. Die Arbeit beginnt. Ans Werk!

Allerdings, in dem reichen und prunkvollen Kabinett des italienischen Untergeneralsekretärs mit dem viel zu schönen eingelegten Ziertisch werden wir nur auf das Geräusch der Arbeit, nicht auf ihren Sinn stoßen. Zwar ist das Reich, das er beherrscht, gewaltig ausgedehnt, umfaßt alle Stockwerke des Hauses, die Mansarden und auch die hinzugemieteten Privathäuser drüben auf der anderen Seite der Rue des Pâquis, die durch eine hölzerne „Seufzerbrücke“ mit dem Hauptgebäude verbunden sind und als deren Besitzer man einen der tüchtigsten Übersetzer des Sekretariats rühmt. Aber das Reich des „beauftragten“ Untergeneralsekretärs ist durchaus von dieser Welt und umfaßt, wenn auch einige gutbezahlte Oberbürokraten unter dem Oberbefehl des Untergeneralsekretärs stehen, vor allem die kleine und arbeitende Masse der Rechnungsräte und Kanzlisten, der Buchhalter und Kontrolleure, der Materialverwalter und Wächter, der Stenographen, Übersetzer, Korrektoren, Zeichner, Schreiber, Expeditoren, Schreibmaschinenmädchen, Telephonisten, Postbeamten, Krankenschwestern, Heilgehilfen, Amtsdienner, Türsteher, Chauffeure, Boten, Aufwartefrauen und Bodenwischer. Es ist das Reich der bescheidenen, wenn auch unentbehrlichen Hilfsdienste, von den vielsprachig, geistig regen und geschulten Übersetzern der Friedenskonferenzen an bis zu dem an Ort und Stelle aus dem alten Hoteldienst des Herrn Hottop übernommenen subalternen Personal. Es ist das Reich der dreitausend Stühle, die unten in den

Ausschußsälen, in den beiden Ratshallen, in dem Versammlungsgebäude der Versammlung stehen, hin und her gerückt werden in vielfachen Kombinationen, die einen für die ganz gewöhnlichen Delegierten, ohne Armlehnen, mit einem schlichten Lederpolster, die anderen für die Präsidenten weicher und würdiger, in bequemerer Sesselform. Es ist das Reich der einfachen und einförmigen braunen rechteckigen Tische, die zu ungeheuren Tischschlangen zusammengestellt werden, der zahllosen Löschblätter und Tintenfässer, der weiß und säuberlich nebeneinandergelegten Papierblätter, der roten, gutgespitzten, parallel am Rande des Papiers geduldig und artig ruhenden Bleistifte, der Aschenbecher und der Wasserflaschen mit den blinkenden Gläsern. Auch der geräuschvolle „Pool“ gehört in dieses Reich, das Riesenzimmer der nebeneinander gepferchten Schreibmaschinen, in dem die Texte, die unten aus den Stuhl- und Tischreihen in die Luft hineinwachsen, niedergeschrieben werden, und auch die rasselnden Vervielfältigungsmaschinen, aus denen die Entwürfe und die Stenogramme blitzschnell in hunderten Exemplaren herausrollen, die kleinen Wägelchen, in denen sie durch die Korridore, in die Sitzungssäle und zur Expedition gefahren werden, all diese primitiven und vollkommenen Arbeitsinstrumente, mit den Männern und Frauen, die sie bedienen, unterstehen dem italienischen Beauftragten. Mehr als die Hälfte der internationalen Diener am neuen Werke gehören diesem gewaltigen, lärmenden und beweglichen Dienstzweige an. Sie schaffen die sausende Bewegung und das äußere Bild der Völkerbundarbeit, die der Fremde bewundert. Aber sind sie der Völkerbund? Man kann sich einen Tag vorstellen, an dem Hottops Hotel von neuem seine Bestimmung wechselt und plötzlich — warum nicht? — ganz offen der Sitz einer Einrichtung zur Bekämpfung des Völkerbundgedankens wird. Alle diese Stühle und Tische und Löschblätter und Bleistifte, alle diese Spucknapfe und Schreibmaschinen und alle die braven Leute, die

an diesen Gegenständen kleben, wird man behalten dürfen. Weder die Aschbecher noch die Kassierer werden die Veränderung bemerken. Und wenn in den Sitzungssälen der Ruf ertönt: „Es lebe der Krieg!“ werden die Übersetzer sich genau so gehorsam wie bisher erheben und mit sachlicher und eifriger Stimme wiederholen: „Vive la guerre!“ Gehen wir durch die zahlreichen Säle und Stuben und Mansarden und Nebengebäude, die von dem prunkvoll eingelegten Ziertisch des „beauftragten“ Untergeneralsekretärs aus geleitet werden, blicken wir in sein Sonderkabinett hinein, in das Arbeitszimmer seines Schatzmeisters, der das Völkerbundbudget von fünfunddreißig Millionen Schweizer Franken verwaltet, in die groß angelegte, vorzüglich und mustergültig geleitete Verlagsabteilung, in die Abteilung zur Kontrolle des Materials, in die Stenographenzimmer, den Redaktionsdienst, die Archive, den „analytischen Index“, die Bibliothek, so werden wir die ungeheure organisatorische Leistung anerkennen. Dankbar werden wir davon Kenntnis nehmen, daß der Friede, vor allem, wenn ihm noch so viele erfahrene Zivilbeamte aus der letzten Katastrophe zur Verfügung stehen, ebensowenig tüchtige bürokratische Hilfsarbeit zu entbehren braucht wie der Krieg. Aber diese Arbeit ist nicht der Völkerbund. Stühle, Bleistifte und Dokumente sind nicht der Völkerbund, und wir werden weiter suchen müssen in dem geräumigen Hause, um die Menschen zu finden, die auf den Stühlen sitzen, die Hände, die den Bleistift ergreifen, und die Köpfe und Herzen, aus denen auf das unablässig beschriebene, bedruckte und verteilte Papier der belebende, göttliche Funke sprüht. Aber Gott sei Dank: „Geistige Zusammenarbeit“ heißt das Gebiet des deutschen Untergeneralsekretärs, „Politik“ das des Japaners. Das sind Worte, die einen Inhalt haben. Ans Werk! Ans Werk!

XIX
DAS LACHEN

Wir gehen ein paar Schritte weiter, nur an ein paar Türen in dem prunkvollen ersten Stockwerk vorbei. Und doch welch gewaltiger Sprung! Von der Abteilung, in der die mit dünnem Leder belegten Stühle regiert werden, die das Sitzfleisch der Nationen aufnehmen, gelangen wir in die Abteilung, die den Zusammenklang der Gehirne pflegen will. Oh, wie beneidenswert erscheint uns hinter seinem rührenden Stehpult der „Untergeneralsekretär und Direktor der Abteilung für internationale geistige Zusammenarbeit und internationale Büros“! Mag der sympathische Herr Dufour selbst sich immer wieder darüber ärgern, daß er ein klein wenig unter dem mit dem inneren Dienst beauftragten Untergeneralsekretär zu sitzen scheint: wie hoch steht sein Werk über dem des Nachbarn! „Internationale geistige Zusammenarbeit!“ Während wir auf den Teppichen des stillen Korridors hinweggleiten, halten wir den Atem an. Sind wir nicht unserem Ziele nahe? Ist nicht die internationale geistige Zusammenarbeit der Völkerbund selbst? Fern von dem dumpfen Zusammenprall der Waffen einer überwundenen barbarischen Zeit, fern auch von den spitzfindigen Kombinationen veralteter diplomatischer Künste, die einer niedrigeren Form des Intellekts angehören, dürfen wir die moralischen Kräfte der geeinigten Menschheit, sollen wir die geistigen Führer der Völker zusammenwirken sehen. Der Augenblick ist voller Weihe.

Wir sehen uns in dem Büro der Abteilung um und erinnern uns daran, daß wir Neuland beschreiten, das die Gründer des Bundes zunächst nicht betreten wollten. Alt und feierlich zwar ist der Gedanke der Republik der Gelehrten und Künstler, die von jeher die Grenzen der Vaterländer überwunden und einander in einem höheren Kreise über der von Kriegen durchwühlten Erde die Hand gereicht haben. Jedoch trotz einer klugen belgischen Anregung verbannten ihn die Gründer des Völkerbundes während ihrer Pariser Beratungen aus dem Pakt. Eine heuchlerische Verwaltungsmethode für annektierte Kolonien und den Kampf gegen das Opium hatten sie als Gesamtaufgabe der organisierten Menschheit in ihr Gesetz aufgenommen, aber kein geistiges, kein kulturelles Ziel stand auf den Wegweisern, die ihre Bahn zum Frieden säumten. Der von den besiegten Barbaren in Versailles überreichte Entwurf sah zwar eine Kultursendung des Völkerbundes vor. In seiner Eigenschaft „als internationale Arbeitsgemeinschaft“ wollten sie ihm die Aufgabe zuweisen, nicht nur dem materiellen, sondern auch dem „geistigen Fortschritt der Menschheit“ zu dienen. Der gute Gedanke wurde — mit allem, was die Deutschen als Beitrag zu dem neuen Werk mit bittenden Händen den Herren der Welt darreichten — von Clemenceaus graubehandschuhter Faust zurückgeschlagen.

War der Gedanke so zwingend, daß er bereits auf der ersten Tagung der im Versailler Vertrag errichteten Völkerbundversammlung wiederkehren mußte? Der alte belgische Pazifist und Senator Lafontaine stellt den Antrag auf Aufnahme der internationalen geistigen Zusammenarbeit in das Programm der Genfer Beschäftigungen. Die zweite Versammlung im Jahre 1921 erhebt ihn zum Beschluß auf Grund eines Berichtes des greisen Léon Bourgeois, der in Genf als Nachfolger Wilsons auf Erden herumschleicht. Nun wird ein internationaler Ausschuß „für geistige Zusammenarbeit“ gebildet, aus dessen noch leerem Leibe

bald zahlreiche Unterausschüsse herauswachsen. Man errichtet in den einzelnen Ländern sogenannte „nationale Ausschüsse für geistige Zusammenarbeit“, schafft im Sekretariat eine besondere Abteilung für internationale geistige Zusammenarbeit und nimmt schließlich nach vielen durchaus berechtigten Bedenken und wenig erfolgreichen Vorsichtsmaßnahmen das mehr selbstsüchtige als großherzige französische Angebot an, dem neuen Apparat ein in Paris selbhaftes Institut für geistige Zusammenarbeit als praktisches Arbeitsinstrument zur Seite zu stellen. Es wird die französische Kathedrale des neuen internationalen Kults.

Aber jedenfalls wird in den Völkerbund die geistige Zusammenarbeit der Nationen hineingeschoben: eine weitverzweigte Organisation, an deren Spitze als erster Präsident des Ausschusses der französische Philosoph Henri Bergson steht, eine feine, bewegliche Figur, mit hoher zittriger Stimme, eleganten Sätzen und zierlichen Bewegungen, halb ein Marquis des achtzehnten Jahrhunderts, halb ein Sociétaire de la Comédie française. Neben ihm sitzen ehrfurchtgebietend andere geistige Größen der Zeit: Albert Einstein mit dem weißen, buschigen Haar, dem dunklen Schnurrbart und dem aufmerksamen Kinderblick, der sanfte Gelehrte, der auf eigene Faust dem Unternehmen beitrifft, geräuschvoll austritt, leise wieder zurückkehrt, Frau Curie, die Gehilfin und Witwe des Radiumentdeckers, mit grauer, etwas unordentlicher Frisur, mit gütigem und klugem Blick, Französin und Polin zugleich, der Mathematiker Painlevé, den wir zuweilen gleichzeitig als Präsidenten des Verwaltungsrates des neuen Pariser Instituts und als französischen Kriegsminister bewundern können, feist, etwas spießerbisch und etwas träumerisch, der lange, hagere, englische Altphilologe Professor Muray, der Bergson in der Leitung des Ausschusses folgt. In den Unterausschüssen treffen wir die großen Namen des französischen Literaturhistorikers Thibaudet, des englischen Schriftstellers Galsworthy, des franzö-

sischen Akademiemitgliedes Paul Valéry, des deutschen Musikers Weingartner, des deutschen Romanschriftstellers Thomas Mann und daneben ungezählte Universitätsprofessoren, Museumsdirektoren und Bibliothekare aller Länder. Sinnend sitzen sie um lange Tische herum, beraten ernsthaft miteinander und lassen sich auf den Terrassen der historischen Gebäude, in denen sie tagen, in Genf und überall in der Welt, wohlgefällig photographieren. Nicht ohne Bewegung blicken wir auf die Bilder, die uns auf der Wanderung durch den ersten Stock des Hottopschen Palastes mit stolzem Behagen gezeigt werden. Welch großartige Vision ersteht aus all diesen Photographien! Der wahre, der künftige Rat der Nationen! Ein schöpferischer Gedanke, der tief in das Wesen der Völkerbundgeschichte hinabsteigt! Über das banale Beisammensein der alliierten Minister hinweg, die diesen Völkerbund aus den bestickten Ärmeln ihrer Diplomatenfracks herausgeschüttelt hatten, kehren wir zu dem Ursprung der Idee zurück, und es schließt sich der Reigen der Denker, deren ureigenste Sache der Völkerbund war. Tief grüßen wir die geistigen Führer der Zeit, und unsere Herzen schlagen ihnen sehnsüchtig entgegen. Sie werden — warum sonst wären sie hier? — das durch die rohe Wirklichkeit der Diplomaten unterbrochene Werk der Dichter in eine höhere Wirklichkeit emporführen. Greifen ihre Hände nicht schon den Lorbeer des Erfolges? Denn wahrlich, sie stehen nicht mehr wie die alten Verkünder in einer hoffnungslos chaotischen Welt. Sie brauchen nicht mehr wie der Abbé de Saint-Pierre seufzend die schrittweise Verwirklichung eines Traumes auf zwei Jahrhunderte zu bemessen. Die zwei Jahrhunderte sind um! Die Denker unserer Zeit stehen mitten in dem praktischen Organisationsversuch, träumen nicht mehr von dem Hause der Nationen, nein, haben ihre Büros in diesem Hause, an dessen Ausgestaltung sie mit Hand anlegen dürfen. Für jeden toten Philosophen, jeden toten

Gelehrten und jeden toten Dichter der vergangenen Jahrhunderte sitzt hier ein lebender mitten im lebendigen Werk! Ist das nicht Trost und Hoffnung? Der alte Völkerbundplan der Denker war zwar auch im Jahre 1919 bis an die Staatsmänner vorgedrungen, aber unter ihren Händen, die nur eine lose Zusammenarbeit der Kabinette und der Bürokraten zu erfassen und zu organisieren versuchten, erbärmlich zusammengeschrumpft. Erkannten sie, zwei Jahre nach dem unvollendeten Gründungswerk, daß ihnen in der selbstsüchtigen Flickarbeit der Friedensvertragszeit das Ideal entglitten war? Erfaßte sie Reue und guter Wille? Jetzt winkten sie die Gelehrten, Dichter, Künstler, Philosophen, Pädagogen heran. Sie alle, in denen die Idee lebt und ein Herz schlägt, sie alle rief man. Sie sollten helfen und dem Skelett der Pariser Konferenz eine Seele einhauchen. Und so wurde der berühmte „Geheime Artikel zum Ewigen Frieden“, der „Zweite Zusatz“ in Kants großem Völkerbundentwurf, in Kraft gesetzt: „Die Maximen der Philosophen über die Bedingungen der Möglichkeit des öffentlichen Friedens sollen“, so sagte der Königsberger, „von den zum Kriege gerüsteten Staaten zu Rate gezogen werden.“ Ist in diesem Satz nicht der Gedanke und das Programm eines „Ausschusses für internationale geistige Zusammenarbeit“ gegeben? „Daß Könige Philosophen oder Philosophen Könige würden“, so erläutert Kant seinen Geheimartikel, „ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen: weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt. Daß aber Könige oder Königliche Völker die Klagen der Philosophen nicht verschwinden oder verstummen, sondern öffentlich sprechen lassen, ist beiden zur Beleuchtung ihres Geschäfts unentbehrlich...“

Wird man sie sprechen lassen, wenn sie sich über den Völkerbundpakt neigen? Wird man auf sie hören? Auf ihre Gelehrsamkeit, die vernünftigere Regeln für das Zusammenleben der

Nationen entdecken will? Auf ihre Phantasie, die neue Wege der Überbrückung der Gegensätze und der Überwindung der Vorurteile weisen kann? Auf ihre Geistigkeit, die den Austausch von geschriebenen oder gesprochenen Noten durch den Austausch der Gedanken ersetzen möchte? François de la Harpe schloß seine berühmte, 1767 von der französischen Akademie preisgekrönte Friedensschrift mit dem Aufruf: „Ihr, die ihr mit dem Recht und dem Talent geboren seid, zu den Menschen zu sprechen, ihr großen Schriftsteller, ihr beredten Philosophen, eure Sache ist es, die Völker ihren Herren zu empfehlen im Interesse der einen und der anderen.“ — „Die Schriftsteller sind die Gesetzgeber des menschlichen Geschlechts!“ so schrieb Kronprinz Friedrich von Preußen an Voltaire. „Ihre Schriften gehen durch alle Teile des Erdenrunds, und wenn jedermann sie kennt, verbreiten sie Ideen, die bestimmend auf andere Ideen wirken.“

Die Stunde ist gekommen. Aus allen Teilen der Welt eilen sie nach Genf: Männer, Frauen, Philosophen, Dichter, Musiker, Professoren, kluge Köpfe, helle Augen, warme Herzen und feine Hände. Unübersehbar ist ihre Schar, und das Wissen und Träumen unserer Tage und die Gesetze des Himmels und der Erde, und die Maschinen und Rhythmen, die Retorten und Kathedralen ziehen mit ihnen daher. In gewaltigem Anmarsch erobern sie die Halle. Dringen sie ein in die Völkerbundversammlung? Sehen wir sie auf gutem Platz innerhalb der einzelnen Abordnungen, die sie ergänzen und vertiefen durch ihren Witz und ihren Geist? Sitzen sie gleichberechtigt am Tisch des Rates? Ruft man sie in die Ausschüsse, die über Abrüstung und Sicherheit zu beraten haben und denen sie treffliche Maximen liefern könnten? Würdevoll marschiert, dem Rufe Genfs gehorchend, reich an Gedanken und an Eingebungen, aus allen Orten der Welt das Heer der Gelehrten und Künstler heran, bereit ans Werk zu schreiten, die Stimme zu erheben, begierig gehört zu werden und die Pfor-

ten zu durchbrechen. Keine Zeit war reicher an Problemen, an Nöten, an Rätseln als die unsere. Hier steht die geistige Elite und will dem Völkerbund helfen. Der Ruhm des Gedankens, den er in roher Form verbirgt, war groß genug, um all die hilfsbereiten Scharen aus ihren Laboratorien, ihren Studierzimmern, ihren Hörsälen, ihren Bibliotheken heraus zu locken. Hunderte von Heiligen Königen streben der Krippe zu, in der die neue Menschheit geboren werden soll.

Sie stehen vor den Türen.

Aus den Fenstern heraus, jedesmal, wenn ein Amtsdieners die Türen der Völkerbundversammlung öffnet, klingt der laute Stimmschwall der Staatsvertreter. Der erste Delegierte Kolumbiens und Gesandter in Paris steht auf der Tribüne: „Meine Herren“, so sagt er, „es geht um den Frieden der Welt, es geht um das Wohl der Menschheit.“ Der Ministerpräsident oder der Sektionschef im Auswärtigen Ministerium der Republik Estland antwortet ihm. Fünfhundert Diplomaten sitzen in der Riesenhalle, stehen auf, sprechen laut durcheinander, stimmen ab. Die geistigen Führer der Menschheit warten vor den Türen. Aus den Fenstern des Ratssaales und jedesmal, wenn eine Türspalte sich öffnet, tönen die Stimmen der Diplomaten heraus. Der Minister des Äußern der Republik Polen, früherer österreichisch-ungarischer k. und k.-Beamter, versichert: „Meine Herren, der Weltfrieden erfordert...“ Die Gelehrten und Künstler stehen vor den Türen und drängen heran, den Kopf voll von Gedanken und das Herz voll von Hoffnungen. Aus allen Fenstern und Türritzen der großen Ausschußsäle ertönen die Stimmen der Minister, Gesandten und Referenten. Die Geistigen drängen vor den Türen. „Halt!“ sagen die Amtsdieners. „Bitte nicht hier, bitte über den Korridor. Bitte erst links, dann bitte rechts. Hier, meine Herren!“ Eine Pforte öffnet weit und gastlich den Weg in ein leeres Zimmer, mit leeren Tischen und leeren Stühlen und leerem Papier.

„Bitte nehmen Sie Platz. Dieser Saal ist für Sie reserviert. Hier wird Sie niemand stören. Dort drüben? Nein, meine Herren, dort ist die Versammlung. Dort wieder der Rat. Dort der Sicherheitsausschuß. Hier aber, meine Herren, sind Sie: Der Ausschuß für internationale geistige Zusammenarbeit. Sie dürfen beginnen.“ Und sie fluten hinein, lassen sich nieder, ergreifen Besitz von dem noch unbegrenzten Reich. Andere Türen öffnen andere leere Räume mit anderen leeren Tischen und Stühlen. „Nehmen Sie bitte Platz.“ — „Hier sind Ihre Unterausschüsse.“ — Ausschüsse und Unterausschüsse? Eine eigene Organisation der Geistigen? Meinnetwegen! Warum nicht? Sie werden sich zunächst untereinander einigen, sie werden ihre Maximen aufstellen, zusammenstellen, ineinanderfügen, und dann — nicht wahr? dazu sind sie berufen, und der geistige Stand, der nichts ist, soll alles sein! — wird einer von ihnen im Namen aller in die großen Beratungssäle nebenan gehen, in denen die vorläufigen Herren der Nationengesellschaft tagen und allein die Entscheidungen fällen, wird auf die Tribüne steigen und sagen: „Meine Herren, der Weltfrieden erfordert...“

Gemach! Auf dem Tische liegt das Arbeitsprogramm, das Rat und Versammlung den Geistigen vorgezeichnet haben, und die Unterausschüsse, auf die sich das Heer der Gelehrten, Philosophen, Dichter und Denker verteilt, tragen folgende Namen: Beziehungen unter den Universitäten, Wissenschaft und Bibliographie, Kunst und Literatur, Urheberrecht, Unterricht über die Ziele des Völkerbundes, Austausch von Lehrpersonal. Und ihre jahrelangen Arbeiten gelten folgenden schweren Sorgen: Soll man eine internationale Hilfssprache einführen? Nein, so entscheidet der geistige Ausschuß. Soll man die Gelehrten veranlassen, ihre gefährlichen Erfindungen auf dem Gebiete des chemischen Krieges bekanntzugeben? Ist nicht unsere Sache, entgegen nach langen Beratungen die Geistigen. Muß nicht gegen den Numerus clausus an den Universitäten vorgegangen werden? Ent-

zieht sich unserer Zuständigkeit, so wünschenswert die freie Zulassung zum Studium auch ist. Wie steht es mit einem internationalen Hochschulkongreß? Was sagen Sie zu der Gründung einer internationalen politischen Hochschule? Wollen wir nicht die Zusammenarbeit der Geschichtsarchive und der archäologischen Forschung organisieren? Eine Vereinheitlichung der wissenschaftlichen Nomenklatur vornehmen? Den Schutz der Naturschönheiten beschließen? Den Druck wissenschaftlicher Arbeiten? Die Schaffung eines internationalen Wetterberichtsbüros? Die Organisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen unter den Völkern? Entschließungen auf Entschließungen werden angenommen, dem Pariser Institut überwiesen und werden wieder vergessen. Aber es gelingt, einige Wohltätigkeitswerke für geistige Arbeiter in verarmten Ländern zu organisieren und finanzielle Unterstützung an private Personen und staatliche Organisationen zu gewähren. Es gelingt, einen internationalen Bibliothekarverband zu gründen, um den Austausch von Büchern unter den Bibliotheken zu erleichtern, ein internationales Museumsamt zu schaffen, das den Austausch von Kunstgegenständen und die Organisierung von Ausstellungen begünstigen soll und in der Tat unter den Auspizien des Völkerbundes Gipsabgüsse bekannter Kunstwerke zur Schau stellt, einen internationalen Ausschuß für Volkskunst einzusetzen, der Volkstänze und Volkslieder studiert, und einen Abkommensentwurf über das wissenschaftliche Eigentum auszuarbeiten. Man stellt Untersuchungen an über die Anerkennung der Universitätsdiplome und empfiehlt, literarische Meisterwerke in fremde Sprachen zu übersetzen. Man stellt seltsame Musterlisten der besten Werke der einzelnen Länder auf. Man gründet in Rom ein Institut für Kinopädagogie, das die italienische Regierung finanziert, da sie, wie die französische, einen Teil der Weltgeistigkeit an sich ziehen will. Man versucht, ohne Erfolg, in den einzelnen Ländern einen systematischen Unterricht über den

Völkerbunde einzuführen. Man veröffentlicht eine mittelmäßige Propagandabroschüre über die Genfer Einrichtung für die Unterrichtsministerien und Schullehrer. Man gründet eine pädagogische Zeitschrift, die mit der Kinozeitschrift und einem Organ für Museumswesen die literarische Tätigkeit des Völkerbundes erweitert, ohne sie zu bereichern, und man versucht sich, ohne über theoretische Beratungen hinauszukommen, in einer „Koordination der Einrichtungen für das wissenschaftliche Studium der internationalen Beziehungen“.

Jahrelang sitzt man in Genf und in allen möglichen Städten der Welt beisammen und läßt sich von den zuständigen Sekretariatsbeamten geduldig die Tagesordnung vorlegen und erklären. Aber niemals dürfen alle diese großen Männer aus der mittelmäßigen Sphäre bürokratischer Organisationsarbeit heraustreten, sich niemals befreien von der dilettantischen Anhäufung von Material über Nebenfragen des geistigen Lebens, die nichts mit dem Völkerbund zu tun haben, die keines Völkerbundes bedurften und die früher auch, oft viel ernsthafter, oft viel erfolgreicher und unter stärkerer Einbeziehung des Friedensgedankens, international behandelt worden waren. Hat man je vor dem Kriege mit der Carnegie-Stiftung, der Nobel-Stiftung, den internationalen Museen, dem internationalen Friedensinstitut, der „Conciliation internationale“, dem Zentralamt der internationalen Einrichtungen, dem internationalen Studentenbund, der amerikanischen Friedensschulliga, der studentischen Vereinigung kosmopolitischer Klubs, dem internationalen Büro der Lehrervereine so viel Aufhebens gemacht wie mit den Über- und Unterkomitees der geistigen Zusammenarbeit des Völkerbundes? Haben nicht auch vor dem Kriege unaufhörlich wissenschaftliche Kongresse stattgefunden? Bestand nicht ein reger Austausch von Professoren, Lehrern und Schülern? Waren nicht an deutschen Gymnasien französische, an französischen Gymnasien

deutsche Assistenten, an den Universitäten Lektoren fremder Länder beschäftigt? Gab es kein Büro für geistiges Eigentum? Wirkten nicht wissenschaftliche Vereine wie die Verbände für Erdbebenforschung, Meeresforschung und medizinische Probleme? Tauschten die Bibliotheken von Paris, London, Rom und Wien nicht brüderlich ihre Werke untereinander aus? Gab es nicht internationale Ausstellungen und nationale Ausstellungen im Auslande? Widmeten sich nicht die weitverzweigten Friedensgesellschaften und die Interparlamentarische Union eingehend der Aufgabe geistiger Annäherung? Wurde nicht daneben auf sozialistischer und auf konfessioneller Grundlage eifrige Verständigungsarbeit geleistet, und hatten in diesen noch nicht zu einer großen Einheit zusammengefaßten Einzelunternehmungen die Geistigen nicht die Führung stärker in der Hand als in der Genfer und Pariser geistigen Zusammenarbeit, in der die Bürokraten und Agenten herrschen und einfach Männer und Frauen mit bekannten Namen oder wichtigen Ämtern aus den verschiedenen geistigen Disziplinen in die engen dilettantischen Übungen ihrer „Koordinationstechnik“ einzufangen suchen? Wenn nicht die internationale geistige Zusammenarbeit die Ehre hätte, einem Untergeneralsekretär unterstellt und damit im ersten Stock des Hottopschen Hotels untergebracht zu sein, so wären wir auf unserem Rundgang durch das Völkerbundsekretariat vorher auf andere Tätigkeitsgebiete, etwa die Verkehrsorganisation, gestoßen. Manche Illusionen und Enttäuschungen konnten uns dann erspart bleiben: Schnell hätten wir erkannt, daß die stereotype „Technik“ der internationalen Zusammenarbeit, die das Sekretariat geschaffen hat, die „internationale Organisation“ mit ihrem „Ausschuß“, ihren Unterausschüssen, ihren Sachverständigenkomitees und ihrem Sekretariat, das von der zuständigen Abteilung des Völkerbundsekretariats gestellt wird, einfach auf geistigem Gebiete geistlos nachgeahmt worden ist. Jahrelang wurden hölzerne Gerüste in

die leere Luft hineingebaut, bis eines Tages die Schöpfer dieses prahlerischen und törichten Werkes selbst einsahen, daß mit dem immer größer werdenden Gerüst auch die Leere immer beschämender sichtbar wurde, die es in geometrische Figuren zerlegt.

Was aber geschah hierauf? Es geschah was geschehen mußte. Es wurde ein Studienkomitee eingesetzt, um das Werk der geistigen Zusammenarbeit zu reorganisieren, und der internationale Ausschuß selbst kam an Hand der Vorarbeiten dieses Komitees trotz aller diplomatischen Höflichkeit und Zurückhaltung zu einer bitteren Verurteilung seines bisherigen Werkes, einer Verurteilung, die um so niederschmetternder war, als sie zum Teil unbewußt ausgesprochen wurde. „Wir haben vielleicht“, so gestand das Organ der Geistigen, „am Anfang den Irrtum begangen, einen zu weiten, zu starren und zu verwickelten Rahmen zu bauen, und ihn dann auf oft künstliche Art ausgefüllt. Auf diese Weise hat man die Instanzen vervielfacht, und es folgte daraus eine Verlangsamung und Verwicklung, die häufig mehr Papier als Ergebnisse erzeugte.“ Was hilft es, daß man nach solcher Erkenntnis eine Vereinfachung des Mechanismus durch Verringerung der Unterausschüsse und einen Umbau des Pariser Instituts beschloß und teilweise auch durchgeführt hat. Sicher wird, wenn der Rahmen sich verengt, auch die Leere etwas enger aussehen. Aber die Leere ist geblieben. Was hilft die Erkenntnis, daß man mehr Papier als Ergebnisse hervorgebracht hat, wenn man nicht an die Wurzeln des Übels rührt? Die Wurzel des Übels aber ist, daß Kants „Geheimartikel“ nicht verwirklicht wurde und nicht verwirklicht werden soll. Wie definierte in seinem Reformprogramm der geistige Ausschuß sein Ziel? „Es besteht darin, die gebildete Welt für den Völkerbund zu gewinnen und sich auf sie zu stützen, um einen Geisteszustand zu schaffen, der dem gegenseitigen Verständnis unter den Völkern und der friedlichen Lösung der Konflikte günstig ist.“ Aber das hieß einfach, daß die

Geistigen für den Völkerbund, so wie er ist, gewonnen und zu Reklamezwecken ausgebeutet werden sollten. Auf sie will man sich in der Tat „stützen“, aber eine schöpferische Rolle will man ihnen nicht zuweisen. Sie sollen nicht den Völkerbund beleben, bessern, vorwärtstreiben. Sie sollen in den Dienst der unveränderten Einrichtung gestellt werden. Da man ihnen keinen wirklichen Einfluß zubilligt, sondern nur ihren Namen benützen will, muß man sie immerhin beschäftigen und für sie eine Aufgabe erfinden, die außerhalb der eigentlichen Aufgabe des Völkerbundes liegt. Betrieb muß veranstaltet werden: Gipsabgüsse von Museumsfiguren und Volkstänze werden studiert, um „einen Geisteszustand“ zu schaffen. Man gibt ihnen Arbeit und befriedigt hier und da die Eitelkeit der Geistigen, die nun doch irgendwie dem Völkerbund angehören. Aber man schaltet die geistigen Ströme aus, die den Völkerbundgedanken geschaffen und lange belebt hatten. Man schützt sich vor ihrer vorwärtstreibenden Kraft, die man nicht will, legt sie um auf auf kleine Nebenbetriebe, die man, wenn sie allzu lächerlich werden, ein wenig reorganisieren kann. Die internationale geistige Zusammenarbeit des Völkerbundes wird der Verzicht auf die geistige Mitarbeit und Weiterarbeit am Völkerbund. Aber hat Kant in den Erläuterungen zu seinem „Geheimartikel“ dieses Schicksal nicht geahnt? Er wußte, daß die Philosophie immer nur die „Magd“ der Gewalt ist, und er fragte sich nur, ob sie „ihrer gnädigen Frauen die Fackel vorträgt oder die Schleppe nachträgt“.

Die Philosophen in der Rolle der Schleppenträger des Völkerbundes? Welch erbitterndes Schauspiel: so klagen wir. Seit Jahren profaniert der Völkerbund den Gedanken der geistigen Zusammenarbeit und hat damit für lange Zeit die große Gelegenheit zerstört, die edelsten Kräfte der Zeit für sein Ideal nutzbar zu machen! Und dennoch! Wenn wir durch die Abteilung des Herrn Dufour gehen, in die Sitzungen der Ausschüsse und Unteraus-

schüsse oder des Pariser Instituts hineinhorchen, in der Versammlung die überschwenglichen Lobsprüche der lyrischen Helene Vacarescu aus Rumänien und einiger pathetischer Südamerikaner mitanhören, zuckt es um unsere Lippen. So ärgerlich wir sind, wir können uns nicht helfen. Wir schmunzeln, lächeln, lachen. Da wir jetzt zur nächsten Abteilung weiter stolpern und das zerknüllte Taschentuch an den Mund pressen, blicken die Amtsdieners uns mißbilligend an, ziehen die geistigen Beamten die Augenbrauen hoch, bekunden sichtlich all die braven Leute in Hottops Hotel ihre Unzufriedenheit. Was tut's? Wir sind sicher, daß Henri Bergson, der nun von der Genfer Geistigkeit längst befreite verehrungswürdige ehemalige Präsident des Ausschusses, unsere Heiterkeit verstehen und verzeihen wird. Hat er uns nicht schon viele Jahre, bevor es diesen Apparat gab, in seinem eleganten Buch „Das Lachen“ Absolution erteilt? Der gelehrte Herr erinnerte an die Definitionen, die Spencer und Kant vom Komischen gaben. Für den einen wird das Lachen durch eine Anstrengung ausgelöst, die plötzlich auf Leere stößt, für den anderen durch eine Erwartung, die sich plötzlich in Nichts auflöst. Bergson selbst sieht das Wesen des Komischen darin, daß „ein Mechanismus auf die Natur gesetzt“, „Mechanik auf Lebendiges gepropft“ wird. „Damit eine Zeremonie komisch wirkt“, so erklärt er, „genügt es, daß unsere Aufmerksamkeit sich auf das konzentriert, was in ihr zeremoniös ist, und daß wir, wie die Philosophen sagen, ihre Materie vernachlässigen, um nur an ihre Form zu denken.“ Er fügte hinzu: „Es ist unnötig, auf diesen Punkt näher einzugehen. Jeder weiß, mit welcher Leichtigkeit sich unsere Freude am Komischen bei sozialen Vorgängen mit feststehender Form Luft macht... So viele Formen und Formeln es gibt, so viele fertige Rahmen gibt es auch, in die sich das Komische einfügen kann.“

Entfernen wir uns aus dem fertigen Rahmen der geistigen Zusammenarbeit! Machen wir wieder ein ernstes Gesicht! Denn nun

stehen wir vor dem Büro des dritten Untergeneralsekretärs und Direktors der Politischen Abteilung. Aus der Gegend der leeren Tische und Stühle und der vollen, aber unbenutzten Gehirne, sollen wir in den Bezirk der zeitgenössischen politischen Wirklichkeit treten. Hier ist die Macht, der die einen dienstbare Sitzgelegenheiten, die anderen dienstbare Köpfe liefern. Hier ist das Reich.

DIE WANDKARTE DES HERRN SUGIMURA

Wenn wir das Büro des Untergeneralsekretärs und Direktors der Politischen Abteilung betreten, so fesselt unseren Blick nicht der eisige Glanz des Montblanc, der erhaben durch das weitgeöffnete Fenster hereinfrostet, nicht das sonnige Lächeln über der gewaltigen Buddhafigur des Herrn Sugimura, das sich wärmend um unser Herz legen will. Gebannt stehen wir vor einer riesenhaften Wandkarte, die den ganzen Raum beherrscht. Unverwandt starren wir auf das Kolossalgemälde der Welt. Und es ist uns, als sei die Wand, die es bedeckt, ein ungeheures Fenster, das sich auf die ganze Erde öffnet und auf das vielfältige Leben aller Nationen.

„Mein Feld ist die Welt“, so schrieb einst der arme Ballin über den Prachtbau der Hamburg-Amerika-Linie am Alsterufer. Will das auch der freundlich lächelnde japanische Direktor vor seiner triumphierenden Wandkarte sagen? Artikel 1 des Völkerbündpaktes, der den Umfang des Bundes und die bedeutsame Frage seiner Erweiterung regelt; — die Artikel 3 und 4, die der Versammlung und dem Rat die Zuständigkeit für alle den Weltfrieden berührenden Fragen zuerkennen, die Artikel 11 bis 17, die auf verschiedenen Wegen den Weltfrieden erhalten oder wiederherstellen wollen: die Organisation und die Methoden der internationalen Außenpolitik sollen wir in den Büros des umfangreichen und sympathischen Herrn Sugimura finden, der — seit dem Ausscheiden des

ersten Direktors der Abteilung, des französischen Professors Mantoux — die politische Arbeit des Rates und der Versammlung vorzubereiten, zu registrieren und durchzuführen hat. Darum begreifen wir es wohl, daß er sich die ganze Erde in sein Zimmer gehängt hat und lächelnd neben ihr steht, lächelnd, wie die Japaner lächeln: höflich, herzlich und etwas pathetisch. Darum stehen auch wir in einer merkwürdigen Erregung vor der großen weißen Fläche und wollen gespannt aus ineinanderfunkelnden Bildern und ineinandergreifenden Akkorden das Schicksal der in Krieg und Frieden gewandelten Welt erleben.

Aber da wir sie aufmerksam betrachten, alle ihre Einzelheiten in uns aufnehmen, spüren wir bald, daß sie ruhig bleibt und kühl, gefühllos und schweigsam. Glatt und langweilig liegen die fünf Erdteile nebeneinander und in ihnen langweilig und glatt die großen Reiche und die kleinen Länder. An der richtigen Stelle sind die Gebirge untergebracht, und die Ströme fließen den entsprechenden Meeren entgegen. Dort oben ist Norden, und hier unten ist Süden, rechts, wie es sich gehört, ist Osten und gegenüber Westen. Die Wandkarte des Herrn Sugimura ist eine saubere Karte, aber sie spricht nicht mit uns. So großartig und anspruchsvoll sie sich auch benimmt, sie sagt uns nicht mehr als die Wandkarten in anderen Amtsstuben und in allen Schulklassen, all die banalen Weltbilder, auf denen man niemals die Seelen der bunten Nationen, niemals das Rauschen der blauen Meere und niemals das Sturmgebräus über den weißen Gletschern verspürt. Warum ist sie so stumm und leer? Die Völkerbundkarte des Herrn Sugimura wird uns unheimlich. Sie hat ein Geheimnis, das sie uns nicht verrät. Hat der Bund bereits sein Werk vollbracht, und hängt sie hier nur als seine siegreiche Fahne? Hat er sein Werk noch nicht begonnen, und ist sie nur ein erst auszufüllender Rahmen? Ist er längst hoffnungslos gestorben, und steht die Karte hier als eine

fromme Gedenktafel? Wir müssen ihr das Geheimnis entreißen, ihr Erleben wachrufen.

Wann ist sie geboren? Ob sie eine alltägliche politische Wandkarte ist wie viele andere oder die unvergleichliche und erfüllungsreiche Karte des Völkerbundes: ihr Geburtstag ist der 10. Januar 1920, an dem in derselben Minute der Versailler Vertrag den Nationen die neuen Grenzen gab und der Pakt ihnen die neue Gesinnung geben wollte. Wovon lebt sie? Ihr reiches Lebensprinzip sollte ursprünglich der großherzige Universalitätsgedanke sein, aber sie mußte sich, wie wir wissen, mit der dürftigen Nahrung des geizigen Artikels 1 begnügen, der zunächst nur die Siegermächte, dann nur die Mehrzahl der neutralen Staaten in das neue Zeitalter zuließ, um das Schicksal aller anderen Länder besonderen Bedingungen und dem Beschluß der Völkerbundversammlung zu unterwerfen. So war die Karte des Völkerbundes am 10. Januar 1920 nur die Karte der Sieger des Weltkrieges, unter denen sich zwar Liberia und Haiti befanden, von denen aber der einzige wirkliche Sieger, Wilsons Vaterland, sich losgesagt hatte. So war sie auch noch beim Zusammentritt der ersten Völkerbundversammlung im Winter des Jahres 1920 mit ihren neunundzwanzig „siegreichen“ Gründerstaaten — unter denen Ekuador und Hedjas fehlen, weil sie nicht die Friedensverträge ratifizieren — und den vierzehn eingeladenen Neutralen ebenso weit von der Neutralität wie von der Universalität entfernt. Aber jetzt durfte man wenigstens hoffen, daß sie wachsen und ihr Gesicht wandeln würde. War nicht fast ein Jahr seit dem Inkrafttreten der Satzung vergangen, waren nicht zwei Jahre seit der Beendigung der Feindseligkeiten verflossen? Die Versammlung tagte nicht in Paris und nicht in Versailles, sondern trat feierlich am Genfer Bundessitze zusammen, weit entfernt von den Beratungsstätten des Hasses und der Angst, des Hochmuts und der Roheit, die den Kreis der Völkerbundstaaten so eng gezogen hatten. Jetzt konnte der Bund sich von

seinen finsternen Anfängen lösen und den Gedanken der Universalität zu verwirklichen suchen.

Schon treten aus der kleinen Schar der Neutralen zwei großherzige Nationen mit eindringlicher Mahnung vor die Siegerstaaten hin. Argentinien erhebt sich, um inmitten einer Reihe kluger und guter Anregungen, die den Bund demokratischer gestalten sollen, einen bedeutsamen Antrag zu formulieren, der die engherzigen Bestimmungen des Artikels 1 durch die Erklärung ersetzen will, wonach jeder anerkannte Staat, der nicht ausdrücklich der Nationengemeinschaft fernbleiben will, ihr ohne weiteres angehört. Aber die Gründerstaaten halten strenge Wache vor ihrem stümperhaften Werk. Unter ihrem Druck weigert sich die Versammlung, sofort in die Beratung des Vorschlags einzutreten, der schnell in einem Ausschuß verschwindet, und der erste großherzige Versuch, den Staatenverein zu erweitern, endet damit, daß sein Kreis sich sensationell verengt. Unter der Führung des Außenministers Pueyrredon verläßt die argentinische Delegation, ohne allerdings formell das Austrittsverfahren zu eröffnen, die Bundesversammlung, um nie wieder in ihr zu erscheinen. Aber die Schweiz erhebt sich jetzt. Sie ist dem Bunde erst endgültig beigetreten, nachdem man ihre Neutralität neu bestätigt und eine Volksabstimmung, bei der die Hoffnung auf die baldige Aufnahme Deutschlands mitentscheidend war, den Entschluß der Regierung gebilligt hatte. Der Bundespräsident und Außenminister der Eidgenossenschaft, Herr Motta, erfüllt daher ebenso sehr eine nationale wie eine internationale Pflicht, wenn er in hochherzigen und eindringlichen Worten beklagt, daß die Vereinigten Staaten, Deutschland und Rußland in dem neuen Bunde fehlen, der ohne die Verwirklichung der Universalität in wenigen Jahren zusammenbrechen müsse. Aber da er das Wort Deutschland ausspricht — das Wort, das in dieser ersten Tagung jeder anständige Mensch im Herzen trägt und das auch vorsichtig durch die Reden des englischen

Arbeiterdelegierten Barnes und des Südafrikaners Blankenberg schlüpft —, erhebt der französische Delegierte Viviani, Frankreichs Ministerpräsident beim Kriegsausbruch, ein bleiches und krankhaft verzerrtes Gesicht. Er schwingt seine zornbebende Hand in die Luft, unterbricht mit schallender, herrischer Stimme das schweizerische Staatsoberhaupt, schreit: „Ich verlange das Wort“, stürmt, nachdem jener mutig und besonnen geendet hat, auf die Tribüne und sprudelt heftige Beleidigungen in den Saal. Er beleidigt das abwesende Deutschland, indem er ruft: „Es hieße der Geschichte und der Welt ein Schauspiel der Unsittlichkeit bieten, das ihr Gewissen vielleicht noch mehr empören würde als das Schauspiel des Blutes, dessen Zeuge sie war, wenn man einen Staat aufnehmen wollte, der seine Verpflichtungen nicht erfüllt!“ Er beleidigt die Neutralen, die einzigen Mitglieder, die in dieser Siegerversammlung den Anschein eines Völkerbundes vortäuschen können, indem er Herrn Motta den hochmütigen und böartigen Satz ins Gesicht schleudert: „Wären die Nationen, die sich als Rächer und Befreier erhoben, nicht siegreich gewesen, dann wären Sie nicht hier, meine Herren, um mit uns zu versuchen, die Menschlichkeit und das Recht aufzurichten!“ Die Versammlung rast und jubelt Beifall, die Tribünen rasen und jubeln mit, und Lord Robert Cecil, der in dieser ersten Tagung als Südafrikaner verkleidet auftritt, eilt auf die Tribüne, um Herrn Viviani seine Bewunderung auszusprechen. Das ist Versailles, immer noch Versailles.

Die Völkerbundkarte, beherrscht von dem Artikel 1, aus dem man schnell in Form eines Fragebogens besondere Regeln für die Aufnahme neuer Mitglieder mit besonderen Verschärfungen für die besiegten Staaten ableitet, wird sich jetzt nur langsam und unvollkommen ausdehnen. In langwierigen Ausschuß- und Unterausschußberatungen nimmt man Costa Rica auf, das, obgleich zur Siegergruppe gehörig, den Versailler Vertrag nicht unter-

zeichnet hatte und dafür durch die Unterwerfung unter die Aufnahmebestimmungen bestraft wird, Luxemburg, das, obgleich neutral, keine Einladung erhalten hatte und überdies vorher seinen Antrag auf Neubestätigung seiner Neutralität zurückziehen muß, nach einigen Schwierigkeiten auch Albanien und Finnland. Aber Litauen, Lettland und Estland werden auf das nächste Jahr vertröstet; abgewiesen werden Liechtenstein, San Marino und Monaco, weil sie zu klein und daher unfähig sind, ihre Bundesverpflichtungen innezuhalten; abgewiesen werden die Ukraine, Armenien, Azerbeidjan und Georgien, weil sie wieder zu sehr der Hilfe durch den Bund bedürfen und ihm daher gefährlich werden können. Diese Kandidaten auf dem Sterbebette verschwinden bald völlig von der Karte der selbständigen Nationen, wie auch Montenegro verschwunden ist, das der serbische Verbündete längst verschluckt hat und dessen Proteste den Völkerbund nicht interessieren. Aber er nimmt zwei besiegte Staaten auf, das verstümmelte Österreich und das zusammengeschrumpfte Bulgarien, und könnte nun, wenn er sie liebevoll und gastlich in seinen Kreis einführt, sich nicht nur zahlenmäßig um zwei Mitglieder, sondern moralisch um die halbe Welt erweitern. Aber der Ausschuß, in dem über ihr Schicksal beraten wird, ist, wie Viviani es wünscht, ein „Tribunal“. Die maßgebenden Richter sind die Besieger dieser Staaten. Zwar behandeln sie Österreich nur wie einen armen Sünder, mit hochmütiger, entwürdigender Milde, weil es nicht mehr verantwortlich ist für die Sünden der alten Monarchie, weil es sich alle erdenkliche Mühe gibt, das Wohlwollen der großen Herren zu gewinnen, weil es, wie der tschechoslowakische Außenminister Benesch keck auf der Tribüne der Versammlung sagen darf, nur „ein minimales Risiko“ bietet und „keinen Unfrieden im Völkerbunde“ entfachen kann, vor allem aber, weil man es von Deutschland loslösen will. Bulgarien jedoch foltert und quält man wie einen Verbrecher. Man zwingt es immer wieder zu neuen Geständ-

nissen, Kundgebungen der Reue, Abbitten und Versprechungen, wirft ihm streng und böse sein Verhalten während des Krieges vor, beschimpft seinen früheren König, zählt die während des Feldzuges gestohlenen Gegenstände auf, tadelt es, weil die „Kriegsverbrecher“ noch nicht bestraft sind. Die bulgarischen Vertreter müssen die Kriegspolitik ihres Landes auf das schärfste mißbilligen, nach Anerkennung dafür betteln, daß sie ihren König verjagt haben, nachweisen, daß alle Politiker der Kriegszeit aus der Regierung verschwunden sind, sich dafür entschuldigen, daß leider noch einige Beamte jener Zeit angestellt sind. Sie müssen sich, um in den Völkerbund zu gelangen, unendlich mehr demütigen, als es den Serben im Ultimatum der alten Donaumonarchie zugemutet worden war. Aber man schenkt ihnen nichts. Als sie sich immer mehr erniedrigen und sogar darauf verweisen, daß ihr gegenwärtiger Ministerpräsident sich gegen den Krieg erklärt hatte, wird ihnen das nicht angerechnet, weil, wie man ihnen vorwirft, er den Krieg nur auf Grund seiner sozialistischen Weltanschauung mißbilligt hatte! Schließlich versprechen die armen Teufel alles, was man nur von ihnen verlangt. Aber es bedarf stärksten englischen Einflusses und einer guten militärischen Auskunft des Marschalls Foch — der die Autorität des Völkerbundes für die Entwaffnungsklauseln des Artikels 1 ist —, damit die Nachbarstaaten der Siegergruppe endlich zögernd ihre Zustimmung zu der Aufnahme geben, die sie schamlos damit begründen, „daß es besser ist, den Feind von gestern hier zu haben, damit man ihn überwachen kann!“ Nur Frankreich will bis zum Schluß nichts von der Aufnahme Bulgariens wissen, und Herr Viviani enthält sich im Ausschuß und im Plenum mit grimmiger Miene der Stimme. Warum ist er serbischer als Jugoslawien, griechischer als Griechenland? Bulgarien ist ihm gleichgültig, aber hinter diesem kleinen Lande sieht er das große Deutschland. Da darf er keine Schwäche zeigen.

Da die erste Völkerbundversammlung dafür gesorgt hat, daß der Universalitätsgeist der Völkerbundschwärmer nicht Herr wird über das finstere Gesetz des Artikels 1, kann die zweite Völkerbundversammlung im Jahre 1921 den argentinischen Antrag endgültig mit der Begründung ablehnen, daß der „Universalitätsgedanke, der diesen Antrag beherrscht, zwar grundsätzlich Sympathie verdient, aber trotzdem nur unvollkommen den gegenwärtigen Weltverhältnissen entspricht“, sich auf die Zulassung der im Vorjahre zurückgestellten drei baltischen Staaten beschränken und die Ungarn, die um ihre Aufnahme gebeten haben, wissen lassen, daß keine Aussicht für einen Erfolg ihres Gesuches besteht und sie gut daran täten, selbst die Vertagung zu beantragen. Erst die dritte Versammlung, im Jahre 1922, nimmt Ungarn nach peinlichen Verhandlungen in der Kulisse in den Völkerbund auf. Aber vorher wird seine Vertragstreue und Entwaffnung auf das genaueste untersucht und bei der Interalliierten Militärkommission in Versailles ein Gutachten eingeholt. Vorher muß der ungarische Vertreter, Graf Banffy, in feierlichster Form die Innehaltung aller vertraglichen Verpflichtungen versprechen. Vorher darf der tschechoslowakische Vertreter Osusky von der Tribüne der Versammlung aus nachdrücklich feststellen, daß sich dieses Versprechen auch auf das Verbot der Rückkehr der Habsburger bezieht. Das Jahr 1923 bringt zwei neue Mitglieder: Irland, das bisher nur als Bestandteil des Britischen Reiches dem Bunde angehört hatte und ihm nun nach Annahme der neuen Verfassung als selbständiger Freistaat beitreten darf, und Abessinien, das, weil Frankreich es einführt und schützt, trotz unzulänglicher Erklärungen über seinen Sklavenhandel und seine staatsrechtlichen Verhältnisse in den Völkerbund zugelassen wird, für den Deutschland noch nicht reif ist. Das Jahr 1924 zeichnet sich nur durch den Beitritt der Republik San Domingo und die Austrittserklärung der Republik Costa Rica aus, die sich, ohne ihre Abkehr von der Natio-

nengemeinschaft zu begründen, aus Ärger über die allzuhohen und allzu scharf eingeforderten Mitgliedsbeiträge still entfernt. Das Jahr 1925 verstreicht, ohne daß ein einziger Kandidat an die Pforten des Bundes klopft. Aber im Jahre 1926 erlebt die Völkerbundkarte plötzlich eine sensationelle Veränderung. Eine deutsche Delegation marschiert feierlich in den Versammlungssaal, ein deutscher Vertreter läßt sich stolz am Ratstisch nieder. Sind wir am Ziel? Deutschland ist im Bund, ist endlich nach Litauen und Bulgarien, nach San Domingo und Abessinien im Bund! Aber sein Beitritt vollzieht sich unter ungeheuren Zuckungen und Krämpfen. Denn gleichzeitig treten Spanien und Brasilien aus, die Karte krümmt und bläht sich wie unter einem Sturmwind, und fast scheint es, als wolle sie in Fetzen zerreißen.

Was ist geschehen? Der Anstoß zu der Aufnahme Deutschlands geht von den Siegermächten aus, die den Gegner 1919 vorläufig ausgeschlossen hatten. Niemals war es ihre Absicht gewesen, ihn dauernd aus dem Bunde fernzuhalten. Aber sie wollten ihn nicht sofort in ihrer Mitte haben, wollten die ohne ihn erbaute neue Welt auch ohne seine Mitwirkung derart organisieren und festigen, daß er sich ihr später einfach ohne wesentliche Einflußmöglichkeiten einzufügen hatte. Deshalb bekämpften sie unter Frankreichs Führung methodisch jeden Versuch, den Deutschen gleichsam auf Grund ihrer Rechte oder auf Grund des Universalitätsgedankens den Eintritt in den Bund zu ermöglichen. Deshalb schufen sie rücksichtslos ein System, das es ihnen erlaubte, Deutschlands Aufnahme, ihren Zeitpunkt und ihre Form fest in der Hand zu behalten. Gleichzeitig aber machten sie, damit Deutschland ihnen nicht völlig entchlüpfen und eines Tages den Eintritt verweigern könne, ab und zu dunkle Andeutungen — wie der Engländer Balfour und der Franzose Noblemaire während der zweiten Völkerbundversammlung —, die eine grundsätzliche, wenn auch unverbindliche Geneigtheit zu einer späteren Aufnahme ausdrücken sollten.

Eine geschickte, oft tückische Propaganda des Völkerbundsekretariats muß diese Politik unterstützen, indem sie bei den Neutralen Stimmung gegen den sofortigen Eintritt Deutschlands macht, in Deutschland selbst aber um Sympathien für den Völkerbund wirbt und die Meinung verbreitet, daß nicht die früheren Alliierten, sondern die deutsche Regierung an dem Fernbleiben Deutschlands schuld sei. In Übereinstimmung mit den Pariser Richtlinien bemühen sich die Genfer Agenten besonders, überall den deutschen Anspruch auf einen ständigen Ratssitz als eine überhebliche, den demokratischen Geist des Bundes verletzende Forderung des „Pangermanismus“ zu denunzieren, während sie gleichzeitig in allen ihnen zugänglichen deutschen Kreisen heuchlerisch versichern, daß Deutschland, falls es bedingungslos und vertrauensvoll eintritt, zweifellos bald von der Versammlung auf einen nichtständigen Ratssitz gewählt werden würde. Das Ziel dieser Intrigen ist klar: Man will keine Weltmeinung zugunsten des deutschen Beitrittes aufkommen lassen, aber für den Tag, an dem Frankreich diesen Beitritt braucht, in Deutschland selbst eine Stimmung vorbereiten, die einen Druck auf die Berliner Regierung ausüben, ihren wirklichen oder taktischen Widerstand erschweren und es ihr vor allem unmöglich machen soll, bei ihrem Eintritt in den Bund Bedingungen zu stellen. Man versucht dabei die Tatsache auszunutzen, daß wie in anderen Ländern natürlich auch in Deutschland trotz aller Enttäuschungen manche gutgesinnten Kreise den Genfer Verein mit dem erträumten Bund verwechseln, daß auch in Deutschland Sympathie für den Völkerbund überhaupt als eine „Links“-Angelegenheit und die Abneigung gegen diesen Bund als eine „Rechts“-Angelegenheit gilt. So entsteht allmählich eine für die Entschlußfreiheit der deutschen Regierung gefährliche Lage, in der es ein unschätzbares Glück ist, daß der sozialdemokratische deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller, der aus nächster Nähe sorgsam und kühl

die Genfer Vorgänge beobachtet, sich mit dem ganzen Gewicht seiner anerkannten staatsmännischen Persönlichkeit den propagandistischen Bestrebungen nach vorzeitigem, unzureichend vorbereitetem und bedingungslosem Eintritt entgegenwirft und daß der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert nicht nur der Berichterstattung seines hervorragenden Parteifreundes ein williges Ohr schenkt, sondern aus eigener kluger und kühler Erfassung des schwierigen Problems heraus allzu stürmisch vorwärtsdrängende Optimisten zurückhält. Dadurch gelingt es, wenigstens halbwegs eine Stellung zu halten, die Deutschland für die Stunde, in der die Alliierten das Versailler Gespräch über den Völkerbund wieder aufnehmen wollen, nicht sofort jedem Überrumpelungsversuch ausliefert.

Dieses Gespräch wird im Jahre 1924 wieder angeknüpft, aber es entwickelt sich ebensowenig auf der Linie des Völkerbundes, wie es auf der Linie des Völkerbundes abgebrochen worden war. Genau wie im Jahre 1919 handelt es sich auch jetzt nur um die Frage der politischen Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland. Seit dem Waffenstillstand trugen diese Beziehungen den Charakter einer Fortsetzung des Krieges mit kaum anderen als kriegerischen Mitteln, waren gekennzeichnet durch Ultimatusnoten, durch wirtschaftliche, seelische, militärische Bedrückung, durch die Entfesselung der Sonderbundbestrebungen im Rheinland, durch vertragswidrige Besetzung rechtsrheinischer Orte, durch den Einmarsch Frankreichs und Belgiens ins Ruhrgebiet, während gleichzeitig Deutschland nach ersten mißlungenen Versuchen der Verständigung mit dem Westen, sein Heil in der Annäherung an Rußland, dann im passiven Widerstand suchte, um schließlich die Rettung in einer von England angeregten und patronisierten „Westorientierung“ zu erhoffen. Die französische und die deutsche Politik finden dabei ihre erste Berührung auf einer von England vorgezeichneten Linie, die von der Ruhrkapitula-

tion Deutschlands zum Londoner Reparationsabkommen führt. Die nächste Berührung soll auf einer Linie erfolgen, die von London nach Genf weist. Den Franzosen flüstern die Engländer das berühmte Argument zu, mit dem die kleine Entente Bulgarien in Genf begrüßt hatte, nämlich, daß es vorteilhaft sei, den einstigen Feind im Völkerbund zu haben, um ihn dort zu überwachen; den Deutschen versichern sie, daß sie in Genf die großartige Gelegenheit finden würden, aus ihrer Isolierung herauszukommen und mit englischer Hilfe ihre Nachkriegssorgen zu liquidieren. In Paris denkt man nach. In Berlin horcht man auf. Noch vor der Londoner Konferenz wirft der englische sozialistische Ministerpräsident Macdonald in der Presse das Stichwort für das kommende Gespräch hin, auf das Reichsaußenminister Stresemann im Reichstag und Reichskanzler Marx in der Presse mit Äußerungen allgemeiner Bereitschaft zum Beitritt, aber auch mit der ernsthaften Formulierung der deutschen Bedenken und Bedingungen antworten. Im September 1924 stellt Macdonald in der Völkerbundversammlung offenherzig aber unelegant die Frage zur Debatte. „Der Völkerbund“, so ruft er aus, „kann der Welt nur die Sicherheit bringen, wenn nicht nur die bedrohten Staaten, sondern auch die bedrohlichen oder bedrohlich genannten Staaten ihm angehören.“ — „Deutschland kann nicht außerhalb des Völkerbundes bleiben!“ fügt er energisch hinzu. — „Der Völkerbund kann es sich nicht gestatten, Deutschland draußen zu lassen!“ betont er mit tragischem Nachdruck. „Keine Debatte“, so erläutert er, „über die Abrüstung, die Voraussetzungen des Friedens, die Sicherheit, den Schutz der kleinen Nationalitäten ist möglich . . . mit dem drohenden leeren Stuhl in unserer Mitte.“ Deutlich gibt er zu verstehen, daß er die Beitrittsfrage noch im Laufe der Versammlungstagung geregelt sehen möchte. Aber der französische Ministerpräsident Herriot, neben Macdonald die große Hoffnung der Völkerbundfreunde, hat es weniger eilig. In dem bei französischen

Rednern nicht seltenen Gemisch von sentimentalem Pathos und trockener Unverschämtheit beteuert er, daß Frankreich keinen Haß kenne, nur den deutschen Militarismus und seine abscheuliche Formel „Not kennt kein Gebot“ bekämpft habe, nicht das Elend des deutschen Volkes wolle und gern Beweise seines Versöhnungswillens entgegennehmen werde. Er erinnert an die Verpflichtungen, die Artikel 1, 8 und 9 den Deutschen vornehmlich auf dem Gebiete der Entwaffnung auferlegen, und stellt mit deutlicher Anspielung auf gewisse deutsche Forderungen fest, daß „es für den Bund keine Ausnahme und keine Vorrechte“ gibt und „die Achtung der Verträge und der Verpflichtungen das gemeinsame Gesetz ist“.

Wird Deutschland nach dieser kühlen „Einladung“ noch während der Genfer Tagung ein Gesuch nach Genf richten? Von vielen Seiten bedrängt man die Reichsregierung. Inmitten einer ungeheuren Verwirrung laufen alle möglichen deutschen Beobachter, ermächtigte und freiwillige, alle möglichen internationalen Vermittler, ernsthafte und komische, in den Korridoren des Hottopischen Hauses herum. Die französischen Propagandisten verdoppeln ihre Anstrengungen. Die Presse schwelgt in Polemik und Sensationsmeldungen. Und während die Versammlung zwei seltsame, großangelegte Unternehmungen zu Ende führt, das Genfer Protokoll, das die Welt von 1919 endgültig befestigen, und den „Investigationsplan“, der die einseitige Entwaffnung Deutschlands endgültig sichern soll, wird von neuem zwischen Berlin und London beraten und sondiert. Zwar gelangt noch kein deutsches Aufnahmegesuch nach Genf, aber die Reichsregierung beschließt noch vor dem Ende der Versammlung, am 23. September, den Eintritt in den Völkerbund „anzustreben“, und richtet am 29. September an die einzelnen Ratsmächte eine Denkschrift, in der sie die Voraussetzungen für einen Beitritt zu klären sucht. Sie fordert einen ständigen Ratssitz, „paritätische“ Beteiligung am

Völkerbundsekretariat und den anderen Völkerbundorganen und „aktive Mitwirkung“ am Kolonialmandatsystem. Sie will von der Beteiligung an den Sanktionsverpflichtungen des Artikels 16 befreit werden, d. h. sich in kein Abenteuer gegen den russischen Freund stürzen lassen, und lehnt „moralische Belastungen“ ab, womit sie ein vor der deutschen Öffentlichkeit eingegangenes Versprechen auf Zurückweisung des Vorwurfes der Schuld am Kriege diskret einlösen möchte. Die Antworten der Ratsmächte bewilligen nur den ständigen Ratssitz und die „paritätische“ Beteiligung an den Völkerbundorganen. Als die Berliner Regierung in einer unmittelbar an das Völkerbundsekretariat gerichteten Denkschrift vom 12. Dezember wenigstens in der Frage des Artikels 16 ein Zugeständnis zu erlangen sucht, spricht der Rat in seiner Antwort vom 14. März 1926 zwar den Wunsch nach der Mitarbeit Deutschlands aus, will aber keine Vorbehalte zu dem gefährlichen Artikel gelten lassen. Da aber diese Frage in Deutschland allmählich zur Kernfrage des ganzen Beitrittsproblems geworden ist — weil es sich in den meisten Köpfen als das Problem der Westorientierung ohne Aufgabe der Ostorientierung darstellt —, scheint man jetzt vor einer unüberwindlichen Schwierigkeit zu stehen. Inzwischen ist jedoch die von England entfesselte Unterhaltung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bereits ein Bestandteil — und nicht einmal der wichtigste — der ebenfalls von England angeregten Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheitspaktes zwischen den bedeutendsten früheren Kriegsgegnern geworden. Ehe noch die Antwortnote des Völkerbundesrates vorlag, hatte am 9. Februar 1925 eine Note der Berliner Regierung diese neue Phase der deutsch-englisch-französischen Beziehungen eröffnet. Im Rahmen dieser Sonderverhandlungen wird die Frage des deutschen Eintrittes in den Völkerbund gleichsam nebenher mitgeregelt: Die französische Antwort bezeichnet u. a. die deutsche Mitwirkung

am Völkerbund als Voraussetzung für die Verwirklichung des deutschen Planes. Berlin erklärt sich daraufhin zur Teilnahme am Völkerbund bereit, erinnert aber an seine früheren Forderungen, namentlich an die Vorbehalte zu Artikel 16 und auch an das Versprechen der allgemeinen Abrüstung auf Grund der Präambel des Teiles V des Versailler Vertrages. Die Schwierigkeiten, die noch vor kurzem dem Eintritt entgegenwirkten, nehmen sich plötzlich weniger tragisch aus. Gelingt das große Paktgeschäft, das jetzt die Nachkriegsbeziehungen im Westen regeln soll, so wird das nunmehr als viel kleiner empfundene Völkerbundgeschäft, das einfach die Paktangelegenheit ergänzen soll, nicht scheitern. In der Tat, als in Locarno die neuen Verträge abgeschlossen werden, die u. a. den Franzosen die elsässisch-lothringische Grenze neu bestätigen und Deutschland vor neuen Einbrüchen in sein Gebiet schützen sollen, wird ihr Inkrafttreten von Deutschlands vorherigem Eintritt in den Völkerbund abhängig gemacht und gleichzeitig eine harmlose Auslegung des Artikels 16, die vor allem für die öffentliche Meinung in Deutschland und die russische Regierung bestimmt ist, zu Papier gebracht. Der Eintritt in den Völkerbund selbst ist nur noch eine letzte und keineswegs sensationelle Formalität der Locarnopolitik.

Ist das Ziel erreicht? Noch nicht! Plötzlich erbebt die werdende Völkerbundkarte in allen Himmelsrichtungen. Denn ist der Eintritt in den Bund auch keine ernsthafte und grundsätzliche Völkerbundfrage mehr, sondern nur ein politisches Geschäft unter einigen Großmächten, so laufen nebenher noch andere mit dem Völkerbund äußerlich zusammenhängende Großmachtgeschäfte, und der Zusammenstoß der einen mit den anderen kann zu ungeheuren Verwicklungen führen. Einige unter den Mächten, die Deutschland feierlich den ständigen Ratssitz versprochen, hatten längst auch heimlich den Spaniern und Brasilianern, die seit der Gründung des Bundes einen nichtständigen Ratssitz einnahmen,

der alljährlich bestätigt werden muß, die ständige Mitgliedschaft zugesagt, ja sogar den Polen, denen es bisher nie gelungen war, sich von der Versammlung in den Rat wählen zu lassen, Hoffnungen auf einen ständigen Sitz gemacht. Die doppelzüngigen großmächtlichen Beherrscher des Bundes möchten — da ihre eigene Machtstellung im Rat keineswegs verringert werden kann — Deutschlands künftige Großmachtwürde von vornherein durch Vermehrung der ständigen Ratssitze und vor allem durch eine sichtbare Gleichstellung Polens mit dem Reich herabdrücken. Deutschland ist entrüstet: eine Veränderung des Rates wäre ein Wortbruch. Die Neutralen sind besorgt über die hemmungslose Ausbeutung der ohnehin undemokratischen Ratseinrichtung durch die Großmachtbegierden. Aber die Aussicht auf Rangerhöhung erschüttert nicht nur den Osten und Südwesten Europas, nicht nur Südamerika, sondern bringt auch Asien in Wallung, da bald China und Persien Ansprüche auf ständige Ratssitze anmelden. Die Völkerbundorganisation kracht in allen Fugen. Noch hofft Deutschland durch schnelles Handeln, die Krise zu überwinden. Am 10. Februar 1926 läßt Reichsaußenminister Dr. Stresemann durch den Generalkonsul Aschmann dem Generalsekretär des Völkerbundes das deutsche Aufnahmegesuch überreichen, das er würdevoll „Aufnahmeantrag“ nennt und das knapp alle bisherigen Noten mit den bekannten Forderungen und den wenigen Zusagen in Erinnerung bringt. Da das Inkrafttreten der Locarnoverträge beschleunigt werden soll, wird für die Aufnahme Deutschlands eine außerordentliche Versammlung auf den 8. März einberufen. Reichskanzler Luther, Reichsaußenminister Stresemann, Staatssekretär von Schubert und zahlreiche treffliche Bürokraten und Diplomaten sitzen jetzt in dem Genfer Hotel Métropole und verhandeln fiebernd mit den Vertretern der anderen Locarnomächte. Die Versammlung tagt, regelt im Ausschuß schnell das Aufnahmegesuch und erwartet nervös den notwendigen einstimmigen

Beschluß des Rates über die Schaffung des deutschen Sitzes. Aber der Beschluß kommt nicht zustande: Alle Begierden auf Ratsseite machen sich jetzt Luft, und opferwillige oder diplomatische Angebote der schwedischen und tschechoslowakischen nichtständigen Ratsmitglieder, durch freiwillige Demission wenigstens für Polen einen nichtständigen Sitz freizumachen, können weder von Deutschland angenommen werden noch zu praktischen Ergebnissen führen, da sie die Hauptgefahr, Brasiliens Veto, nicht aus der Welt schaffen. — Ein ständiger Ratssitz für mich! so sagt dieses nichtständige Gründungsmitglied der höchsten Völkerbundbehörde, oder ich stimme gegen Deutschland! Vierzehn Tage wartet die Versammlung, wartet die Welt auf eine Lösung! Als die Versammlung zu ihrer Schlußsitzung zusammentritt, laufen die Deutschen, feierlich gekleidet, die fertige Antrittsrede in der Tasche, erregt in ihrem Hotel herum und hoffen noch, daß der brasilianische Vertreter, Herr Mello Franco, in letzter Minute aus der Heimat die telegraphische Erlaubnis erhält, die Erpressung zurückzuziehen, und daß man sie dann telephonisch in den Versammlungssaal rufen wird. Aber Herr Mello Franco steht mit gelbem und zuckendem Gesicht böse und heftig auf der Tribüne und erklärt mit schriller Stimme, daß die Instruktionen seiner Regierung „unwiderrufbar und endgültig sind“. Das groteske Abenteuer ist beendet. Der englische Außenminister Chamberlain und der französische Außenminister Briand, die für das Werk von Locarno bangen, richten verlegene Grüße an die abwesende deutsche Delegation, erklären Deutschland für „moralisch“ aufgenommen, und eine Kundgebung der Locarno-mächte sucht den Willen zur Zusammenarbeit feierlich zu bekräftigen. Aber die Versammlung geht verstört und ergebnislos auseinander, Deutschland ist nicht aufgenommen. Ein besonderer Ausschuß sucht bis zu der ordentlichen Herbsttagung den Konflikt dadurch aus der Welt zu schaffen, daß die Zahl

der nichtständigen Ratssitze von sechs auf neun erhöht und ihre Dauer von einem Jahr auf drei Jahre verlängert wird und außerdem drei halbständige, d. h. wieder wählbare Sitze, die für Spanien, Brasilien und Polen gedacht sind, erfunden werden. Aber nur Polen nimmt die Lösung hin. Brasilien und Spanien melden stolz und gekränkt ihren Austritt aus dem Bunde an. Immerhin macht Brasiliens Ausscheiden auch seinem Veto ein Ende. Die Bahn für Deutschland ist frei. Als Dr. Stresemann an der Spitze seiner Delegation — diesmal erst nach erfolgter Aufnahme durch Rat und Versammlung — am 9. September 1926 in Genf erscheint und am 10. September den Versammlungssaal betritt, als Herr Briand — um damit deutlich zu bekunden, wer den Völkerbund beherrscht und wer Deutschland hineinläßt — ihn feierlich begrüßt, nimmt sich der Augenblick weihevoll aus. Aber sind wir am Ziel? Ist der Irrtum Wilsons, ist die Bosheit Clemenceaus wieder gutgemacht? Schließt sich die zerrissene Welt zusammen, und erhebt sich der interalliierte Verein allmählich in die Nähe des Völkerbundes? Wenn wir am 10. September 1926 vor der Weltkarte stehen, nun das große Reich der europäischen Mitte endgültig eingegliedert scheint in den Versuch der Nationengemeinschaft, die Grenze des Völkerbundes nicht mehr drohend an der Nordsee, am Rhein, an den Alpen und Sudeten entlangzieht, zerrinnt vielleicht die quälende Erinnerung an die großen und bitteren Tage und Jahre der Zeit des Krieges und des Friedensschlusses. Einen Augenblick lang stehen die alten Verkünder neben uns. Aber während ihre glänzenden Figuren die Schatten Wilsons, Hertlings, Clemenceaus verscheuchen, fühlen wir bald, daß auch die Silhouetten Briands, Chamberlains und Stresemanns nicht vor dem Glanz des Propheten bestehen werden.

Denn was war gutzumachen, und was hat man gutgemacht? Gutzumachen war der Irrtum Wilsons, der einseitig durch einige Siegermächte den falschen Völkerbund errichten ließ. Gutzu-

machen war die Bosheit von Versailles, die Deutschlands Bitte um sofortige Aufnahme in den verkehrten Völkerbund abschlug. Wilsons Sünde besteht weiter. Clemenceaus Schuld konnte nur in der ersten Versammlung ausgelöscht werden. Die spätere Aufnahme, sechs Jahre nach dem Inkrafttreten der Satzung, ist ein Teil des Versailler Programmes. Aber weil die Deutschen sogar um die anständige Form seiner Erfüllung kämpfen mußten und dabei die ganze falsche Völkerbundwelt zusammenzubrechen drohte, übersehen sie, daß sie am 10. September 1926 gehorsam die im Versailler Mechanismus vom 10. Januar 1920 vorgeschriebenen Bewegungen ausführen, bilden sie sich ein, ihr Eintritt in den Völkerbund sei die Krönung eigenen erfolgreichen Strebens und die Befreiung aus den Versailler Fesseln, bedenken sie nicht, daß, weil sie mit Verspätung hineinmarschieren dürfen, der Völkerbund der anderen noch lange nicht der ihre und noch lange nicht der wahre Völkerbund sein wird und daß es anderer Anstrengungen und Gesten bedarf, um dieses Ziel zu erreichen. Der Gedanke an den besseren Völkerbund quält sie im Augenblick nicht mehr als die anderen Mächte. Sie haben draußen in der Welt um ihren ständigen Ratssitz, um die Beteiligung an den verschiedenen Völkerbundorganen, um ihre Handlungsfreiheit in einem etwaigen Konflikt zwischen dem Bund und Rußland gekämpft. Sie haben zu Hause ihren Entschluß mit der Notwendigkeit begründet, gewisse deutsche Interessen, wie das Schicksal der saarländischen Bevölkerung und der Minderheiten, den Grundsatz des Ausgleichs der Rüstungen zu vertreten. Sie machten sich Gedanken über eine Beteiligung am Mandatssystem. Die Kriegsschuldfrage bereitete ihnen einige Sorge. So erfüllt sie natürlich auch jetzt, da sie im Bunde sitzen, der Drang nach Bewältigung der wichtigen nationalen Aufgaben, vor allem nach Befreiung des Rheinlandes und nach allgemeiner Hebung ihrer Stellung in der Welt. Aber die Wilsonschen Versprechungen,

die nicht eingehalten wurden, der eigene herrliche Völkerbundplan, den man ihnen verächtlich in Versailles zurückgegeben hatte, die Verwirklichung des jahrhundertealten Traumes, Kants Vermächtnis: all das spielt keine Rolle bei ihren Eintrittsverhandlungen, bekümmert sie nicht bei ihrem Einmarsch in die Versammlung und in den Rat. Ja, ihre Reden in Genf klingen seltsamer Weise so, als hielten auch sie die in Paris geschaffene Einrichtung für den wahren Völkerbund und als sei ihr nichts anderes vorzuwerfen, als daß sie bisher die deutschen Interessen nicht berücksichtigt und oft geschädigt hatte. In Wahrheit sind die Deutschen ebenso wenig im Völkerbund wie vorher und wie die anderen. Nur einmal gehörten sie ihm an, damals, als Max von Baden das deutsche Volk mit dem schönen Ideal zu trösten suchte. Heute sind sie dort, wo die Franzosen, die Engländer und Italiener sind. Sie wollen ihre Politik oder einen Teil ihrer Politik in Genf machen wie jene, vergessen aber, daß ihnen viele Mittel und Gaben fehlen, über die ihre früheren Gegner verfügen, daß sie wahrscheinlich nie in die Lage kommen werden, den Verein so auszunutzen wie die anderen, daß aber vielleicht der mühselige und voraussichtlich vergebliche Versuch, sich bequem in dem falschen Völkerbund häuslich einzurichten, sie immer mehr von dem wahren Völkerbund entfernen wird, der ihnen allein helfen kann. Eine Hoffnung bleibt — und der gedankenreiche, mutige, temperamentvolle Stresemann wäre vielleicht der Mann, sie einst zu erfüllen —, die Hoffnung, daß die Deutschen, wenn sie die unmittelbaren Aufgaben der Zeitgeschichte bewältigt und in sich selbst das naive Vergnügen an dem großmächtlichen Zusammenspiel ihrer Ohnmacht mit der Übermacht der anderen überwunden haben, eines Tages mutig und großzügig den Kampf um den besseren Völkerbund eröffnen. Aber jahrelang werden wir sehen, wie sie sich verzweifelt und meistens ergebnislos mit den deutschen Sonderfragen in Genf herumschlagen, mühselig und schrittweise die

Rheinlandräumung, die normalerweise vor ihrem Eintritt verwirklicht werden sollte, erkämpfen und erkaufen müssen. Und wenn Stresemann, noch bevor seine unmittelbaren Tagesaufgaben erledigt sind, erschöpft von dem unaufhörlichen Wechsel von Antrieb und Enttäuschung zusammenbricht; wenn, ebenfalls schnell betäubt von der Fülle der Probleme und Sorgen, oft nur noch wackere Fachleute oder diplomatische Schlaumeier nach Genf ziehen, die — vielleicht — den aktuellen Gebrauchswert der gegenwärtigen Völkerbundeinrichtung, sicher aber nicht den Zukunftswert des besseren Völkerbundes verstehen: dann schrumpft auch diese Hoffnung allmählich zusammen.

Wir stehen vor der Weltkarte des Herrn Sugimura. Der Genfer Bund hat Deutschland aufgenommen, aber er ist damit noch nicht der Völkerbund geworden. Deutschland steht auf der Karte, aber sie ist damit nicht eindrucksvoller geworden. Spanien kehrt zwar vor Ablauf der Rücktrittsfrist wieder zurück und erhält seinen „halbständigen Ratssitz“, Brasilien aber bleibt fern, auch Argentinien kehrt nicht wieder. Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika denken weniger denn je an einen Eintritt. Das Jahr 1927, das Jahr 1928, das Jahr 1929, das Jahr 1930 vergehen, ohne daß ein einziger Kandidat sich meldet. Im Jahr 1931 endlich zieht Mexiko ein. Aber da es weder eine formelle Kandidatur stellen, noch sich einem Aufnahmeverfahren unterwerfen will, vergißt die Völkerbundversammlung plötzlich ihre frühere Strenge, den Artikel 1, den Fragebogen, ihren Ausschuß und ihren Unterausschuß, der ein „Tribunal“ sein sollte, setzt sich über den Pakt und ihre eigenen Regeln hinweg und nimmt Mexiko mit einer feierlichen Entschliebung auf, in der sie den Irrtum bedauert, den man damit begangen hatte, daß man es bei der Gründung nicht sofort einlud! Warum auch nicht? Die Deutschen sind jetzt da; das strenge Gesetz, das man 1920 erfand, um sie einzuschüchtern und bis zu dem Tage fernzuhalten, an dem man sie

brauchte, ist gegenstandslos. Seltsam aber an dem für Mexiko erfundenen großherzigen Verfahren ist es, daß Deutschland, das sich sogar noch nach der Verständigung von Locarno einem, wenn auch bescheidenen Aufnahmeverfahren unterwerfen mußte — „Keine Ausnahmen und keine Vorrechte!“ so sagte Herriot —, sich jetzt großmütig unter die Mächte reiht, die jene Aufforderung an Mexiko richten und für ein Unrecht Abbitte leisten, an dem Deutschland nicht beteiligt war und das man in viel größerem Maße an ihm selbst begangen hatte! Aber was hilft es, daß der Bund plötzlich großherzig wird, damit Mexikos Name in die Völkerbundkarte eingetragen werden kann? Es ist möglich, daß auch der Name der Türkei in absehbarer Zeit auf ihr zu finden sein wird und daß Irak und auch Syrien nicht mehr England und Frankreich unterworfenen Mandatgebiete des Völkerbundes, sondern England und Frankreich unterworfenen Mitgliedstaaten des Völkerbundes sein werden: Nur die Propagandazeichner des Völkerbundes können glauben, daß dadurch die Weltkarte eine Völkerbundkarte wird.

Denn wie machen es die Propagandazeichner im vierten Stock des Hottopschen Hotels, um den Völkerbund sympathisch darzustellen? Sie nehmen schöne, weiße Karten, auf denen langweilig und glatt die Kontinente, die großen Reiche und die kleinen Länder nebeneinander liegen, und bestreichen alle Staaten, deren Namen in der Mitgliederliste des Bundes stehen, treuherzig mit dem vertrauenerweckenden Blau des Sternenbanners, das seit dem Wilsonschen Kreuzzug und der Pariser Friedenskonferenz die offiziöse Farbe des Bundes geworden ist. Fast die ganze Erde ist jetzt blau, und nur wenige weiße Strecken durchbrechen die himmlische Färbung. Blau ist ganz Europa, mit Ausnahme seines kleinen türkischen und seines großen russischen Teiles — blau ist ganz Asien ohne sein türkisches und russisches Gebiet, ohne

Hedjas, Afghanistan und einige kleine asiatische Staaten — ganz Australien — der ganze afrikanische Erdteil —, und auch in der doppelten amerikanischen Welt stören nur die weißen Flecke der Vereinigten Staaten und einiger iberio-amerikanischer Republiken. In eine Ecke dieser Propagandakarten malen die geschickten Zeichner schließlich noch als besondere Zugabe eine schöne volle blaue Scheibe mit einem ganz schmalen weißen Sektor ein und wollen uns damit klarmachen, daß die überwiegende Masse der Erdbevölkerung dem Weltbunde angehört. Nun schenkt man uns das fleißig angestrichene Bild und sagt befriedigt: Mein Feld ist die Welt...

Dürfen wir, wenn wir die stumme und leere Wandkarte des Herrn Sugimura beleben wollen, es uns ebenso bequem machen? Müssen wir nicht, sobald wir zum Pinsel und Farbtopf greifen, mit mehr Tönungen arbeiten, das Blau sorgfältiger mischen? Europa? Ja, Europa ist zum Teil der Völkerbund, aber wir wissen auch, daß die Genfer Organisation im wesentlichen der Rat und der Rat im wesentlichen die Gruppe der ständigen Ratsmächte und jener anderen Mächte ist, die wie Polen und Spanien immer wieder hineingewählt werden oder wie die Kleine Entente stets einen gemeinsamen Vertreter auf einen nichtständigen Sitz entsenden dürfen. Ein leuchtendes tiefes Blau werden wir daher nur Frankreich, England, Italien, vielleicht auch Deutschland, der Kleinen Entente, Spanien und Polen zubilligen und das übrige Europa, soweit es nicht weiß bleiben muß, nur in ein leichtes Hellblau tauchen. Amerika? Neben dem Weiß der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der ausgeschiedenen Südamerikaner werden wir den im Bunde verbliebenen lateinamerikanischen Republiken, auch wenn infolge einer Verabredung unter den Versammlungsgliedern immer drei von ihnen auf die nichtständigen Ratssitze gewählt werden, nur die hellblaue Farbe gewähren, da kein tatsächlicher Einfluß auf die Genfer Geschicke ihrer dekora-

tiven Ratswürde entspricht. Dünnes, kaum merkliches Hellblau gönnen wir nur dem kanadischen „Dominion“, das, so breit es auch auf den Propagandakarten über dem ganzen Erdteil lastet und so stolz es eine Zeitlang im Rate saß, nur ein Mitglied des Britischen „Commonwealth“ ist, dessen einzelne Glieder die Probleme, die sich unter ihnen erheben, niemals in Genf zur Sprache bringen dürfen. Der Erdteil Australien? Auch er trägt die Farbe des Britischen Reiches, und auch das große Neuseeland. Blicken wir nach Asien hinüber, so werden wir zweifellos die ständige Ratsmacht Japan tiefblau bestreichen. Aber China? Trotz seiner 11 Millionen Quadratkilometer und seiner 400 Millionen Seelen können wir uns nur mit Mühe dazu entschließen, es hellblau zu betupfen. Alle diese chinesischen Quadratkilometer geben nur den Propagandakarten, nicht dem Völkerbund eine Farbe, alle diese chinesischen Seelen füllen nur die Bevölkerungsscheibe, nicht das Leben des Bundes. Während die blasse Scheinmitgliedschaft des ungeheuren Reiches eine Zeitlang künstlich das Ansehen der Genfer Einrichtung hebt, muß es vergeblich und mißachtet um seine Stellung im Bunde kämpfen, und selbst wenn es nach heftigen Anstrengungen einen nichtständigen Ratssitz erlangt, vermag es dadurch nicht mehr Einfluß auf die Genfer Debatten auszuüben als einer der drei lateinamerikanischen Ratsstaaten. Sollte es einst enttäuscht den Bund verlassen, wird sich dadurch nichts im Genfer Geschäftsgbaren ändern, sondern nur auf den Propagandakarten des Sekretariats die längst vorhandene erschreckend weiße Wüste offen in Erscheinung treten und der jetzt fast geschlossene Kreis der Bevölkerungsscheibe zu einem melancholischen Halbmond zusammenschrumpfen. Können wir aber das riesige chinesische Reich nicht im vollen Völkerbundglanz erstrahlen lassen und auch den sympathischen Mitgliedstaaten Persien und Siam, deren Wirksamkeit in Genf sich meistens auf vornehm empfundene, blumig stilisierte, sentimental deklamierte Reden vor den leeren Bänken der

Versammlung beschränkt, nur ein sanftes Lichtblau anbieten, wo bleibt dann noch in dem ungeheuren Kontinent Raum für völkerbundliche Malerei? Das große Indien, das zwar als selbständiges Mitglied in den Listen des Sekretariats geführt wird, darf nicht einmal die Trostfarbe der übrigen „Dominions“ beanspruchen: Von England ausgebeutet und militärisch besetzt, gegen England empört, ist es ihm verboten, seine Lebensfragen vor das Genfer Tribunal zu bringen, und es gehört in Wahrheit dem Bunde noch weniger an als Sowjetrußland, das immerhin, wenn es an einigen Genfer Tagungen als Gast teilnimmt, eigene und nicht englische Interessen vertritt. Weiß wie Indien muß beispielsweise auch Indochina bleiben, das nur ein Bestandteil des französischen Kolonialreiches ist und dessen Name niemals in einer Genfer Liste erscheint und niemals in den Völkerbunddebatten ausgesprochen wird. Und wie können wir dem riesigen afrikanischen Kontinent die Völkerbundfarbe schenken? Wenn wir der Südafrikanischen Union das blasse Blau der Dominions gewähren und es zögernd auch dem abessinischen Kaiserreich zubilligen, wie wir es aus Höflichkeit den anderen schwarzen Mitgliedern Haiti und Liberia nicht versagen möchten, so muß doch Ägypten und die ganze ungeheure afrikanische Welt der europäischen Schutzgebiete, Kolonien und Mandatländer farblos sein.

Kann Herr Sugimura vor seiner Karte noch annehmen, daß sein Feld die Welt ist? Ist das Bild ehrlich bemalt, so ist das Geheimnis bald entwirrt. Der Völkerbund ist Europa ohne Rußland und die Türkei. Aber Europa heißt heute noch: Frankreich, England und Italien mit ihren Freunden und Verbündeten, denen für einige allgemeine Fragen Deutschland und die Mittel- und Kleinstaaten beigegeben sind. Der Völkerbund ist Japan; er ist das europäische Absteigequartier Japans, in dem es die übrige Welt kontrolliert. Alle anderen Bezirke der Karte sind Stimmung und Atmosphäre um diesen Völkerbund herum. Aber sind nicht auch wir bereits von

der allzu einfachen Dekorationskunst dieses Hauses angesteckt worden? Ist es wirklich notwendig, Wilsons Blau so heftig zu verschwenden? Wäre es nicht ehrlicher, wie auf allen anderen Karten, jedem Land seine eigene Farbe zu geben, jene Farbe, in der es sein wirkliches und tägliches Leben führt, um nur ab und zu das Völkerbundabzeichen an Festtagen und geselligen Zusammenkünften anzulegen? Lassen wir ruhig auf der Wandkarte Sugimuras Frankreich und seine Kolonien in Rot erstrahlen, England und seine Dominions in Grün, Italien in Gelb, Deutschland in Violett, jedes andere Land in einer eigenen Farbe. Begnügen wir uns damit, ein dunkelblaues Band um die bunten Massen der ständigen europäischen Ratsmächte, die kleine Entente und Polen zu schlingen und eine Schleife nach Japan hinüber zu ziehen, dann ein zweites hellblaues Band um den ganzen europäischen Erdteil ohne Rußland und die Türkei zu zeichnen und schließlich noch einige blaue Striche unter die Namen der anderen außereuropäischen Mitgliedstaaten zu setzen. Laßt uns außerdem einen festen Ring mit der französischen Farbe um Frankreich und seine Freunde, mit der italienischen um Italien und seine Anhänger und endlich zu Ehren der Weltfriedensverpflichtung Kelloggs eine leichte Punktlinie in der amerikanischen Farbe um die ganze Karte legen, wobei wir allerdings einigen Lateinamerikanern aus dem Wege gehen müssen. Schreiben wir dann groß über das bunte Bild: — Politische Karte Europas und seiner Beziehungen zur Welt —, und in kleineren Buchstaben darunter: — Unter Berücksichtigung verschiedener vertraglicher und tatsächlicher Bindungen, wie u. a. das Bestehen einer Völkerbundorganisation“ —, so haben wir zweifellos unsere Aufgabe erfüllt und aus dem Wandgemälde der Politischen Abteilung ein brauchbares Arbeitsinstrument für Herrn Sugimura und seine Angestellten gemacht. Nun hat die Karte kein Geheimnis mehr. Nun können auch die fremden Besucher und Gäste sich mit ihr unterhalten. Leer und stumm aller-

dings, das erkennen wir nun, wirkte sie völkerbundlicher und auch beruhigender. Denn wenn wir jetzt nach einem Blick auf die mächtigen Kontinente und Reiche die leichten und zierlichen Bänder ringsum in den Farben Wilsons betrachten, dann ahnen wir, daß sie wie dünne Zwirnsfäden zerreißen werden, sobald sich wieder einmal heftig atmend die gewaltige, bunte Masse dehnt und streckt. Es sei denn, daß die unermüdliche Arbeit dieses Hauses, es sei denn, daß die zielbewußten Anstrengungen des Herrn Sugimura...

Herr Sugimura steht friedlich lächelnd neben seiner Karte. Er lächelt, wie die Japaner lächeln: höflich, herzlich und etwas pathetisch.

Aber mitten aus seinem Lächeln heraus blickt Herr Sugimura uns ernst in die Augen. Er geht schwer von seiner riesenhaften Karte zum Schreibtisch hinüber und zeigt uns dort, und lächelt wieder, ein schwächtiges Exemplar des Völkerbundpaktes.

Natürlich: Nicht nur die Artikel 1 und 2, die das Ausdehnungsgebiet des Bundes bestimmen und seine Organisation begründen, gestalten die Völkerbundkarte. Zweifellos: das zweite, das wichtigere Lebensprinzip schöpft sie aus den friedenerhaltenden, den friedenerhaltenden Methoden der Artikel 3 und 4 und 11 bis 17. Von Anfang an, nicht wahr? Und ehe es noch zu ihrer praktischen Anwendung kommt, kann die Tugend, die ihnen innewohnt, die zerstreuten Nationen im Bewußtsein der gemeinsamen Aufgabe zusammenschließen und jede einzelne langsam veredeln. Die neuen Rechte und Pflichten, die diese Artikel schaffen, müssen bewirken, daß der Rat nicht nur das Instrument einiger Großmächte ist, sondern die Großmächte auch das Instrument des Rates sind, daß die vier, dann die sechs, endlich die neun von der Versammlung gewählten nichtständigen Ratsmächte sich nicht einfach wie kleine, durch das enge nationale Interesse zur Hingabe an die Großen oder zu vorsichtiger Gleichgültigkeit verurteilte Statisten benehmen, sondern sich ihres Ranges bewußt werden und über ihre bisherige Persönlichkeit erheben. Ja, auch

die außerhalb des Rates stehenden Mitgliedstaaten, die der Pakt individuell durch den Artikel 11, kollektiv, sobald sie sich als Versammlung konstituiert haben, durch eine Reihe anderer Artikel an der Wacht über den Frieden beteiligt, sind nun nicht mehr unbedingt gleichgültige Zuschauer am Rande der Bundeswelt. Neben ihrem beschränkten Eigendasein führen sie ein internationales Leben, das erfüllt ist von höherer Verantwortung. Warum muß es uns dann grämen, daß die Dominions eigentlich keine selbständigen Bundesmitglieder sind, Indien nur als dekorative Leiche mitgeschleppt wird, China nur die Genfer Propaganda bereichert, ganze Kontinente ungeboren sind für die internationale Zusammenarbeit und große Reiche ihr fernbleiben? Die seelenverwandelnde Kraft der neuen Rechte und Pflichten bedarf nicht der sofortigen Mitwirkung aller Nationen. Es genügt, wenn zehn unter ihnen gewillt sind, den Artikel 11 anzuerkennen. Nicht darauf kommt es an, daß die Welt das Feld des Völkerbundes ist, sondern darauf, daß, so eng es auch sein mag, ein Völkerbundfeld inmitten der Welt besteht. Fleißig gepflegt wird es allmählich Früchte tragen.

Wir blicken von dem Pakt des Herrn Sugimura zu seiner Karte an der Wand. Ist das die Hoffnung? Oh, sicher würde es genügen, damit ein erstes Völkerbundfeld sich dehnt, daß einige Nationen, trotzdem sie mächtig, daß andere, obgleich sie schwach sind, sich ihrer neuen Würde bewußt werden und sie ehrlich durch die Welt tragen. Und es ist unbestreitbar, daß der Schwache den guten Willen haben kann—haben muß, nicht wahr, denn er ist schwach—, sich den Tugenden des Friedensgesetzes zu unterwerfen. Es ist sogar möglich, wenn auch schwieriger, daß er sich dazu aufschwingt, von sich aus die Anwendung des Friedensgesetzes auf andere Staaten zu fordern. Es wird zweifellos auch zahlreiche Fälle geben, in denen der Starke gerne daran denkt, den Friedensapparat gegen die anderen Nationen in Bewegung zu setzen. Aber

damit die milde Tugend des Paktes die Starrheit der Karte verwandelt, muß vor allem der Starke bereit sein, sich selbst dem Gesetz zu unterwerfen. Auch das engste Völkerbundfeld kann nur entstehen bei doppelter Bereitschaft aller Mitwirkenden: Bereitschaft, unter den Richtern zu thronen, aber auch Bereitschaft, vor den Richtern zu erscheinen und ihren Spruch hinzunehmen. Welche geheime Tugend des Paktes kann den Mächtigen dazu verführen, kann ihn dazu zwingen, sich der größeren Verführung, sich dem stärkeren Zwang zu entziehen, der von der eigenen Macht ausgeht? Die Sünden, die er bewußt in den Pakt hineinlegte, hindern die Tugenden an der erhofften segensreichen Entfaltung. Zehn Staaten genügen, um den Völkerbundgedanken in der Welt zu pflegen? Aber nur, wenn alle zehn sich in der doppelten Bereitschaft zusammenfinden. Trennen sie sich in zwei Lager — das Lager derjenigen, die sowohl die Macht haben, den Friedensapparat anzuwenden, als auch die Macht, ihn abzulehnen, und in das Lager der anderen, die sich jeder Macht beugen müssen, der alten, die sich nur auf die Macht, der neuen, die sich auch auf den Völkerbundapparat beruft —, dann korrigiert der Pakt die Karte nicht einmal in dem kleinsten Felde ihrer riesigen Ausdehnung. Dann kompliziert er sie, fälscht er sie, macht er sie unbrauchbar für jede Verbesserung und Entwicklung.

Nein, Herr Sugimura! Nicht Ihre Organisation, nicht Ihre Methoden werden die Karte verwandeln. Besteht noch, besteht wieder der *Wille zum Völkerbund*? Das ist die einzige Frage, die wir an Ihre geheimnisvollen Kontinente richten. Nur der Wille zum Völkerbund wird Ihr Weltgemälde korrigieren. Lebt dieser Wille noch, lebt er wieder in den Nationen und den Regierungen, dann wird er sich Ihres unvollkommenen Paktes bedienen und seine Tugenden erwecken, die neben seinen Sünden schlummern. Dann mag er sich eine Zeitlang auf das Versailler Gesetz stützen, leicht, ironisch gleichsam, auf ihm ruhen, aber in stiller und steter

Bereitschaft, sich von ihm zu lösen und die Flügel zu breiten. Denn seine Heirat ist der alte Völkerbundtraum, der über alle Verwirrung hinweg zu dem verworrenen Pakt führte und über ihn hinweg zum Völkerbund führen wird. Lebt noch, lebt wieder der Wille zum Völkerbund? Das allein ist die Frage...

Herr Sugimura lächelt, wie die Japaner lächeln, zuckt die Achseln, weist — leise zögernd, etwas verlegen — zwischen seinem Pakt und seiner Karte auf die vollbeladenen Aktenschränke hin und macht eine Geste, als wollte er sagen, daß dort allein die Antwort zu finden sei... In der Tat! Seit zwölf Jahren hat man hier Erfahrungen gesammelt, zwölf Jahre lang Politik unter Berücksichtigung gewisser Bindungen, wie das Bestehen einer Völkerbundorganisation, getrieben; zwölf Jahre, die angefüllt waren von der tragischsten Verwirrung aller Zeiten, den unvergessenen Schmerzen des Kriegserlebnisses, der peinigenden Angst vor einer noch scheußlicheren Zukunft. Ist es möglich, daß in solcher Zeitspanne der Wille zum Völkerbund, wenn er bestand, sich nicht an hundertfacher Gelegenheit bekundete und stärkte? Ist es denkbar, daß, wenn er nicht mehr bestand, hundertfache Gelegenheit ihn nicht erweckte? Die Gelegenheit macht den Völkerbund. Die aus dem Dunkel der Zeit heranrollenden Ereignisse tragen ihn uns zu. Sie schaffen die Sehnsucht nach völkerbundlichem Eingreifen. Sie schmieden den Zwang nach völkerbundlicher Lösung. Wo immer in der Welt die alte Machtgesinnung sich wieder unerträglich erhebt und der Rechtsgedanke ihr entgegentritt, wo immer ein böser Zwist entbrennt und der Schrei nach friedlicher Beilegung ertönt: dort ist der Völkerbund im Werden. Nicht die blaßblauen Bänder und Striche ändern die vielfarbige Karte der Welt. Aber wie wir einst die Fronten des Krieges mit den bunten Fähnchen der Nationen absteckten, so wollen wir nun an jedem für den Frieden und die Gerechtigkeit gewonnenen Fleck die blaue Fahne des Propheten aufpflanzen. Nicht in den hoffnungs-

losen Hauptstädten der alten Reiche und der neuen Scheinorganisation! Nicht in der bürokratischen Genfer Versuchsstation für schüchterne Methoden eines vorsichtigen Friedens! Aber überall, an den weit verstreuten, demütigen, tapferen und schrecklichen Orten, deren Namen wir gestern kaum kannten, die aber plötzlich irgendein Rückfall in die Barbarei gefährlich und irgendein Sieg des Gemeinschaftssinnes berühmt gemacht hat: dort heften wir die treuherzigen Fahnen ein. Und wo solche Fähnchen auftauchen, erst vereinzelt, bald dichter gedrängt, bezeichnen sie die Front des triumphierenden Gedankens, verstärken sie mit ihrem blauen Glanz das dünne Flimmern des Bundesbandes, verscheuchen sie allmählich die massige fremde Farbenpracht. Die Ereignisse rollen heran; sie spülen die Stationen des Völkerbundes herbei. Die Ereignisse rollen heran; wir erwarten sie mit unseren Fähnchen.

Ja, die Zeit ist reif, und der Boden ist reif für den Segen des erlösenden Gedankens. Hier ist Deutschland, am Tage nach dem Friedensschluß, das Land, das man mit Hilfe des Völkerbundgedankens unterworfen und das man dann aus der neuen Völkerbundorganisation ausgestoßen hat. Auf dem schmerzenreichen Boden dieses Landes, das keine Macht, keine Freunde, keine andere Hoffnung kennt als die Hoffnung auf das Recht und die internationale Solidarität, wird es an großen und erschütternden Gelegenheiten völkerbundlichen Wirkens nicht fehlen. Aber schon schlüpfen die Namen „Saargebiet“ und „Danzig“ durch die Akten, ohne auf der Karte haften zu bleiben, schon werden die Dokumente, die Deutschlands gefährlichste Grenzprobleme behandeln, aus der Politischen Abteilung in die Verwaltungsabteilung getragen! Die Klagen der deutschen Saarländer und Danziger über die Vergewaltigung ihrer nationalen Rechte, die bitteren und bittenden Protestnoten, die das Reich nach Genf richtet, gehören

nicht in das Anwendungsfeld der friedenerhaltenden, friedenerstellenden Paragraphen, verschwinden in die innere Politik des Hottopschen Hauses! Nur an der deutsch-belgischen Grenze scheint es, als dürfe der Weg für völkerbundliche Tat offen bleiben, da diesmal der Versailler Vertrag dem Bunde selbst die Entscheidung über die Staatszugehörigkeit Eupen-Malmedys überweist und die Volksbefragung selbst, wie die Sieger feierlich versicherten, unter dem Schutze des Bundes steht. Aber der Völkerbundrat duldet es, daß die Volksbefragung, die nur in der Auflegung offener Listen besteht, sabotiert wird, wundert sich nicht darüber, daß von den 63 000 Landesbewohnern nur 271 von dem phantastischen Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen können, betrachtet den Fall nicht einen Augenblick als eine internationale Angelegenheit, sondern nur als eine Schiebung zwischen dem Bund und Belgien, bekräftigt ohne Nachprüfung die belgische Hoheit über das Gebiet und läßt der deutschen Regierung, als sie mit Recht die Überweisung des ungeheuerlichen Falles an die ebenfalls zuständige Völkerbundversammlung fordert, in unhöflicher Form mitteilen, daß er auf die Angelegenheit nicht mehr zurückzukommen wünsche. Er macht sich, wie bald darauf ein junger sehr begabter deutscher Diplomat, Dr. Bernhard von Bülow, in seinem „Versailler Völkerbund“, einem ausgezeichneten kritischen Werk über die neue Einrichtung, grollend sagen darf, einfach zu einem „Werkzeug des Feindbundes“ und läßt sich „die Gelegenheit entgehen, das zu erlangen, was ihm bisher fehlt: die Macht des moralischen Rechtes.“ Die schwarz-gelb-rote Trikolore Belgiens flattert über dem ersten Kampfplatz des Völkerbundes an Deutschlands Grenzen...

Jetzt aber rollt neue, unbestreitbar völkerbundliche Gelegenheit aus der tragischen Gefahrenzone der europäischen Ostpolitik an die neue Organisation und ihre Methoden heran. Auf Grund des Versailler Vertrages ist in Oberschlesien, das die Polen

auf der Pariser Konferenz in vollem Umfange beanspruchten, eine Volksabstimmung vorgenommen worden. Da sie eine Zweidrittelmehrheit für Deutschland ergibt, müßte das Gebiet unverändert bei der alten Heimat bleiben. Frankreich aber, der Anwalt Polens, fordert im Obersten Rat der Alliierten die Teilung. England zögert, will nicht offen die Verantwortung für eine neue Untat im Geiste von Versailles übernehmen. Nun erinnert man sich daran, daß es einen Völkerbund gibt, und auf Grund des zweiten Absatzes des Artikels 11, der die Aufmerksamkeit des Bundes auf die Gefährdung der internationalen Beziehungen, des Friedens, des Einvernehmens unter den Nationen lenkt, ersucht im August 1921 der Oberste Rat den Völkerbundrat, ihm eine Empfehlung für die Grenzziehung zu unterbreiten. Die große Gelegenheit für völkerbundliche Reinigung der schwülen Atmosphäre im Osten ist gegeben. Diesmal ist nicht der Versailler Vertrag, diesmal ist der Pakt das Gesetz des Bundes. Artikel 11 gibt ihm das Recht und die Pflicht, das oberschlesische Problem im Rahmen seiner allgemeinen Friedensaufgabe zu behandeln. Aber wie faßt der Rat seine Aufgabe auf? Der Rat, der sich aus den Mächten der Botschafterkonferenz, ihren Kriegsverbündeten und dem französisierten spanischen Botschafter in Paris zusammensetzt, kennt nur einen interalliierten Auftrag, keine internationale, keine deutsch-polnische Frage. So wird auch kein deutscher Abgesandter zur Beratung oder zum Verhör hinzugezogen. Nur hoffnungslose Bittsteller aus dem bedrohten Gebiet irren in den Korridoren des Sekretariats umher, ein tapferer Legationssekretär aus Berlin, der Mayer heißt, studiert heimlich und verzweifelt im vierten Stock des Hôtel des Bergues die oberschlesische Karte, und ein paar erschütterte deutsche Journalisten rasen am Quai du Mont-Blanc zur Hauptpost hin, um tragische Telegramme in das verbannte Vaterland zu drahten. Denn das Ergebnis, das am 12. Oktober 1921 vorliegt, fällt so aus, wie Polen und Frankreich es wünschten: die Empfehlung des Rates

zerreißt das Land und das Volk und bietet, da auch für Polen das Verbluten des zerschnittenen Industrie- und Volkskörpers unerwünscht ist, als eigene Leistung nur eine wirtschaftliche Übergangslösung und eine Regelung des Minderheitenschutzes, die in einem besonderen deutsch-polnischen Abkommen festgelegt werden muß. Der japanische Ratspräsident Ishii feiert diese Lösung als einen Akt der Gerechtigkeit. Dieser Akt der Gerechtigkeit aber wird den Deutschen durch den Obersten Rat in Form eines Ultimatums zugestellt, ihr Protest als null und nichtig angesehen, die Rechtsverwahrung, die Reichskanzler Wirth im Auswärtigen Ausschuß ausspricht, ebenso überhört wie die Rechtsverwahrung, die später der frühere Reichsminister Schiffer als Bevollmächtigter bei den ergänzenden technischen deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf einlegt. Über den deutschen Städtenamen, die jetzt auf der Karte der Politischen Abteilung östlich der Genfer Grenzlinie stehen, flattern die Fahnen Polens mit dem weißen Adler auf rotem Grund.

Noch ist die Zeit nicht reif! so begütigen die Propagandisten des Hottopschen Hauses. Wie kann der Bund in den Jahren, die unmittelbar dem Kriege folgen, die Welt anders sehen als seine Gründer, der Rat anders handeln als die Botschafterkonferenz? Aber vier Jahre nach dem Inkrafttreten des Paktes steht von neuem der deutsche Osten im Tätigkeitsfeld der Genfer Organe und Methoden. Memel heißt jetzt der Fleck auf der Karte, der den Willen zum Völkerbund erproben soll. Und wieder kennt der Rat, der auf Grund des Artikels 11 zusammentritt, kein internationales, kein alliiert-deutsches, kein litauisch-deutsches, sondern nur das von den alliierten Mächten an ihn herangetragene alliiert-litauische Problem. Sie haben im Artikel 99 des Versailler Vertrages dem Reich das Memelgebiet abgenommen, ohne eine Erklärung über das weitere Schicksal des deutschen Volksteiles und des deutschen Landes abzugeben, haben es den Litauern, die

das Gebiet kriegerrisch besetzten, unter gewissen Bedingungen, die seine Autonomie innerhalb des litauischen Staates sicherstellen sollen, zugesprochen und wenden sich, weil Litauen diese Bedingungen teilweise ablehnt, am 25. September 1923 an den Völkerrbundrat, damit er ihnen aus der Verlegenheit hilft. Als ein Instrument für den Hausgebrauch der Sieger und ohne seine friedenerhaltende Mission zu erkennen, die ihm die Pflicht auferlegt, den Auftrag abzulehnen oder über den engen Auftrag hinaus das Gesamtproblem zu prüfen und zu lösen, bestätigt der Rat im großen und ganzen die Entscheidung der Alliierten. Er hißt endgültig im deutschen Memelland die gelb-grün-rote Fahne Litauens und glaubt dem Völkerrbundgedanken dadurch gerecht zu werden, daß er die Aufsicht über einige Verkehrsprobleme, Autonomierechte und den Minderheitenschutz übernimmt. Eine neue Möglichkeit, den Völkerrbund zu machen, ist im Osten verpaßt worden.

Inzwischen aber hat er im Westen ungenützt die größte Gelegenheit, die sich ihm jemals bot, verstreichen lassen, so gründlich verstreichen lassen, daß keine Anspielung die Karte der Politischen Abteilung zielt, keine Silbe sie in den Communiqués des Hottopschen Hauses jemals erwähnt. Am 11. Januar 1923, drei Jahre nach dem Inkrafttreten des Paktes, der den Artikel 10 und den Artikel 11 und noch viele andere schöne Artikel enthält, läßt Frankreich, angeblich um von Deutschland Reparationszahlungen zu erpressen, in Wahrheit um seinen Plan der Auflösung und Zersetzung des Reiches zu beschleunigen, sein Heer in das Ruhrgebiet einmarschieren. Der gefährlichste Streitfall, seit den Ereignissen des August 1914, steht vor der Welt. Wenn man ihn nicht Krieg nennt, so nur, weil das überfallene Volk durch die Versailler Entwaffnung außerstande gesetzt wurde, die eindringenden Soldaten niederzuschießen. Keine internationale Angelegenheit! behaupten zwar die Franzosen.

Nur die Ausübung vertraglicher Rechte! Die ganze Welt weiß, daß hier nicht nur Deutschland und das Recht, sondern auch die Wahrheit vergewaltigt wird und daß der ungeheuerliche Konflikt, der mitten im Europa des Völkerbundes eine Kriegszone schafft, lauter und dringender nach Anwendung des Artikels 11 schreit als jeder der zahlreichen Fälle, in denen die Alliierten sich dieses Artikels bedienen. Aber die Welt schweigt. Deutschland kann den Bund nicht in Bewegung setzen, England zieht andere diplomatische Mittel vor, um Frankreich allmählich von dem allzuhohen Gipfel militärischer Selbstherrlichkeit herabzulocken. Die anderen Bundesmitglieder wagen es nicht, von schüchternen Andeutungen abgesehen, das neue Instrument, das sie als den Besitz der Großmächte kennen, dadurch zu zerstören, daß sie es vorzeitig gegen seine Eigentümer kehren. Außerhalb jeder völkerbundlichen Tat muß Deutschland um seine „politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität“, wie es im Artikel 10 heißt, kämpfen, außerhalb jeder völkerbundlichen Aufwallung sich selbst gegen „jede Kriegsdrohung“, jeden „Umstand, der den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen gefährdet“, wie der Artikel 11 sagt, in Zukunft zu schützen suchen. Unge­stört flattert über deutschem Boden die blau-weiß-rote Trikolore, und das einzige Blau, das sich auf der Karte der Politischen Abteilung im Ruhrgebiet eintragen ließe, ist das Horizontblau der französischen Einfallstruppen. Aber als nach dem passiven Widerstand und der Kapitulation durch Englands stille Hilfe und die eigene deutsche diplomatische Leistung die Reparationsfrage vorläufig in London geregelt und dann in Locarno der Friede geschlossen ist, erschallen in Rat und Versammlung harmoniereiche Lobgesänge auf die segensreiche Wirkung der Grundsätze des Völkerbundes. Als Deutschland feierlich und paradoxal das eisige Schweigen der Völkerbundorganisation durch seinen Beitritt belohnt, klatschen die Delegierten und Beamten, die kaltblütig

seinen Untergang hingenommen hätten, begeisterten Beifall. Aber die still in der Welt verstreuten Freunde des Völkerbundgedankens applaudieren aus ehrlichem Herzen. Kann nicht der Tag, an dem Stresemann die Beratungssäle Genfs betritt, so wichtig werden wie der Tag, an dem Präsident Wilson den Bankettsaal der Liga zur Erzwingung des Friedens betrat? Jetzt dürfen sich die entfesselten Kräfte des Solidaritätsgedankens lösen, jetzt darf der Pakt seine schüchternen Tugenden entwickeln. Aber fünf Jahre vergehen, fünf Jahre, die angefüllt sind mit aufreibenden Kämpfen des deutschen Mitgliedstaates gegen den Völkerbund, der die deutsche Entwaffnung einseitig überwacht, gegen den Völkerbund, der die Franzosen im Saargebiet, die Polen in Danzig, all die kleinen „Siegerstaaten“ bei der Unterdrückung der Minderheiten begünstigt, fünf Jahre, in denen die Weiterführung der Reparationsfrage und die schrittweise Räumung des Rheinlandes außerhalb des Bundes betrieben werden müssen. Fünf Jahre: und plötzlich wird wie einst das Problem der deutschen Westgrenze und das Problem der deutschen Ostgrenze auch die Frage der deutschen Südostgrenze auf den Tisch des Rates gezerzt. Im Frühjahr 1931 beschließen Deutschland und Österreich, denen in den Verträgen von Versailles und Saint-Germain ohne Zustimmung des Rates der politische Anschluß untersagt ist, eine unpolitische Zollunion herbeizuführen, die beiden Staaten ihre volle Unabhängigkeit belassen und allen anderen Staaten offenstehen soll. Frankreich und die Tschechoslowakei bekämpfen den Plan sofort als eine Erschütterung des europäischen Gleichgewichtes, als eine Gefahr für den Frieden, als eine Verletzung der Friedensverträge und der sogenannten Österreich-Protokolle des Völkerbundesrates vom Jahre 1922, die dem finanziell zusammenbrechenden kleinen Staat eine internationale Finanzhilfe gewährt und ihn dabei von neuem zur Wahrung seiner „Unabhängigkeit“ verpflichtet hatten. Der Rat, der beim Ruhreinbruch nicht behelligt worden war, und ein

neuer europäischer Ausschuß des Völkerbundes müssen sich jetzt mit der Prüfung der Frage befassen, ob der Zollunionsplan mit dem Vertrag von St. Germain und den Österreich-Protokollen in Einklang steht. Der Gerichtshof wird um ein Gutachten ersucht, das mit einer Stimme Mehrheit den Plan als unvereinbar mit dem Österreich-Protokoll, — nicht mit den Friedensverträgen —, bezeichnet. Aber Frankreich und seinen Freunden kommt es nicht auf ein Rechtsgutachten an. Schon als sie es einholten, ließen sie keinen Zweifel darüber bestehen, daß sie es nur anerkennen würden, wenn es ihre These bestätigt. Noch bevor es vorliegt, wollen sie durch die eigene Macht Deutschlands neuerwachte Lust zur „Aktivierung“ seiner Außenpolitik niederschlagen. Kurz vor dem Eintreffen des Haager Spruches zwingen sie zuerst die Österreicher, die sie wieder an die Genfer Hilfsaktion gefesselt haben, dann die Deutschen zu voller Unterwerfung. Auf der Karte des Herrn Sugimura flattern an der deutsch-österreichischen Grenze die blau-weiß-rote Trikolore Frankreichs und die weiß-rote und blau gezipfelte Fahne der Tschechoslowakei. Fünf Jahre nach dem Tage, an dem Stresemann eine neue Ära der Völkerbundpolitik zu eröffnen hoffte, darf sein beklagenswerter Nachfolger in Genf, Reichsaußenminister Dr. Curtius, die demütigendste diplomatische Niederlage Deutschlands seit dem Kriegsende verzeichnen und sich verwundert sagen, daß der scharfsinnige Verfasser des Buches vom „Versailler Völkerbund“ — er ist inzwischen deutscher Völkerbunddelegierter und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes geworden — immer noch mit seinem kräftigen Schlagwort recht behält und daß auch heute noch der Völkerbund das „Werkzeug des Feindbundes“ ist.

Schnell aber fahren auf der Karte der Welt die Propagandisten des Hottopschen Hotels mit eifrigem Finger von Westen nach Osten, von Süden nach Norden: An den Zuckungen, die Deutsch-

land bis zum heutigen Tage durchrieseln und die dieses Land zum Teil selbst verschuldet hat, könnt ihr das Werden des Bundes nicht ermessen! Noch kann die Organisation sich nicht über die Verträge der Gründungszeit hinwegsetzen! Aber seht her: Überall, außerhalb des tragischen Komplexes der deutschen Fragen, schreitet sie von Erfolg zu Erfolg. Auf den Trümmern des alten Zarenreiches, wo sich neue Staaten ohne deutliche Grenze, oft ohne Grenze bildeten, zuweilen ohne Hauptstädte, manchmal ohne Landessprache, fast immer ohne klaren Volkswillen, gelingt es in wichtigen Fällen, Ruhe und Ordnung zu schaffen! Und die Lobredner verbreiten sich mit besonderer Inbrunst über den Aaland-Fall, der, ein Musterbeispiel für die neuen Methoden, bereits im ersten Völkerbundjahr die Anwendung der Artikel 4, 11, 15 und 17 des Paktes und die Ausbildung nützlicher Verfahrenswege gestattete: — Prüfung der rechtlichen Vorfragen durch einen Juristenausschuß, Prüfung des Streitfalles selbst durch einen politischen Ausschuß, Untersuchungen an Ort und Stelle! Und schon drücken sie uns das blaue Fähnchen in die Hand, damit wir es auf den symbolischen Inseln aufpflanzen. Gemach, gemach! Was ist geschehen? Die Bewohner der Inseln, die Schweden im Jahre 1809 mit Finnland an Rußland abgetreten hatte, wollen sich am Kriegsende nicht nur wie Finnland von Rußland, sondern gleichzeitig auch von Finnland trennen, um zu Schweden zurückzukehren. Als England auf Grund des Artikels 11 den Streit, der hierüber zwischen Schweden und Finnland ausbricht, vor den Rat bringt, verlangt Schweden eine Volksbefragung auf den Inseln, während Finnland die Zuständigkeit des Bundes für diese „innere“ Angelegenheit ablehnt. Der Rat bejaht zwar seine Zuständigkeit, aber organisiert keine Volksabstimmung. Er richtet endgültig Finnlands weiße zackige Fahne mit dem blauen Kreuz auf den Inseln auf, weil, wie sein Untersuchungsausschuß meint, die Loslösung eines Gebietes von einem souveränen Staat eine so radikale Maß-

nahme ist, daß man sich nur in letzter Instanz zu einem solchen Vorgehen entschließen könne. Diese Erkenntnis, die leider nicht im Falle Memels, Eupen-Malmedys und Oberschlesiens beherzigt ward, führt dazu, daß die hochgepriesene Völkerbundaktion sich darauf beschränkt, in einem Vertrag zwischen den streitenden Parteien Garantien für die politische und kulturelle Autonomie der Inseln innerhalb des finnischen Staates und in einem internationalen Abkommen Maßnahmen für ihre Entmilitarisierung sicherzustellen. Nein, die blaue Fahne wird nicht sobald an den Grenzen des alten russischen Reiches flattern. Scheu hält sie sich fern von dem russischen Ostkarelien, dessen vertragliche Autonomierechte Finnland durch den Völkerbund wahren lassen möchte, niemand denkt daran, sie in Enzeli am Kaspischen Meere aufzupflanzen, gegen dessen Bombardierung durch Sowjetrußland Persien beim Rat Klage führt. Und vor allem: nicht ein einziges Mal sehen wir ihren erlösenden Glanz über dem wirren Gewimmel der ineinanderverflochtenen, vorwärts- und wieder zurücktaumelnden blutigroten Sowjetfahnen und rotweißen Adlerflaggen. Denn während die werdende Völkerbunddiplomatie, Völkerbundbürokratie, Völkerbundsachverständigkeit erfreut am Fall der Aalandsinseln ihre Methoden ausbildet, wütet der blutige polnisch-russische Krieg, ohne daß jemand den Völkerbund anruft, ohne daß jemand sein Eingreifen wünscht. Zwar kann der polnische Heerführer, Marschall Pilsudski, später in seinem seltsamen Buch „Das Jahr 1920“ schreiben, daß „der Ausgang dieses Kampfes für eine gewisse Zeit das Schicksal von Millionen menschlicher Wesen regelte“ und daß „die Nerven der ganzen Kulturwelt einer starken Spannung ausgesetzt waren“. Aber die Völkerbundversammlung, die gerade tagt, und der Völkerbundrat, in dem die mächtigen Verbündeten Polens herrschen, die den Freund finanziell, wirtschaftlich und militärisch unterstützen, haben gute Nerven und rühren sich nicht. Erst als es sich plötzlich darum handelt, Polen neue Feinde

vom Leibe zu halten, schwenken sie lebhaft, aber in beschränktem Umkreis, das Wilsonsche Banner. Und nun erleben wir das merkwürdige Trauerspiel, das unter dem Namen Wilna über die Drehbühne des Völkerbundes rollt.

Der erste Akt beginnt mit der Friedenskonferenz, die zwischen Polen und Rußland keine feste Grenze, sondern nur die nach dem englischen Staatsmann benannte Curzonlinie zieht. Polen überschreitet im Frühjahr 1919 die Trennungslinie, besetzt das Wilnagebiet, räumt es dann wieder, und im Juli 1920 spricht der russisch-litauische Vertrag von Moskau den Litauern ihre alte historische Hauptstadt Wilna zu. Im September 1920, kurz vor dem Zusammentritt der ersten Völkerbundversammlung, wendet Polen, das ein Eingreifen Litauens fürchtet, sich an den Rat, der in aller Eile die Polen und Litauer, den großen Pianisten Paderewski und den kleinen Professor Woldemaras miteinander versöhnt, die provisorische Curzonlinie, die Wilna auf die litauische Seite stellt, bestätigt und sie durch einen Militärausschuß bewachen läßt. Kaum aber hat sich dank der französischen Kriegshilfe die Kriegslage Polens gebessert, überschreitet, angeblich ohne den Willen der Warschauer Regierung, der polnische General Zeligowski die Trennungslinie, besetzt die Stadt Wilna und proklamiert die Unabhängigkeit des Gebietes. Der zweite Akt des Dramas beginnt. Litauen ruft den Rat an, damit er den Gewaltstreich rückgängig mache. Der Rat macht nichts rückgängig, richtet eine sogenannte neutrale Zone ein, die Polens Besetzung nicht antastet, denkt eine Zeitlang an eine Volksabstimmung, kann aber nicht erreichen, daß Polen vorher die Truppen des Generals Zeligowski zurückzieht, und läßt den Plan aufatmend fallen, als die Schweiz sich weigert, die für die Abstimmung nötigen internationalen Kontrolltruppen durch ihr neutrales Land befördern zu lassen. In Wahrheit sind die Mitglieder des Rates nicht in der Lage, völkerbundlich gegen den polnischen Freund vorzugehen. Was soll der Belgier

antworten, wenn sich der polnische Vertreter blinzelnd nach der Volksabstimmung in Eupen und Malmedy erkundigt, was der Franzose und der Italiener, wenn er sie neugierig fragt, warum es niemals eine Volksbefragung in Elsaß-Lothringen und in Tirol gegeben hat? So sucht nun der Rat in unmittelbaren Verhandlungen zwischen dem Angreifer und dem Angegriffenen wenigstens das Gesicht zu wahren. Der erfindungsreiche belgische Minister Hymans, der die Verhandlungen leitet, hofft durch einen weit über den Rahmen einer Völkerbundvermittlung hinausgehenden politischen Plan, Polen aus der Bahn der brutalen Eroberung auf den sanfteren Weg der friedlichen Durchdringung nicht nur der strittigen Gegend, sondern ganz Litauens lenken zu können: Das Wilnagebiet soll bei Litauen bleiben, aber einen besonderen Kanton in einem aus zwei Kantonen bestehenden litauischen Bundesstaat bilden, die polnische Sprache neben der litauischen als Staatssprache anerkannt und Litauen außerdem mit Polen durch gemeinsame Instanzen für die auswärtige Politik, durch ein Militärbündnis und ein System von Wirtschafts- und Verkehrsvereinbarungen verbunden werden. Polen aber hat Wilna sicher in der Hand, hofft, daß Litauen ihm auch ohne die Hymanssche Erfindung in den Schoß fallen wird, tut so, als nehme es den Vorschlag als Verhandlungsgrundlage an, verlangt aber plötzlich eine Befragung der Wilnaer Bevölkerung und macht neue Schwierigkeiten, als Hymans seinen Plan im Sinne der polnischen Forderungen abändert. Litauen, das zunächst den Plan annahm, verlangt nun Wiederherstellung des Status quo. Nachdem Hymans vergeblich versucht hat, durch eine leichte Revision seines Planes eine Einigung herbeizuführen, wälzt der Rat im September 1921 die ganze Angelegenheit auf die gerade tagende Völkerbundversammlung ab. Die Völkerbundversammlung richtet einen Appell „an die Gefühle der Weisheit und an die brüderlichen Erinnerungen der beiden Länder“. Polen beantwortet so viel Freundlichkeit

damit, daß es durch einen sogenannten „Provisorischen Ausschuß des Gouvernements Wilna“ in dem widerrechtlich besetzten Gebiet polenfreundliche Wahlen veranstaltet, den General Zeligowski zwar abberuft, aber seine Truppen im Lande läßt. Wird der Rat jetzt handeln? Er beugt sich von neuem vor den vollendeten Tatsachen, stellt am 13. Januar 1922 fest, daß die Ablehnung seiner letzten Empfehlungen durch beide Regierungen seiner Vermittlung ein Ende macht, zieht seinen Militärausschuß zurück, ersetzt die neutrale Zone durch eine provisorische Demarkationslinie, die Wilna bei Polen beläßt, aber die territorialen Fragen nicht antasten soll, da, wie er feierlich erklärt, „er keine Lösung eines vor den Völkerbund getragenen Streites anerkennen könne, die außerhalb der Ratsempfehlungen oder ohne die Einwilligung der Beteiligten erzielt wird“. Litauen lehnt die Entscheidung ab, Polen nimmt sie natürlich an. Der Streitfall gelangt im September 1923 zum zweitenmal vor die Völkerbundversammlung, die ihn an den Rat zurückschiebt, der jetzt die Ermächtigung zur Einrichtung der beiden Staatsverwaltungen in der neutralen Zone erteilt, das heißt, Polens Eroberung sanktioniert. Damit beginnt der dritte Akt des Dramas: Da Litauen allzu heftig protestiert, wird der Völkerbundrat energisch, aber energisch gegen Litauen! Er holt den Artikel 15 aus der Tasche, droht mit dem Artikel 16 und die Drohung ertönt: „Wenn Litauen zum Kriege schreitet, wird es als ein Staat angesehen, der einen Kriigsakt gegen alle Völkerbundmitglieder begeht!“ Litauen verweist entrüstet darauf, daß der neue Ratsbeschluß zu dem früheren in Widerspruch steht, und verlangt die Anrufung des ständigen Gerichtshofes. Fünf Tage später erhält es die Antwort, aber nicht vom Völkerbund, sondern von der Pariser Botschafterkonferenz, die jetzt auf Antrag Polens und auf Grund des Artikels 87 des Versailler Vertrages die „polnische Ostgrenze“ festsetzt. Wie sieht diese Grenze aus? Sie ist einfach die provisorische Demarkationslinie, die der

Völkerbundrat ausdrücklich mit dem Vorbehalt gezogen hatte, daß sie der territorialen Lösung nicht vorgreifen werde. Als Litauen den Rat auffordert, die Entscheidung der Botschafterkonferenz nicht anzuerkennen, schließt er die Akten und läßt über der alten historischen Hauptstadt Litauens die triumphierende polnische Fahne wehen.

Der vierte Teil der Tragödie hebt an. Litauen und der Völkerbund sind besiegt. Beide müssen sich irgendwie retten. Litauen flüchtet sich in die Politik des Igels, an den die geistige und körperliche Eigenart seines furchtlos und stachelig daherredenden Wortführers Woldemaras erinnert, verweigert nicht nur die Anerkennung der Grenze, sondern auch die Anerkennung des Friedenszustandes und überschüttet die Genfer Instanz mit Klagen über polnische Übergriffe. Der Völkerbund möchte durch eine äußerliche Besserung der polnisch-litauischen Beziehungen den Fall aus der Welt schaffen, und es gelingt ihm, dank der klugen Vermittlung des holländischen Außenministers Beelaerts von Blokland und dank eines auf Wilna anspielenden Vorbehaltes, Litauen für Verhandlungen über die Herstellung normaler Beziehungen zu gewinnen. Das gibt im Dezember 1927 — die Genfer feiern gerade ihr patriotisches Maskenfest, die Escalade — eine nächtliche Versöhnungssitzung mit feierlichen, frackgeschmückten, gutverdauernden Ratsmitgliedern, denen starr in der ersten Reihe des Zuschauerraumes Marschall Pilsudski auf die Finger sieht. Aber schon in der nächsten Ratssitzung teilt der wohlmeinende Holländer mit, daß die Verhandlungen gescheitert sind. Neue litauische Klagen prasseln auf den Tisch hernieder: Weil er ein schlechtes Gewissen hat, wird der Völkerbund bitterböse, und mit besonderer Schärfe tritt der feierliche Gentleman Chamberlain, der den Rat für eine Mischung von englischem Club und griechischem Olymp hält, der frechen Beredsamkeit des litauischen Borstenkopfes entgegen. Aber trotz aller Härte werden

die Herren der Welt die Angelegenheit nicht los. Als sie im September 1928 wieder auf ihrem Tisch liegt, versuchen sie sich dadurch aus der Verlegenheit zu ziehen, daß sie als dünnen Rest des ungeheuerlichen Falles ein bescheidenes Nebenproblem aufgreifen. Verletzt der polnisch-litauische Zustand nicht die Interessen dritter Staaten? so fragt man bekümmert. Hier muß eine technische Prüfung einsetzen! so entscheidet man energisch. Aber Litauen schleudert neue Anschuldigungen gegen Polen! Und immer wieder erscheint der Streitfall vor dem verärgerten Rat, logisch und pedantisch wie ein Gespenst, Bancos Geist, der an allen Festmählern des Bundes teilnimmt.

Inzwischen harren in der mitteleuropäischen und balkanischen Welt, aus der die harte, aber ordnende Donaumonarchie verschwunden ist, zerrissene Völker, aufgewühlte Länder der notwendigen, völkerbundlichen Tat. Aber auch sie werden niemals den Völkerbund erleben. Nur ein mechanisches in den Friedensverträgen vorgesehenes diplomatisches Zusammenspiel zwischen der Botschafterkonferenz, ihren Grenzfestsetzungskommissionen und dem Völkerbundrat darf die kleinen Ungerechtigkeiten prüfen und regeln, die sich bei der Durchführung der großen unantastbaren Ungerechtigkeiten ergeben. Keine von den kleinen Grenzstreitigkeiten zwischen den besiegten und den siegreichen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie, in deren Mittelpunkt — wenn man von dem Zank zwischen Polen und der Tschechoslowakei um das Jaworzinagebiet absieht — fast immer das verstümmelte Ungarn steht, das sogar mit dem alten Bruderstaat Österreich um das Burgenland ringen muß, zeigt den Völkerbund als Tröster, als Befreier, als Freund. Immer hat er das engstirnige Gesicht des trockenen Polizeikommissars oder des kleinlichen Untersuchungsrichters. In einem aufregenden Streitfall, der diesmal keine Grenzstreitigkeit betrifft und Ungarn in gefährlichen Gegensatz zu allen drei Staaten der Kleinen Entente bringt — man

entdeckt im Frühling 1928 auf dem Grenzbahnhof Szent Gotthard Waggonen mit für Ungarn bestimmtem Kriegsmaterial —, ist er nur der gehorsame Vollstrecker der einseitigen Entwaffnungskontrolle der Besiegten, möchte gern das Untersuchungsverfahren, mit dem die Verträge ihn betrauen, zum ersten Male anwenden, muß sich aber mit einer Zwischenlösung bescheiden — Bestätigung des Untersuchungsprinzips ohne formelle Durchführung —, weil man allgemein die ständige Ratsmacht Italien für den Waffenlieferanten Ungarns hält. Aber in dem langwierigsten aller Streitfälle, die Ungarn vor den Rat führen, dem sogenannten rumänisch-ungarischen Optantenstreit, der eine reine Rechtsfrage ist, wird die Völkerbundorganisation moralisch eine ihrer schwersten Niederlagen erleben. Unter Berufung auf seine Agrargesetzgebung hat Rumänien entgegen den Bestimmungen des Artikels 63 des Vertrages von Trianon ungarische Optanten enteignet. Ungarn ruft im März 1923 den Rat um Hilfe an. Wenn diese hohe Körperschaft den Fall zunächst durch eine ungerechte Kompromißlösung regelt, kann sie sich auf Fehler der ungarischen Diplomatie berufen, die die Kompromißlösung paraphieren ließ, um sie erst später zu verwerfen. Als aber der Streit im Februar 1927 von neuem entbrennt, weil Rumänien das vertraglich eingesetzte rumänisch-ungarische Schiedsgericht, vor dem die Optanten ihr Recht suchen, einfach durch Zurückziehung seines Richters arbeitsunfähig macht, und der Rat wiederum durch Kompromisse Ungarns Protest niederschlagen will, eröffnet er eines der jämmerlichsten Schauspiele, die das höchste Organ des Nationenbundes zu bieten vermag. Seine Pflicht ist es, auf Grund des Artikels 239 des Vertrages von Trianon einen Ersatzrichter zu ernennen, die Ausübung der internationalen Gerichtsbarkeit, die der letzte Schutz der Besiegten ist, sicherzustellen. Er weigert sich, diese Pflicht zu erfüllen, weigert sich auch trotz der Bemühungen des deutschen Ratsmitgliedes, den Ständigen Gerichtshof anzu-

rufen, um immer nur mit listigen Verschleppungskünsten und Kompromißvorschlägen in die jahrelangen rednerischen Kämpfe des greisen ungarischen Grafen Apponyi mit dem schlaun und temperamentvollen Rumänen Titulesco einzugreifen. Der wirre Prozeß, in dem alle Richter Advokaten sind, endigt schließlich in völliger Ratlosigkeit, um eines Tages, außerhalb der Genfer Instanzen, im Rahmen der Reparationsverhandlungen im Haag und in Paris fast unbemerkt geregelt zu werden.

Streitigkeiten zwischen Bulgarien und seinen siegreichen Nachbarn führen ohne Ruhm und Glanz die Völkerbundinstanzen in die alte, gefährliche balkanische Welt. Als gehorsamer Gehilfe der Botschafterkonferenz sehen wir sie in dem langwierigen Kampf, den Albanien mit Südslawien, Griechenland und den Großmächten um seine Grenzen führen muß, die 1913 grundsätzlich anerkannt worden waren und die von den Alliierten nur deshalb zugunsten Südslawiens abgeändert werden, weil, wie feierlich am Ratstisch erklärt werden kann, „die Botschafterkonferenz es für den Frieden und die Sicherheit vorzog, daß die strategischen Punkte im Besitz der stärkeren, verantwortungsbewußteren, fortgeschritteneren Macht bleiben!“ Den Glauben an eine überparteiliche Friedensbehörde, der nirgends notwendiger wäre als im Balkan, stärken solche und ähnliche Kundgebungen nicht. Als der Albanier sich dem Rate unterwerfen muß, sagt er wehmütig, daß sein Land bereits „harte Erfahrungen der Vergangenheit“ hinter sich habe. Als der Grieche sich später in derselben Grenzfrage beugen muß, versäumt er es nicht, spitz an Lafontaines Fabel von den pestkranken Tieren zu erinnern: Je nachdem man mächtig oder armselig ist, lautet das Urteil weiß oder schwarz. — Blaue Fahnen lassen sich kaum in der Welt vom Bodensee bis zum Schwarzen Meer aufpflanzen.

Aber Achtung! Eine erschütternde Gelegenheit zu Aufstieg und Weltgeltung erwächst dem Völkerbund plötzlich gerade aus diesem verworrenen und ruhmlosen albanischen Fall. Von den

Segenssprüchen des Rates begleitet arbeitet eine Kommission der Botschafterkonferenz an der Festsetzung der albanischen Grenzen. Unglücklicherweise werden dabei die italienischen Mitglieder dieser Kommission am 27. August 1923 auf griechischem Gebiet von Unbekannten ermordet. Ein tragischer Zwischenfall, aber sicher keine politische Angelegenheit, kein Konflikt zwischen den Nationen! Viele Wege gibtes für Italien, um ihn schnell und befriedigend in Ordnung zu bringen. Aber die ständige Ratsmacht, deren Aufgabe es ist, die versöhnlichen und friedlichen Verhandlungsmittel zu pflegen, wählt, ohne zu zögern, den Weg, der nach Ansicht der Gründer des Völkerbundes in den letzten Weltkrieg geführt hat: Sie richtet an die griechische Regierung ein Ultimatum von ebenso bitterer Strenge wie das österreichische Ultimatum an Serbien vom Juli 1914. Obgleich die griechische Regierung den Forderungen Italiens mindestens ebensoweit entgegenkommt wie neun Jahre vorher die serbische Regierung den Forderungen Österreichs, wird am 31. August 1923, vier Tage nach dem Zwischenfall, zwei Tage nach der Überreichung des Ultimatus, die griechische Insel Korfu von der italienischen Flotte bombardiert und als militärisches Pfand besetzt. Am nächsten Tage ruft Griechenland den Völkerbundrat auf Grund der Artikel 12 und 15 des Paktes um Hilfe an, während gleichzeitig die Botschafterkonferenz in einer Note an Griechenland eine Untersuchung über die Mordtat fordert und sich das Recht vorbehält, die Italien zu leistende Genugtuung festzusetzen. Vor dem Völkerbund steht der praktisch und grundsätzlich wichtigste, der aufregendste aller Streitfälle. Eine ständige Ratsmacht, einer der großen Gründerstaaten, eine der großen Militärmächte der Welt überfällt das Gebiet eines anderen Bundesmitgliedes, eines Genossen der erhabenen Gründungszeit, eines schwachen, kleinen Landes. Wird der Rat den Mut aufbringen, Italien zur Räumung des besetzten griechischen Gebietes zu zwingen, um dann über die gegenseitigen Entschädigungsforderungen

und jede andere gerechte Sühne zu beschließen? Oder wird er vor der Gewalt die Völkerbundfahne streichen? Man erlebt einige pathetische und eindrucksvolle Sitzungen. Man hört einige kluge, zuweilen erschütternde Worte des englischen Vertreters Lord Robert Cecil, der überzeugend und sogar fast überzeugt wirkt, wenn er dem Italiener Salandra eisig die Bestimmungen des Paktes in Erinnerung bringt. Aber was hilft es, daß die Vertreter Schwedens, Belgiens und Uruguays Cecil unterstützen? Italien bestreitet die Zuständigkeit des Völkerbundrates. Nur die Botschafterkonferenz, erklärt es, sei zuständig. So kommt es nicht ein einziges Mal zu einer offiziellen Behandlung des griechischen Anrufes, d. h. des italienischen Angriffes auf Korfu. Der Rat erschöpft sich in diplomatischen Anregungen für die Botschafterkonferenz, um ihr die Regelung der Frage der von Griechenland an Italien zu leistenden Genugtuung zu erleichtern, darf aber infolge italienischen Einspruches auch diese Anregungen nicht als formelle Kundgebung, sondern nur als Bestandteil des Sitzungsprotokolls dem Pariser Organ zur Kenntnis bringen! Keine Völkerbundfahne kann auf der Insel Korfu gehißt werden, straflos darf dort während der verlegenen Ratsprozedur die grün-weiß-rote Fahne Italiens flattern. Ohne daß der Rat einen Beschluß gefaßt hat, endet der Fall damit, daß die Botschafterkonferenz den Griechen ihre Entscheidung über die zu leistende Genugtuung mitteilt — die sich zum Teil mit den italienischen Forderungen, zum Teil mit den Anregungen des Rates deckt — und der Rat seine Befriedigung darüber ausspricht, daß die Dokumente, die er der Konferenz übermittelt hatte, gute Dienste leisteten. Nachdem Griechenland die Bedingungen der Botschafterkonferenz angenommen und die geforderte Geldentschädigung in einer Bank hinterlegt hat, teilt die Konferenz weiter mit, daß nach dem Abschluß der griechischen Untersuchung die italienische Regierung Korfu am 27. Dezember räumen werde, sich aber das Recht vorbehält, vor dem internatio-

nenal Gerichtshof ihre Ansprüche auf die Vergütung ihrer Besetzungskosten geltend zu machen. Der Fall ist erledigt. In Wahrheit ist aber nur der zwischen Italien und Griechenland entstandene Streit über die von Griechenland zu leistende Sühne geregelt worden. Der wirkliche Fall, der einzige, auf den es ankam, der italienische Einbruch in griechisches Gebiet, der Gebrauch der Waffengewalt durch einen Bundesstaat gegen einen anderen, die Verletzung des Paktes blieb unerledigt und ungesühnt. Erst später — und ausdrücklich unabhängig von dem abgeschlossenen Korfu-fall — wird ein Juristenkomitee, dessen Auslegungen der Rat genehmigt, grundsätzlich die Zuständigkeit des Rates bei einer Anrufung auf Grund des Artikels 15 anerkennen, dabei aber Zwangsmaßnahmen, „die nicht bestimmt sind, Kriegshandlungen darzustellen“, ausnehmen.

Der albanische Streit mit Jugoslawien und Griechenland beschäftigt den Völkerbund seit dem März 1921. Der griechisch-italienische Konflikt dauert vom Oktober bis zum November 1923. Ist es der Einfluß des Hauses, in dem wir weilen, daß wir genau wie seine Bewohner beim Betrachten dieser Ereignisse beinahe einen anderen Konflikt übersehen hätten, obgleich er in der Zeit vom März 1921 bis zum Oktober 1922 die Griechen noch lebhafter interessiert als die beiden anderen Fälle? Dieser im Hause Hottops vergessene Konflikt heißt der griechisch-türkische Krieg, der abseits vom Völkerbund, ungehindert durch seine Organe die Weltkarte ändert, ungeheure Opfer an Menschenleben kostet und entsetzliches Elend in Kleinasien und auf dem Balkan verbreitet. Als dieser Krieg ausbricht, verkündeten die Großmächte, die als ständige Mitglieder im Völkerbundrat sitzen, nicht etwa die Notwendigkeit eines völkerbundlichen Eingreifens, sondern ihre eigene Neutralität, wobei sie darauf Bedacht nehmen, die Freiheit des privaten Handels zu proklamieren, das heißt die Freiheit des Waf-

fenhandels, von der sie dann auch ausgiebig Gebrauch machen. Der Rat rührt sich nicht. Aber auch die Völkerbundversammlung, die zweimal während des Krieges tagt, greift trotz des Artikels 3 nicht ein. Vergeblich klagt während ihrer Tagung im Jahre 1921 der belgische Delegierte und Pazifist Lafontaine darüber, daß „Griechenland und die Türkei einander massakrieren, ohne daß die bis an die Zähne bewaffnete Welt den Mut hätte, einzugreifen“. Feierlich gibt der Perser Emir Zoka ed Dowleh der Verwunderung darüber Ausdruck, „daß, obgleich es einen Völkerbund gibt, der Rat so gut wie nichts getan hat, um diesen Krieg, der ein Weltkrieg werden könnte, zum Stillstand zu bringen“. Der Delegierte Griechenlands — das gerade in siegreicher Offensive vordringt —, Herr Frangulis, darf auf der Tribüne des Friedensparlamentes diese Kriege „als ein Werk der Befreiung und Beschwichtigung“ empfehlen. Zwar bedauert auf der Völkerbundversammlung des Jahres 1921, als es den Griechen schlecht geht, Lord Robert Cecil — der um diese Zeit noch Südafrikaner ist —, daß der Völkerbund nicht an den Bemühungen „zur Beendigung des unglücklichen Konfliktes“ teilnimmt. Aber Balfour, der für England spricht, vertritt die These, daß der Völkerbund nicht die Aufgabe hatte, den Weltkrieg abzuschließen und die Friedensbedingungen festzusetzen und er infolgedessen auch nicht in den griechisch-türkischen Konflikt eingreifen könne, der die letzte Phase des Weltkrieges sei! Auch als es Nansen gelingt, den Fall vor den politischen Ausschuß der Versammlung zu bringen, wehrt sich der englische Vertreter Lord Fisher ausdrücklich dagegen, daß der Bund sich in die von den Großmächten bereits eingeleiteten Verhandlungen einmische, und es kommt nur zu einer traurigen Entschliebung, in der die Versammlung die Hoffnung ausspricht, daß der Rat, „ohne sich in die vorgesehenen Verhandlungen einzumischen, auf Grund des Standes der Verhandlungen die geeigneten Maßnahmen ergreifen werde, um den Wünschen der Versammlung

nach einer baldigen Rückkehr des Friedens zu entsprechen“. Natürlich mischt der Rat sich weder ein, noch ergreift er geeignete Maßnahmen, und der vorläufige Friede zwischen Griechenland und der Türkei, dann der endgültige Friedensschluß unter Teilnahme aller am Orient interessierten europäischen Mächte wird ohne den Völkerbund herbeigeführt. Die Großmächte nehmen es hierbei sogar zum erstenmal hin, daß einer ihrer Verträge aus der Zeit der Liquidierung des Weltkrieges, an dessen Spitze — in unlöslicher Verkettung! — der Völkerbundpakt stand, umgeworfen und der Pakt selbst aus dem neuen Vertrag herausgeworfen wird. Trotzdem aber halten sie es für praktisch, nach dem Vorbild der Pariser Friedenskonferenz auch durch die Lausanner Konferenz dem Völkerbund einige Ausführungsbestimmungen unter den Tisch zu werfen: magere Knochen, an denen er eine Zeitlang bescheiden nagen kann, aber auch einen saftigen Bissen: die petroleumduftende Mossulaffäre, — die Festsetzung der Grenzen zwischen der Türkei und dem unter englischem „Mandat“ stehenden Irakgebiet, über die in Lausanne keine Einigung zu erzielen war und die, falls unmittelbare englisch-türkische Verhandlungen ergebnislos bleiben, durch den Völkerbundrat geregelt werden soll.

Sind die Mächte, die nach Gutdünken über den Völkerbund verfügen, ihn einmal von Krieg und Friedensschluß fernhalten, ihn dann zur Entwirrung ihrer eigenen Schwierigkeiten wieder heranziehen, sich klar darüber, welche ungeheure Verantwortung sie ihm aufbürden? Setzen sie ihn ohne Zwang in Bewegung, um die Grenze zwischen einem kleinen Volk und einem mächtigen Reich zu ziehen, so müssen sie den festen Willen haben, ihn unparteiisch wirken zu lassen, wenn sie ihn nicht um sein letztes Ansehen bringen wollen. Anfangs scheint es fast, als wolle man den Fall ernsthaft prüfen und als stünde Englands Sache nicht sonderlich günstig. Aber das große Reich mit dem ständigen Ratssitz weiß, daß die Zeit und das Schwergewicht seiner Macht, der poli-

tische Druck, den es auf die Ratmitglieder ausüben, die europäischen diplomatischen Entschädigungen, die es den widerspenstigen, zunächst an die Türkei gebundenen Franzosen anbieten kann, ihm den Enderfolg bringen werden. So sieht es ruhig zu, wie das neutrale Gewissen des Rates, der Schwede Branting, sich unermüdlich als Berichterstatter für die Mossulfrage abquält. Es läßt einen dreigliedrigen Ausschuß mühselig ungemein umfangreiches Material anhäufen, in Brüssel eine jener berühmten „vorläufigen“ Demarkationslinien zur Verhinderung der militärischen Bewegungen aufstellen, schließlich einen anderen Ausschuß nach Asien pilgern, der an Ort und Stelle die Möglichkeiten einer Grenzziehung untersuchen soll. Auch das Ergebnis all dieses Arbeitsaufwandes, so sachlich es aussieht, braucht England nicht zu beunruhigen. Der Ausschuß bringt nicht einen fertigen Vorschlag vor den Rat, sondern eine Speisekarte von Vorschlägen, meint, daß das Gebiet ungeteilt bleiben könne, schlägt aber für den Fall, daß der Rat eine Teilung vorzieht, eine bestimmte Grenzlinie vor, spricht den Wunsch aus, daß das ungeteilte Gebiet dem Irak angeschlossen wird, aber nur unter der Bedingung, daß das gesamte auf diese Weise vergrößerte Land noch 25 Jahre lang unter der „Mandatsherrschaft“ des Völkerbundes lebt und die Minderheitsrechte der Kurden gesichert werden, um andererseits zu erklären, daß, falls diese Bedingungen nicht erfüllt werden, das strittige Gebiet bei den Türken bleiben soll. Es ist klar: Sobald kein schlüssiges Gutachten des Ausschusses zugunsten der Türkei vorliegt, dafür aber die Bedingungen für die Zuteilung Mossuls an das Irakgebiet deutlich dargelegt werden, gerät die endgültige Lösung in die Hände Englands. Die Türken erkennen die Gefahr, verlieren alles Vertrauen in den Rat, wollen ihn nicht mehr als Schiedsrichter, sondern nur noch als Vermittler anerkennen, weil nur dann ihre Stimme beim Ratsbeschluß mitgezählt wird, und nehmen, als der ständige Internationale Gerichtshof sich für die schiedsrichterliche

Zuständigkeit des Rates ausspricht, protestierend ihre früheren Zugeständnisse zurück, indem sie zornig ihre Rechte auf Mosul betuern. Aber der Fall ist entschieden. Nach einem neuen Vermittlungsversuch und nach neuen Erhebungen wird am 16. Dezember 1925 in feierlicher Ratssitzung, der die Türken fernbleiben, wie im polnisch-litauischen Fall die „Demarkationslinie“ zur endgültigen Grenze erhoben und England zum Abschluß der geforderten Verträge mit dem vergrößerten Irak verpflichtet. Die Macht hat gesiegt. In Mossul herrscht die britische Flagge mit dem roten Feld und der rotdurchkreuzten blauen Gösch. Die kleine Türkei, die nicht isoliert bleiben kann, muß ein halbes Jahr später nach neuen Verhandlungen mit England im Vertrag von Angora die neue Grenze mit einigen unwichtigen Abänderungen anerkennen. Nichts sieht die Genfer Friedensgesellschaft lieber, als wenn ein Staat, den sie schlecht behandelt hat, sich schließlich freiwillig beugt. Das entlastet ihr Gewissen. Und so wird, als England die hohe Körperschaft von dem Abkommen von Angora verständigt, der italienische Vertreter im Rat, der kluge, aber etwas zynische Greis Scialoja, lächelnd erklären, „daß ein neuer Beweis dafür geliefert worden ist, welchen Wert das Eingreifen des Völkerbundes in die internationalen Streitfälle hat“.

Aber während der Rat damit beschäftigt ist, den schwierigen Restfall aus dem letzten türkisch-balkanischen Krieg, in dem er sich selbst passiv verhalten hatte, zu erledigen, knallen bereits andere Schüsse auf dem Balkan. Am 19. Oktober 1925 wird ein griechischer Wachtposten auf bulgarischem Gebiet getötet. Griechische Truppen — haben sie das im Korfu-Fall gelernt? — überschreiten zwei Tage später die Grenze. Es entspinnen sich Scharmützel, bei denen achtundvierzig Bulgaren getötet oder verwundet werden. Die erschrockenen Bulgaren richten auf Grund der Artikel 10 und 11 einen telegraphischen Anruf an den General-

sekretär, der nach Verständigung mit dem Ratspräsidenten, dem französischen Außenminister Briand, eine außerordentliche Tagung des Rates für den 26. Oktober nach Paris einberuft, während Briand selbst in einem feierlichen Telegramm beide Parteien daran erinnert, daß sie nach Artikel 12 nicht zum Kriege schreiten dürfen, und sie auffordert, „ohne Verzögerung Anweisungen zu geben, damit während der Prüfung ihres Streitfalles durch den Rat nicht nur keine neuen militärischen Bewegungen ausgeführt, sondern auch die Truppen einer jeden Regierung sofort hinter die Grenzen zurückgezogen werden“. Erstaunte Bewunderung verbreitet sich in der Welt. Wieviel energischer ist der Rat, wenn Griechenland Bulgarien angreift, als wenn Italien Griechenland angreift! Wieviel ernster nimmt er einen balkanischen Grenzkonflikt als einen griechisch-türkischen Krieg! Und die Bewunderung dauert an, da auch die Energie und der Ernst andauern. Allerdings benimmt sich Griechenland außerordentlich vernünftig und nimmt die Vermittlung des Völkerbundesrates sofort an. So kann der Präsident bei Eröffnung des Rates von neuem die Autorität des Bundes bekunden und, da seine bisherigen Aufforderungen noch keinen vollen Erfolg gehabt haben, dekretieren, daß ihm innerhalb von *vierundzwanzig* Stunden von dem bedingungslosen Befehl zum Rückzug der Truppen hinter die Grenzen, innerhalb von *sechzig* Stunden von der Ausführung dieses Befehles Kenntnis gegeben werden müsse und ferner die Truppen davon zu verständigen seien, daß jede Wiedereröffnung des Feuers zu den strengsten Sanktionen führen würde. Der Rat kann ferner, da Griechenland hilflos und einverstanden ist und diesmal keine der alliierten Großmächte einen Balkankrieg wünscht, durch die Militärattachés Frankreichs, Englands und Italiens den Rückzug der Truppen überwachen lassen. Er kann dann, nachdem die unmittelbare Kriegsgefahr beseitigt ist, durch einen besonderen Ausschuß den Ursprung des Grenzzwischenfalles erforschen. Er kann

hierauf wieder durch einen anderen Ausschuß einen endgültigen Bericht ausarbeiten lassen, diesen Bericht am 14. Dezember 1926 genehmigen, Griechenland zu einer Geldentschädigung an Bulgarien verurteilen, ihm gleichzeitig das Zeugnis ausstellen, daß es ohne böse Absicht gehandelt habe, und beiden Ländern die Reorganisation ihrer militärischen Verhältnisse an der Grenze anempfehlen. Der Rat kann alles. Und alle Welt kann begeistert rufen, daß der Völkerbund endlich eine Wirklichkeit geworden ist. Mit seiner rührenden Violoncellostimme wird Briand nun jahrelang in der Deputiertenkammer, in der Völkerbundversammlung, vor seinen Wählern und auf allen möglichen Banketten den erhabenen Augenblick schildern, in dem er durch ein kleines Telegramm einen großen Krieg verhinderte. Auf der Karte der Politischen Abteilung kann man endlich die blaue Fahne aufpflanzen, und die Rechtsgelehrten des Völkerbundes fassen bald die in dem kleinen Grenzkonflikt angewandten Methoden zu bindenden Vorschriften zusammen, die für den Völkerbundrat bei seinen kriegsverhütenden Bemühungen maßgebend sein sollen. Die Propagandisten des Hottopschen Hauses schreiben inzwischen Broschüren und Bücher, in denen der gewaltige Unterschied gepriesen wird, der zwischen dem neuen Völkerbundverfahren und den Methoden des Jahres 1914 besteht. Jetzt, so wiederholen sie immer wieder, sind die beiden Parteien durch den Artikel 12 des Paktes gezwungen, nicht zum Kriege zu schreiten; eine Organisation mahnt sie an diese Verpflichtung, greift ein, trennt die unmittelbare Ursache des Konfliktes von seinen tieferen Ursachen, läßt durch Sachverständige zunächst das Problem der Einstellung der Feindseligkeiten, durch andere Sachverständige den Streitfall selbst lösen. Die Unvorsichtigen! Sie vergessen die jüngste Vergangenheit, den Ruhrkampf, den polnisch-russischen, den griechisch-türkischen Krieg, den Korfu-Fall, die Wilna-Affäre, vergessen alle die Fälle, in denen der Völker-

bund nicht eingriff, in denen die schuldigen Staaten sich nicht beugten, in denen der Rat auf Seiten der Angreifer stand. Sie vergessen, daß es immer Kriege oder Konflikte gab, deren Ausbruch die Mächte verhindern wollten, wie es Kriege gibt, die sie nicht zu verhindern wünschen! Sie vergessen, daß auch in der Bibliothek des Völkerbundsekretariats Frieds glänzendes „Handbuch der Friedensbewegung“ steht, das allein für die Jahre 1904—1910 „fast einundeinhalb Dutzend solcher nichtgeführten Kriege“ verzeichnet. Vor allem aber — die Unvorsichtigen! — denken sie nicht an die Zukunft, die ihre Reklameprospekte dementieren kann. Sie denken nur daran, mit ihrem billigen Erfolg die gewissenhafte Kritik an den Mängeln der Organisation, an der Schwäche ihres Geistes und damit den wirklichen Fortschritt niederzuschlagen.

Und dieser billige Erfolg macht sie gierig auf neue billige Erfolge. Und sie brennen danach, ihn in einer besonders gefährlichen Gegend — nicht gefährlich für den Frieden, sondern für ihre Eigeninteressen — zu erringen. Seit einiger Zeit befürchten sie, ihr dekoratives Absteigequartier jenseits des Atlantischen Ozeans zu verlieren. Bisher hielt man sich in Genf zwar vorsichtig von Eingriffen in das Einflußbereich der Vereinigten Staaten zurück, denen der Bund jenseits des Ozeans die Ehrfurcht erweist, die er auf dem alten Erdteil der Botschafterkonferenz entgegenbringt. Sie dürfen Nikaragua, das dem Bunde angehört, bombardieren und besetzen, ohne daß er eingreift. Er findet sich nach vergeblichen Bemühungen damit ab, daß Bolivien und Peru, die gegen Chile den Artikel 19 geltend machen wollen, ihre Sorgen außerhalb seiner Zuständigkeit regeln. Er bleibt in einem Grenzkonflikt zwischen Panama und Costa Rica in bescheidener Statistenrolle. Aber nach dem Austritt Brasiliens, dem Scheitern der Bemühungen, Argentinien zurückzugewinnen, den wachsenden Austrittsgelüsten anderer lateinamerikanischer Staaten, die nicht nur sein Ansehen, sondern auch

sein Budget gefährden, hält das Genfer Sekretariat, in dem zahlreiche intelligente Lateinamerikaner sich temperamentvoll bewegen und einige Franzosen traditionell und aufgeregt mit dem lateinischen Erdteil kokettieren, eine eindrucksvolle Bekundung des Völkerbundes in der amerikanischen Welt für geboten. Ein ernstster Konflikt besteht zwar nicht und würde sie auch nicht reizen. Ein Anruf irgendeines Staates auf Grund eines Paktartikels liegt nicht vor. Aber gewisse berufliche Völkerbündler, die z. B. während der Ruhrereignisse nicht auf den Gedanken kamen, sich aus der Presse inspirieren zu lassen, erhitzen sich plötzlich im Dezember 1928 während der Ratstagung in Lugano — in der Briand den Vorsitz führt — an einigen Zeitungsnachrichten, wonach am 9. Dezember im Gran Chaco, in der Urwaldgegend zwischen Bolivien und Paraguay, ein Blockhaus erobert und zurückerobert wurde, die bolivianische Regierung dem Geschäftsträger von Paraguay seine Pässe zustellen ließ und militärische Vorbereitungen auf beiden Seiten der Grenzen im Gange sind. Diese eifrigen Zeitungsleser gewinnen den Generalsekretär dazu, den Fall ernst zu nehmen, und veranlassen, nachdem man die Diplomatie der Vereinigten Staaten sondiert hat, Herrn Briand, seine Glanzrolle aus dem Jahre 1925 zu wiederholen und an die beiden Regierungen friedensfördernde Telegramme zu senden, ihnen dabei aber, mit Rücksicht auf Amerika und die panamerikanischen Friedensvorrichtungen, vorsichtig zu raten, „zu den Verfahrenswegen zu greifen, die ihren internationalen Verpflichtungen entsprechen und unter den gegenwärtigen Umständen als die empfehlenswertesten erscheinen“. Die schöne Geste entfesselt zunächst einen gewaltigen telegraphischen Notenkrieg, der beiden Staaten eine herrliche Gelegenheit bietet, sich gegenseitig bitter zu beschimpfen. Da aber Paraguay schnell, Bolivien nach leichtem Zögern über Urwald und Ozean hinweg versichern, daß sie ihre internationalen Verpflichtungen innehalten werden, kann Herr Briand sie in der

Schlußsitzung der Ratstagung am 15. Dezember zu ihrer Anhänglichkeit an die Grundsätze des Paktes beglückwünschen und sich vom Rat mit der weiteren Beobachtung der Angelegenheit betrauen lassen. Bevor er aber den Zug nach Paris besteigt, erreicht ihn ein Telegramm über neue Grenzzwischenfälle, und er muß schnell noch einmal beide Regierungen zur Ruhe mahnen. Während der Eisenbahnfahrt von Lugano nach Genf regen sich nun verschiedene gleichmäßig konflikt- und friedenslüsterne Völkerbunddiplomaten gegenseitig derartig auf, daß der Generalsekretär und einige höhere Beamte nach kurzem Aufenthalt in Genf nach Paris weiterfahren, um dort auf jeden Fall eine außerordentliche Ratstagung zur Verhinderung einer Katastrophe vorzubereiten. Glücklicherweise erklärt sich Paraguay bereit, die guten Dienste der panamerikanischen Konferenz anzunehmen, und bemühen sich Argentinien und die Vereinigten Staaten, den Völkerbund von seinem Albdruk zu befreien, während Briand wichtig und ernsthaft mit den Gesandten der streitenden Parteien und den Geschäftsträgern der vermittelnden Staaten verhandelt und mit der Einberufung seines Rates droht! Aber schon am 18. Dezember nimmt auch die bolivianische Regierung die guten Dienste der panamerikanischen Konferenz an, und am 19. Dezember kann Präsident Briand erklären, daß die außerordentliche Ratstagung überflüssig sei, die beiden Staaten mit Glückwünschen überschütten, sich selbst mit Glückwünschen überschütten lassen und durch das Sekretariat alle diese Glückwünsche in Druck geben. Auf dem Blockhaus im Gran Chaco weht die blaue Völkerbundfahne! Ist der Streit selbst aber, soweit er bestand, geregelt worden? Er bricht wieder aus, schläft wieder ein, bricht wieder aus, schläft vielleicht wieder ein. Aber niemand kümmert sich noch ernsthaft um seine nachträglichen Zuckungen. Niemand braucht ihn mehr! Von neuem schreibt man Aufzeichnungen und Broschüren, die den Erfolg des Völkerbundes preisen. Warum auch nicht? Ist es nicht ein Gewinn,

wenn die Mächte des Völkerbundes ihre Pflichten, Rechte und Methoden rühmen und festlegen? Im Rausch oder im Übermut einer Nacht haben sie bei Mondenschein und Nachtigallenschlag der Friedensgöttin eine Liebeserklärung gemacht. Jetzt sind sie gefangen. Wenn sie morgen im grauen Tageslicht und im Lärm der Arbeitswoche, ernüchtert und schlecht gelaunt, das Mädchen nicht mehr kennen, weiß die ganze Welt, daß sie Heiratsschwindler sind.

In zwei Erdteilen suchen wir noch die völkerbundliche Tat. In Afrika, das fast ausschließlich eine Kolonialdomäne Europas ist, vermag der Bund nicht zu glänzen. Er begnügt sich damit, die Besorgnisse Abessiniens vor den Gefahren, die seiner Unabhängigkeit durch englisch-italienische Wirtschaftsabmachungen drohen, im Amtsorgan, dem „Journal Officiel“, zu verzeichnen oder einen englisch-französischen Streit über die französischen Staatsangehörigkeitsdekrete in Tunis und Marokko dem Ständigen Gerichtshof zu übergeben, während er die blutigen Kriege, die Frankreich und Spanien in Nordafrika führen, als innere Angelegenheiten dieser Länder ignorieren muß. Aber in Asien? Im Mossulfall sahen wir ihn am Werke. Die Ereignisse im Mandatgebiet Syrien, wo die Franzosen die krieglerischen Drusen niedermetzeln, die Bevölkerung bombardieren, einen unerbittlichen Krieg mit Hilfe wilder afrikanischer Truppen und der Fremdenlegion führen, gehören nicht in die Rubrik der „internationalen“ Streitfälle, sondern können nur nachträglich Gegenstand von Erörterungen im Mandatausschuß werden. Der blutige chinesische Bürgerkrieg ist eine innere Angelegenheit, die den Bund nichts angeht. Gegen die entsetzliche chinesische Hungersnot, die leicht die Anarchie im Lande erhöhen und zu einer internationalen Gefahr machen kann, darf er nichts unternehmen, weil der von den Völkerbundorganen für derartige Katastrophen geschaffene „Welthilfsverband“ noch nicht

ratifiziert worden ist. Als politische Verwicklungen zwischen China und Rußland ausbrechen, raten die Genfer Beamten den Chinesen dringend davon ab, die Friedensinstanzen durch einen Anruf in Verlegenheit zu setzen. China ist für die Völkerbundorganisation nichts als ein Propagandagebiet, in dem Völkerbundsbeamte kostspielige Reisen unternehmen, um zu verhindern, daß die Chinesen abspringen und damit das eindrucksvolle Bild der Völkerbundkarte zerstören. Die Chinesen, so störrisch sie sich auch zuweilen zeigen, um sich von den „ungleichen Verträgen“ zu befreien und den im Laufe der Jahre verlorenen nichtständigen Ratssitz zurückzuerobern, wollen nicht die Fühlung mit den in Genf herrschenden Mächten verlieren, sind daher im allgemeinen bereit, der Genfer Einrichtung ernsthafte Schwierigkeiten zu ersparen, und zeigen sich dankbar, als sie im September 1931 von der Versammlung wieder in den Rat gewählt werden.

Aber weder die gutgesinnten Chinesen, noch die vorsichtigen Völkerbundsbehörden entgehen ihrem Schicksal. Während Japan und China friedlich im Rat nebeneinandersitzen und die laufenden Berichte prüfen, während beide in der Versammlung an dem Abkommen über „Verstärkung der Kriegsverhütungsmittel“ mitarbeiten, während gerade in China ein Völkerbundausschuß für Hygiene, Verkehrs- und Bildungsfragen herumreist, marschieren plötzlich japanische Truppen in die chinesische Mandschurei, bombardieren und besetzen Mukden. Ein Krieg bricht aus, klopft an die Genfer Türen und kann diesmal nicht überhört werden. Denn am 21. September richtet China auf Grund des Artikels 11 einen Aufruf an den Rat, bittet ihn, eine Verschärfung des Konfliktes zu verhindern, den Status quo herzustellen und für gerechte Sühne zu sorgen. Eine furchtbare Prüfung für den Bund, aber auch eine segensreiche Gelegenheit zu völkerbundlicher Tat: Einer der großen Gründerstaaten verletzt während der Tagung von Versammlung und Rat den Völkerbundpakt, gleichzeitig aber auch den

Kelloggspakt, über dessen harmonische Angleichung an den anderen Pakt gerade verhandelt wird, und schließlich auch den sogenannten „Neunmächtepakt“, der Chinas Unabhängigkeit garantiert. Eine der führenden ständigen Ratsmächte, die im Laufe der Jahre immer wieder mit strenger unparteiischer Miene über die kleineren Mitgliedstaaten zu Gericht saß, überfällt das Nachbarland, das einzige Land in der Welt, auf das sich praktisch seine Verpflichtungen als Völkerbundmitglied beziehen. Es ist klar: Nur mit unerschütterlicher Energie können Versammlung und Rat der Gefahr begegnen, in der — viel mehr als China, das „eine harte Erfahrung der Vergangenheit“ hat — die Völkerbundorganisation schwebt. Der Pakt ist verletzt worden, der Pakt muß angewandt werden. Und dann wird vielleicht aus der Sühne für die frevelhafte Tat neue Kraft und neues Leben für die Organisation und ihre Methoden erblühen. Ans Werk! Hier sind die Akten aus dem bulgarisch-griechischen Fall, den ihr so geräuschvoll in der ganzen Welt berühmt gemacht habt. Hier sind die Vorgänge aus dem Streit zwischen Bolivien und Paraguay, die jedermann kennt. Alles liegt bereit, und alles ist unendlich einfach. Wie war es damals? Der Präsident forderte beide Teile unverzüglich auf, „nicht nur keine neuen militärischen Bewegungen auszuführen, sondern auch die Truppen sofort hinter die Grenzen zurückzuziehen“, ihm „innerhalb von vierundzwanzig Stunden“ von dem Rückzugsbefehl, ihm „innerhalb von sechzig Stunden“ von der Ausführung dieses Befehles Kenntnis zu geben. Er entsandte eine Militärkommission zur Überwachung des Rückzuges an Ort und Stelle und ließ dann, nachdem der Krieg verhindert war, den Streitfall selbst prüfen. Der Fall ist klar. Ans Werk!

Was ist geschehen, Herr Sugimura? Warum dreht sich Ihr herrliches Amtszimmer in der Politischen Abteilung um uns herum, mit seiner Weltkarte, seinem Pakt und seinen Aktenschränken? Warum gelingt es nicht, Pakt, Aktenschränke und Weltkarte in die

richtige Beziehung miteinander zu bringen? Wie? Die Versammlung geht nach einigen leeren Redensarten des Präsidenten auseinander? Wie? Der Rat verhandelt verlegen eine Woche lang, nimmt dann einfach eine nichtssagende EntschlieÙung an, in der kein Befehl zum Rückzug der Truppen, keine Frist für den Rückzug, keine Untersuchung des Streitfalles angeordnet, sondern die hochmütige Mitteilung Japans zur Kenntnis genommen wird, daß es den Rückzug in dem Maße vornehmen wird, in dem die Sicherheit der japanischen Staatsangehörigen in der Mandschurei es erlaubt? Wie? Er vertagt sich hierauf, läßt die Japaner inzwischen weiter Krieg führen, tritt dann erst am 13. Oktober zusammen, um sich wieder mit einer völlig nichtssagenden EntschlieÙung zu begnügen, die abermals den Japanern die Freiheit läßt, selbst die Voraussetzungen und den Zeitpunkt ihres Rückzuges zu bestimmen? Wie? Er vertagt sich von neuem, während von neuem die japanischen Truppen vorwärtsmarschieren und ihre Flugzeuge Bomben abwerfen, um dann zum drittenmal, am 16. November, diesmal in Paris, zusammenzutreten und nach mehr als dreiwöchentlichen Beratungen wiederum eine leere EntschlieÙung anzunehmen, die weder den sofortigen noch einen befristeten Rückzug der japanischen Truppen fordert, sich auf bloÙe japanische Versprechungen verläßt und an Stelle der jahrelang gepriesenen Überwachungskommission einfach eine rein unterrichtende Kommission ernennt, in der auch Japan vertreten ist und deren Zusammensetzung sogar von Japan gebilligt werden muß? Hierauf geht der Rat wieder auseinander.

Träumen wir? Vom 22. September bis Mitte Dezember verhandelt der Rat über den chinesischen Anruf, ohne Japan unter den Zwang des Paktes zu stellen. Er wendet seine bewährten Methoden nicht an, obgleich auf den beiden letzten Tagungen ein berühmter Kenner dieser Methoden, Herr Briand, den Vorsitz führt, obgleich auf der zweiten Tagung zum erstenmal das Vater-

land Wilsons durch seinen Genfer Konsul am Ratstisch vertreten ist, auf der dritten der hochverehrte amerikanische Botschafter Dawes in der Kulisse mitwirkt. Der Rat beugt sich vor Japan, das niemals als Angeklagter, sondern immer als Ankläger Chinas auftritt und sogar als Voraussetzung für eine Zurückziehung seiner Truppen vorherige politische Zugeständnisse Chinas fordert.

Warum beugt sich der Rat? Warum vergißt er alle die strengen Regeln der Kriegsverhütung, die er als Richtschnur für sein Verhalten ausgearbeitet und genehmigt hat? Oh, behaglich ist es den Großmächten nicht zumute, denn sie fühlen, daß ihr Instrument, das ihnen oft treffliche Dienste leistete, verhängnisvoll gefährdet wird und es neuer und schwieriger propagandistischer Anstrengungen bedarf, um es wieder praktisch brauchbar zu machen. Aber was sollen sie tun? Sie mögen nicht gegen Japan auftreten, das ihre eigenen ostasiatischen Interessen zu schädigen vermag, dem sie innerlich als dem Mächtigen durchaus das Recht zubilligen, im Reiche des Schwachen „Ordnung“ zu schaffen, das sich vor allem nicht als Mitspieler und Komplize aus der Vergangenheit mit völkerbundlichen Argumenten bändigen läßt. Sobald sie versuchen, es mit dem Pakt zu beunruhigen, müssen sie vor seinen kalten und hochmütigen Worten zurückzucken. Aus so mancher dunklen und bösen Bemerkung der japanischen Delegierten spricht in Wahrheit ehrliche und naive Entrüstung. Wie — so scheinen die Japaner zu sagen —, haben wir euch nicht treu unterstützt, als es galt, in euerm Interesse den Pakt zu vergessen, zu umgehen oder zu vergewaltigen? Denkt an Wilna, an Oberschlesien, an Mossul, an Korfu! Heute sind Japans Interessen an der Reihe. Der Völkerbundpakt, vortrefflich. Aber zunächst muß der alte Geheimpakt der gegenseitigen großmächtlichen Unterstützung gewahrt bleiben. Was läßt sich darauf antworten? Aber Deutschland? Deutschland, das nicht zu dem Versailler Konzern gehört, Deutschland, dessen Mission es wäre, endlich im Rat die Stimme

des empörten Gewissens der Völker zu sein? Ach, Deutschlands Vertreter verstricken das Land tragisch in die Schuld der anderen Mächte, weil auch sie an ihre Interessen in Japan denken, weil sie sich für zu schwach halten, um inmitten eigener schwerer Sorgen gegen die Ratskollegen einen mutigen Kampf um den besseren Völkerbund zu führen, und weil sie vielleicht ihre Aufgabe nicht darin sehen, den gegenwärtigen Bund, der sie stets mißhandelt hat und sie eben noch in der Zollunionsfrage niederwarf, vor dem Schicksal zu retten, das ihm seine Gründer und Beherrscher bereiten.

Und so kommt es, daß die „vierundzwanzig Stunden“ und die „sechzig Stunden“ des Herrn Briand sich in Wochen und in Monate verwandeln, daß, obgleich China am 21. September um Hilfe rief, das Jahr 1931 zu Ende geht und das Jahr 1932 beginnt und immer noch die japanischen Truppen in der Mandschurei marschieren und Bomben abwerfen. So kommt es, daß die Presse, gleichzeitig mit höchst zeitgemäßen Mitteilungen der Informationsabteilung des Hottopschen Hauses über die segensreiche Mitwirkung des Völkerbundes an den Hygienebestrebungen in China, aktuelle Telegramme aus dem Fernen Osten über „japanische Offensiven“ und über die damit verbundenen unhygienischen Todesfälle bringt.

Ach, wir wußten es wohl, Herr Sugimura, nicht die Organisation, die Artikel 1 und 2 uns schenken, nicht die Methoden der Artikel 3 und 4 und 11 bis 17 können Ihre Weltkarte zur Völkerbundkarte umgestalten. Nur der Wille zum Völkerbund könnte das Wunder bewirken. Vergeblich suchten wir diesen Willen in Ihren rätselhaften Kontinenten, in all den zerstreuten, demütigen und schrecklichen Orten, die plötzlich ein Rückfall in die Barbarei gefährlich machte, die aber ein Sieg des Gemeinschaftsgedankens berühmt machen konnte. Aber nirgends sahen wir die beginnende Front der Wilsonschen Fähnchen, die den Weg des triumphierenden

Gedankens bezeichnen und das blasse Blau des Bundesbandes verstärken sollen. Nur nationaler Wille überall! Französische oder englische Fahnen, polnische oder litauische Fahnen, belgische oder italienische Fahnen ziehen die ewigen Linien des Krieges. Und wir fragen uns, Herr Sugimura, ob Sie selbst, wenn Sie am Morgen die Wache vor Ihrem Weltbild beziehen, nicht zuerst tapfer die Lust bekämpfen müssen, mit kleinen Fähnchen — rotstrahlende Sonnen auf weißem Feld — die mandschurische Front Ihrer Truppen abzustecken...

Herr Sugimura lächelt, wie die Japaner lächeln, höflich, herzlich und etwas pathetisch. Er schweigt, hebt die Hand und zeigt in die Höhe. Will er uns auf himmlischen Trost verweisen? Nein, er meint, daß wir im zweiten Stock, oben in der Abrüstungsabteilung, die Erlösung aus dem tragischen Zwiespalt finden müssen, in dem er selbst sich schweigend und lächelnd verzehrt. Erst wenn die Abrüstung... Ja, wir wissen es, wußten es längst, wissen es jetzt besser denn je: Erst wenn die Abrüstung... Wir werfen einen letzten Blick auf die kriegerische Karte, auf die tragischen Akten, auf den unanwendbaren Pakt, einen letzten Blick auf den gewaltigen und sympathischen Mann. Dann, weil es unsere Pflicht ist, gehen wir seufzend nach oben.

Man hat uns bereits gewarnt: „Es hat vorläufig keinen Zweck, daß Sie dort Ihre Zeit verlieren!“ Und auch der aufgeweckte Liftboy, der uns jetzt an die Tür der Abrüstungsbüros begleitet, schnippt mit den Fingern, um auszudrücken, daß nichts dazwischen ist. „Leer“, so schnippt er, und dazu sagt er: „Zero!“, auf deutsch: „Null!“

Mein Gott, ja, wir wissen es! Diesmal erhoffen wir wirklich nicht die sofortige Erfüllung unseres Traumes. Noch haben wir unsere Reiselektüre nicht vergessen. Auch sahen wir auf der Fahrt neben langen Strecken, in denen kaum ein Soldat unser Abteil bestieg, immer wieder andere Gegenden, in denen es unaufhörlich von Waffen klirrte, sahen, wie rechts und links finstere Kasernen die Geleise säumten, in den Höfen die Soldaten marschierten, die Unteroffiziere brüllten und bunte Helden auf schönen glänzenden Pferden tänzelten. Nein, Illusionen tragen wir nicht in unseren Herzen hierher, aber dafür erfüllt uns verzehrende Neugier. Wie haben Sie es gemacht? so fragen wir mit Verwunderung, mit Bewunderung. Wie haben Sie es gemacht, daß hier nichts ist, daß es hier leer ist, zero, zu deutsch null? Und wie lange können sie es noch machen? Bedenkt! Am 10. Januar 1920 tritt der Völkerbundpakt in Kraft. Sein Artikel 8, der die Abrüstung empfiehlt, ist ein mittelmäßiger Artikel: aber er ist da. Am 10. Januar

1920 tritt der Versailler Vertrag in Kraft. Die Präambel zu seinem Teil V ist vielleicht ein Schwindel: aber sie ist da. Keiner von diesen beiden Texten ist abgeändert worden, keiner verschwunden. Auch besteht immer noch der Punkt 4 Wilsons, der, anerkannt von den Alliierten, den Deutschen als die Gegenleistung zu ihrer Kapitulation feierlich bekräftigt wurde. Immer noch besteht die feierliche Versicherung Clemenceaus, daß der deutschen Abrüstung die allgemeine Abrüstung folgen werde. Inzwischen haben alle Erlebnisse der Nachkriegszeit die alte Wahrheit bestätigt, daß der Friede die Abrüstung erfordert und kein Völkerbund ohne Abrüstung, d. h. ohne Machtausgleich und Machtgemeinschaft, möglich ist. Inzwischen sind auch längst die Bedingungen erfüllt worden, die von den Alliierten an eine Verallgemeinerung der deutschen Abrüstung geknüpft worden waren. Die Aussöhnung zwischen den Feinden des Weltkrieges hat sich vollzogen. Die in Versailles Ausgestoßenen sind in Locarno an den gemeinsamen Beratungstisch zugelassen worden. Die Reihe der Abkommen, durch die der Weltfrieden besiegelt werden sollte, endet mit der feierlichen Erklärung, daß „die Inkraftsetzung dieser Verträge und Abkommen in hohem Maße dazu beitragen wird, eine moralische Entspannung zwischen den Nationen herbeizuführen..., daß sie, indem sie Frieden und Sicherheit in Europa festigt, das geeignete Mittel sein wird, in wirksamer Weise die im Artikel 8 der Völkerbundsatzung vorgesehene Abrüstung zu beschleunigen“ und daß die Mächte sich „verpflichten, an den vom Völkerbund bereits aufgenommenen Arbeiten über die Abrüstung aufrichtig mitzuwirken und die Verwirklichung in einer allgemeinen Verständigung anzustreben“. Deutschland ist in den Völkerbund eingetreten und sitzt am Ratstisch. In diesem Hause endlich arbeitet seit 1921 eine Abrüstungsabteilung, an deren Spitze immer treffliche oder geschickte Männer standen: der einstige italienische Untergeneralsekretär Attolico, später Bot-

schafter in Moskau, der geistvolle Spanier de Maderiaga, später Botschafter in Paris, der Norweger Colban, inzwischen Gesandter in Paris, und zuletzt der Grieche Aghnides, der es sicher auch noch zu allem Möglichen bringen wird. Eine lange Reihe von Organen ist mit der Abrüstung befaßt worden: Der Rat, der immer wieder wichtige Beschlüsse annimmt — die Versammlung, die immer wieder feierliche Grundsätze verkündigt und in einem eigenen Abrüstungsausschuß alljährlich gewaltige Debatten entfesselt — der ständige beratende Militärausschuß mit seinen drei Unterausschüssen für Heeres-, Flotten- und Luftfahrtsfragen, in dem die hohen Militärs der Ratsmächte sitzen — der zeitweilige gemischte Ausschuß, an dem Militärs, Politiker, Wirtschaftler und sogar Arbeitervertreter teilnehmen — ein besonderes Ratskomitee — ein sogenanntes Koordinationskomitee — ein großer Vorbereitungsausschuß, der im Jahre 1925 eingesetzt wird, um nunmehr endgültig eine Abrüstungskonferenz vorzubereiten und dem die Vertreter der Ratsmächte und einiger eingeladenen Staaten aus dem Völkerbund und außerhalb der Völkerbundwelt angehören, zuerst achtzehn, schließlich zweiunddreißig Delegierte mit ihren zahlreichen Sachverständigen. Dieser Ausschuß arbeitet geräuschvoll mit einem militärischen Unterausschuß und einem wirtschaftlichen Unterausschuß, der wieder einen Unterunterausschuß für Haushaltsfragen und einen Unterunterausschuß für Luftfahrtsfragen hat, — während daneben ein neuer gemischter Ausschuß läuft, von dem sich ein Unterausschuß für den chemischen Krieg abgliedert, ein Komitee zum Studium des Problems der privaten Waffenherstellung, später ein Sonderausschuß für dieses Problem und schließlich ein Schieds- und Sicherheitskomitee. Die Deutschen, die Amerikaner, die Russen und die Türken, die dem Völkerbunde nicht angehören, nehmen an diesen Vorbereitungsarbeiten teil. Die Protokolle der Sitzungen, die Vorschläge und Gegenvorschläge der Delegatio-

nen füllen dicke Bände. Hunderte von privaten Denkschriften und Bittschriften strömen nach Genf. Und trotzdem: Nichts? Wie machen sie's? Feierliche vertragliche Verpflichtungen und unumstößliche Maximen sind da, die dringende Notwendigkeit, den Völkerbund zu vollenden, ist da, auch Deutschland, das die Abrüstung der anderen fordern darf und sie braucht wie das tägliche Brot, das edle Amerika, das stürmische Rußland sind da. Die Sehnsucht der ganzen Welt ist da. Alles, was man zur Abrüstung braucht, ist da. Und trotzdem: Zero? Hut ab! Wie haben sie es nur gemacht? In uns brennt unlöschbare Neugier.

Wir öffnen die Türen der Büros, bleiben dann aber diskret am Eingang stehen. Stören wir? Zwei höhere Beamte der Abrüstungsabteilung schütteln einander erfreut die Hände in kameradschaftlichem Gespräch. „Guten Tag, Rittmeister“, sagt der eine, ein kleines bewegliches, schwarzes Männchen, — „wieder bei uns?“ — „Ja“, erwidert der andere, ein netter, blonder Junge mit dem Monokel im Auge. „Das Sekretariat hatte mich ja nur bis zur Abrüstungskonferenz zum Dienst bei meiner Truppe beurlaubt! Und auch zu Hause legt man den größten Wert darauf, daß ich die Konferenz mitmache, nachdem ich den Betrieb hier so gut kenne.“ — „Aber Ihr Dienst im Völkerbund wird Ihnen weiter vom Kriegsministerium angerechnet?“ — „Klar! Bin auch inzwischen befördert worden! Und Sie, Kapitän, wie geht's?“ — „Ach, viel Ärger! Denken Sie! Man hat meinen Burschen, der in meiner Genfer Wohnung seinen Militärdienst beendete, abberufen, und nun muß ich den neuen ausbilden! Viel Ärger!“ Er seufzt, zuckt die Achseln. Der Mann mit dem Monokel seufzt, zuckt die Achseln. Wir seufzen, zucken die Achseln. Machen sie es so? Nicht schlecht! Und wir treten näher und entdecken nun noch einen dritten aktiven Offizier, dann einen früheren Militär, aber endlich — Gott sei Dank! — auch zwei Zivilisten, sehen

dann, wie hervorragende Soldaten aller Waffen aus den einzelnen Delegationen die Kameraden vom Sekretariat, von denen sie nichts unterscheidet, besuchen und begrüßen, und stellen allmählich fest, daß der Gedanke, der die Arbeit in diesen Räumen beherrscht, wahrscheinlich nicht der Gedanke der völkerbündlichen Sachverständigkeit, sondern der Gedanke der militärischen Sachverständigkeit ist. Wir betrachten neugierig all diese wackeren und tapferen Krieger und bedauern nur, daß es ihnen nicht gestattet ist, in ihren Büros und Beratungssälen die schimmernden Uniformen und Waffen zu tragen, die zu ihnen gehören und von denen keiner sich allzulange trennen möchte. Militär in Zivil! Machen sie es so?

Wie machen sie es sonst noch? Denn wie sie's auch machen, eine Abrüstungsabteilung ist da, der Rat ist da, die Versammlung ist da, alle die Ausschüsse sind da. Wie kann man, wenn alle diese Sachen da sind, immer wieder die Abrüstung hintertreiben? Ach, bald sehen wir, daß Rat, Versammlung und Ausschüsse weit besser einer Verschleppung als einer Beschleunigung dienen können. Hier spricht man von der Abrüstung, hier schafft man immer neue Instrumente und Methoden, hier macht man Bewegung, hier füllt man die Zeit aus. Nachdem ein einziger konkreter Abrüstungsplan — das Projekt von Lord Esher, das nach dem Vorbild der Flottenkonferenz der großen Seemächte in Washington einen Rüstungskoeffizienten aufstellen wollte —, abgelehnt worden ist, entdeckt man, daß eine Abrüstung ohne Sicherheit nicht möglich ist und daß man erst die Sicherheit schaffen muß, bevor man an konkrete Abrüstungspläne herantreten kann. Man gewinnt, indem man immer neue Sicherheitssysteme ausarbeitet, die dann wieder zusammenbrechen, einen doppelten Vorteil: erstens Zeit und zweitens das Recht, bekümmert zu erklären, daß die Sicherheit noch nicht ausreiche. Inzwischen kann man allershand Nebenfragen behandeln. Man läßt in dem „zeitweiligen

gemischten Ausschuß“ als Ersatz für das gescheiterte Abkommen von St. Germain aus dem Jahre 1919 einen mittelmäßigen Abkommensentwurf zur Kontrolle des internationalen Waffenhandels ausarbeiten und im Mai 1925 durch eine besondere Konferenz genehmigen. Man beginnt verwickelte und unaufrichtige Vorarbeiten für ein Abkommen über die private Waffenherstellung, die ergebnislos bleiben und bis zur allgemeinen Abrüstung vertagt werden. Man läßt durch die Konferenz über den Waffenhandel ein Protokoll redigieren, das den Gaskrieg und den bakteriologischen Krieg verurteilt, während alle Länder munter diese Kriege vorbereiten. Man stellt nach langen Vorbereitungsarbeiten im Jahre 1924 die Regeln für das Investigationsrecht auf, das der Völkerbundrat auf Grund der Friedensverträge nach Beendigung der Kontrolle durch die alliierten Regierungen in den zwangsweise entwaffneten Ländern auszuüben hat, schafft dabei in völliger Verletzung der Vertragstexte an Stelle eines zeitweiligen Nachforschungsrechtes eine ständige Kontrolle, die praktisch weiter in den Händen der Alliierten liegt, möchte sogar im Rheinland nach der Räumung durch sogenannte „stabile Elemente“ eine Fortdauer des französischen militärischen Einflusses sichern und findet sich erst nach Deutschlands Eintritt in den Bund zu gewissen Milderungen des Systems bereit, die auch den anderen zwangsweise entwaffneten Staaten zugute kommen, aber im Grunde eine unmoralische Bestätigung der Vorrechte der Siegermächte und der Bedientenrolle des Völkerbundes im Dienste dieser Mächte sind.

Natürlich können all diese Beschäftigungen auf die Dauer die Welt nicht täuschen. Aber als nach langem Zögern die Versammlung des Jahres 1925 sich gezwungen sieht, nunmehr methodische Vorbereitungsarbeiten für die Herbeiführung einer Abrüstungskonferenz anzuordnen, sorgt man dafür, daß kein Datum für die Konferenz bestimmt wird, und legt man die Vorbereitungsarbeiten so methodisch an, daß bald überhaupt die Aussicht auf eine

Konferenz in fernem Nebel verschwindet. Der Rat stellt im Dezember 1925 einen Fragebogen auf, der im Mai 1926 dem neuen Vorbereitungsausschuß als Grundlage seiner Verhandlungen auf den Tisch gelegt wird. Er fragt zunächst vorsichtig und unschuldig: Was ist unter Rüstungen zu verstehen? Dann: Kann man die Kriegsrüstungen beschränken oder nur die Friedensrüstungen? Hierauf: Was heißt Beschränkung oder Begrenzung der Rüstungen? Ferner: Welche Regeln müssen befolgt werden, um die Rüstungen der Länder miteinander zu vergleichen? Oder: Gibt es offensive und defensive Rüstungen? Weiter: Nach welchen Grundsätzen soll man das Verhältnis unter den Rüstungen der einzelnen Länder berechnen, wenn man folgenden Faktoren Rechnung trägt: Einwohnerzahl, Hilfsquellen, geographische Lage, Länge und Wesen der Seeverbindungen, Dichtigkeit und Art des Eisenbahnnetzes, besonders bedrohte Grenzen und Lebenszentren in der Nähe der Grenzen, von Staat zu Staat verschiedene Fristen der Umstellung der Friedensrüstungen in Kriegsrüstungen, der Sicherheitsgrad. Wie kann man, so wird weiter gefragt, die Erleichterung und Beschleunigung der in Artikel 16 des Paktes vorgesehenen militärischen und wirtschaftlichen Hilfe in Betracht ziehen? Wie ist der Unterschied von Kriegs- und Zivilflugzeugen zu bewerten? Sind dabei die Ersatzteile der Flugzeuge zu berücksichtigen? Wie steht es mit den Handelsflotten? Soll man gebietsweise oder allgemein abrüsten? Und alle diese Fragen schleppen noch zahlreiche Unterfragen hinter sich her und wälzen Beratungsstoff für viele Wochen und Monate auf den Tisch des Ausschusses, Beratungsstoff, den man herrlich in Unter- und Unterunterausschüsse verteilen kann. Jetzt werden die tollsten und komischsten Debatten an uns vorbeiziehen, und vor allem werden die militärischen Sachverständigen den Fragebogen noch mit politischen und wirtschaftspolitischen Argumenten komplizieren und sich begeistert auf die großartige Erfindung des „Kriegs-

potenziells“ stürzen, die hinter den meisten Fragen hervorschaute und mit deren Hilfe die „potentielle“ Kriegsmacht der entwaffneten Staaten der „nur“ effektiven Kriegsmacht der Militärmächte gegenübergestellt werden soll. Schnell ist es klar, daß alle Fragen sich auf eine einzige Frage zurückführen lassen: Darf man abrüsten? Und daß sie alle nach der einen Antwort schreien: „Nein! Wenigstens nicht heute, nicht morgen und auch nicht übermorgen!“ Der Skandal ist so groß, daß die Völkerbundversammlung unruhig wird, der amerikanische Delegierte Gibson, als der Vorbereitungsausschuß Ende September 1926 zu einer kurzen zweiten Tagung zusammentritt, vor den Methoden des militärischen Ausschusses warnen muß und man auf der dritten Tagung, die von Ende März bis April 1927 dauert, plötzlich zu einer neuen Methode übergeht: Lord Robert Cecil legt auf den Tisch des Ausschusses einen vollständigen englischen Entwurf für ein Abrüstungsabkommen nieder, neben den Herr Paul Boncour zwei Tagespäter einen ebenso vollständigen französischen Entwurf legt. Und nun beginnt nach dem Scherz mit dem Fragebogen der Spaß mit der „synoptischen Tabelle“, an dem vor allem die Abrüstungsabteilung des Sekretariats ihre helle Freude hat. Der französische und der englische Plan werden artikelweise nebeneinander geschrieben und ineinander verarbeitet. Die Vorbereitung der Abrüstung wird eine englisch-französische Auseinandersetzung. — „Zwo gewaltige Nationen ringen — um der Welt alleinigen Besitz, — aller Länder Freiheit zu verschlingen, — schwingen sie den Dreyzack und den Blitz!“ So können Schillers Landsleute betrübt und schweigend feststellen. Und aus diesem englisch-französischen Ringen geht ein Abkommensentwurf des Ausschusses hervor, der dadurch, daß er weder die ausgebildeten Reserven, noch das gelagerte Material erfassen will und überhaupt keine Zahlen angibt, deren Festsetzung der Konferenz vorbehalten bleiben soll, sofort verrät, daß er sich von der Methode des Versailler Vertrags

lossagt, weder eine Rüstungsbeschränkung noch eine Rüstungsbegrenzung, sondern höchstens eine Stabilisierung der Rüstungen vorbereitet. Mit zahlreichen Vorbehalten verschiedener Delegationen, vor allem der deutschen, geschmückt, wird dieser Entwurf in erster Lesung feierlich angenommen, worauf der Ausschuß am 26. April 1927 auseinandergeht, um erst sieben Monate später, am 30. November, von neuem zusammenzutreten.

Warum die lange Pause? Warum nicht so schnell wie möglich die zweite Lesung des Entwurfes? Hat der ungeheure Gegensatz, der zwischen den Methoden des Ausschusses und der für Deutschland bestimmten Versailler Methode besteht, die notwendige Krise hervorgerufen? Haben die Deutschen protestiert und, da ihre Sicherheit durch den Plan auf das Furchtbarste bedroht ist, zunächst Verhandlungen zur Behebung der Gegensätze und Erhöhung ihrer Sicherheit gefordert? O nein: aber das englisch-französische Ringen ist noch nicht beendet. Die stark gerüsteten Siegermächte sind sich in einer Nebenfrage nicht einig. Bei der Beschränkung der Seerüstung wollen die Engländer den Schiffsraum nach Schiffsklassen, die Franzosen ihn dagegen global berechnen, um Bewegungsfreiheit zum Bau der bei den Engländern wenig beliebten Unterseeboote zu gewinnen. Solange diese Frage nicht geklärt ist, müssen die Franzosen außerdem fürchten, daß die Engländer mit den Deutschen in der Frage der Landrüstungen kokettieren könnten. Aber eine vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, Coolidge, im Sommer 1927 nach Genf einberufene Sonderkonferenz der großen Seemächte bleibt ergebnislos. Daneben behaupten die stark gerüsteten Siegermächte von neuem, daß sie nicht über ausreichende Sicherheit verfügen und daß, ehe der Ausschuß Fortschritte erzielen kann, besser für diese Sicherheit gesorgt werden müsse! „Wir haben im letzten Frühling“, so sagt der phantastische Präsident des Ausschusses, der holländische Gesandte in Paris, Loudon, bei der

Eröffnung der dritten Tagung, „feststellen können — und die 8. Völkerbundversammlung hat das einstimmig bestätigt —, daß die Fortführung unserer Studien dadurch gehindert wird, daß das allgemeine Gefühl der Sicherheit fehlt, das für die Festsetzung eines verminderten Rüstungsstandes notwendig ist.“ Infolgedessen muß zunächst ein neuer Ausschuß, das Schieds- und Sicherheitskomitee, gebildet werden, der die Möglichkeiten einer Erhöhung der Sicherheit prüfen, in Wahrheit, gemeinsam mit den Verhandlungen der Seemächte, die verschleppende Rolle übernehmen soll, die zuerst der Fragebogen, dann die synoptische Tabelle gespielt hatten. Einen Augenblick kann man zwar annehmen, daß all diese Verschleppungsmanöver dadurch gestört werden, daß jetzt zum ersten Male die Russen — die bisher wegen der Freisprechung der Mörder des auf der Lausanner Orientkonferenz erschossenen Sowjetdelegierten Worowsky nicht in die Schweiz kommen wollten —, an den Ausschüßarbeiten teilnehmen und mit ihren rücksichtslosen Methoden die kapitalistisch-militaristischen Mächte in die Enge treiben werden. Aber das Gegenteil tritt ein: Man benutzt die Reden und Kundgebungen der Russen, um die Zeit bis zum Schluß der Tagung totzuschlagen, um am 3. Dezember 1927 auseinanderzugehen, ohne daß die zweite Lesung des Abkommensentwurfs überhaupt begonnen wurde, und die Welt damit zu trösten, daß, „wenn alles gut geht“, die Konferenz noch im Laufe des Jahres 1928 stattfinden werde. Als Präsident Loudon aber am 15. März 1928 die fünfte Tagung des Vorbereitungsausschusses eröffnet, kann er in der Tat mitteilen, daß inzwischen das Sicherheitskomitee zu „sehr befriedigenden Ergebnissen gelangt ist“. Wird man also schnell zur zweiten Lesung des Abkommensentwurfes schreiten? Ach nein, denn die Gegensätze zwischen den Seemächten sind immer noch nicht behoben, und „es wäre nicht weise“, wie der amerikanische Delegierte Gibson sagt, „sofort eine zweite Lesung vorzu-

nehmen“ oder bereits ein Datum für die nächste Tagung des Ausschusses — um von der Konferenz selbst überhaupt nicht zu sprechen — festzusetzen! Was bleibt anderes übrig, als wieder ausgiebig die Vorschläge der armen Russen zu benutzen, um die Zeit hinzubringen und nach acht Tagen, am 24. April, wieder auseinanderzugehen, ohne, trotz des Drängens der Deutschen, weder ein Datum für die Konferenz noch ein Datum für die Fortführung der Ausschüßarbeiten zu bestimmen? Zwar soll uns der Beschluß beruhigen, daß der Präsident recht bald, „möglichst vor der nächsten Versammlungstagung“, also vor September 1928, die sechste Tagung einberufen wird. Aber es verstreicht mehr als ein Jahr, ehe der Ausschüß sich wieder versammelt! Und als nach so langer Pause der Präsident des Vorbereitungsausschusses am 15. April 1929 die sechste Tagung eröffnet, teilt er uns sofort wieder bedauernd mit, daß der Augenblick noch nicht gekommen ist, um „in zweiter Lesung die Gesamtheit des Abkommenstextes aufzustellen und einen endgültigen Text zu formulieren, der den Abschluß der Vorbereitungsarbeiten bedeuten würde“, weil die Seemächte sich immer noch nicht geeinigt haben. Nach knapp drei Wochen, am 6. Mai, schließt daher der Ausschüß den, wie es diesmal schamhaft heißt, „ersten Teil“ seiner sechsten Tagung ab, um nochmals die Einigung unter den Seemächten abzuwarten und ohne zu bestimmen, wann der „zweite Teil“ beginnen soll. Da aber allgemein jetzt als Datum der Konferenz das Jahr 1929 bezeichnet wird, ist man natürlich davon überzeugt, daß der „zweite Teil“ der sechsten Tagung schnell auf den „ersten Teil“ folgen muß, und faßt sich noch einmal in Geduld!

Anderthalb Jahre vergehen jedoch, ehe am 6. November 1930 Präsident Loudon den „zweiten Teil“ eröffnet und mitteilt, daß inzwischen auf der Londoner Konferenz eine Einigung zwischen den großen Seemächten erreicht werden konnte. Nun endlich wird die zweite Lesung vorgenommen und am 9. Dezember in der

Schlußsitzung des Ausschusses der allmählich verschimmelte Abkommensentwurf angenommen, der in jeder Beziehung das Gegenteil ist von den Entwaffnungsbestimmungen, die Deutschland auferlegt wurden, nur die unter den Fahnen befindlichen Truppen, aber nicht die ausgebildeten Reserven, auf denen die Macht der Militärstaaten beruht, in Betracht zieht, nur das im Dienst befindliche Kriegsmaterial und auch dieses nur indirekt durch etwaige Budgetbeschränkungen, nicht das für die Kriegführung entscheidende gelagerte Material beschränkt, als Hauptkriterium die Budgethöhe ansieht, im Gegensatz zu den für Deutschland gültigen Bestimmungen weder die allgemeine Dienstpflicht abschafft noch die Zahl der Divisionen und Truppenteile festsetzt, in keiner Weise die Generalstäbe verbietet oder die einzelnen Stäbe beschränkt, keine Zerstörung von Festungen und keine entmilitarisierten Zonen vorsieht, die für Deutschland verbotenen Luftstreitkräfte, Flugabwehrgeschütze, Unterseeboote und Schiffskategorien zuläßt und vor allem keine Überwachung festsetzt, sondern nur die Einsetzung eines Abrüstungsausschusses vorschlägt, der rein informatorische Befugnisse, aber nicht das Recht hat, Untersuchungen an Ort und Stelle vorzunehmen. Der Entwurf begnügt sich aber nicht damit, Methoden aufzustellen, die eine Abrüstung unmöglich machen, sondern er will ausdrücklich den in Versailles als temporär gedachten Rüstungsunterschied weiter aufrechterhalten, indem er im Artikel 53 festsetzt, daß die bisherigen Abrüstungsverpflichtungen durch das Abkommen nicht abgeändert werden, sondern vielmehr die Voraussetzung für die etwaigen Beschränkungen bilden, die die anderen Mächte in diesem Abkommen annehmen. Damit wird die Präambel zu Teil V ausgelöscht. Damit wird Deutschland — Mitgliedstaat des Bundes und des Rates —, das von der Konferenz die längst fällige Erlösung aus dem Zustande seiner aufgezwungenen militärischen, politischen und moralischen Inferiorität erwarten

mußte, in die Zeit der Kapitulation zurückgeschleudert. Man bedenke: Seit Jahren werden die Abrüstungsarbeiten angeblich deshalb verschoben, weil England und Frankreich sich über Einzelheiten der Seeabrüstung nicht verständigen können und man keinen Entwurf genehmigen dürfe, solange in wichtigen Fragen die interessierten Mächte nicht untereinander einig sind. Aber in der Kernfrage der Landabrüstung, nämlich der Frage, ob die ausgebildeten Reserven und das gelagerte Material durch eine Rüstungsbeschränkung erfaßt werden sollen oder nicht, wie in einer Reihe anderer Grundfragen, bestehen gleichzeitig viel tiefergehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Franzosen und den Deutschen. Diese Meinungsverschiedenheiten aber sucht man weder im Ausschuß noch in Sonderverhandlungen zu lösen. Man kümmert sich einfach nicht um die deutsche Meinung, beschließt mit großer Mehrheit die Annahme eines Entwurfes, mit dem die Deutschen nicht einverstanden sein können und gegen den sie unaufhörlich protestieren, und sagt ihnen außerdem zum Schluß: All dies geht euch überhaupt nichts an. Ihr seid längst durch den Versailler Vertrag gebunden und bleibt weiter gebunden! — Man löscht ihre bisherige Mitarbeit aus, macht sie lächerlich, demütigt und erniedrigt sie.

Das ist das Ende der Vorbereitungsarbeiten. Zwölf Jahre sind zwecklos dahingegangen, zwölf Jahre, in denen keine der Mächte ihre Rüstungen verringert, die meisten ihre Rüstungen vermehren und kein brauchbares Material für eine Abrüstungskonferenz geschaffen wird. Trotz dem Rat, trotz der Versammlung, trotz dem ungeheuren Aufwand zahlreicher Sonderorgane ist es gelungen, nicht nur das Abrüstungsproblem ungelöst zu lassen, sondern es auf das ungeheuerlichste zu erschweren und zu komplizieren, so daß die neue Konferenz mit noch mehr Hindernissen und mehr Skeptizismus kämpfen muß als die Pariser Konferenz

im Jahre 1919. In der Tat: jetzt braucht man die Abrüstungskonferenz nicht mehr zu fürchten. In der Schlußsitzung des Vorbereitungsausschusses lassen selbst die Redner, deren Länder immer als das Gegengewicht gegen die französische Abrüstungspolitik gelten, keinen Zweifel darüber bestehen, daß — wie Cecil sagt — „die erste Konferenz und die ersten Fortschritte nur das Vorspiel späterer wichtigerer Fortschritte sein werden, die in fünf oder zehn Jahren“ erzielt werden können, und „wenigstens“ — wie der Amerikaner Gibson tröstend versichert — „eine Stabilisierung der Rüstungen“ bringen wird. Ist das alles? Das ist alles. Nun kann nichts mehr passieren. Nun genügt es, die Konferenz, die bereits 1925, dann 1928, dann 1929 stattfinden sollte, nur noch auf ein Jahr zu verschleppen. *Die beste Methode der Verschleppung ist jetzt die Konferenz selbst.* Die Scheinlösung liegt bereit. Der Rhythmus für die weitere Behandlung der Abrüstungsfrage ist festgelegt: ein langsames bedächtiges Tempo, das mit Jahrzehnten, vielleicht Jahrhunderten bei der Bemessung der „Fortschritte“ zwischen den einzelnen Konferenzen rechnet. Nun wird es möglich sein, die Abrüstungsfrage inmitten der anderen Fragen unterzubringen, die der Völkerbund in periodischen Konferenzen zu bearbeiten pflegt, inmitten der Opium-, Hygiene- und Verkehrsfragen. Dann braucht der gegenwärtige Bund nicht an dem furchtbaren Bissen zu ersticken: er wird ihn klein kauen und verdauen. So kann der Rat in seiner Tagung vom 25. Januar 1931 den Abkommensentwurf als Grundlage der künftigen Konferenzberatungen genehmigen und die Konferenz selbst auf den 2. Februar 1932 einberufen. Nun kann auch die Versammlung im September 1931 eine edle Geste machen und, wie bereits in früheren Jahren, durch einen praktisch unverbindlichen Beschluß die Regierungen dazu anhalten, ihre Rüstungen bis zum Ende der Konferenz nicht zu erhöhen! Wie machen sie's? So machen sie's.

Und sie wollen es weiter so machen. Denn Ausschüsse, Fragebogen, synoptische Tabellen, Kriegspotenziell, Sicherheitsargument, Verhandlungen der Seemächte, Abkommensentwurf, Konferenz, alle diese Methoden der Verschleppung und Abwürgung des Abrüstungsproblems, was sind sie anderes als die verschiedenen Äußerungen einer einzigen grundlegenden und großangelegten Methode, die schon im Artikel 8 des Paktes vorgezeichnet worden war und die man seit 1920 einfach zielbewußt, fast genial weiterentwickelt hat? Wie sie es gemacht haben, um die Abrüstung bis heute aus dem Völkerbund fernzuhalten? Wie sie es weiter machen wollen? Sehr einfach: *Indem sie den Völkerbund aus der Abrüstung fernhielten.* Das ist das große und prächtige Zauberkunststück, das man uns seit vielen Jahren in vollendeter Weise vorführt und das für alle Zukunft die Bühne beherrschen soll. Man macht das Abrüstungsgeschäft ohne den Völkerbund. Man behandelt, wenn man von der Abrüstung spricht, alle Probleme, nur das Völkerbundproblem nicht. Man schreibt alle nur denkbaren Fragen in die Fragebogen, nur die Frage nach dem Völkerbund nicht. Was ist Abrüstung? Sagen Sie. Aber niemals sagen sie: „Was ist der Völkerbund?“ Es war die Frage zu stellen: Wie muß abgerüstet werden, damit der Rat nicht nur das Organ einiger Mächte, sondern aller Ratsmächte ist und damit die Völkerbundversammlung ihre Rolle spielen kann? Diese Frage wurde nicht gestellt. Es war zu fragen: Wie soll der Rüstungsstand in der Welt aussehen, damit der Apparat der Friedenserhaltung, der von Artikel 11 bis Artikel 17 geht, funktionieren, damit der Artikel 16, der die Sanktionen anbefiehlt, gleichmäßig gegen alle Staaten angewandt werden kann? Es war zu überlegen: Wie muß der Abrüstungsstand aussehen, damit es nicht nur hier und da eine nationale, sondern überall eine internationale Sicherheit gibt, damit endlich die Gemeinschaft der Macht im Völkerbund, also der Völkerbund selbst, entsteht? Keine

dieser Fragen wurde gestellt. Der Begriff Völkerbund, der allein die Beschäftigung mit der Abrüstung klären kann, fehlt in dem Fragebogen, fehlt in den Beratungen der militärischen und wirtschaftlichen Unterausschüsse, fehlt in der synoptischen Tabelle, fehlt im Abkommensentwurf, fehlt, wenn man von den Phrasen einiger begeisterter Redner und von einigen polemischen Argumenten der deutschen Delegierten absieht, in allen Debatten der Völkerbundorgane. Der Gedanke, daß durch die Abrüstung endlich der Völkerbund gemacht, daß die Versäumnis von 1919 nachgeholt werden müsse, der Gedanke, daß die Technik der Abrüstung nicht auf die Rüstungsbedürfnisse der Staaten zugeschnitten werden darf, sondern nur auf die Bedürfnisse der neuen Einrichtung, die den Namen Völkerbund führt und diesen Namen eines Tages verdienen soll: dieser Gedanke, der den Vorsitz führen mußte, war in die Beratungssäle nicht zugelassen worden. Zwar hatte man einen Ausschuß eingesetzt, um dem Rate des *Völkerbundes* Vorschläge über die Abrüstungsfrage zu unterbreiten. Aber vom ersten Tage an zeigte sich, daß seine Mitglieder sich niemals als Mandatare des Bundes, sondern nur als Vertreter ihrer Regierungen betrachteten, niemand für den Völkerbund, jeder nur für sich sprach, niemals Gruppen und Parteien für diese oder jene Völkerbundauffassung, sondern immer nur Gruppen und Parteien für diese und jene nationalen Interessen entstanden. Niemals waren wir im Völkerbunde, nicht einmal in diesem vorläufigen, verbesserungsbedürftigen Bunde des Paktes, geschweige denn in seiner Idee. Im Vorbereitungsausschuß wie in den anderen Ausschüssen, im Rat wie in der Versammlung trat uns immer nur die herkömmliche Regierungskonferenz entgegen, eine Regierungskonferenz, die zum Teil an die Haager Konferenzen, zum Teil an die Pariser Friedenskonferenz erinnerte, eine Regierungskonferenz, die auch mit dem Abschluß der Vorarbeiten nicht beendet war, die weiterlebte in den internationalen De-

batten, die zwischen Ausschuß und Abrüstungskonferenz die Welt erfüllten, und die vor allem weiterleben will auf der Abrüstungskonferenz selbst: die ewige Konferenz ohne Völkerbund.

Wollt ihr ein Beispiel für den Geist, der diese Konferenz erfüllt? Eine einzige kleine Szene aus dem langen Drama? Der deutsche Delegierte, Graf Bernstorff, beantragt während des „ersten Teiles“ der sechsten Tagung, daß der Bombenabwurf aus Flugzeugen verboten werde, weil diese Art der Kriegsführung vor allem die Zivilbevölkerung gefährde. Muß man nicht annehmen, daß ein solcher Antrag der sofortigen einstimmigen Annahme sicher wäre? Aber der polnische Vertreter Sokal erklärt, dieser Antrag habe nichts mit der Abrüstung zu tun, gehöre vielmehr in das Gebiet der Kodifizierung der Kriegsgesetze und eine Kodifizierung der Kriegsgesetze sei nicht möglich. Warum nicht? Lyrisch ruft er aus: „Meine Herren! Stellen Sie sich heute einmal vor die öffentliche Meinung hin, und versuchen Sie nach der Annahme des Kelloggpaktes eine Konferenz zur Kodifizierung der Kriegsgesetze einzuberufen! Was würde die öffentliche Meinung sagen, wenn, nachdem man den Krieg geächtet hat, der Völkerbund sich damit befassen wollte, ihn zu reglementieren, die Kriegsgesetze zu kodifizieren!“ Aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung müssen also weiterhin Bomben aus der Luft herabgeworfen werden. Der französische Delegierte, Herr Massigli, gibt zu, daß Luftbomben für die Zivilbevölkerung gefährlich sind, aber, so fragt er mit zarter Anspielung auf die Dicke Berta, sind nicht auch weittragende Geschütze gefährlich? Er gesteht ein, daß Luftbombardements einen aggressiven Charakter haben, findet jedoch, daß sie auch defensiv sehr nützlich sein können. Aber kommt es, so meint er ungeduldig, überhaupt auf alle diese Gesichtspunkte an? Nein! Die Deutschen wollen einfach die Luftwaffe verbieten. Sie wollen, daß ein Verbot, das für sie gilt, verallgemeinert wird. „Meine Herren“, so sagt der Franzose mit

kalter Offenherzigkeit, „das ist nicht unsere Aufgabe! Das ist nicht unsere Rolle! Wir haben die militärische Luftfahrt nicht abzuschaffen.“ Der spanische Delegierte, Herr Cobian, erklärt äußerst energisch: „Für Spanien sind die Bombenflugzeuge als Verteidigungswaffe absolut notwendig angesichts der geographischen und marinetechnischen Lage dieses Landes!“ Der amerikanische Vertreter — ja, er heißt Wilson! — hält den Augenblick nicht für gekommen, um „ein so verwickeltes Problem“ zu besprechen. Der englische Delegierte Cushendun sagt, daß der Antrag nicht in die Zuständigkeit des Vorbereitungsausschusses gehöre, daß „Aeroplane und Luftschiffe durchaus legitime Waffen sind, daß es unmöglich ist, sie abzuschaffen“, und auch „die Verwendung von Explosivstoffen durchaus zulässig sei“. Der kanadische Vertreter Riddell findet ein neues Argument: Der Vorbereitungsausschuß soll nur den Rahmen für ein Abkommen aufstellen, und erst die Konferenz soll die Zahlen einfügen, nicht wahr? Wenn man nun aber die Bombenflugzeuge verbietet, so hieße das, hinter das Wort „Bombenflugzeug“ die Zahl „Null“ setzen. Damit aber würde man in die Rechte der Konferenz eingreifen. Da niemand auf den Gedanken kommt, einen mathematischen Unterausschuß für die Prüfung der Frage einzusetzen, ob Null eine Zahl ist oder nicht, wird der deutsche Antrag sofort mit großer Mehrheit abgelehnt, nachdem einige Delegationen, die immerhin etwas verlegen geworden sind, mit frommem Augenaufschlag schnell erklärt haben, daß die sich damit natürlich nicht für die Bombardierung der Zivilbevölkerungen aussprechen wollen. Eine einzige kleine Szene aus dem langen Drama! Aber sie enthält alle seine wesentlichen Bestandteile: Heuchelei und Brutalität, nationale Selbstsucht und diplomatische Pffiffigkeit. Sie ist erfüllt von der ekelerregenden Atmosphäre der Lüge und des Zynismus, die von Anfang an über den Abrüstungsberatungen lag.

Ja, das ist der große Erfolg der zwölfjährigen „Vorbereitung“. Man hat den Völkerbund und seinen Geist aus den Beratungen des wichtigsten Völkerbundproblems herausgeworfen. Da sitzen sie wieder, so wie sie immer dagesessen haben, in allen Zeiten und auf allen Konferenzen, die Diplomaten, die Juristen, die Generäle und die Admiräle, mit ihren alten Gesinnungen und ihren alten Argumenten. Die einen, die siegreichen Großmächte und ihre Verbündeten, vertreten die Interessen des Sieges. Sie haben 1919 die Abrüstung hintertrieben und die neue Ordnung auf ihre militärische Übermacht gestützt, und dabei soll es bleiben. Der Hauptnutznieß der bestehenden Machtverhältnisse, Frankreich, sitzt da wie in Versailles, ein Spieler, der nach mehreren Verlusten einmal gewann, weil das Schicksal die Karten diesmal herrlich gemischt hatte, dann befiehlt, daß vorläufig nicht mehr gespielt werden soll, aber für alle Zukunft schon die Karten so verteilen läßt, daß er von vornherein die guten Trümpfe des letzten Spiels in der Hand behält. Mit diesen Trümpfen thront es am Tisch der Abrüstungsausschüsse, mit ihnen geht es auf die Konferenz, mit ihnen will es von der Konferenz nach Hause gehen. Sagt man ihm, daß der Völkerbund solche Spiele und Trümpfe unnötig mache oder daß sie ihm schaden, zuckt es wütend mit den Achseln. Die eigene Macht aufgeben, um in der Machtgemeinschaft des Völkerbundes aufzugehen? Dann hätte Wilson doch über Clemenceau gesiegt! Nein: der Völkerbund ist auch nur eine Karte im französischen Spiel, war geschaffen worden, um die Macht Frankreichs zu ergänzen, nicht um sie zu ersetzen. Zwar wagen die Franzosen in der ersten Zeit noch nicht, ihre Karten völlig aufzudecken, und ihrem gewandten Advokaten, Herrn Paul Boncour, entfährt, wenn er lyrische Hymnen auf den Frieden singt, während hinter ihm der eigentliche Chef der französischen Delegation, der Oberst Requin, höhnisch grinst, das Zugeständnis, daß die Präambel des Teiles V des Versailler

Vertrages auch für die Sieger eine „moralische und juristische Verpflichtung“ darstellt. Aber da sich die Vorbereitungsarbeiten ihrem Ende nähern, leugnen die Franzosen mit wachsender Brutalität diese Verpflichtung, um in einer Denkschrift, die sie nach Abschluß der Vorbereitungsarbeiten nach Genf senden, mit geradezu verzweifelnder Härte zu erklären, daß überhaupt eine Anwendung der Versailler Methoden auf die allgemeine Abrüstung niemals vorgesehen war, sie selbst längst abgerüstet sind und sowohl die Bedingungen der Präambel als auch des Artikels 8 erfüllt haben. Werden sie dieses Spiel bis zu Ende spielen können? Manchmal sind sie moralisch isoliert, aber bei den Abstimmungen sind sie fast immer der Mehrheit sicher. Denn der Großteil der Welt, selbst wenn er abrüstungstechnisch zuweilen andere Wege als Frankreich geht, ist konservativ wie dieses Land und läßt ihm daher im allgemeinen die Führung. Frankreichs kleine Verbündete gehen rückhaltlos mit ihm. England muß zwar ab und zu auf Strömungen im eigenen Hause Rücksicht nehmen und hätte auch gegen eine gewisse Machtverminderung der Franzosen nichts einzuwenden, will aber nicht die Schmälerung seiner eigenen Macht im Interesse einer Machtgemeinschaft im Völkerbund und tritt noch brutaler und zynischer als Frankreich für den Artikel 53 ein, der die deutsche Ausnahmestellung bekräftigt. Italien marschiert auf zwei Wegen, denn es verfolgt zwei Ziele. Es will einmal seine bisherige Macht erhalten und stimmt daher lange, genau wie Japan, den wichtigsten französischen Thesen zu. Dann aber will es ebensoviel Macht erlangen wie Frankreich und macht daher am Schlusse mit den Entwaffneten gemeinsame Sache. Der Völkerbund? Er kann in der zweiten Phase dieses italienischen Strebens nützliche Vorwände liefern, aber seine eigene Zukunft interessiert die Italiener nicht.

Die neutralen Kleinstaaten sind, wie auf allen anderen Konferenzen, grundsätzlich für die Abrüstung, aber verstehen darun-

ter in erster Linie die Herabsetzung der Rüstungen der Großmächte. Sie sind gleichzeitig gewohnt, mit der Macht der Mächtigen zu rechnen, haben nicht das geringste Vertrauen in ihren Abrüstungswillen, prüfen daher vorsichtig alle Vorschläge und Pläne darauf hin, ob sie nicht ihre eigene einseitige Schwächung zur Folge haben könnten, und benutzen, abgesehen von einigen radikal abrüstungsfreundlichen skandinavischen Ländern, gerne die starre Haltung der Militärmächte, um die unbequemen, im Grunde antimilitaristischen Abrüstungsforderungen im eigenen Lande abzuwehren. Ihre Hauptsorge gilt nicht der Herbeiführung des besseren Völkerbundes durch die allgemeine Abrüstung, sondern der Erhaltung des gegenwärtigen Bundes, den sie bei einem Scheitern der Abrüstung aufs ärgste gefährdet glauben.

Wo stehen die Amerikaner? Sie, die man ehrerbietig einlud und ehrerbietig anhört, denken mehr als irgendein anderes Volk an die eigenen Interessen, die vor allem auf dem Gebiete maßvoller Flottenvereinbarungen mit England und Japan liegen. Wenn sie natürlich aus Gründen des moralischen Prestiges eine allgemeine abrüstungsfreundliche Haltung einnehmen, fällt es ihnen niemals ein, Deutschland gegen Frankreich, den Völkerbund gegen die europäische Großmachtpolitik zu unterstützen. Stimmen sie zuweilen in einigen grundsätzlichen Fragen, wie auch die Russen und Türken, einige Neutrale und Lateinamerikaner, mit den Deutschen, so halten sie doch kühle Distanz und stellen sich bei der nächsten Gelegenheit wieder sichtbar in die Reihe der richtigen Großmächte. Was darf man auch anders von ihnen erwarten? Amerika hat das Recht, in Genf nur Amerika zu sein: es gehört dem Völkerbund nicht an, will ihm nicht angehören, will sich auch nicht mehr um die Verwirklichung des Wilsonschen Völkerbundgedankens kümmern. So stört seine Teilnahme an den Abrüstungsberatungen den Ausbau des Bundes mehr, als sie ihn fördert, weil sie einen neuen Vorwand dafür liefert, das Problem neben

dem Völkerbund, anstatt tief innerhalb seiner Welt zu behandeln. Und so wird sich gerade bei diesen Beratungen, die den Völkerbund vollenden sollten, mit erschütternder Eindringlichkeit offenbaren, welches Unglück es war, daß Wilsons Heimat dem Bund den Rücken kehrte und das einzige mächtige Volk, das befähigt gewesen wäre, ihn vorwärtszutreiben, weder an ihn denkt noch an ihn glaubt.

Ist Amerika nur Amerika, so ist Sowjetrußland nur Sowjetstaat und Rußland. Will es die Abrüstung? Es will auf jeden Fall die Abrüstungspropaganda. Drei Ziele verfolgt es in Genf: Es sucht die imperialistischen, ihm feindseligen Mächte mit radikalsten Abrüstungsforderungen zu ärgern und zu stören; es möchte die stark durch die bürgerliche Abrüstungspolitik bloßgestellte Zweite Internationale noch mehr bloßstellen; es will die Gelegenheit benutzen, aus seiner Isolierung herauszutreten, „dabei“ zu sein und mit Frankreich, England, vor allem mit den Vereinigten Staaten Beziehungen anzuknüpfen. Diese Politik ist bequem und gleichzeitig schwierig. Wenn Rußland auch mit Deutschland in der Minderheit steht, kann es sich als große Militärmacht, die keinen Entwaffnungsbestimmungen unterliegt und um kein dringendes aktuelles Ziel kämpft, in seiner Oppositionsecke kühn und breit bewegen. Aber wenn seine Delegierten hemmungslos die sofortige und vollständige Abrüstung predigen, müssen sie sich bemühen, den kritischen Punkt zu vermeiden, an dem der Schwung der eigenen Demagogie, der den feindseligen Saal nicht in die Höhe heben kann, sie selbst in die Luft treiben und sie plötzlich zum Fenster hinaus nach Moskau zurückbefördern könnte. Darum sehen wir plötzlich, wie der kluge Litwinoff, während noch in seinen Rockschoßen und Ärmeln der selbstproduzierte Sturmwind braust, seinen Motor schnell zum Stoppen bringt, wieder freundlich dasitzt, den Vorschlag, der die hundertprozentige Abrüstung verlangte, lächelnd in die rechte Hosentasche versenkt

und aus der linken den neuen Vorschlag auf nur fünfprozentige Abrüstung herausholt. Die äußersten Forderungen vertreten, aber, wenn sie abgelehnt werden, weiter im Spiele bleiben, erst fortgehen, wenn das Fortgehen unvermeidlich oder wenn es nützlicher ist als das Bleiben, die anderen krompromittieren und sich selbst nicht durch die Mitarbeit krompromittieren lassen: das ist Rußlands Genfer Taktik, die oft die Arbeit der Abrüstungsgegner erschwert, auf die sie sich aber schließlich genau so einstellen wie auf die Taktik der Deutschen. Der Völkerbund? Ihn kennt Rußland nicht, ihm will es nicht dienen. Den gegenwärtigen Bund bekämpft es, um ihn zu zerstören, nicht um ihn zu bessern. Der künftige? Den kann erst die Weltrevolution bringen...

Die Besiegten und Entwaffneten? Ach! Sie machen die Politik von Besiegten und Entwaffneten. Abrüstung heißt für sie Abrüstung der anderen. Und die Abrüstung der anderen ist für sie weniger eine internationale als ihre größte nationale Frage: die Frage ihrer moralischen Existenz und die Frage ihrer territorialen und politischen Sicherheit. Nur der Gedanke der allgemeinen Abrüstung kann ihnen im Augenblick der Annahme des Versailler Vertrages den notwendigen moralischen Halt geben, nur das Streben nach der allgemeinen Abrüstung in den ersten Nachkriegsjahren ihre beispiellose internationale Situation erträglich machen. Auch den Beitritt in den Völkerbund können sie nicht vollziehen, wenn sie nicht die Illusion nähren, daß ihre demütigende Sonderstellung dadurch in absehbarer Zeit beseitigt wird. Schon in der Konferenz für die Kontrolle des Waffenhandels, in die sie zum ersten Male Delegierte entsenden, suchen sie daher, wenn auch schüchtern, das Zwangsgesetz, in dem sie leben, in das Gesetz der anderen hineinzuschmuggeln. Als sie im Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz erscheinen, möchten sie diese Methode in größerem Maßstabe anwenden. Der Versailler Vertrag wird die Fahne, hinter der sie in den Sälen des

Sekretariats einherziehen und die sich, ein gefährliches schwarzes Banner, über den Häuptern der Militärmächte entfalten soll, aber zu ihrem Kummer nicht ins Flattern gerät, sich vielmehr um ihren eigenen Leib rollt und sie noch fester zu umwickeln und zu umschlingen droht als bisher. Warum entrollt sich die Fahne nicht, in deren Zeichen sie siegen wollen? Sie haben das Recht auf ihrer Seite, und das feierliche Bestehen auf dem Schein muß schließlich die anderen in die Enge treiben. Ihre moralische Lage ist bequemer als die der Abrüstungsfeinde, die ungeheurer rhetorische Kunststücke aufwenden müssen, um den Zwiespalt zwischen ihrer Politik und dem allgemeinen Ideal zu verschleiern. Fehlt es den deutschen Vertretern nur an diplomatischem Geschick und an schöner Redekunst? Oder fehlen ihnen vom ersten Tage an die Tugenden, mit denen auch wenig geschickte und wenig rednerisch begabte Kämpfer dem Gegner furchtbar werden könnten: der Mut und der Glaube? Ja, sie sind mutlos: Denn ist ihr Entwaffnungszustand ihre Stärke in einer Abrüstungsberatung, so ist er gleichzeitig ihre Schwäche in jeder anderen Beratung. An jedem Tag, an dem sie in Genf den alten Gegnern gegenüber sitzen und auf Grund des Vertrages energische Forderungen erheben wollen, sitzen ihnen gleichzeitig in anderen Städten dieselben Gegner gegenüber, um sie auf Grund desselben Vertrages mit noch energischeren Forderungen zu quälen. Oft, wenn sie in der Völkerbundstadt das gute Argument und das richtige Wort formulieren wollen, pfeift man sie von Berlin aus zurück, damit nicht drohendere Argumente und fürchterlichere Worte in irgendeiner anderen Debatte auf das wehrlose Land niederprasseln. Und es fehlt ihnen der Glaube: Denn sie kämpfen auf Grund eines Vertrages, den sie hassen, wissen genau, daß sie den Gegner nicht überzeugen werden, daß ihre Entwaffnung niemals als die Konfektion gedacht war, in die alle anderen hineinschlüpfen sollen, sondern als eine nur für sie bestimmte Zwangsjacke. Schwach und

ungläubig treten sie in den größten Kampf, den sie seit Versailles zu führen haben, nur zögernd und nervös setzen sie sich an die Verlängerung des Pariser Konferenztisches nieder. Ach, sie fühlen es wohl: wenn sie diesen Kampf richtig führen wollten, durften sie nicht in den Vorbereitungsausschuß gehen, ohne vorher Garantien dafür zu erhalten, daß sie nicht nur Statisten sein sollen, sondern daß die Abrüstung, an der sie mitarbeiten, auch auf sie selbst Anwendung finden wird. Aber sie wagen es noch nicht, solche Garantien zu verlangen oder fortzubleiben. Sie sind sich klar darüber, daß, wenn sie nicht vor ihrem Eintritt in den Völkerbund die wichtigste Frage ihrer Völkerbundtätigkeit regeln, ihre Aussichten von vornherein gefährdet sind. Aber sie begnügen sich mit der schwächlichen Erklärung im Schlußprotokoll von Locarno. In mer glauben sie, daß sie geduldig und freundlich sein müssen, lassen sich daher auf eine Beratung des Fragebogens ein, stimmen dann der Beratung der englischen und französischen Abkommensentwürfe zu, ohne einen eigenen Entwurf beizulegen, der mit in die „synoptische Tabelle“ verarbeitet werden könnte, begehen den ungeheuren Fehler, von der ersten Sitzung an selbst nur einen „ersten Schritt“ zu fordern, lassen sich das Gesetz der anderen aufzwingen und geben ihnen den Eindruck, daß sie sich bis zum Schluß ruhig verhalten werden. Selbst wenn Dr. Stresemann, Hermann Müller oder Dr. Curtius in Rat oder Versammlung mannhaft Sätze gebrauchen, werden sie vorher so vorsichtig formuliert, daß sie trotz aller Energie in der Sprache möglichst in der Sache keinen Anstoß erregen. Und erst allmählich darf der tapfere, aber skeptische Graf Bernstorff, der niemals an den Erfolg seiner diplomatischen Mission in Genf geglaubt hat, ab und zu starke Worte sprechen, Worte, die sich jedoch in den fetten Lettern der deutschen Zeitungen stärker ausnehmen als im Abrüstungsausschuß, wo sie kalt und hart von stärkeren Worten zugedeckt werden oder in ein tiefes Loch des Schweigens fallen,

über dem sich bald wieder die Wellen der abrüstungsfeindlichen Debatten schließen. So wird es in Deutschland wirksam sein, wenn der alte Graf im Verlaufe der fünften Tagung des Ausschusses heftig an das Versailler Versprechen erinnert und seinen „Wechsel“ präsentiert. Es kann die heimischen Patrioten befriedigen, wenn er sich gegen Ende des ersten Teiles der sechsten Tagung vom Programm der Ausschlußmehrheit „lossagt“ und ihr von nun an die volle „Verantwortung“ für die Vorbereitung der Konferenz überläßt, und in den Propagandabroschüren mag sich die trockene Erklärung gut ausnehmen, mit der bei der Annahme des Artikels 53 des Abkommensentwurfes Graf Bernstorff ankündigt, daß er gegen den Text stimmen wird. In der Tat, es sind kernige, gute Worte! „Vielleicht bilden sich in diesem Ausschuß einige Delegierte ein“, so sagt der sonst verbindliche Diplomat, „daß man meine Regierung auffordern könnte, einem Abkommen beizutreten, das, anstatt uns der wahren Abrüstung entgegenzuführen, nur dazu dienen würde, den wahren Stand der Weltrüstung zu verschleiern oder, was noch schlimmer wäre, die Rüstungen zu erhöhen. Ein derartiger Beitritt würde für mich einer Erneuerung der Unterschrift Deutschlands unter die Abrüstungsklauseln des Versailler Vertrages gleichkommen. Ich bitte Sie, meine Herren, eine solche Illusion aufzugeben!“ Bravo! sagt man mit Recht zu Hause. Aber was bedeuten diese und andere kecken Worte in dem endlosen Schwall der Genfer Verhandlungen? Die deutschen Delegierten „sagen sich los“, aber sie machen unaufhörlich mit. Sie zürnen, aber sie lassen es sich bieten, daß die Abrüstungsarbeiten jahrelang eingestellt werden, damit Frankreich und England sich über ihre Meinungsverschiedenheiten einig werden können, daß man sie aber einfach bei jeder Meinungsverschiedenheit überstimmt. Ihre Zeitungen oder Parteien drohen mit dem Abmarsch aus dem Ausschuß oder dem Austritt aus dem Völkerbund. Aber die Delegierten

selbst kommen zu jeder Tagung höflich lächelnd wieder, gehen auch nicht fort, als der demütigende Abschluß sicher ist, lassen es zu, daß der Abkommensentwurf an die Konferenz überwiesen wird, und begnügen sich mit vorsichtig abgewogenen Protesten. Ihre Zeitungen oder Parteien sprechen schließlich von der Aufrüstung als der einzigen Möglichkeit, zu dem in Versailles zugesagten Zustand der Gleichheit zu kommen, wenn die anderen nicht abrüsten. Die Delegierten aber sprechen weiter von einem ersten Schritt, vom Ausgleich, dann von der Gleichheit der Sicherheit, endlich von der Gleichheit der Methoden. Sie haben sich tapfer, aber schlecht gerüstet und schlecht vorbereitet in einen fürchterlichen Kampf begeben. Werden sie ihn durchkämpfen wollen, durchkämpfen können? Die Einlösung des Versailler Versprechens erscheint ihnen als immer unwahrscheinlicher, und es sieht bald so aus, als könnten sie nur noch mit äußerster Kraftanstrengung darum kämpfen, daß dieses Versprechen wenigstens für die Zukunft weiter bestehen bleibt.

Aber allmählich wird die Versuchung an sie herangeflüstert, dieses Zukunftsversprechen, den Schein, den sie haben, der alles ist, was sie besitzen, der aber, wie man ihnen sagt, weder durch die Abrüstung der anderen noch durch die eigene Aufrüstung einzulösen ist, zu verschachern, sich vielleicht mit einer kleinen Besserung ihrer Lage abzufinden und dafür freiwillig den Rüstungsabstand zwischen sich und den anderen anzuerkennen. Eine nichtswürdige und verdammenswerte Versuchung, mit der man nicht nur das Deutschland der Zukunft, sondern auch den Völkerbund der Zukunft treffen will. Denn wenn Deutschland auch für die eigene nationale Sache ficht, sein Schicksal ist in Versailles an das Schicksal des Völkerbundes gefesselt worden. Seine Forderung nach Gleichheit mit den anderen Großmächten ist ein Bestandteil der Forderung des Völkerbundes nach Machtgemeinschaft aller Mitgliedstaaten. Deshalb ist von allen Sätzen, die Graf Bernstorff

in den gleichgültigen Vorbereitungsausschuß hineinspricht, vielleicht nur einer von dauerndem Wert und von allgemeiner Bedeutung:

„Die Abrüstung“, so sagt er während der dritten Tagung, und durch seine Worte geht der Rhythmus der Wilsonschen Sprache, „muß so beschaffen sein, daß kein Staat so stark ist, daß er seine Macht gegen die Macht des Völkerbundes geltend machen kann. Andererseits muß jeder Staat ausreichende Streitkräfte unterhalten, damit der Völkerbund, dank der Vereinigung der verschiedenen Staaten, den Triumph des gemeinsamen Willens zu sichern vermag.“ Niemals wurde in Genf klarer ausgesprochen, was die Abrüstung für den Völkerbund bedeutet, und niemals trat klarer die Identität des deutschen Interesses und des Völkerbundesinteresses zutage. Ja, Deutschland ist der einzige Staat, der den Völkerbund retten könnte, weil es der einzige Staat ist, bei dem sogar der nationale Egoismus die Herbeiführung des besseren Völkerbundes fordert. Wird es sich dieser Aufgabe immer klarer bewußt werden? Bisher hat man den schwachen und zaghaften Retter niedergehalten, ihn noch schwächer, noch mutloser machen wollen. Aber nicht nur Deutschlands nationale Zukunft, die Zukunft des Völkerbundes will es, daß dieses Land unerschütterlich auf seinem Recht beharrt, sich den Schein weder rauben noch abhandeln läßt. Schon einmal, im Jahre 1918, sank der Völkerbund zu Boden, weil Deutschland zu Boden sank. Steht es jetzt, da zum zweitenmal der Entscheidungskampf geführt wird, für seine Sache ein, welche die Sache der ganzen Welt ist, so braucht es nicht die Übermacht der anderen und nicht die eigene Einsamkeit zu fürchten. Seine isolierte, umbrandete Oppositionsecke im Saal der Regierungskonferenzen wird dann der Platz sein, an dem sich feierlich der ausgeschlossene Völkerbundgedanke niederläßt. Gibt Deutschland aber den Widerstand auf und reiht es sich selbst in die Regierungskonferenz ohne Völkerbund ein: dann bleibt keine

Hoffnung mehr, daß der bessere Bund je in den Saal dringen kann. Dann ist der Plan endgültig gelungen.

Wird er gelingen? — „Kamerad“, so sagt der Fregattenkapitän von der Abrüstungsabteilung des Völkerbundes zu dem Rittmeister von der Abrüstungsabteilung des Völkerbundes, „was machen Sie nach der Konferenz?“ Was er machen wird? Potzblitz, er wird dasselbe machen wie Sie, Herr Kapitän! Er wird in seine Kaserne zurückkehren, wie Sie auf Ihre Fregatte. Will er nicht General werden wie Sie Admiral? Damit ist wahrscheinlich nicht zu rechnen, daß man einem von euch den Posten des Direktors der Abrüstungsabteilung anbieten wird, falls der Grieche Aghnides auch irgendwo Gesandter werden sollte. Denn wenn einmal alles vorbei ist, wenn keine Gefahr mehr besteht, daß man die Abrüstung und den Völkerbund verwirklicht, dann brauchen eure heimischen Vorgesetzten euch dringender zu Hause als hier. Und dann ist wohl auch der Augenblick gekommen, an dem man gerne einen jener internationalen Pazifisten heranwinkt, vor denen man bisher schauernd die Türen dieser Abteilung schloß, ihn freundlich an das Direktorenpult führt und ihn anstrahlt: „Bitte, nehmen Sie Platz. Wir warten schon so lange auf Sie!“

Wieder stehen wir niedergeschlagen und ergrimmt auf dem Korridor des Hottopschen Hauses. Die politische Werkstatt der Friedensfabrik hat uns den Völkerbund nicht gegeben: drohend und herrschsüchtig rasselt dort die Macht. Aus der Abrüstungsabteilung, die diese Macht überwinden sollte, wurde jeder Gedanke an den Bund vom ersten Tage an hinausgeworfen. Wo werden wir ihn jetzt finden? Wird er sich überhaupt noch einmal zeigen, oder ist alles Suchen vergeblich? Da öffnet sich, ein paar Schritte weiter, in demselben zweiten Stock leise eine Tür. „Die Rechtsabteilung“, so erklärt man uns einladend. „Sie kommen gerade zurecht. Der Vortrag wird gleich beginnen!“ Wo sind wir? Wir stehen zögernd an der Schwelle. Die Abteilung des Rechts, so wiederholen wir, die Stätte, an der die Grundsätze der neuen internationalen Gesinnung ausgearbeitet werden? Wir schöpfen tief Atem. Die kriegesischen Fähnchen auf der Karte des Herrn Sugimura, die strebsamen Offiziere in den Schreibstuben des Herrn Agnides; wären sie nur letzte Visionen einer sterbenden Zeit? Zweifellos, der Triumph der gemeinsamen Macht im Dienste des Friedens kann sich nur durch den Triumph des Rechtes erfüllen. Siegt das Recht, wird das Schwert den Händen der Politik entgleiten. Aufatmend treten wir ein.

Wir stehen in einem großen hellen Vorzimmer, in dem freund-

lich hinter ihrer Maschine die Sekretärin klappert. Schlicht und unscheinbar wuchten, wie in allen Büros, große eiserne und hölzerne Aktenschränke einer neben dem anderen, häßlich und plump. Schon wollen wir an ihnen vorbei, in die inneren Büros gehen, aber da füllt sich um uns der Raum. Hinter uns drängen Studenten und Lehrer, Vorstandsdamen internationaler Frauenverbände, Touristen aus Amerika, Holland und Sachsen, schieben sich neugierig durch den einfachen Raum und stehen nun ehrfurchtsvoll vor den langweiligen Aktenmöbeln. Ein Beamter des Sekretariats hält eine Ansprache. Wir horchen hin, und der öde Raum ist plötzlich voll von Stimmung und Poesie. Sind wir dem Ziele nahe? Eines ist jedenfalls klar: Hier ist die große Sehenswürdigkeit des Hauses. Hier, so erzählt uns der redselige Bürokrat, erfüllt sich das Gebot des Paktes, der internationale Beziehungen verlangt, die sich in aller Öffentlichkeit auf die Gerechtigkeit und die Ehre gründen. Hier leuchten die Gesetzestafeln: Artikel 18, der nur im Sekretariat eingetragene und vom Sekretariat veröffentlichte Vorträge als rechtsgültig anerkennt, und Artikel 20, der keinen Vertrag duldet, der nicht mit den Bestimmungen des Paktes vereinbar ist. An der Schwelle dieses Zimmers müssen die Geheimverträge, die Bündnisabkommen, die Militärvereinbarungen erlöschen.

Die Touristen und Vorstandsdamen, die Lehrer und die Studenten horchen erfreut. Und da wir uns unter sie mengen, sehen wir mit eigenen Augen das Wunder. In den großen Schubladen dieser Schränke ruhen einfach, platt zusammengelegt wie alle anderen Papiere und Akten, von denen dieses Haus vom Keller bis zum Dach zum Bersten angefüllt ist, 2800 Verträge, die 2800 Verträge, die seit dem Bestehen des Völkerbundes von den pflichtgetreuen Regierungen der Mitgliedstaaten hier niedergelegt, von den pflichtgetreuen Beamten des Sekretariats hier eingetragen und aufbewahrt und dann in großen, dicken Büchern, die nebenan

stehen, gesammelt, gedruckt, gebunden worden sind. Hier ruhen die Originale in einfachen und dickbäuchigen Aktenschränken. Jeder von ihnen ist in einen großen, weißen Umschlag gebettet. Auf jedem Umschlag steht das beruhigende und verpflichtende Wort „Völkerbund“. Jeder hat seine besondere Nummer, nicht die Nummer, die er vielleicht in einer heimischen Landessammlung trägt, nein die Nummer des Völkerbundes, die ihn, wenn er aus England kommt, zwischen einen Vertrag mit der vorhergehenden Nummer aus Spanien und einen Vertrag mit der folgenden Nummer aus Chile fügt, eine Nummer, die ihn völlig herausnimmt aus der Unordnung der über die Welt gewürfelten eigenwilligen nationalen Politik eines jeden Landes mit ihren dunklen, selbstsüchtigen Zielen, eine Nummer, die ihn einreihet in einen neuen, höheren Zusammenhang, eine Nummer, die ein Versprechen ist, eine Gewähr und eine Erfüllung. Von 1 bis 2800 schwelen die Zahlen an, und jede ist eine Blüte in dem Friedenskranz der vereinigten Nationen. Ja, draußen zerreißt sich die Welt noch in vielfältiger Anarchie, hier aber beginnt die Ordnung und verwandelt das gleichgültige Hotelzimmer in den festlichen Tempel eines neuen Kults. Dieses Vorzimmer der Rechtsabteilung ist das Vorzimmer der neuen Welt...

Bewundernd und gutgläubig stehen wir da und horchen gelehrt, wie man uns jetzt das Eintragesystem in die doppelten Register erklärt, in denen, wie auf dem Standesamt, die Namen von Vater und Mutter, die den Vertrag geschlossen, und der Name des Kindes verzeichnet sind, blicken andächtig auf verschiedene herrlich gebundene Originalverträge, die man für uns herbeischleppt, versenken uns mit feierlichem Sinn in die gewaltigen Schriftzüge Hindenburgs, die unter der Ratifizierungsurkunde Deutschlands für die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes stehen, lassen dann wieder den Blick über die großartige Bibliothek mit den 2800 Verträgen gleiten, die

sich Jahr für Jahr mehren, denen man jeden zweiten oder dritten Tag einen neuen hinzufügt, die aus allen Winkeln der Erde hier hineinmarschieren und in den gemeinsamen Schubladen verschwinden. Unsere Augen umarmen alle diese redseligen und gründlichen Abmachungen über politische, wirtschaftliche, handelstechnische und soziale Fragen, alle Arten von Verträgen über alle Arten von Verhandlungsgegenständen, die zwischen den Regierungen beraten, in den Parlamenten, Ministerien und Kabinetten der Staatsoberhäupter angenommen, ratifiziert und unterzeichnet werden können und nun hier, am Höhepunkt ihrer Laufbahn angelangt, mit der Nummer des Völkerbundes ruhen. Wir blicken sie an und frohlocken: Hier ist die Verhaltensmaßregel für das Leben der Nationen. Wenn hier nicht der Völkerbund ist, wo wäre er sonst?

Um uns murmelt das bewundernde Geplapper. In uns glüht der Eifer, die Stunde zu genießen. Lebhaft ziehen wir die Schubladen auf, heben eilig einige der großen Umschläge hoch, öffnen sie vertrauensvoll, legen mit frommen Fingern die Vertragspapiere auf den Tisch, wühlen in ihnen, blättern, suchen, lesen. Unsere Augen tasten über die zahlreichen Schiedsgerichtsverträge; unsere Lippen flüstern die Namen der Länder, die Namen der Vertragsgegenstände. Umschlag auf Umschlag gleitet durch unsere Hände. Neugierig erschließen wir dieses und jenes Papier. „Völkerbund“ lesen wir vertrauensvoll, und das Wort gleitet uns angenehm und sanft über die Lippen. „Nr. 588“, sagen wir, und die Völkerbundnummer schmilzt uns auf der Zunge. Sind wir nicht in einer Lotterie, in der es nur gute Lose gibt? Nr. 588: Heiter öffnen wir den Umschlag, vergnügt ziehen wir das Dokument heraus, fröhlich breiten wir es vor uns aus und lesen. „Bündnis- und Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei“? Wie? Bündnisvertrag? Wir stutzen. Wir sehen uns den Umschlag

noch einmal an. Dort steht klar und deutlich: „Völkerbund“ und die Nummer 588. Ein Bündnisvertrag? Wir blicken um uns herum. Das ehrfürchtige Geplapper der Studenten und Touristen, der Lehrer und der Vorstandsdamen erfüllt den Raum mit religiösem Gemurmel. Wir lassen das Papier wieder in seine Hülle gleiten, fahren mit der Hand über die Stirn, tasten weiter durch die Schubladen und greifen ein neues Paket. Wir lesen: „Völkerbund“ — und „Nr. 154“ und entziffern: Bündnisabkommen zwischen dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen und der tschechoslowakischen Republik.“ Träumen wir? Wieviel schlechte Lose sollen wir noch ziehen? Etwas erregt strecken wir die Hand nach der Nr. 155 aus und entdecken „Defensivbündnisabkommen zwischen dem Königreich Rumänien und der tschechoslowakischen Republik.“ Jetzt sind wir nervös geworden, öffnen den Umschlag „Nr. 175“ und lesen: „Defensivbündnisabkommen zwischen der Polnischen Regierung und dem Königreich Rumänien.“ Wo sind wir? Noch einige Male öffnen wir wieder die weißen, ruhigen, sachlichen Umschläge, und immer wieder starrt uns unter dem neuen Namen „Völkerbund“ das alte Wort „Bündnis“ entgegen. Und während jetzt allmählich die Aktenschränke vor uns zu tanzen beginnen und in unseren Ohren die salbungsvollen Worte zergehen, mit denen man den Studenten, Lehrern, Vorstandsdamen und Touristen diesen Tempel erklärt, blättern wir weiter, nun aber voll von Mißtrauen und grimmiger Begierde, das Bündnis auch dort zu entlarven, wo es nicht im Titel offenherzig angepriesen wird. Nr. 58: Wir finden einen „französisch-belgischen Brieffaustausch über ein Militärabkommen.“ Nr. 449: Wir entdecken ein „politisches Abkommen zwischen Frankreich und Polen.“ Wir blättern weiter, lesen weiter, staunen weiter. Wo sind wir? Bündnisvertrag auf Bündnisvertrag! Verträge, die auf ein Haar den Verträgen der Vorkriegszeit ähneln — Verträge, die nicht etwa wie der Locarno-

vertrag und andere Schiedsverträge, die natürlich auch hier liegen, die Beziehungen zwischen den Ländern regeln, unter denen Kriege oder Streitigkeiten ausbrechen könnten, die daher die Konflikts- und Kriegsursachen durch besondere Abmachungen bannen und durch eine „gebietsweise Verständigung“ das Gesamtfriedenswerk des Völkerbundes vorbereiten wollen —, nein Verträge, die sich in aller Form gegen dritte Staaten richten, im Frieden schon die Macht eines jeden der Vertragschließenden verdoppeln, einem bestimmten Feinde gegenüber angewandt werden oder ihn wenigstens schwächen und bedrohen sollen — Verträge, die nicht Interessengegensätze überbrücken, sondern gemeinsame Interessen in einer Front gegen einen anderen Staat zusammenlegen — Verträge, die den Kriegsfall ohne Völkerbundaktion vorsehen — Verträge, die Kriegsvorbereitung sind und den Angriffsgeist erhöhen, auch wenn sie die klassische Überschrift des Defensivbündnisses tragen — Verträge, die auf jeden Fall den Völkerbund, in dem sie als Sicherheitsmaßnahmen überflüssig sein müßten, überflüssig und darüber hinaus lächerlich machen — Verträge, die, während ihre Völkerbundesnummer sie in das allgemeine Friedenssystem einreihet, aus dem System herausbrechen.

Inzwischen verlassen die gelehrigen Völkerbundtouristen langsam und ergriffen den Raum. Einige machen sich noch an der Tür, strahlend und gewissenhaft, erleuchtete Notizen. „Die Öffentlichkeit der Verträge“, so lispelt die freundliche Engländerin begeistert, „das ist der Friede!“ — „Das Ende der mittelalterlichen Geheimdiplomatie“, flötet die französische Lehrerin, „das ist der Friede!“ — „Wenn wir das 1914 gehabt hätten!“ grollt der deutsche Gast: „Das ist der Friede.“ Ihre murmelnden Stimmen rollen ersterbend in den Korridor hinaus. Aber aus dem fliehenden Geflüster bleibt in diesem Zimmer störrisch ein Wort zurück, das sich uns an die Ohren hängt, das sich uns in die Ohren zwängt, ein dichtes Stück Watte, und in unseren Gehirnen herum-

summt und brummt: „Der Friede!“ Aber wir wollen keine Watte in den Ohren, reißen sie heraus, sitzen da vor den Schränken, starren auf die Schubladen, starren auf die Dokumente. Wo sind wir? Entmutigt und ergrimmt sehen wir es ein: Wir sind in der Zeit nach dem letzten Krieg: wir sind in der Zeit vor dem neuen Krieg.

Gut! Der Völkerbund ist vorläufig nur eine Form des internationalen Zusammenlebens für die Zeit zwischen den Kriegen. Immer noch schließen die Regierungen dem Geiste des Paktes zu Trotz Bündnisse miteinander und gegeneinander ab. Wie aber können sie es wagen, dem Buchstaben des Paktes zu Trotz, ihre Bündnisverträge in diesem Vorzimmer niederzulegen, sie der feierlichen Eintragung in die doppelten Register und der Zeugenschaft der Welt zu unterbreiten? Mein Gott! Es ist ihr Interesse, nachdem der Völkerbund besteht, ihre völkerbundesfeindliche oder völkerbundesfremde Politik „rechtsgültig“ zu gestalten. Und es ist ein einfacher technischer Handgriff, sie in Einklang mit dem Wortlaut des Paktes zu bringen. Sie schreiben in ihre Verträge, in denen kein Völkerbundesgeist, kein Vertrauen zum Völkerbund, keine Achtung vor ihm zu finden ist, den diplomatischen Satz: „Nichts in diesem Vertrage widerspricht dem Völkerbundespakt.“ Ist das so schwer? Vergnügt zwinkern sie mit den Augen. Zuweilen ist der Wunsch, das neue Gesetz zu umgehen, so stark, daß sie den Bund fast in jedem Artikel erwähnen! Aber sie brauchen dann seinen Namen in der Art, wie die Kinder in ihren naiven Geheimschriften zwischen die Worte, die den Sinn des Satzes ergeben sollen, immer eine andere Lautzusammenstellung einschieben, die man sich nachher nur wegzudenken braucht, um den Brief richtig zu lesen. In den Umschlägen des Völkerbundes vor uns wimmelt es von Beispielen dieser naiv beherzten Kunstfertigkeit. In dem „Politischen Abkommen“ zwischen Frankreich und Polen vom 19. Februar 1921,

das im Juli 1923 in Genf eingetragen wurde und das ein regelrechter Bündnisvertrag ist, bringt der erste Artikel die Formel „entsprechend dem Völkerbundpakt“ und übertragen damit die alte Vertragspolitik in die neue Geheimsprache des Völkerbundes. In dem „Briefwechsel“ zwischen der französischen und belgischen Regierung „über das französisch-belgische Militärabkommen vom 7. September 1920“ — und nur der Briefwechsel, nicht das Militärabkommen wurde in Genf eingetragen — wird als Ziel dieses „von Marschall Foch, dem General Maglinse, Generalstabschef der belgischen Armee, und dem General Buat, Generalstabschef der französischen Armee“ unterzeichneten Abkommens angegeben, daß es die „Garantien des Friedens und der Sicherheit, die sich aus dem Völkerbundpakt ergeben, verstärken“ soll. Andere Verträge weisen, wenn sie die Bündnisverpflichtungen für den Kriegsfall darlegen, frömmelnd auf die Paktartikel hin, die eine kriegerische Aktion offenlassen. Aber während sich uns diese diplomatischen Tricks offenbaren, fragen wir uns, was unerträglicher ist: die Tatsache solcher Bündnisverträge, die sich darüber hinwegsetzen, daß die Friedenserhaltung das gemeinsame Bemühen aller Bundesmitglieder sein soll, oder der Mißbrauch, der mit dem Namen des Völkerbundes getrieben wird.

Aber zuweilen wieder erscheint uns dieser Mißbrauch beinahe wie eine letzte Verbeugung vor dem verkannten Völkerbundgedanken. Denn in einigen Fällen fehlt auch dieser armselige Rest zynischer Ehrfurcht, verzichten die bündnisschließenden Regierungen überhaupt auf jeden Versuch, äußerlich den Völkerbund in ihre Kombinationen einzubeziehen. Wir durchfliegen das am 30. August 1921 im Völkerbundsekretariat eingetragene „Bündnisabkommen zwischen dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen und der tschechoslowakischen Republik“. Artikel 1 sagt schlicht und natürlich: „Im Falle eines nicht provozierten Angriffs Ungarns gegen einen der Hohen vertragschließenden Teile

verpflichtet sich der andere Teil, an der Verteidigung des angegriffenen Teiles mitzuwirken, in der Art, wie es die im Artikel 2 dieses Abkommens vorgesehene Vereinbarung bestimmt.“ Instinktiv erwarten wir, daß die Bestimmungen des Artikels 2 wenigstens formell die Pflichten der Mitgliedstaaten und die Rechte des Völkerbundes vorbehalten. Aber Artikel 2 meint ganz andere Vorbehalte: „Die zuständigen technischen Behörden der tschechoslowakischen Republik und des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen“ — d. h. nicht etwa die Organe des Bundes, sondern die Generalstäbe der beiden Länder — „werden gemeinsam die notwendigen Bestimmungen“ — d. h. Militärabkommen — „für die Ausführung des gegenwärtigen Abkommens festsetzen.“ Und wenn Artikel 3 jetzt das Recht der beiden Länder, Bündnisse zu schließen, behandelt, ist nicht etwa die Rede davon, irgendwie, wenn nicht die Grundsätze des Bundes, so doch das Schamgefühl seiner Registraturbeamten zu schonen, indem man die Meinung des Völkerbundes zu dem Bündnissystem vorbehält, sondern es wird unter Umgehung der Kollektivinstanz festgesetzt, „daß keiner der Hohen vertragschließenden Teile ohne vorherige Meinungsäußerung des anderen vertragschließenden Teiles einen Bündnisvertrag mit einer dritten Macht abschließen“ könne. Mit anderen Worten: Die mögliche Überführung des Sonderbündnisses in ein allgemeines Bündnis — die völkerbundliche Entschuldigung, die so oft von den bündnisschließenden Staaten vorgebracht wird —, die Neutralisierung des Sonderverhältnisses durch andere Sonderverhältnisse soll verhindert werden. Das Zweistaatenbündnis darf seinen einseitigen Zweck und seine einseitige Richtung nicht verlieren, und wenn es ergänzt wird durch andere Bündnisse, soll der einseitige Zweck und die einseitige Richtung gewährleistet bleiben. Der Völkerbund? Ihn finden wir erst inmitten der Formalien wieder: „Das gegenwärtige Abkommen“, so sagt Artikel 5, „wird dem Völkerbund mitgeteilt“, und er setzt hinter das

Wort „Völkerbund“ in Klammern das andere Wort „Völkerbundpakt“. Mitgeteilt — wozu? Zur Prüfung und zur Billigung? Nein, einfach mitgeteilt. Der Vertrag wird dem Bund zur Kenntnis gegeben, sonst nichts, wird ihm zugesandt, damit er ohne zu lachen und ohne zu weinen ihn in seiner Rechtsabteilung in die Schränke und in die Umschläge mit dem Völkerbundabkommen legt, vor denen wir nun mit offenem Munde und runden Augen stehen...

Denselben Wortlaut wie dieser Vertrag hat der im August 1921 im Sekretariat eingetragene Vertrag zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei, verpflichtet aber die beiden Mächte noch in einem besonderen Artikel dazu, sich, „um ihre friedlichen Bemühungen zu koordinieren, miteinander über die außenpolitischen Fragen zu beraten, die ihre Beziehungen zu Ungarn betreffen“. Das im Oktober 1921 im Völkerbundsekretariat eingetragene „Defensivbündnisabkommen“ zwischen Polen und Rumänien spricht sogar offen von einem „Militärabkommen“, untersagt ohne jede Rücksicht auf Völkerbundbeschlüsse jedem der beiden Staaten, ohne den anderen einen Waffenstillstand oder Frieden zu schließen, verbietet, wie die anderen Verträge, anderweitige Bündnisse ohne vorherige Verständigung mit dem Vertragspartner, erwähnt dabei die bereits von Rumänien geschlossenen Abkommen, die der Aufrechterhaltung der Verträge von Trianon und Neuilly dienen, und gestattet großzügig ihre Umwandlung in „Bündnisverträge“. Auch dieses Dokument kennt den Völkerbund nur in seiner Eigenschaft als unbeteiligte Ablagerungsstätte für fremde Papiere. „Das gegenwärtige Abkommen wird dem Völkerbund mitgeteilt!“ Aber diesmal steht hinter dem Wort „Völkerbund“ an Stelle des offenbar noch zu ehrfürchtigen Hinweises auf den „Völkerbundpakt“ mit größerer Deutlichkeit: „entsprechend dem Versailler Vertrag“. Warum auch nicht? Für diese Hohen vertragschließenden Teile ist der Völkerbundpakt selbstverständlich der Versailler Vertrag.

Welch merkwürdige Sammlung merkwürdiger Verträge! Sie sichern nicht den Frieden, sondern die Macht der Mächtigen, und immer wieder mit den alten Mitteln. Der Feind, den sie im Auge haben, ist nicht der unbekannte Feind aller, das heißt jeder Staat, der das gemeinsame Gesetz bricht, den die unvollkommenen Artikel des Paktes zu bannen suchen und gegen den sich die Gesamtheit aller Anstrengungen aller Staaten richten sollten. Nein: der Feind ist immer ein ganz bestimmter Feind, und sein Name steht, auch wenn er nicht ausgesprochen wird, mitten in all den Verträgen. Mit dem Finger weist man auf ihn hin und bedroht ihn durch das bloße Bestehen des Bündnisses. Erbittert fragen wir uns: Wie kann eine solche Spezialisierung der Friedensbemühungen des Völkerbundes erlaubt sein? Schon aber entdecken wir, daß sie noch weitergehen kann, daß sie nicht nur bestimmte Länder als Gegner, daß sie auch bestimmte Fragen als Interventionsfälle aus der allgemeinen Fürsorge herauszerren und in die nationale Souveränität anderer Staaten eingreifen darf. Nr. 588 der im Völkerbundsekretariat eingetragenen Verträge, der „Bündnis- und Freundschaftsvertrag“ zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei, der im März 1924 im Sekretariat angemeldet wurde, verpflichtet die beiden Länder nicht nur dazu, gemeinsam über die Fragen zu beraten, welche die „durch die Friedensverträge aufgestellte Ordnung antasten können“ — als gäbe es keinen Artikel 10, der diese Antastung bereits verhindert, und keinen Artikel 19, der diese Antastung unter bestimmten Umständen gestattet! —, sondern er bestimmt außerdem noch, daß sie sich über Maßnahmen einigen sollen, die sich auf die inneren Verhältnisse in Österreich und in Deutschland beziehen. Wir möchten die im Weltgetümmel bereits wieder verschwundenen Touristen und Vorstandsdamen zurückrufen und ihnen in Ergänzung zu dem begeisternden Vortrag mit lauter Stimme den Artikel 5 des Völkerbunddokumentes Nr. 588 vorlesen: „Die Hohen vertragschließenden Teile bestäti-

gen ihre volle Übereinstimmung über die sich ihnen aufdrängende Notwendigkeit, im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Friedens eine gemeinsame Haltung angesichts des etwaigen Versuchs einzunehmen, die Hohenzollerndynastie in Deutschland wieder einzusetzen, und sie verpflichten sich, sich über die in einem solchen Falle zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen.“

Aber da wir weiter in den Schätzen der Rechtsabteilung wühlen, fallen uns plötzlich zwei italienisch-albanische Verträge in die Hände. Der eine, der am 27. November 1926 abgeschlossen und im Februar 1927 eingetragen wurde, nennt sich „Freundschafts- und Sicherheitspakt“, der zweite heißt, „Defensivbündnisvertrag“, wurde am 22. November 1927 unterzeichnet und im Januar 1928 in Genf eingetragen. Albanien und Italien? so fragen wir. Ein Kleiner und ein Großer? so sinnen wir. Was wollen die hier? Was dürften sie anders miteinander beschließen als Verfahrenswege zur Beilegung von Streitigkeiten untereinander, also Mittel und Wege zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des beunruhigten Kleinen dem gefährlichen Großen gegenüber, also eines jener vernünftigen Abkommen, die nicht zwei Staaten gegen dritte zusammenschließen, sondern Zwistigkeiten unter zwei Staaten ausschalten wollen? Aber warum muß der Artikel 1 des ersten Vertrages — Nr. 1402 der Völkerbundsammlung — sofort in eindringlicher Weise jede „Störung des politischen, juristischen und territorialen Status Albaniens“ als mit den Interessen *beider* Staaten unvereinbar erklären? Ist nicht Albanien ein unabhängiges Mitglied des Völkerbundes, und darf es sich als solches nicht ohnehin auf den Schutz verlassen, den ihm der ganze Rat, mit der ständigen Ratsmacht Italien in seiner Mitte, auf Grund der verschiedenen Artikel des Paktes, angefangen mit dem Artikel 10, der die politische Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit gewährleistet, schuldet? Wozu aber bedarf Albanien gar eines „Defensiv-Allianz-Vertrages“ mit Italien? Oder braucht das große

Italien, das vielleicht, obgleich es so groß ist und als ständige Macht im Rate sitzt, kein rechtes Vertrauen in Völkerbund, Völkerbundrat, Völkerbundpakt hat, den Schutz durch das kleine Albanien? Wie dem auch sei: der Defensiv-Bündnis-Vertrag zwischen Italien und Albanien liegt vor uns, trägt die Völkerbundennummer 1616 und verlangt, daß die beiden durch „aufrichtige und vollkommene Freundschaft“ verbundenen Völker einander „gegenseitig Unterstützung“ bieten, verlangt dies aber nicht mit der diplomatischen Kühle irgendwelcher anderen, unzuverlässigen Verbündeten, die sich schließlich im Ernstfalle doch noch ihres heiligen Egoismus erinnern und Bündnis gegen Bündnis vertauschen, sondern mit solchem „Eifer“, wie es ausdrücklich heißt, als wenn es sich für jeden Partner darum handele, „ihre eigenen Interessen und Vorteile zu wahren“. Das ist ein Satz, den man nur mit Rührung oder mit Schauern lesen kann. Ist das überhaupt noch ein Bündnis? Ist es nicht schon eine Ehe? Jedenfalls bestimmt der Vertrag weiter, daß eine „unabänderliche Defensiv-Allianz mindestens zwanzig Jahre lang die beiden Länder miteinander verbinden“ solle, die „alle ihre Mittel anwenden werden, um die Sicherheit ihrer Staaten zu gewährleisten, um ihre gegenseitige Verteidigung gegen jeden fremden Angriff sicherzustellen“. Wenn sie sich bemühen, den Ausbruch eines von anderer Seite hervorgerufenen Krieges zu verhindern, werden sie immer — als hätte nicht der Völkerbund bereits diese Aufgabe übernommen — für eine „gerechte Genugtuung für den bedrohten Teil“ eintreten. Sind die friedlichen Mittel erschöpft — welche? denn noch immer stoßen wir nicht auf den Völkerbund! —, so ist jeder der beiden Teile, wie es sich in einer richtigen Ehe gehört, verpflichtet, „dem Schicksal des anderen zu folgen“. Jeder muß dem Verbündeten alle seine „militärischen, finanziellen und sonstigen Hilfsmittel“ zur Verfügung stellen und natürlich auch auf das Recht verzichten,

einen Sonderwaffenstillstand oder einen Sonderfrieden zu schließen. Sechs Vertragsartikel besiegeln in aller Form das verbotene Bündnis, die verbotene Unterwerfung eines Völkerbundmitgliedes unter ein anderes! Und nach diesen sechs Artikeln finden die beiden Teile offenbar, daß ihr Werk gut ist, und ruhen sich im siebenten aus, indem sie verkünden, daß der Vertrag nach seiner Ratifizierung „im Völkerbund eingetragen“ wird. Eingetragen! In der Tat: denn hier liegt er vor uns, in dem weißen Völkerbundumschlag, mit der Völkerbundesnummer 1616, und dort steht er in der gedruckten Bibliothek und nebenan in der Verkaufsabteilung, in der er propagandistisch verbreitet wird, und in der ganzen Welt prunkt er als Völkerbundveröffentlichung in den Bibliotheken der Regierungen, der Historiker und sogar der Pazifisten.

Wo sind wir? Im Völkerbund? Die alte wirre Welt tobt in dieser Schreckenskammer des Regierungsmuseums, das den Namen Völkerbundsekretariat führt. Ein Netz von dunklen und böartigen Verträgen alten Stils verbindet, abseits von der Organisation des Bundes, die Balkanstaaten und Polen untereinander, verknüpft sie mit Frankreich, verknüpft Frankreich mit Belgien, bringt das eine System unter in das andere, ruft ein italienisches Gegensystem hervor, zerreißt die Einheit des Völkerbundes, verstärkt die Machtendenzen der einzelnen Staaten, die den Völkerbund ohnehin schwer genug erschütterten und die er gerade zum Verschwinden bringen sollte, und nimmt dem schwachen, friedenerhaltenden, friedensherstellenden Apparat des Paktes seine letzte Stärke.

Wie kann es da verwundern, daß auch Deutschland, wenn es dem durch die Sonderbündnisse überall durchlöchernten Völkerbund beitrifft, vorher seine besonderen Beziehungen zu dem ebenso befreundeten wie bedrohlichen russischen Nachbarreich, das dem Bunde nicht angehört und gegen das sich die Politik zahlreicher Bundesmitglieder richtet, vertraglich zu regeln wünscht? Aber es

schließt keinen Bündnisvertrag, nicht einmal ein Defensiv-Bündnis, auch kein Neutralitätsabkommen ab, sondern, wenn man es so nennen darf, einen Defensiv-Neutralitätsvertrag, der nur für den Fall, daß einer der beiden Staaten angegriffen wird, den anderen verpflichtet, neutral zu bleiben und einer Koalition, die den Wirtschafts- oder Finanzboykott des angegriffenen Staates anstrebt, fernzubleiben. Dabei beseelt Deutschland nicht die Sorge der anderen Vertragschließenden, wie es trotz der Mitgliedschaft im Völkerbund weiter Krieg führen dürfe, sondern vielmehr die Sorge, wie es der Kriegsgefahr entgehen soll, die aus seiner Mitgliedschaft im Völkerbund erwachsen kann! Deshalb betont es in einem besonderen Notenwechsel mit der russischen Regierung, daß der „Völkerbund seiner grundsätzlichen Idee nach zur friedlichen und gerechten Ausgleichung internationaler Gegensätze bestimmt“ und „die deutsche Regierung entschlossen ist, an der Verwirklichung dieser Idee nach Kräften mitzuarbeiten“, verspricht, wenn etwaige „im Widerspruch mit jener grundlegenden Friedensidee einseitig gegen Rußland gerichtete Bestrebungen auftreten sollten, ihnen mit allem Nachdruck entgegenzuwirken“, beruft sich darauf, daß ihre Beteiligung an Sanktionsmaßnahmen gegen Rußland durch eine Erklärung der Locarnomächte eingeschränkt wurde, und verweist sogar darauf, daß ein Ratsbeschluß, der Rußland als Angreifer bezeichnet, Deutschland nur dann bindet, wenn es an dem Beschluß beteiligt ist, und es daher bei einer ungerechten Anschuldigung Rußlands nicht zur Teilnahme an Sanktionen verpflichtet werden könne.

Es ist vielleicht kein erbauliches Schauspiel, wenn die Regierung eines großen Landes, in dem Augenblick, in dem sie sich anschickt, ihr ständiges Richteramt im höchsten Organ der Welt zu übernehmen, vorher sorgfältig auseinandersetzt, mit welcher Vorsicht und in welchem Sinn sie dieses Amt in einem ganz besonderen Fall auszuüben gedenkt. Und der Notenwechsel — nicht der

deutsch-russische Vertrag selbst, der das Muster eines völkerbündlichen Sicherheitsvertrages ist — streift hart die Grenze der in einem Völkerbunde zulässigen Vorbehalte. Aber ist es nicht der gegenwärtige Völkerbund selbst, der in unzulässiger Weise seine Grenzen verschoben und verwischt hat? Und mußte Deutschland nicht, nachdem seine gewaltsame Entwaffnung Völkerbundsanktionen gegen die Siegermächte verbot, wenigstens theoretisch zu verhindern suchen, daß es als Hilfstruppe oder Durchzugsland für kriegerische Aktionen der Siegermächte unter Völkerbundverkleidung ausgenutzt wurde? Und so geschieht es, daß einige Monate nach dem deutschen Gesuch um Aufnahme in den Bund, einige Monate vor dem Eintritt der deutsch-russische Vertrag und der deutsch-russische Notenwechsel in der Rechtsabteilung eingetragen und mit der Völkerbundsnummer 1268 geziert werden. Ein Raunen geht durch all die in Völkerbundpapier eingewickelten Bündnisverträge. „Wer bist du?“ so fragen sie, die sich hier zu Hause fühlen, den mit dem ganzen Rüstzeug des Paktes vorsorglich und einwandfrei ausstaffierten Neutralitätsvertrag. Und da man ihn in die Schublade bettet und nun auch er in dieser seltsamen Welt versinkt, flüstert er mit all seinen würdevollen, von Herrn Ministerialdirektor Gauß sorgsam redigierten und nachgeprüften Sätzen halb kichernd und halb seufzend: „Wer ich bin? Ich bin Deutschlands Herold in diesem Haus. Ich bin das deutsche Mißtrauen...“

Aber halt! Hier auf dem Tisch liegt ein Dokument, das nach so viel Enttäuschung von der guten Arbeit des Bundes, von dem treuen Pflichteifer des Sekretariats zeugen will. Ein dicker, stattlicher, brauner Band, der mit Sorgfalt abgefaßt ist, das Datum des Jahres 1927 trägt und sich als die zweite verbesserte und vermehrte Auflage einer Veröffentlichung aus dem Jahre 1926 vorstellt. Er führt den Titel „Völkerbund: Schiedsgerichtsbarkeit und Sicher-

heit“ und den Untertitel „Methodische Untersuchung der Schiedsabkommen und der Verträge für gegenseitige Sicherheit, die beim Völkerbund niedergelegt sind“, und ist eine von der Rechtsabteilung angefertigte amtliche Zusammenstellung und Besprechung aller Verträge, die dem Völkerbund als Unterlage für das Studium der Sicherheitsfrage, die wieder die Voraussetzung für das Studium der Abrüstungsfrage ist, dienen sollen. Wir blättern in dem Buch, gehen seine fünf Kapitel durch: I. reine Schiedsverträge, II. Schlichtungsverträge, III. gemischte Schieds- und Schlichtungsverträge, IV. Garantieverträge und Verträge für gegenseitige Sicherheit, V. die Locarnoverträge. Zweifellos ist das Kapitel über die Garantie- und Sicherheitsverträge das wichtigste! Wir schlagen es auf: In ihm können wir erfahren, welches die Grundsätze des Bundes oder wenigstens der Rechtsabteilung für eine internationale Vertragspolitik sind, und sie werden uns beruhigen und erholen nach der traurigen Forschungsfahrt durch die eisernen und hölzernen Aktenschränke.

Was sehen wir? Alle unsere Geheimverträge aus den Schubladen und der Vertragsversammlung nebenan, einer nach dem anderen, sind hier abgedruckt! Hat man sie hier zusammengestellt, damit sie endlich geprüft und endlich verworfen werden? Kein Gedanke! In den Augen der Rechtsabteilung sind die französisch-belgischen und die französisch-polnischen Bündnisverträge, sind die Verträge der kleinen Entente, der italienisch-albanische Bündnisvertrag sogenannte „Garantie- und Sicherheitsverträge“! Der Herausgeber dieser Sammlung Herr van Hamel, zu jener Zeit Direktor der Rechtsabteilung, charakterisiert sie in einem Vorwort kaltblütig folgendermaßen: „Die meisten dieser Verträge drücken in dieser oder jener Form den Grundsatz aus, daß das Garantieverprechen zwischen Staaten dazu bestimmt ist, im Namen des Völkerbundes die Achtung des Friedens zu verstärken, indem sie die Sanktionen intensiver gestalten, zu denen ein Friedensbruch

Anlaß geben könnte.“ Er hat den Mut, sich die unaufrichtige These gewisser bündnishungriger Regierungen zu eigen zu machen, wonach man in diesen Verträgen „oft eine Anwendung des Grundsatzes der gebietsweisen Entente, die im Artikel 21 des Paktes erwähnt wird“, sehen könne. Er behauptet: „Man hat in dem gegenwärtigen Kapitel Verträge vereint, die ausdrücklich Garantieverträge genannt werden, sowie auch Bündnisverträge und andere politische Vereinbarungen, die alle den Grundsatz der Verstärkung der Sicherheit und des Friedens einschließen.“ Das sind wörtliche Zitate! Der Rechtsabteilung erscheint es nicht nur natürlich, die völkerbundlichen Verträge ohne Prüfung einzutragen und zu veröffentlichen. Nein: sie sind ihr Bausteine für das neue Gebäude der Sicherheit, Material für die Weiterentwicklung des Völkerbundes.

Wo sind wir? Wie ist solche Verwirrung zu erklären? Haben die Völkerbundorgane die grundlegenden Artikel 18 und 20 vergessen? Prüfen wir die Protokolle des Völkerbundes, die sich in den Büros des Sekretariats angesammelt haben, so entdecken wir bald, daß die Verantwortung der Völkerbundorgane um so größer ist, als sie ihre Pflichten durchaus kannten, sie aber mit vollem Willen beiseiteschoben. Nachdem der Völkerbundrat im Jahre 1920 einen nichtssagenden Bericht des Generalsekretärs über die Ausführung des Artikels 18 genehmigt hatte, fühlten verschiedene Mitglieder der Völkerbundversammlung schnell, daß eine Prüfung der Tragweite dieses Artikels zu ihren wesentlichen Gründungsaufgaben gehörte. Aber das Problem wurde von der Versammlung des Jahres 1920 auf die Versammlung des Jahres 1921 verschoben, die es der Versammlung des Jahres 1923 zuwies. Man beriet, man kämpfte, aber kam zu keinem Beschluß, und nichts blieb übrig als ein Bericht, der nie angenommen wurde und nie in Kraft trat, aber als die juristische Auslegung des Artikels 18 fort-

lebt und den gefährlichen Grundsatz aufstellt, daß „rein technische oder verwaltungsmäßige Akte, die nicht die internationalen politischen Beziehungen berühren und die nur technische Regelungen darstellen und, ohne Änderungen vorzunehmen, eine bereits eingetragene Akte präzisieren oder die Ausführung einer solchen Akte sichern wollen, *nicht* eingetragen zu werden brauchen“. Hinter diesem unkeuschen Wandschirm, der von den großmächtigen Völkerbundjuristen geschaffen wurde, werden sich die geheimen Militärabkommen, aber auch alle anderen Abmachungen verbergen, die irgendwie Staaten zu gemeinsamen Aktionen aneinanderbinden. Schon während der Beratungen der zweiten Völkerbundversammlung weigerten sich Englands großer Völkerbundstaatsmann Balfour und Englands berühmter Kronjurist, Sir Cecil Hurst — später Richter im Ständigen Gerichtshof! —, mit Erfolg, Finanzabkommen als eintragungspflichtig anzuerkennen, und ließen damit, wie der französische Völkerrechtler Jean Rey sagt, „eine der wichtigsten Seiten des internationalen Lebens im Schatten“. Wen wird es da wundern, daß in den Akten des Völkerbundes überhaupt keine Spur einer ernsthaften Prüfung des ergänzenden Artikels 20 zu finden ist. Zwar war man sich schon in den Beratungen des Völkerbundausschusses der Friedenskonferenz klar darüber, daß dieser Artikel ein grundlegendes Völkerbundproblem umschloß, aber nur, um ihm gleichzeitig aus dem Wege zu gehen. Wilson glaubte, daß man die Überwachung der Verträge auf ihre Übereinstimmung mit dem Völkerbundpakt einfach der öffentlichen Meinung überlassen könne, während der Australier Sir Robert Borden wenigstens verlangte, daß Verträge erst nach einer Prüfung durch den Rat eingetragen werden dürften, und der Engländer Cecil, der Portugiese Reis und der Grieche Venizelos immerhin den Generalsekretär beauftragen wollten, paktwidrige Bündnisverträge dem Rat zu überweisen. Wenn einige fortschrittliche Delegierte, wie der tapfere belgische Sozialist de Brouckère,

später der Völkerbundversammlung die Frage vorlegten, „ob der Völkerbund seine volle Pflicht erfülle, indem er die Verträge einträgt, die man ihm mitteilt, ohne sich zu vergewissern, ob die im Artikel 20 enthaltene Verpflichtung geachtet wird“, wenn andere Delegierte auf die moralische Pflicht hinwiesen, die dem Bunde aus diesem Artikel erwächst, oder im Zusammenhang mit anderen Erörterungen bestimmte Anträge formulierten, so blieben solche Mahnungen wirkungslos. Aber auch sie zeigen, — daß man in Genf das Problem genau kannte. Für niemand bestand ein Zweifel über die Tatsache, daß, wie Jean Rey sagt, „das wahre Ziel der Öffentlichkeit der Verträge darin besteht, daß sie der öffentlichen Meinung und ihrem Organ, dem Völkerbund, die Ausübung einer Kontrolle gestatten“ und daß, „wenn der Völkerbund die Verträge, die er einträgt, nicht vorher zu beurteilen hat, sein andauerndes Schweigen oder seine andauernde Untätigkeit im Falle eines verdächtigen Vertrages seine Verantwortung sicher auf das schwerste belastet“, weil eben „Artikel 20 ihm Pflichten auferlegt für den Fall, daß seine Mitglieder die ihren vergessen“.

An der Erkenntnis mangelte es nirgends. Aber niemand denkt daran, ein Verfahren, eine Kommission, ein sachverständiges Organ und ein Sanktionsrecht einzusetzen, das die Überwachungsbe fugnis des Völkerbundes bekräftigen und wirksam machen würde, während man sich gleichzeitig um tausend Dinge kümmert, die außerhalb seiner Hauptaufgaben liegen. Keine Regierung, kein Parlament weist energisch auf den Frevel hin, der seit zwölf Jahren in Genf begangen wird, auch die Deutschen rühren sich nicht, obgleich sie vor ihrem Eintritt in den Bund lebhaft seine Unvollkommenheit kritisiert und ihrem Volke, allen Völkern versprochen hatten, die Verbesserung des stümperhaften Werkes anzustreben. Sie schweigen, obgleich sie alles Interesse daran hätten, zu sprechen. Sie schweigen, obgleich sie nicht nur den großen

Wilson, sondern auch den größeren Kant zitieren könnten, der die Worte sprach: „Alle auf das Recht anderer Menschen bezogenen Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind Unrecht.“ Und da alles schweigt, diejenigen, die Bündnispolitik treiben, und diejenigen, gegen die sie gerichtet ist, entsteht kein öffentliches Gewissen, das sich empört, dürfen die Verträge weiter nach Genf rennen, sich weiter in den wuchtigen Schränken häufen, sich in unschuldige Umschläge betten, die den großen Namen des Bundes tragen. Die Kontrolle der gelehrten Beamten der Rechtsabteilung beschränkt sich auf die Prüfung der Daten des Abschlusses und der Ratifizierung. Stimmt die Form, so geben sie dem Papier die Nummer, die es zum Bestandteil des Völkerbundes erhebt. Im Zimmer der Gräfin von Trani aber sitzt Sir Eric Drummond in mattem, milchigem Licht vor seinem sauberen Schreibtisch und setzt geduldig seinen geschichtlichen Namen unter das feierliche Empfangs- und Bestätigungsschreiben, mit dem die Regierungen für die Eintragung belohnt werden. „Der Generalsekretär des Völkerbundes bestätigt hiermit, daß auf Verlangen — folgt der Name der Regierung — ein — Vertrag, Abkommen usw. — entsprechend dem Artikel 18 des Völkerbündpaktcs am — Datum — unter Nr. . . . in den amtlichen Vertragsregistern des Sekretariats eingetragen worden ist.“ 2800mal hat der Generalsekretär seine Unterschrift unter dieses Dokument gesetzt, das einzige Papier dieses Hauses, das nicht durch die Walzen der Schreibmaschinen rollt, sondern in kunstvollen Schriftzügen jedesmal kalligraphiert wird. 2800mal bleibt dieses Schriftstück die einzige Stellungnahme des Völkerbundes zu seiner Lebensfrage.

Sehen wir uns genau die Schönschreibübung des Völkerbundsekretariats an! Sie ist nicht nur die bedeutsamste Sehenswürdigkeit des Museums, — sie wird auch das schwerwiegendste Akten-

stück sein in dem großen Prozeß, den die Völker gegen die Verderber des Bundes anstrengen werden, sobald einmal der Tag gekommen ist, den alles in diesem Raume ankündigt: Aus den Blech- und Holzschränken der Rechtsabteilung brechen die Kriegsfurien hervor, zerfetzen ihren Völkerbundumschlag, schütteln ihre Völkerbundnummer ab, überrennen den schwatzenden Bürokraten, die gerührten Touristen und Vorstandsdamen, stürmen über die Korridore dahin, und in ihren entfesselten Händen schwingen sie die Brandfackel über das Haus, das ihnen so leichtfertige Gastfreundschaft bot.

Und wieder murmelt der alte Optimist, der mit uns, der in uns diese Reise unternahm, Trost und Ermunterung in unsere Seele. — Dieses Vorzimmer ist kein Tempel? Aber es ist auch nur ein Vorzimmer. Die Bündnisverträge in den Holz- und Blechschränken verstopfen den Eingang in die neue Welt? Aber über ihnen, den unvermeidlichen Überbleibseln vorvölkerbundlicher Zeit, zeigt das internationale Gesetz den Weg. Längst sind andere Aktenchränke angefüllt mit den Beweisen des unablässigen Strebens, es anzuwenden, zu bessern, zu ergänzen. Allmählich verscheucht das wachsende Leben des Paktes die alten Gespenster. Artikel 18 und 20, so grollt ihr? Geduld! Nehmt dieses erste Aktenbündel zur Hand: Internationale Gerichtsbarkeit! Nirgends werdet ihr besser als hier erkennen, wie lebendig inzwischen der Pakt geworden ist. Hier lebt sein Artikel 14. Er ist der Sieg des Rechts über die Macht. Er wird den ganzen Raum, das ganze Haus lüften und erhellen.

Öffnet das Fenster. Blickt hinaus. Hinter der blauen Juralinie, drüben, im stillen Haag, entwickelt sich das Werk, das in Genf geschaffen ward. Schon die erste Völkerbundversammlung gehorcht dem Verlangen des Artikels 14, stellt die Satzung des neuen Ständigen Internationalen Gerichtshofes auf, und bald ist das neue Papier kraftvolle Wirklichkeit. In feierlichen gleichzeitigen Sitzungen

von Rat und Versammlung gewählt, erwirbt das Kollegium der internationalen Richter unter all den schemenhaften Gebilden, die ihr geschwätziges Leben aus den Paragraphen des Völkerbundespaktes beziehen, ein besonderes Ansehen und ein besonders feierliches Gesicht. Nicht wie die Diplomaten, von denen sie gewählt werden, unlösbar in die Kombinationen der Kabinettspolitik verstrickt, sondern materiell und moralisch frei, können die Richter sich in die Sphäre der internationalen Unabhängigkeit erheben. So beschränkt ihre Befugnisse und Wirkungsmöglichkeiten noch sein mögen, durch ihr Dasein allein werden sie das Symbol des besseren Völkerbundes und rücken in die nächste Nähe des Ideals. Ist es ein Zufall, daß die widerspenstigen Vereinigten Staaten von Amerika, die sich in die anderen Organe Wilsons nicht einfügen wollen, sich eines Tages von dem Haager Gerichtshof angezogen fühlen, den der große Präsident beinahe vergessen hätte? Der amerikanische Vorkämpfer für den Gedanken des internationalen Gerichts, Elihu Root, wirkt acht Jahre nach der Schaffung der Gerichtssatzung an ihrer Revision mit, und der Bund ermöglicht durch ein besonderes Protokoll den Vereinigten Staaten den Beitritt zu seinem Gericht.

Blickt hin: So verwirklicht sich der schönste unter den alten Träumen. Unübersehbar häufen sich in den Büros der Rechtsabteilung die Verhandlungsprotokolle des Haager Gerichts. Hier liegen die Urteile, die es auf Grund sogenannter einseitiger Schritte fällt, gestützt auf die Friedensverträge, wie in dem von Frankreich, England, Italien und Japan gegen Deutschland eingeleiteten Prozeß im Falle des englisch-französischen Munitionsdampfers *Wimbledon*; gestützt auf Sonderverträge, wie in der von Deutschland auf Grund des Oberschlesienabkommens gegen Polen erhobenen Anklage wegen der Enteignung der Stickstoffwerke von Chorzow; auf Grund sogenannter Kompromisse zwischen den Parteien, wie in dem Konflikt zwischen Frankreich und der Türkei wegen

des Zusammenstoßes eines türkischen Dampfers mit dem Paketboot Lotus und im französisch-schweizerischen Streit um die Freizonen bei Genf. Hier liegen die Verfügungen, die das Gericht erlassen darf. Vor allem aber häufen sich unter unseren Augen die wichtigen „beratenden Gutachten“, die das Haager Tribunal auf Aufforderung des Genfer Rates abgibt und die das Recht oft unmittelbar in die aktuelle Politik eindringen lassen, wie in den Minderheitenstreitigkeiten zwischen Deutschland und Polen, den Streitfällen zwischen Danzig und Polen, den Meinungsverschiedenheiten um die Auslegung der internationalen Arbeitssatzung, in dem französisch-englischen Konflikt über die Staatsangehörigkeit in Tunis und Marokko, im Mossulfall, in der Frage des deutsch-österreichischen Zollanschlusses. Hier wieder sehen wir die große Hoffnung der Zukunft, die feierlichen Urkunden, in denen 37 Staaten bis zum Ende des Jahres 1931 die sogenannte Fakultativklausel für die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Gerichtshofes anerkannt haben, unter ihnen, als Zeugnis des ersten Beitritts einer Großmacht, die deutsche Ratifizierungsurkunde. Und endlich: Eines Tages zieht als erster deutscher Richter Walther Schücking in das Weltribunal ein, der freiheitliche Völkerrechtler, der Vorkämpfer für das internationale Gericht, der Mitverfasser des deutschen Völkerbundplanes von Versailles und des ersten wissenschaftlichen Kommentars des Paktes. Ist das nicht ein Symbol des friedlichen Fortschritts?

Wir hören die Ermunterung; wissen, daß in den Akten über den fernen Gerichtshof die Zukunft dieses Hauses schläft; vergessen nicht die Bewegung, die uns auf der Reise ergriff, als uns aus den dunklen Zaubersprüchen des Paktes der hellere Klang des Artikels 14 entgegenscholl. Aber die wortwörtliche Anwendung des Artikels interessiert uns nicht. Nur seine Verheißung interessiert uns. Wird er nicht weitergebildet, wie soll er den Pakt weiterbilden? Bis jetzt dürfen die erhabenen Weltrichter nur

Recht sprechen, wenn das Verlangen danach aus den niederen diplomatischen Gefilden in ihre verklarte Höhe dringt. Ihre Rechtsprechung kann nur den Umfang und die Tragweite annehmen, die ihr die Politik zubilligt. Sie stehen nicht über dem Bund, kaum im Bund, sondern abseits zu seiner jeweiligen Verfügung. Aber sind sie überhaupt die Richter, die ihr preist? Entdecken wir nicht in ihren Urteilen und Gutachten oft mehr advokatorische als richterliche Gesinnung? Sehen wir nicht, wie sie sich häufig dazu erniedrigen müssen, auf die listigen und engen Fragestellungen des Rates einzugehen und damit rein politischen Kombinationen das Rüstzeug des Rechtes zu leihen? Sind ihre Ohren immer dem Zusppruch der eigenen oder der befreundeten Regierung verschlossen? Welch Schauspiel, als das Gericht bei dem Urteil über die deutsch-österreichische Zollunion in zwei gleiche fast politische Lager auseinanderfiel und schließlich seine Entscheidung nur die Meinung des kubanischen Richters Bustamente war! Welch Ärgernis, wenn wir im internationalen Richterornat immer häufiger die nationalen Rechtsberater wiedererkennen, die wir an den Tischen des Rats und der Völkerbundausschüsse hinter den Hauptdelegierten erblickten, denen sie eifrig den geschickten Trick ins Ohr flüsternten, behende die schlaue Aufzeichnung in die Hand drückten! Bildet sich nicht hinter der blauen Linie des Jura ein zweites Genf, drüben im Gerichtssaal ein zweiter Rat? Dringt aber die Politik weiter in das Tribunal, wird das Tribunal weiter der Diener der Politik, wer wird sich dann seinem Spruch lieber unterwerfen als den Kompromissen des Sekretariats? Welche Enttäuschung auch die „obligatorische“ Gerichtsbarkeit selbst! Durch kurz befristete Gültigkeit und zahlreiche Vorbehalte übermäßig eingeschränkt, ist sie längst ihres Sinnes beraubt. Die Unterschriften unter dem Protokoll mehren sich, aber die Bundesmitglieder lehnen es weiter ab, den einzigen ehrlichen Weg zur Verwirklichung der obligatorischen Gerichtsbarkeit zu beschreiten: ihre Einfügung in den

Bundespakt, ihre Gültigkeit auch im politischen Streit anzunehmen. Sicher wäre es herrlich, wenn Wilsons Vaterland sich einst dem Gerichtshof nähert. Aber mit welchen Opfern an Ansehen und Wirksamkeit mußten Gericht und Bund diese Möglichkeit erkaufen. Zweifellos zieht Walther Schücking das Welttribunal. Aber niemand weiß besser als der Gefährte der letzten Wegstrecke nach Genf, daß, wenn auch seine Reise beendet ist, die unsere weitergeht! Der Gipfel seines Lebens steht noch tief unter den Höhen, die das Leben der Nationen erreichen will. Noch klingt uns in den Ohren der verfrühte Jubelruf, den der Richter des neuen Haager Tribunals ausstieß bei der Gründung des alten Haager Gerichts. Was ist seitdem geschehen? Ein Gericht wurde gebaut. Es ist unsere große Hoffnung. Aber seine große Stunde ist noch nicht gekommen. Wird sie jemals kommen? Nicht Artikel 14 kann den Pakt bessern: der veränderte Pakt muß Artikel 14 bessern. Erst wenn er in seinen anderen Bestimmungen die Macht beseitigt, wird der Platz frei für das Recht. Hat man diesen Weg beschritten? Baut man weiter?

Ein zweites Aktenstück trägt man herbei. Und wir erfahren, daß man bereits ein Jahr nach Inkrafttreten des Paktes einen Ausschuß für Paktabänderungen einsetzte. Man bekritzelt im Laufe der Jahre das Wilsonsche Papier auf fast allen Seiten mit Randbemerkungen und Fußnoten. Aber will man die grundlegenden Fragen lösen, das Übergewicht des Rates über die Versammlung, das Übergewicht der Großmächte über die kleineren Staaten, die unerträglichsten Erinnerungen an den alliierten Ursprung des Paktes entfernen? Einige Versuche werden unternommen, das Wesen des Bundes zu erfassen, andere verfolgen nur bestimmte nationale Pläne, andere sind von untergeordnetem Interesse. Ein Antrag Argentiniens auf der ersten Versammlung möchte — wir sahen es bereits — den engen Artikel 1 durch die Verkündung

des Universalitätsgedankens ersetzen. Der Plan wird abgelehnt. Anträge der skandinavischen Staaten wollen im Artikel 3 die Rechte und den Einfluß der Versammlung durch Festsetzung ihrer Tagungsperioden sichern. Sie werden in die Geschäftsordnung verbannt. Ein französischer Antrag will die Organisierung der Völkerbundsanktionen dem im Artikel 9 des Paktes vorgesehenen militärischen Beratungsausschuß übertragen. Er dringt nicht durch. Ein Antrag Kanadas sucht, vor allem um den Beitritt Amerikas zu erleichtern, den Artikel 10 zu mildern. Er scheitert an dem Widerstand der Siegermächte, dann, als eine Kompromißformel gefunden wird, an dem Veto Persiens. Ein späterer schwedischer Antrag will den Artikel 10 im Rahmen der Verhandlungen über die Angleichung des Völkerbundpaktes an den Kelloggspakt ändern. Er muß zurückgezogen werden. Verschiedene skandinavische Anträge machen den Versuch, formell das Friedensverfahren der Artikel 12, 13 und 15 durch die Einführung von Schieds- und Schlichtungsausschüssen und die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit zu verbessern. Sie werden abgelehnt, wenn sie auch in den späteren Arbeiten des Völkerbundes wiederkehren. Ein Abänderungsantrag Perus zum Artikel 18 verlangt, daß kein Vertrag im Sekretariat mehr eingetragen wird, der in Verletzung des Kelloggspaktes durch einen Krieg aufgezwungen wird. Er fällt unter den Verhandlungstisch. China will aus Artikel 21 das Recht zu gebietsweisen Abkommen entfernen. Der Wunsch bleibt unerfüllt. Die Tschechoslowakei dagegen will, daß dieses Recht weiter entwickelt wird. Die Paktabänderung wird abgelehnt, aber der Gedanke beherrscht lange die Politik des Bundes. Einige Paktabänderungen zu Artikel 16 werden dagegen angenommen; sie klären auf Grund der Vorstudien eines besonderen Blockadeausschusses die Frage des Abbruchs der Beziehungen zu den Staatsangehörigen eines angreifenden Staates; sie bestimmen, daß im Rat bei der Feststellung, ob ein Bruch des Paktes vorliegt, die Stimmen der an dem

Konflikt beteiligten Staaten nicht mitzuzählen sind; sie geben dem Rat das Recht, wenn er den Zeitpunkt für das Inkrafttreten wirtschaftlicher Druckmittel notifiziert, gewissen Staaten angeblich im Interesse einer besseren Verwirklichung der Aktion und zur Vermeidung von Schäden einen Zeitaufschub zu bewilligen. Aber die Ratifizierungsbedingungen, wie sie Artikel 26 des Paktes aufstellt, können nicht erfüllt werden, und die Abänderungen treten nie in Kraft. Abänderungsanträge zu Artikel 26 wollen das Verfahren der Paktabänderung erleichtern, ohne allerdings das entscheidende Vetorecht der ständigen Ratsmitglieder anzutasten. Sie werden angenommen, aber nicht ratifiziert und treten ebenfalls nicht in Kraft. Was bleibt übrig von all den mühevollen, unmethodischen und durch keinen Idealismus beflügelten Arbeiten? Legen wir die letzte Ausgabe des Völkerbundpaktes neben die Ausgabe des Jahres 1919: — Nur fünf Artikel zeigen nicht mehr die ursprüngliche Form. Aber der schöpferische Geist der Nationen hat im ganzen drei kurze Sätze und neunzehn Worte, — in einigen Artikeln dieselben — dem Pariser Weltgesetz hinzugefügt. Die Abänderung im Artikel 4 ist nur eine geschäftsordnungsmäßige Erläuterung des Wahlverfahrens für die nichtständigen Ratsmitglieder; die im Artikel 6 nichts als eine Präzisierung des Verteilungsschlüssels für die Völkerbundausgaben; die eingefügten Sätze in den Artikeln 12, 13 und 15 tragen einfach bei der Aufzählung der Schieds- und Schlichtungsmöglichkeiten der Tatsache Rechnung, daß seit der Abfassung des Paktes der ständige Gerichtshof in Kraft getreten ist. Das ist alles. Die einzige, wirklich in die Augen fallende Abänderung des Paktes? In seinen gedruckten Ausgaben werden seit 1926 auf Grund eines besonderen Beschlusses der siebenten Völkerbundversammlung die einzelnen Absätze innerhalb der einzelnen Artikel *numeriert*! Der Pakt des Jahres 1932 ist der Pakt des Jahres 1919 geblieben, das Jahr 1919, das der bescheidene Anfang einer fortschreitenden

Verwirklichung des Völkerbundgedankens sein sollte, ist allmählich sein ehrfurchtgebietender Höhepunkt geworden.

Aber schon liegt ein anderes Aktenstück auf dem Tisch. Denn zaghaft versucht man nun den Pakt auszulegen, d. h. zwischen seine unantastbaren Seiten lose Blätter zu schieben, die keines einstimmigen Beschlusses, keiner Ratifizierung bedürfen. Die meisten Auslegungen, Ersatz für gescheiterte Abänderungen, wie im Falle des Artikels 10 und des Artikels 16, erlangen nie praktisch Bedeutung. Eine von den Locarnomächten formulierte Auslegung des Artikels 16 wird von den nichtbeteiligten Völkerbundmitgliedern nicht übernommen. Auslegungen der Artikel 12 und 15, die als Folge des griechisch-italienischen Konfliktes vom Jahre 1923 durch Ratsbeschluß von einem Juristenkomitee ausgearbeitet werden, erlangen keine praktische Bedeutung. Auslegungen des Artikels 19, die man im Anschluß an einen Streitfall zwischen Bolivien und Chile und später auf Grund eines chinesischen Antrages vornimmt, sind, genau wie eine Auslegung der Monroe-Doktrin des Artikels 21, mit der man im Jahre 1928 die Rückkehr Costa Ricas in den Völkerbund erleichtern will, Textspielereien ohne jeden politischen Wert. Schnell wie die Bewegung zur Abänderung der Paktartikel verläuft das Streben nach ihrer Auslegung im Sande. An seine Stelle tritt das aus praktischen Fällen erwachsende Bemühen, die Anwendung des Paktes dadurch zu fördern, daß man den Völkerbundorganen Richtlinien für die Ausführung ihrer satzungsgemäßen Verpflichtungen an die Hand gibt, nicht den Pakt, aber die Befugnisse der von ihm geschaffenen Organe weiterbildet. Aber diese juristischen Untersuchungen, die zwischen den Zeilen des Völkerbundes hingeleiten, werden schnell erdrückt durch bestimmte nationalpolitische Bestrebungen der führenden Mitgliedstaaten, die, weit davon entfernt, den Völkerbundapparat über ihr Bündnissystem zu stellen, ihn zum Ausbau dieses Systems benutzen wollen.

Ein gewaltiges Gemurmel erhebt sich jetzt, in das sich alle möglichen Sprachen mischen: die Sprache der Juristen, die das Wilsonsche Gesetz klären und gebrauchsfähig machen möchten, die Sprache der Diplomaten, die das Gesetz nicht interessiert, die aber seine Organe mit der Vertretung ihrer Interessen betrauen wollen, die Sprache der Militärs, denen es darauf ankommt, die Völker weit weg auf die Schmetterlingsjagd nach dem vollkommenen Frieden zu schicken, um unterdessen bei der Vervollkommnung der Kriegsmittel nicht gestört zu werden. Ein gewaltiges Gemurmel, schließlich ein riesenhaftes Geschrei, aus dem immer voller und gebieterischer das Wort von der Sicherheit ertönt. Sind es die beunruhigten Völker, die kleinen Mitgliedstaaten, die entwaffneten Besiegten, die dieses Lärmen verursachen? Der ohrenbetäubende Ruf nach erhöhter Sicherheit erschallt aus dem Munde der siegreichen Schöpfer und Beherrscher des Bundes, die den Pakt auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnitten und an seine Spitze die Erklärung gestellt hatten: „Die Hohen vertragschließenden Teile haben in dem Bestreben, den Nationen den Frieden und die Sicherheit zu gewährleisten, den gegenwärtigen Pakt, der den Völkerbund errichtet, angenommen.“ Sie sind es, die jetzt beteuern, daß, um den Frieden und die Sicherheit zu gewährleisten, die „Hohen vertragschließenden Teile“ ergänzende Vereinbarungen treffen müssen, und anstatt den Pakt fortzubilden, ihn entwerten, zwischen seinen Bestimmungen, vornehmlich den Artikeln 10 und 16 und den alten Bündnisverträgen, andere mit komplizierten Verpflichtungen beladene Papiere auftürmen. Wollen wir die neuen Vertragsschöpfungen lesen und an ihrem Werden teilnehmen, so dürfen wir allerdings nicht gemächlich an den Tischen der Rechtsabteilung sitzen bleiben. Jetzt müssen wir hin und her laufen, den Amtsdienern nach, die jene Akten hin und her schleppen, von der Rechtsabteilung zur Politischen Abteilung, von der Politischen Abteilung in die Abrüstungsabtei-

lung, von der Abrüstungsabteilung in das Zimmer der Gräfin von Trani, dann wieder in die Rechtsabteilung, in der sie nur noch flüchtige Gäste sind, da hier nur formale Redaktionsarbeit geleistet wird an den Thesen der Diplomaten und Militärs.

Ein anspruchsvolles Dokument liegt vor uns, geboren aus den Abrüstungsarbeiten. Ein Beschluß des „zeitweiligen gemischten Ausschusses“, der die Herabsetzung der Rüstungen vorbereiten sollte, und später eine Entschliebung der dritten Völkerbundversammlung — die in den Erörterungen und der Literatur des Bundes unter dem Namen Entschliebung Nr. 14 berühmt wird — erklären, daß die Abrüstung angesichts des Sicherheitsbedürfnisses verschiedener Staaten mit einem besonderen Verteidigungsabkommen verbunden werden müsse. Man rührt einen französischen und einen englischen Plan durcheinander, vermengt die These von dem alleinseligmachenden allgemeinen Abkommen mit der Tendenz nach den angeblich praktischeren gebietsweisen Vereinbarungen, und es entsteht im Jahre 1923 der Entwurf eines „Vertrages für gegenseitige Hilfeleistung“. — „Die Hohen vertragschließenden Teile“, so erklärt seine Präambel, „sind von dem Wunsche beseelt, die Grundlagen einer Organisation für gegenseitige Hilfeleistung zu schaffen, um die Durchführung der Artikel 10 und 16 des Völkerbundpaktes und auf Grund des Artikels 8 die Herabsetzung und Begrenzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß zu erleichtern, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Ausführung der internationalen Verpflichtungen durch eine gemeinsame Aktion vereinbar ist.“ Der Vertrag verpflichtet die unterzeichnenden Mächte, einem angegriffenen Staat, falls er den Abrüstungsbestimmungen des Vertrages zugestimmt hat, „individuell und kollektiv Hilfe zu leisten“, — beauftragt den Völkerbundrat, vier Tage, nachdem ihm Feindseligkeiten zur Kenntnis gebracht sind, festzustellen, welche Staaten angegriffen sind und ob sie berechtigt sind, Hilfe-

leistungen zu verlangen, — zählt die verschiedenen, zum Teil vorsichtig formulierten Unterstützungsmaßnahmen auf, — sieht die Möglichkeit von Hilfsaktionen auf Grund von Sonderabmachungen, ohne einen vorhergehenden Ratsbeschluß, die Einrichtung von entmilitarisierten Zonen und Schritte zur Herbeiführung der Rüstungsbeschränkung vor. Als die große Tugend des Entwurfes rühmt man den Artikel 1, der nachholt, was der Völkerbundpakt bewußt versäumt hatte. „Der Angriffskrieg“, so erklärt man uns endlich, „ist ein internationales Verbrechen, und die Vertragsmächte übernehmen die feierliche Verpflichtung, sich dieses Verbrechens nicht schuldig zu machen.“ Aber diese Tugend wird ausgelöscht durch die große Sünde des Textes, den Artikel 14: „Der Vertrag“, so sagt er, „tastet weder die Friedensverträge von 1919/20 noch die bis zum Tage seines Inkrafttretens beim Völkerbund eingetragenen Verträge an“, bestätigt also die Welt die Friedensverträge und auch die Bündnisverträge, die dem Geist des Artikels 20 zu Trotz in der Schreckenskammer der Rechtsabteilung untergebracht sind. Der innerlich unaufrichtige Plan, dem nur achtzehn Staaten und auch diese nur mit Einschränkung beistimmen, scheitert an dem Grundgedanken, dem er seine Entstehung verdankt: dem französischen Wunsche, das während der Friedenskonferenz mißlungene französisch-amerikanisch-englische Bündnisprojekt durch eine starke englisch-französische Verbindung — denn das ist in diesem Völkerbund jede gegenseitige Hilfeleistung, solange es keinen Rüstungsausgleich gibt — im Rahmen eines angeblich internationalen Systems wenigstens teilweise wieder aufleben zu lassen. Obgleich Lord Robert Cecil den Entwurf angenommen hat, lehnt ihn die englische Regierung ab, an deren Spitze inzwischen der Führer der Labourpartei, Macdonald, tritt, weiler eine „ungeheure Komplizierung der internationalen Beziehungen“ sei.

Aber ein neues Papier erwächst aus der Asche des Hilfelei-

stungsvertrages, erdacht in der politischen Werkstatt des Bundes. Auf der Völkerbundversammlung des Jahres 1924, die nach dem Ende des Ruhrkampfes, dem Abschluß der Londoner Dawesplan-Konferenz, nach dem Rücktritt Poincarés und dem Sieg der französischen Radikalen im Zeichen einer neuen englisch-französischen Annäherung steht, wird im Beisein von Macdonald und Herriot die „Genfer Trilogie“ erfunden: „Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit, Abrüstung.“ In ihrem zauberhaften Banne arbeitet man in wochenlangen spitzfindigen und leidenschaftlichen Ausschußberatungen das „Protokoll für die friedliche Regelung der internationalen Streitfälle“ aus, das von der Vollversammlung nach gescheiterten und funkelnden Referaten des Tschechoslowaken Benesch und des Griechen Politis in einer Apotheose trunkener Begeisterung angenommen wird. Genf schwimmt in einem Freudentaumel, die Welt taumelt ein paar Tage lang mit. Die Mächte strahlen in einer herrlichen Präambel ihren Friedenswillen aus: „Sie sind von dem festen Willen beseelt, die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und die Sicherheit der Völker, deren Dasein, Unabhängigkeit oder Gebiete bedroht sein können, zu wahren; sie erkennen die Solidarität unter den Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft an; sie erklären den Angriffskrieg als ein Vergehen gegen diese Solidarität und als ein internationales Verbrechen; sie hegen den Wunsch, die vollständige Anwendung des im Völkerbundpakt für die friedliche Regelung der Streitfälle zwischen den Staaten vorgesehenen Systems zu erleichtern, die Bestrafung der internationalen Verbrechen zu sichern und in Übereinstimmung mit Artikel 8 des Paktes die Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf ein Mindestmaß zu verwirklichen, das mit der nationalen Sicherheit und der Ausführung der internationalen Verpflichtungen durch eine gemeinsame Aktion vereinbar ist.“ In den einzelnen Artikeln des Protokolls übernehmen sie die Verpflichtung, gegen Staaten, die seine Bestimmungen

einhalten, nicht zum Kriege zu schreiten, — die Gerichtsbarkeit des Ständigen Gerichtshofes mit den zulässigen Vorbehalten als obligatorisch anzuerkennen. Sie füllen die berühmte Lücke im Artikel 15 des Völkerbundpaktes aus, der bisher im Falle eines nicht einstimmigen Ratsbeschlusses den Mitgliedstaaten die Handlungsfreiheit beließ. Sie vertiefen die Sanktionsmaßnahmen und berufen eine internationale Abrüstungskonferenz auf den 15. Juni 1925 ein, die einen allgemeinen Abrüstungsplan aufstellen soll, nach dessen Annahme das Protokoll selbst in Kraft treten wird. Vor allem aber schenken sie uns die wichtige Ergänzung zu der Verurteilung des Angriffskrieges. Angriffskrieg! Ein gefährliches und zweideutiges Wort, das uns aus den alten Defensivbündnisverträgen her verdächtig ist. Wer ist der Angreifer? Artikel 10 des Protokolls gibt die bisher fehlende Definition: Angreifer ist der Staat, der in Verletzung des Paktes oder des Protokolls Krieg führt, — eine entmilitarisierte Zone verletzt, — im Falle von bereits begonnenen Feindseligkeiten sich weigert, den Streitfall einem der vorgesehenen Schlichtungsverfahren zu unterbreiten, — sich einem Beschluß des Rates oder einem Schiedsspruch widersetzt, — sich gegen die im Protokoll vorgesehenen provisorischen Maßnahmen zur Sicherung des Status quo während des Verhandlungsverfahrens vergeht, — einen Waffenstillstand abschlägt oder verletzt, — aber auch — und das ist der gefährlichste Teil der Definition — einen Schiedsspruch ablehnt, der den Streitgegenstand als eine innernationale Angelegenheit des Gegners bezeichnet. Die große Lücke im Pakt ist, so ruft Benesch in seinem Bericht vor der fünften Versammlung pathetisch aus, ausgefüllt worden! Wirklich? Erst, so müssen wir hinzufügen, wenn der Rüstungsausgleich die „Definierung“ und die Bestrafung eines jeden Angreifers ermöglicht ... Und außerdem ist auch dann nur *eine* Lücke ausgefüllt, nur eine! Der vertragswidrige Krieg ist verboten. Aber der rechtswidrige Friede bleibt gestattet. Wenn

Artikel 15 kein Loch mehr hat, sehen wir noch deutlicher das Loch im Artikel 19. Zur Sicherung der Revision von Verträgen, die den Frieden gefährden, werden keine Verfahren, keine Verpflichtungen ausgearbeitet. Aufgebaut über einem gerechten Friedenszustand oder mit einem Apparat versehen, der einst den besseren Frieden herbeiführen darf, könnte das neue Papier die Entwicklung zum besseren Völkerbund anbahnen. Mit dem Loch im Artikel 19 ist es verloren für den Bund.

Aber schon wird es zerrissen, wie der Hilfeleistungsvertrag zerrissen ward. Von neuem widerstrebt es England und seinen Dominions, mit Frankreich im Rahmen eines allgemeinen Systems ein Kriegsbündnis einzugehen. Obgleich Macdonald das Protokoll feierlich angenommen hat, vernichtet es sein Nachfolger, der konservative Chamberlain, sechs Monate später auf der Ratstagung vom März 1925. Er sieht in den Bestimmungen des Protokolls vor allem „ein militärisches Verfahren“. Er fürchtet, daß in Zukunft das „Ziel des Völkerbundes weniger die Entwicklung der freundschaftlichen Zusammenarbeit, eine bewußte Harmonie in der Ausführung der internationalen Angelegenheiten sein wird als die Erhaltung des Friedens durch die Organisierung des Krieges und vielleicht eines Krieges auf größerem Fuße“. Warum ein Weltsystem? so fragt er unschuldig, und er meint damit: Warum ein englisch-französisches Bündnis? Der natürliche Weg zur Befestigung des Friedens, so erklärt er, sind Sondervereinbarungen zwischen den Staaten, deren Gegensätze die Hauptgefahr für den Frieden bilden, und er meint damit die künftigen Sicherheitsverträge, über die bereits verhandelt wird und die alle Kriegsmöglichkeiten an der deutsch-französisch-belgischen Grenze ausmerzen werden. Und nun häuft sich ein neues Aktenpaket vor uns auf. Das Protokoll ist tot, es lebe Locarno! Nach dem messianischen Trubel der fünften Völkerbundversammlung muß die sechste Versammlung im Herbst 1925 sich mit der Annahme einer

Entschließung des spanischen Delegierten Quinones de León trösten, die Bemühungen der künftigen Locarnopaktmächte, die sich „im Geiste des Völkerbundpaktes und in Harmonie mit den Grundsätzen des Protokolls“ vollziehen, begrüßen, ihre Ausdehnung auf die ganze Welt empfehlen und die Vorbereitung einer Abrüstungskonferenz, ohne Angabe eines Datums, beschließen. Trotz des Lobes, das der Bund sich ausstellt, hat er den Verträgen, die im November desselben Jahres in Locarno abgeschlossen werden und die außerhalb des Bundes entstanden, wenig gegeben. Werden sie ihm weiterhelfen? Jedenfalls sind sie eng mit ihm verbunden. Sie räumen dem Rat wichtige Befugnisse ein, führen — das ist die Bedingung für ihr Inkrafttreten — Deutschland in den Bund, sollen so lange in Kraft bleiben, als der Rat nicht mit Zweidrittelmehrheit feststellt, daß der Völkerbund den Ratsmächten ausreichende Garantien sichert, und verpflichten in ihrem Schlußprotokoll die unterzeichneten Mächte zur Verwirklichung des Abrüstungsgedankens. In die durch das Sicherheitsgeschrei, durch die Überspitzung des Sanktionsgedankens und durch die französische Bündnissucht aufgestörte Genfer Politik könnten diese Verträge vielleicht Klarheit und Ruhe tragen. Ihr Geist drängt die aus der Technik der Bündnisse stammenden Paktbestrebungen Frankreichs zurück, verschiebt das Schwergewicht der internationalen Friedensbemühungen von dem Gedanken der Sanktionen zu dem Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit. Aber ebensowenig wie das Genfer Protokoll können sie die falschen Grundlagen, auf denen sich der Völkerbund aufbaut, ins Gleichgewicht rücken. Wenn sie auch einige Monate lang die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Englands in der bengalischen Beleuchtung der Versöhnung und im Schmucke des Nobelpreises für den Frieden zeigen, ändern sie damit nicht die Machtverhältnisse zwischen den Staaten und in der Welt. Täuschen sie über die unveränderten Machtverhältnisse hinweg, so schaden sie der harmonischen Entwicklung des

Bundes mehr, als sie der augenblicklichen Harmonie der deutsch-französisch-englischen Beziehungen nützen. Dem Völkerbund geben sie keinen besseren Pakt, und den Franzosen ersetzen sie, da sie England mit Italien nur zum Schiedsrichter, aber nicht zum unbedingten Verbündeten Frankreichs machen, in keiner Weise das Genfer Protokoll. Spüren die Friedens- und Völkerbundfreunde nicht sogleich die Gefahr für den Völkerbund, so empfinden die Franzosen sehr schnell die Gefahr für ihre traditionelle Politik. Sie nehmen von Locarno, was sie brauchen können und was man ihnen nicht mehr nehmen kann: die neue Anerkennung der elsass-lothringischen Grenze und der entmilitarisierten Rheinzone, — vernachlässigen aber alle anderen Neuheiten des Vertragswerkes: die Zusicherung der englischen und italienischen Unterstützung im Falle eines deutschen Angriffes, die Fortschritte in der Anwendung der Schieds- und Schlichtungsverfahren und vor allem seinen „Geist“. Bald erheben sie stürmischer als zuvor ihren Ruf nach neuen Garantien, proklamieren hartnäckiger als je, daß eine Abrüstung noch unmöglich sei, erfüllen unaufhörlich die Sitzungen des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz mit ihrer Unruhe, ihrem Pessimismus, ihrer Angst, bis schließlich, obgleich schon die sechste und die siebente Völkerbundversammlung die Ausdehnung des Schiedsgerichtswesens proklamiert hatten, die achte Versammlung sich erneut mit der Konkursmasse des Genfer Protokolls beschäftigen muß. Es entsteht ein neues Papier, eine leider praktisch wertlose Entschliebung, die auf einen polnischen Antrag zurückgeht und nochmals den Angriffskrieg, „der verboten ist und verboten bleibt“, verurteilt. Aber auf französisches Drängen wird dem Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz ein besonderes Komitee für Schiedsgericht und Sicherheit beigeordnet und mit neuer Manuskripterzeugung betraut. Es soll „die Maßnahmen untersuchen, die allen Staaten auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sicherheit die für

eine Herabsetzung ihrer Rüstungen auf den tiefsten Stand notwendigen Bürgschaften geben können“. Das Sicherheitskomitee stellt verschiedene Muster für allgemeine oder zweiseitige Schieds- oder Schlichtungsabkommen, für allgemeine und besondere Sicherheitsabkommen im „Geiste von Locarno“ und eine Empfehlung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit des Haager Hofes auf, eine Fülle von Texten, von denen einige von der neunten Völkerbundversammlung zu einem äußerlichen Ersatz des Genfer Protokolls, der sogenannten „Generalakte“, zusammengeschlossen und zu Reklamezwecken gewaltig gepriesen werden. Kann dieses neue Instrument die Entwicklung des Völkerbundes fördern? Vielleicht, wenn es nicht den Artikel 28 enthielte, der mittelbar als eine Bestätigung der Friedensverträge wirkt und Deutschland die Annahme des neuen Papiers unmöglich macht. Vielleicht auch, wenn es in eine Welt des vollzogenen Rüstungsausgleiches gestellt würde. Aber Frankreichs Politik heißt immer noch nicht Sicherheit durch Abrüstung, nicht einmal Sicherheit *und* Abrüstung, sondern Sicherheit durch Rüstung und Erhaltung der Rüstung durch den Ruf nach Sicherheit. Sein Rezept lautet weiter: Schreie nach Sicherheit; — nimm die neuen Sicherheitsbürgschaften hin, die du damit erlangst; — stecke sie diskret in die Tasche; — strecke dann wieder die leeren Hände in die Luft; — und schreie wieder nach Sicherheit ...

Aber ein neues Aktenstück entsteht inzwischen, das den Eindruck erwecken kann, als wende sich der Völkerbund von den bisherigen Leitsätzen der französischen Politik ab. Anstatt sich der Artikel 10 und Artikel 16 zur Erhöhung der Sicherheit zu bedienen, sucht er auf Grund der bisherigen Praxis des Rates die Anwendung des Artikels 11 systematisch zu erleichtern, an Stelle des Ausbaus der Sanktionen die kriegverhütende Tätigkeit des Bundes zu fördern. Dieses Bestreben, das bereits in einigen Stellen des Vertrages zur gegenseitigen Hilfeleistung

— Artikel 3 — und des Genfer Protokolls — Artikel 7 — eingedrungen und durch die Erfahrungen im griechisch-bulgarischen Konflikt belebt worden war, findet seinen ersten bedeutungsvollen Ausdruck in dem klugen Papier, das am Ende des Jahres 1926 der belgische Delegierte de Brouckère dem Bund überreicht, und seine erste bindende Form in einer von Brouckère gemeinsam mit Lord Robert Cecil und dem Rumänen Titulescu ausgearbeiteten und vom Völkerbundrat im Jahre 1927 angenommenen Drucksache, die den Titel führt: „Bericht über die Methoden und Regeln zur Beschleunigung der Entscheidungen des Rates und zur wirksamen Durchführung der aus dem Pakt erwachsenden Verpflichtungen.“ Von jetzt an soll in Fällen unmittelbarer Kriegsgefahr der Ratspräsident sofort den Parteien telegraphisch den Verzicht auf jeden feindseligen Akt nahelegen, — der Rat selbst unverzüglich zusammentreten, — für die Aufrechterhaltung des Status quo sorgen, — Truppenbewegungen und Mobilmachungsmaßnahmen untersagen, — gegebenenfalls Vertreter an Ort und Stelle entsenden, — einen offiziellen Tadel aussprechen, falls eine der Parteien seinen Empfehlungen nicht Folge leistet, — wenn notwendig die Zurückziehung der diplomatischen Vertreter, Flotten- und Luftdemonstrationen anbefehlen, — kurz, eine Fülle von Maßnahmen treffen, die, falls trotzdem der Krieg ausbricht, jedenfalls die Feststellung des Angreifers und damit die Anwendung der Sanktionen des Artikels 16 erleichtern. Ein ergänzender Beschluß, den der Rat ein Jahr später nach dem Szent-Gotthard-Fall faßt, fordert ein für allemal die Parteien auf, alles zu verhindern, was die Prüfung oder Regelung eines Falles durch den Rat erschweren kann, und bestimmt, daß dieser Beschluß jedesmal, wenn ein Konflikt vor den Rat gelangt, unverzüglich durch den Generalsekretär den interessierten Regierungen in Erinnerung gebracht wird. Vernünftigerweise greift Deutschland, das bereits in den Locarnoverträgen an dem Ausbau

der kriegsverhütenden Maßnahmen mitgewirkt hatte, diese Gedankengänge im Schieds- und Sicherheitskomitee auf, um sie als Beitrag zur Sicherheit und Erleichterung der Abrüstung gegen die französischen Bestrebungen nach Verstärkung der Sanktionen auszuspielen. Aus den Richtlinien, mit denen sich die Deutschen begnügen wollen, entwickelt sich dann ein Mustervertrag, der auf Antrag der Engländer zu einem „allgemeinen Abkommen zur Entwicklung der Kriegsverhütungsmittel“ erweitert und von der zwölften Völkerbundversammlung im Jahre 1931 angenommen wird. Dieses neue Papier sieht selbst für den Fall, daß der Rat den Kriegsfall nicht für gegeben erachtet, Maßnahmen zur Räumung etwaiger besetzter Gebiete vor, — sowie die Aufstellung von Demarkationslinien, die von den Parteien nicht überschritten werden dürfen, — Entsendung von Kommissaren zur Feststellung dieser Maßnahmen, — öffentliche Bekanntgabe der Beratungen, Entscheidungen und Empfehlungen des Rates — und bezeichnet als Angreifer den Staat, der diese Maßnahmen verletzt. Gleichzeitig suchen die verschiedenen zuständigen Organe des Völkerbundes, infolge von Anregungen des Schieds- und Sicherheitskomitees, durch eigenen Flugzeugdienst und eigene drahtlose Nachrichtenübermittlung in Krisenzeiten die Verbindung der Völkerbundesbehörden mit der Außenwelt zu beschleunigen, während auf Grund eines finnländischen Antrages über ein internationales Abkommen beraten wird, das im Kriegsfall, aber auch unter gewissen Umständen bei ernster Kriegsgefahr, die finanzielle Unterstützung des angegriffenen Staates durch eine internationale Anleihe unter den Auspizien des Völkerbundes ermöglicht und das die elfte Völkerbundversammlung annimmt.

Auch Texte, vor allem die Fortentwicklung der kriegsverhütenden Maßnahmen auf Grund des Artikels 11, könnten das Gefühl der Sicherheit erhöhen, sobald die Verwirklichung des Abrüstungsgedankens und die Abkehr von der anarchischen Welt

der Friedensverträge ihre Anwendung nach allen Seiten hin und ihre Anwendung im Dienste der Gerechtigkeit gewährleistet. Frankreich aber sucht nicht solche Ergänzungen des Papiers; es sucht die Ergänzungen, die seine Macht und seine Verträge stärken. Untröstlich über den Verfall des Genfer Protokolls, immer noch in den Bündnisträumen der Pariser Konferenz befangen, sieht es seine Sicherheit in Wahrheit außerhalb des Völkerbundes, sucht, nachdem England nicht zu gewinnen ist, die Vereinigten Staaten von Amerika an sein Schicksal zu ketten, erreicht jedoch nur den Abschluß einer allgemeinen Friedensverpflichtung, des sogenannten Briand-Kellogg-Paktes, der die meisten Staaten der Welt, unter ihnen Rußland, in der feierlichen Ächtung des Krieges verbindet. Dieses neue Dokument wird uns aus der Welt außerhalb des Völkerbundes herbeigetragen. Wird es nicht, obgleich in ihm die Sanktionen fehlen, den Völkerbundpakt, dem die Kriegsächtung fehlt, gefährlich in den Schatten stellen? Es wirkt zunächst belebend auf ihn ein, denn es zwingt moralisch die Völkerbundstaaten, irgendwie ihren Pakt dem neuen Pakt anzugleichen und damit das berühmte Loch, das seit dem Scheitern des Protokolls weiter offen blieb, wieder einmal theoretisch auszufüllen. Ja, das amerikanische Papier führt den Bund auf den richtigen Weg der Paktänderung zurück. Aber in den langwierigen Beratungen der Völkerbundorgane rückt die unstillbare Sehnsucht nach gleichzeitiger Verstärkung der Sanktionen wieder in den Vordergrund, hemmt die Paktabänderungsversuche, über die bereits zahlreiche Papiere auf allen Tischen liegen, und endet vorläufig damit, daß die ganzen ungesichteten Aktenbündel bis zu einem Ergebnis der Abrüstungskonferenz beiseitegelegt werden.

Mittlerweile wandert Frankreich längst wieder neben den Bahnen des Völkerbundes einher, und wieder ist ein Papierbündel die Frucht dieser Spaziergänge. Der Sicherheitspakt mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist gescheitert? Flügs drehen die

Franzosen erfindungsreich den Erdball um und wollen plötzlich ihre Sicherheit auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ gründen. Briand organisiert während der zehnten Völkerbundversammlung im Jahre 1929 ein „europäisches Frühstück“, läßt sich von den überrumpelten Diplomaten der anderen Staaten, die zunächst noch an einen wirtschaftlichen Zusammenschluß glauben, zu ihrem Berichterstatter ernennen und legt ihnen im Mai 1930 unter dem Titel „Die Organisation einer europäischen Bundesordnung“ ein in allen Einzelheiten ausgearbeitetes neues Paktsystem vor. Die Welt ist verblüfft. Was will Frankreich? Neben den universell gedachten Völkerbund stellt sein Papier einen ausschließlich europäischen Bund, der seine eigene Satzung hat, seine eigene Versammlung — die „europäische Konferenz“ —, seinen eigenen Rat — das „politische“ oder „europäische Komitee“ — und sein eigenes Sekretariat! Über die Wirtschaft stellt es die Politik, da „jede Möglichkeit eines Fortschrittes auf dem Wege einer Wirtschaftsunion gebieterisch durch die Sicherheitsfrage bestimmt ist“. Als Ziel proklamiert es „die allgemeine Entwicklung des Schieds- und Sicherheitssystems für Europa“, die „fortschreitende Ausdehnung der Locarnopolitik auf die gesamte europäische Gemeinschaft“ bis „zur Einreihung der besonderen Abkommen und Abkommensgruppen in ein allgemeines System“. Warum plötzlich die alten Bestrebungen unter der neuen europäischen „Firma“? Sie soll der Verwirklichung des Vertrages für gegenseitige Hilfeleistung oder des Genfer Protokolls die Grundlagen bieten, die infolge des englischen Widerstandes der allgemeine Völkerbund nicht mehr bieten kann, die aber einer völkerbundähnlichen Organisation bedürfen. Europa fühlt, daß es vor einem dunkeln Abenteuer steht. Zwar benehmen die meisten Regierungen sich liebenswürdig und europäisch. Aber auch die meisten, und zwar nicht nur die Gegner der französischen Sicherheitspolitik und die früheren Neutralen, bekämpfen die Schaffung neuer Organe und äußern

infolgedessen eine überschwengliche Liebe für den bisherigen Völkerbund, den man nicht aushöhlen dürfe. Wieder ist England — diesmal stark sekundiert von Italien — der Hauptgegner des französischen Plans. Es gelingt ihm, die Frage, die Briand innerhalb des europäischen Kreises weiterberaten will, vor die elfte Völkerbundversammlung zu bringen. Aber bei keiner Regierung, auch nicht bei der deutschen, die nur geschickt und schlau manövriert, herrscht die Erkenntnis, daß der Völkerbund vielleicht vor einer Gefahr, aber auch vor der einzigartigen Gelegenheit steht, sich endlich in sich selbst, aus sich selbst heraus zu erneuern. In Wahrheit: welch unerhörter Glücksfall! Einer der Mächtigsten unter den Begründern und Nutznießern des Völkerbundes erklärt ihn nicht nur, wie schon so oft, für unzulänglich, nein, er begeht in seinem blinden Eifer die Unvorsichtigkeit, an dem gesamten System zu rütteln, längst erstarrte Grundsätze aufzulösen, die ängstliche Ehrfurcht, mit der das Pariser Werk bisher behütet und erhalten worden war, zu erschüttern. Er macht damit, wenn auch gegen seinen Willen, nach all der falschen papierernen Spielerei der letzten Jahre die Bahn frei für eine große und tiefe Durchforschung der bisherigen Verwirklichung des Völkerbundgedankens. Er bietet die vielleicht nie wiederkehrende Möglichkeit zu einer kühnen Wiederaufnahme des in Paris steckengebliebenen Versuchs. Jedoch die Regierungen des Jahres 1930 sind nicht größer als die Regierungen des Jahres 1919. Die neue französische Sicherheitsoffensive, die zu der großen universellen Völkerbundoffensive werden konnte, endet mit einem mittelmäßigen Völkerbundkompromiß. Der bedrohte Weltbund verschluckt und verdaut Europa. Aus der europäischen Union wird ein „Studienausschuß des Völkerbundes für eine europäische Union“. Frankreich allerdings bauscht das kleine Ergebnis auf, indem es den Studienausschuß, der einfach das Problem weiterprüfen sollte, wie ein ständiges Sonderorgan behandeln läßt, das bereits, wenn auch in

vorwiegend wirtschaftlichem Rahmen, gewisse Befugnisse einer europäischen Unterabteilung des Völkerbundes ausübt, sich schnell durch Unterausschüsse erweitert, unter Frankreichs Vorsitz steht und immerhin irgendwie für künftige französische Pläne bereitstehen mag. Die Protokolle des Völkerbundes schwellen an; seine Idee verkümmert.

Allmählich aber rückt trotz der jahrelangen erfolgreichen Verschleppung der Tag heran, an dem Artikel 8 irgendwie aus dem Pakt heraus und in die Wirklichkeit treten muß. Die zehnte Völkerbundversammlung, dieselbe, in der Briand seinen paneuropäischen Vorstoß unternahm, erklärt, daß „die gegenwärtig bestehenden Bedingungen der Sicherheit, die sich aus dem Völkerbundpakt, den Friedensverträgen und vor allem aus der Rüstungsbeschränkung gewisser Länder, die auf diesen Verträgen beruht, sowie aus den Locarnoabkommen ergeben, jetzt bereits ein erstes allgemeines Abkommen für die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen gestatten würden“. Sie meint, daß die Regierungen, „die ihre Sicherheit noch nicht für ausreichend halten, in den Arbeiten des Schieds- und Sicherheitskomitees neue Mittel zur Verstärkung ihrer Sicherheit finden können“. Sie spricht sogar den vernünftigen Gedanken aus, daß „durch das künftige Abrüstungsabkommen selbst die internationale Sicherheit erhöht wird“. Aber anderthalb Jahre nach Annahme dieser Entschliebung, ein halbes Jahr vor dem in Aussicht genommenen Zeitpunkt des Zusammentretens der Abrüstungskonferenz, schwingt Frankreich finster ein neues Sicherheitspapier in seinen Händen. In einer politischen Denkschrift, die es an das Völkerbundsekretariat richtet, obgleich es ihm nur, wie die anderen Regierungen, technische Angaben über seinen Rüstungszustand übermitteln sollte, erklärt die französische Regierung, wie wir bereits in den Büros des Herrn Aghnides sahen, daß sie bereits ihre Rüstungen auf einen Stand gebracht habe, der auf Grund des Artikels 8 des Paktes

„dem unter den gegenwärtigen Verhältnissen Europas und der Welt mit ihrer nationalen Sicherheit zu vereinbarenden Mindestmaß entspricht“. Die Aufgabe der künftigen Abrüstungskonferenz kann daher nur darin bestehen, „von den bereits vollzogenen Rüstungsbeschränkungen“ Kenntnis zu nehmen und „eine gleichmäßige Anstrengung aller anderen Länder“ zu verlangen, worauf dann erforscht werden könne, „unter welchen Bedingungen“ neue Beschränkungen möglich seien. Die Bedingungen? Es sind die alten Bedingungen: Erhöhung der Sicherheit auf Grund der Gedankengänge des Genfer Protokolls. Ja, Frankreich rühmt sogar sein völkerbundwidriges Bündnissystem als eine Solidaritätskumgebung im Interesse der internationalen Ordnung, die aber nunmehr durch eine allgemeine Organisation mit gegenseitigen Hilfsverpflichtungen ergänzt werden müsse. Die Aufgabe der Abrüstungskonferenz ist die Abrüstung? Nein: Neue Pakte sollen entstehen. „Die wahre Aufgabe der Konferenz des Jahres 1932 ist die feste und dauerhafte Organisation des Friedens.“

Welches Friedens? Das Jahr 1932 steht dort, wo das Jahr 1919 stand. Der Friede ist nicht gesichert, solange nicht abgerüstet wird: so ruft mit den Propheten der Vergangenheit ein Teil der gegenwärtigen Menschheit. — Es kann nicht abgerüstet werden, solange der Friede nicht gesichert ist: so erwidert der andere Teil der Welt. — Nur die Gerechtigkeit in den Beziehungen der Völker kann den Frieden sichern, sagen die einen. — Der gegenwärtige Zustand ist gerecht, beteuern die anderen. Die Gefahr für den Frieden, so meinen sie, liegt eben darin, daß ihr ihn für ungerecht haltet. Gegen diese Gefahr brauchen wir Sicherheit. Was übrigens ist Gerechtigkeit? Sie ist das vertragliche Recht. Was ist der ewige Friede? Er ist die Ewigkeit der Friedensbedingungen. — Ein unlösbarer Gegensatz zerreißt die Welt. Es ist der alte Kampf zwischen Clemenceau und Wilson. Und in diesem Kampf dienen all die ergebnislosen und zwecklosen Papiere, die der Amtsdien

seit Jahren zwischen der Rechtsabteilung und der Politischen Abteilung, der Politischen Abteilung und der Abrüstungsabteilung, der Abrüstungsabteilung und dem Zimmer der Gräfin von Trani hin und her schleppt. Anlagen zu den Friedensverträgen oder zum Pakt, — zusammengebrochene Sicherheitssysteme oder angenommene Berichte, — Anregungen oder Erinnerungen: sie bleiben Papier, Papierschnitzel, die im Walde verirrte Kinder als Wegzeichen austreuen und die der Wind immer wieder verweht. So irren wir herum, sinnlos und im Kreise. Richtlinien zu Artikel 11? Sobald ein ernster Konflikt zwischen Japan und China ausbricht, existieren sie nicht. Schiedsgerichtswesen und Sicherheitspakt? Wenn Frankreich nicht abrüsten will, existieren sie nicht. Zwölf Jahre sind verloren. Mit leeren Händen gehen wir zwischen der Rechtsabteilung, der Abrüstungsabteilung und der Politischen Abteilung hin und her. Durch unsere Finger rinnen Papierschnitzel, die der Wind verweht.

Wir sind wieder im Vorzimmer vor den Schubladen mit den gefährlichen Bündnisverträgen angelangt. Der redselige Beamte, der schwungvoll den Vorstandsdamen und Studenten, den englischen und deutschen Touristen das interessante Eintragungsverfahren erläutert, sieht unser bedrücktes Gesicht. „Es ist gut, daß Sie wieder da sind“, lächelt er ermunternd. „Sie suchen das Recht, das die Macht besiegt? Beruhigen Sie sich. Seit vielen Jahren arbeiten wir hier unverdrossen und ununterbrochen. Auf Grund eines Antrages in der vierten Völkerbundversammlung wurde von der fünften Völkerbundversammlung beschlossen, die Mitwirkung des Völkerbundes an der fortschreitenden Kodifizierung des internationalen Rechts zu verstärken. Ein Sachverständigenausschuß machte sich ans Werk, eine Reihe von Fragen des internationalen Rechts zu bearbeiten, deren Lösung auf dem Wege internationaler Vereinbarungen als besonders wünschenswert er-

schien. Zwar hat uns die große Kodifizierungskonferenz im Jahre 1930 etwas enttäuscht. Aber ein internationales Abkommen über eine der wichtigsten internationalen Rechtsfragen krönte im Verlaufe der zwölften Völkerbundversammlung das rastlose Bemühen dieser Rechtsabteilung und der tiefsinnigsten Juristen der vereinigten Nationen. Es ist ein sauberer, sachlicher Vertrag. Es ist weder eine Bestätigung der Friedensverträge noch eine unwirksame Sammlung theoretischer Richtlinien. Frankreich verknüpft ihn nicht mit den Sanktionen, England lehnt ihn nicht nachträglich ab, und Deutschland macht keine Vorbehalte. Ein gutes Papier. Hören Sie, Artikel 1 lautet: ‚Die Hohen vertragschließenden Teile kommen überein, innerhalb ihrer Rechtshoheit die geeigneten Maßnahmen für die Anwendung der Bestimmungen des vorliegenden Abkommens zu ergreifen und die Verstöße gegen diese Bestimmungen zu bestrafen.‘ Klar, nicht wahr, und energisch? Hören Sie, Artikel 2 lautet: ‚Das vorliegende Abkommen ist nur auf die Bartenwale anzuwenden.‘ Wie? Ja, natürlich; nur auf die Bartenwale, nicht auf die Zahnwale! Der Vertrag heißt doch: ‚Internationales Abkommen für die Regelung des Walfischfanges.‘ Hören Sie, Artikel 3 lautet: ‚Die Hohen vertragschließenden Teile...“

Die Hohen vertragschließenden Teile! Schon haben wir uns die Ohren zugestopft, das Büro verlassen, die Tür hinter uns zugeschlagen und stehen wieder auf dem Korridor. Aber wohin jetzt?

Ratlos sehen wir uns um: Wohin jetzt?

Wohin jetzt?

Während wir uns noch angstvoll die Frage stellen, wird sie uns bereits vielfältig und stürmisch beantwortet. Von allen Seiten ruft man uns überraschend und eindringlich zu: „Hierher!“ — Alle Türen öffnen sich. „Herein!“ Aus allen Büros des dritten Stocks, des vierten Stocks, der Nebenhäuser, zu denen die hölzerne Seufzerbrücke führt, schallt und winkt es einladend und verlockend: „Herein! Hier ist der Völkerbund. Herein!“ — Wir stehen in einer riesigen Ausstellungshalle. Überlegene Männer und gewandte Jünglinge und würdige Damen und liebeliche Mädchen laden uns zu ihrem Stand. In einem ungeheuren Gewimmel von aufgestapelten Waren, in einem gewaltigen Rauschen von marktschreierischen Anpreisungen zieht man uns nach links, zerrt man uns nach rechts und schiebt man uns vorwärts in dem Riesenbazar. „Abteilung für Minderheiten und Verwaltung! Herein!“ so künden die einen. — „Hier! Mandatabteilung!“ so rufen die andern. — „Humanitäre und soziale Fragen!“ frohlocken jene. — „Verkehr und Transit!“ schreien diese. — „Wirtschaft und Finanzen“, „Gesundheitswesen“, „Informationen!“ so kreischtes um uns her. Allerufen uns aus den geöffneten Ladentüren ihre Spezialitäten entgegen, und die Schreibmaschinen klappern, und die Telephone klingeln. „Herein! Der Völkerbund ist hier! Herein! Hier ist der Völkerbund!“

Verblüfft und betäubt schwanken wir und zögern. Aber sie fassen uns am Rockärmel und reden uns zu: „Laßt es euch nicht verdrießen“, sagen sie, „daß im Zimmer der Gräfin von Trani kein Prophet sitzt.“ Sie trösten: „Seid nicht verstimmt, weil die Wandkarte des Herrn Sugimura eine Karte der Kriegsschauplätze und das Abrüstungsbüro eine Kaserne ist.“ Sie mahnen: „Jammert nicht über den bösen italienisch-albanischen Vertrag in der Rechtsabteilung und das idyllische Walfischabkommen.“ Sie tadeln: „Eure Enttäuschung ist selbstverschuldet. Ihr habt jene Salons und Büros überschätzt. Wie kann die Welt durch Theorien und Grundsätze verbessert werden! Was ist eine Paktpräambel, ein Artikel 8! Was können die Artikel 11 bis 17, die Artikel 18 und 20 bedeuten! Wie soll man ein plötzliches Verliebtwerden der Regierungen in den Völkerbundgedanken erwarten! Nein! Nur die tägliche praktische Kleinarbeit an den praktischen Gegenständen des Tages wird die Nationen zu friedfertigem Zusammenleben erziehen und sie so stark daran gewöhnen, daß schließlich von selbst jene Kriegskarte eine Friedenskarte, jene Kaserne eine Abrüstungsabteilung, alle Theorien und Grundsätze unbemerkte und selbstverständliche Wirklichkeiten werden. Darum ist hier der Völkerbund! Seht her: Der verhaßte Mandatsartikel, der euch als ein Verrat an den Grundsätzen des Bundes erscheint, die Kapitel aus den Friedensverträgen nebenan, die sich zu eurem Ärger mit ihren Verwaltungsaufgaben für das Saargebiet, Danzig und den Minderheitenschutz an den Pakt anheften, bieten die gute Gelegenheit zu internationaler Zusammenarbeit. Die mageren und zusammenhanglosen Anregungen des Artikels 23 über die Bekämpfung des Mädchenhandels, des Opiumgenusses und der Epidemien und seine unbestimmten Andeutungen über die Handelsbeziehungen der Länder liefern den Stoff und Vorwand für das Beisammensein und Zusammenarbeiten der Völker. Aus ihnen allen erwachsen die täglichen Beschäftigungen,

die über den ganzen Erdball ein Netz der Interessenverflechtung legen und selbst dort, wo das Interesse geringfügig und der Erfolg zweifelhaft ist, die Methode des internationalen Zusammenwirkens festlegen und erproben. Ja, auch dann, wenn eine Frage euch unbedeutend oder komisch erscheint, wird sie zu einer internationalen Frage, aus der ein internationaler Geist entstehen kann, jener internationale Geist, den ihr eines Tages für die Behandlung der ernsteren Fragen ausgezeichnet brauchen könnt. „Herein!“ so rufen sie. „Tretet näher!“ so locken sie. „Hier ist der Völkerbund!“ Und die Türen stehen offen, und die Schreibmaschinen klappern, und die Telephone klingeln.

Nicht schlecht, die Reklame, mit denen die Rayonchefs und Verkäufer des riesigen Warenhauses den Achtstundentag ihres Handwerks in ein endloses Fest des Geistes verwandeln wollen! Nicht ungeschickt der verführerische allgemeine Gedanke, mit dem die Gegner der Theorien und Grundsätze ihre Kleinarbeit zu idealisieren suchen! Wie sonst könnten wir auch nach der Enttäuschung in den unteren Stockwerken noch die leiseste Neigung verspüren, in diese lärmenden Verkaufsstellen für Restbestände einzudringen, die man in den Prospekten der Firma die „technische“ Arbeit der „technischen“ Sekretariatsabteilungen mit ihren „technischen“ Organisationen nennt? Aber so betäubt wir auch sind, einen guten Teil der Reklame streichen wir schnell ab. Wir wissen es: Die große einigende Idee der bis zum Friedensgefühl heranreifenden täglichen internationalen Zusammenarbeit ist nicht in dem scheußlichen Mandatsartikel, nicht in den einseitigen Völkerbundaufgaben der Verträge, nicht in den stotternden Verlegenheitssätzen des Artikels 23 enthalten. Sie kann herauswachsen aus der Arbeit selbst, so sagt ihr? Sie wird, wenn sie nicht von Anbeginn an das Ziel war, notgedrungen das Ergebnis sein? Gut! Gut! Aber der Erfolg hängt dann von dem Geiste

ab, in dem ihr an die Arbeit herangeht. Eure Ware allein ist verdächtig. Nur wenn eure Reklame mehr als ein Alibi, wenn sie wirklich das allmählich angewandte Programm eines Gemeinschaftsgedankens ist, können wir noch einmal auf dem Irrgang durch Hottops Hotel den Versuch wagen, das fliehende Phantom zu erhaschen, das uns bisher von Büro zu Büro, von Korridor zu Korridor entschwand.

Legt uns eure Belege auf den Tisch. Öffnet die Akten. Was habt ihr aus dem Mandatsystem gemacht? Habt ihr die heuchlerischen Grundsätze ausgebaut, die nur den Raub des deutschen und türkischen Besitzes kümmerlich rechtfertigen sollten? Wir lesen es anders. Als die bescheidene Anregung in der Völkerbundversammlung fällt, die Grundsätze des Artikels 22 als einen allgemeinen Kolonialpakt zu betrachten, wird sie abgelehnt. Warum? Als der Vorschlag gemacht wird, daß auch die Signatarmächte des Sklavereiabkommens dem Sekretariat Berichte vorlegen sollen, ertönt der entrüstete Einwand, daß dies eine unzulässige Gleichstellung gewisser Kolonien mit den früheren deutschen bedeuten würde. Vortrefflich! Aber sind wenigstens in dem beschränkten Anwendungsgebiet des bestehenden Mandatsystems grundsätzliche Fortschritte erzielt worden? Unrechtmäßige Zusammenlegungen von afrikanischen Mandatgebieten mit den alten Kolonien, gegen die Deutschland vergeblich protestiert, vergewaltigen den Grundsatz des Mandats. Hat man die heiligen Rechte und Interessen der Bevölkerung, mit denen der Besitzwechsel in den Kolonien erklärt wurde, furchtlos gewahrt? Die dicken Protokolle berichten über den Aufstand der Bondelzwards, den Krieg in Syrien, die Unruhen in Samoa und die Kämpfe zwischen Juden und Arabern in Palästina, zeigen, daß die Unzufriedenheit und Unterdrückung der Bevölkerungen im „völkerbundlichen“ Kolonialgebiet ebenso furchtbare Formen annimmt wie in den Gebieten der international unbekannten Kolonialvölker. Und wenn man

eines Tages das Irakgebiet vom Mandatstaat zum selbständigen Völkerbundmitglied erheben will, so geschieht das nur, weil England in dieser Lösung, die ihm alle Rechte der Schutzmacht sichert, seinen Vorteil findet. Üben im Mandatausschuß, der trotz des gepriesenen Grundsatzes der Öffentlichkeit der Völkerbundverhandlungen hinter verschlossenen Türen und Fenstern tagt, einige mutige Neutrale ehrliche Kritik, so schlagen die Vertreter der großen Kolonialmächte solche aufsässigen Worte ebenso rücksichtslos nieder, wie sie ihre aufständischen Untertanen niederwerfen. Wenn man beantragt, das Petitionsrecht der Eingeborenen, deren Bittschriften nur durch die Mandatmacht an den Völkerbund gelangen können, auszubauen und die Abgesandten der Mandatvölker zu hören, lehnen die Mandatregierungen einstimmig jede Prozedur ab, die ein kontradiktorisches Verfahren und eine Schwächung der Selbstherrlichkeit der Mandatmacht herbeiführen könnte. Sucht wenigstens der Völkerbund selbst seinen Einfluß und seine Autorität in den Mandatgebieten durch den Ausbau der Rechte seines Mandatausschusses zu erhöhen? Jeder Drang, das Kontrollinstrument zu vervollkommen, wird von den Ratsmächten unterdrückt, die immer wieder hochmütig den ausschließlich beratenden Charakter dieses Organes bekräftigen. Wie kann unter solchen Umständen von der Förderung der internationalen Zusammenarbeit die Rede sein? Eine Zusammenarbeit zwischen den Kolonialvölkern und den herrschenden Regierungen besteht nicht. Die Zusammenarbeit zwischen den Völkerbundorganen und den Mandatmächten äußert sich lediglich in einem schüchternen bürokratischen Auflehnen der einen und einem herrischen Pochen der anderen auf ihre vertraglichen Rechte. Halt! *Eine* Zusammenarbeit ist zu spüren: Im engen Kreise des Mandatausschusses und im engen Kreise des Rates stehen die Kolonialmächte eng aneinander gelehnt, fest geschlossen in einer Front, um jede Entwicklung einer inter-

nationalen fortschrittlichen Kolonialpolitik oder auch nur eines internationalen Kolonialgewissens zu verhindern. Hier der Völkerbund? Nein: Ihr habt uns hineingelockt in die Filialbüros der nationalen Kolonialämter ...

Aber der Jahrmarkt tollt weiter um uns herum, und weiter verlangen wir Rechenschaft und Belege, durchsuchen die Protokolle der internationalen Verwaltungstätigkeit, die Klagen der einen, die Beschlüsse der anderen. Habt ihr, so müssen wir fragen, das Saargebiet gegen Frankreich, die Freie Stadt Danzig gegen Polen geschützt, die eng umgrenzten Rechte dieser Gebiete weiter entwickelt, damit aus der Versailler Kompromißlösung irgendein Weg in die Zukunft läuft? Seid ihr nicht vielmehr oft genug hinter euren engen Vertragsaufgaben zurückgeblieben? Ihr habt die unrechtmäßige französische Truppenbesetzung im Saargebiet geduldet, die Einführung der französischen Sprache in den Schulen gefördert, jahrelang eine verhaßte fremdländische Regierung trotz des ausgesprochenen Volkswillens immer wieder bestätigt, die Proteste der Abgesandten des Landes überhört, die wirtschaftliche und politische Durchdringung durch Frankreich nicht gehindert, und erst als Stresemann am Rattisch mit Briand kämpfen und sich mit Briand vertragen durfte, hinterher die Erleichterungen, die Frankreich für zweckmäßig hielt, ratifiziert. Ihr habt das Vordringen Polens in Danzigs Unabhängigkeit, in sein Eisenbahn-, Post- und Hafenwesen lächelnd mit angesehen, eure Macht ausgenutzt, um bei den schwierigen Vertragsverhandlungen zwischen dem großen Reich und dem kleinen Stadtstaat den Schwächeren in die Enge zu treiben, nur in wenigen Fällen den Kleinen gegen den Großen geschützt, habt es vor allem zugelassen, daß mitten auf dem Danziger Gebiet polnische Kriegsmunition aufgestapelt wurde, habt praktisch nichts getan, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit des Danziger Hafens mit Polen — den einzigen Vorwand für die gewalttätige

Lösung von Versailles — im Interesse des notleidenden Danziger Gemeinwesens zu sichern, und niemals eure Oberkommissare, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mutlos zwischen dem mächtigen Belagerer und der überrumpelten Stadt hin und her laviereten mußten, mit der starken Autorität des unantastbaren Gemeinschaftswillens gestärkt. Die Zusammenarbeit unter den Nationen? Weder an der Saar noch an der Weichsel habt ihr die Völker einander nähergebracht. Das Beisammensein ihrer Vertreter vor euren Instanzen hat nie andere Formen angenommen als die eines Kampfes zwischen dem bedrohten Deutschtum und übermächtiger fremder Annexionslust, als eines Zankes unter den interessierten Ratsmächten. Es hat die Zusammenarbeit so wenig gefördert, daß der Wunsch immer lebhafter wurde, die niemals einenden, immer nur trennenden saarländischen und Danziger Fragen möglichst aus den Ratsdebatten zu verbannen.

Vor allem aber legt uns Rechenschaft ab über die Entwicklung des Minderheitenschutzes! Habt ihr ihn aus dem willkürlich beschränkten Gebiet einiger Verträge zum allgemeinen Grundsatz eurer Einrichtung erhoben? Eine Empfehlung der Völkerbundversammlung in der ersten Zeit eures Bestehens ist nie angewandt und schnell wieder vergessen worden. Sind die dürftigen Garantien für die Minderheitenbevölkerungen ausgebaut worden? Kühn habt ihr der gefährlichen Assimilierungstheorie zugestimmt und, wenn ihr auch später wieder leise von ihr abrücken mußtet, gleichzeitig die Minderheiten in ihrem Kampf durch eine strenge Prozedurbarrikade entmutigt und gehemmt, den Gedanken der nationalen Rechte herabgedrückt zum Gedanken der Loyalität gegen die Staatsregierungen, die Äußerungen des empörten Gewissens und der Verzweiflung durch die heuchlerische Forderung nach eleganter und maßvoller Sprache der Beschwerdeführenden abgeschnürt. Wer hatte das Ohr eurer Beamten, wenn sie auf Kosten der vereinigten Nationen in der Welt herumreisten: die

klageführende Minderheit, die oft kaum an sie herandringen konnte, oder die angeklagten Regierungen, die für euch prunkvolle Empfänge und Bankette veranstalteten? Niemals habt ihr, wie es draußen in der Welt die tapferen Privatorganisationen taten, grundsätzlich die gewaltige Minderheitenbewegung verfolgt, wenigstens das wissenschaftliche Material für die Klärung einer der gefährlichsten Fragen der Zeit gesammelt, sondern euch fast immer mit dem durch tausend Vorsichts- und Unterdrückungsmaßnahmen verdünnten Zufallsmaterial eurer Büros und den mageren Zeitungsausschnitten begnügt, die ihr außerdem nur selten in der Ursprache lesen könnt! Wieviel Bittschriften getretener Bevölkerungen sind jahrelang spurlos und unbeantwortet in euren Schränken und Papierkörben verschwunden, während die Denkschriften der herrschenden Regierungen mit Sorgfalt und Ehrfurcht bearbeitet und verteilt wurden! Hundert Organe hat man in diesem Haus für die Hygiene und das Verkehrswesen geschaffen, aber sich mit bürokratischer Härte gegen die Gründung eines Minderheitenausschusses gestemmt, obgleich er nicht mehr Rechte haben sollte als der harmlose beratende Mandatausschuß. Hinterlistig erfand man kurz vor dem Eintritt Deutschlands in den Bund neue Prozedurkünste, die den nationalverwandten Ratsmächten das Eintreten für die absprenghen, in Minderheiten verwandelten Landsleute erschweren sollen, und mit kalter Gerissenheit schlug man den mutigen Vorstoß des kanadischen Ratsmitgliedes Dandurand, der das Verfahren zu verbessern suchte, den leidenschaftlichen Ansturm des deutschen Ratsmitgliedes Stresemann, der die grundsätzlichen Garantiepflichten des Völkerbundes klären und vertiefen wollte, zurück. So gelang es, in verschmitzten Ausschlußberatungen nichtssagende bürokratische Verfahrensreformen an die Stelle des belebenden Willens zu setzen und durch die niederschmetternde Wirkung dieses erschütternd winzigen Ergebnisses einer großen Anstrengung

wieder die Stille der Mutlosigkeit über die schwachen Minderheiten und ihre schwachen Verteidiger zu breiten. Die Zusammenarbeit? Ach, die Zusammenarbeit! Wo sollte sie sich entwickeln? In den kleinen Dreierkomitees des Rates, in denen man den erschütterndsten Gesprächsgegenstand der Nationen zu einem kleinen Bürokratenschwatz macht? Am Ratstisch, an dem die alten und die neuen Besitzer der Minderheitengebiete einander zornig gegenüberstehen und die Minderheiten selbst nicht vertreten sind? In der Versammlung, deren Zuständigkeit man leugnet und deren Antrieb man immer wieder zu ersticken weiß? Wollte man überhaupt die Zusammenarbeit? Wollte man das internationale Gespräch? Wir haben eure Belege geprüft, Blatt für Blatt. Nicht das Gespräch wollen eure Auftraggeber, denen ihr gehorcht oder die ihr beeinflusst. Das Ziel ist das Schweigen. Unsere Hände sind gebunden! so wollt ihr euch entschuldigen? Gebunden durch die Verträge, die euch, wie es eine eurer Propagandaschriften formuliert, „bei den Sonderaufgaben nicht die Bewegungsfreiheit ließen, die ihr auf anderen Tätigkeitsfeldern habt“? Gut! Aber warum drängt ihr euch dann jedesmal vor, wenn wir ernsthaft und leidenschaftlich den Völkerbund suchen? Ihr seid die Verträge, nicht der Völkerbund? So schließt eure Türen.

Ihr anderen aber, die ihr eine Ware vor uns ausbreitet, die nicht aus den Friedensverträgen stammt, die ihr unmittelbar aus dem Pakt eure Existenzberechtigung bezieht, der lebendig gewordene Buchstabe des Artikels 23 seid, wo sind eure Erfolge? Ihr fleißigen Statistiker, Forscher, Organisatoren von der Finanzabteilung und dem Finanzausschuß, ihr wolltet nicht nur durch die Übung der Zusammenarbeit dem künftigen Frieden, sondern durch die Lösung der dringlichsten Tagesprobleme dem unmittelbaren Frieden dienen. Euer Werk geht zurück auf die Erkenntnis,

die schon der Rat kurz nach seinem ersten Zusammentreten aussprach, daß die finanziellen Nachkriegsschwierigkeiten das „Interesse des Bundes“ erwecken müßten. Ihr seid geboren auf jener Brüsseler Konferenz, die der Welt zahlreiche gute Ratschläge gab über die Herstellung des Haushaltsgleichgewichts, die Bekämpfung der Inflation, die Rückkehr zur Goldwährung, die Beseitigung der internationalen Handelshindernisse, die Transportverbesserungen, die internationale Organisation des Kredits und die Wiederherstellung des wirklichen Friedens. Vortrefflich! Was habt ihr erreicht? Ihr habt Österreich saniert, so sagt ihr. Aber es ist seitdem immer wieder zusammengebrochen, und jedermann weiß, daß die völkerbundliche Finanzhilfe nur eine Kulisse für die interessierte finanzpolitische Aktion der Großmächte und feindlichen Nachbarn Österreichs war: zu künstlicher Unabhängigkeit Deutschland gegenüber verurteilt, sollte das deutsche Land dauernd zur Abhängigkeit den früheren Gegnern gegenüber gezwungen werden. Ihr habt Ungarn, Griechenland, Bulgarien, Estland, Danzig und der Fürsorge für griechische und bulgarische Flüchtlinge eure technische und organisatorische Hilfe geboten, Abkommen gegen Doppelbesteuerung und Steuerflucht und Falschmünzerei ausgearbeitet, Untersuchungen über die Kaufkraft des Goldes angestellt. Aber wie sieht es nach all diesen wichtig-tue-rischen Völkerbund-Aktionen nicht nur in Ungarn und Danzig, nein in der ganzen Welt wieder aus? Von der Reparationsfrage und von den interalliierten Schulden, von der furchtbaren deutschen, dann der französischen Inflation, von dem Fallen des englischen Pfundes habt ihr nur flüchtig sprechen hören. Zwölf Jahre lang habt ihr in eurer Genfer Akademie Papiere aufgehäuft, so hoch wie drüben der Salève-Berg, während draußen in der Welt falscher Wohlstand, dann echtestes Elend herrschten. Ihr dachtet nicht an die Nationen, und die Nationen dachten nicht an euch, als kurz vor eurer zwölften Versammlung die Minister von Haupt-

stadt zu Hauptstadt reisten, um in letzter Minute den finanziellen Zusammenbruch der Welt zu verhindern. Zwölf Jahre lang habt ihr wie fleißige Privatdozenten am Rande der Wirklichkeit studiert und doziert, wissenschaftlich wertvolles Material gesammelt, klug manch gangbaren Weg gezeigt und dann eines Tages staunend mit anhören müssen, daß wieder überall, in jedem Lande und auf jeder Konferenz, die Ratschläge gepredigt werden mußten, mit denen ihr euer Leben begonnen habt: Gleichgewicht des Haushalts! Sparsamkeit! Abkehr von der Inflation! Rückkehr zur Goldwährung! Internationale Kreditorganisation! Und Wiederherstellung des wirklichen Friedens ...!

Und ihr nebenan von der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes! Eure Papiere, aufeinandergetürmt, würden den Montblanc drüben überragen! Der unlautere Wettbewerb, die Behandlung ausländischer Unternehmungen in den einzelnen Staaten, die Regelung der Staatsangehörigkeit, die Vereinheitlichung der Zollformalitäten und der Zollnomenklatur, die Schiedssprüche im Handelsverkehr, das Wechsel- und Scheckrecht, Handelsstatistiken, Schutz ausländischer Käufer gegen Lieferung wertloser Ware haben euch jahrelang redlich und fleißig beschäftigt, aber wenig Aufsehen und keinen Wandel in der wirtschaftlich verwüsteten Welt hervorgebracht. Aber dann kam eines Tages eure große Stunde. Loucheur predigt auf der Versammlung des Jahres 1925, die einen Ersatz für die gescheiterte Trilogie Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit, Abrüstung sucht, die Sicherung des politischen Friedens durch den Wirtschaftsfrieden. 194 Delegierte und 157 Sachverständige aus 50 Staaten treten feierlich im Mai 1927 zu der großen Weltwirtschaftskonferenz zusammen, empfehlen Handelsfreiheit und Herabsetzung der Zolltarife, internationale Industriekartelle und landwirtschaftliche Vereinbarungen. Aber was bleibt übrig? Die Regierungen erlauben euch, eure eigene Wirtschaftsorganisation herrlich auszubauen,

aber eure Konferenz über die Abschaffung oder Einschränkung der Ein- und Ausfuhrverbote führt nur zu einem mageren Abkommen über Häute und Knochen, die Bewegung zur Herabsetzung der Zollschranken ist völlig erfolglos. Hymans Forderung nach der wirtschaftlichen Abrüstung auf der zehnten Völkerbundversammlung, Stresemanns großartige wirtschaftliche Vision, die er in Briands Paneuropa einschieben will, Italiens alte Forderung nach Lösung des Rohstoff- und Bevölkerungsproblems bleiben Worte. Ergebnislos ist die Konferenz für die „Behandlung der Ausländer“, ergebnislos Englands Vorschlag nach einem Zollwaffenstillstand, der sich in einer völlig anarchischen Konferenz über eine „gemeinsame Wirtschaftsaktion“ verläuft. Ohnmächtig bleiben auch alle Bemühungen, der Not der kleinen Agrarländer abzuhelpen, für die man trotz aller schönen Reden bisher nur eine Agrarbank erfunden hat. Berichte, Untersuchungen, Denkschriften, Anregungen wachsen an, aber noch höher wachsen die Zollmauern in den Himmel, und nach zwölf Jahren stehen die Länder einander feindseliger gegenüber als am Ende des Krieges, ist die Anarchie der Weltwirtschaft noch verzweifelter als die politische Not.

Was hilft es da euch, nebenan im Rayon des Verkehrs und des Transits, daß ihr, dunkel geboren aus den Verkehrsorganen der Friedenskonferenz und der Konferenz von Barcelona, eine riesenhafte Organisation aufgebaut habt, deren Sekretariat, Ausschuß und Konferenzen uns in den Handbüchern als Muster völkerbundlicher technischer Zusammenarbeit gepriesen werden, daß ihr unaufhörlich Delegierte und Sachverständige in allen Städten Europas zusammenführt, um das Regime der Seehäfen und des Eisenbahnverkehrs, die Durchfuhr elektrischer Kraft und die Verwertung der Wasserkräfte, die Eichung in der Binnenschifffahrt und die Anbringung von Seebojen, die Küstenbeleuchtung und die Vereinheitlichung der Signale im Automobilverkehr, die Transit-

karte für Auswanderer, die Kalenderreform und den Abwurf von Zeitungspaketen aus Flugzeugen in guten Abkommen, wohlgemeinten Empfehlungen oder vortrefflichen Denkschriften unermüdlich behandelt! Ihr habt das liberale Paßregime und den freizügigen Weltverkehr der Zeit vor dem Kriege nicht wiederherstellen können, und so erfindungsreich und geschickt ihr arbeitet, eure Beratungen und Verträge haben nirgends die Grenzen zwischen den Nationen weniger fühlbar gemacht.

Ihr aber endlich vom sozialen und humanitären Wohltätigkeitsstand der Ausstellung, die ihr vertrocknet von dem warmen Herzen Nansens weiterlebt, dem Werk der Heimführung der Kriegsgefangenen aus Rußland und Sibirien und der Flüchtlingsfürsorge? Zwar habt ihr einen Welthilfsverband zur Unterstützung bei Naturkatastrophen gegründet, konntet ihn aber nicht in Kraft setzen und mußtet Millionen von Menschen in Rußland und China achselzuckend verhungern lassen. Lässig habt ihr die Bekämpfung der Sklaverei, wollüstig den Krieg gegen den Mädchenhandel, rein kaufmännisch und national interessiert die Einschränkung des Handels mit Opium und anderen Giften organisiert, aber weder den einen noch den andern Feldzug durchkämpfen können. Ihr wieder, vom Hygienestand, Erben des „zeitweiligen Epidemienausschusses“, mit euren 40 Sekretariatsbeamten, eurem Hygienerrat, eurem Hygienekomitee und seinen 17 Ausschüssen und Unterausschüssen, dem Genfer Nachrichtenzentrum für Epidemien, dem Nachrichtenzentrum in Singapur, den zahllosen Mitteilungsblättern, den Forschungsreisen in Amerika, China und Polen, eurem Austausch von Sanitätsbeamten und eurem trefflichen medizinischen Direktor, der hinter dem aufgeschlagenen „Bulletin über die Verbreitung der Grippe“ das wichtigere Gesicht des geschickten Agenten polnischer Interessen im Sekretariat verbirgt: oh, ihr schadet sicher nicht, nützt oft in einigen rückständigen Ländern, helft zweifellos hier und da der Forschung: aber seid

ihr der Völkerbund? Angehängt an seinen Apparat, unabhängig von ihm könnt ihr leben, wenn er verdirbt, verderben, wenn er lebt. Ihr sprecht, wenn er sonst nichts zu sagen hat, und euer Geräusch ist so aufdringlich, daß ihr kein Alibi mehr seid für ihn, sondern sein Schweigen verrätet.

Ja, ihr alle, die ihr im dritten und vierten Stockwerk und in den Nebengebäuden rasselt, klappert, telephonierte, schwatzt, schreibt und berätet, Statistiken veröffentlicht und Erhebungen veranstaltet, Konferenzen und Ausschüsse einberuft, Gehälter bezieht und Gehälter verteilt, ihr seid, so nützlich euer Eifer zuweilen wirken mag, nur das enttäuschende Orchester vor einem Vorhang, der nicht aufgeht, und eure Musik ist reicher an Dissonanzen als an Harmonien. Ihr füllt das Gebäude. Euch sieht und hört man, eure Papiere nehmen den größten Platz ein in den Veröffentlichungen des Sekretariats und eure Ausgaben den größten Raum in seinem Budget. Eure Berichte überschwemmen die Tagesordnungen des Rates und der Versammlung. Aber mit euren Delegierten und Sachverständigen seid ihr nur die Trockenwohner des Nationenpalastes, dessen echte Mieter noch nicht eingezogen sind. An dem Tag, an dem das Haus fertiggebaut und bewohnbar ist und die wirklichen Herren endlich erscheinen, wird man euch auf euren richtigen Platz weisen: die einen, die von den schlechten Verträgen leben, an die Luft setzen, weil in dem fertigen und bewohnbaren Nationenhaus selbst die besten Sachverständigen für schlechte Verträge keinen Platz mehr finden dürfen — die anderen, die der Wirtschafts- und Finanzsanierung der Welt dienen sollen, aus ihren akademischen Studien mitten in die Politik hineinstellen, vor der sie sich heute flüchten — jene, die Küsten beleuchten, Schwimmbojen anlegen, Bordelle inspizieren und Rauschgifte dosieren, in die bescheidenen Hinterstuben verweisen, in denen man sie immer, wenn man sie braucht, finden, immer wenn man sie nicht braucht, vergessen kann. Und dann

werden wir vielleicht, wenn wir im Zimmer des Generalsekretärs, in der Abteilung für geistige Zusammenarbeit, in der Abrüstungsabteilung, in der Politischen Abteilung, in der Rechtsabteilung, überall klar und bestimmt die zielbewußte Arbeit am Völkerbund erkannt und bewundert haben, zum Schluß, falls wir nicht ermüdet sind und die Zeit uns nicht fehlt, lächelnd und neugierig durch eure Türspalten lugen, um befriedigt festzustellen, daß in diesem an Großartigkeiten reichen Hause auch die kleinsten Kleinigkeiten nicht vergessen worden sind ...

Die Türen schließen sich eine nach der anderen. Der falsche Völkerbundspuk zerrinnt. Wir sind wieder allein. Aber nein! Dort rechts strahlt uns der Flügel eines riesigen Stockwerkes mit weitgeöffneten Türen entgegen. Lebhaftige Hände winken, eifrige Gesichter glänzen: „Habt ihr die Informationsabteilung vergessen? Wir sind der Völkerbund, sein lebendiger Gedanke! Wir sind seine Stimme! Wir sind ...“ — Pscht! Wir mahnen sie kameradschaftlich zum Schweigen. Pscht! Wir haben euch nicht vergessen. Wie könnten wir es auch? Hatten wir nicht gehofft, eine Zeitlang fest geglaubt, daß nach langer verdächtiger alliierter Vergangenheit hier Platz sein würde für internationale Arbeit, daß sich von hier aus, wo der Grundsatz der Öffentlichkeit des Völkerbundes gepflegt werden kann, die diplomatische Vorkriegsgesinnung der vornehmen unteren Stockwerke durchleuchten, zerstreuen, überwinden läßt? Pscht! Laßt uns schweigen. Schließt vor allem vorsichtig jene Türen — die meisten, so scheint es, in eurer Abteilung —, hinter denen, obgleich sie die Aufschrift Pressebüro tragen, die geheime und dunkle diplomatische Arbeit geleistet wird, die in der Politischen Abteilung keine bequeme Unterkunft fand. Ihr anderen aber, die ihr wirklich zum Informationsberuf gehört, die ihr halb mit den Diplomaten, halb mit den Journalisten lebt, immer für die einen die anderen seid,

immer zwischen den einen und den anderen hin und her geht: wir verstehen eure Not. Denn gerade unter euch entdecken wir zuweilen manchen heimlichen Kandidaten für den künftigen, besseren Völkerbund. Euer Werk ist schwer. Als beamtete Kündler begrenzter Nachkriegsinteressen sollt ihr die freien Propheten des Ewigen Friedens ersetzen, die mit uns gewandert sind und die man in dieses Haus nicht einlassen darf. Alles, was ist, müßt ihr rühmen, alles Kleine, sobald es umfangreich wird, so betrachten und beschreiben, als wäre es groß, alles Große, das nicht zu euch paßt, verkleinern oder vergessen, was nicht ist, erfinden, das Unbequeme verschweigen, Mißerfolg in Erfolg wandeln und, wenn ihr ein Pole seid, euch bemühen, daß des polnischen Ministers Rede größer im Communiqué aussieht als die des deutschen, wenn ihr ein Deutscher seid, dafür Sorge tragen, daß man es nicht merkt. Eure Arbeit ist schwer. Aber wir sind euch zu Dank verpflichtet. Ihr drückt uns die Karten in die Hand, die uns die Sitzungssäle öffnen, ihr organisiert musterhaft den technischen Pressebetrieb, ihr erweist uns hundert kleine Gefälligkeiten, und wenn ihr uns eifrig vom Völkerbund erzählt, so erfahren wir zum Beispiel — und was kann nützlicher sein? —, was Paris denkt oder was wir nach dem Wunsche der Leute in Paris denken sollen. Wir kennen eure Not. Sie ist groß. Pscht! Macht die Türen zu. Wir wollen schweigen.

Nun stehen wir in dem stillen Korridor des letzten Stockwerks. Von Büro zu Büro, von Treppe zu Treppe sind wir durch Hot-tops Hotel gezogen. Die Wanderung ist beendet. Da sehen wir plötzlich eine letzte kleine, enge Stiege, die in das fünfte Stockwerk der Mansarden führt. Neugierig ächzen wir hinauf und stehen, gleich unter dem Dach, vor einem ärmlichen, dem höchstgelegenen Arbeitsraum dieses Hauses. Hier ist die Tür geschlossen, niemand lädt uns ein, und nur ein leises regelmäßiges Klappern

dringt zu uns heraus. Wer schafft hier in einsamer Himmelsnähe? Welch ganz geheimen, vielleicht tief in das Rätsel und in die Zukunft des wirren Werkes eingreifenden Bericht tippt man hier im dunklen Versteck? Stehen wir endlich vor dem ersehnten und notwendigen Archiv des unverwirklichten Völkerbundes, dem großen Untersuchungslaboratorium für die ungelösten Völkerbundfragen, dem feierlichen Speicher der unerschrockenen Wahrheiten? Vorsichtig stoßen wir die Tür auf. Oh, keine Schreibmaschine klappert uns entgegen, keines der eleganten schlanken Mädchen des Hauses wirft uns schmelzende Blicke zu. Ein bescheidenes, rundliches, nicht mehr jugendliches Weibchen, etwas mürrisch und etwas vergrämt, stumm und verschlossen, die große Brille über den gesenkten Augen, das graue Haar über der faltigen Stirn, sitzt vor ihrer Nähmaschine und klappert und tritt. Sie spürt nicht unsere Gegenwart, hebt nicht den Blick, tritt und klappert und lebt vor sich hin. Und da wir uns scheu und hastig, überrascht und enttäuscht zurückziehen und wieder vor der geschlossenen Tür stehen, erzählt man uns flüsternd und lächelnd, daß dies hier die fleißige Näherin des Völkerbundes ist, die seine Vorhänge und Handtücher, seine Tischtücher und Servietten, seine Scheuer- und Putzlappen näht, bessert und säumt. Den ganzen Tag lang schafft sie hier oben, hoch über dem Hause, und oft noch am späten Abend, wenn das Leben in den anderen Stockwerken erstirbt, die Lampen erlöschen, die Büros sich leeren, über die breiten entzauberten Treppen die schweigsamen Scheuerfrauen ihre Besen schleifen und unten in der dunklen Halle der Nachtportier seinen ersten Rundgang beginnt, sitzt sie noch, fleißig die Maschine tretend, bei ihrem einsamen Gewerbe.

Ist sie eine der Parzen, die an den Fäden des großen Weltchicksals spinnt, dem wir neugierig und forschend nachgehen wollten? Ist es Penelope, die bis zum Einbruch der Nacht das Hochzeitskleid des Friedens webt und es nächtlich, wenn die ge-

räuschvollen Freier aller Länder längst behaglich schnarchen, wieder auftrennt? Oder ist es Dornröschens böse Fee, die der Erfüllung des Fluches harrt? Wartet sie darauf, daß der Generalsekretär eines Tages plötzlich den quälenden Drang verspürt, seinem vornehmen ersten Stock zu entrinnen, von Unruhe erfüllt über die Zukunft des Werkes heimlich die Büros seiner zahlreichen Mitarbeiter durchwandert, dabei auch in diese entlegene und dürftige Mansarde gerät, sich leutselig über die bescheidene Frau beugt und wißbegierig ihr demütiges Handwerk erprobt? Ach, dann muß die Nähmaschine den feinen Finger des Neugierigen stechen. Ein roter Blutstropfen fällt herab. Hundertjähriger Schlaf senkt sich auf den Palast am See und alle seine Bewohner und kann erst wieder weichen, wenn sich durch das dornige Rosen-gestrüpp der echte Erlöser den triumphreichen Weg bahnt und uns alle mit sanftem Kuß vom Scheintod befreit.

Die letzten Stufen der schmalen, winkligen Treppe seufzen unter unseren Schritten. Wir stoßen die Luke auf: Licht überflutet uns, blendet unseren Blick, und wir stehen auf dem flachen Dache des Nationenpalastes. Wie werden wir die Welt sehen? Ist sie eine große platte Fläche aus milchigem Stoff — fabriziert aus einem Gemisch von Nebel und Papier —, aus dem sich geometrische Figuren abzeichnen, Rat, Versammlung, Sekretariat, Arbeitsamt, Gerichtshof — Vierecke, Kreise und Rechtecke, die Verkehrs-, Hygiene-, Finanz- und Wirtschaftsorganisation heißen, ständige und zeitweilige Ausschüsse, Institute für Recht, Geistige Zusammenarbeit, Kinowesen und Ackerbau, Büros in London, Paris, Berlin, Tokio und Rom? Ist das die Welt? Licht überflutet uns, und wir sind wieder — und spüren erst jetzt, wie eng es um uns war, wieviel Dunkel um uns lag — in der großen und weiten, blaugoldenen Wirklichkeit des unvergänglichen Genfer Traums. Der kleine See, hier mit dem Park von Mon-Repos, dort

mit den Gärten der Grange und der Eaux-Vives, den beiden Steindämmen, den Pinien, den Leuchttürmen und dem Springbrunnen, und dann hier jenseits vom Schloß Nyon, dort von den Hügeln Colognys sich weitend: der große See mit den gekreuzten lateinischen Segeln. Die blaue Linie des Jura, die schneeige Kette des Montblanc, Calvins Kathedrale und Festung der Zuflucht, die romantische Landschaft der Aufklärung, alles liegt weit um uns und dicht beieinander, einzeln abzuzählen wie die Perlen des Rosenkranzes und mit einem Blick zu umfassen wie der Himmel. Die Grenzen zwischen der Schweiz und Frankreich verwischen sich, hinter jenen Schneebergen schon liegt Italien, jene Waldhügel ziehen der deutschen Grenze entgegen, und genau sehen wir die eisernen Wege, die uns in dieses Tal der Verheißung geführt haben. Und inmitten dieser Welt entdecken wir plötzlich, hinter den Bäumen des grünen Arianaparkes, die ragenden Gerüste und Mauern, aus denen der gewaltige neue Völkerbundpalast werden soll, in den eines Tages aus Hottops Hotel die Nationen zur endgültigen Zusammenarbeit übersiedeln wollen. Der ganze große Plan steht von neuem lebendig vor uns. Und von neuem wollen wir an ihn glauben.

Mein Gott! Was wir hinter uns, was wir unter uns ließen, ist das nicht die unvermeidliche Kleinarbeit und Maschinerie des bürokratisch-diplomatischen Tagesgeschäftes? Hier oben geht der Blick in die Erfüllung über. Jenes Geschäft läßt die Räder sausen: hier können wir den aus der Ferne heranfließenden Kraftstrom verspüren. Wir sahen nur Beamte des Sekretariats und Beamte der Regierungen, die auf Befehl der herkömmlichen Gewalten, in Ausführung willkürlicher Vorschriften und gleichgültiger Tagesordnungen ihre bürokratischen und diplomatischen Aufgaben verrichteten. Aus den Verträgen krochen sie heraus und aus der Satzung. Aber wachsen sie nicht gleichzeitig aus einem Leben empor, das weit hinter den Verträgen und der

Satzung steht? Am Anfang war der Versailler Vertrag, aber vor ihm war der Krieg, und aus dem Erlebnis des Krieges muß mehr hervorgegangen sein als der Vertrag. Am Anfang war der Pakt, aber vor ihm war der ewige Völkerbundtraum, und von ihm muß mehr übriggeblieben sein als der Pakt. Alle diese Beamten, die schließlich Menschen sind, wickeln im Namen ihrer Regierungen, die schließlich Nationen sind, die mittelmäßigen Geschäfte ab, für die man sie angestellt und bezahlt hat, wickeln sie ab auf Grund von Spielregeln, die sie für ein ewiges Gesetz halten. Aber können Menschen und Nationen aufgezogen werden wie Maschinen, eingestellt auf eine bestimmte Bewegung und wieder abgestellt? Müssen sich nicht allmählich in diesem Spiel die Menschen ihres Menschentums, die Nationen ihres Nationentums immer bewußter werden, — die Menschen nicht eines Tages über die nationalen Grenzen, die Nationen nicht über die Verträge und Pakte hinauswachsen? Artikel 8 und Artikel 10, Artikel 22 und Artikel 23, ist das alles? Ist nicht das Leben der Völker und Individuen da, um sich, so eng die steifen Regeln es auch umklammern, langsam zu rühren und plötzlich zu entfesseln? Die strengen Gebote und verwickelten Speisegesetze der Wüstenwanderung: sie kennen wir nun. Aber noch einmal fühlen wir es und wollen nicht daran zweifeln: Aus dem dunklen Schrei des „Auge um Auge und Zahn um Zahn“ muß sich der helle Hymnus der Nächstenliebe erheben. Und auf unsere Lippen drängt sich das schöne Gebet, mit dem einst François de la Harpe seine berühmte Preisschrift über den Frieden krönte:

„Vater der Menschen — denn nur unter diesem Namen bestehen wir vor Dir und können die Bedürfnisse unserer Schwäche Deine Größe rühren —, verlösche in den Herzen die zerstörerische Wut, die Dein Werk entehrt: auf daß die Menschen die Geißel der Notwendigkeit nicht mehr durch die Geißel ihrer Raserei

bereichern, daß sie nicht mehr diese Erde verheeren, die Du ihnen zur Pflege übergabst, und die Ernte, die unter Deinen Strahlen heranreift; nicht mehr im Überschwang ihres Wahnsinns Dich bitten, ihre Mordtaten zu segnen, und Dir nicht mehr für ihre Verbrechen danken. Möge dieses Gebet, das ich an Dich richte, ein Sühnegebet sein für all die blutdürstigen Wünsche, die sie Dir so oft darzubieten wagten in der Wut ihres barbarischen Hasses oder in der Freude ihres unsinnigen Triumphs!“

Wir entfalten die Hände und kehren zurück, steigen prüfend und durchleuchtend hinab in das fünfstöckige Haus. Wieder ist das Dämmerlicht der Tagesarbeit um uns. Wir gehen hinunter und vorbei an dem pedantischen Hygienebetrieb, dem fleißigen und verkehrten Informationsapparat, an der mühseligen Wirtschafts- und Finanzzyklopädie, den herz- und phantasielosen Exerzierreglements für die Seelen in Danzig, an der Saar, in den Minderheitengebieten und den Kolonien, vorbei an der verstopften Abrüstungstalmudistik, dem vorsichtigen Wohltätigkeitsbazar der Opium- und Unzuchtbekämpfer, den Advokatenstuben der bürokratisierten Völkerrechtler, der geistlosen Durchorganisation geistiger Nebenprodukte, vorbei an der Bel-Étage der international konzentrierten Vor- und Hinterzimmer der nationalen Außenämter, — vorbei, hinab. Jetzt steigen wir den Flügel der großen Mitteltreppe hinunter und biegen um. Wieder liegt unter uns die weite dämmrige Halle. Aber ein gewaltiges Gemurmel schlägt jetzt an unser Ohr. Wir stocken, blicken hin, und von unserem erhöhten Platz umfassen wir das verwirrende Bild. Schwarz und weiß flimmert es vor unseren Augen. Kein Platz ist leer und der riesige Raum eine einzige, großartige Bewegung von Köpfen und Schultern, von Augen und Händen, eine große vielfältige Stimme, ein vom geheimnisvollen Rhythmus erregtes Meer, dessen Rauschen keiner Sprache mehr angehört und wie ein einziger Chorgesang zu uns emporsteigt. Alle sind sie jetzt da, unter

uns, vor uns, zwischen den noch verschlossenen Türen der Beratungszimmer, sie alle, die, von den großen Schatten geführt, aus den zahllosen Hauptstädten der Welt die Reise nach Genf unternahmen, sie alle, die an den Fenstern ihrer Hotelzimmer zu beiden Seiten des Sees brüderlich ihre Nationalfahnen hißten, gestern nur flüchtig einander grüßende Gruppen am Bahnhof waren, jetzt aber in diesem Wartesaal zusammenfließen und ineinander verschmelzen, Italiener und Franzosen, Deutsche und Spanier, Engländer und Portugiesen, Chinesen und Holländer, Japaner und Griechen, Polen und Abessinier, weiße und braune und gelbe und schwarze Menschen, eine große kameradschaftliche und namenlose Masse. Sind sie Regierungen? Sind sie Nationen? Nicht mehr, noch nicht! Das Meer, das vor uns wogt und rauscht, ist eine Gemeinschaft von Menschen, die nichts voneinander unterscheidet und die gemeinsam warten auf den Beginn des gemeinsamen Erlebens.

Und bevor wir die letzten Stufen hinuntersteigen, um auch in diesem Meer zu versinken, umspannen wir noch einmal das merkwürdige Bild, kosten wir noch einmal die seltene Minute. Die Lust packt uns, sie alle zu umarmen, an sie alle zu glauben, ihnen alles zu verzeihen, die blödsinnigen Sünden, die oben in ihren Akten stehen, die giftige Bosheit, die auf ihrer Weltkarte eingezeichnet ist, die kleinmütige Angst und Härte ihrer törichten Pläne. Sind sie nicht Menschen? Wie Menschen stehen sie da: sprechen miteinander und lachen, schütteln den Kopf, ziehen die Stirne in Falten, zucken die Achseln, nesteln an ihrer Krawatte. England raucht seine Pfeife, Deutschland seine Zigarre, Frankreich dreht sich eine Zigarette, Italien hat die Hände in der Hosentasche, Spanien, durch einen Scherz Rumäniens begeistert, lacht zu Norwegen hinüber. Finnland, intelligent und jugendlich, kokettiert mit Indien. Kanada trägt einen freundlichen weißen Bart und Chile — oder ist es Schweden? — einen gemütlichen Bauch. Es sind

Menschen. Nichts ist verloren, nicht wahr? Menschen sprechen miteinander!

Wo sind wir? Vergeblich, verzweifelnd suchten wir den Bund, suchten ihn in allen Winkeln des Hauses. Ist er hier? Wir steigen die letzte Stufe hinab: Der Völkerbund im Vorzimmer des Völkerbundes?

Eine heftig zerrende Bewegung geht durch den Raum. Die schwatzenden Gruppen der lächelnden und angeregten Menschen ballen sich ineinander, schieben sich vorwärts, wälzen sich in dicken, langsamen Schlangen aus der weiten, fast heiteren Halle in die engeren und strengeren Korridore hinein, umsäumt, angehalten, wieder vorwärtsgetrieben von den Saaldienern, zerquetschen sich in den Türen und strömen aufgelockert in die verschiedenen Säle. Nun zerteilt sich das große brüderliche Beisammensein in die einzelnen Arbeitsgemeinschaften. Diese Menschen hier, die in den Saal E hineinfließen, um den langen Tisch herumrinnen und die Stuhlbecken ausfüllen, führen gemeinsam den Namen „Verkehrs- und Transitausschuß“. Jene dort, die sich in den Saal D ergießen, heißen „Finanz-Komitee“; andere wieder nennen sich „Studienausschuß für die Europäische Union“ oder Juristenkomitee, Redaktionskomitee oder Koordinationsausschuß. In allen Salons des Hottopschen Hotels sitzen sie zwischen den weißen getäfelten Türen und den hohen schwarzen Marmorkaminen, vor breiten hellen Fenstern, die auf die Terrasse, den Garten und den See hinausblicken, und ihre blonden, schwarzen, grauen und weißen Menschenköpfe sind einen Augenblick lang nur die Punkte, aus denen sich die geometrischen Erfindungen des Völkerbundes zusammenfügen, irgendein Quadrat, ein Rechteck

oder ein Kreis aus der riesigen und verwickelten Struktur der organisierten Zusammenarbeit.

Am äußersten Ende des Korridors, der Säle und Terrassen, dort, wo hinter den Delegierten her der vollste Strom neugieriger Gäste, betriebsamer Journalisten, wichtiger Völkerbundbeamter und sorgenvoller Ministerialreferenten hineinrollt, formt sich die engste und doch anspruchsvollste Figur. Inmitten des blauen, grünen und weißen Zusammenspiels von Himmel, See, Gebirge und Baumkronen, inmitten einer duftigen, leichten, gleichmäßig klaren und träumerischen, unbegrenzten Welt steht die große, viereckige, nüchterne Glashalle, ein Vogelbauer in einem schönen Garten. Und inmitten des durchsichtigen Kastens, in den der See, die Luft, der große weiße Berg und die schwankenden Äste hineingrüßen, erhebt sich auf erhöhtem Podium ein breiter, mit blauem Tuch bekleideter hufeisenförmiger Tisch, um dessen äußeren Rand neben dem Generalsekretär vierzehn Ministerpräsidenten, Minister oder Diplomaten die Figur Völkerbundrat zusammensetzen. In dem Loch, das zwischen den beiden Flügeln des Halbkreises liegt, hocken, fast unterirdisch, die Übersetzer, schnellen in die Höhe, übertragen hastig eine Rede, versinken wieder in ihre Tiefe, und über das Loch hinweg sprechen die vierzehn Männer vor sich hin. Manchmal möchten sie sprechen, als wären sie unter sich, an einem runden Tisch, richten dann aber bald wieder unwillkürlich Blick und Stimme aneinander vorbei auf die geöffnete Seite des blauen Halbkreises, als dehne sich dort unsichtbar eine andere Hälfte. Es ist klar: diese Auserwählten führen ein anderes Leben als die bescheideneren Männer, die um richtige Tische herumsitzen, zwischen richtigen festen Wänden, und immer ein Gegenüber haben. Sie sitzen da wie ein Vereinsvorstand vor einem Saal, der nicht mitsprechen darf, inmitten einer Welt, die schweigen muß. Sie füllen die bekannte Zeichnung aus, die Völkerbundrat heißt, aber sobald sie eine Zeitlang

beieinander sitzen, wird es fühlbar, daß sie eine kabalistische Angelegenheit sind. Niemand weiß, ob sich ihr sorgsam abgemessener Halbkreis weiten und liebevoll um die Erde schließen oder ob er hart in sie hineinstoßen oder sich gar in ihr verflüchtigen wird.

Jedoch klar und beruhigend dehnt sich vor uns die Riesenfigur, die Völkerbundversammlung heißt und sich aus allen Menschen, die nach Genf gekommen sind, zusammensetzen soll. Sie sprengt die Mauern und Glaswände des Hotelbaues, seine Salons, Speisesäle und Frühstückszimmer. Solange die miteinander hadernden Völkerbundarchitekten den gewaltigen Palast im Arianapark nicht vollendet haben, muß sie daher drüben am anderen Ufer, fern vom Glanze des Sees und seiner Gärten, in den gemieteten Nebengebäuden lebendig werden. Zehn Jahre lang sah man sie in der düsteren, grauen, scheunenförmigen und spärlich ausgestatteten Reformationshalle, die vor über einem halben Jahrhundert als „Tribüne für die Darlegung und Verteidigung der evangelischen Wahrheiten“ errichtet worden war und unter dem Schutze Calvins steht. Dann fand sie ihr Heim in dem modernen massiven und weißen Genfer „Wahlgebäude“, über dessen Pforte die Worteeingegraben sind, die der Vater Rousseau dem Sohne mit auf den Lebensweg gab: „Jean-Jacques“, sagte er, „liebe dein Land!“ Aber ist es nicht gleichgültig, ob die Halle dunkel ist oder hell und welche Ermahnungen sie an die Menschen richtet, die sich zur Generalversammlung des Völkerbundes zusammenfinden? Nur eines verlangt man von ihr: sie muß groß sein wie die Gemeinde, die sich hier versammelt; sie muß zahlreiche Pulte und Sitze umfassen, und Tribünen für den Präsidenten und den Redner müssen aus dem Raum hervorragen. Denn die Menschen, die als Versammlung der Nationen zusammentreten, wollen nicht an geschlossenen oder offenen Tischen sitzen, sondern wie in jedem Parlament in hinereinander gereihten Bänken, ihr Blick soll auf den Mann gerichtet sein, der sie alle zusammenfaßt, und jeder einzelne, der zu ihnen spricht, soll

ihnen allen gehören. Kein See und kein Himmel braucht zu ihnen hineinzuschimmern. Immer wird die steinerne und hölzerne Wand ihres Beratungshauses durchsichtiger sein als Glas und ihre Welt weiter als die Genfer Landschaft. Ja, grenzenlos kann ihre Zusammenkunft sein, wenn sie es wollen, erhaben über den Artikel 3 des Paktes, der sie einberuft und jedem Mitgliedstaat des Bundes die drei Vertreter mit der gemeinsamen Stimme bewilligt, erhaben über den Artikel 1, der die Zahl der Bundesmitglieder regelt, über den ganzen Pakt, die Tagesordnung und über die im Sekretariat ausgeklügelten Prozeduren und Traditionen. All diese Menschen sind zwar zunächst die Figur „Völkerbundversammlung“, die innerhalb der Bundesstruktur eine bestimmte Rolle spielt und deren Mitglieder in der politischen Wirklichkeit ganz verschiedene Rechte und Kräfte haben. *Aber sie sind auch das Beisammensein der Nationen überhaupt.* Und wenn Vertreter einer größeren Anzahl von Nationen alljährlich zusammenkommen, so ist die Tatsache ihres Beisammenseins wichtiger als der Name, unter dem sie sich versammeln, und das natürliche Gesetz, das sich aus solchem Beisammensein ergibt, bindender als die Regel, die ihre erste Zusammenkunft organisiert hat. *Nationen sind beieinander, und sie sind in einer Zeit beieinander*, in der jede Stunde nach der Verwirklichung des Völkerbundgedankens ruft. Eine Versammlung von Nationen ist da, und der Völkerbundgedanke ist da. Müssen denn nicht trotz der schlechten Organisation und der schlechten Methoden, die wir erlebt und getadelt haben, die Versammlung der Nationen und der Völkerbundgedanke endlich zusammenkommen?

Das Glockenzeichen ertönt. Aus den Wandelgängen drängen die Delegierten in den Saal. Das Publikum läßt sich auf seinen Plätzen nieder, und auf den Galerien erscheinen die Pressevertreter aller Nationen. Sie haben bereits die ersten Telefongespräche angemeldet und blicken jetzt ungeduldig auf die Delegierten hin-

unter. Wir alle blicken hinunter und sehen, wie sich der Raum füllt, wie die Menschen in der Tiefe einander begrüßen, sich dann allmählich wieder von einander lösen und sich mit ihren Landsleuten auf die Bänke verteilen, die jetzt ihre Heimat sind. Schon sind sie wieder, obgleich sie in einem gemeinsamen Hause wohnen, aus der kameradschaftlichen Masse herausgezogen; sie sind noch Menschen wie vorher, aber sie tragen andere Namen. Vor ihren Plätzen stehen kleine Schilder, die den neuen Namen verkünden. „Afrique du Sud, Albanie, Allemagne, Australie, Autriche, Belgique, Empire britannique“: so heißen sie nun, und die menschlichen Gesichter, die hinter jedem Schilde sitzen, sind das Gesicht eines Volkes, jede Bank ist ein Land.

Kein Zweifel: die Bank „Empire britannique“, die wir neugierig von unserer Galerie her betrachten, ist das Britische Reich. Wie viele verschiedene Menschen auch im Laufe der Jahre abwechselnd auf ihr Platz nehmen, ein jeder von ihnen war in jedem Zug seines Gesichtes, mit jedem Tonfall seiner Stimme das Britische Reich. Einst sahen wir hier Balfour, den vornehmen und überlegenen, innerlich kühlen und doch durchaus nicht temperamentlosen Staatsmann, mit rosigen jungen Zügen unter dem weißen Haar, in jeder Geste und in jedem Wort das große Weltreich; dann sahen wir Chamberlain, lang, langweilig, korrekt, mit blauen und leeren Augen in dem hochmütigen Gesicht; dann Macdonald mit dem genialen Kopf und den etwas träumerischen Zügen, der vollendete Volksführer, aber auch der heimliche Aristokrat, der ein Tyrann werden kann; und Henderson, seinen sozialistischen Parteigenossen, seinen Freund und Gegner, ein Arbeiter, der schon längst ein derber Bürger war, ein Bürger, der ein Lord werden könnte, aber jedenfalls ein Mann aus der namenlosen Tiefe, der allmählich die hohe politische Kultur einer großen und stolzen Nation verkörpert. Aber fast immer war Englands Gesicht das Gesicht Lord Robert Cecils, ein blasses durchgeistigtes Gesicht, das,

von vorn gesehen einem Heilsarmee-Offizier, im Profil einem Geier, im Halbprofil einem Römer gehören könnte, aber noch über viele andere Ausdrücke verfügt, ein Dutzend Gesinnungen widerspiegelt und ein Dutzend Gesinnungen verbirgt, das Gesicht eines Mannes, der wie sein Staat mit gleicher Leichtigkeit Kompromisse zwischen den anderen, mit den anderen und mit sich selbst schließen kann.

Die Bank „France“ füllt sich jetzt allmählich. Frankreich: das war vor vielen Jahren Léon Bourgeois, der milde und weisheitsvolle, aber auch etwas schmalzige Patriarch; René Viviani, der bezaubernde Redner und Typus des französischen Linksmannes, der eines Tages das parteimäßige Denken der Vorkriegszeit durch das scheußlich übertriebene Bewußtsein des Siegers überwinden will, aber auch die zartere und blässere Figur des Herrn Noblemaire; der Historiker Hanotaux, einst in längst verschollener Zeit, Außenminister, ein trockener und zänkischer Mann, dünn und dürrtig wie sein Bärtchen; später Loucheur, der mit dem feinen Geruchssinn seiner kurzen Nase und den hüpfenden Äuglein unter der mächtigen Stirn eines Tages Genf als eine ausgezeichnete Plattform für französische Innenpolitik entdeckt und es ein paar Tagungen lang gesellschaftlich beherrschte. Frankreich, das ist Paul Boncour, der große Advokat und Schauspieler in der Maske des unbeugsamen, aber auch lyrischen Revolutionärs; Henry de Jovenel, einer der verführerischsten und intelligentesten Köpfe seines Landes, ein scharfer und zugleich einschmeichelnder Redner, ein sympathisches Raubtier mit eingezogenen Krallen; Herriot, dessen runder Bauch und gemütliche Pfeife den Volksmann, dessen prächtige Bücher und gepflegte Reden den Schöngest ankündigen, dessen eckige Stirn und eckige Nase aber den schroffen nach Erfolg hungernden Realisten verraten; der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux, ein gewaltiger Mann mit dem kleinen schwarzen Bärtchen an dem vollen Kinn und der

korrekten, aber ein wenig bohemehaft gelockerten Kleidung, wie sie der französische Arbeiter an seinem geistigen Führer zu sehen wünscht, begabt mit einer übermächtigen Stimme, die jedes Wort langsam und gigantisch formt und mit furchtbarem Nachdruck, der die Weltrevolution anzukündigen scheint, durchaus maßvolle Sätze in seine unerschütterlichen Kollegen hineindonnert. Frankreichs Bank jedoch ist vor allem die Bank Briands und wird, wer auch auf ihr sitzt, lange noch seine Bank bleiben.

Dort kommt er langsam durch die Reihen mit schlüpfenden Schritten und läßt sich müde auf seinen Platz nieder. Dort sitzt er mit dem berühmten runden Rücken, dem grauen, kaum gepflegten Haar, dem dichten, unordentlich herniederhängenden Schnurrbart, den meistens halb geschlossenen Augen in dem breiten, etwas verschwommenen Gesicht, dem schief verzogenen Mund, aus dem fast immer die Zigarette herabhängt, aus dem aber gleich der volle, schmeichelnde Violoncelloklank herausströmen wird. Bescheiden, fast nachlässig in Haltung und Kleidung sitzt er da. Seine Bewegungen sind bedächtig und sanft. Er kennt keine Pose, denn er kennt seinen Körper kaum, und das Wichtige an ihm sind allein seine Augen, sobald er sie öffnet, seine schmalen Hände und seine Stimme. Ist er so intelligent, wie seine Umgebung es behauptet? Er ist wahrscheinlich viel intelligenter noch, als seine Mitarbeiter ahnen, und noch viel geschickter, als seine Feinde glauben. Er besitzt die aus angeborener Finesse, gesundem Menschenverstand, großer Lebenserfahrung und Verachtung aller Kleinigkeiten zusammengesetzte großzügige und intelligente Geschicklichkeit in der Behandlung von einzelnen und von versammelten Menschen. Die Nationen versteht er kaum, vielleicht noch weniger als andere Franzosen. Aber die Menschen kennt er, und die kennt er gut, und deshalb kann er in einer Einrichtung, in der die Nationen Menschen sind, die gewaltigsten Erfolge erringen, um oft wieder zu Hause, wenn der Verkehr sich zwischen den wesenlosen Kabi-

netten abspielt, gefährlichen Irrtümern anheimzufallen. Ist er der große Idealist, als den ihn seine Freunde und Feinde rühmen oder verdammen? Er ist nicht idealistischer als das übrige Frankreich, aber wahrscheinlich, trotzdem man gerade ihn einen Skeptiker nennt, weniger skeptisch als seine meisten Landsleute. Sein Ideal aber ist, auch wenn er von der Menschheit spricht, sein Vaterland. Er kennt kein anderes Ideal. Sein Pazifismus, der allmählich so manches harte und chauvinistische Wort der Kriegs- und Nachkriegszeit in Vergessenheit brachte, ist eine Methode der Außenpolitik. Er ist für den Frieden, weil der Friede der Sieg Frankreichs ist. Er ist vor allem der alte Gegner Clemenceaus und Poincarés und will ihre Politik der betonten nationalen Selbstsucht durch eine Politik des betonten internationalen Geistes im Interesse Frankreichs überflügeln. Frankreich soll dabei nichts aufgeben, alle Opfer sollen möglichst die anderen Nationen bringen, aber er will sie nicht mehr roh dazu zwingen, sondern durch Verführung gefügig machen oder überlisten. Ist er ein lyrischer Träumer? Wenn er feurig ausruft: „Zurück die Kanonen! Zurück die Maschinengewehre!“, so denkt er nicht daran, seine Kanonen und Maschinengewehre abzuschaffen. Aber er zieht es vor, sie nicht zu benutzen, da er seine diplomatische Kunst und seine Redegabe im Augenblick für bessere Geschütze hält. Er will die Mordwaffen hinter seinen runden Rücken zurückschieben, damit man sie weniger sieht. Ist er unehrlich? Nein, er ist ein alter Politiker, ein alter Mensch und ein alter Bretoner, bei dem der Realismus der Tagesarbeit sich mit der träumerischen Poesie des ewig brandenden Meeres vermählt. Seine große Kunst ist es, in jedem Augenblick das siegreiche Frankreich zu sein und dennoch dem Lande ein sympathisches Gesicht zu geben. So fasziniert er Genf, und nicht die Nationen, vor denen er Frankreich verkörpert und die er mit stillem Wort im Rat, mit großem Schwung in der Versammlung versklavt, nur seine eigene Nation, die schließlich beunruhigt

glaubt, daß der kluge Spieler sich selbst in seinem Spiele verfangen hat, wird ihn eines Tages verkleinern, niederringen und aus dem Beratungssaal der Völker verbannen können.

Jetzt fällt unser Blick auf Deutschlands Bank, auf der zunächst einige Staatssekretäre und Ministerialdirektoren, zuweilen auch kluge Parlamentarier wie Prälat Kaas und Dr. Breitscheid Platz nehmen. Sie steht, weil das französische Alphabet es ihr erlaubt, ganz vorn und ist von überall deutlich sichtbar. Aber lange Jahre hindurch, wenn man von der Galerie hinuntersah, sah man keine deutsche Bank. „Afrique du Sud“ — „Albanie“ —, und dann kam sofort „Australie“. Der Name Deutschlands stand nur auf den Tischen einiger Konferenzen. So war Deutschland lange nur der bescheidene, aber zielbewußte Ministerialrat Ernst oder der kluge Gesandte von Eckard oder der energische Gesandte Seeliger, der gelehrte und schlaue Opiumfachmann Anselmino oder der wuchtige Reichsminister Schiffer, der strebsame Reichsminister Simons, der scharfsinnige Professor Kaufmann, der welterfahrene Staatssekretär Lewald. Deutschland: das waren die tüchtigen Offiziere der jungen Reichswehr, die zurückhaltend und würdevoll zum erstenmal auf internationalem Boden den Gegnern aus dem Weltkriege gegenübertraten. Deutschland: das war der unerschrockene Gentleman Graf Bernstorff, das waren die Minister, Staatssekretäre und Wirtschaftler, die zur Weltwirtschaftskonferenz und zu den Arbeitskonferenzen entsandt wurden, das waren die deutschen Konsuln in Genf, das war der tapfere Arbeitervertreter Wissell, der als erster den Kampf für die deutsche Sprache innerhalb der internationalen Arbeitsorganisation führte. Deutschland: das waren in erster Linie alle jene Deutschen, die niemals in die Konferenzen und Versammlungen hineingelangten, draußen in den Korridoren herumstanden oder auf den Publikumsplätzen die Debatten über ihr Schicksal verfolgten: Deutsche aus Polen, aus Oberschlesien, aus Danzig, aus Memel, aus dem Saar-

gebiet, aus dem Sudetenland, tüchtige tapfere Männer, die verzweifelt ihr Recht suchten, die auf eigene Faust Staatskunst trieben, dabei aber ihr Herz sprechen ließen und dem gesunden Menschenverstand gehorchten, Arbeiter, Bürger, Beamte, die in bewundernswerter Weise oft aus ihrer engen kleinstädtischen Stammtischatmosphäre oder ihren bürokratischen Magistratsgeschäften heraus in die Welt der großen nationalen und internationalen Aufgaben achtungsgebietend hineinwuchsen. Ein einziger von jenen Deutschen, die von jenseits der Reichsgrenzen her das Gesicht der Nation nach Genf trugen, durfte die Stimme innerhalb der Völkerbundorgane erheben. Als Präsident des willkürlich geschaffenen Freistaates Danzig saß Oberbürgermeister Sahn bei allen Auseinandersetzungen mit Polen am Ratstisch. Am Ende der blauen Tafel, dem polnischen Delegierten gegenüber, saß er, mit zerfurchter Stirn und bohrenden Augen. Er sah streng, ja böse aus, und in seiner hellen, klingenden Stimme lag ein harter Ton. Er lächelte niemals, wenn er vor den obersten Herren Danzigs erschien, er saß unbewegt da, und nur zuweilen beugte er sich mit dem endlosen Oberkörper vor, Gesicht, Auge, der ganze Mensch nur Gehör und nur Widerstand. Er ereiferte sich nie, zeigte niemals äußere Leidenschaft, war immer bewußt und klar die kühle Würde des vom natürlichen Schicksal losgelösten Deutschen, der die Wurzeln in den Boden krampft und sich nicht weiter treiben lassen will. Als es keinen anderen Deutschen im Rate gab, stand er vor den fremden Völkern wie Hagen von Tronje vor den Hunnen Kriemhilds, und jedesmal, wenn der lange Schatten des Danziger Präsidenten über den Ratstisch fiel, lag der Schatten Deutschlands über dem Bund.

Aber jetzt steht die Bank „Allemagne“ in der vordersten Reihe der Versammlung, und vom ersten Tage an ist sie die Bank Stresemanns. Auch wenn einmal der Reichskanzler Hermann Müller den kranken Minister mutig vertritt, auch wenn Dr. Curtius un-

erschrocken das schwere Erbe antreten will, man kann nicht auf diese Bank herniederblicken, ohne das breite, lebhafte und joviale, dann das allmählich zusammenschrumpfende, bleiche und nervöse Gesicht Gustav Stresemanns zu sehen. War sein Gesicht so sehr das Antlitz Deutschlands, daß wir es nicht vergessen können? In dieser Versammlung konnte man kein sympathischeres Deutschland erleben als das Deutschland, das dieser Mann zeigte. Er verkörperte den deutschen Mut, als er das Land über die Kapitulation hinweg in das Konzert der Mächte zurückführen wollte. Er enthüllte die Freiheit der deutschen Seele, als er ohne jeden Besiegtenkomplex, der so viele seiner Mitarbeiter zaghaft machte und lähmte, wie ein Triumphator den Saal betrat. Er zeigte den unerschütterlichen deutschen Glauben an die deutsche Sendung, als er wähnte, durch schnelle, schrittweise Erfolge eine furchtbare Vergangenheit überwinden zu können. Auf seiner Stirn glänzte die unbesiegbare Intelligenz, die sich unabhängig wähnt von widrigen äußeren Umständen. Seine Augen spiegelten das Vertrauen in die Welt wider, das sich weder durch die Vielseitigkeit der Probleme noch durch die Überlegenheit oder List der Gegner abschrecken lassen will. Und er zeigte die Kampfesfreude des deutschen Bürgers, die man in diesem Kreise vergessen hatte, die tiefe und schöne Menschlichkeit, die man gehässig dem deutschen Volke absprechen wollte, die gesunde, urwüchsige Volkstümlichkeit, die man nicht mehr gewohnt war, hinter den korrekten und ängstlichen Diplomaten zu suchen. Er stellte ein lebendiges, gleichzeitig ringendes und versöhnliches Deutschland vor die Welt, und wenn er begeistert und laut Goethe zitierte, so fühlte jeder, daß er an Bismarck dachte und verwegen und ehrgeizig den Bismarck einer machtlosen Nation in sich selbst verwirklichen wollte. Man setzte ihn mit Deutschland gleich, wenn man den Deutschen Angenehmes sagen wollte, und er selbst hielt sich für das treue Porträt seines Landes. Aber zeigte

er wirklich das deutsche Gesicht? Schon damals spürte man es immer wieder, und heute weiß man es mit Sicherheit, daß er wohl nur das Gesicht Deutschlands war in einem großen und dramatischen Augenblick des nationalen Lebens. Er war Deutschland in dem Augenblick, in dem es aus der Verwirrung des niedergeworfenen Staates zum Stolz der großen Nation überging und Verwirrung und Stolz miteinander hadernten. In diesem kritischen und gefährlichen Augenblick stieß Stresemann auf Briand, der ein Frankreich zeigen wollte, das vom Siegerstolz zum Willen der Versöhnung übergeht. Aber der Augenblick entschlüpfte. Die deutsche Nation formt weiterkämpfend, weiterleidend ihre Züge, und die deutsche Bank im Versammlungssaal bleibt ein symbolischer Gegenstand, der an eine Szene aus dem Leben eines Volkes erinnert.

Sahen wir Deutschland auf den österreichischen Sitzen? Einmal, als der frühere Botschafter Graf Mensdorf-Pouilly den neuen Staat vertrat, war Österreich ein glänzend französisch sprechender, weicher, resignierter, Freundschaft heischender Aristokrat des alten Regimes; dann, als Monsignore Seipel ihm seine Züge lieh, ein schlauer und feierlicher Priester von korpulenter Gestalt mit kahlem, glattem Schädel, einer gewaltigen Hakennase, spitzen, bebrillten Augen und einem international salbungsvollen Stil in volkstümlich gepreßtem Hochdeutsch. Nur als der stattliche Dr. Schober mit der kräftigen Gesichtsfarbe, dem kurzen weißen Bart und der strammen Haltung sich dort unten niederließ, erblickten wir das deutsche Bürger- und Bauernvolk aus dem Alpenland. Immer aber trug es auch die Züge seines behenden, vielgewandten, in allen Zeiten und Orten heimischen ständigen Vertreters in Genf, des Barons Pflügl, und immer auch hielt es, wirklichkeitsbewußt, findig und sachverständig mit den lebhaften Augen des tüchtigen Sektionschefs Schüller nach allen wirt-

schaftlichen und finanziellen Möglichkeiten Ausschau, um sich so oder so über Wasser zu halten.

Aber hoch über seinen früheren Halbblandsleuten, fast hochmütig über der Menge, mit halbgeschlossenen Augen, wie geistesabwesend, die schmalen sehnigen Hände auf dem Rücken, eine hagere zerfließende Gestalt, geht der alte Graf Apponyi auf die ungarische Bank zu, ein überwältigender Mensch, mit prachtvollem Bart, großer Adlernase und gefährlich geöffneten riesigen Nasenlöchern, aus denen er zu sehen und zu hören scheint, eine Herrennatur, die mit majestätischer Würde die Tragik der Niederlage betont und dadurch überwindet. Hinter ihm schlängelt sich, die Schultern schief hin und her zuckend, Dr. Benesch zur Bank der Tschechoslowakei, der klügste und geschickteste Mann in Genf, der, weil er volkstümlich aussieht und aus einem neuen Lande kommt, als Typus des demokratischen Diplomaten entzückt, aber in Wahrheit der bewundernswerte Metternich des Zeitalters des Parlamentarismus und des Völkerbundes ist. Beweglich begrüßt er den Rumänen Titulescu, dessen kleiner mongolischer Kopf auf erstaunlich breiten und hohen Schultern tanzt und in dessen unaufhörlich zuckenden Zügen scharfe Urteilskraft und unbändige Leidenschaft, Koketterie und Herrschsucht miteinander kämpfen.

Der Saal füllt sich von Minute zu Minute. Auf der Bank Italiens läßt sich neben dem jugendlichen faschistischen Außenminister Grandi der kleine, feine alte Senator Scialoja nieder, der auf das merkwürdigste fast zynische diplomatische Geschmeidigkeit mit ehrlicher juristischer Wissenschaftlichkeit vermählt. Wie Lord Robert Cecil gehört er in diesem Kreise zu den letzten Überlebenden aus der Pariser Völkerbundkommission. Einen dritten Zeitgenossen, den Botschafter Quinones de Leon, der rund, behaglich und pffiffig viele Jahre lang in Versammlung und Rat auf der spanischen Bank Frankreich vertrat, hat die junge Republik

durch ihre neuen Minister und den schöngestigen und geistvollen, in allen Genfer Geschäften bewanderten ehemaligen Sekretariatsbeamten de Madariaga ersetzt. Aber auf der belgischen Bank erinnert noch der Außenminister Hymans, der vortreffliche Präsident der ersten Versammlung, an die Gründungszeit, ein jugendlich lebhafter alter Herr mit weißem Haar und Schnurrbart, lebhaften Augen, lebhafter Geste, elegant in seiner Erscheinung und in seiner Sprache, stark verwachsen mit diesem Hause, das niemand besser kennt als er. Aber es fehlt hier Vandervelde, der während der locarnistischen Flitterwochen eine große Figur der Versammlung war, ein Mann, der, so taub er auch scheinen will, das Gras wachsen hört, und der alte erprobte Pazifist Lafontaine, der in den ersten Versammlungen tapfere Wortesprach und den man dann nur noch auf der Journalistentribüne erblicken konnte, von der er, den Kopf in die Hände gestützt, mit brennenden Augen in den Kongreß hinunterstarrte. Unter den früheren Neutralen, die gerade von Bank zu Bank ein gemeinsames Gespräch beenden, fällt der weiße Kopf des Norwegers Lange auf, einer jener klugen und schönen Köpfe, die an Björnson erinnern und die man Charakterköpfe nennt. Aber an dem Pult, hinter dem er jetzt seinen Platz einnimmt, fehlt der alte und ewig junge Nansen mit seiner frischen sportlichen Gestalt, dem großen prächtigen Schädel und den tiefen Augen, der sagenhafte Held unserer Jugend, in den ersten Jahren der Jungsiegfried des Völkerbundes, bis er sich enttäuscht immer mehr aus der internationalen Politik in die internationale Wohltätigkeit zurückzog. Auch die Bank Schwedens, die immer von wackeren, ehrlichen und klugen Männern besetzt ist, ruft die Erinnerung an einen tapferen Toten wach: hier saß Branting, der alte Ententefreund, aber einer der ersten Verteidiger der unterdrückten deutschen Stämme, ein riesiger Seehundskopf mit blassen Augen und mächtigem Schnauzbart, eine mutige Stimme mit weinerlichem Tonfall. Auf der holländischen Bank

erblicken wir gesinnungstüchtige und geschickte Männer, wie einst den eleganten und etwas südländischen Jonkheer van Karnebeek, dann den fortschrittlichen, milde germanischen Beelaerts van Blokland und den hartnäckigen und unerschrockenen Herrn van Eysinga. Nun nähert sich Bundesrat Motta der Schweizer Bank. Von allen Seiten begrüßt man ihn, und auch auf den Galerien betrachtet man mit Sympathie das klare und freundliche Gesicht des lebhaft und auch wieder ruhig wirkenden Mannes, das Gesicht eines Landes, das gleichzeitig Offenherzigkeit und Finesse, demokratischen Sinn, feine Geistigkeit und maßvolle Freude an festlichem Pathos ausstrahlt. Man spürt, daß dieser Mann vorsichtig ist wie seine aus drei Völkern zusammengesetzte Nation, aber auch so tapfer sein kann wie jedes dieser Völker.

Der Präsident des engen Völkerbundrates, dessen Aufgabe es ist, die weite Nationenversammlung zu eröffnen, betritt die Estrade. Er bleibt vor seinem erhöhten Sitze stehen und wechselt mit dem Generalsekretär noch einige Worte über die Tagesordnung. Und jetzt endlich eilen auch die Lateinamerikaner, die bis zur letzten Minute in eifrigen Verhandlungen den Fernstehenden eine nationale Geschlossenheit vortäuschten, in Wirklichkeit aber noch in aller Eile ihre zahlreichen Gegensätze zu überwinden suchten, an ihre durch den ganzen Saal verstreuten Plätze. Wer kann ihre Züge festhalten? Immer bewegt sich vor San Salvador oder Paraguay oder Venezuela das feiste, glattrasierte Gesicht Kubas, seine scharfe Nase, sein scharfes Kinn, und zuckt in hundert leidenschaftlichen und intelligenten Grimassen. Denn es ist das alte Vorrecht des Herrn Aguerro y Bethancourt, geschickt und erfolgreich die Präsidentenwahl, die Vorstands- und Ausschußwahlen und auch schon die Wahlen in den Rat vorzubereiten. Gleich werden wir ihn auf der Tribüne sehen, wo er in tönender und energischer Sprache den Bericht über die Vollmachten der Delegierten erstattet, um festzustellen, ob alle diese Menschen auf all diesen

Bänken auch tatsächlich und einwandfrei Nationen sind. Indessen aber hat der Ratspräsident auf seinem erhöhten Sitz zwischen dem Generalsekretär und dem Übersetzer Platz genommen. Während die Herren leise ihr Gespräch beenden, suchen auf den Galerien noch einige neugierige Besucher nach exotischen Gestalten, dort nach einem schlanken und geschmeidigen Japaner, einem kleinen, untersetzten Chinesen oder einem dunklen Perser — vornehmen und distinguierten Leuten, die niemand mehr, der seit Jahren in den Saal hinunterblickt, von den Europäern unterscheidet —, aber auch nach dem schönen schwarzen Mann aus Haiti oder den feierlichen schwarzen Männern aus Abessinien mit ihren eleganten schwarzen Umhängen und ihren zerknitterten weißen Hosen, und immer wieder nach dem indischen Maharadscha mit seiner mächtigen, vielfach verschlungenen Tücherkrone und seinen gierig bewunderten Diamanten.

Der Saal ist bis auf den letzten Platz gefüllt, und fast alle Mitgliedstaaten des Bundes sind vertreten. Wir erkennen einige Ministerpräsidenten, viele Minister des Äußeren, zahlreiche ehemalige Minister, Botschafter, Gesandte. Auf allen Bänken entdecken wir berühmte oder bekannte, außerordentlich befähigte, hochintelligente und erfolgreiche Männer. Alle sind Führer ihrer Nation, ob sie nun aus den großen und mächtigen Reichen oder aus kleinen Ländern stammen, ob sie sich in Paris und London oder in Athen, Helsingfors und Lissabon auf das internationale Beisammensein vorbereitet haben. Auf den Pressegalerien grüßen wir ausgezeichnete, kluge und in allen internationalen Problemen geschulte Journalisten. Unter dem Publikum finden wir manchen fortschrittlichen Parteiführer, manchen neuzeitlich gesinnten Diplomaten, berühmte Schriftsteller und angesehene Völkerrechtslehrer. Und in der Diplomatenloge, inmitten der Frauen und Töchter der Minister und der Beamten, sitzt, schwarz gekleidet und

mit regungslosem Gesicht, Frau Woodrow Wilson, die Witwe des Mannes, der dieses Beisammensein gewollt hat und die erste Tagung von all diesen Völkerbundtagungen einberief. Welch einzigartiges Schauspiel! Welch verschwenderischer Aufwand an Ruhm, Begabung, Autorität, Feierlichkeit und Vertrauen!

Der Ratspräsident erhebt sich, und während die großen, blendenden Sonnen für die kinematographische Aufnahme erstrahlen, schlägt sein kleiner Hammer auf das kleine Pult. Tiefes Schweigen herrscht in dem riesigen Saal, auf den gefüllten Bänken, den bis auf den letzten Platz besetzten Galerien. Nur hier und dort knarrt noch eine Türe, raschelt ein Papier. Der Ratspräsident sagt: „Die Tagung der Völkerbundversammlung ist eröffnet.“ Dann hält er seine große Ansprache. Dann prüft die Versammlung die Vollmachten und wählt ihren eigenen Präsidenten. Nun hält auch dieser Präsident seine Ansprache, und hierauf stellt die Versammlung ihr Büro zusammen, setzt ihre sechs Ausschüsse ein, verteilt den Arbeitsstoff, verkündet die Tageszeiten ihrer Beratungen, während bereits ihr eigenes Tageblatt gedruckt ist und ihre Mitgliederliste verteilt wird. Die jährliche Bundesversammlung hat begonnen. In dem riesigen Saal hören wir die ersten Worte eines gemeinsamen Interesses, sehen wir die ersten Gesten eines gemeinsamen Lebens.

Die Nationen sprechen miteinander.

XXVII

DER HAMMER

Der Tag vergeht, andere Tage vergehen, Wochen verrinnen. Und jeden Vormittag und jeden Nachmittag erheben sich in allen Räumen und Sälen die Präsidenten und erklären: „Die Sitzung ist eröffnet.“ Überall halten sie eine kurze Ansprache und sagen: „Der Vertreter von Kanada, von Frankreich, von Norwegen hat das Wort.“ Unermüdlich befehlen sie: „Übersetzung!“ In der Versammlung erhebt sich der Delegierte und schreitet behende durch den großen Saal auf die Tribüne. Im Rat bleibt der Redner zwanglos in seinem tiefen Lehnstuhl sitzen und hebt nur den Kopf etwas feierlicher in die Höhe. Im Ausschuß steht der Sachverständige hinter dem langen Tische auf, schiebt seinen Stuhl zurück, beugt sich vor, legt die Hände auf das Löschpapier und beginnt seine Ansprache. Um den Sprechenden herum stehen die Mitarbeiter und Beamten des Sekretariats, an den Journalistentischen fliegen die Depeschen in die Hände der wartenden Boten, und in den Wandelgängen hüpfen die Mädchen mit den Stenogrammen zu den Schreibmaschinen, von den Schreibmaschinen zurück in die Beratungssäle. Ein großes Fest mit vielen Nebensälen der Unterhaltung. Eine riesige Drehbühne, auf der gleichzeitig die verschiedensten Szenen stehen. Unter einem Dutzend verschiedener Namen, beherrscht von hundert verschiedenen Themen stehen und sitzen die Menschen beieinander und sprechen miteinander,

am Vormittag, am Nachmittag und oft noch nach dem Abendessen, und ihr Bedürfnis nach dem gemeinsamen Gespräch scheint so groß zu sein, daß sie sich zwischen den Sitzungen gegenseitig in den Hotels besuchen, sich miteinander in ihren Salons einsperren, in Gruppen zu Mittag und zu Abend speisen, große Bankette und Empfänge veranstalten, die — fast immer in demselben Hotel, mit demselben Büfett, denselben Kellnern und nur einem anderen Außenminister als Gastgeber an der Tür — wie eine andere Völkerbundversammlung wirken. Dann wieder fahren sie miteinander hinaus in die kleinen Restaurants am See oder drüben in Frankreich. Zuweilen wieder packt sie der Drang, über die eigene Gemeinschaft hinaus die Stimme erschallen zu lassen, und schon am Ende der Sitzung, in der Tür, im Korridor, in der Halle, auf dem Weg zu ihrem Wagen vertrauen sie sich den Journalisten an oder versammeln sie in ihren Hotels oder sind glücklich, wenn sie zu dem Bankett des „Verbandes der beim Völkerbund beglaubigten Presse“ geladen werden und nach der Eisspeise, bei Kaffee und Likör, von neuem zu der ganzen Welt sprechen dürfen.

Nationen sprechen miteinander! Ist das nicht eine großartige und pathetische Sache? Nationen, die Menschen sind, sprechen miteinander. Muß aus solchem Gespräch nicht die dauernde Zusammenarbeit werden, die aus der Organisation und den Methoden allein nicht erwachsen konnte? Menschgewordene Nationen sprechen miteinander, anstatt wie tiergewordene Menschen miteinander zu kämpfen! Hat man ihnen nicht die langen Programme nur deshalb auf den Tisch gelegt, damit sie immer etwas zum Sprechen haben, damit niemals das drückende Schweigen eintritt, das gefährlicher ist als das unvorsichtigste Gespräch? Denn Schweigen ist Silber, Reden ist Gold. Nationen sprechen miteinander! Muß daraus nicht der Völkerbund werden?

Aber wie sprechen sie miteinander? Worüber? Und warum? Denn wenn ihr Gespräch sie zusammenhalten und ihnen die

gemeinsame seelische Struktur geben soll, die einst die kalte Geometrie ihrer Kreise, Halbkreise, Quadrate und Rechtecke ersetzt, dann muß ihre Sprache ehrlich und offen, herzlich und brüderlich sein, dann müssen sie, so sehr sie auch noch um ihre eigenen Vorteile ringen, immer häufiger über ihre große gemeinsame Sache sprechen. Es genügt nicht, daß sie wie Menschen sprechen. Sie müssen wie Menschen sprechen, die sich etwas zu sagen haben, die gerne miteinander reden, für die es nichts Wichtigeres gibt als dieses Gespräch und die sich immer deutlicher darüber Rechenschaft ablegen, daß nicht aus ihrer vereinzelt und selbstsüchtigen Tat, sondern nur aus der gemeinsamen Beratung und Überlegung die Wohlfahrt eines jeden hervorgehen kann: Aus dem gemeinsamen Gespräch muß das gemeinsame Leben werden.

Ist das nicht selbstverständlich, und warum sonst wären sie alle hier, die Ministerpräsidenten, Außenminister, Botschafter und Staatssekretäre?

Wir horchen hinunter auf den geschickten und klugen Präsidenten, der seine im Sekretariat vorbereitete Ansprache an die Versammlung hält, auf den berühmten und erfahrenen Staatsmann, der auf der Tribüne hin und her geht und mit lebhafter Geste sein Thema entwickelt, auf den fleißigen, in seinem Fach erprobten und geschätzten Sachverständigen, der sich im Ausschuß über seine sorgfältig ausgearbeiteten Notizen beugt. Wie sprechen sie? Mein Gott: sind sie alle Franzosen oder Engländer? Nein, dazu sprechen manche von ihnen einen zu merkwürdigen Dialekt. Aber alle sprechen französisch oder englisch! Nur einige Deutsche oder auch einige Österreicher bedienen sich der Muttersprache, haben dann aber keinen Anspruch auf die Übersetzung in das Französische und in das Englische und müssen auf jeden Fall selbst sehen, wie sie mit den zahlreichen Dokumenten fertigwerden wollen, die, wenn man vom Arbeitsamt absieht, ausschließlich in

französischer und englischer Sprache abgefaßt werden und die Grundlage und das Ergebnis des internationalen Gespräches bilden. Ist es denkbar? In diesem Hause aller Nationen sind nur das Französische und das Englische „Amtssprachen“! Nur die Franzosen und ihre belgischen Freunde, nur die Mitglieder des britischen Weltreiches und die zu Konferenzen und Ausschüssen eingeladenen Amerikaner dürfen sich immer und überall in ihrer Muttersprache ausdrücken und die Dokumente des gemeinsamen Gesprächs in der eigenen Sprache niederschreiben und lesen. Alle anderen Nationen müssen in einer fremden Sprache sprechen, in der, wie Goethe seinen Werther in Genf sagen läßt, man niemals „das zarte Gehörige der Gegenwärtigen schnell, lebhaft und eigentümlich ergreift und mit Leichtigkeit ausdrückt“, sondern sich immer „mit schön gestempelten hergebrachten Phrasen bey jeder Gelegenheit behelfen muß“. Man will zwar den dummen Zwang zum Gebrauch der beiden Sprachen, der alle Unterhaltungen in Fesseln legt, der die Auswahl der Delegierten erschwert und das Antlitz der Nationen verschleiern, mit den praktischen Erfordernissen einer internationalen Debatte rechtfertigen. Aber ist es ein Zufall, daß die Sprachen des Völkerbundes die Sprachen der Verträge von Versailles, von Trianon, St. Germain und Neuilly sind? Hätte nicht, wie mancher Vorkämpfer für den Völkerbundgedanken es verlangte, eine einzige Amtssprache, neben der jeder Delegierte seine Muttersprache benutzen könnte, den praktischen Bedürfnissen wirksamer Rechnung getragen als das gegenwärtig herrschende System? Die beiden Amtssprachen erinnern allzu deutlich daran, daß man nicht eine Erleichterung der Debatte, sondern die Beherrschung des Gesprächs durch zwei Mächte und zwei Kulturkreise suchte. Sie erinnern unaufhörlich an die Gründungsgeschichte dieses Hauses, in dem die Nationen sich in brüderlichem Gespräche endgültig zusammenfinden sollen. Wenn wir von der Galerie hinunterhorchen und

unsere Landsleute, die nicht Franzosen, nicht Belgier oder nicht Angelsachsen sind, französisch oder englisch sprechen hören, so fühlen wir es, wie sie es fühlen, daß sie nicht nur dann, wenn gehandelt und beschlossen, sondern auch dann, wenn gesprochen wird, in diesem Kreise nicht vollberechtigt heimisch sind.

Aber liegt es nur an der fremden Sprache, daß wir in den großen Reden der klugen Präsidenten und der erfahrenen Staatsmänner so viel „schön gestempelte hergebrachte Phrasen bey jeder Gelegenheit“ hören müssen? Auf der Versammlungstribüne steht der Franzose und spricht französisch, am Ratstisch sitzt der Engländer und spricht englisch. Warum fließen aus ihrem Munde, der leicht die Muttersprache formt, so unendlich nichtssagende, wenn auch schön klingende Sätze? Auf dem Präsidentensitz der Versammlung erhebt sich der balkanische Staatsmann, der das Französische wie seine Muttersprache beherrscht. Warum bedient er sich in seinem Rückblick auf das letzte Völkerbundjahr der ältesten und plumpesten Redensarten? Ohne Unterbrechung, aufgedunsen und plump, spazieren großartige Worte wie „Menschheit“, „Fortschritt“, „Vertrauen“, „Erfolg“, „Hoffnung“ und „Triumph“ durch die Reden der Delegierten, und nur ab und zu klingt aus den Darlegungen der früheren Neutralen, der Deutschen und Ungarn das bescheidenere Wort „Enttäuschung“. Lange ölige, geschniegelte Deklamationen spreizen sich vor uns, Deklamationen, wie man sie bei einer Ausstellung, auf einem Bankett, bei einer Denkmalsenthüllung hört, Monologe, bei denen die Redner vor dem Spiegel stehen, feierliche und banale Überflüssigkeiten. Natürlich können, wenn die Redner große Künstler sind und ihre Muttersprache benutzen, ihre tönenden Belanglosigkeiten manchmal ein Genuß werden. Dann geraten Saal und Galerie in Verzückung und klatschen begeisterten Beifall. Aber was empfinden wir, wenn wir bezaubert und applaudierend dasitzen? Fühlen wir, wie eine Nation zu anderen Nationen sprach? Wir bewundern einen

Künstler, der gut spricht und gut spielt, und beglückwünschen höchstens eine Nation dazu, daß sie über gute Redner verfügt, die ihr einen angenehmen Erfolg auf dem Gebiete der Redekunst und vielleicht auch auf dem Gebiete ihrer Politik sichern können. Aber so losgelöst von dem Zweck des Gespräches erscheinen uns diese Reden, daß wir die Nation des Redners zunächst völlig übersehen, und zwar nicht, weil der Mann so international spricht, sondern weil er so schön spricht, und daß wir auch den Sinn dieses Beisammenseins vergessen, das keine künstlerische und keine gesellschaftliche, sondern eine moralische Angelegenheit ist.

Worüber sprechen sie? Ach, hört hin: Jedesmal, wenn sie kunstvoll und eintönig ihre Gemeinplätze aneinanderreihen, sprechen sie vom Völkerbund! Das Wort Völkerbund ist ein Wort, das sie nicht anders aussprechen können als in Verbindung mit Gemeinplätzen. Sie sind klug, scharfsinnig und kenntnisreich, aber sobald sie das Wort Völkerbund im Munde führen, vergessen sie ihre Gaben, vergessen sie ihre Persönlichkeit, vergessen sie ihr Wissen und werden gute oder schlechte Schauspieler. Verwundert hören wir ihre schwülstigen Banalitäten. Haben all diese gescheiterten Männer einander nichts zu sagen, sobald sie von der ernsthaftesten Angelegenheit der Menschheit sprechen? Verzweifelt horchen wir hinunter und warten oft tagelang vergeblich auf ein tiefes oder ehrliches Wort, sehnen uns fast immer vergeblich nach einem erschütternden oder neuen Gedanken, der endlich aus der Wirklichkeit heraufströmt, die drüben in allen Völkern das tägliche Leben eines jeden Menschen erfüllt. Schöne und leere Worte nach den Gesetzen der französischen und englischen Syntax: ist das die Sprache der Nationen, deren Gesichter wir hier sehen, die dritte, die eigentliche Amtssprache des Völkerbundes?

Man will uns beschwichtigen und uns das Geheimnis erklären. Vergeßt nicht, so sagt uns ein wohlwollender Nachbar auf der Galerie, daß dieser Kongreß und daß viele andere Beratungen sich in

voller Öffentlichkeit abspielen! Welch gewaltiger Fortschritt, der natürlich besondere Vorsicht erfordert! Lieber Freund, wir vergessen es nicht und beglückwünschen gerne die Redner dazu, daß sie ihre Gedanken öffentlich vorzutragen wagen. Aber wir denken auch nicht daran, die Öffentlichkeit der Verhandlungen als den Zweck dieser Zusammenkunft zu betrachten, wie es uns auch nicht einfällt, den Delegierten einen Vorwurf daraus zu machen, wenn sie heikle und schwierige Fragen, die an die Empfindlichkeit der Menschen und der Völker rühren und die nur durch behutsame Vorverhandlungen zu einem glücklichen Ende gelangen können, in geheimen Ratssitzungen und in verschwiegenen Sonderverhandlungen prüfen und regeln. Aber wir erwarten von ihnen, daß alles, was sie uns öffentlich sagen, wertvoll genug ist, um öffentlich gesagt zu werden, daß sie in der großen Versammlungshalle, in die wir zugelassen sind, nicht nur gesellschaftliche Höflichkeiten miteinander austauschen oder nur Gespräche miteinander führen, die für die Öffentlichkeit berechnet und vorbereitet sind, aber die wahren Beziehungen der Nationen nicht erkennen lassen. Wir müssen von ihnen verlangen, daß sie uns die Wahrheit sagen und uns nicht irreführen. Wenn sie öffentlich sprechen, muß der Grundsatz der Öffentlichkeit ihren Gesprächen nützen. Zwingt die Öffentlichkeit sie jedoch dazu, ihr Gespräch zu verflachen, es nicht weiterzubilden, nicht alle Möglichkeiten aus dem großartigen Beisammensein herauszuholen, ja, dann wäre es uns unendlich lieber, wenn sie uns von ihren Beratungen ausschließen wollten, wenn die Geheimsitzung zur Regel und die öffentliche Sitzung zur Ausnahme würde, damit in den selteneren öffentlichen Zusammenkünften die im geheimen vorbereitete Solidarität der Nationen unzweideutig und überzeugend zum Ausdruck kommen kann. Warum aber, lieber Nachbar, so dürfen wir fragen, muß überhaupt die Öffentlichkeit, die ja ohnehin in vielen Fällen ausgeschlossen wird, die Redner in den an-

deren Fällen unter den Zwang der Verflachung und der feigen Vorsicht stellen? Was fürchtet man? Die Ohren der Völker sind nicht schüchtern, ihre Augen sind nicht furchtsam. Sie sind nicht verwöhnt worden, weder durch die früheren Jahrhunderte noch durch dieses Zeitalter. Die Nationen haben den öffentlichen Krieg erlebt. Sie werden jede Art des öffentlichen Friedens ertragen. Drum:

Aber horcht! Verflattern nicht zuweilen die Feierlichkeiten und Zweideutigkeiten der Schönredner, und zieht dann nicht ein tief menschlicher Ton durch das konventionelle Gespräch? Ein scharfer Klang zerreißt plötzlich die harmonische Melodie, die uns be rauschte oder uns einschlferte. Eine zornige Geste tritt an die Stelle der einstudierten Pose. Schmerzliche oder drohende Worte fallen in den Saal, und aus schön gestempelten, hergebrachten Phrasen werden unverhüllte und rücksichtslose Bekenntnisse. Aber wie selten erleben wir dieses Erwachen der Nationen, und wie selten dürfen wir uns dazu beglückwünschen! Wenn der Franzose Noblesse in der dunklen Zeit der Vlkerbundanfnge mit warmherzigen Worten die im Kriege gefallenen deutschen und französischen Soldaten brüderlich ehrt, wenn Bundesrat Motta tapfere Worte über Deutschland spricht, wenn Lord Robert Cecil in der Ratssitzung über Korfu feierlich dem italienischen Delegierten Salandra den Artikel 16 des Paktes vorliest, so ahnen wir, daß ein Nationengespräch möglich sein könnte. Auch wenn Gustav Stresemann, schon vom Tode gezeichnet, zum letztenmal auf der Versammlungstribüne steht, plötzlich sein Manuskript niederlegt und in freier stürmischer, aufwhlender Rede sein Vertrauen in den europäischen Nationenbund bekennt, darf man fühlen, daß ein ehrlicher Ruf an alle Herzen pochen will. Aber wenn Briand ein Jahr später auf einem Pressebankett mit gewaltig hinreißenden Worten den Geist des toten Stresemann auf die Bankettafel heraufbeschwört, so weiß man, sobald man sich die

Träne der Rührung aus dem Auge gewischt hat, daß er vor allem den Nachfolger Dr. Curtius ärgern wollte.

Ja, fast immer, wenn die Nationen wie richtige Menschen plötzlich aus sich herausgehen und ehrlich und klar werden, ist es ihnen nicht darum zu tun, das gemeinsame Gespräch zu fördern, sondern ihre eigenen Wünsche oder Leidenschaften auszusprechen. Der Franzose Viviani unterbricht hemmungslos den Schweizer Motta, weil *er* Deutschland nicht im Völkerbund sehen will. Der Tscheche Osusky spricht böse, aufrichtige Worte über Ungarn. Der Ungar Graf Apponyi wendet sich mit ehrlichem Feuer gegen die Kleine Entente. Der Litauer Galvanauskas schlägt tobend auf den Tisch, weil ihm der Minderheitenschutz lästig ist. Der Deutsche Stresemann schlägt ebenfalls in unverhüllter Erregung auf den Tisch, weil er seine abgesprengten Landsleute gegen Polen verteidigen muß. Der Japaner Adatci erhebt sich erregt im Versammlungsausschuß, der über das Genfer Protokoll berät, und droht, das ganze Werk zu vernichten, weil Artikel 11 Konflikte, die aus der japanischen Einwanderung in Amerika erwachsen können, von der friedlichen Regelung ausschließt. Der Franzose Briand geht aufgeregt auf der Versammlungstribüne hin und her und spricht in drohender Weise auf die deutsche Delegation ein, weil ihm die Abrüstungsthese des Reichskanzlers Müller nicht gefällt. Der kleine spanische Legationsrat Quer Boule, den seine entrüstete Regierung, als sie sich zum Austritt entschloß, an den Ratstisch sandte, spricht mit rührender, leiser Stimme tragische Abschiedsworte. Mello Franco, der Brasilianer, schleudert sein Veto in heftiger Geste von der Tribüne der Versammlung hernieder. Der Belgier Vandervelde, dessen Antrag auf Wiederwählbarkeit Belgiens in den Rat abgelehnt wird, hält eine fast ergreifende Ansprache, durch die tiefe Aufrichtigkeit und edle Schwermut hindurchklingen. Und selbst in der Opiumkonferenz zerreißt plötzlich ein aus der Tiefe

kommendes Wort die Debatte, als ein Chinese einen Engländer verblüffend mutig anschreit. Wir beugen uns über die Galerie, blicken und horchen auf die menschlichen Nationen hinunter. Aber warum zittert nicht ihre Stimme wehmütig oder zornig, wenn sie vom Völkerbund sprechen! Warum schlagen sie nicht mit der Faust auf den Tisch, um ihren Kummer oder ihren Groll darüber auszudrücken, daß ihr Werk noch so unendlich weit von der Erfüllung des Völkerbundgedankens entfernt ist! Warum verkünden sie immer nur ihren Austritt aus der Organisation, weil sie mit dem Schicksal ihres Landes unzufrieden sind, und seit dem Fortgang der argentinischen Delegation nicht mehr ein einziges Mal, weil sie mit der Behandlung der Völkergemeinschaft unzufrieden wären. Wenn sie ehrlich, traurig, zornig oder offensprechen, denken die Menschen, die Nationen sind, fast immer nur an ihr Land, manchmal sogar nur an ihre eigene Person, an die Wirkung ihrer Kundgebungen im heimischen Parlament, in der heimischen Öffentlichkeit und Presse. Wie aber sollen die Nationen zusammen kommen, wenn sie für das große internationale Gespräch die niedrigsten Formen aus dem menschlichen Gespräch übernehmen: die konventionelle Phrase und das ewige Sprechen von sich selbst?

Aber was tut's? Geduld! Denn jetzt besteigt, da die Tagung allmählich ihrem Ende entgegengeht, der Berichterstatter des ersten Versammlungsausschusses die Tribüne. Gleich wird die Versammlung eine gemeinsame Entschliebung annehmen. Dann wird ein anderer Berichterstatter auf der Tribüne stehen, und man wird eine andere gemeinsame Entschliebung annehmen, und überall im Rat und in den Ausschüssen wird man Berichte verlesen und gemeinsame Entschliebungen verkünden. Sind wir nicht zu kleinmütig gewesen? Jetzt erst vollzieht sich das Ereignis, auf das wir warteten. Jetzt erst kann sich die Hoffnung erfüllen, die

uns in die Beratungssäle lockte. Das Gespräch ist ein Versteckspiel oder ein Kampf, solange es dauert. Was jede Nation im Laufe des Gespräches sagt, ist unwichtig. Nicht auf die Sprache der einzelnen Nation kommt es an, sondern auf den großen Schlußsatz, den sie gemeinsam sprechen, nicht auf das vorbereitende Beisammensein, sondern auf das abschließende Auseinandergehen. Jeder sagt — nicht wahr? —, was er zu sagen hat, und sagt es so, wie er es sagen muß. Aber wenn die Nationen tagelang, wochenlang ihre nationalen Monologe allzu vorsichtig oder allzu aufrichtig nebeneinander hergesprochen haben, wird zum Schluß alles, was über dem Einzelinteresse steht, alles, was über der Ungerechtigkeit und der Gier des Einzelnen steht, sich in dem gemeinsamen Chor der Vernunft und des Mutes zusammenschließen.

Der Berichterstatter steht auf der Tribüne und verliest seinen Bericht. „In Erwägung der Tatsache, daß“, so sagt er. „In Anbetracht dessen, daß“, so liest er. „In Anerkennung des Umstandes, daß“, so erklärt er. Fürchterliche verschwommene Sätze winden sich aus ihm heraus, peiniger als alles, was wir bis jetzt gehört haben, setzen zuweilen neben jeden Hauptsatz einen Nebensatz, der ihn einschränkt, schenken manchmal jeder Wendung die Möglichkeit dreifacher Auslegung, über die jede Delegation ihrer Presse eine verschiedene Version mitteilen kann, über die jeder Delegationsjurist sich siegreich die Hände reibt, und der Bericht endet fast immer mit Anregungen, Empfehlungen, Wünschen, in denen nichts steht und deren Bedeutungslosigkeit das Publikum nur deshalb überhört, weil so großartig lärmende Erwägungen dem leeren, stillen Schlußsatz vorausgingen. Die Welt bricht zusammen in der furchtbarsten Finanz- und Weltwirtschaftskrise. Der Präsident hebt den Hammer, denn zahlreiche Entschließungen über die wirtschaftliche Tätigkeit der Völkerbundversammlung sind anzunehmen:

Die Versammlung „stellt fest..., so rauscht es an uns vorüber,

daß der normale Güteraustausch unter den Nationen durch die ständigen Veränderungen der Zolltarife und im allgemeinen durch den Mangel an Stabilität in der Handelspolitik ernsthaft gehemmt wird...“ — In der „Erwägung“, so heißt es weiter, daß ein Unterausschuß des Studienausschusses für eine europäische Union „der Ansicht ist, daß die Ungleichheit der Tarife die Bemühungen zur Stabilisierung der Währung und zur Kreditorganisation erschwert“... — beschließt die Versammlung was? — Achtung! Hört zu, ihr alle, im Saal, auf den Publikumstribünen, auf der Pressegalerie: Sie „richtet einen dringenden *Appell an alle Nationen*...“, damit sie alles, was in ihrer Macht liegt, tun, um eine Veränderung in der Tarif- und in der Handelspolitik zu vermeiden, u. s. w.

„In der Erwägung“, so stolpert es uns in die Ohren, „daß eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit eine der wesentlichen Voraussetzungen zur Milderung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist, in Erwägung, daß der Bericht des Unterkomitees der Sachverständigen die Mittel zur Erreichung dieses Zieles angibt, in Anerkennung der Tatsache, daß der Ernst der Krise und die Not der kommenden Monate eine beschleunigte Anwendung aller nützlichen und für ihre Besserung geeigneten Maßnahmen erfordert, nimmt die Versammlung Kenntnis von der Entschließung des Studienausschusses für eine europäische Union, die europäischen Regierungen einzuladen, möglichst vor dem 1. Januar 1932 ihre Bemerkungen zu dem genannten Bericht einzureichen...“ Was geschieht mit diesen Erwägungen und Entschließungen der Unterkomitees und Studienausschüsse über den „Ernst“ und die „Not der Zeit“? Merkt auf, ihr alle im Saal, auf den Tribünen und Galerien! Die Versammlung *empfiehlt* diesen Bericht der Aufmerksamkeit *aller Regierungen*.

Was heißt das? Hören wir recht? An die *Nationen* wird ein Appell gerichtet von den in Genf versammelten Nationen? Die

Regierungen werden um ihre Aufmerksamkeit ersucht von den in Genf versammelten Regierungen? Machen die Nationen und Regierungen sich über uns und über sich selber lustig? Sitzen sie nicht da? Sprechen sie nicht miteinander? Ist es möglich! Am Schluß ihrer langen Unterhaltung fällt ihnen nichts anderes ein, als daß sie an sich selbst einen Appell richten, ihre eigene Aufmerksamkeit auf irgend etwas lenken? Sie reden, reden und reden, und in den verwickelten Sätzen, die das Ergebnis ihres Geredes enthalten, sagen sie schließlich: Wir Nationen und wir Regierungen werden uns Regierungen und uns Nationen, die wir hier sitzen, oder die andern Nationen und Regierungen, die neben uns sitzen, auf dies und das aufmerksam machen. Ist das die Sprache, die uns erheben wird über die Taten der letzten zwölf Jahre? Der Präsident läßt den Hammer auf den Tisch fallen. Die Entschlüsse sind angenommen.

Noch einmal aber horchen wir auf. Das Wort China wird ausgesprochen. Wir beugen uns über die Brüstung, legen die Hand an die Ohren: „Die Versammlung vertraut darauf, daß die Verkehrsorganisation keine Anstrengung unterlassen wird, um den vollen Erfolg der Zusammenarbeit zwischen ihr und der chinesischen Nationalregierung in bezug auf die Prüfung der Frage der öffentlichen Arbeiten zu sichern...“ Der Präsident läßt den Hammer fallen. Das Wort China ertönt von neuem. Wir hören, daß in dem unglücklichen Lande „Verluste an Menschenleben“ zu beklagen sind, daß eine „furchtbare Katastrophe“ die Bevölkerung heimsucht und daß sich infolgedessen „gleichzeitig ein humanitäres Problem von größter Bedeutung und eine Frage von internationalem Interesse erhebt“. Worum handelt es sich? Schon einmal am Beginn der Tagung, als im fernen Osten noch äußerlich Ruhe herrschte, hörten wir ähnliche Worte. Damals galten sie der Überschwemmungskatastrophe im Tal des Jang-tse-kiang. Heute, nachdem China den Völkerbund gegen Japan um Hilfe gerufen

hat, werden diese Worte sicher einen schrecklicheren Inhalt haben, muß die „Frage von Internationalem Interesse“ die große Frage des Völkerbundes sein. Die Sätze zappeln an uns vorüber: Nein, das Nationengespräch ist auch heute noch nicht weitergedrungen. Wieder fällt der Hammer. Keine andere Entschliebung über China wird im Verlauf dieser Versammlung angenommen. Ist das die Sprache der Nationen? Die Genfer Organisation kann nichts unternehmen, um die Wirtschaftskrise zu bannen, um den Frieden und die Gerechtigkeit im Fernen Osten zu wahren. Wir ahnten es. Aber will die deutsche Nation, will die französische, die englische, die holländische, will die schweizerische Nation, wenn sie den Mißerfolg des gemeinsamen Werkes feststellt, eine solche Sprache hören? Oder muß nicht vielmehr, wenn das Genfer Gespräch uns weiterführen soll als die Genfer Tat, volle Ehrlichkeit und kluge Selbstkritik das letzte Wort sein? Kann nicht dadurch allein das große und tiefe Unglück abgewendet werden, das bisher auf der internationalen Zusammenarbeit ruht? Aber horcht hinunter. Wer sagt, daß die Nationen unglücklich sind? Immer wieder geht der Hammer des Präsidenten nieder, und immer wieder werden Entschliebungen angenommen, die in vergnügtester Weise das Nationengespräch zusammenfassen, erfreuliche Feststellungen, in denen die Menschen dort unten einander in mancherlei Erwägungen, Anerkennungen und Betrachtungen ihre volle Zufriedenheit bestätigen:

„Die Versammlung ist glücklich ...“, so tönt es. Glücklich worüber? Glücklich darüber, daß die Bestrebungen des Internationalen Ausschusses für geistige Zusammenarbeit „immer mehr in der Jugend die Kenntnis des Völkerbundes und das gegenwärtige Verständnis der Völker vorbereiten will“.

„Die Versammlung beglückwünscht sich...“ Wozu? Dazu, daß eine Zusammenarbeit unter den Behörden für den Schutz des Urheberrechts ins Auge gefaßt wird.

„Die Versammlung nimmt mit Befriedigung Kenntnis...“ Wovon? Davon, daß neue Arbeiten im Ausschuß für geistige Zusammenarbeit „zur Verteidigung der Kultur und der Zivilisation“ unternommen werden.

„Die Versammlung beglückwünscht sich zu den erzielten Ergebnissen...“, nämlich in der Tätigkeit des Verwaltungsrats des Internationalen Instituts für Erziehungskino...

„Sie ist glücklich, festzustellen...“ Was? Die Fortschritte im Abbau der Zollgrenzen... für die Erziehungsfilme.

„Sie spricht ihre Befriedigung aus über die...“, über die „immer mehr befriedigende Entwicklung“ der Internationalen Zeitschrift für Erziehungskino.

Und jetzt überschlägt sich die Versammlung vor Freude. Sie ist „glücklich“ und „befriedigt“ zugleich: sie spricht ihre „glückliche Befriedigung“ darüber aus, daß in San Domingo ein Denkmal für Columbus errichtet worden ist, „der die Erdkugel vervollständigt hat“.

Ist das die Sprache der Nationen? Ist es nur die Einstimmigkeitsklausel, wie uns der wohlwollende Nachbar schnell erklären will, die alle die Menschen dort unten, die Nationen sind, zu solch verworrenen, törichten und verlogenen Abschlüssen des Nationengesprächs zwingt? Herr Nachbar! Niemand kann durch die härtesten Klauseln gezwungen werden, sinnlose oder komische Sätze über kleine und nebensächliche Angelegenheiten zu unterschreiben. Während die Welt in ihrem Elend nach klugen Erkenntnissen und energischen Hilfsaktionen hungert. Kein Paktartikel und kein Paragraph der Geschäftsordnung fordert die Delegierten da unten auf, einer Kundgebung für das chinesische Überschwemmungsgebiet und für Verkehrsstudien in China zuzustimmen und gleichzeitig über den inzwischen ausgebrochenen japanisch-chinesischen Konflikt zu schweigen. Nein, die Sprache, die wir hören, ist die jahrhundertalte Sprache, die wir auch ohne Einstimmigkeitsklausel

immer gehört haben. Es ist die Sprache, die Wilson den Vertretern der Nationen abgewöhnen wollte, die sie aber in seinen Pakt hineingeschuggelt haben, eine Sprache, die sie in zwölf Jahren der gemeinsamen Unterhaltung nicht verlernten und nicht korrigierten, die sie vielmehr Jahr für Jahr von Versammlung zu Versammlung, von Rat zu Rat, von Konferenz zu Konferenz liebevoll gepflegt und allmählich zu unübertrefflicher Vollkommenheit gebracht haben. Es ist die dunkle und unklare Sprache des Artikels 8 und der Friedensartikel des Paktes, es ist die empörende und verlogene Sprache, die wir auf unserer Fahrt im Artikel 22 des Pakts, dem Artikel über die Kolonialmandate, entdeckten, um entrüstet festzustellen, daß der Kampf um den Völkerbund in Wahrheit der Kampf gegen die Sprache dieses Artikels ist.

Aber still! Der Präsident hebt den Hammer, eine neue EntschlieÙung ist anzunehmen:

„Die Versammlung spricht von neuem ihr Vertrauen aus...“

„Die Versammlung beglückwünscht sich zu dem aufbauenden Werk...“

Was entzückt diesmal die Versammlung? Die Mandatkommission, die Mandatmächte, der Rat und die Ausführung des Artikels 22 begeistern sie. Hört:

„Die Versammlung spricht wie in den Vorjahren die Hoffnung aus, daß dank der Weiterführung der gemeinsam von den Mandatmächten, dem Rate und dem Ständigen Mandatausschuß entfalteten Bemühungen die Mandateinrichtung weiterhin *die Verwirklichung des im Artikel 22 verkündeten Kulturideals sichern wird.*“

Das im Artikel 22 verkündete „Kulturideal“! Träumen wir? Zwölf Jahre nach Versailles ist der Kampf gegen diese Sprache noch nicht ausgebrochen! Diese Sprache wird verherrlicht? Diese Sprache, die der Tod des Völkerbundes ist, soll die Sprache aller Nationen sein? Der Hammer des Präsidenten saust nieder. Diese

Sprache ist einstimmig angenommen. Und eine deutsche Delegation sitzt im Saal...

Nein, noch sprechen die Nationen nicht miteinander. Nur einen Augenblick lang waren alle diese Menschen, die Nationen sein wollen, der Völkerbund, nur in den kurzen Augenblicken, in dem sie in seinem Vorzimmer standen, ineinandergedrängt und ineinandergeschmiegt, kaum einen Namen, kaum eine Nationalität, kaum ein Gesicht trugen, aber hundert Möglichkeiten in ihren Händen hielten. Dann wurden sie Figuren in der großen Struktur, zeigten das Antlitz von Menschen, waren das Symbol von Völkern. Aber sobald sie zu sprechen anfangen, waren sie das, was sie immer waren, die Diplomaten und Berufspolitiker aller Zeiten, und betrieben ihr altes Geschäft mit einigen neuen Regeln und neuen Methoden, aber ohne über ihre Regeln und Methoden einen neuen Gedanken zu stellen. Ihre Tagesordnung wurde ihnen nicht einmal der Anlaß für ein wirkliches Nationengespräch. Sie nahmen sie ernst, taten so, als sei sie die einzig wichtige Angelegenheit, benutzten sie, um über die tieferen Dinge zu schweigen. Und sie zogen sich schließlich nur deshalb in ihre Hotelzimmer, in ihre Geheimsitzungen, in ihre Bankette oder ihre abgelegenen Restaurants zurück, weil sie für die nach ihrer Meinung wirklich ernsten Dinge, die das Schicksal ihrer Nation unmittelbar berühren, das Nationengespräch nicht brauchen können, sondern ihnen die alte, unmittelbare Besprechung zwischen den einzelnen Interessierten über einzelne Sonderfragen nützlicher erschien. Ja, schon scheint es, als wenn ihnen der Zeitpunkt und der Ort des organisierten Gespräches nicht einmal mehr erwünscht ist als Gelegenheit für ihre Sondergespräche, als wenn die Völkerbundorganisation sie stört und als wenn sie es vorziehen, in Paris, in London, in Rom und Berlin, in kleinem Kreise und aller Heimlichkeit, wie auf den alten Kongressen und Konferenzen über ihre Sorgen zu

reden. Sie sind wieder bei den Methoden angelangt, die vielleicht zweckmäßig sind, um augenblickliche Schwierigkeiten zu beheben, die aber niemals eine gesicherte Zukunft vorbereitet, niemals den Krieg verhindert haben. Wenn aber die Genfer Organisation und ihre Methoden, die keinen Völkerbund schaffen, nicht einmal das Gespräch über den Völkerbund bringen sollen: was dann?

Der Versammlungspräsident hebt den Hammer. In allen Sälen des Hottopschen Hauses und seiner Filialen heben die Präsidenten den Hammer. Sie halten herrliche Schlußansprachen, die erfüllt sind von Befriedigung und Vertrauen in die Zukunft. Wenn sie fertig sind, werden sie den Hammer niedersausen lassen und sagen: „Die Tagung ist beendet.“ — Um Himmels willen! so möchten wir ihnen zurufen. Schließt nicht die Tagung! Eröffnet sie! Stellt einen einzigen Punkt auf die Tagesordnung eurer Beratungen in der Versammlung und im Rat, der Abrüstungskonferenz und aller Ausschüsse. Und nennt ihn: „Gründung eines Völkerbundes.“ Ja! Versucht es einmal! Denn der Rahmen für den Versuch ist da. Die Stadt ist da, und sie ist geeigneter als Paris. Das „Wahlgebäude“, die Reformationshalle, der Glassaal des Rates und das neue Gebäude für die Abrüstungskonferenz stehen bereit, und sie alle sind geeigneter als der Spiegelsaal in Versailles. Zahlreiche Dokumente warten darauf, daß sie korrigiert werden: der Pakt mit seinen 26 Artikeln, die Friedensverträge mit ihren Hunderten von Artikeln. Zahllose wichtige Aktenstücke stehen in der Bibliothek, die schönsten im ganzen Hause, aus denen ihr Anregungen schöpfen könnt und die man in Paris und Versailles nicht kannte oder vergessen hatte: die erschütternden Programme von Dubois bis Kant und von Kant bis Wilson warten auf euch. Und ihr selbst seid da, tüchtige, kluge und fleißige Männer, große Staatsminister, gewandte Diplomaten, erprobte Sachverständige.

Und die Völker sind da, die euch allmählich mißtrauen, die eine Tat sehen wollen, die euch ihre Wunden zeigen, Wunden des furchtbaren Krieges, Wunden des furchtbaren Friedens. Und vor allem: Eure Erfahrung ist das, die Erfahrung, die euch in zwölf bitteren Jahren gelehrt hat, daß es so nicht geht, wie man es in Paris machen wollte, die euch gezeigt hat, wie man es machen kann. Eröffnet die Tagung! Betrügt euch nicht selbst! Betrügt nicht die Völker! Bleibt ihr noch lange, wie ihr seid, so wird in den Nationen jede Hoffnung auf die Verwirklichung des Gedankens ersticken. Warum will kein Völkerbund werden? Weil eure Organisation an der Stelle steht, an der ein Völkerbund stehen sollte. Ihr scheucht die alten Propheten zurück. Seitdem ihr da seid, ist kein Völkerbundprogramm mehr entstanden! Und trotzdem: Ihr dürft nicht einfach verschwinden! Denn geht euer Werk völlig zugrunde, so werden alle Feinde des großen Gedankens triumphierend ausrufen, daß nun endgültig die Unmöglichkeit eines Völkerbundes erwiesen sei, und auch seine Freunde werden ihn wieder nur als eine Utopie betrachten. Gebt acht! Wenn der erste Verwirklichungsversuch am Ende eines sechshundertjährigen Sehnsens zusammenbricht, bevor die neuen Grundlagen zu dem wahren Völkerbund gelegt werden konnten, sind wir zurückgeworfen um sechshundert Jahre, zurück hinter Wilson, hinter Kant und Du-Bois, und kein großer Herrscher, der sich die Sache der Völker in einem Weltkrieg zu eigen macht, wird uns mehr helfen. Die Sache der Völker ist eure Sache. Eröffnet die Tagung!

In der Hand des Präsidenten schwebt der Hammer. Er saust nieder. Die Tagung ist beendet.

XXVIII

DIE FRAU AM BAHNÜBERGANG

Wir haben unseren Abschiedsbesuch im Sekretariat gemacht, uns vor den hohen Beamten verneigt, Herrn Hottop die Hand geschüttelt, noch einmal dem Negermädchen in das runde Auge gesehen und einen letzten Blick auf die Gedenktafel für den Präsidenten Wilson geworfen, die man, so träumen wir, vielleicht eines Tages durch ein Sühnedenkmal im Garten des neuen Palastes ersetzen wird, — ähnlich dem Denkstein in Champel, der an den Irrtum des großen Calvin erinnert. Jetzt gehen wir den Quai hinunter, an den weißen Balustraden und an dem schimmernden See entlang. Bald wird die Biese seine Fluten aufpeitschen und dichter Nebel seinen Spiegel verhüllen und Hottops Haus grau und böse von der Festung Calvins trennen. Ein Fest ist ver-rauscht, ein Völkerbundjahr in den Schoß der Zeiten eingekehrt.

In unserem Hotel sieht es still aus und traurig. Die Koffer und Kisten der Delegation sind bereits aus den Hintertüren in die Lastautomobile hinuntergepurzelt. Hier und dort auf den jetzt unfreundlichen und unordentlichen Korridoren erzählt noch eine Schreibmaschine, ein Aktenpaket von letzter eiliger Arbeit, während nebenan die kaum erlöste Sekretärin vor dem Schreibtisch, der beinahe wieder Toilettentisch geworden ist, den Reisehut in die blonde Frisur nestelt. Die Amtsdienner, im Herzen halb schon zu Hause, schlüpfen noch einmal hastig durch die ausgeräumten

Salons, die eben noch Ministerium spielten. Unten im Hotelbüro bezahlt der elegante Delegationssekretär diskret und kühl die Rechnung.

Nun erhebt sich in der Halle der Minister aus dem großen Lehnstuhl in der verschwiegenen Ecke, in der er das letzte politische Gespräch mit dem Kollegen vom Hotel gegenüber geführt hat, geleitet, noch einmal als Hausherr, den Gast an die Tür, kehrt ein paar Schritte in das Vestibül zurück, schüttelt links und rechts freundschaftlich und befreit die Hände, schlüpft lässig in Hut und Mantel, als ginge es einem Spaziergang zu, schreitet grüßend und lächelnd unter der Fahne, die man in wenigen Minuten einziehen wird, an den Verbeugungen des Hauspersonals vorbei. Jetzt lehnt er sich still in seinen Kraftwagen zurück. Die Luft ist leicht und die Nachmittagssonne freundlich und mild, die Straße gleichgültig und längst im Alltag ertränkt. Auf dem kurzen Weg vom Hotel zum Bahnhof entschwindet langsam die Spannung der letzten Tage. Schon ist man fern, schon versinkt Genf. Aber noch einmal am Bahnsteig, in dem Getümmel der lärmenden Halle, in dem Durcheinander der Reisenden, neben den kleinen Wägelchen mit Zigarren, Schokolade, Apfelsinen und Zeitungen, erwacht der seltsame Traum. Vor den Wagentüren harren die mitreisenden Delegationsmitglieder, die Vereine und der Konsul, harren das Mädchen mit dem Blumenstrauß und der Geheimpolizist. An der plappernden Gruppe vorbei hasten die Kollegen der anderen Länder anderen Wagen entgegen, mit schnellem Gruß und lebenswürdigem Abschiedswort. Dann wird es still mitten in dem Bahnhofslärm. Jetzt ist jeder noch einmal mit den Seinen zusammen. Die Journalisten und die Photographen haschen nach letztem Ausdruck und letzter Bedeutung. Das gleichgültige Wort und das übertriebene Lachen, mit dem man vergeblich die Verlegenheitsminuten vor der Abfahrt auszufüllen trachtet, fliegen hin und her. Bald haben sich die Heimkehrenden in ihrem Abteileingerich-

tet und, indem sie den Hut in das Netz legen, Besitz ergriffen von dem fahrenden Heim und sich getrennt von der merkwürdigen Welt, in der sie wochenlang zu Hause waren.

Wo waren sie? Von dem hochgelegenen Bahnsteig fliegt der Blick hinunter in die breite, feierliche Ankunftsstraße, an deren Ende das freundliche Gewimmel der Schiffe und die steinerne Masse des Salève-Berges grüßt. Unten fahren die Trambahnen und Autos hin und her, die Leute überqueren den Fahrdamm und treten in die Läden ein, und die Fahnen der schweizerischen Kantone und Halbkantone sind längst eingezogen. Denn auch Schützenfest, Automobilausstellung und internationales Pferderennen sind vorüber. Wir stehen hinter den halb niedergelassenen Fensterscheiben, horchen zerstreut auf die leeren Abschiedsgespräche und blicken in die bei aller Lebendigkeit jetzt leere Stadt mit dem leeren See und den leeren Bergen. Nur noch wenige Minuten, und der Zug wird abfahren. Aber dort unten rechts, unsichtbar für uns, liegt noch das Hotel des Bergues, mit der großen blaugrauen Festhalle, mit den tausenden Fracks und Abendtoiletten. Dort links, an der anderen Ecke, liegt das Hotel Beau-Rivage mit dem kleinen Salon, in dem die Ministerkonferenzen abgehalten wurden. Dort drüben hinter dem englischen Garten breitet sich das Hotel Metropole, über dem eben noch die deutsche Reichsfahne wehte. Alles ist da, und alles bleibt zurück. Die Reformationshalle, das Wahlgebäude und unten am See mit seinem vielfältigen und verwickelten Leben das Hotel National, in dem wir vom Zimmer des Generalsekretärs bis in die Dachstube der Näherin dem Wirken und Werden eines Gedankens nachgegangen sind, alles ist da, alles bleibt zurück. Zurück bleiben das große Gebäude der Abrüstungskonferenz, der wachsende neue Völkerbundpalast, die Kathedrale über der Altstadt, die kleinen Stadtrestaurants, die verschwiegene Gasthäuser am Ufer des Sees und die Villen und Gärten, in denen Rousseau, Goethe, Byron und Lamartine weilten.

Sie stehen da und beginnen nun, langsam davonzugleiten und sich zurückzuziehen in eine sanfte farbige Erinnerung. Ein glänzendes, leicht verschleiertes, blaugoldenes Licht schwebt noch einmal über dieser Welt, das blaugoldene Licht dieses unvergleichlichen Sees, der nun plötzlich unter uns dahinzieht, hinter den eilig fliehenden grünen Weinbergen und vor dem unbeweglichen Hintergrund der großartigen Gebirge.

Wo waren wir? Der Abend fällt herein, vor den Fenstern unseres Abteils schließen sich die Vorhänge, und die helle Lampe an der Decke scheidet uns endgültig von dem verlassenen Bezirk. Eine Arbeit ist vorbei, ein Gespräch ist beendet. Reden wurden gehalten und Aktenbände geschlossen. Einige unter uns greifen nach den Zeitschriften und Büchern. Andere holen bereits neue Akten, neue Arbeit hervor. In uns wendet sich allmählich die Reise. Schon fahren wir nicht mehr bewegt von irgendwo ab, sondern neugierig irgendwohin.

Wohin geht die Fahrt? Sind wir Ferienbummler, Kongreßbesucher, die jetzt in die tägliche Wirklichkeit zurückkehren? Der „Völkerbund“ ist vorbei! So sagen die Reisenden. Der Reichstag, die Kammer beginnt! So fügen sie hinzu. Geht es zurück aus der Sommerfrische der Politik in normale und ernsthafte Arbeit?

Heute noch, ihr lieben Gefährten der Fahrt! Morgen noch, und vielleicht auch noch übermorgen! Noch eine Zeitlang werdet ihr diese schöne und törichte Reise unternehmen, hinunterfahren an den blauen See und wieder zurückreisen in die graue Hauptstadt, wieder hinunterfahren und wieder zurückreisen, bis in uns allen vollständig der Sinn dieser Wanderfahrt erstumpft ist und auch der Begeistertste nicht mehr die kündenden Signale sieht, die unseren Weg säumen, und nicht mehr die Stimme der Propheten hört, die neben uns herziehen. Darum, um Himmels willen, laßt uns nicht einschlafen in der neuen Gewohnheit! Reißt noch ein-

mal die Fenster auf, löscht die Lampe aus, blickt in die fliehende Landschaft hinein, auf den letzten Glanz des Sees oder auf das Schäumen des Rhonestroms! Nehmt Abschied, aber macht euch klar, daß nichts da ist und nichts zurückbleibt, nichts unbeweglich und unverändert auf euch wartet.

Wo wart ihr?

Ihr habt den Völkerbund gesucht in all jenen Hotels, Büros und Verhandlungssälen. Ihr habt ihn nicht gefunden, habt immer nur die heimischen Amtsräume um euch herum gesehen. Ihr habt das gewaltige Nationengespräch gesucht und nicht gefunden, habt immer nur eure vereinzelte Stimme gehört. Wo wart ihr? Wenn ihr etwas gelernt, etwas entdeckt habt, so nur dieses eine: daß dort noch nicht das Ziel ist, sondern nur eine Station. Wohin geht ihr? Wenn ihr eure Zeit nicht verloren habt, sie nicht mehr verlieren wollt, so müßt ihr wissen, daß die Reise weitergeht. Eure Heimfahrt ist kein Zurück, sie ist das Ziel. Der Völkerbund? Er ist zu Hause. Er ist bei euch in Berlin, in Paris, in Warschau, in Brüssel, in Riga, in Oslo und in Budapest. Jetzt erst, wenn ihr es wollt, beginnt eure Fahrt, die bewußte und beflügelte Reise zum Völkerbund. Wenn die eisernen Schlangen eurer Züge durch das Land donnern, so ahnt die Frau am Bahnübergang nicht, was sie mit sich führen, und schwenkt gleichgültig ihre Fahne wie sonst, der Arbeiter auf dem Felde blickt unerweckt der vorübersausenden Pracht nach, und nur die Schulkinder am Bahndamm grüßen euch fröhlich und gewissenhaft. Aber tragt ihr endlich das geheime Zeichen in der Brust, das euch unterscheidet von allen anderen Reisenden, so rast eure Bahn an das sichere Ziel. In eurem Ministerium, an eurem Arbeitstisch, dort, wo der Amtsdienner morgen wieder wichtig den Besuchern zu melden weiß, daß ihr aus Genf zurückgekehrt seid, dort, nur dort ist der Völkerbund. Nirgendwo anders kann er entstehen, blühen und sich behaupten. Wenn er in euren Tagesakten

mitraschelt, wenn er in euren täglichen Telephongesprächen mitflüstert, wenn er das ständige Ortsgespräch eurer Nation geworden ist, dann mag er hinübergreifen von eurem Amt zum Amt der anderen, von Paris nach Berlin und von London nach Rom, und das internationale Ferngespräch der Nationen werden, das nie mehr verstummt. Beseelt der Völkerbund einst euer Heim, dann, aber auch dann nur, werden wir ihn wiederfinden in dem blaugoldenen Märchen von Genf, im Hause am Wilson-Quai, in den großen steinernen und gläsernen Versammlungshallen. Dann werdet ihr ihn mitnehmen auf eurer nächsten Reise, sorgsam verpackt in euren Koffern, inmitten eurer Aktenmappen und euren Fernschreibern, verstaut zwischen euren Geheimräten und Pressechefs, eingewickelt in eure Fracks und Ordensauszeichnungen. Und in eurem Auto wird er die Mont-Blanc-Straße hinunterrollen, unter den Fahnen von Uri, Basel und Waadtland, an dem nachdenklichen Steinbild der Rousseau-Insel vorbei.

Die Züge stampfen durch die Täler, an den Strömen und Hügeln entlang. In zwei Richtungen, über Bellegarde nach Westen, über Lausanne nach Osten, trennt sich die Gemeinschaft der Menschen und Nationen, zerteilt sich, flieht über Paris, dem Sammelplatz der westlichen Halbkugel, zieht durch das großartige Rhonetal, über Feldkirch und über Basel in alle vier Himmelspunkte der europäischen Welt. Aus den Bahnhofshallen der großen Hauptstädte, aus den Hafenplätzen des Mittelländischen Meeres und des Ozeans, überall, in Funken zersprühend, überrieselt den Erdball die Pilgerschar aus Genf. Havas, Wolff, Reuter, Stefani, Pat und Fabra, alle teilengeschäftig mit: „Nach dem Abschluß der Völkerbundtagung ist die Delegation heute mit dem fahrplanmäßigen Zug von Genf abgereist. Am Bahnhof waren erschienen...“ Einige Meldungen fügen hinzu, daß gleichzeitig in den Räumen des Völkerbundsekretariats das „Zentralkomitee für die Überwachung des Opiumhandels“ zusammengetreten ist und daß

die Informationsabteilung ein Communiqué über die Eintragung eines neuen Schlichtungsabkommens veröffentlicht hat.

Die Züge donnern durch die Nacht. In den gewölbten Gängen der Schlafwagen ist es still und leer, der Kontrolleur sitzt einsam auf seinem Klappstuhl und zählt die Diplomatenpässe. An den verhängten Fenstern geistern die Kathedralen und Bahnhöfe vorbei. Die Fahrt geht weiter.

ANMERKUNG

Dem Leser dieses Reiseführers, der nach beendeter Lektüre noch diese oder jene Erinnerung auffrischen möchte, sind vielleicht folgende Angaben über die Verteilung des Stoffes auf die einzelnen Kapitel erwünscht:

DIE VORGESCHICHTE DES VÖLKERBUNDES bis zum Weltkrieg:
Kapitel II und III.

WILSONS LEHRE: Kapitel IV, V und VI.

DIE PARISER FRIEDENSKONFERENZ und die Gründung des
Völkerbundes: Kapitel VI.

DER VÖLKERBUNDPAKT: Kapitel VII bis Kapitel XIII.

ALLGEMEINES UND ORGANISATION d. Völkerbundes: Kapitel VII.

ABRÜSTUNG (Artikel 8 und 9): Kapitel VIII.

SCHUTZ DER TERRITORIALEN UND POLITISCHEN UNAB-
HÄNGIGKEIT (Artikel 10): Kapitel VIII.

ERHALTUNG UND WIEDERHERSTELLUNG DES FRIEDENS
(Artikel 11 bis 17): Kapitel IX.

DIE VERTRAGSPOLITIK DES VÖLKERBUNDES (Artikel 18
bis 21): Kapitel IX.

DAS MANDATSYSTEM (Artikel 22): Kapitel X.

SAAR, DANZIG, MINDERHEITENSCHUTZ (Friedensverträge und
Sonderverträge): Kapitel XI.

INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION (Friedensverträge):
Kapitel XII.

BESONDERE AUFGABEN der internationalen Zusammenarbeit (Ar-
tikel 23 bis 25): Kapitel XII.

REVISION DES PAKTES (Artikel 26): Kapitel XIII.

SITZ DES VÖLKERBUNDES, Genf: Kapitel XV.

DAS VÖLKERBUNDSEKRETARIAT und die Völkerbundbeamten:
Kapitel XVI.

DAS PROBLEM DES DEUTSCHEN BEAMTEN: Kapitel XVII.

DIE OBERSTE LEITUNG des Sekretariats: Kapitel XVIII.

DIE GEISTIGE ZUSAMMENARBEIT: Kapitel XIX.

DIE AUSDEHNUNG UND DER POLITISCHE WIRKUNGSKREIS
des Völkerbundes: Kapitel XX.

DIE POLITISCHEN STREITFÄLLE: Kapitel XXI.

DIE BISHERIGE TÄTIGKEIT auf dem Gebiete der Abrüstung:
Kapitel XXII.

DER VÖLKERBUND UND DIE BÜNDNISVERTRÄGE:
Kapitel XXIII.

DER JURISTISCHE UND POLITISCHE AUSBAU des Völkerbundes:
Kapitel XXIV.

ÜBERBLICK ÜBER DIE BUNDESTÄTIGKEIT auf folgenden Gebieten: Mandatsystem, Saar, Danzig, Minderheiten, Finanzen, Wirtschaft, Verkehr, soziale Fragen, Gesundheitswesen und Informationsdienst: Kapitel XXV.

DIE BEDEUTUNG DER VÖLKERBUNDTAGUNGEN für die internationale Zusammenarbeit und für die Verwirklichung des Völkerbundgedankens: Kapitel XXVI und XXVII.

ALLGEMEINES UND GRUNDSÄTZLICHES: Kapitel I, XIII, XIV, XXV bis XXVIII.

DIE QUELLEN DES BUCHES:

Das persönliche Miterleben des Verfassers seit der Niederlassung des Bundes in Genf.

Die amtlichen Akten des Völkerbundes, die Veröffentlichungen der Informationsabteilung des Völkerbundsekretariats, der „Annuaire de la Société des Nations“ von Ottlik.

U. a. die Werke von: A. H. Fried, Ter Meulen, Christian Lange, David Hunter Miller, St. Baker, Walther Schücking, Hans Wehberg, B. W. von Bülow, Freytagh-Loringhoven, Carl Schmidt, Karl Strupp, Max Huber, Paul Guggenheim, Jean Ray, Georges Scelle, — für das Kapitel über Genf: Guillaume Fatio, Robert de Traz.

I N H A L T

Einführung

ERSTES BUCH: DIE FAHRT

I: DIE FRAU AM BAHNÜBERGANG.....	13
II: DIE REISEGEFÄHRTEN	21
III: DER 665. TAG.....	37
IV: DER MESSIAS	52
V: DAS HÖLZERNE PFERD	69
VI: DER KRIEGSBESCHÄDIGTE	93
VII: DAS PAPIER	114
VIII: „DU SOLLST NICHT...“	131
IX: DAS SIEB.....	151
X: ‚EINE HEILIGE KULTURAUFGABE‘	170
XI: DAS GEFÄNGNIS	184
XII: ZWISCHEN RHEIN UND KAISER-WILHELM- KANAL	202
XIII: DAS LETZTE WORT	214
XIV: DER STERN AM SALÈVE	230

ZWEITES BUCH: DAS HOTEL

XV: DIE STADT DER ZUFLUCHT	241
XVI: HOTTOPS PALACE	256
XVII: EIN SELTSAMER GAST	278
XVIII: IM ZIMMER DER GRÄFIN VON TRANI	291
XIX: DAS LACHEN	309
XX: DIE WANDKARTE DES HERRN SUGIMURA.....	324
XXI: FAHNEN AN DER FRONT	351
XXII: WIE MACHEN SIE'S?	391
XXIII: EINE SEHENSWÜRDIGKEIT	420
XXIV: DER WALFISCH.....	442
XXV: DAS GEBET AUF DEM DACH.....	468
XXVI: „AFRIQUE DU SUD, ALBANIE, ALLEMAGNE...“.	491
XXVII: DER HAMMER	508
XXVIII: DIE FRAU AM BAHNÜBERGANG.....	527

Anmerkung. Literatur

VERZEICHNIS DER BILDER

	gegenüber Seite
ROUSSEAU UND KANT (Phot. Boissonnas u. Transocean) . . .	5
WOODROW WILSON UND HARDING (Phot. Gerlach). . .	96
DIE GEBURTSSTUNDE DES VÖLKERBUNDES	97
ARISTIDE BRIAND (Phot. Dr. E. Salomon. Aus „Berühmte Zeitgenossen in unbewachten Augenblicken“ von E. Salomon. Mit Genehmigung des Verlages J. Engelhorn Nachf.).	160
ALBERT THOMAS (Phot. Dr. E. Salomon)	160
CHAMBERLAIN, STRESEMANN UND BRIAND (Phot. Dr. E. Salomon)	161
GENÈVE (Phot. Boissonnas)	240
STÄNDIGES SEKRETARIAT DES VÖLKERBUNDES (Phot. Boissonnas)	241
EARL OF BALFOUR (Phot. New York Times)	352
GENERALKONSUL ASCHMANN UND SIR ERIC DRUMMOND (Phot. Geiselhard)	352
MINISTERPRÄSIDENT MACDONALD (Phot. Wide World) . .	353
EDUARD BENESCH (Phot. Dr. E. Salomon)	353
PAUL-BONCOUR (Phot. Dr. E. Salomon).	400
GRAF BERNSTORFF (Phot. Dr. E. Salomon)	400
INTERNATIONALER STÄNDIGER GERICHTSHOF IM HAAG (Phot. Douhard).	401
VÖLKERBUNDVERSAMMLUNG (Phot. Besson)	496
GRAF APPONYI (Phot. Dr. E. Salomon).	497
DR. SAHM (Phot. Dr. E. Salomon).	497
FRIDTJOF NANSEN (Phot. Dr. E. Salomon).	497
SITZUNG DES VÖLKERBUNDRATES (Phot. Boesch) . . .	512
MINISTER LOUCHEUR UND GEWERKSCHAFTSFÜHRER JOUHAUX (Phot. Dr. E. Salomon).	513
PRÄLAT SEIPEL (Phot. Dr. E. Salomon)	513

Für den Schutzumschlag wurden Photographien der Firmen Boissonnas
und Keystone verwendet.

GEDRUCKT IN DER
OFFIZIN HAAG-DRUGULIN AG.
IN LEIPZIG